

# **Die Rechtsstellung der Spieloffiziellen im professionellen Mannschaftssport**

Dargestellt anhand der Situation im schweizerischen und europäischen Spitzensport

Dissertation  
der Rechtswissenschaftlichen Fakultät  
der Universität Zürich

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Rechtswissenschaft

vorgelegt von

**Raffael Zeder**

von Luzern

genehmigt auf Antrag von

Prof. Dr. Ulrich Haas  
und  
Prof. Dr. Wolfgang Portmann

## **Dank**

Herzlich danken möchte ich zunächst meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Ulrich Haas, welcher die vorliegende Arbeit mit grossem Interesse verfolgte und mir gleichzeitig in der Ausführung grösste Freiheiten gewährte.

Die vorliegende Arbeit ist grösstenteils während meinen ersten Berufsjahren als Rechtsanwalt entstanden. Ich möchte deshalb meinen beiden geschätzten Bürokollegen und Vorgesetzten, Herrn Rechtsanwalt lic. iur. Stephan Huber sowie Herrn Rechtsanwalt lic. iur. Matthys Hausherr, nicht nur für die umsichtige und kritische Durchsicht des Manuskripts sowie die hilfreichen Hinweise und Anregungen danken, sondern auch für ihr Verständnis und die Gewährung meiner hin und wieder für die Entstehung dieser Arbeit benötigten, punktuellen Auszeiten.

Danken möchte ich aber auch meinen Eltern, welche mir meine Ausbildung durch ihre Unterstützung überhaupt erst ermöglicht haben. Einen ganz speziellen Dank gebührt schliesslich Frau Silvia Kernen für ihre wertvolle Unterstützung in meinen Anstrengungen, die vorliegende Arbeit auch in formeller Hinsicht in geordnete Bahnen zu lenken.

Das Manuskript wurde Ende April 2017 abgeschlossen. Rechtsprechung und Literatur sind bis zu diesem Zeitpunkt berücksichtigt. Die Materialien wurden jedoch Ende Juli 2017 letztmals aktualisiert, so dass sämtliche Verbandsregelwerke in der für die Saison 2017/2018 gültigen Version bearbeitet werden konnten.

Luzern, im August 2017

Raffael Zeder



# Inhaltsübersicht

Dank	V
Inhaltsübersicht	VII
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Literaturverzeichnis	XXIX
Materialienverzeichnis	LV
1. Kapitel: Allgemeines und Grundlagen	1
I.    Einleitung sowie Übersicht über die Problemstellung	1
II.   Gang der Untersuchung und Terminologie	4
III.  Sport und Sportrecht im Allgemeinen	7
2. Kapitel: Die Spieloffiziellen als Teil der Verbandsstruktur	37
I.    Der Aufbau von Sportverbänden im Allgemeinen	37
II.   Die Verbandsstruktur im internationalen Fussball	41
III.  Die Verbandsstruktur im nationalen Fussball	53
IV.   Die verbandsrechtliche Organisation der Spieloffiziellen beim SFV	62
V.    Die verbandsrechtliche Organisation der Spieloffiziellen bei der FIFA und der UEFA	82
VI.   Aufnahme auf die Liste der SFV- bzw. FIFA-Spieloffiziellen als Verpflichtungsgrund zur Übernahme von Spielleitungen?	92
VII.  Qualifikation der zwischen den Spieloffiziellen und den einzelnen Verbänden bestehenden Rechtsverhältnisse	99
VIII. Ausgewählte rechtliche Konsequenzen dieses im nationalen Spitzenfussball bestehenden Arbeitsverhältnisses	141
3. Kapitel: Haftungsfragen rund um die Spieloffiziellen	193
I.    Einleitung	193
II.   Zivilrechtliche Haftung der Spieloffiziellen	199
III.  Haftungsausschluss und Haftungsfreistellung	271
IV.   Haftung von Verbänden und Club für das Verhalten der Spieloffiziellen	281

---

V.	Strafrechtliche Haftung der Spieloffiziellen	305
VI.	Exkurs: verbandsrechtliche Konsequenzen bei Fehlverhalten von Spieloffiziellen	341
VII.	Schadenersatzansprüche der Spieloffiziellen	343
4.	Kapitel: Prozessuale Geltendmachung von Rechtsansprüchen von und gegenüber Spieloffiziellen	353
I.	Einleitung	353
II.	Ansprüche gegen Spieloffizielle	355
III.	Vorliegen einer gültigen Schiedsvereinbarung	359
IV.	Schiedsfähigkeit der fraglichen Ansprüche	375
V.	Vorsorgliche Massnahmen	377
VI.	Geltendmachung von Ansprüchen im Schiedsverfahren	383
VII.	Geltendmachung von Ansprüchen vor staatlichen Gerichten in der Schweiz	386
VIII.	Zusammenfassung	388
5.	Kapitel: Zusammenfassung der Ergebnisse	391

# Inhaltsverzeichnis

Dank	V
Inhaltsübersicht	VII
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Literaturverzeichnis	XXIX
Materialienverzeichnis	LV
1. Kapitel: Allgemeines und Grundlagen	1
I. Einleitung sowie Übersicht über die Problemstellung	1
II. Gang der Untersuchung und Terminologie	4
1. Gang der Untersuchung	4
2. Terminologie	4
III. Sport und Sportrecht im Allgemeinen	7
1. Zum Begriff des Sports	7
2. Struktur und Wesen des Sportrechts	9
A) Begriff und Zwei-Säulen-Prinzip	9
B) Pyramidenförmiger Aufbau	11
C) Ein-Platz-Prinzip	12
D) Monopolstellung der Verbände	12
E) Vereinsautonomie und ihre Schranken	13
a) Grundlage der Vereinsautonomie	13
b) Schranken der Vereinsautonomie	14
c) Regelungskompetenz der Verbände als Teil der Vereinsautonomie	14
F) Verbandsinterne Regeln und deren Anwendbarkeit	16
a) Vorrang der staatlichen Regeln	16
b) Vorrang der Erlasse von Sportverbänden	17
c) Gleichzeitige Anwendbarkeit von staatlichen und sportrechtlichen Regeln	17
aa) Übereinstimmende Regelungen	17
bb) Divergierende Regelungen	18
G) Beurteilung von Streitigkeiten durch interne Gremien und Schiedsgerichte	18
3. Spiel- und Rechtsregel / Tatsachenentscheid und Regelverstoss	21
A) Spiel- und Rechtsregel	21

a)	Kurzüberblick über Lehrmeinungen und Bundesgerichtspraxis	21
b)	Eigene Stellungnahme	26
B)	Tatsachenentscheid und Regelverstoss	30
a)	Tatsachenentscheid	30
b)	Regelverstoss	33
2. Kapitel:	Die Spieloffiziellen als Teil der Verbandsstruktur	37
I.	Der Aufbau von Sportverbänden im Allgemeinen	37
II.	Die Verbandsstruktur im internationalen Fussball	41
1.	Der internationale Fussballverband FIFA	41
A)	Gründung und Zweck	41
B)	Mitglieder sowie deren Rechte und Pflichten	41
C)	Organisation	43
D)	Rechtsorgane	45
E)	Doppelte Satzungsabsicherung und Ausschluss staatlicher Gerichtsbarkeit	46
2.	Der europäische Fussballverband UEFA	47
A)	Gründung und Zweck	47
B)	Mitglieder sowie deren Rechte und Pflichten	48
C)	Organisation	48
D)	Rechtsorgane	50
E)	Doppelte Satzungsabsicherung und Ausschluss staatlicher Gerichtsbarkeit	51
III.	Die Verbandsstruktur im nationalen Fussball	53
1.	Der Schweizerische Fussballverband SFV	53
A)	Gründung, Zweck und Aufbau	53
B)	Mitgliedschaft	54
C)	Organisation	54
D)	Rechtsorgane	56
E)	Doppelte Satzungsabsicherung und Ausschluss staatlicher Gerichtsbarkeit	57
2.	Die Swiss Football League SFL	58
A)	Gründung und Zweck	58
B)	Mitgliedschaft	59
C)	Organisation	59
D)	Rechtsorgane	60
E)	Doppelte Satzungsabsicherung und Ausschluss staatlicher Gerichtsbarkeit	61
IV.	Die verbandsrechtliche Organisation der Spieloffiziellen beim SFV	62
1.	Rechtsquellen	62
A)	IFAB-Spielregeln	62

B)	SFV-Reglement für Schiedsrichter und Assistenten	63
C)	Geschäftsreglement der Schiedsrichterkommission des SFV	64
D)	SFL-Anstellungsbedingungen	64
E)	Rechtsquellen der FIFA und der UEFA	65
2.	Organisationsstruktur im Amateurfussball	67
A)	Direkte Clubmitgliedschaft und mittelbare Verbandsmitgliedschaft	67
B)	Zugehörigkeit zu einem Regionalverband	68
C)	Spieloffizielle als faktische Verbandsorgane?	68
D)	Organisatorische Verantwortlichkeit für die Belange der Spieloffiziellen	70
E)	Rechte und Pflichten der Spieloffiziellen	70
a)	Aus Clubmitgliedschaft	70
aa)	Rechte und Pflichten von Vereinsmitgliedern	70
bb)	Rechte und Pflichten von durch Aktiengesellschaften gestellten Spieloffiziellen	72
b)	Aus mittelbarer Verbandsmitgliedschaft	74
aa)	Hauptleistungspflicht der Spieloffiziellen	74
bb)	Nebenpflichten der Spieloffiziellen	75
cc)	Rechte der Spieloffiziellen	76
dd)	Pflicht zur Leitung von Spielen im Besonderen	77
3.	Organisationsstruktur im Nichtamateurfussball (SFL)	78
A)	Im Allgemeinen dieselbe Organisationsstruktur wie im Amateurfussball	78
B)	Organisatorische Verantwortlichkeit sowie Rechte und Pflichten im Besonderen	79
a)	Organisatorische Verantwortlichkeit	79
b)	Rechte und Pflichten der Spieloffiziellen	79
aa)	Hauptleistungspflicht der Spieloffiziellen	80
bb)	Nebenpflichten der Spieloffiziellen	80
cc)	Rechte der Spieloffiziellen	81
V.	Die verbandsrechtliche Organisation der Spieloffiziellen bei der FIFA und der UEFA	82
1.	Rechtsquellen	82
A)	IFAB-Spielregeln als gemeinsame Rechtsquelle	82
B)	Spezifische Rechtsquellen der UEFA	82
C)	Spezifische Rechtsquellen der FIFA	83
2.	Organisationsstruktur des internationalen Schiedsrichterwesens	83
A)	Mittelbare Verbandsmitgliedschaft	83
B)	Organisationsstruktur bei der UEFA	84
C)	Organisationsstruktur bei der FIFA	85
D)	Spieloffizielle als faktische Verbandsorgane?	85
3.	Rechte und Pflichten der Spieloffiziellen	85



A)	Hauptleistungspflicht der Spieloffiziellen	85
B)	Nebenpflichten der Spieloffiziellen bei UEFA-Spielen	85
a)	Verfügbarkeit	86
b)	Spielvorbereitung	86
c)	Loyalitätspflicht	86
d)	Integrität	87
e)	Vertraulichkeit	87
f)	Ausrüstung	88
g)	Namens-, Bild- und Persönlichkeitsrechte	88
h)	Versicherung	88
i)	Einhaltung von Verbandsvorschriften	88
k)	Schiedsklausel	89
C)	Rechte der Spieloffiziellen bei UEFA-Spielen	89
D)	Nebenpflichten und Rechte der Spieloffiziellen bei FIFA-Spielen	89
E)	Weder Anspruch noch Verpflichtung zu Einsätzen als Spieloffizielle	91
VI.	Aufnahme auf die Liste der SFV- bzw. FIFA-Spieloffiziellen als Verpflichtungsgrund zur Übernahme von Spielleitungen?	92
1.	Übersicht über die Lehrmeinungen	92
2.	Eigene Stellungnahme	94
A)	Keine Begründung eines zur Übernahme von Spielleitungen verpflichtenden Dauerschuldverhältnisses	94
B)	Rechtliche Qualifikation der Aufnahme auf die Liste der SFV-Spieloffiziellen	95
C)	Rechtliche Qualifikation der Aufnahme auf die FIFA-Liste	97
VII.	Qualifikation der zwischen den Spieloffiziellen und den einzelnen Verbänden bestehenden Rechtsverhältnisse	99
1.	Im schweizerischen Nichtamateurfussball	99
A)	Meisterschaftsspiele der SFL	99
a)	Sachlicher Geltungsbereich der SFL-Anstellungsbedingungen	99
b)	Implizite Qualifikation als Arbeitsverhältnis nach Art. 319 ff. OR	100
c)	Rechtliche Gesamtbetrachtung unabhängig von der Bezeichnung	101
aa)	Sport als arbeitsvertragliche Leistungspflicht	101
bb)	Die Spieloffiziellen als Arbeitnehmer – Übersicht über die Lehrmeinungen	102
cc)	Die Spieloffiziellen als Beauftragte – Übersicht über die Lehrmeinungen	105

dd)	Die Spieloffiziellen als Geschäftsbesorger im Sinne von §§ 675 ff. BGB – Übersicht über die Lehrmeinungen	106
ee)	Die Spieloffiziellen als Werkunternehmer – Übersicht über die Lehrmeinungen	111
d)	Eigene Stellungnahme zur Qualifikation des Rechtsverhältnisses zwischen den Spieloffiziellen und dem SFV	112
aa)	Kein Werkvertrag mangels objektiv mess- und beeinflussbaren Arbeitserfolgs	112
bb)	Vorliegen eines Subordinationsverhältnisses?	114
cc)	Möglichkeit freier Zeiteinteilung?	118
dd)	Tragen eines wirtschaftlichen Risikos?	119
ee)	Bestehen einer wirtschaftlichen Abhängigkeit?	120
ff)	Ausstellung von Lohnausweisen als Hinweis für das Vorliegen eines Arbeitsvertrags?	121
gg)	Fazit	121
hh)	Exkurs: Qualifikation des Rechtsverhältnisses im Amateurfussball	122
B)	Spiele des Schweizer Cups und Trainingsspiele innerhalb der Schweiz	124
a)	Qualifikation des Rechtsverhältnisses als Arbeitsvertrag	124
aa)	Dieselben Rechte und Pflichten wie bei SFL-Spielen	124
bb)	Rechtliche Einordnung in zeitlicher Hinsicht	125
b)	Keine Gültigkeit der SFL-Anstellungsbedingungen?	127
aa)	Einschränkung des sachlichen Geltungsbereichs und Gründe hierfür	127
bb)	Möglichkeit und Zulässigkeit solcher paralleler Arbeitsverträge	128
cc)	Rechtsfolgen	130
2.	FIFA- und UEFA-Spiele	130
A)	Internationaler Sachverhalt – anwendbares Recht	130
a)	Bei UEFA-Spielen	131
b)	Bei FIFA-Spielen	131
B)	Qualifikation des Rechtsverhältnisses nach schweizerischem Recht	133
a)	Unterschiede zum Rechtsverhältnis auf nationaler Ebene	133
b)	Rechtliche Einordnung in zeitlicher Hinsicht	134
c)	Vorliegen eines Subordinationsverhältnisses?	136
d)	Zusammenfassung	138
3.	Nationale Wettbewerbsspiele sowie internationale Trainingsländerspiele ausserhalb der Schweiz	138
4.	Zusammenfassung	140

VIII. Ausgewählte rechtliche Konsequenzen dieses im nationalen Spitzenfußball bestehenden Arbeitsverhältnisses	141
1. Lohnfortzahlungspflicht des Verbands bei Wettkampfsperren	141
A) Grundsatz: ohne Arbeit kein Lohn	141
B) Unzulässigkeit der Einschränkung der Lohnfortzahlungspflicht auf krankheits- und unfallbedingte Einsatzunfähigkeit	142
C) Arten von Wettkampfsperren	142
D) Grund der Arbeitsverhinderung in der Person des Arbeitnehmers	143
E) Fehlendes Arbeitnehmerschulden?	144
a) Im Allgemeinen	144
b) Bei nicht disziplinarischen Wettkampfsperren im Speziellen	145
c) Bei disziplinarischen Wettkampfsperren im Besonderen	145
F) Teilweise Arbeitsverhinderung aufgrund nicht disziplinarischer Wettkampfsperren	146
a) Im Allgemeinen	147
b) Bei disziplinarischen Wettkampfsperren im Speziellen	147
c) Berechnung des Lohnfortzahlungsanspruchs	147
2. Sachlicher und zeitlicher Kündigungsschutz	149
3. Beschäftigungsanspruch	150
A) Beschäftigungsanspruch aus Akkordlohn	150
a) Bestimmung der Lohnart	150
b) Pflicht zur Arbeitszuweisung bei Akkordlohn	151
B) Beschäftigungsanspruch aus Arbeitsvertrag auf Abruf	152
C) Beschäftigungsanspruch eines Sportlers aus Fürsorgepflicht des Arbeitgebers	154
a) Im Allgemeinen	154
b) Die beim SFV angestellten Spieloffiziellen im Speziellen	156
4. Fehlende Schiedsfähigkeit zwingender Arbeitnehmeransprüche im Rahmen der Binnenschiedsgerichtsbarkeit	159
5. Öffentlich-rechtlicher Arbeitszeitschutz	161
A) Grundsätzliches Verbot von Nacht- und Sonntagsarbeit	161
B) Fehlen einer sportspezifischen Ausnahmebestimmung	162
C) Anwendbarkeit des Nacht- und Sonntagsarbeitsverbots	163
D) Konsequenzen hieraus und Durchsetzung	166
a) Ausnahmen vom Verbot der Nachtarbeit	166
b) Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit	167
c) Lohnzuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit	169
d) Durchsetzung dieser Ansprüche	170
6. Ferienanspruch und -lohn	171
A) Ferienanspruch	171
B) Ferienlohn	172

7. Möglichkeit der freiwilligen BVG-Versicherung bei Mehrfachbeschäftigung	173
8. Fürsorgepflicht des Arbeitgebers – insbesondere Schutz bei persönlichkeitsverletzenden Medienkampagnen	175
A) Rechtliche Grundlagen	175
B) Medienkampagnen gegen Spieloffizielle	175
C) Persönlichkeitsschutz von Sportlern im Allgemeinen	177
a) Der Sportler als öffentliche Person	177
b) Die Privatsphäre des Sportlers	178
c) Die Geheimsphäre des Sportlers	180
d) Das Recht des Sportlers am eigenen Bild	180
e) Exkurs: Beschränkte Eigenvermarktung der Spieloffiziellen	182
aa) Verwendung des Dresses der Spieloffiziellen	182
bb) Verwendung persönlicher Gegenstände	183
cc) Eigenvermarktung im privaten Bereich	184
f) Die Einwilligung des Sportlers in eine Persönlichkeitsverletzung	185
D) Die Ehrverletzung des Sportlers im Besonderen	186
a) Zum Begriff der zivilrechtlich geschützten Ehre	186
b) Ehrverletzung mittels Verbreitung einer Tatsachenbehauptung	186
c) Ehrverletzung mittels Verbreitung eines Werturteils	187
E) Umfang der Fürsorgepflicht des SFV bei Medienkampagnen gegen seine angestellten Spieloffiziellen	189
a) Unzulässige Kritik durch den Arbeitgeber selber	189
b) Unzulässige Kritik durch Dritte	190
c) Exkurs: Handlungspflicht des Auftraggebers bei unzulässiger Kritik durch Dritte	190
3. Kapitel: Haftungsfragen rund um die Spieloffiziellen	193
I. Einleitung	193
II. Zivilrechtliche Haftung der Spieloffiziellen	199
1. Anwendbares Recht bei internationalen Sachverhalten	199
A) Haftung aus Vertrag	199
B) Haftung aus unerlaubter Handlung	200
a) Keine Wirkung der vertraglichen Rechtswahlklausel	200
b) Bestimmung des anwendbaren Rechts anhand der Kollisionsregeln des IPRG	200
2. Vertragliche Haftung der Spieloffiziellen gegenüber dem Verband	202
A) Der Schaden im Speziellen	202
B) Die Vertragsverletzung im Speziellen	203
a) Allgemeines zur Vertragsverletzung	203

b)	Fehlentscheidungen im Speziellen	204
c)	Kontrollen und Überwachung im Speziellen	205
d)	Direkte physische Einwirkungen auf Spieler im Speziellen	206
C)	Das Verschulden im Speziellen	207
a)	Der Sorgfaltsmassstab im Arbeitsverhältnis	207
aa)	Sorgfaltsmassstab bei einem Sportler im Allgemeinen	209
bb)	Ausschluss der Fahrlässigkeitshaftung aufgrund Preisrichtertätigkeit	210
cc)	Ausschluss der Haftung für leichte Fahrlässigkeit aufgrund Schiedsrichtertätigkeit nach ZPO	212
dd)	Verschuldensmassstab bei falscher Regelanwendung	213
ee)	Verschuldensmassstab bei Verletzung der Kontroll- und Überwachungspflicht	214
ff)	Verschuldensmassstab bei direkten physischen Einwirkungen auf Spieler	215
b)	Der Sorgfaltsmassstab im Auftragsverhältnis	216
D)	Der Kausalzusammenhang im Speziellen	216
E)	Fazit	218
3.	Vertragliche Haftung der Spieloffiziellen gegenüber Wettbewerbsteilnehmern zufolge Vertrags mit Schutzwirkung für Dritte	220
A)	Leistungsnähe der Wettbewerbsteilnehmer	221
B)	Schutzwürdiges Interesse des Gläubigers am Einbezug des Dritten in den Haftungsbereich	222
a)	Das Tatbestandsmerkmal im Allgemeinen	222
b)	Interesse des Verbands am Schutz der körperlichen Integrität der Spieler	222
c)	Schutz der beteiligten Mannschaften vor Spiel- und Wettbewerbsmanipulationen	223
d)	Zusammenfassung	225
C)	Erkennbarkeit für den Schuldner	226
D)	Vorliegen der spezifischen Haftungsvoraussetzungen	227
a)	Im Allgemeinen	227
b)	Zum Schaden im Besonderen	228
E)	Fazit	230
4.	Vertraglicher Haftungsanspruch der Wettbewerbsteilnehmer gegenüber Spieloffiziellen aus Drittschadensliquidation	231
5.	Deliktische Haftung der Spieloffiziellen gegenüber Wettbewerbsteilnehmern	233
A)	Der Schaden im Speziellen	233
B)	Die Widerrechtlichkeit im Speziellen	234

a)	Geltungsverschaffung der Spielregeln als Handlungspflichten	235
aa)	Verbandsregeln als Quellen von Handlungspflichten	236
bb)	Schutzpflicht der Spieloffiziellen zugunsten der körperlichen Integrität der am Spiel beteiligten Spieler	236
cc)	Handlungspflichten aufgrund vorangegangenen Verhaltens?	240
b)	Verletzung einer Schutznorm bei Vermögensschäden von Wettbewerbsteilnehmern aufgrund von spielentscheidenden Fehlentscheidungen durch die Spieloffiziellen	241
c)	Ausschluss der Rechtswidrigkeit durch Einwilligung	243
aa)	Keine konkludente Einwilligung in Verletzung der körperlichen Integrität durch Wettkampfteilnahme	243
bb)	Exkurs: Widerrechtlichkeit einer ohne Verletzung der Spielregeln erfolgten Schädigung der körperlichen Integrität	244
cc)	Keine Einwilligung in die Gefahr der Sportart	246
dd)	Keine Einwilligung in eine Vermögensschädigung	246
ee)	Zusammenfassung	246
d)	Kein Ausschluss der Rechtswidrigkeit aufgrund sportgerechten Verhaltens	247
C)	Das Verschulden im Speziellen	249
a)	Allgemeines zum Verschulden im Rahmen der ausservertraglichen Haftung	249
b)	Zum Verschulden bei Sportverletzungen zufolge vorsätzlicher oder grobfahrlässiger Regelverstöße	249
c)	Zum Verschulden bei Sportverletzungen ohne Regelverstoss	250
d)	Zum Verschulden bei Sportverletzungen zufolge leicht(fahrlässig)er Regelverstöße	252
e)	Eigene Stellungnahme zum Verschulden bei Sportverletzungen	255
f)	Exkurs: Ermittlung der sportarttypischen Sorgfaltspflichten im Fussballsport	258
aa)	Allgemeines zur Regel 12 der IFAB-Spielregeln	258
bb)	«Fahrlässige» Foulspiele im Speziellen	260
cc)	«Brutale» Foulspiele im Speziellen	260
dd)	«Rücksichtslose» Foulspiele im Speziellen	262
g)	Analoge Verschuldensmassstabs auf Schädigungshandlungen von Spieloffiziellen	263
D)	Der Kausalzusammenhang im Speziellen	265
E)	Fazit	266

6. Haftung aus sittenwidriger Schädigung bei vorsätzlichen Spielmanipulationen	268
A) Subsidiarität gegenüber Delikthaftung	268
B) Zum Begriff der guten Sitten	268
C) Enger Anwendungsbereich bei Schädigungen durch Spieloffizielle	269
III. Haftungsausschluss und Haftungsfreistellung	271
1. Ausführungen betreffend die Haftung von Spieloffiziellen in der Regel 5 der IFAB-Spielregeln	271
2. Geltungsbereich, Auslegung und Rechtsfolgen der Entscheidung	272
A) Geltungsbereich	272
B) Auslegung und Rechtsfolgen	273
a) Erfassung von Personen- und reinen Vermögensschäden	273
b) Anwendbarkeit des Haftungsausschlusses bei Tatsachenentscheidungen	273
c) Keine Anwendung des Haftungsausschlusses bei Regelverstößen	274
d) Bedeutung des Haftungsausschlusses in der Praxis	275
aa) Im Allgemeinen	275
bb) Bei Schadensereignissen der Fallgruppe 2 im Speziellen	276
3. Haftungsfreistellung	277
A) Allgemeines	277
B) Freistellungsanspruch im Arbeitsverhältnis	277
C) Freistellungsanspruch im Auftragsverhältnis	277
4. Zusammenfassung	279
IV. Haftung von Verbänden und Club für das Verhalten der Spieloffiziellen	281
1. Die Spieloffiziellen als Hilfspersonen des Verbands im Sinne von Art. 101 Abs. 1 OR	282
A) Haftungsanwendung unabhängig von der Qualifikation des Schuldverhältnisses	282
B) Verrichtung einer Schuldpflicht	284
C) Funktioneller Zusammenhang	284
D) Verschulden: hypothetische Vorwerfbarkeit	285
E) Vorliegen der übrigen Haftungsvoraussetzungen	286
2. Die Spieloffiziellen als Hilfspersonen des Verbands im Sinne von Art. 55 Abs. 1 OR	287
A) Allgemeines zur Geschäftsherrenhaftung	287
B) Verhältnis zwischen Geschäftsherrn und Hilfsperson	288
C) Funktioneller Zusammenhang	290
D) Irrelevanz der Schuldlosigkeit der Hilfsperson	291

E) Entlastungsbeweis	291
a) Zum Entlastungsbeweis im Allgemeinen	291
b) Entlastung im Grundsatz regelmässig möglich	292
c) Pflicht des Verbands zur flächendeckenden Bereitstellung technischer Hilfsmittel und zum Einsatz von zusätzlichen Schiedsrichterassistenten?	293
aa) Übersicht über neuere Hilfsmittel der Spieloffiziellen	293
bb) Kausalzusammenhang zwischen Drittschädigung sowie mangelhaftem Material und/oder Werkzeug	294
cc) Verpflichtung zum Einsatz der Torlinientechnologie bzw. von zusätzlichen Schiedsrichterassistenten im Besonderen	295
d) Zum Beweis der fehlenden Kausalität im Besonderen	296
3. Haftung des Clubs für schädigende Handlungen der Spieloffiziellen	298
A) Pflicht des Clubs zum Bereitstellen von Spieloffiziellen	298
B) Keine Anwendung der Hilfspersonen- und Geschäftsherrenhaftung	298
a) Fehlen eines Schuldverhältnisses	298
b) Keine Ausübung einer Schuldpflicht	298
c) Keine Vornahme einer Geschäftsbesorgung	299
C) Reglementarische Haftung der Clubs	299
4. Haftungsfreizeichnung durch den Verband	301
A) Zulässigkeit und Schranken von Haftungsfreizeichnungen im Allgemeinen	301
B) Fehlen einer Haftungsfreizeichnung in concreto	303
5. Zusammenfassung	304
V. Strafrechtliche Haftung der Spieloffiziellen	305
1. Anwendbares Recht bei internationalen Sachverhalten	305
2. Körperverletzungsdelikte durch Handeln	306
A) Strafbarkeit von Verletzungshandlungen von Sportlern untereinander	307
a) Eingeschränkte strafrechtliche Verantwortlichkeit	307
b) Gründe für Einschränkungen der Strafbarkeit – Übersicht über die Lehre und Praxis	307
c) Eigene Stellungnahme	310
B) Strafbarkeit der Spieloffiziellen	314
3. Körperverletzungsdelikte durch Unterlassen	315
A) Spieloffizielle als Garanten	315
a) Zur Garantenstellung im Allgemeinen	315
b) Garantenstellung der Spieloffiziellen	317
B) Vorwurfsidentität	318
a) Tatbestandsmässigkeit der Verletzungshandlung	319



b)	Grundsätzlich analoge Anwendung des sportartspezifischen Sorgfaltsmassstabs auch auf Unterlassungen	319
c)	Ausnahmsweise keine Anwendung des sportartspezifischen Sorgfaltsmassstabs	321
C)	Ursachen- bzw. Kausalzusammenhang	322
D)	Vorsatz und Erkennbarkeit	323
a)	Inkaufnahme des tatbestandsmässigen Erfolgs	323
b)	Erkennbarkeit der Gefährdung	324
4.	Vermögensdelikte	325
A)	Strafbarkeit wegen Betrugs nach Art. 146 StGB	326
a)	Betrug zum Nachteil der am Spiel beteiligten Spieler	326
aa)	Arglistige Täuschung	326
bb)	Vermögensschädigung	327
b)	Betrug zum Nachteil der am Spiel beteiligten Clubs oder Nationalverbände	328
aa)	Arglistige Täuschung	328
bb)	Vermögensschädigung	329
cc)	Bereicherungsabsicht	331
c)	Betrug zum Nachteil des wettbewerbsveranstaltenden Verbands	331
d)	Exkurs: Betrug zum Nachteil des Wettveranstalters	333
B)	Strafbarkeit wegen arglistiger Vermögensverschiebung nach Art. 151 StGB	334
C)	Strafbarkeit wegen Veruntreuung nach Art. 138 StGB	335
D)	Strafbarkeit wegen Bestechlichkeit nach Art. 322 <sup>quater</sup> bzw. Art. 322 <sup>novies</sup> StGB	335
a)	Bestechlichkeit nach Art. 322 <sup>quater</sup> StGB	335
b)	Bestechlichkeit nach Art. 4a Abs. 1 lit. a i.V.m. Art. 23 Abs. 1 aUWG	336
aa)	Anwendbarkeit des UWG	336
bb)	Strafbarkeit wegen Bestechlichkeit	337
cc)	Strafantragsberechtigung	338
c)	Bestechlichkeit nach Art. 322 <sup>novies</sup> StGB	339
5.	Zusammenfassung	339
VI.	Exkurs: verbandsrechtliche Konsequenzen bei Fehlverhalten von Spieloffiziellen	341
VII.	Schadenersatzansprüche der Spieloffiziellen	343
1.	Deliktische und strafrechtliche Haftung des Schadensverursachers	344
2.	Haftung des direkten Veranstalters für Zuschauerverhalten	345
3.	Vertragliche Haftung des Verbands	347
A)	Haftung für eigenes Verhalten	347
B)	Haftung für das Verhalten einer Hilfsperson	348

a)	Spieler und Teamoffizielle als Hilfspersonen des Verbands	348
b)	Zuschauer als Hilfsperson des Verbands	350
c)	Direkter Veranstalter als Hilfsperson des Verbands	350
4.	Zusammenfassung	351
4. Kapitel:	Prozessuale Geltendmachung von Rechtsansprüchen von und gegenüber Spieloffiziellen	353
I.	Einleitung	353
II.	Ansprüche gegen Spieloffizielle	355
1.	Ansprüche von wettbewerbsveranstaltenden Verbänden	355
2.	Ansprüche von Wettbewerbsteilnehmern	356
A)	Ansprüche von Clubs und Nationalverbänden	356
B)	Ansprüche von Spielern	357
3.	Einlassung vor staatlichen Gerichten	357
III.	Vorliegen einer gültigen Schiedsvereinbarung	359
1.	Vertragliche Schiedsvereinbarungen	359
A)	Ziff. 13 Abs. 2 UEFA-Pflichtenheft	360
a)	Formelle Gültigkeit	360
b)	Materielle Gültigkeit	361
c)	Schutz der Freiwilligkeit	363
B)	Ziff. 12 Abs. 1 UEFA-Pflichtenheft	367
a)	Erweiterter sachlicher Anwendungsbereich gegenüber der Schiedsklausel von Ziff. 13 Abs. 2 UEFA-Pflichtenheft	367
b)	Formelle Gültigkeit	368
c)	Materielle Gültigkeit	368
C)	Ziff. 1 SFL-Anstellungsbedingungen	369
D)	Aufnahme auf die Liste der SFV-Spieloffiziellen	371
2.	Statutarische Schiedsklauseln	371
A)	Verbindlichkeit von Verbandsstatuten zufolge mittelbarer Verbandsmitgliedschaft	371
B)	Formelle Gültigkeit	372
C)	Materielle Gültigkeit	372
D)	Fazit	373
3.	Einlassung vor Schiedsgerichten	373
IV.	Schiedsfähigkeit der fraglichen Ansprüche	375
V.	Vorsorgliche Massnahmen	377
1.	Internationale Schiedsgerichtsbarkeit	377
2.	Binnenschiedsgerichtsbarkeit	378
3.	Fazit	381
VI.	Geltendmachung von Ansprüchen im Schiedsverfahren	383
1.	Fehlen von verbandsinternen Streitbelegungsinstanzen	383

2. Anwendbares Recht	383
VII. Geltendmachung von Ansprüchen vor staatlichen Gerichten in der Schweiz	386
VIII. Zusammenfassung	388
5. Kapitel: Zusammenfassung der Ergebnisse	391

## Abkürzungsverzeichnis

a	alt
a.a.O.	am angeführten Ort
Abs.	Absatz
AC	Associazione Calcio
AFC	Asian Football Confederation
AG	Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
AJP	Aktuelle Juristische Praxis (Lachen)
AL	Amateur Liga
ALV	Arbeitslosenversicherung
a.M.	am Main / anderer Meinung
Anm.	Anmerkung
ArbZG	Arbeitszeitgesetz vom 6. Juni 1994 (BGBl. I S. 1170, 1171)
ArG	Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel vom 13. März 1964 (Arbeitsgesetz, SR 822.11)
ArGV 1	Verordnung 1 zum Arbeitsgesetz vom 10. Mai 2000 (SR 822.111)
ArGV 2	Verordnung 2 zum Arbeitsgesetz vom 10. Mai 2000 (Sonderbestimmungen für gewisse Gruppen von Betrieben oder Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, SR 822.112)
Art.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung des Bundesrechts / Associazione Sportiva
ASA	Association Suisse de l'Arbitrage
ASDS	Association Suisse de Droit du Sport
ATP	Association of Tennis Professionals
ATSG	Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts vom 6. Oktober 2000 (SR 830.1)
Aufl.	Auflage

---

AVB	Allgemeine Vertragsbedingungen
AVG	Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih (Arbeitsvermittlungsgesetz, SR 823.11)
BBl	Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738)
BGBI.	Bundesgesetzblatt (Köln)
BGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
BGer	Bundesgericht
BGH	Bundesgerichtshof
BR	Baurecht (Fribourg)
BSC	Berner Sport Club
BT	Besonderer Teil
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101)
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 25. Juni 1982 (SR 831.40)
bzw.	beziehungsweise
CAS	Court of Arbitration for Sport
CaS	Causa Sport (Zürich)
CEO	Chief Executive Officer
CHF	Schweizer Franken
CO	Code des Obligations (= OR)
CP	Code pénal suisse (= StGB)
DBG	Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer vom 14. Dezember 1990 (SR 642.11)
DFB	Deutscher Fussball-Bund e.V.
d.h.	das heisst
DIS	Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V.
Diss.	Dissertation
DSB	Deutscher Sportbund

---

DSG	Bundesgesetz über den Datenschutz vom 19. Juni 1992 (SR 235.1)
DSS	Deutsches Sportschiedsgericht
DStRE	Deutsches Steuerrecht Entscheidungsdienst (München)
E.	Erwägung
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 (SR 0.101)
EO	Erwerbsersatzordnung
E-SpoFöG	Entwurf einer Ergänzung des Sportförderungsgesetzes vom 17. Juni 2011 (BBl 2015, S. 8578 f.)
et al.	et alii (= und weitere)
e.V.	eingetragener Verein
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung (Frankfurt a.M.)
f./ff.	und folgende (Seiten)
FC	Fussballclub
FG	Finanzgericht
FIFA	Fédération Internationale de Football Association
FIS	Fédération Internationale de Ski
Fn.	Fussnote
FZG	Bundesgesetz über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 17. Dezember 1993 (Freizügigkeitsgesetz, SR 831.42)
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (BGBl. III, 100-1)
ggf.	gegebenenfalls
gl.M.	gleicher Meinung
Habil.	Habilitationsschrift
HAVE	Haftung und Versicherung (Zürich)
hrsg.	herausgegeben
IBF	International Boxing Federation
IFAB	International Football Association Board
IHF	International Handball Federation
IIHF	International Ice Hockey Federation
insb.	insbesondere

---

IOC	International Olympic Committee
IPRG	Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht vom 18. Dezember 1987
ITF	International Tennis Federation
IV	Invalidenversicherung
i. V.	in Verbindung
i. V. m.	in Verbindung mit
JAR	Jahrbuch des Schweizerischen Arbeitsrechts (Bern)
JR	Juristische Rundschau (Berlin)
JuS	Juristische Schulung (München et al.)
JZ	Juristen Zeitung (Tübingen)
Kap.	Kapitel
KBS	Kammer zur Beilegung von Streitigkeiten (FIFA)
KG	Bundesgesetz über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen vom 6. Oktober 1995 (Kartellgesetz, SR 251)
KSG	Konkordat über die Schiedsgerichtsbarkeit vom 27. März 1969 (AS 1969, S. 1093 ff.)
KSK	Kontroll- und Strafkommision des Schweizerischen Fussballverbands
LGVE	Luzerner Gerichts- und Verwaltungsentscheide (Luzern)
lit.	litera (= Buchstabe)
m. w. H.	mit weiteren Hinweisen
N	Note, Randnote
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (München)
NJW-RP	Neue Juristische Wochenschrift, Rechtsprechungs-Report Zivilrecht (München)
NOC	National Olympic Committee
Nr./Nrn.	Nummer/Nummern
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht (München)
OFC	Oceania Football Confederation
OHG	Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten vom 23. März 2007 (Opferhilfegesetz, SR 312.5)
OLG	Oberlandesgericht

OR	Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 30. März 1911 (Fünfter Teil: Obligationenrecht, SR 220)
Pra	Die Praxis des Bundesgerichts (Basel)
PrHG	Bundesgesetz über die Produkthaftpflicht vom 18. Juni 1993 (Produkthaftpflichtgesetz, SR 221.112.944)
RdA	Recht der Arbeit (München)
RPW	Recht und Politik des Wettbewerbs (Bern)
resp.	respektive
S.	Seite
SA	Société anonyme (= Aktiengesellschaft)
SC	Sportclub
SchKG	Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs vom 11. April 1889 (SR 281.1)
SCR	Sportclub Rheindorf
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
SFL	Swiss Football League
SFV	Schweizerischer Fussballverband
SIA	Schweizerischer Ingenieur- und Architekten-Verein
SpuRt	Zeitschrift für Sport und Recht (München/Bern)
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0)
StPO	Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 (SR 312.0)
SV	Sportverein
TAS	Tribunal Arbitral du Sport
TSG	Turn- und Sportgemeinschaft
TüV	Technischer Überwachungsverein
UEFA	Union des Associations Européennes de Football
UNO	United Nations Organization
URG	Bundesgesetz über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte vom 9. Oktober 1992 (Urheberrechtsgesetz, SR 231.1)



USD	United States Dollar
u.U.	unter Umständen
UWG	Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vom 19. Dezember 1986 (SR 241)
VersR	Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Scha- densrecht (Karlsruhe)
vgl.	vergleiche
WAZ	Westdeutsche Allgemeine Zeitung (Essen)
WBA	World Boxing Association
WBC	World Boxing Council
wfv	Württembergischer Fussballverband e.V.
WM	FIFA World Cup
WTA	Women's Tennis Association
z.B.	zum Beispiel
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (SR 210)
Ziff./Ziffn.	Ziffer/Ziffern
zit.	zitiert
ZPO	Schweizerische Zivilprozessordnung vom 19. Dezember 2008 (Zivilprozessordnung, SR 272)
ZSR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht (Basel)
ZStR	Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht (Bern)

# Literaturverzeichnis

- ADOLPHSEN JENS, Internationale Dopingstrafen, Habil. Tübingen 2003
- AEBI-MÜLLER REGINA E., Personenbezogene Informationen im System des zivilrechtlichen Persönlichkeitsschutzes, Unter besonderer Berücksichtigung der Rechtslage in der Schweiz und in Deutschland, Habil. Bern 2005
- AEBI-MÜLLER REGINA E. / MORAND ANNE-SOPHIE, Die persönlichkeitsrechtlichen Kernfragen der «Causa FC Sion», in: CaS 3/2012, S. 234 ff.
- AEBI-MÜLLER REGINA E. / RÜFENACHT MICHAEL, Die Arbeits- und Treuepflicht des Sportlers: Welche Pflichten treffen den angestellten Sportler? in: Sport und Recht, hrsg. von Oliver Arter und Margareta Baddeley, Bern 2007, S. 113 ff.
- AMSTUTZ MARC / WANG MARKUS, Basler Kommentar Internationales Privatrecht, hrsg. von Heinrich Honsell et al., Art. 112, 113, 116–118 bearbeitet durch Marc Amstutz und Markus Wang, 3. Aufl., Basel 2013
- ANDEREGG BARBARA, Strafbare Handlung durch grobes Foulspiel, in: SpuRt 5/2015, S. 209 ff.
- ANDEXER FRANK, Die nationale Sportgerichtsbarkeit und ihre internationale Dimension, Eine Untersuchung zur Einrichtung des DIS-Sportschiedsgerichts als Lösungsansatz bestehender Problemfelder im Zusammenspiel von Verbandsgerichtsbarkeit und staatlicher Kontrolle, Diss. Münster, Hamburg 2009
- ANZINGER RUDOLF / KOBERSKI WOLFGANG, Kommentar zum Arbeitszeitgesetz, 3. Aufl., Frankfurt a.M. 2009
- ARROYO MANUEL, Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO), hrsg. von Thomas Sutter-Somm / Franz Hasenböhler / Christoph Leuenberger, Art. 381–384 bearbeitet durch Manuel Arroyo, 3. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2016
- ARZT GUNTHER, Basler Kommentar Strafrecht II, Art. 111–392 StGB, hrsg. von Marcel Alexander Niggli / Hans Wiprächtiger, Art. 146, 149, 151 bearbeitet durch Gunther Arzt, 3. Aufl., Basel 2013 (zit. ARZT, Art. ... StGB N ...)
- ARZT GUNTHER, Erfolgsdelikt und Tätigkeitsdelikt, in: ZStR 107 (1990), S. 168 ff. (zit. ARZT, Erfolgsdelikt)
- BÄCHLI MARC, Das Recht am eigenen Bild, die Verwendung von Personenbildern in den Medien, in der Kunst, in der Wissenschaft und in der Werbung aus der Sicht der abgebildeten Person, Diss. Basel, Basel/Genf/München 2002
- BADDELEY MARGARETA, L'association sportive face au droit, Les limites de son autonomie, Diss. Genf, Basel 1994 (zit. BADDELEY, association)

- BADDELEY MARGARETA, Le sportif, sujet ou objet? La protection de la personnalité du sportif, in: ZSR 1996 / II. Halbband, S. 135 ff. (zit. BADDELEY, sportif)
- BADDELEY MARGARETA, Le statut personnel du sportif, Aperçu des relations habituelles entre sportifs et organisations sportives officielles, in: Chapitres choisis du droit du sport, Cycle de conférence données à l'Université de Genève Année académique 1991-1992, hrsg. von Louis Dallèves und Margareta Baddeley, Genf 1993, S. 67 ff. (zit. BADDELEY, statut)
- BAGGER TIM B., Die kartellrechtlichen Grenzen bei der Vergabe von Bundesligaübertragungsrechten, Diss. Bayreuth, Baden-Baden 2010
- BAUEN MARC / BERNET ROBERT, Schweizer Aktiengesellschaft – Aktienrecht, Fusionsrecht, Börsenrecht, Steuerrecht, Zürich/Basel/Genf 2007
- BAUMANN ANDREAS, Die Klub-Lizenzierung durch die Swiss Football League, in: CaS 3/2006, S. 464 ff. (zit. BAUMANN, Klub-Lizenzierung)
- BAUMANN MAX, Personenrecht des ZGB, 2. Aufl., Zürich/St. Gallen 2011 (zit. BAUMANN, Personenrecht)
- BERGER BERNHARD / KELLERHALS FRANZ, International and Domestic Arbitration in Switzerland, 3. Aufl., Wien/München/Oxford/Bern 2015
- BETTEX CHRISTIAN, L'application temporelle de l'article 328 CO, in: Panorama II en droit du Travail, Recueil d'études réalisées par des praticiens, hrsg. von Rémy Wyler, Bern 2012, S. 57 ff.
- BLANC NICOLAS, Les violences commises par les sportifs, in: Aspects pénaux du droit du sport, hrsg. von André Kuhn et al., Bern 2002, S. 155 ff.
- BLESI ALFRED, Die Freistellung des Arbeitnehmers, 2. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2010
- BLOS MICHAEL, Die Angst des Fussballschiedsrichters vor der Haftung, in: CaS 4/2012, S. 306 ff.
- BÖCKLI PETER, Schweizer Aktienrecht, 4. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2009
- BODMER HANS, Vereinsstrafe und Verbandsgerichtsbarkeit, Dargestellt am Beispiel des Schweizerischen Fussballverbandes, Diss. St. Gallen, Bern/Stuttgart 1989
- BOHN CLARISSA, Regel und Recht, Wechselwirkungen zwischen Verbandsrecht und staatlichem Recht und deren strukturelle Besonderheiten, Diss. Kiel, Baden-Baden 2008
- BONDALLAZ JACQUES, La responsabilité pour les préjudices causés dans les stades lors de compétitions sportives, Diss. Fribourg, Bern 1996
- BREHM ROLAND, Berner Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Das Obligationenrecht, Die Entstehung der Obligation durch unerlaubte Handlung, Art. 41–61 OR, 4. Aufl., Bern 2013

- BRÄGGER RAFAEL / NOLTE MARTIN, Aktuell, in: CaS 2/2015, S. 214 f.
- BROGLIA FLAVIA, La manipulation de résultats sportifs, Une forme particulière de corruption, in: Jusletter 13. Oktober 2014
- BRÜCKNER CHRISTIAN, Das Personenrecht des ZGB (ohne Beurkundung des Personenstandes), Zürich 2000
- BRUNK AXEL, Der Sportler und die institutionelle Sportschiedsgerichtsbarkeit, Zur Wirksamkeit erzwungener Schiedsvereinbarungen im Sport und dem Gebot unabhängiger und überparteilicher Rechtspflege am Beispiel des Tribunal Arbitral du Sport (TAS) und des Deutschen Sportschiedsgerichts (DSS), Diss. Lausanne, Baden-Baden 2016
- BUCHER ANDREAS, Die neue internationale Schiedsgerichtsbarkeit in der Schweiz, Basel 1989 (zit. BUCHER, Schiedsgerichtsbarkeit)
- BUCHER ANDREAS, Natürliche Personen und Persönlichkeitsschutz, 4. Aufl., Basel 2009 (zit. BUCHER, Persönlichkeitsschutz)
- BUCHNER HERBERT, Die Rechtsverhältnisse im deutschen Lizenzfußball, in: RdA 1982, S. 1 ff.
- BURGHERR MARC, Entscheide von Exekutivorganen im Verein als Gegenstand der Anfechtungsklage von Art. 75 ZGB, Zugleich ein Beitrag zur Abgrenzung von Vereinsgerichtsbarkeit und Schiedsgerichtsbarkeit, Diss. Zürich, Zürich/St. Gallen 2010
- BUTTE FREYJA C., Das selbstgeschaffene Recht des Sports im Konflikt mit dem Geltungsanspruch des nationalen Rechts, Dargestellt am Beispiel des Lizenzfußballs unter besonderer Berücksichtigung der Umsetzung des FIFA-Reglements bezüglich Status und Transfer von Spielern im deutschen Raum, Diss. Rostock, Baden-Baden 2010
- CASSANI URSULA, Commentaire Romand Code pénal I, Art. 1-110 CP, hrsg. von Robert Roth / Laurent Moreillon, Art. 5, 11, 29 bearbeitet durch Ursula Cassani, Basel 2009 (zit. CASSANI, Art. ... StGB N ...)
- CASSANI URSULA, Die Anwendbarkeit des schweizerischen Strafrechts auf internationale Wirtschaftsdelikte, in: ZStR 114 (1996), S. 237 ff. (zit. CASSANI, Wirtschaftsdelikte)
- COURVOISIER MAURICE / WENGER WERNER, Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO), hrsg. von Thomas Sutter-Somm / Franz Hasenböhler / Christoph Leuenberger, Art. 353–356 bearbeitet durch Maurice Courvoisier und Werner Wenger, 3. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2016
- CRAMERI DEAN, Schweizerisches Strafgesetzbuch, Praxiskommentar, hrsg. von Stefan Trechsel / Mark Pieth, Art. 137–160, 172–172<sup>ter</sup> bearbeitet durch Dean Cramer, 2. Aufl., Zürich/St. Gallen 2013
- DEGENHART CHRISTOPH, Das allgemeine Persönlichkeitsrecht, Art. 2 I i.V. mit Art. 1 I GG, in: JuS 5/1992, S. 361 ff.

- DEL FABRO MARCO, Am Videobeweis führt im Fussball kein Weg vorbei, in: CaS 4/2012, S. 279 ff.
- DERUNGS VITUS, Zulässigkeit der Versetzung eines Profifussballers in die zweite Mannschaft, in: SpuRt 2/2015, S. 70 ff.
- DESCHENAUX HENRI / STEINAUER PAUL-HENRI, *Personnes physiques et tutelle*, 4. Aufl., Bern 2001
- DESCHENAUX HENRI / TERCIER PIERRE, *La responsabilité civile*, 2. Aufl., Bern 1982
- DOMBERG RAINER, Der Schiedsrichter – verbandsrechtliche Rahmenbedingungen und Praxiserfahrungen, in: Der Schiedsrichter im Spannungsfeld zwischen Anforderung und Überforderung – oder: Die Fehlbarkeit des Schiedsrichters als Rechtsproblem, Tagungsband des wfv-Sportrechtsseminars vom 28.–30. September 2007 in Wangen/Allgäu, hrsg. vom Württembergischen Fussballverband e.V., Baden-Baden 2007, S. 9 ff
- DONATSCH ANDREAS, Gedanken zum strafrechtlichen Schutz des Sportlers, in: ZStR 107 (1990), S. 400 ff. (zit. DONATSCH, Gedanken)
- DONATSCH ANDREAS, Sorgfaltsbemessung und Erfolg beim Fahrlässigkeitsdelikt, Zürich 1987 (zit. DONATSCH, Sorgfaltsbemessung)
- DONATSCH ANDREAS / TAG BRIGITTE, *Strafrecht I, Verbrechenslehre*, 9. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2013
- DÖRR DIETER, Die Medienberichterstattung und das Persönlichkeitsrecht des Fussballspielers, in: Das Persönlichkeitsrecht des Fussballspielers, Tagungsband des wfv-Sportrechtsseminars vom 26.–28. September 2008 in Wangen/Allgäu, hrsg. vom Württembergischen Fussballverband e.V., Baden-Baden 2010, S. 135 ff.
- DUNAND JEAN-PHILIPPE, *Commentaire du contrat de travail*, hrsg. von Jean-Philippe Dunand / Pascal Mahon, Art. 319, 321-321e, 328-328b, 336-336b bearbeitet durch Jean-Philippe Dunand, Bern 2013
- EGGER AUGUST, *Kommentar zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch, Einleitung Art. 1–10, Personenrecht Art. 11–89*, hrsg. von August Egger et al., 2. Aufl., Zürich 1930, Nachdruck 1978
- EGGERSTEDT LEA, *Probleme der Lizenz- und Schiedsgerichtsverträge im deutschen Berufsfussball*, Diss. Marburg, Baden-Baden 2008
- EISENBERG CHRISTIANE / LANFRANCHI PIERRO / MASON TONY / WAHL ALFRED, *FIFA 1904–2004, 100 Jahre Weltfussball*, Göttingen 2004
- ENGLER MARC, Die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Veranstalters von Sportanlässen, in: *Sportrecht*, Band I, hrsg. von Jan Kleiner / Margareta Baddeley / Oliver Arter, Bern 2013, S. 489 ff.

- ENGLISCH JÖRG, Ausgestaltung der Persönlichkeitsrechte gegenüber den Vereinen und Verbänden im Fußballsport, in: Das Persönlichkeitsrecht des Fußballspielers, Tagungsband des wfv-Sportrechtsseminars vom 26.–28. September 2008 in Wangen/Allgäu, hrsg. vom Württembergischen Fußballverband e.V., Baden-Baden 2010, S. 47 ff
- EUFE TILLMANN, Die Haftung des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) für Fehlverhalten des Schiedsrichters, in: SpuRt 1/2006, S. 12 ff.
- FÄHNDRICH FRANCO, Der Persönlichkeitsschutz des Sportlers in seiner Beziehung zu den Massenmedien, Diss. Basel, Luzern 1987
- FEINER ROBERT, Der Schiedsrichter im Fußball, Mächtig in seinen Entscheidungen – Einflüssen ohnmächtig ausgesetzt? Hamburg 2011
- FELLMANN WALTER, Berner Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Das Obligationenrecht, Band VI, 2. Abteilung Die einzelnen Vertragsverhältnisse, 4. Teilband Der einfache Auftrag, Art. 394–406 OR, Bern 1992
- FELLMANN WALTER / KOTTMANN ANDREA, Schweizerisches Haftpflichtrecht, Band I: Allgemeiner Teil sowie Haftung aus Verschulden und Persönlichkeitsverletzung, gewöhnliche Kausalhaftungen des OR, ZGB und PrHG, Bern 2012
- FENNERS HENK, Der Ausschluss der staatlichen Gerichtsbarkeit im organisierten Sport, Diss. Freiburg, Zürich/Basel/Genf 2006
- FERRAGINA DOMENICO, Betrugereien im Profifussball in Deutschland und Italien, Diss. Berlin, Hamburg 2012
- FINGERHUT THOMAS, Schweizerisches Strafgesetzbuch, Praxiskommentar, hrsg. von Stefan Trechsel / Mark Pieth, Art. 111–136 (ohne Vor Art. 111, Art. 115, 124, 180–186, 221–239) bearbeitet durch Thomas Fingerhut, 2. Aufl., Zürich/St. Gallen 2013
- FLEISCHER HOLGER, Reichweite und Grenzen der Risikoübernahme im in- und ausländischen Sporthaftungsrecht, in: VersR 1999, S. 785 ff.
- FORSTMOSER PETER / MEIER-HAYOZ ARTHUR / NOBEL PETER, Schweizerisches Aktienrecht, Bern 1996
- FRICK MARKUS R., Basler Kommentar Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), hrsg. von Reto M. Hilty / Reto Arpagaus, Art. 4 lit. a–c, 4a, 5–6 bearbeitet durch Markus R. Frick, Basel 2013
- FRITZWEILER JOCHEN / PFISTER BERNHARD / SUMMERER THOMAS, Praxishandbuch Sportrecht, 3. Aufl., München 2014
- FRÖHLICH MARTIN / SITTARD ULRICH, Zur Wirksamkeit der Versetzung eines Profifussballspieler in die zweite Mannschaft, in: CaS 3/2014, S. 262 ff.
- FUCHS CHRISTOPH, Rechtsfragen der Vereinsstrafe, Unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Sportverbänden, Diss. Zürich 1999

- FÜLLGRAF LUTZ, Der Lizenzfussball, Eine vertragliche Dreierbeziehung im Arbeitsrecht, Diss. Kiel, Berlin 1981
- GASSMANN RICHARD, Schweizerische Zivilprozessordnung (ZPO), hrsg. von Baker & McKenzie, Art. 2, 360–371, 396–399 bearbeitet durch Richard Gassmann, Bern 2010
- GAUCH PETER, Der Werkvertrag, 5. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2011
- GAUCH PETER / SCHLUEP WALTER R. / SCHMID JÖRG / EMMENEGGER SUSAN, Schweizerisches Obligationenrecht Allgemeiner Teil ohne ausservertragliches Haftpflichtrecht, 10. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2014
- GEISER THOMAS, Arbeitsverträge mit Sportlern, in: Sport und Recht, hrsg. von Oliver Arter und Margareta Baddeley, Bern 2007, S. 79 ff.
- GEISER THOMAS / MÜLLER ROLAND, Arbeitsrecht in der Schweiz, 3. Aufl., Bern 2015
- GEISER THOMAS / SENTI CHRISTOPH, BVG und FZG, Bundesgesetze über die berufliche Alter-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung sowie über die Freizügigkeit in der beruflichen Alter-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung, hrsg. von Jacques-André Schneider/Thomas Geiser/ Thomas Gächter, Art. 27, 28–30, 31–33, 46, 90, 91, 92–96, 96a, 97, 98 BVG bearbeitet durch Thomas Geiser und Christoph Senti, Bern 2010
- GFELLER DIEGO R., Spielmanipulation als Privatbestechung – Voraussetzungen und Folgen, in: Liber amicorum für Marcel Alexander Niggli, Von Lemuren, Igeln und anderen strafrechtlichen Themen, hrsg. von Christof Riedo / Gerhard Fiolka / Diego R. Gfeller, Basel 2010, S. 119 ff.
- GINAL JENS, Die arbeitsrechtlichen Folgen von Wettmanipulationen im Profifussball, Diss. Leipzig, Hamburg 2013
- GIRSBERGER DANIEL, Basler Kommentar Schweizerische Zivilprozessordnung, hrsg. von Karl Spühler / Luca Tenchio / Dominik Infanger, Einleitung 3. Teil, Art. 357–359, 381–388, 407 bearbeitet durch Daniel Girsberger, 2. Aufl., Basel 2013
- GÖKSU TARKAN, Das «Pechstein-Urteil» des Landgerichts München: Falsche Anwendung schweizerischen Rechts, in: CaS 4/2014, S. 356 ff.
- GÖTZ ASTRID, Die deliktische Haftung für Sportverletzungen im Wettkampfsport – Zugleich ein Beitrag zur Dogmatik der Verkehrspflichten im Rahmen von § 823 Abs. 1 BGB, Diss. Düsseldorf, Karlsruhe 2009
- GÖTZE STEPHAN / LAUTERBACH KATHRIN, Rechtsfragen der Anwendung des Videobeweises im Fussballsport, in: SpuRt 4/2003, S. 145 ff.
- GRÄNICH DIETER, Basler Kommentar Internationales Privatrecht, hrsg. von Heinrich Honsell et al., Art. 178 bearbeitet durch Dieter Gränic, 3. Aufl., Basel 2013

- GRUNDMANN STEFAN, Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO), hrsg. von Thomas Sutter-Somm / Franz Hasenböhler / Christoph Leuenberger, Art. 360–366 bearbeitet durch Stefan Grundmann, 3. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2016
- GRÜNEWALD ANETTE, Zivilrechtlich begründete Garantenpflichten im Strafrecht? Diss. Hamburg, Berlin 2001
- GRUNSKY WOLFGANG, Haftungsrechtliche Probleme der Sportregeln, Karlsruhe 1979 (zit. GRUNSKY, Sportregeln)
- GRUNSKY WOLFGANG, Zur Haftung bei Sportunfällen, in: JZ 1975, S. 109 ff. (zit. GRUNSKY, Sportunfälle)
- GUROVITS KOHLI ANDRÁS A., Die zivilrechtliche Haftung bei Zuschauerausbrechungen, in: Sport und Recht, Sicherheit im Sport, 5. Tagungsband, hrsg. von Oliver Arter und Margareta Baddeley, Bern 2008, S. 161 ff.
- HAAS RAPHAËL, Die Einwilligung in eine Persönlichkeitsverletzung nach Art. 28 Abs. 2 ZGB, Diss. Luzern, Zürich/Basel/Genf 2007 (zit. HAAS, Einwilligung)
- HAAS ULRICH, Anmerkungen zum Urteil des Bundesgerichtshofs vom 10. Dezember 2007, in: CaS 3/2008, S. 283 ff. (zit. HAAS, Anmerkungen)
- HAAS ULRICH, Die CAS-Rechtsprechung zu Spielmanipulationen im Zusammenhang mit Sportwetten, in: Sportfinanzierung und Sportwetten, Reflexionen zu Phänomenen, Möglichkeiten und Gefahren im kommerziellen Sport, hrsg. von Florian Kainz / Urs Scherrer / Christian Warner, Zürich/Basel/Genf 2012, S. 199 ff. (zit. HAAS, Spielmanipulationen)
- HAAS ULRICH, Die Rechtsprechung des CAS zur Vertragsstabilität im Verhältnis zwischen Fussballspielern und Klubs, in: CaS 3/2008, S. 235 ff. (zit. HAAS, Vertragsstabilität)
- HAAS ULRICH, Die Überprüfung von «Spielentscheiden» in der Rechtsprechung des Court of Arbitration for Sport (CAS), in: CaS 2/2007, S. 131 ff. (zit. HAAS, Spielentscheide)
- HAAS ULRICH / ADOLPHSEN JENS, Sanktionen der Sportverbände vor ordentlichen Gerichten, in: NJW 1996, S. 2351 ff.
- HAAS ULRICH / DRALLÉ LUTZ, Schutz der Persönlichkeitsrechte von Sportlern – am Beispiel der internationalen Dopingregelwerke, in: Das Persönlichkeitsrecht des Fussballspielers, Tagungsband des wfv-Sportrechtsseminars vom 26.–28. September 2008 in Wangen/Allgäu, hrsg. vom Württembergischen Fussballverband e.V., Baden-Baden 2010, S. 101 ff.
- HAAS ULRICH / HOSSFELD ANNE, Die (neue) ZPO und die Sportgerichtsbarkeit, in: ASA Bulletin 2/2012, S. 312 ff.



- HAAS ULRICH / KÖPPEL JUDITH, Abwehransprüche des Sportlers gegen (angeblich rechtswidriges) Verbandsverhalten vor dem Court of Arbitration for Sport (CAS/TAS), in: Jusletter 16. Juli 2012
- HAAS ULRICH / MARTENS DIRK-REINER, Sportrecht – Eine Einführung in die Praxis, Zürich/Basel/Genf 2011
- HAAS ULRICH / PROKOP CLEMENS, Zu den formellen Grenzen der vereinsrechtlichen Disziplinalgewalt im Rahmen von Unterwerfungsvereinbarungen, in: SpuRt 1/1998, S. 15 ff.
- HAAS ULRICH / REIMANN CHRISTOPH, Erwerbschance und Erwerbsschaden bei Individualsportlern, in: SpuRt 2/2000, S. 49 ff.
- HABEGGER PHILIPP, Basler Kommentar Schweizerische Zivilprozessordnung, hrsg. von Karl Spühler / Luca Tenchio / Dominik Infanger, Einleitung 3. Teil, Art. 360–362, 364–366, 370–380 bearbeitet durch Philipp Habegger, 2. Aufl., Basel 2013
- HABEL MICHAEL / STRIEDER THOMAS, Ist die Kommanditgesellschaft auf Aktien eine geeignete Rechtsform für einen Börsengang von Vereinen der Fussball-Bundesliga? in: NZG 1998, S. 929 ff.
- HÄHLE LUTZ, Die strafrechtliche Relevanz von Sportverletzungen, Zur Problematik des Schutzes der körperlichen Unversehrtheit, insbesondere im Fussballsport, Diss. Bielefeld, Frankfurt a.M. 2008
- HANDSCHIN LUKAS, Basler Kommentar Obligationenrecht II, Art. 530–964 OR inkl. Schlussbestimmungen, hrsg. von Heinrich Honsell / Nedim Peter Vogt / Rolf Watter, Art. 530–542, 557–561, 598–601 bearbeitet durch Lukas Handschin, 5. Aufl., Basel 2016
- HANDSCHIN LUKAS / SCHÜTZ TONY M., Bemerkungen zum Fall «Pechstein», in: SpuRt 5/2014, S. 179 ff.
- HANNAMANN ISOLDE, Kartellverbot und Verhaltenskoordination im Sport, Diss. Erlangen-Nürnberg, Berlin 2001
- HARDER WOLFGANG S., Freie Mitarbeit und ähnliche Formen freier Zusammenarbeit, Ein Beitrag zur Abgrenzung von Beschäftigungsformen in der Grauzone zwischen abhängiger und selbständiger Arbeit, Diss. Zürich, Bern 2000
- HAUSHEER HEINZ / AEBI-MÜLLER REGINA E., Das Personenrecht des Schweizerischen Zivilgesetzbuches, 4. Aufl., Bern 2016
- HEERMANN PETER W., Fast alle Fragen zur rechtlichen Zulässigkeit der 50+1 Regelung bleiben offen, in: CaS 4/2011, S. 339 ff. (zit. HEERMANN, Zulässigkeit)
- HEERMANN PETER W., Haftung im Sport, Stuttgart 2008 (zit. HEERMANN, Haftung)
- HEERMANN PETER W., Münchner Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch,

- Band 4, Schuldrecht Besonderer Teil II, §§ 611–704, hrsg. von Franz Jürgen Säcker / Roland Rixecker / Hartmut Oetker, §§ 657–657b bearbeitet durch Peter W. Heermann, 6. Aufl., München 2012 (zit. HEERMANN, § ... BGB N ...)
- HEERMANN PETER W., Landgericht Bremen kann FIFA-Statuten nicht materiellrechtlich prüfen, in: CaS 2/2014, S. 181 ff. (zit. HEERMANN, FIFA-Statuten)
- HEERMANN PETER W., Schiedsrichter – Schiebung – Schadenersatz? in: CaS 1/2005, S. 4 ff. (zit. HEERMANN, Schiedsrichter)
- HEERMANN PETER W., Zivilrechtliche Haftung für Fehlverhalten des Schiedsrichters: dargestellt am Beispiel der Haftung des Schiedsrichters, des Ligaverband e.V. und des DFB gegenüber Bundesliga-Lizenzvereinen und -Kapitalgesellschaften, in: Die Schiedsrichter im Spannungsfeld zwischen Anforderung und Überforderung – oder: Die Fehlbarkeit des Schiedsrichters als Rechtsproblem, Tagungsband des wfv-Sportrechtsseminars vom 28.–30. September 2007 in Wangen/Allgäu, hrsg. vom Württembergischen Fussballverband e.V., Baden-Baden 2007, S. 45 ff. (zit. HEERMANN, Fehlverhalten)
- HEERMANN PETER W. / GÖTZE STEPHAN, Zivilrechtliche Haftung im Sport, Baden-Baden 2002
- HEILEMANN TINA, Bestechlichkeit und Bestechung im sportlichen Wettbewerb als eigenständiges Strafdelikt – de lege lata, de lege ferenda, Zürich 2014
- HEINI ANTON, Zürcher Kommentar zum IPRG, hrsg. von Daniel Girsberger et al., Art. 13–14, 51–58, 86–108, 132–133, 138, 140–142, 186–191 bearbeitet durch Anton Heini, 2. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2004
- HEINK PETER, Sportspezifischer Arbeitszeitschutz, Anpassung des Rechts oder Anpassung an das Recht? Diss. Tübingen, Baden-Baden 2012
- HERRICH THOMAS E. / MENKE JOHAN-MICHEL / SCHULZ THOMAS, «Trainingsgruppe 2» statt «1. Mannschaft»: Beschäftigungsanspruch und Versetzungsrecht im (Profi-)Fussball im Spiegel der Rechtsprechung, in: SpuRt 5/2014, S. 187 ff.
- HILPERT HORST, Die Fehlentscheidungen der Fussballschiedsrichter, Berlin/New York 2010 (zit. HILPERT, Fehlentscheidungen)
- HILPERT HORST, Die Geschichte des Sportrechts, Zürich/Basel/Genf 2011 (zit. HILPERT, Geschichte)
- HILPERT HORST, Notwendigkeit einer Anklageinstanz im Sportverbandsgerichtsverfahren? in: SpuRt 2/1996, S. 50 ff. (zit. HILPERT, Anklageinstanz)
- HILPERT HORST, Tatsachenentscheidung und Fernseheweis im Sportgerichtsverfahren, in: Sportrechtsprechung, hrsg. vom Württembergischen Fussballverband e.V., Stuttgart 1997, S. 25 ff. (zit. HILPERT, Fernseheweis)
- HILPERT HORST, Tatsachenentscheidung und Regelverstoss im Fussball – Neue-

- re Entwicklungen und Tendenzen, in: *SpuRt* 2/1999, S. 49 ff. (zit. HILPERT, Tatsachenentscheidung)
- HILTY RETO M., *Basler Kommentar Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG)*, hrsg. von Reto M. Hilty / Reto Arpagaus, Art. 1–2 bearbeitet durch Reto M. Hilty, Basel 2013
- HOFER SIBYLLE / HRUBESCH-MILLAUER STEPHANIE, *Einleitungsartikel und Personenrecht*, 2. Aufl., Bern 2012
- HONSELL HEINRICH, *Schweizerisches Obligationenrecht besonderer Teil*, 9. Aufl., Bern 2010
- HOLLA MATTHIAS, *Der Einsatz von Schiedsgerichten im organisierten Sport*, Diss. Mainz, Frankfurt a.M. 2006
- HONSELL HEINRICH / ISENRING BERNHARD / KESSLER MARTIN A., *Schweizerisches Haftpflichtrecht*, 5. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2013
- HOTIN SEFKAT, *La responsabilité pénale des sportifs*, in: *Aspects pénaux du droit du sport*, hrsg. von André Kuhn et al., Bern 2002, S. 117 ff.
- HOTZ KASPAR, *Zum Problem der Abgrenzung des Persönlichkeitsschutzes nach Art. 28 ZGB*, Diss. Zürich 1967
- HUBMANN HEINRICH, *Das Persönlichkeitsrecht*, 2. Aufl., Köln/Graz 1967
- HÜGI THOMAS, *Sportrecht*, Bern 2015
- HUGUENIN CLAIRE, *Obligationenrecht, Allgemeiner und Besonderer Teil*, 2. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2014
- HUGUENIN CLAIRE / REITZE PETER CHRISTOPHE, *Basler Kommentar Zivilgesetzbuch I*, Art. 1–456 ZGB, hrsg. von Heinrich Honsell / Nedim Peter Vogt / Thomas Geiser, Art. 27, Vor Art. 52–59, Art. 52–59 bearbeitet durch Claire Huguenin und Peter Christophe Reitze, 5. Aufl., Basel 2014
- HÜRLIMANN ROLAND, *Der Architekt als Experte*, in: *Das Architektenrecht*, hrsg. von Peter Gauch / Pierre Tercier, 3. Aufl., Freiburg 1995, S. 429 ff.
- ITTMANN ERASMUS BENJAMIN, *Pflichten des Sportlers im Arbeitsverhältnis, Zugleich ein Beitrag zur Vertragsgestaltung durch Vereine und Berufssportler*, Diss. Bonn, Baden-Baden 2004
- JÄGGI PETER, *Fragen des privatrechtlichen Schutzes der Persönlichkeit*, in: *ZSR* 1960 / II. Halbband, S. 133a ff.
- JEAN-RICHARD-DIT-BRESSEL MARC, *Schweizerisches Strafgesetzbuch, Praxis-kommentar*, hrsg. von Stefan Trechsel / Mark Pieth, Art. 1, 10–13, 19–21, 24–33, 69–73, 102, 102a, 161–162, 322–322<sup>octies</sup> (ohne 322<sup>septies</sup>) bearbeitet durch Marc Jean-Richard-dit-Bressel, 2. Aufl., Zürich/St. Gallen 2013
- JENNY CHRISTIAN, *Arbeitsverträge von Sportlern*, in: *Sport und Recht*, 2. Tagungsband, hrsg. von Oliver Arter, Bern 2005, S. 175 ff.

- KAENEL ADRIAN VON, Handkommentar Arbeitsgesetz, Bundesgesetz vom 13. März 1964 über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel, hrsg. von Thomas Geiser / Adrian von Kaenel / Rémy Wyler, Art. 9–10 bearbeitet durch Adrian von Kaenel, Bern 2005
- KAISER MARTIN, Rechtliche Aspekte der Kommerzialisierung des Sports, in: Jusletter 16. Juli 2012 (zit. KAISER, Kommerzialisierung)
- KAISER MARTIN, Sport- und Spielregeln als materielles Nichtrecht? Zur Frage der Justiziabilität von Sport und Spiel, in: SpuRt 1/2009, S. 6 ff. (zit. KAISER, Nichtrecht)
- KAISER MARTIN, Sportrecht – Berücksichtigung der Interessen des Sports in der Rechtsordnung, Diss. Basel, Bern 2011 (zit. KAISER, Interessen)
- KAISER MARTIN, Sportrecht: Vom (Spannungs-)Verhältnis von Sport und Recht, in: AJP 2/2011, S. 192 ff. (zit. KAISER, Spannungsverhältnis)
- KAISER JOB NOËLLE, Basler Kommentar Schweizerische Zivilprozessordnung, hrsg. von Karl Spühler / Luca Tenchio / Dominik Infanger, Art. 31–35, 194–196 bearbeitet durch Noëlle Kaiser Job, 2. Aufl., Basel 2013
- KALBERMATTER ANDRÉ, Die Sportaktiengesellschaft, Diss. Zürich 2001
- KARRER PIERRE A., Basler Kommentar Internationales Privatrecht, hrsg. von Heinrich Honsell et al., Art. 187 bearbeitet durch Pierre A. Karrer, 3. Aufl., Basel 2013
- KELLER ROLAND, Anwendungsfälle der Drittschadensliquidation und des Vertrags mit Schutzwirkung zugunsten Dritter unter besonderer Berücksichtigung des englischen Rechts, Diss. Zürich 2004
- KELLER MAX / KREN KOSTKIEWICZ JOLANTA, Zürcher Kommentar zum IPRG, hrsg. von Daniel Girsberger et al., Art. 20–24, 112–121, 127–128 bearbeitet durch Max Keller und Jolanta Kren Kostkiewicz, 2. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2004
- KESSLER MARTIN A., Basler Kommentar Obligationenrecht I, Art. 1–529 OR, hrsg. von Heinrich Honsell / Nedim Peter Vogt / Wolfgang Wiegand, Art. 41–49, 52–59a, 61 bearbeitet durch Martin A. Kessler, 6. Aufl., Basel 2015
- KIESER UELI, ATSG-Kommentar, 3. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2015
- KIRSCHENHOFER MATTHIAS, Sport als Beruf, Diss. Chemnitz-Zwickau, Frankfurt a.M. 2002
- KLEIN ANDREAS, Die strafrechtliche Verantwortlichkeit für Sportverletzungen beim Fussball – gemäss den FIFA-Regeln und unter Berücksichtigung von Denkanstössen durch die zivilrechtliche Haftung, Diss. Trier, Hamburg 2008

- KLEINER JAN, Der Spielervertrag im Berufsfussball, Unter Berücksichtigung prozessualer Besonderheiten in Verfahren vor staatlichen Gerichten, Schiedsgerichten und Verbandsinstanzen, Diss. Zürich 2013
- KLETEČKA ANDREAS, Sport und Haftungsrecht – eine Untersuchung unter Berücksichtigung der ökonomischen Analyse, in: Sport und Recht, hrsg. von der Studiengesellschaft für Wirtschaft und Recht, Wien 2006, S. 105 ff.
- KOCH ALEXANDER CHRISTIAN, Betrug bei der Sportwette, Diss. Berlin, Duisburg/Köln 2007 (zit. KOCH, Betrug)
- KOCH RAINER, Der Fall Hoyzer – Der Wett- und Manipulationsskandal in der Fussballbundesliga, in: Schiedsrichter und Wettkampfrichter im Sport, hrsg. von Christian Krähe / Klaus Vieweg, Stuttgart et al. 2008, S. 39 ff. (zit. KOCH, Wettsskandal)
- KOCH RAINER / KRÄMER DIRK, Sportspezifische Anwendung des Strafrechts im Fussball, in: CaS 4/2010, S. 302 ff.
- KOERL CARSTEN, Wettbetrugstechniken und Abwehrmassnahmen in internationalen Fussball, in: Wettkampfmanipulation und Schutzmechanismen, hrsg. von Udo Steiner, Stuttgart et al. 2012, S. 9 ff.
- KÖHLER MATTHIAS, Der Arbeitnehmerbegriff im Sport, Diss. Bayreuth, Hamburg 2009 (zit. KÖHLER, Arbeitnehmerbegriff)
- KÖHLER MATTHIAS, Die Haftung des Verbandes für seine Schiedsrichter, Seminararbeit Bayreuth 2005 <[http://sportrecht.org/cms/front\\_content.php?idcat=55](http://sportrecht.org/cms/front_content.php?idcat=55)> (zit. KÖHLER, Haftung, besucht Ende Juli 2017)
- KÖHLER MATTHIAS, Sportschiedsrichter Arbeitnehmer? in: SpuRt 1/2016, S. 3 ff. (zit. KÖHLER, Sportschiedsrichter)
- KOMOROWSKI ALEXIS VON / BREDEMEIER BARBARA, Fussball, Vermögensstrafrecht und Schiedsrichterverhalten – Teil 1: Der Schiedsrichter als Beteiligter, in: SpuRt 5/2005, S. 181 ff.
- KOPPEHEL CARL, Der Schiedsrichter im Fussball, 7. Aufl., Frankfurt a.M. 1971
- KRAFT CHRISTELLA, Humankapital, Die kommerzielle Verwertung von Bestandteilen des Persönlichkeitsrechts am Beispiel von Lizenzfussballspielern, Diss. Frankfurt (Oder), Frankfurt a.M. 2009
- KRAMER ERNST A., Berner Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Das Obligationenrecht, Band VI, 1. Abteilung Allgemeine Bestimmungen, 2. Teilband, Unterteilband 1a Inhalt des Vertrages, Kommentar zu Art. 19–22 OR, Bern 1991
- KRUG HELMUT, Der Entscheidungsdruck des Schiedsrichters, in: Schiedsrichter und Wettkampfrichter im Sport, hrsg. von Christian Krähe / Klaus Vieweg, Stuttgart et al. 2008, S. 31 ff.
- KRÜGER MATTHIAS / HILBERT SVEN / WENGENROTH LENARD, Strafbarkeit von Spielmanipulationen, in: CaS 3/2013, S. 188 ff.

- KUCZERA MARKUS, Die Vermarktung von Übertragungsrechten im Fussball nach deutschem und europäischem Kartellrecht, Diss. Köln, München 2004
- KUHN BERND, Der Sportschiedsrichter zwischen bürgerlichem Recht und Verbandsrecht, Eine Darstellung schiedsrichterlicher Rechtsprobleme nach deutschem und US-amerikanischen Recht, Diss. Bayreuth, Frankfurt a.M. 2001
- KUMMER MAX, Spielregel und Rechtsregel, Bern 1973
- LIEBMANN MARC, Der Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter, Eine Untersuchung zur Rechtsgrundlage und zum Anwendungsbereich des Vertrages mit Schutzwirkung zugunsten Dritter unter besonderer Berücksichtigung der Dritthaftung von Experten, Diss. Greifswald, Frankfurt a.M. 2006
- LOCHER PETER, Kommentar zum DBG, Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer, I. Teil, Art. 1–48 DBG, Therwil 2001
- LOEF ROBERT, Zum Spannungsfeld zwischen Medienfreiheit und Persönlichkeitsschutz, Unterhaltungsöffentlichkeit und privates Medienrecht, Diss. Bonn, Baden-Baden 2009
- LOOSCHELDERS DIRK, Die haftungsrechtliche Relevanz aussergesetzlicher Verhaltensregeln im Sport, in: JR 7/2000, S. 265 ff.
- LORZ RAINER, Rechtsformwahl für Clubs, in: Handbuch Fussball-Recht, Rechte – Vermarktung – Organisation, hrsg. von Martin Stopper / Gregor Lentze, Berlin 2012, S. 795 ff.
- LUDWIG KAI, Failure to report match-fixing offers is sufficient grounds for lifetime ban, CAS confirms the UEFA Appeals Body decision in the Oleg Oriekhov case (CAS 2010/A/2172 Mr Oleg Oriekhov v/UEFA; Arbitral Award of 18 January 2011 [final], summary), CaS 2/2011, S. 145 ff. (zit. LUDWIG, Match-fixing)
- LUDWIG KAI, Internationale Fussballsanktionspraxis bei Verfehlungen im Sportwettenbereich, in: Sportfinanzierung und Sportwetten, Reflexionen zu Phänomenen, Möglichkeiten und Gefahren im kommerziellen Sport, hrsg. von Florian Kainz / Urs Scherrer / Christian Werner, Zürich/Basel/Genf 2012, S. 181 ff. (zit. LUDWIG, Sanktionspraxis)
- LUDWIG KAI, Unscharfe Begriffstrennung «Tatsachenentscheid» / «Regeltechnischer Fehler», Anmerkung zum Entscheid des Komitees der 1. Liga des Schweizerischen Fussballverbandes vom 21. April 2010 sowie zur Entscheidung des DFB-Sportgerichts vom 4. Mai 2010, in: CaS 3/2010, S. 212 ff. (zit. LUDWIG, Begriffstrennung)
- LUDWIG KAI, Violdiskutierte Freisprüche nach Spielmanipulationen, in: CaS 2/2013, S. 158 ff. (zit. LUDWIG, Spielmanipulationen)
- MABILLARD RAMON / BRINER ROBERT, Basler Kommentar Internationales Pri-

- vatrecht, hrsg. von Heinrich Honsell et al., Art. 177 bearbeitet durch Ramon Mabillard und Robert Briner, 3. Aufl., Basel 2013
- MANAI STÉPHANE, Les attributs de la personnalité du sportif et leur commercialisation dans le contexte du contrat du sponsoring individuel, Diss. Lausanne 2008
- MARÉES MARKUS DE, WM-Endrunde in Katar aus medizinischer Sicht: Verlegung nicht zwingend, in: CaS 4/2013, S. 249 ff.
- MÄTZLER EUGEN, Der Lizenzspielervertrag in der Nationalliga des Schweizerischen Fussballverbandes, Diss. Zürich, Entlebuch 1986
- MAUCHLE PATRICK, Die ausservertragliche Haftung des Veranstalters bei Ausschreitungen im Fussball, in: HAVE 3/2016, S. 296 ff.
- MAYER-VORFELDER GERHARD, Die Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses eines Bundesligaspielers zu seinem Verein, in: Das Recht des Fussballspielers, hrsg. vom Württembergischen Fussballverband e.V., Stuttgart 1980, S. 40 ff.
- MEIER-HAYOZ ARTHUR / FORSTMOSER PETER, Schweizerisches Gesellschaftsrecht, mit Einbezug des künftigen Rechnungslegungsrecht und der Aktienrechtsreform, 11. Aufl., Bern 2012
- MENKE JOHAN-MICHEL, Schiedsrichter, Schiebung, Schadensrecht – Haftungsrechtliche Antworten im Fall «Robert Hoyzer» <[http://www.sportgericht.de/premium/dossier0003\\_menke.pdf](http://www.sportgericht.de/premium/dossier0003_menke.pdf)> (besucht Ende Juli 2017)
- METZGER JOCHEN, Ich bin der Grösste – und keiner merkt's, Zur Psychologie des Schiedsrichters, in: Psychologie heute 6/2010, S. 76 ff.
- MONHEIM DIRK, Das Ende des Schiedszwangs im Sport – Der Fall Pechstein, in: SpuRt 3/2014, S. 90 ff.
- MORAND ANNE-SOPHIE, Persönlichkeitsrechtliche Schranken im Sportsponsoring, Diss. Luzern, Zürich/St. Gallen 2016 (zit. MORAND, Schranken)
- MORAND ANNE-SOPHIE, Verbote religiöser und politischer Symbole im Sport im Lichte des Persönlichkeitsrechts, in: CaS 1/2015, S. 72 ff. (zit. MORAND, Symbole)
- MOREILLON LAURENT, Introduction – vers un nouveau droit pénal du sport? in: Aspects pénaux du droit du sport, hrsg. von André Kuhn et al., Bern 2002, S. 7 ff.
- MOSER MARTIN, Die Haftung gegenüber vertragsfremden Dritten, Ein Beitrag zur Lehre von der Vertrauenshaftung, gezeigt am Beispiel des Wirtschaftsprüfers, Diss. Bern 1998
- MUDRY SIMON / MANGEAT GRÉGOIRE, Paris sportifs et manipulation des compétitions sportives: nouvelles mesures de prévention et de répression en droit suisse, in: Jusletter 23. Mai 2016

- MÜLLER ROLAND A. / MADUZ CHRISTIAN, ArG Kommentar, Arbeitsgesetz mit weiteren Erlassen im Bereich Arbeitsschutz, 8. Aufl., Zürich 2017
- MÜLLER-CHEN MARKUS, Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO), hrsg. von Thomas Sutter-Somm / Franz Hasenböhler / Christoph Leuenberger, Art. 61, 357–359 bearbeitet durch Markus Müller-Chen, 3. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2016
- MÜLLER-CHEN MARKUS / EGGER RAHEL, Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO), hrsg. von Thomas Sutter-Somm / Franz Hasenböhler / Christoph Leuenberger, Art. 357–359 bearbeitet durch Markus Müller-Chen und Rahel Egger, 3. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2016
- MÜLLER-METGE FLORIAN, Die Problematik des Sportwettenbetrugs im Zuge des jüngsten Skandals, in: CaS 2/2010, S. 118 ff.
- MURESAN REMUS / KORFF NIKLAS, Sportschiedsgerichtsbarkeit: Wie weiter nach dem «Pechstein-Urteil» des Landgerichts München? in: CaS 3/2014, S. 199 ff.
- NAGEL SVEN, Sponsoring und Vermarktungsrechte der Sportler und der Verbände, in: CaS 1/2012, S. 55 ff.
- NAM KI YEON, Persönlichkeitsschutz in Ungleichgewichtslagen – am Beispiel des Sports, Diss. Mainz, Frankfurt a.M. 2007
- NETZLE STEPHAN, Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO), hrsg. von Thomas Sutter-Somm / Franz Hasenböhler / Christoph Leuenberger, Art. 374–377, 407 bearbeitet durch Stephan Netzle, 3. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2016
- NIGGLI MARCEL ALEXANDER / MAEDER STEFAN, Basler Kommentar Strafrecht I, Art. 1–110 StGB, Jugendstrafgesetz, hrsg. von Marcel Alexander Niggli / Hans Wiprächtiger, Art. 12–13, 21–23, 67 bearbeitet durch Marcel Alexander Niggli und Stefan Maeder, 3. Aufl., Basel 2013
- NIGGLI MARCEL ALEXANDER / RIEDO CHRISTOF, Basler Kommentar Strafrecht II, Art. 111–392 StGB, hrsg. von Marcel Alexander Niggli / Hans Wiprächtiger, Art. 137–140 bearbeitet durch Marcel Alexander Niggli und Christof Riedo, 3. Aufl., Basel 2013
- OETIKER CHRISTIAN / HOSTANSKY PETER, Die neue Binnenschiedsgerichtsbarkeit – Gerichtspraxis zu Art. 353–399 ZPO, in: AJP 2/2013, S. 203 ff.
- OFTINGER KARL / STARK EMIL W., Schweizerisches Haftpflichtrecht, Zweiter Teil: Besonderer Teil, Erster Halbband: Verschuldenshaftung, gewöhnliche Kausalhaftungen, Haftung aus Gewässerverschmutzung, 4. Aufl., Zürich 1987
- ORTH JAN F., Fussball-WM in Südafrika und «Videobeweis», in: SpuRt 4/ 2010, S. 148 (zit. ORTH, Videobeweis)



- ORTH JAN F., Vereins- und Verbandsstrafen am Beispiel des Fussballsports, Diss. Köln, Frankfurt a.M. 2009 (zit. ORTH, Verbandsstrafen)
- ORTH JAN F. Zur Zukunft der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit im Sport – auch in Deutschland, in: *SpuRt* 6/2015, S. 230 ff. (zit. ORTH, Schiedsgerichtsbarkeit)
- OSCHÜTZ FRANK, Sportschiedsgerichtsbarkeit, Die Schiedsverfahren des Tribunal Arbitral du Sport vor dem Hintergrund des schweizerischen und deutschen Schiedsverfahrensrechts, Diss. Erlangen-Nürnberg, Berlin 2005
- OSMAN GRITT, Das Europäische Sportmodell, Diskussionspapier der Generaldirektion X der Europäischen Kommission, in: *SpuRt* 6/1999, S. 228 ff.
- OSTERWALDER SIMON / KAISER MARTIN, Vom Rechtsstaat zum Richtersport? Fragen zum vorsorglichen Rechtsschutz in der Sportschiedsgerichtsbarkeit der Schweiz, in: *SpuRt* 6/2011, S. 230 ff.
- PACHMANN THILO, Sportverbände und Corporate Governance, Diss. Zürich, Zürich/St. Gallen 2007
- PAPADIMITROPOULOS ANTONIOS V., Schuldverhältnisse mit Schutzwirkung zu Gunsten Dritter, Ein Erklärungsmodell für die Entstehung von Schutzpflichten gegenüber Dritten, Diss. Freiburg, Berlin 2007
- PARASTANDEH-CHEHR JULIA, Die Geschäftsbesorgung im schweizerischen und deutschen Recht, Diss. Berlin, Frankfurt a.M. 2012
- PEREIRA BORGES MAURICIO FERRÃO, Verbandsgerichtsbarkeit und Schiedsgerichtsbarkeit im internationalen Berufsfussball, Unter Berücksichtigung der verbandsinternen FIFA-Rechtsprechung in Bezug auf die *lex sportiva*, Diss. Tübingen, Frankfurt a.M. 2009
- PFEIL WALTER J., Sport und Sozialversicherungsrecht, in: *Sport und Recht*, hrsg. von der Studiengesellschaft für Wirtschaft und Recht, Wien 2006, S. 51 ff.
- PFISTER BERNHARD, Die persönliche Verantwortlichkeit des Schiedsrichters in zivil- und strafrechtlicher Hinsicht, in: *Der Schiedsrichter und das Recht*, hrsg. vom Württembergischen Fussballverband e.V., Stuttgart 1989
- PIETH MARK, Basler Kommentar Strafrecht II, Art. 111–392 StGB, hrsg. von Marcel Alexander Niggli / Hans Wiprächtiger, Art. 305<sup>bis</sup>, 305<sup>ter</sup>, 322<sup>ter</sup>–322<sup>octies</sup> bearbeitet durch Mark Pieth, 3. Aufl., Basel 2013 (zit. PIETH, Art. ... StGB N ...)
- PIETH MARK, Einleitung: Die Governance der FIFA, in: *Die FIFA Reform*, hrsg. von Mark Pieth, Zürich/St. Gallen 2014, S. 7 ff. (zit. PIETH, Governance)
- PLÖTNER MICHAEL, Die Rechtsfigur des Vertrags mit Schutzwirkung für Dritte und die sogenannte Expertenhaftung, Diss. Tübingen, Frankfurt a.M. 2003

- POPP PETER / KESHELAVA TORNIKE, Basler Kommentar Strafrecht I, Art. 1–110 StGB, Jugendstrafgesetz, hrsg. von Marcel Alexander Niggli / Hans Wiprächtiger, Art. 3–4, 6–9 bearbeitet durch Peter Popp und TorniKE Keshe-  
lava, 3. Aufl., Basel 2013
- PORTMANN WOLFGANG / RUDOLPH ROGER, Basler Kommentar Obligationen-  
recht I, Art. 1–529 OR, hrsg. von Heinrich Honsell / Nedim Peter Vogt /  
Wolfgang Wiegand, Art. 319–362 bearbeitet durch Wolfgang Portmann  
und Roger Rudolph, 6. Aufl., Basel 2015
- PORTMANN WOLFGANG / STÖCKLI JEAN-FRITZ, Schweizerisches Arbeitsrecht,  
3. Aufl., Zürich/St. Gallen 2013
- PROBERT PETER, The position of sports betting companies, in: CAS Jurispru-  
dence and New Developments in International Sports Law, hrsg. von Anto-  
nio Rigozzi / Michele Bernasconi, Bern 2012, S. 143 ff.
- PRÜTTING HANNS, Das Pechstein-Urteil des BGH und die Krise der Sport-  
Schiedsgerichtsbarkeit, in: SpuRt 4/2016, S. 143 ff.
- QUIRLING CHRISTIAN, Ein Fall für die Torlinientechnologie, Gedanken nach  
dem «Phantom-Tor» von Sinsheim, in: CaS 4/2013, S. 293 ff.
- RAUCH WILHELM / SCHÖNENBERGER PATRICK, Bekämpfung von Wettkampf-  
manipulation unter dem Gesichtspunkt des Entwurfs zum Bundesgesetz  
über Geldspiele und dem revidierten Korruptionsstrafrecht, in: Jusletter  
23. Mai 2016
- RAUPACH ARNDT, Fussball – das Spiel zwischen Idealismus und Kommerz, in:  
SpuRt 6/2008, S. 241 ff.
- REDELL PATRICK, Die zivilrechtliche Haftung für Schiedsrichterentscheidungen  
im deutschen Profifussball und die Pflicht zur Einführung technischer  
Hilfsmittel, Diss. Köln, Frankfurt a.M. 2015
- REHBINDER MANFRED, AVG Arbeitsvermittlungsgesetz, Zürich 1992
- REHBINDER MANFRED / STÖCKLI JEAN-FRITZ, Berner Kommentar zum schwei-  
zerischen Privatrecht, Das Obligationenrecht, Band VI, 2. Abteilung Die  
einzelnen Vertragsverhältnisse, 2. Teilband Der Arbeitsvertrag, Art. 319–  
362 OR, 1. Abschnitt Einleitung und Kommentar zu den Art. 319–330b  
OR, Bern 2010
- REISSNER GERT-PETER, Hobbysportler, Arbeitnehmer oder freier Dienstneh-  
mer – Rechtsbeziehungen von Sportlern aus arbeitsrechtlicher Sicht, in:  
Sport als Arbeit, hrsg. von Monika Hinteregger / Gert-Peter Reissner, Wien  
2008, S. 1 ff.
- REY HEINZ, Ausservertragliches Haftpflichtrecht, 4. Aufl., Zürich/Basel/  
Genf 2008
- RIEMER HANS MICHAEL, Personenrecht des ZGB, 2. Aufl., Bern 2002 (zit. RIE-  
MER, Personenrecht)

- RIEMER HANS MICHAEL, Persönlichkeitsschutz und Presse, in: Die Verantwortlichkeit im Recht, Türkisch-schweizerische Juristenwoche 1980 in Zürich und Bern, Band 1, hrsg. von Peter Forstmoser, Cyril Hegnauer et al., Zürich 1981, S. 219 ff. (zit. RIEMER, Presse)
- RIEMER HANS MICHAEL, Vereinsinternes Verfahren bei Vereinsstrafen, Die Verhängung von Vereinsstrafen darf nur unter Beachtung formeller (verfahrensrechtlicher) und materieller Vorgaben erfolgen, in: CaS 4/2013, S. 296 ff. (zit. RIEMER, Vereinsstrafen)
- RIKLIN FRANZ, Der Schutz der Persönlichkeit gegenüber Eingriffen durch Radio und Fernsehen nach schweizerischem Privatrecht, Diss. Freiburg 1967
- ROBERTO VITO, Haftpflichtrecht, Bern 2013
- ROTH ANDREAS / BERKEMEIER ANNE, Basler Kommentar Strafrecht II, Art. 111–392, hrsg. von Marcel Alexander Niggli / Hans Wiprächtiger, Art. 122, 123 bearbeitet durch Andreas Roth und Anne Berkemeier, 3. Aufl., Basel 2013
- RUDOLPH ROGER / WIESLI CAROLINE, Fristlose Kündigung und Beschäftigungsanspruch eines Profi-Fussballers, Urteil des Bundesgerichts 4A\_53/2011 vom 28. April 2011, in: Jusletter 22. August 2011
- RÜEDE THOMAS / HADENFELDT REIMER, Schweizerisches Schiedsgerichtsrecht, nach Konkordat und IPRG, 2. Aufl., Zürich 1993
- RÜETSCHI DAVID / ROTH SIMON, Basler Kommentar Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), hrsg. von Reto M. Hilty / Reto Arpagaus, Vor Art. 9–13a, Art. 9 bearbeitet durch David Rüetschi und Simon Roth, Basel 2013
- RUGGLE PETER, Basler Kommentar Schweizerische Zivilprozessordnung, hrsg. von Karl Spühler / Luca Tenchio / Dominik Infanger, Art. 14, 70–72, 213–216, 218, 400, 401 bearbeitet durch Peter Ruggle, 2. Aufl., Basel 2013
- RUOFF PAUL, Beitrag zur schweizerischen Fussballgeschichte, in: Das goldene Buch des Schweizer Fussballs, hrsg. von Gottfried Schmid, Basel 1953, S. 13 ff.
- RÜSING JÖRG, Sportarbeitsrecht, Berlin 2006
- RUZIK ANDY, Fussballschiedsrichter und Sportgericht – Kooperation und Spannungsfelder, in: CaS 4/2009, S. 315 ff.
- SCHERRER URS, «Causa FC Sion»: Gerichte weisen Klagen in Hauptverfahren ab, in: CaS 3/2012, S. 249 ff. (zit. SCHERRER, Klagen)
- SCHERRER URS, Causa «FC Sion / Olympiques des Alpes SA»: Juristische Eskalation infolge einer Transfersperre, in: CaS 4/2012, S. 319 ff. (zit. SCHERRER, Eskalation)

- SCHERRER URS, Der Begriff des Veranstalters, in: Sportveranstaltungen – im Fokus von Recht und Wirtschaft, hrsg. von Urs Scherrer / Franz A. Zölch, Zürich 2004, S. 50 ff. (zit. SCHERRER, Veranstalter)
- SCHERRER URS, Der Schiedsrichter – ein unparteiischer Richter? in: SpuRt 6/1998, S. 255 f. (zit. SCHERRER, Schiedsrichter)
- SCHERRER URS, FIFA – Reflexionen zu Fakten, zu Spekulationen und zur Zukunft, in: CaS 3/2015, S. 322 ff. (zit. SCHERRER, FIFA)
- SCHERRER URS, Im Spannungsfeld: Verbandsautonomie vs. Staatliche Gerichtsbarkeit, in: CaS 4/2011, S. 343 ff. (zit. SCHERRER, Spannungsfeld)
- SCHERRER URS, Was es mit der Gerechtigkeit in Rechtsprechungsverfahren auf sich hat, Zum juristischen Scheitern von Claudia Pechstein aus etwas anderer Sicht, in: CaS 3/2016, S. 297 ff. (zit. SCHERRER, Gerechtigkeit)
- SCHERRER URS / MURESAN REMUS / LUDWIG KAI, Sportrecht, Eine Begriffserläuterung, 3. Aufl., Zürich 2014
- SCHILD WOLFGANG, Sportstrafrecht, Baden-Baden 2002
- SCHILLIG MARK, Ausschluss ordentlicher Gerichte durch Verbandsvorschrift bezüglich vorsorglicher Massnahmen? Entscheid der KSK des SFV vom 17. Dezember 2004, in: CaS 1/2005, S. 54 ff. (zit. SCHILLIG, Ausschluss)
- SCHILLIG MARK, Schiedsgerichtsbarkeit von Sportverbänden in der Schweiz, Diss. Zürich 2000 (zit. SCHILLIG, Schiedsgerichtsbarkeit)
- SCHIMKE MARTIN / EILERS GOETZ, Vereins- und Haftungsrecht, in: Handbuch Sportrecht, hrsg. von Martin Nolte / Johannes Horst, Schorndorf 2009, S. 87 ff.
- SCHMID JÖRG, Persönlichkeitsrecht und Sport, in: Privatrecht im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlichem Wandel und ethischer Verantwortung, Festschrift für Heinz Hausheer zum 65. Geburtstag, hrsg. von Thomas Geiser et al., Bern 2002, S. 127 ff.
- SCHMID JÖRG / STÖCKLI HUBERT / KRAUSKOPF FRÉDÉRIC, OR BT, Schweizerisches Obligationenrecht Besonderer Teil, 2. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2016
- SCHMIDLIN BRUNO, Berner Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Das Obligationenrecht, Allgemeine Bestimmungen, Mängel des Vertragsabschlusses, Art. 23–31 OR, Bern 2013
- SCHMITT BERTRAM, Körperverletzungen bei Fussballspielen, Lübeck 1985
- SCHNYDER ANTON K. / GROLIMUND PASCAL, Basler Kommentar Internationales Privatrecht, hrsg. von Heinrich Honsell et al., Art. 1 bearbeitet durch Anton K. Schnyder und Pascal Grolimund, 3. Aufl., Basel 2013

- SCHÖNENBERGER WILLHELM / JÄGGI PETER, Kommentar zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch, V. Band Obligationenrecht, Kommentar zur 1. und 2. Abteilung (Art. 1–529 OR), Teilband V 1a, Kommentar zu den Art. 1–17 OR hrsg. von Wolfhart F. Bürgi et al., 3. Aufl., Zürich 1973
- SCHÖNTAG HARTMUT, Rechtliche Probleme um den Sportschiedsrichter, Eine Untersuchung über seine Rechtsstellung an Hand des Fussball-, Handball-, Feld- und Eishockey-, Wasserball- und Basketball-Schiedsrichters, Diss. Augsburg 1975
- SCHOTT MARKUS / COURVOISIER MAURICE, Basler Kommentar Internationales Privatrecht, hrsg. von Heinrich Honsell et al., Art. 186 bearbeitet durch Markus Schott und Maurice Courvoisier, 3. Aufl., Basel 2013
- SCHRAMMEL WALTER, Sport und Arbeitsrecht, in: Sport und Recht, hrsg. von der Studiengesellschaft für Wirtschaft und Recht, Wien 2006, S. 37 ff.
- SCHUMACHER RAINER, Die Presseäußerung als Verletzung der persönlichen Verhältnisse, insbesondere ihre Widerrechtlichkeit, Diss. Fribourg 1960
- SCHÜTZ JÜRG G., Schweizerische Zivilprozessordnung (ZPO), Kommentar, hrsg. von Alexander Brunner / Dominik Gasser / Ivo Schwander, Vor Art. 213–218, Art. 213–218 bearbeitet durch Jürg G. Schütz, 2. Aufl., Zürich/St. Gallen 2016 (zit. SCHÜTZ, Art. ... ZPO N ...)
- SCHÜTZ MARKUS, Zur Korrektur unerträglicher Tatsachenentscheidungen von Schiedsrichtern, Zugleich Anmerkung zum Urteil des DFB-Sportgerichts vom 28.10.2013, in: SpuRt 2/2014, S. 53 ff. (zit. SCHÜTZ, Korrektur)
- SCHWAB ROUVEN, Das zivilrechtliche Nachspiel im Fall Hoyzer, in: NJW 2005, S. 938 ff.
- SCHWENZER INGEBORG, Basler Kommentar Obligationenrecht I, Art. 1–529 OR, hrsg. von Heinrich Honsell / Nedim Peter Vogt / Wolfgang Wiegand, Art. 11–17, 23–31 bearbeitet durch Ingeborg Schwenzler, 6. Aufl., Basel 2015 (zit. SCHWENZER, Art. ... OR N ...)
- SCHWENZER INGEBORG, Schweizerisches Obligationenrecht Allgemeiner Teil, 7. Aufl., Bern 2016 (zit. SCHWENZER, Obligationenrecht)
- SEEBACHER GEORG, Körperverletzung im Berufssport – Haftung von Sportkollegen und Vereinen, in: Sport als Arbeit, hrsg. von Monika Hinteregger / Gert-Peter Reissner, Wien 2008, S. 133 ff.
- SEELMANN KURT, Basler Kommentar Strafrecht I, Art. 1–110 StGB, Jugendstrafgesetz, hrsg. von Marcel Alexander Niggli / Hans Wiprächtiger, Art. 11, 14–18 bearbeitet durch Kurt Seelmann, 3. Aufl., Basel 2013
- SEELMANN KURT / GETH CHRISTOPHER, Strafrecht Allgemeiner Teil, 6. Aufl., Basel 2016
- SIEGENTHALER THOMAS, Präjudizienbuch OR, Die Rechtsprechung des Bundesgerichts (1875–2015), hrsg. von Peter Gauch / Viktor Aepli / Hubert

- Stöckli, Art. 363–379 bearbeitet durch Thomas Siegenthaler, 9. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2016
- SÖGÜT ERKUT, Die Überprüfbarkeit von Tatsachenentscheidungen des Schiedsrichters innerhalb der vereinsrechtlichen Gerichtsbarkeit nationaler und internationaler Fussballverbände, Diss. Osnabrück, Hamburg 2014
- SPITZ PHILIPPE, Handkommentar Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), hrsg. von Peter Jung / Philippe Spitz, Art. 3 Abs. 1 lit. a, 3 Abs. 1 lit. d, 3 Abs. 1 lit. f, 3 Abs. 1 lit. k–n, 4, 4a, Vor Art. 9–13a, Art. 9–11, 13a, Vor Art. 16–20, Art. 23, 26–29 bearbeitet durch Philippe Spitz, 2. Aufl., Bern 2016
- SPÖRING THOMAS, Von «Asian Handicap» bis «Zweierkombi»: Einführung in die Theorie der Sportwetten, in: Sportfinanzierung und Sportwetten, Reflexionen zu Phänomenen, Möglichkeiten und Gefahren im kommerziellen Sport, hrsg. von Florian Kainz / Urs Scherrer / Christian Werner, Zürich/Basel/Genf 2012, S. 103 ff.
- SPRAU HARTWIG, Kurz-Kommentar Bürgerliches Gesetzbuch mit Nebengesetzen, hrsg. von Otto Palandt, Einleitung, §§ 631–853 bearbeitet durch Hartwig Sprau, 75. Aufl., München 2016
- STACHER MARCO, Schweizerische Zivilprozessordnung (ZPO), Kommentar, hrsg. von Alexander Brunner / Dominik Gasser / Ivo Schwander, Art. 61, 353–366, 407 bearbeitet durch Marco Stacher, 2. Aufl., Zürich/St. Gallen 2016
- STAEHELIN ADRIAN, Kommentar zum Schweizerischen Zivilrecht, Obligationenrecht, Teilband V 2c, Der Arbeitsvertrag, Art. 319–330a OR, hrsg. von Peter Gauch / Jörg Schmid, 4. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2006 (zit. STAEHELIN, Art. ... OR N ...)
- STAEHELIN ADRIAN, Kommentar zum Schweizerischen Zivilrecht, Obligationenrecht, Teilband V 2c, Der Arbeitsvertrag, Art. 330b–355, Art. 361–362 OR, hrsg. von Jörg Schmid, Basel/Zürich/Genf 2014 (zit. STAEHELIN, Art. ... OR N ...)
- STAEHELIN ADRIAN / STAEHELIN DANIEL / GROLIMUND PASCAL, Zivilprozessrecht, Unter Einbezug des Anwaltsrechts und des internationalen Zivilprozessrechts, 2. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2013
- STANCKE FABIAN, Pechstein und der aktuelle Stand des Sportkartellrechts, in: SpuRt 2/2015, S. 46 ff.
- STAUFFER HANS-ULRICH, Berufliche Vorsorge, 2. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2012
- STEINER MARCO, La soumission des athlètes aux sanctions sportives: étude d’une problématique négligée par le monde juridico-sportif, Diss. Lausanne 2010 (zit. STEINER, sanctions)

- STEINER UDO, Von Fussball über Fussballrecht zu Fussballrechtlern, in: CaS 2/2014, S. 121 ff. (zit. STEINER, Fussballrecht)
- STÖCKLI JEAN-FRITZ / SOLTERMANN DANIEL, Handkommentar Arbeitsgesetz, Bundesgesetz vom 13. März 1964 über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel, hrsg. von Thomas Geiser / Adrian von Kaenel / Rémy Wyler, Art. 16–20, 23–25 bearbeitet durch Jean-Fritz Stöckli und Daniel Soltermann, Bern 2005
- STRATENWERTH GÜNTER, Schweizerisches Strafrecht Allgemeiner Teil I: Die Straftat, 4. Aufl., Bern 2011
- STRATENWERTH GÜNTER / JENNY GUIDO / BOMMER FELIX, Schweizerisches Strafrecht, Besonderer Teil I: Straftaten gegen Individualinteressen, 7. Aufl., Bern 2010
- STRAUF HENDRIK, Allgemeine arbeitsrechtliche Regelungen sind bei der Vertragsgestaltung zu berücksichtigen, Anmerkungen zum Urteil des Arbeitsgerichts Aachen vom 22. Februar 2013; Ca 3662/12, in: CaS 4/2013, S. 288 ff.
- STREIFF ULLIN / KAENEL ADRIAN VON / RUDOLPH ROGER, Arbeitsvertrag, Praxiskommentar zu Art. 319–362 OR, 7. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2012
- STRIGEL EUGEN, Die Fussballregeln und die Tücken der Anwendung in der Praxis, in: Der Schiedsrichter im Spannungsfeld zwischen Anforderung und Überforderung – oder: Die Fehlbarkeit des Schiedsrichters als Rechtsproblem, Tagungsband des wfv-Sportrechtsseminars vom 28.–30. September 2007 in Wangen/Allgäu, hrsg. vom Württembergischen Fussballverband e.V., Baden-Baden 2007, S. 21 ff. (zit. STRIGEL, Fussballregeln)
- STRIGEL EUGEN, Technische und sonstige Möglichkeiten der Überprüfung von Tatsachenentscheiden, in: Der Schiedsrichter im Spannungsfeld zwischen Anforderung und Überforderung – oder: Die Fehlbarkeit des Schiedsrichters als Rechtsproblem, Tagungsband des wfv-Sportrechtsseminars vom 28.–30. September 2007 in Wangen/Allgäu, hrsg. vom Württembergischen Fussballverband e.V., Baden-Baden 2007, S. 79 ff. (zit. STRIGEL, Überprüfung)
- STRÖBELE VOLKER MICHAEL, Die Auswirkungen der «Besonderheit des Sports» auf die Anwendung von Verfahrensgrundsätzen in sportgerichtlichen Verfahren am Beispiel des Fussballs, Diss. Tübingen 2010
- SUBILIA OLIVIER, Handkommentar Arbeitsgesetz, Bundesgesetz vom 13. März 1964 über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel, hrsg. von Thomas Geiser / Adrian von Kaenel / Rémy Wyler, Art. 26–28, 36a bearbeitet durch Olivier Subilia, Bern 2005
- SUMMERMATTER DANIEL, Einstweiliger Rechtsschutz im Sport nach eidgenössischer Zivilprozessordnung, in: CaS 4/2009, S. 351 ff.

- SUTTER THOMAS, Rechtsfragen des organisierten Sports – unter besonderer Berücksichtigung des Einzelarbeitsvertrages, Diss. Basel, Bern 1984
- TÄNNLER HEINZ, Der Schiedsrichter im Spannungsfeld von Sport, Recht und Ethik, in: CaS 1/2005, 15 ff. (zit. TÄNNLER, Schiedsrichter)
- TÄNNLER HEINZ, Weshalb die FIFA-Abstellungsregel unerlässlich ist, in: CaS 2/2006, S. 315 ff. (zit. TÄNNLER, FIFA-Abstellungsregel)
- TERCIER PIERRE / BIERI LAURENT / CARRON BLAISE, Les contrats spéciaux, 5. Aufl., Genf/Zürich/Basel 2016
- THALER DANIEL, Anmerkungen zum Urteil des Bundesgerichts vom 24. Oktober 2007, Angleichung der straf- und zivilrechtlichen Beurteilung von Fouls im Profisport? in: CaS 4/2007, S. 490 f. (zit. THALER, Anmerkungen)
- THALER DANIEL, Der Traum vom Fussballweltmeistertitel: Wieviel Einsatz und Risiko ist zulässig, um zu siegen? Eine international-haftungsrechtliche Betrachtung des Fouls, in: CaS 2/2006, S. 172 ff. (zit. THALER, Weltmeistertitel)
- THALER DANIEL, Haftung zwischen Wettkampfsportlern, Insbesondere beim Sportunfall und Dopingmissbrauch, Diss. Zürich 2002 (zit. THALER, Haftung)
- THALER DANIEL, Sportregeln und zivilrechtliche Haftung, in: Sport und Recht, hrsg. von Oliver Arter, Bern 2004, S. 129 ff. (zit. THALER, Sportregeln)
- THOUVENIN FLORENT, Basler Kommentar Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), hrsg. von Reto M. Hilty / Reto Arpagaus, Art. 8 bearbeitet durch Florent Thouvenin, Basel 2013
- TUHR ANDREAS VON / ESCHER ARNOLD, Allgemeiner Teil des Schweizerischen Obligationenrechts, Zweiter Band, 3. Aufl., Zürich 1974
- TRACHSLER WALTER, Rechtliche Fragen bei der fotografischen Aufnahme, Diss. Zürich 1975
- TRECHSEL STEFAN, Schweizerisches Strafrecht Allgemeiner Teil I, Allgemeine Voraussetzungen der Strafbarkeit, 6. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2004
- TRUNZ MIRJAM, Ein globaler Lösungsansatz zur Bekämpfung der Spiel- und Wettspielmanipulation im Sport, Diss. Zürich, Zürich/St. Gallen 2016
- ULRICH SIMON, Der Architekturwettbewerb unter besonderer Berücksichtigung fehlerhafter Preisentscheide, Diss. St. Gallen, Hallstadt 1994 (zit. ULRICH, Architektenvertrag)
- ULRICH SIMON, Die neue SIA-Ordnung 142 für Architektur- und Ingenieurwettbewerbe, Inhalt und Bedeutung – eine erste Einschätzung, in: AJP 3/1999, S. 243 ff. (zit. ULRICH, SIA)
- UMBRICHT ROBERT / RODRIGUEZ RODRIGO / KRÜSI MELANIE, Basler Kommen-



- tar Internationales Privatrecht, hrsg. von Heinrich Honsell et al., Art. 129–133, 135, 142 bearbeitet durch Robert Umbricht, Rodrigo Rodriguez und Melanie Krüsi, 3. Aufl., Basel 2013
- VALLONI LUCIEN W. / PACHMANN THILO, Sportrecht in a nutshell, Zürich/St. Gallen 2012
- VAUTROT MICHEL, L'arbitre face aux nouveaux défis du football, in: CAS Jurisprudence and New Developments in International Sports Law, hrsg. von Antonio Rigozzi / Michele Bernasconi, Bern 2012, S. 161 ff.
- VEST HANS, Schweizerisches Strafgesetzbuch, Praxiskommentar, hrsg. von Stefan Trechsel / Mark Pieth, Art. 2–9, 110 III, 240–250, 258–302, 312–314, 318–321<sup>bis</sup> bearbeitet durch Hans Vest, 2. Aufl., Zürich/St. Gallen 2013
- VIEWEG KLAUS, Tatsachenentscheidung im Sport – Konzeption und Korrektur, in: Schiedsrichter und Wettkampfrichter im Sport, hrsg. von Christian Krähe / Klaus Vieweg, Stuttgart et al. 2008, S. 53 ff.
- VILLIGER MARCO, Schiedsgerichtsbarkeit international, in: Handbuch Fussball-Recht, Rechte – Vermarktung – Organisation, hrsg. von Martin Stopper / Gregor Lenze, Berlin 2012, S. 965 ff.
- VISCHER FRANK, Zürcher Kommentar zum IPRG, hrsg. von Daniel Girsberger et al., Art. 17–19, 33–42, 109–111, 122, 136–137, 139, 147, 150–165, 176–177, 179–180, 182–183 bearbeitet durch Frank Vischer, 2. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2004
- VISCHER FRANK / MÜLLER ROLAND M., Der Arbeitsvertrag, 4. Aufl., Basel 2014
- VOLKEN PAUL, Zürcher Kommentar zum IPRG, hrsg. von Daniel Girsberger et al., Art. 1–12, 25–32, 43–50, 59–65, 129–131, 134–135, 166–175, 178, 181, 184–185, 195–200 bearbeitet durch Paul Volken, 2. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2004
- VOLLMÜLLER JÖRG, Weltverband – FIFA, in: Handbuch Fussball-Recht, Rechte – Vermarktung – Organisation, hrsg. von Martin Stopper / Gregor Lentze, Berlin 2012, S. 425 ff.
- WACHTER THOMAS, Spezielle Arbeitsverhältnisse und -verträge, Zürich 2011
- WALTER GERHARD, Schiedsgerichtsbarkeit im Sport, in: Sport und Recht, hrsg. von Oliver Arter, Bern 2004, S. 173 ff. (zit. WALTER, Schiedsgerichtsbarkeit)
- WALTER GERHARD, Sport(schieds)gerichtsbarkeit und Rechtsmittelverzicht in der Schweiz, in: SpuRt 4/2008, S. 133 ff. (zit. WALTER, Rechtsmittelverzicht)
- WASKE THOMAS K, Nochmals: Die Angst des DFB-Sportgerichts vor der Tatsachenentscheidung, in: SpuRt 5/1994, S. 189 f.
- WEBER LARS, Rechtliche Strukturen und Beschäftigungsverhältnisse im Fuss-

- ballsport, am Beispiel von Spielern, Trainern und Schiedsrichtern im Bereich der Bundesliga und in der Regionalliga, Diss. Bochum, Hamburg 2008 (zit. WEBER, Strukturen)
- WEBER ROLF H., Basler Kommentar Obligationenrecht I, Art. 1–529 OR, hrsg. von Heinrich Honsell / Nedim Peter Vogt / Wolfgang Wiegand, Art. 394–406, 407–411, 419–424 bearbeitet durch Rolf H. Weber, 6. Aufl., Basel 2015 (zit. WEBER, Basler Kommentar)
- WEBER ROLF H., Berner Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Das Obligationenrecht, Band VI, 1. Abteilung Allgemeine Bestimmungen, 5. Teilband Die Folgen der Nichterfüllung, Art. 97–109, Bern 2000 (zit. WEBER, Berner Kommentar)
- WEBER ROLF H., Sorgfaltswidrigkeit – quo vadis? Bemerkungen zu den Bedeutungsstufen des Sorgfaltswidrigkeitsbegriffes im Spannungsfeld zwischen Widerrechtlichkeit und Verschulden, in: ZSR 1988 / I. Halbband, S. 39 ff. (zit. WEBER, Sorgfaltswidrigkeit)
- WEBER-STECHER URS, Basler Kommentar Schweizerische Zivilprozessordnung, hrsg. von Karl Spühler / Luca Tenchio / Dominik Infanger, Einleitung 3. Teil, Art. 353–356, 363, 367–369 bearbeitet durch Urs Weber-Stecher, 2. Aufl., Basel 2013
- WENG BJÖRN, Die zentrale Vermarktung von Fernsehübertragungsrechten durch nationale und internationale Fussballverbände im Lichte neuester Rechtsprechung und Gesetzgebung, Diss. Tübingen 2000
- WERRO FRANZ, La responsabilité civile, 2. Aufl., Bern 2011 (zit. WERRO, responsabilité)
- WERRO FRANZ, Le mandat et ses effets, Une étude sur le contrat d'activité indépendante selon le Code suisse des obligations, Diss. Fribourg 1993 (zit. WERRO, mandat)
- WIEGAND WOLFGANG, Basler Kommentar Obligationenrecht I, Art. 1–529 OR, hrsg. von Heinrich Honsell / Nedim Peter Vogt / Wolfgang Wiegand, Art. 18, 97–109, 119 bearbeitet durch Wolfgang Wiegand, 6. Aufl., Basel 2015
- WÜEST PHILIPP, Schranken der Verbandsgewalt gegenüber Sportlern am Beispiel des Kopftuchverbots im Basketball, Jusletter 25. Oktober 2010
- WÜTERICH CHRISTOPH / BREUCKER MARIUS, Das Arbeitsrecht im Sport, Stuttgart et al. 2006
- WYLER RÉMY / HEINZER BORIS, Droit du travail, 3. Aufl., Bern 2014
- WYLER RÉMY, Sportifs blessés – Responsabilité civile, subrogation de l'assureur social et privilège de recours, in: Sport und Recht, hrsg. von Oliver Arter / Margareta Baddeley, Bern 2007, S. 161 ff.
- ZEDER MARIANNE, Haftungsbefreiung durch Einwilligung des Geschädigten,

Eine rechtsvergleichende Betrachtung unter Einschluss des Handelns auf eigene Gefahr im Bereich des Sports, Diss. Basel, Zürich 1999

ZEILNER FRANZ, Sport und Recht, Frankfurt a.M. 2003

ZEN-RUFFINEN PIERMARCO, Droit du Sport, Zürich/Basel/Genf 2002

ZIEHER WOLFGANG, Fehlverhalten des Schiedsrichters aus strafrechtlicher Sicht, in: Der Schiedsrichter im Spannungsfeld zwischen Anforderung und Überforderung – oder: Die Fehlbarkeit des Schiedsrichters als Rechtsproblem, Tagungsband des wfv-Sportrechtsseminars vom 28.–30. September 2007 in Wangen/Allgäu, hrsg. vom Württembergischen Fussballverband e.V., Baden-Baden 2007, S. 25 ff.

ZIMMERMANN MARKUS, In dubio pro Schiedsgerichtsbarkeit? in: CaS 1/2014, S. 11 ff. (zit. ZIMMERMANN, Schiedsgerichtsbarkeit)

ZIMMERMANN MARKUS, Vertragsstabilität im internationalen Fussball unter Berücksichtigung der Rechtsprechung der FIFA und des CAS, Diss. Bern, Zürich/St. Gallen 2015 (zit. ZIMMERMANN, Vertragsstabilität)

# Materialienverzeichnis

Allgemeine Vertragsbedingungen (AVB) zum Arbeitsvertrag für Nichtamateur-Spieler der Klubs des Schweizerischen Fussballverbands, Ausgabe Juni 2017 <[http://org.football.ch/portaldata/28/Resources/dokumente/de/04\\_nichtamateure\\_und\\_vermittler/4.2.2\\_Allgemeine\\_Vertragsbedingungen\\_zum\\_Standard-Arbeitsvertrag.pdf](http://org.football.ch/portaldata/28/Resources/dokumente/de/04_nichtamateure_und_vermittler/4.2.2_Allgemeine_Vertragsbedingungen_zum_Standard-Arbeitsvertrag.pdf)> (zit. SFV-AVB)

Anstellungsbedingungen der Schiedsrichter, Schiedsrichter-Assistenten und der 4. Offiziellen der Swiss Football League des SFV, Ausgabe Januar 2016, zu beziehen beim SFV oder beim Autor (zit. SFL-Anstellungsbedingungen)

Arbeitsvertrag für Nichtamateur-Spieler der Klubs des Schweizerischen Fussballverbands <[http://org.football.ch/portaldata/28/Resources/dokumente/de/04\\_nichtamateure\\_und\\_vermittler/4.2.1\\_Standard\\_Arbeitsvertrag\\_fuer\\_Nichtamateure.pdf](http://org.football.ch/portaldata/28/Resources/dokumente/de/04_nichtamateure_und_vermittler/4.2.1_Standard_Arbeitsvertrag_fuer_Nichtamateure.pdf)> (zit. SFV-Standardvertrag)

Arbeitsvertrag für Nichtamateur-Spieler der Klubs des Schweizerischen Fussballverbands in der bis Mai 2017 gültigen Fassung <[http://www.football.ch/de/Portaldata/1/Resources/dokumente/Arbeitsvertrag\\_SFV\\_D\\_20150411\\_Formulare.pdf](http://www.football.ch/de/Portaldata/1/Resources/dokumente/Arbeitsvertrag_SFV_D_20150411_Formulare.pdf)> (zit. aSFV-Standardvertrag)

Botschaft über die Änderung des Strafgesetzbuchs (Korruptionsstrafrecht) vom 30. April 2014, BBl 2014, S. 3591 ff. (zit. Botschaft Korruptionsstrafrecht)

Botschaft zum Geldspielgesetz vom 21. Oktober 2015, BBl 2015, S. 8387 ff. (zit. Botschaft Geldspielgesetz)

Botschaft zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO) vom 28. Juni 2006, BBl 2006, S. 7221 ff. (zit. Botschaft ZPO)

DFB-Schiedsrichterordnung <[http://www.dfb.de/fileadmin/\\_dfbdam/128746-12\\_Schiedsrichterordnung.pdf](http://www.dfb.de/fileadmin/_dfbdam/128746-12_Schiedsrichterordnung.pdf)> (zit. DFB-Schiedsrichterordnung)

FIFA-Ausrüstungsreglement, Ausgabe September 2015 <[http://resources.fifa.com/mm/document/tournament/competition/51/54/30/equipmentregulations-inhalt-d\\_german.pdf](http://resources.fifa.com/mm/document/tournament/competition/51/54/30/equipmentregulations-inhalt-d_german.pdf)> (zit. FIFA-Ausrüstungselement)

FIFA-Disziplinarreglement, Ausgabe 2017 <<http://resources.fifa.com/mm/document/affederation/administration/50/02/75/fifadisciplinarycode2017german.pdf>> (zit. FIFA-Disziplinarreglement)

FIFA-Ethikreglement, Ausgabe 2012 <[http://resources.fifa.com/mm/document/affederation/administration/50/02/82/codeofethics\\_v211015\\_d\\_german.pdf](http://resources.fifa.com/mm/document/affederation/administration/50/02/82/codeofethics_v211015_d_german.pdf)> (zit. FIFA-Ethikreglement)

FIFA-Reglement bezüglich Status und Transfer von Spielern vom 17. März 2016 <[http://resources.fifa.com/mm/document/affederation/administration/02/70/95/52/regulationsonthestatusandtransferofplayersnov2016webde\\_german.pdf](http://resources.fifa.com/mm/document/affederation/administration/02/70/95/52/regulationsonthestatusandtransferofplayersnov2016webde_german.pdf)> (zit. FIFA-RSTS)

FIFA-Statuten, Ausführungsbestimmungen zu den Statuten, Geschäftsordnung des Kongresses, Ausgabe April 2016 <[http://resources.fifa.com/mm/document/affederation/generic/02/78/29/07/fifastatutswbde\\_german.pdf](http://resources.fifa.com/mm/document/affederation/generic/02/78/29/07/fifastatutswbde_german.pdf)> (zit. FIFA-Statuten)

FIFA-Statuten, Ausführungsbestimmungen zu den Statuten, Geschäftsordnung des Kongresses, Ausgabe April 2015 <[http://resources.fifa.com/mm/document/affederation/generic/02/58/14/48/2015fifastatutesde\\_german.pdf](http://resources.fifa.com/mm/document/affederation/generic/02/58/14/48/2015fifastatutesde_german.pdf)> (zit. aFIFA-Statuten)

Geschäftsreglement Schiedsrichterwesen der Schiedsrichterkommission des SFV, Ausgabe 2016 <[http://org.football.ch/portaldata/28/Resources/dokumente/de/12\\_schiedsrichterwesen/12.4\\_Geschaeftsreglement\\_Schiedsrichterwesen.pdf](http://org.football.ch/portaldata/28/Resources/dokumente/de/12_schiedsrichterwesen/12.4_Geschaeftsreglement_Schiedsrichterwesen.pdf)> (zit. Geschäftsreglement SK-SFV)

IFAB-Spielregeln 2017/18 <<http://www.theifab.com/backend/library/doc/laws-of-the-game-201718-german-booklet-format>> (zit. IFAB-Spielregeln)

IFV-Reglement über die Leistungen (Leistungstarif) vom 28. Mai 2015 <[http://www.ifv.ch/Portaldata/17/Resources//REGLEMENT\\_UeBER\\_DIE\\_LEISTUNGEN\\_01.07.2015.pdf](http://www.ifv.ch/Portaldata/17/Resources//REGLEMENT_UeBER_DIE_LEISTUNGEN_01.07.2015.pdf)> (zit. IFV-Leistungstarif)

IIHF Official Rule Book 2014–2018, Ausgabe Juli 2015 <[http://www.iihf.com/fileadmin/user\\_upload/PDF/Sport/IIHF\\_Official\\_Rule\\_Book\\_2014-18\\_Web\\_V6.pdf](http://www.iihf.com/fileadmin/user_upload/PDF/Sport/IIHF_Official_Rule_Book_2014-18_Web_V6.pdf)> (zit. IIHF-Spielregeln)

IIHF Statutes and Bylaw 2014–2018, Ausgabe Mai 2014 <[http://www.iihf.com/fileadmin/user\\_upload/PDF/The\\_IIHF/2014-2018\\_IIHF\\_Statutes\\_and\\_Bylaws\\_web.pdf](http://www.iihf.com/fileadmin/user_upload/PDF/The_IIHF/2014-2018_IIHF_Statutes_and_Bylaws_web.pdf)> (zit. IIHF-Statuten)

Merkblatt der Schiedsrichterkommission des SFV für die Schiedsrichter, Saison 2017/2018 <[http://www.football.ch/portaldata/28/Resources/dokumente/de/02\\_wettspielreglement\\_und\\_spielregeln/2.3\\_Merkblatt\\_Saison\\_2017\\_2018.pdf](http://www.football.ch/portaldata/28/Resources/dokumente/de/02_wettspielreglement_und_spielregeln/2.3_Merkblatt_Saison_2017_2018.pdf)> (zit. SR-Merkblatt)

Pflichtenheft für Schiedsrichter, die bei UEFA-Spielen zum Einsatz kommen, Ausgabe 2014 <[http://de.uefa.com/MultimediaFiles/Download/uefaorg/Refereeing/02/17/55/81/2175581\\_DOWNLOAD.pdf](http://de.uefa.com/MultimediaFiles/Download/uefaorg/Refereeing/02/17/55/81/2175581_DOWNLOAD.pdf)> (zit. UEFA-Pflichtenheft)

Rechtspflegeordnung der UEFA, Ausgabe 2017 <[http://de.uefa.com/MultimediaFiles/Download/Regulations/uefaorg/UEFACompDisCases/02/48/23/11/2482311\\_DOWNLOAD.pdf](http://de.uefa.com/MultimediaFiles/Download/Regulations/uefaorg/UEFACompDisCases/02/48/23/11/2482311_DOWNLOAD.pdf)> (zit. UEFA-RPO)

Reglement der UEFA Champions League, Zyklus 2015–2018, Saison 2017/18  
<[http://de.uefa.com/MultimediaFiles/Download/Regulations/uefaorg/Regulations/02/46/71/41/2467141\\_DOWNLOAD.pdf](http://de.uefa.com/MultimediaFiles/Download/Regulations/uefaorg/Regulations/02/46/71/41/2467141_DOWNLOAD.pdf)> (zit. Reglement UEFA CL)

Reglement der UEFA Europa League, Zyklus 2015–2018, Saison 2017/18  
<[http://de.uefa.com/MultimediaFiles/Download/Regulations/uefaorg/Regulations/02/46/71/45/2467145\\_DOWNLOAD.pdf](http://de.uefa.com/MultimediaFiles/Download/Regulations/uefaorg/Regulations/02/46/71/45/2467145_DOWNLOAD.pdf)> (zit. Reglement UEFA EL)

Reglement FIFA-Weltmeisterschaft Russland 2018, März 2015  
<[http://resources.fifa.com/mm/document/tournament/competition/02/84/35/19/regulationsfwc2018de\\_28092016\(2\)\\_german.pdf](http://resources.fifa.com/mm/document/tournament/competition/02/84/35/19/regulationsfwc2018de_28092016(2)_german.pdf)> (zit. FIFA-Reglement WM 2018)

Reglement für den Spielbetrieb der SFL, Ausgabe 07.2017  
<[http://www.sfl.ch/fileadmin/\\_migrated/content\\_uploads/Reglement\\_Spielbetrieb\\_SFL\\_2017-07-01.pdf](http://www.sfl.ch/fileadmin/_migrated/content_uploads/Reglement_Spielbetrieb_SFL_2017-07-01.pdf)> (zit. SFL-Spielbetriebsreglement)

Reglement für die Organisation des Schiedsrichterwesens bei FIFA-Mitgliedsverbänden vom 19. März 2010 <[http://resources.fifa.com/mm/document/tournament/competition/01/28/10/42/defs\\_regulationsorganisationrefereeinginfifa\\_inhalt.pdf](http://resources.fifa.com/mm/document/tournament/competition/01/28/10/42/defs_regulationsorganisationrefereeinginfifa_inhalt.pdf)> (zit. FIFA-SR-Reglement)

Reglement Schiedsrichter und Schiedsrichter-Assistenten (SSAR) der Schiedsrichterkommission des SFV, Ausgabe 2001  
<[http://org.football.ch/portaldata/28/Resources/Dokumente/DE/12\\_Schiedsrichterwesen/12.1\\_Reglement\\_Schiedsrichter\\_und\\_Schiedsrichter-Assistenten.pdf](http://org.football.ch/portaldata/28/Resources/Dokumente/DE/12_Schiedsrichterwesen/12.1_Reglement_Schiedsrichter_und_Schiedsrichter-Assistenten.pdf)> (zit. SSAR)

Reglement über das Disziplinarverfahren der SFL, Ausgabe 11.2016  
<[http://www.sfl.ch/fileadmin/\\_migrated/content\\_uploads/Reglement\\_Disziplinarverfahren\\_SFL.pdf](http://www.sfl.ch/fileadmin/_migrated/content_uploads/Reglement_Disziplinarverfahren_SFL.pdf)> (zit. SFL-Disziplinarreglement)

Richtlinien für FIFA-Spielloffizielle, Juni 2015 <[http://resources.fifa.com/mm/document/tournament/competition/51/53/95/guidelines\\_match\\_officials\\_en\\_38398.pdf](http://resources.fifa.com/mm/document/tournament/competition/51/53/95/guidelines_match_officials_en_38398.pdf)> (zit. FIFA-Richtlinien)

Schweizer Cup Reglement des SFV, Ausgabe April 2016  
<[http://org.football.ch/portaldata/28/Resources/Dokumente/DE/03\\_Schweizer\\_Cup/3.1\\_Schweizer-Cup-Reglement.pdf](http://org.football.ch/portaldata/28/Resources/Dokumente/DE/03_Schweizer_Cup/3.1_Schweizer-Cup-Reglement.pdf)> (zit. SFV-Cupreglement)

SFV-Rechtspflegeordnung (RPO), Ausgabe Juli 2017 <[http://org.football.ch/portaldata/28/Resources/Dokumente/DE/01\\_Statuten\\_und\\_Disziplinarwesen/1.3\\_Rechtspflegeordnung.pdf](http://org.football.ch/portaldata/28/Resources/Dokumente/DE/01_Statuten_und_Disziplinarwesen/1.3_Rechtspflegeordnung.pdf)> (zit. RPO-SFV)

SFV-Reglement über den Status der Nichtamateure, Ausgabe April 2015  
<[http://org.football.ch/portaldata/28/Resources/Dokumente/DE/04\\_Nichtamateure](http://org.football.ch/portaldata/28/Resources/Dokumente/DE/04_Nichtamateure)

re\_und\_Vermittler/4.1\_Reglement\_ueber\_den\_Status\_der\_Nichtamateure.pdf>  
(zit. SFV-Reglement Nichtamateure)

SFV-Wettspielreglement (WR), Ausgabe Juli 2017 <[http://org.football.ch/portaldata/28/Resources/Dokumente/DE/02\\_Wettspielreglement\\_und\\_Spielregeln/2.1\\_Wettspielreglement.pdf](http://org.football.ch/portaldata/28/Resources/Dokumente/DE/02_Wettspielreglement_und_Spielregeln/2.1_Wettspielreglement.pdf)> (zit. WR-SFV)

Spielregeln Hallenhandball Internationale Handball Federation, Ausgabe 1. Juli 2016 <<http://www.ihf.info/en-us/thegame/statutesandregulations.aspx?catid=5>>  
(zit. IHF-Spielregeln)

Statuten der Amateur Liga des SFV, Ausgabe 2015 <[http://www.al-la.ch/portaldata/4/Resources/2016/dokumente/01\\_Reglemente\\_der\\_AL/Statuten\\_nach\\_DV\\_2015\\_Mai2015\\_-Statutenrevision\\_AL.pdf](http://www.al-la.ch/portaldata/4/Resources/2016/dokumente/01_Reglemente_der_AL/Statuten_nach_DV_2015_Mai2015_-Statutenrevision_AL.pdf)> (zit. AL-Statuten)

Statuten der FC Luzern-Innerschweiz AG vom 4. Juni 2013 <[http://www.fcl.ch/dynasite.cfm?cmd=cdownload\\_download\\_download\\_download&filename=datei\\_260914204535921.pdf&skipfurl=1](http://www.fcl.ch/dynasite.cfm?cmd=cdownload_download_download_download&filename=datei_260914204535921.pdf&skipfurl=1)> (zit. Statuten FCL-AG)

Statuten der Swiss Football League des SFV, Ausgabe 07.2017 <[http://www.sfl.ch/fileadmin/\\_migrated/content\\_uploads/Statuten\\_SFL\\_2017-07-01.pdf](http://www.sfl.ch/fileadmin/_migrated/content_uploads/Statuten_SFL_2017-07-01.pdf)> (zit. SFL-Statuten)

Statuten des Innerschweizerischen Fussballverbands, Ausgabe August 2012 <[http://www.ifv.ch/Portaldata/17/Resources/dokumente/Statuten\\_ifv\\_08-2012.pdf](http://www.ifv.ch/Portaldata/17/Resources/dokumente/Statuten_ifv_08-2012.pdf)> (zit. IFV-Statuten)

Statuten des Schweizerischen Fussballverbands, Ausgabe Juli 2017 <[http://org.football.ch/portaldata/28/Resources/Dokumente/DE/01\\_Statuten\\_und\\_Disziplinarwesen/1.1\\_Statuten.pdf](http://org.football.ch/portaldata/28/Resources/Dokumente/DE/01_Statuten_und_Disziplinarwesen/1.1_Statuten.pdf)> (zit. SFV-Statuten)

Statuten FC Luzern Breitensport Sektion Fussball vom 17. August 2001 <<http://www.fclbreitensport.clubdesk.com/clubdesk/fileservlet?id=1000169>>  
(zit. Statuten FCL-Breitensport)

Statuten Sportclub Kriens, Ausgabe 2016 <<http://www.sckriens.ch/wp-content/uploads/2016/09/Statuten-2016.pdf>> (zit. Statuten SC Kriens)

UEFA-Ausrüstungsreglement, Ausgabe 2012 <[http://de.uefa.com/MultimediaFiles/Download/Tech/uefaorg/General/01/75/63/41/1756341\\_DOWNLOAD.pdf](http://de.uefa.com/MultimediaFiles/Download/Tech/uefaorg/General/01/75/63/41/1756341_DOWNLOAD.pdf)>  
(zit. UEFA-Ausrüstungselement)

UEFA-Organisationsreglement, Ausgabe 2017 <[http://de.uefa.com/MultimediaFiles/Download/Tech/uefaorg/General/02/48/50/20/2485020\\_DOWNLOAD.pdf](http://de.uefa.com/MultimediaFiles/Download/Tech/uefaorg/General/02/48/50/20/2485020_DOWNLOAD.pdf)> (zit. UEFA-Organisationsreglement)

UEFA Referee Development Programme 2014, Practical Information for Match Officials, zu beziehen beim SFV oder beim Autor (zit. Practical Information UEFA)

UEFA-Schiedsrichterkonvention, Konvention zur Ausbildung und Organisation von Schiedsrichtern, Ausgabe 2012 <[http://de.uefa.com/MultimediaFiles/Download/Tech/uefaorg/General/01/89/25/79/1892579\\_DOWNLOAD.pdf](http://de.uefa.com/MultimediaFiles/Download/Tech/uefaorg/General/01/89/25/79/1892579_DOWNLOAD.pdf)> (zit. UEFA-Konvention)

UEFA-Statuten, Geschäftsordnung des UEFA-Kongresses, Ausführungsbestimmungen zu den UEFA-Statuten, Ausgabe April 2017 <[http://de.uefa.com/MultimediaFiles/Download/OfficialDocument/uefaorg/WhatUEFAis/02/48/30/31/2483031\\_DOWNLOAD.pdf](http://de.uefa.com/MultimediaFiles/Download/OfficialDocument/uefaorg/WhatUEFAis/02/48/30/31/2483031_DOWNLOAD.pdf)> (zit. UEFA-Statuten)

Vereinsstatuten Fussball Club Luzern (FCL) vom 4. Mai 2012 <<http://www.fclbreitensport.clubdesk.com/clubdesk/fileservlet?id=1000176>> (zit. FCL-Statuten)

Verfahrensordnung des CAS (Code of Sports-related Arbitration), Ausgabe 1. Januar 2017 <[http://www.tas-cas.org/fileadmin/user\\_upload/Code\\_2017\\_FINAL\\_en\\_.pdf](http://www.tas-cas.org/fileadmin/user_upload/Code_2017_FINAL_en_.pdf)> (zit. CAS-Verfahrensordnung)

Verfahrensregeln für die UEFA-Finanzkontrollkammer für Klubs, Ausgabe 2015 <[http://de.uefa.com/MultimediaFiles/Download/Tech/uefaorg/General/02/28/72/53/2287253\\_DOWNLOAD.pdf](http://de.uefa.com/MultimediaFiles/Download/Tech/uefaorg/General/02/28/72/53/2287253_DOWNLOAD.pdf)> (zit. Verfahrensregeln UEFA-FKKK)

Wegleitung zum Arbeitsgesetz und zu den Verordnungen 1 und 2, hrsg. vom Staatssekretariat für Wirtschaft SECO, Bern 2016 <[https://www.seco.admin.ch/dam/seco/de/dokumente/Publikationen\\_Dienstleistungen/Publikationen\\_Formulare/Arbeit/Arbeitsbedingungen/wegleitungen\\_arbeitsgesetz/Arbeitsgesetz\\_20Wegleitung\\_zum\\_Gesetz\\_und\\_zu\\_den\\_Verordnungen\\_1\\_und\\_2\\_\(Stand\\_August\\_2015\).pdf.download.pdf/arbeitsgesetz\\_wegleitung\\_1\\_2\\_012017\\_de.pdf](https://www.seco.admin.ch/dam/seco/de/dokumente/Publikationen_Dienstleistungen/Publikationen_Formulare/Arbeit/Arbeitsbedingungen/wegleitungen_arbeitsgesetz/Arbeitsgesetz_20Wegleitung_zum_Gesetz_und_zu_den_Verordnungen_1_und_2_(Stand_August_2015).pdf.download.pdf/arbeitsgesetz_wegleitung_1_2_012017_de.pdf)> (zit. SECO-Wegleitung)

Die Internetseiten wurden Ende Juli 2017 zuletzt besucht.





# 1. Kapitel: Allgemeines und Grundlagen

## I. Einleitung sowie Übersicht über die Problemstellung

Der Sport im Allgemeinen und der Fussball im Speziellen sind in den letzten Jahren stark in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Dies liegt nicht nur an der seit jeher ungebrochenen Faszination und der Entwicklung dieser Sportart, welche insbesondere in den letzten zwei Jahrzehnten in technischer, taktischer und athletischer Hinsicht enorm fortgeschritten ist und damit dieses Spiel für den Zuschauer ungeachtet der in jüngster Vergangenheit ans Licht gekommenen Verfehlungen und Skandale<sup>1</sup> in den Teppichetagen der verschiedenen Verbände noch attraktiver gemacht hat, sondern nicht zuletzt an den stetig steigenden Umsätzen, welche mit und im Fussballsport erzielt werden. Fussball ist heutzutage ein Sport, welcher auf professionellem Niveau praktisch durchwegs von Spielern betrieben wird, welche diesen Sport berufsmässig ausüben. Fussball auf höchstem nationalem und internationalem Niveau ist mithin nicht mehr nur ein Wettkampf, bei welchem es um den Gewinn eines Spiels oder Titels geht, vielmehr gibt es bei erfolgreichem Spiel- oder Wettkampfausgang neben Ruhm, Ehre und Anerkennung insbesondere viel Geld für den einzelnen Spieler, dessen Club oder Nationalverband zu gewinnen bzw. im Falle des Misserfolgs auch zu verlieren. Bolzplatzromantik hat im nationalen und internationalen Spitzenfussball nichts mehr verloren – Profifussball hat sich definitiv zum Big Business<sup>2</sup> entwickelt.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> So insbesondere bei der FIFA (vgl. hierzu anstelle vieler SCHERRER, FIFA), aber auch bei der UEFA (vgl. beispielsweise <<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/menschen-wirtschaft/die-eigene-organisation-schaut-bei-uefa-chef-platini-weg-13852887.html>>, besucht Ende Juli 2017) oder dem DFB (vgl. beispielsweise <<http://www.zeit.de/sport/2016-05/wolfgang-niersbach-sperre-dfb-fifa-wm-skandal>>, besucht Ende Juli 2017).

<sup>2</sup> Vgl. auch PIETH, Governance, S. 7.

<sup>3</sup> Zur Kommerzialisierung des Fussballs vgl. anstelle vieler RAUPACH, S. 243 ff.; HILPERT, Geschichte, S. 452 ff.; DERSELBE, Fussballstrafrecht, Kap. 7 N 17 ff. Zur Entwicklung des Fussballrechtmarkts im Speziellen vgl. anstelle vieler KRAFT, S. 15 ff. Zu den im Zusammenhang mit Fussballspielen umgesetzten Beträgen im Sportwettenmarkt vgl. PROBERT, S. 150. Zur Kommerzialisierung des Sports im Allgemeinen vgl. anstelle vieler KAISER, Kommerzialisierung; MANAI, S. 13 ff.; GÖTZ, S. 15 ff. Mit dieser Kommerzialisierung geht auch eine konstante Weiter-

Mittendrin in diesem Business bewegen sich mit den Schiedsrichtern und ihren Helfern an den Seiten- und allenfalls Torlinien (nachfolgend gesamthaft als Spielloffizielle bezeichnet) Personen,<sup>4</sup> welche für die Ausübung dieser Sportart zwar unerlässlich sind, jedoch in erster Linie dann in den Fokus gerückt werden, wenn sie für eine Mannschaft, deren Anhänger oder letztlich die Presse als Buhmann für den Misserfolg ihrer Spieler herhalten müssen oder zur Verantwortung gezogen werden.<sup>5</sup> Auch wenn sich einzelne, in erster Linie ehemalige Schiedsrichter in der Zwischenzeit auch einen Namen als Personen des öffentlichen Lebens gemacht haben und in diesem Sinne durchaus Prominentenstatus genießen,<sup>6</sup> vermag dieser Umstand nicht darüber hinwegzutäuschen, dass sich das Interesse an ihnen selbst im hochkommerzialisierten professionellen Fussballgeschäft in engen Grenzen hält. Dies gilt nicht nur für die breite Öffentlichkeit, sondern auch für die einzelnen Verbände, für welche sie letztlich im Einsatz stehen.<sup>7</sup> Nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass die Entscheidungen der Spielloffiziellen nicht nur für das von ihnen geleitete Spiel, sondern unter Umständen auch darüber hinaus Auswirkungen sowohl für die am von ihnen geleiteten Spiel teilnehmenden Spieler und Mannschaften als auch für sämtliche Wettbewerbsteilnehmer zeitigen können und

---

entwicklung des Sport- bzw. Fussballrechts einher, illustrativ hierzu STEINER, Fussballrecht.

<sup>4</sup> Zur Terminologie siehe hinten, S. 4 ff.

<sup>5</sup> Dass die Spielloffiziellen dabei fordern und erwarten können, dass die an sie herangetragene Kritik wie in einer Anfang der Fünfzigerjahre des letzten Jahrhunderts durch den DFB herausgegebene Broschüre erwähnt «getragen ist von sachlichen Erwägungen, auf fachlichem Können beruht und frei von parteibedingter Voreingenommenheit ist» (KOPPEHEL, S. 9), scheint mithin definitiv Wunschdenken geblieben zu sein. Weitaus realistischer erscheint in diesem Zusammenhang doch die in einem vor vielen Jahren erschienenen «Wörterbuch für Fussballer, Fans, Trainer und Fernsehsessel-Sportler» enthaltene Beschreibung der Schiedsrichter als «herrschtüchtig, kleinlich und, wenn nicht total blind, dann zumindest in seiner Sehfähigkeit so weit eingeschränkt, dass ihm kein TÜV den Führerschein zugestehen würde» (DOMBERG, S. 9). Letztlich dürfte diese selbstredend nicht ernst gemeinte Definition zumindest insofern zutreffend sein, als die Rolle der Spielloffiziellen in der breiten Öffentlichkeit der fussball- und sportbegeisterten Bevölkerung eher wenige positive Assoziationen hervorruft.

<sup>6</sup> So beispielsweise der ehemalige Schweizer Spitzenschiedsrichter *Urs Meier*, welcher seinen Lebensunterhalt mittlerweile hauptsächlich als Fernsehkommentator und Referent verdient, oder auch der ehemalige italienische Spitzenschiedsrichter *Pierluigi Collina*, welcher bereits zu Aktivzeiten aufgrund seiner Popularität und markanten Erscheinung eine Reihe von Werbeverträgen abschloss.

<sup>7</sup> Anders ist jedenfalls nicht zu erklären, dass beispielsweise der Schweizerische Fussballverband SFV erstmals im Jahr 2012 für seine beiden Profiligen ein Reglement geschaffen hat, welches die Anstellungsbedingungen der dort eingesetzten Spielloffiziellen regelt (siehe hierzu hinten, S. 64 f.).

die Spieloffiziellen dementsprechend auch unter einem enormen Druck stehen,<sup>8</sup> verwundert dies umso mehr. Die Tätigkeit der Spieloffiziellen entspricht letztlich in einem gewissen Sinne derjenigen des staatlichen Richters, indem sie sportliche Sachverhalte unter die Spielregeln subsumieren und in deren Anwendung ihre Entscheidungen zu treffen haben.<sup>9</sup> Sie sind mithin der eigentliche Garant von Rechtssicherheit auf dem Spielfeld. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit soll deshalb die Rechtsstellung der Spieloffiziellen, welchen nicht zuletzt aufgrund der immer stärker fortschreitenden Kommerzialisierung des professionellen Fussballsports eine ebenfalls immer grössere Bedeutung zukommt, anhand der nachfolgend behandelten Aspekte ohne Anspruch auf Vollständigkeit einer eingehenden Betrachtung unterzogen werden.

---

<sup>8</sup> Weiterführend hierzu KRUG, S. 33 ff. Zu den an die Spieloffiziellen gestellten Herausforderungen im professionellen Fussballsport siehe auch VAUTROT, S. 164 ff. Zum psychologischen Aspekt der Tätigkeit der Spieloffiziellen vgl. METZGER. Zu den verschiedenen Einflüssen, welchen die Spieloffiziellen ausgesetzt sein können, vgl. FEINER.

<sup>9</sup> Vgl. auch SCHERRER, Schiedsrichter, sowie HILPERT, Anklageinstanz, S. 52. Für das einem Fussballspiel allenfalls nachfolgende Sportstrafverfahren kommt dem Spielbericht des Schiedsrichters nach Ansicht dieses Autors (DERSELBE, Anklageinstanz, S. 52) die Rolle des polizeilichen Ermittlungsberichts zu (vgl. auch SCHMITT, S. 102.) Zu den Unterschieden zwischen dem staatlichen Richter und dem Schiedsrichter HILPERT, Geschichte, S. 307 f. Weiterführend zu Spannungsfeldern und Wechselwirkungen von Spieloffiziellen und Sportgerichten RUZIK, S. 315 ff.

## **II. Gang der Untersuchung und Terminologie**

### **1. Gang der Untersuchung**

Die der vorliegenden Arbeit zugrunde gelegte Untersuchung basiert hauptsächlich auf Literaturrecherchen, wobei punktuell auch die praktische Erfahrung des Autors auf diesem Gebiet mit einfließt. Nach einer allgemeinen Einführung zum Sport und Sportrecht im Allgemeinen (nachfolgend Ziff. III) wird zunächst auf den Verbandsaufbau auf nationaler sowie internationaler Ebene eingegangen und dargestellt, wie der schweizerische Fussballverband (SFV) sowie dessen Abteilungen, der europäische Kontinentalverband (UEFA) sowie der Weltfussballverband (FIFA), aufgebaut sind und wie das Schiedsrichterwesen in diese jeweiligen Verbände eingebettet ist. Insbesondere werden dabei Fragen zur Qualifikation der zwischen den Spieloffiziellen sowie den einzelnen Verbänden bestehenden Rechtsverhältnisse beantwortet und sich hieraus ergebende Rechtsfolgen abgehandelt (2. Kapitel). Gestützt auf diese Erkenntnisse werden in der Folge einige Haftungsfragen rund um die Spieloffiziellen, sowohl zivilrechtlicher als auch strafrechtlicher Natur, abgehandelt (3. Kapitel). In einem letzten Teil wird schliesslich auf die Frage der Geltendmachung von Ansprüchen sowohl von als auch gegenüber Spieloffiziellen eingegangen (4. Kapitel).

An dieser Stelle soll noch eine sachliche Eingrenzung in Bezug auf die in dieser Arbeit behandelte Thematik vorgenommen werden. Wie aus dem Titel der Arbeit bereits hervorgeht, wird die Rechtsstellung der Spieloffiziellen im professionellen Mannschaftssport anhand der Situation im schweizerischen und europäischen Spitzenfussball dargestellt. Dies bedeutet zum einen, dass in Bezug auf die Rechtsstellung auf nationaler Ebene in der Schweiz lediglich auf die in der Swiss Football League (SFL) tätigen Spieloffiziellen eingegangen wird. Nicht näher untersucht wird demgegenüber die Rechtsstellung der auf den verschiedensten Amateur-, Junioren-, Senioren-, Veteranen- und Frauenstufen tätigen Spieloffiziellen. Zum andern wird auf internationaler Ebene lediglich die Rechtsstellung der für den europäischen Kontinentalverband UEFA sowie der für den Weltfussballverband FIFA in Europa im Einsatz stehenden Spieloffiziellen untersucht. Nicht näher untersucht wird somit die Rechtsstellung der für die nicht europäischen Kontinentalverbände in internationalen Spielen im Einsatz stehenden Spieloffiziellen sowie insbesondere auch diejenige der in den europäischen Profiligen ausserhalb der Schweiz tätigen Spieloffiziellen.

### **2. Terminologie**

In terminologischer Hinsicht bestehen hinsichtlich der Benennung der Spieloffiziellen Unterschiede zwischen der Alltagssprache und der sportrechtlichen Literatur. In der sportrechtlichen Literatur wird die Person, welche für die Einhal-

tung des Regelwerkes bei Sportwettkämpfen zu sorgen hat, in der Regel als Schiedsrichter bezeichnet, wobei diese Bezeichnung gleichzeitig auch für die Personengesamtheit der Spieloffiziellen verwendet wird, sofern für die Einhaltung des Regelwerkes mehrere Personen besorgt sind.<sup>10</sup> Bereits an dieser Stelle sei erwähnt, dass heutzutage keine Mannschaftssportart mehr auf professionellem Niveau von lediglich einem einzigen Spieloffiziellen geleitet wird. So werden Handballspiele<sup>11</sup> heute in aller Regel von zwei Schiedsrichtern auf dem Feld geleitet, im Eishockey sind je nach System drei oder vier Spieloffizielle<sup>12</sup> auf dem Eis (ein oder zwei sogenannte Head-Schiedsrichter plus zwei Linesmen), während im Fussball je nach Reglement des entsprechenden Wettbewerbes zwischen drei (ein Schiedsrichter sowie zwei Schiedsrichterassistenten, welche je auf einer Hälfte der Seitenlinie platziert sind, um den Schiedsrichter insbesondere bei Abseitssituationen sowie Tor-, Eckstoss- und Einwurfsentscheidungen zu unterstützen) und sieben (ein Schiedsrichter, zwei Schiedsrichterassistenten, zwei zusätzliche Schiedsrichterassistenten auf der Torlinie, ein sogenannter Vierter Offizieller zwischen den Spielerbänken, welcher den Schiedsrichter bei Angelegenheiten auf und neben dem Spielfeld einschliesslich der Überwachung der technischen Zonen inkl. Kontrolle der Auswechslungen unterstützt, sowie schliesslich ein Ersatz-Schiedsrichterassistent, welcher im Falle einer Verletzung eines Schiedsrichterassistenten diesen zu ersetzen hätte) Spieloffizielle im Einsatz stehen.<sup>13</sup> Im Gegensatz zur sportrechtlichen Literatur werden die Spieloffiziellen in der Alltagssprache, beispielsweise in der Presse, in der Regel meist anhand ihrer Funktionen benannt. Es wird dabei meistens die Terminologie aus den jeweiligen Reglementen übernommen, wobei gewisse terminologische Modifikationen unter Umständen auch nach Jahren noch keinen Eingang in die Alltagssprache gefunden haben (die Schiedsrichterassistenten im Fussball werden gemeinhin noch immer meist als *Linienrichter* bezeichnet, obwohl dieser Begriff für die Schiedsrichterassistenten im professionellen Bericht seit 1996 nicht mehr existiert).<sup>14</sup>

Da die vorliegende Arbeit die Rechtsstellung sämtlicher Spieloffiziellen beleuchten soll, wird im Fortgang der Abhandlungen in Anlehnung an die Terminologie in den IFAB-Spielregeln<sup>15</sup> dieser Begriff verwendet, worunter sämtliche

---

<sup>10</sup> KUHN, S. 41; vgl. anstelle vieler auch SCHÖNTAG, S. 6 f. oder TÄNNLER, Schiedsrichter, S. 15.

<sup>11</sup> Ziff. 17.1 IHF-Spielregeln.

<sup>12</sup> Ziff. 1204 IIHF-Statuten i.V.m. Regel 4 Ziff. ii IIHF-Spielregeln.

<sup>13</sup> Vgl. IFAB-Spielregeln, S. 96.

<sup>14</sup> <<http://de.wikipedia.org/wiki/Linienrichter>>, besucht Ende Juli 2017.

<sup>15</sup> Vgl. IFAB-Spielregeln, S. 96. Auch die FIFA verwendet in Ziff. 8 FIFA-SR-Reglement dieselbe Terminologie. Demgegenüber ist dieser Begriff für das FIFA-Disziplinarreglement sowie die FIFA-Richtlinien für Spieloffizielle weiter gefasst und umfasst neben den Personen, welche auf dem Spielfeld selber für die Kontrolle

Personen zu verstehen sind, welche für die Kontrolle eines Fussballspiels für einen Fussballverband und/oder Wettbewerb, in dessen Zuständigkeitsbereich das Spiel stattfindet, verantwortlich sind. Zu unterscheiden ist dieser Begriff der *Spieloffiziellen* sodann vom Begriff der (*Match-*)*Offiziellen*, worunter insbesondere in der Terminologie der FIFA und der UEFA nicht nur die diejenigen Personen, welche anlässlich eines bestimmten Wettkampfes effektiv für die Einhaltung der Spielregeln zu sorgen haben, sondern vielmehr sämtliche Personen, welche in einer offiziellen Funktion in den Ablauf des Wettkampfes involviert sind, verstanden werden. Neben den Spieloffiziellen gehören hierzu beispielsweise die UEFA-Spieldelegierten<sup>16</sup> bzw. die FIFA-Spielkommissare<sup>17</sup>, der Schiedsrichterbeobachter<sup>18</sup> bzw. Schiedsrichterexperte<sup>19</sup> oder je nach Wettbewerb auch der sogenannte Venue Data Coordinator<sup>20</sup>.

---

eines Fussballspiels eingesetzt werden, auch andere Personen, welche im Auftrag der FIFA bei der Durchführung eines Spiels Verantwortung tragen, so insbesondere der Spielkommissar, der Schiedsrichterinspekteur oder der Sicherheitsbeauftragte (vgl. Art. 5 Ziff. 7 FIFA-Disziplinarreglement sowie Präambel FIFA-Richtlinien). Die UEFA verwendet demgegenüber einheitlich den Begriff *Spielleiter* (vgl. Art. 1 lit. h UEFA-Konvention oder Art. 3 Abs. 1 lit. c UEFA-RPO). Dieser Begriff ist in der schweizerischen Fussballterminologie jedoch bereits durch die (durch den Heimclub zu stellenden, nicht auf der offiziellen SFV-Schiedsrichterliste geführten) Spieloffiziellen der Juniorenstufen D bis F besetzt.

<sup>16</sup> Art. 63 UEFA-Organisationsreglement.

<sup>17</sup> Art. 5 Ziff. 7 FIFA-Disziplinarreglement.

<sup>18</sup> Art. 64 UEFA-Organisationsreglement.

<sup>19</sup> Vgl. Ziff. 26 FIFA-Richtlinien.

<sup>20</sup> Art. 38 Abs. 1 Reglement UEFA CL.

### III. Sport und Sportrecht im Allgemeinen

#### 1. Zum Begriff des Sports

In der Literatur findet sich zum Begriff des *Sports* eine Vielzahl von möglichen Definitionen.<sup>21</sup> Man gewinnt teilweise gar den Eindruck, die Anzahl der Definitionen für den Begriff *Sport* sei höher als die Anzahl der existierenden Sportarten.<sup>22</sup> KUMMER beispielsweise verwendet folgende Definitionen: «Sport ist eine im weitesten Sinne eine auf Leistungssteigerung und Wettkampf gerichtete Tätigkeit» oder Sport ist ein Zwischenbereich «zwischen Musse und Arbeit, zwischen Friede und Kampf, zwischen Verzehr und Erwerb, [...] ein Bereich folgenloser, auf sich selbst gerichteter Leistungen»<sup>23</sup>. Im Ergebnis dürfte jedoch keine dieser klassischen Definitionen sämtlichen Arten und Facetten des Sports vollständig gerecht werden. Einigkeit herrscht in der Literatur soweit ersichtlich immerhin insofern, als der Sportbegriff als sehr offen gilt und angesichts der vielfältigen, nicht homogenen Erscheinungsformen sportlicher Betätigung eine Definition hierfür nicht als zwingend notwendig erachtet wird, sofern denn eine solche überhaupt möglich ist.<sup>24</sup> So verwirft beispielsweise STEINER die Möglichkeit, den Begriff des *Sports* zu definieren, mit der Begründung, der Sport sei untrennbar mit der Gesellschaft und ihren Werten verbunden, und mit der Veränderung dieser Werte würde sich folglich auch die Konzeption des Sports stetig verändern.<sup>25</sup> HILPERT erwähnt in diesem Zusammenhang, dass der Sport und die Sportler «eine buntschillernde Vielfalt von Eigenschaften» bieten würden, welche sich durch die grosse Anzahl von Sportarten noch potenzierten.<sup>26</sup> In eine ähnliche Richtung zielen auch WÜTERICH / BREUCKER, welche den Sport als «gesellschaftliches Subsystem» bezeichnen, wobei für diese Autoren weitgehend vom Vorverständnis abhängig ist, was zum Begriff des *Sports* zu zählen ist. Indem sie dem Sport gar eine gewisse Konturenlosigkeit mit einer vorhandenen Unsicherheit hinsichtlich dessen Grenzen zuschreiben, gehen sie hinsichtlich der Vielseitigkeit der Erscheinungsformen des Sportbegriffes gar noch einen Schritt weiter als die meisten anderen Autoren.<sup>27</sup> Dies dürfte insofern zutref-

---

<sup>21</sup> Ausführlich KAISER, Interessen, Nr. 1 ff. m.w.H., welcher einen umfassenden Überblick über die klassischen Definitionen des Begriffs *Sport* anbietet.

<sup>22</sup> Vgl. hierzu auch HILPERT, Geschichte, S. 32.

<sup>23</sup> KUMMER, S. 83, Anm. 1 m.w.H.

<sup>24</sup> So beispielsweise THALER, Haftung, S. 2; FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, Einführung N 1; WÜTERICH/BREUCKER, § 1 N 1; GÖTZ, S. 54; SCHERRER/ MURESAN/LUDWIG, S. 299, ZEILNER, S. 25; HÜGL, § 1 N 3.

<sup>25</sup> STEINER, sanctions, S. 10.

<sup>26</sup> HILPERT, Geschichte, S. 34.

<sup>27</sup> WÜTERICH/BREUCKER, § 1 N 2; vgl. hierzu auch SCHERRER/MURESAN/LUDWIG, S. 300.



fend sein, als der Sport selber ausgesprochen weitläufig ist, was sich wiederum auf dessen Definition niederschlägt, sofern man denn überhaupt wagt, nach einer solchen zu suchen.

Einige Autoren haben sich trotzdem auch in jüngeren Publikationen an eine Begriffsdefinition herangewagt, sind jedoch praktisch durchwegs davon weggekommen, den Begriff des *Sports* auf eine klassische Art zu definieren. So definiert beispielsweise BOHN eine Reihe von Kriterien, welchen eine Tätigkeit genügen muss, um als Sport zu gelten. Solche Kriterien sind gemäss dieser Autorin beispielsweise die Faktoren Bewegung, Zweckfreiheit, Leistungsvergleich, nicht jedoch das Streben nach Leistung, das Erfordernis der Chancengleichheit oder das Bestehen einer Chance auf Sieg oder Niederlage.<sup>28</sup> THALER weist darauf hin, dass der Begriff *Sport* dermassen viele Inhalte abdecke, dass die jeweilige Optik des Betrachters für eine Definition herangezogen werden müsse.<sup>29</sup> Auch dieser Autor erwähnt in der Folge eine Reihe von Merkmalen, welche eine sportliche Tätigkeit auszeichnen, so beispielsweise die körperliche Bewegung bzw. die eigenmotorische Aktivität, das Leistungs- und Wettkampfstreben, das Vorhandensein von Regeln und Organisationsstrukturen sowie die Betätigung als grundsätzlicher Selbstzweck.<sup>30</sup> Diese oder ähnliche Kriterien werden auch bei anderen Autoren verwendet.<sup>31</sup>

Ausgehend von der erwähnten Idee, für die Definition des Sportbegriffes die Optik des Betrachters heranzuziehen, hat jüngst KAISER<sup>32</sup> einen etwas moderneren Ansatz für die Definition des Sportbegriffes gewählt. Für ihn ist «Sport im Zweifel diejenige Tätigkeit, die von der ausübenden Person als Sport empfunden wird».<sup>33</sup> Aufgrund dieser sportsoziologischen Definition «aus sich heraus»<sup>34</sup> erachtet es KAISER überdies als notwendig, diese bewusst offene Begriffsdefinition unter Zuhilfenahme verschiedener Begriffspaare weiter zu spezifizieren, wobei im Anschluss daran eine weitere Unterteilung, namentlich nach Sportarten und Sportformen erfolgen soll.<sup>35</sup> Als Begriffspaare werden dabei unter anderem die folgenden verwendet: körperlicher/geistiger Sport, Leistungsvergleichender / nicht Leistungsvergleichender Sport, Individualsport/ Mannschafts-

---

<sup>28</sup> BOHN, S. 17 f.

<sup>29</sup> THALER, Haftung, S. 3.; vgl. auch GÖTZ, S. 54 und FRITZWEILER/PFISTER/ SUMMERER, Einführung N 1, jeweils mit Verweis auf das Diskussionspapier des wissenschaftlichen Beirats des DSB zum Begriff des Sports, publiziert in Sportwissenschaft 1980, S. 437 ff.

<sup>30</sup> THALER, Haftung, S. 4.

<sup>31</sup> Vgl. z.B. GÖTZ, S. 54 f., oder FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, Einführung N 2.

<sup>32</sup> KAISER, Interessen, Nr. 8 ff.

<sup>33</sup> KAISER, Interessen, Nr. 8 ff.

<sup>34</sup> KAISER, a.a.O., Nr. 10.

<sup>35</sup> KAISER, a.a.O., Nr. 11.

sport, organisierter / nicht organisierter Sport oder Amateur-/ Berufssport.<sup>36</sup> SCHERRER / MURESAN / LUDWIG weisen in diesem Zusammenhang schliesslich darauf hin, dass das Begriffsverständnis durch das faktische Geschehen des Sporttreibens auch stetig verändert und erweitert werde.<sup>37</sup>

## 2. Struktur und Wesen des Sportrechts

### A) Begriff und Zwei-Säulen-Prinzip

Wie alle anderen Privatrechtssubjekte haben sich auch die verschiedensten Beteiligten im Sport an die geltenden Rechtsregeln zu halten.<sup>38</sup> Professioneller Sport ist in diesem Sinn ein ganz normaler Geschäftszweig, auch wenn dessen Bedeutung in den letzten Jahren massiv zugenommen hat. Eine rechtliche Sonderbehandlung des Sports rechtfertigt sich deshalb nicht, auch wenn eine solche gelegentlich seitens der Sportfunktionäre gefordert wird.<sup>39</sup> Selbstverständlich haben die rechtsanwendenden Behörden die sportspezifischen Umstände und Besonderheiten<sup>40</sup> bei der Bearbeitung eines konkreten Falles jedoch in Betracht zu ziehen. Eine solche Berücksichtigung der branchenüblichen Umstände und Besonderheiten sollte jedoch nicht eine Besonderheit des Sports darstellen, sondern ganz generell im Rahmen einer sorgfältigen Würdigung des Einzelfalles erfolgen.<sup>41</sup> Auch diesbezüglich nimmt der Sport keine rechtliche Sonderstellung ein. Es erscheint deshalb nicht verwunderlich, dass es in der Schweiz (und auch in anderen Ländern, so beispielsweise in Deutschland, im Gegensatz etwa zu Italien, Spanien oder Frankreich)<sup>42</sup> an einem speziellen staatlichen Sportrecht fehlt,<sup>43</sup> genau so wenig, wie es beispielsweise ein spezifisches Musik- oder Kunstrecht gibt. Unter dem Begriff *Sportrecht* ist vielmehr die Gesamtheit von Regelungen zu verstehen, welche auf den Sport im Allgemeinen bzw. auf dessen Akteure im Speziellen Anwendung finden. Es handelt sich also gleichsam um

---

<sup>36</sup> KAISER, a.a.O., Nr. 12 ff.

<sup>37</sup> SCHERRER/MURESAN/LUDWIG, S. 300.

<sup>38</sup> So gilt beispielsweise das normale staatliche Arbeitsrecht auch im Bereich von Trainerverträgen im professionellen Fussball grundsätzlich ohne Einschränkungen, vgl. auch STRAUF, S. 290.

<sup>39</sup> WÜTERICH/BREUCKER, § 1 N 13; GÖTZ, S. 56; KALBERMATTER, S. 1.

<sup>40</sup> Vgl. hierzu die Dissertation von KAISER, Sportrecht, welche sich gänzlich der Berücksichtigung der Interessen und Besonderheiten des Sports in der Rechtsordnung widmet.

<sup>41</sup> THALER, Haftung, S. 25 m.w.H.; WEBER, Strukturen, S. 5; KALBERMATTER, S. 1 f.; ZEN-RUFFINEN, Nr. 12; FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, Einführung N 33; KAISER, Spannungsverhältnis, S. 204 f.; HILPERT, Geschichte, S. 39.

<sup>42</sup> Vgl. auch WEBER, Strukturen, S. 4; GÖTZ, S. 58; FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, Einführung N 9.

<sup>43</sup> Vgl. anstelle vieler STEINER, sanctions, S. 55.

die Schnittstelle zwischen Verbandsrecht und staatlichem Recht.<sup>44</sup> Sportrecht ist dementsprechend kein in sich geschlossenes, sondern vielmehr ein offenes Rechtsgebiet, da grundsätzlich sämtliche Rechtsgebiete im Rahmen der Sportausübung von Bedeutung sein können.<sup>45</sup> Wichtiger als die Definition des Begriffes scheint ohnehin die Frage, welche Aufgabe dem Sportrecht zukommt. Überwiegend wird diese darin gesehen, «die mannigfaltigen Erscheinungsformen und Konfliktsituationen, die im sozialen und wirtschaftlichen Beziehungsgeflecht entstehen können, so zu beeinflussen bzw. zu erfassen, dass zum einen den gleichgerichteten Interessen der Beteiligten Beachtung geschenkt wird und zum andern auch die konträren Interessen gerecht gegeneinander abgewogen werden»<sup>46</sup>.

Diese Gesamtheit an Regelungen, welche zusammen das Sportrecht bilden, beruht auf zwei Säulen:<sup>47</sup> einerseits dem staatlichen Recht, andererseits dem Verbandsrecht, welches die einzelnen Sportverbände gestützt auf die Vereinsautonomie<sup>48</sup> erlassen, anwenden und letztlich auch durchsetzen können. Aus dem staatlichen Recht können grundsätzlich wie bereits erwähnt Regelungen aus sämtlichen Rechtsgebieten auf sportliche Sachverhalte Anwendung finden.<sup>49</sup> Die beiden Säulen des Sportrechts bilden zwei grundsätzlich getrennte Normenkreise, welche jedoch unterschiedliche Funktionen haben und nicht «deckungsgleiche Anliegen»<sup>50</sup> verfolgen, was sich nicht zuletzt bei der Geltendmachung von Ansprüchen niederschlägt, insbesondere aufgrund des weitgehenden Ausschlusses der staatlichen Gerichtsbarkeit im Rahmen der Verbandsregelwerke.<sup>51</sup> Sportrecht ist in diesem Sinne nicht zuletzt wegen seiner Komplexität sowie der gros-

---

<sup>44</sup> GÖTZ, S. 58 m.w.H. Andere Autoren verwenden in diesem Zusammenhang auch die Bezeichnung von Sportrecht als *Querschnittsmaterie* im Sinne einer «juristischen Einordnung von Sachverhalten mit Sportbezug», vgl. beispielsweise HÜGI, § 4 N 1; ZEN-RUFFINEN, Nr. 13 oder KAISER, Spannungsverhältnis, S. 205 ff.

<sup>45</sup> Demgegenüber geht WEBER, Strukturen, S. 4, von einem in sich abgeschlossenen Rechtsgebiet aus, ohne dies näher zu begründen; a.M. beispielsweise GÖTZ, S. 58 mit Hinweis auf HOLZKE (Fn. 207), PFISTER, Einführung N 9 oder BUTTE, S. 27, welche das Sportrecht als «Konglomerat all derjenigen Rechtsgebiete» bezeichnet, «die – wenn zum Teil auch nur entfernt – mit der Materie Sport im Zusammenhang stehen».

<sup>46</sup> GÖTZ, S. 57 m.w.H.

<sup>47</sup> Anstelle vieler WEBER, Strukturen, S. 5; SCHERRER/MURESAN/LUDWIG, S. 384; GÖTZ, S. 57 f.; FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, Einführung N 6 ff.

<sup>48</sup> Siehe hierzu hinten, S. 13 ff.

<sup>49</sup> WEBER, Strukturen, S. 5; SCHERRER/MURESAN/LUDWIG, S. 313 f.; BUTTE, S. 27.

<sup>50</sup> KAISER, Spannungsverhältnis, S. 204.

<sup>51</sup> Siehe hierzu hinten, S. 18 ff.

sen Zahl der involvierten Interessen als Querschnittsmaterie zu verstehen, in welche Sachverhalte aus dem Sport juristisch eingeordnet werden müssen.<sup>52</sup>

Teilweise wird in der Lehre noch zwischen Sportrecht im *engeren* und im *weiteren Sinn* unterschieden, ohne dass sich dabei die entsprechenden Autoren jedoch einig wären, wie nun genau diese Unterscheidung vorgenommen werden soll. So liegt für KAISER beim Sportrecht im engeren Sinn stets ein Bezug bzw. eine potenzielle Überschneidung, d.h. ein Spannungsfeld zwischen einer Sportregel und der allgemeinen Rechtsordnung, vor, wogegen eine solche Überschneidung zwischen Sport und Recht beim Sportrecht im weiteren Sinn fehlt.<sup>53</sup> Für KALBERMATTER handelt es sich beim Sportrecht im engeren Sinn um die Statuten und Reglemente, welche von den einzelnen Sportverbänden erlassen werden, während er unter dem Sportrecht im weiteren Sinn wohl konsequenterweise die staatlichen Rechtsregeln, welche auf den Sport Anwendung finden, verstehen dürfte.<sup>54</sup>

Abschliessend sei an dieser Stelle die von STEINER aus den verschiedensten in der sportrechtlichen Literatur verwendeten Definitionen des Begriffs *Sportrecht* sowie dessen Aufgaben hergeleitete, sehr ausführliche eigene Definition erwähnt. Seiner Meinung nach ist das Sportrecht die Anwendung von Normen, wobei es sich dabei sowohl um staatliche als auch um Normen der Sportverbände handle. Werde staatliches Recht angewendet, so erfolge dies unter Berücksichtigung der sportspezifischen Umstände im Allgemeinen und der Bedürfnisse im Einzelfall. Schliesslich hätten Lehre und Rechtsprechung zu bestimmen, in welchem Masse diese sportspezifischen Umstände bei der Beurteilung der verschiedenen konkreten Einzelfälle zu beachten seien.<sup>55</sup>

## B) Pyramidenförmiger Aufbau

Der organisierte Sport zeichnet sich zunächst durch dessen pyramidenförmigen Aufbau aus.<sup>56</sup> Den Sockel dieser Pyramide bilden die zahlreichen Sportvereine, welchen sich die sporttreibenden Personen zwecks gemeinsamer Ausübung und Förderung ihrer Sportart anschliessen. Diese einzelnen Vereine selbst gehören regelmässig einem regionalen Verband der jeweiligen Sportart an. Diese regionalen Verbände sind wiederum in aller Regel in einen nationalen Verband der

<sup>52</sup> SCHERRER/MURESAN/LUDWIG, S. 313; GÖTZ, S. 58 m.w.H.; HILPERT, Geschichte, S. 35; ähnlich auch ZEN-RUFFINEN, Nr. 13, welcher diesbezüglich von einer «discipline carrefour ou transversale» spricht; THALER, Rechtsprechungsübersicht, S. 452 hält das Sportrecht für ein «Branchenrecht», welches alle diejenigen Normen umfasse, die den Sport tangierten.

<sup>53</sup> KAISER, Spannungsverhältnis, S. 196 f.

<sup>54</sup> KALBERMATTER, S. 3.

<sup>55</sup> STEINER, sanctions, S. 56 f.

<sup>56</sup> Vgl. anstelle vieler HAAS/MARTENS, S. 38 f.

entsprechenden Sportart integriert. Je nach internationaler Bedeutung und geografischer Ausbreitung dieser Sportart ist der entsprechende nationale Verband selber wiederum Mitglied in einem internationalen Fachverband, wobei sich die nationalen Verbände teilweise zwecks besserer Koordination ihrer Interessen zu Kontinentalverbänden<sup>57</sup> zusammenschliessen.<sup>58</sup> Neben diesen Verbandspyramiden der einzelnen Sportarten besteht die olympische Bewegung, welche ebenfalls pyramidenförmig strukturiert ist. Auf nationaler Ebene bestehen die einzelnen Nationalen Olympischen Komitees (NOC), welche dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC), der obersten Gewalt der olympischen Bewegung, unterstellt sind.<sup>59</sup>

### C) Ein-Platz-Prinzip

Dieses Merkmal des organisierten Sports besagt, dass jede Sportart sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene nur von einem Fachverband repräsentiert werden kann.<sup>60</sup> Dieses Prinzip basiert auf dem Regelwerk des IOC, welches pro Land nur ein Nationales Olympisches Komitee zulässt. Dieses wiederum hat das alleinige Recht zur Vertretung des entsprechenden Landes an den Olympischen Spielen.<sup>61</sup> Hintergrund dieses Prinzips ist der Umstand, dass aufgrund des Erfordernisses der Einheitlichkeit der Spielregeln für deren Festsetzung sinnvollerweise nur eine einzige Instanz zuständig sein kann.<sup>62</sup>

### D) Monopolstellung der Verbände

Die räumliche und fachliche Monopolstellung der einzelnen Sportverbände erlaubt es diesen, eine bestimmte Sportart praktisch nach Belieben zu beherrschen. Diese Monopolstellung ist im Wesentlichen eine Konsequenz des Ein-Platz-Prinzips. Eine Ausnahme von dieser Monopolstellung besteht beispielsweise im Boxsport oder auch im Tennis,<sup>63</sup> wo verschiedene, ungefähr gleich starke Fachverbände nebeneinander bestehen. Diese Monopolstellung charakterisiert sich in erster Linie durch das jeweils erlassene einheitliche Verbandsrecht der einzelnen Verbände, an welches sich sämtliche angeschlossenen Verbände

---

<sup>57</sup> So haben sich beispielsweise die nationalen Fussballverbände Europas zur UEFA zusammengeschlossen, sind aber gleichzeitig auch Mitglied des Weltfussballverbandes FIFA.

<sup>58</sup> Vgl. zum Ganzen FENNERS, Nr. 16; BADDELEY, association, S. 6; FUCHS, S. 3; BOHN, S. 19 f. sowie S. 21.

<sup>59</sup> FENNERS, Nr. 17 m.w.H.; BADDELEY, association, S. 7.

<sup>60</sup> Vgl. anstelle vieler HAAS/MARTENS, S. 39 f.

<sup>61</sup> FENNERS, Nr. 19 m.w.H.; BADDELEY, association, S. 7; FUCHS, S. 5; SCHERRER/MURESAN/LUDWIG, S. 117; BOHN, S. 20 f.; FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, Einführung N 14; THALER, Haftung, S. 20 f.

<sup>62</sup> FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, Einführung N 14.

<sup>63</sup> WBA, WBC und IBF im Boxsport, ITF, ATP und WTA im Tennis.

und Einzelmitglieder gleichermaßen zu halten haben. Im Ergebnis bedeutet dies für den einzelnen Sportler einen faktischen Zwang, sich zwecks Ausübung von offiziellen Wettkämpfen der entsprechenden Sportorganisation anzuschliessen und dabei vorbehaltlos den entsprechenden Verbandsregeln unterworfen zu sein. Dies führt zu einer grossen Machtkonzentration aufseiten der Sportverbände,<sup>64</sup> welche sich im Zusammenhang mit der zunehmenden Kommerzialisierung des Sports weiter verstärkt.<sup>65</sup>

## E) Vereinsautonomie und ihre Schranken

### a) Grundlage der Vereinsautonomie

Die Autonomie der Sportverbände – in der Schweiz durchwegs als Vereine gemäss Art. 60 ff. ZGB organisiert<sup>66</sup> – gegenüber dem Staat existiert nicht originär seit erdenklicher Zeit, sie wird den Verbänden vielmehr durch den Staat bewusst

---

<sup>64</sup> So hat das Handelsgericht des Kantons Aargau in der Angelegenheit *David Sesa* (vgl. Entscheid des Handelsgerichts Aargau vom 19. Oktober 2004, in: RPW 4/2004, S. 1203 ff. sowie CaS 3/2004, S. 242 ff.) die SFL als «Intermediär des Fussballsports auf nationaler Ebene» und aufgrund ihrer Monopolstellung zugleich als «marktherrschendes Unternehmen im Sinne von Art. 7 KG» bezeichnet. Ähnlich auch das Kantonsgericht Wallis, welches feststellte, die SFL sei ein Unternehmen, welches den Markt der Organisation des professionellen Fussball-Wettbewerbs beherrsche und folglich dem Kartellgesetz unterstellt sei. Mittels vorsorglicher Massnahme wurde sodann die Integration der ersten Mannschaft des FC Sion in die im damaligen Zeitpunkt bereits seit drei Monaten laufende (!) Meisterschaft 2003/2004 der Challenge League angeordnet (vgl. Entscheid des Kantonsgerichts Wallis vom 20. Oktober 2003, in: Lizenzverfahren eines Sportverbandes im Spannungsfeld von Kartell- und Wettbewerbsrecht, CaS 1/2004, S. 37 ff.); vgl. hierzu auch das Urteil des OLG München vom 15. Januar 2015 in der Angelegenheit *Pechstein*, in: CaS 1/2015, S. 37 ff. oder SpuRt 2/2015, S. 78 ff. sowie zur Bedeutung des Kartellrechts für den Sport im Allgemeinen im Zusammenhang mit diesem Urteil STANCKE.

<sup>65</sup> Vgl. zum Ganzen FENNERS, Nr. 20 ff.; FUCHS, S. 5; SCHERRER/MURESAN/LUDWIG, S. 117; BOHN, S. 20; FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, Einführung N 15 ff.; THALER, Haftung, S. 21; KAISER, Spannungsverhältnis, S. 200 ff.; MÄTZLER, S. 19 ff.

<sup>66</sup> VALLONI/PACHMANN, S. 10; dies im Gegensatz zu den einzelnen Sportclubs, welche immer häufiger auch in Form einer Kapitalgesellschaft organisiert sind, vgl. KALBERMATTER, S. 3, STEINER, sanctions, S. 31 oder ZEN-RUFFINEN, Nr. 120 f. Teilweise schreiben die Verbände diese Organisationsform mittlerweile im professionellen Mannschaftssport gar vor, so zum Beispiel für Fussballclubs, welche in der Super League spielen (fakultativ für die Clubs der Challenge League), siehe hinten, S. 54; für die Rechtslage in Deutschland vgl. hierzu LORZ; HAAS, Anmerkungen; HABEL/STRIEDER sowie HEERMANN, Zulässigkeit.

eingerräumt und garantiert. Diese Autonomie beruht in der Schweiz letztlich auf der in Art. 23 Abs. 1 BV festgeschriebenen Vereinigungsfreiheit.<sup>67</sup>

### b) *Schranken der Vereinsautonomie*

Obwohl das Vereinsrecht weitgehend dispositiver Natur ist, bestehen dennoch eine Reihe von zwingenden Normen, welche diese Autonomie der Sportverbände begrenzen (Art. 63 Abs. 2 ZGB). So ergibt sich beispielsweise aus Art. 67 Abs. 1 ZGB das Gleichbehandlungsgebot der Vereinsmitglieder. Darüber hinaus finden sich eine Reihe von Schranken im ungeschriebenen Vereinsrecht, so beispielsweise die vereinsrechtliche Treuepflicht, das Legalitätsprinzip, die Wahrung des rechtlichen Gehörs bei Disziplinarverfahren oder das Verhältnis-mässigkeitsprinzip, welche auch aus dem Rechtsmissbrauchsverbot abgeleitet werden können. Weitere Schranken der Vereinsautonomie ergeben sich überdies auch aus anderen zwingenden Normen des Privatrechts, der öffentlichen Ordnung oder der guten Sitten, aus dem Verbot der Übervorteilung oder aus dem Persönlichkeits- und Kartellrecht.<sup>68</sup> Zu beachten ist in diesem Zusammenhang überdies, dass die Vereinsautonomie auch durch das dispositive Privatrecht eingeschränkt wird, indem ein Sportverband auch an dispositive gesetzliche Regelung gebunden ist, sofern er keine hiervon abweichende eigene Regelung aufstellt.<sup>69</sup> Schliesslich kann je nachdem auch im Vereinszweck noch eine weitere Begrenzung der Autonomie des jeweiligen Sportverbandes erblickt werden, indem der Sportverband den in seinen Statuten festgelegten Zweck mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln unter Einhaltung seiner durch ihn selber aufgestellten Regelwerke einzuhalten hat.<sup>70</sup>

### c) *Regelungskompetenz der Verbände als Teil der Vereinsautonomie*

Im Rahmen ihrer Autonomie regeln die Sportverbände in ihren Statuten und Reglementen das Verhalten ihrer Mitglieder sowie Dritten, welche sich der jeweiligen Verbandsordnung vertraglich unterstellt haben. Diese Rechtsetzungsautonomie erlaubt den Sportverbänden einerseits die Aufstellung, andererseits auch die Anwendung und vor allem letztlich die Durchsetzung ihrer Statuten und Reglemente zwecks einheitlicher Reglementierung ihrer Sportart.<sup>71</sup> Diesen

<sup>67</sup> ZEN-RUFFINEN, Nr. 16 ff.; BODMER, S. 39 ff.; THALER, Haftung, S. 25; STEINER, sanctions, S. 38 ff.

<sup>68</sup> Vgl. zum Ganzen VALLONI/PACHMANN, S. 18 f.; FUCHS, S. 95 ff.; FENNERS, Nr. 89 ff.; BADDELEY, association, S. 204 ff.; BODMER, S. 47 ff.; FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, Einführung N 32; THALER, Haftung, S. 25; STEINER, sanctions, S. 46 ff.; WÜEST, S. 12 ff.; KAISER, Spannungsverhältnis, S. 195.; HAAS/MARTENS, S. 78 ff.

<sup>69</sup> Vgl. hierzu STEINER, sanctions, S. 48 m.w.H.

<sup>70</sup> STEINER, sanctions, S. 48 f. mit Hinweis auf BADDELEY, association, S. 110.

<sup>71</sup> Vgl. FENNERS, Nr. 51 m.w.H., Nr. 88; KALBERMATTER, S. 3; WEBER, Strukturen,

verbandsrechtlichen Regelwerken kommt indes nicht die Qualität von (staatlichen) Rechtsnormen zu.<sup>72</sup> Aus der Vereinsautonomie wird ferner auch das Verbot einer vollständigen Fremdbestimmung abgeleitet.<sup>73</sup> Unzulässig sind deshalb im deutschen Recht nach überwiegender Ansicht sogenannte *dynamische Verweisungen*<sup>74</sup> in Vereinssatzungen, mittels welcher auf Regelwerke übergeordneter Verbände in ihrer jeweiligen Fassung verwiesen wird.<sup>75</sup> Obwohl solche Unterordnungen faktisch regelmässig zur Einschränkung oder gar zum nahezu vollständigen Ausschluss des Selbstbestimmungsrechts für den jeweiligen Unterverband führen,<sup>76</sup> werden solche dynamischen Verweisungen im schweizerischen Recht für zulässig erachtet.<sup>77</sup>

Der Sport kann sich beim Erlass eigener Regelwerke jedoch dem staatlichen Recht nicht vollständig entziehen. Die verbandsrechtlichen Regelwerke bewegen sich denn auch nicht in einem rechtsfreien Raum oder losgelöst von staatli-

---

S. 5; BODMER, S. 39 f.; FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, Einführung N 12, N 20 ff.; WÜTERICH/BREUCKER, § 2 N 37; STEINER, sanctions, S. 40 f.; ORTH, Verbandsstrafen, S. 79; KAISER, Spannungsverhältnis, S. 194; HILPERT, Geschichte, S. 404 ff., PEREIRA BORGES, S. 4 ff.; SCHERRER/MURESAN/LUDWIG, S. 212 f., sprechen in diesem Zusammenhang von einer *lex sportiva*. Sie verstehen dabei den Versuch der Rechtsprechungsorgane der Verbände sowie der im Sport tätigen Schiedsgerichte, aufgrund dieser Verbandsregelwerke und unter Anwendung allgemein anerkannter Rechtsgrundsätze allgemeine Sportrechtsgrundsätze zu entwickeln. Dieses Recht ist jedoch stets in die staatliche Rechtsordnung eingebunden, welche letztlich auch den Grad der Rechtsetzungsautonomie der Verbände bestimmt. Zum Begriff der *lex sportiva* vgl. überdies auch FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, Einführung N 6 und N 8; WÜTERICH/BREUCKER, § 2 N 34; BUTTE, S. 27 f.; HILPERT, Geschichte, S. 36 m.w.H.; PEREIRA BORGES, S. 78 ff.; KLEINER, S. 306 ff.

<sup>72</sup> VALLONI/PACHMANN, S. 16; STEINER, sanctions, S. 50 mit Hinweis auf BGE 132 III 285 ff., E. 1.3; BUTTE, S. 28; HAAS/MARTENS, S. 66.

<sup>73</sup> VALLONI/PACHMANN, S. 11; vgl. hierzu auch KAISER, Spannungsverhältnis, S. 201 m.w.H.

<sup>74</sup> Im Gegensatz dazu verweisen die sogenannten *statischen Verweisungen* auf Verbandssatzungen in der bestehenden Fassung (vgl. hierzu WÜTERICH/BREUCKER, § 2 N 49 m.w.H.).

<sup>75</sup> Vgl. hierzu anstelle vieler HAAS/PROKOP, S. 17 f., HAAS/MARTENS, S. 70 sowie HEERMANN, FIFA-Statuten, S. 182 m.w.H. auf die deutsche Lehre und Rechtsprechung.

<sup>76</sup> Vgl. zum Ganzen anstelle vieler KAISER, Spannungsverhältnis, S. 201 f. m.w.H.; BOHN, S. 25.

<sup>77</sup> KAISER, Spannungsverhältnis, S. 201 f.; KLEINER, S. 82 f.; SCHÖNENBERGER/JÄGGI, Art. 1 OR N 514; HAAS/MARTENS, S. 76; vgl. auch BGE 133 III 235 ff., E. 4.3.2.2. sowie weitere Hinweise auf die Bundesgerichtsrechtsprechung bei GRÄNICH, Art. 178 IPRG N 61b.



chem Recht, sondern bleibt diesem unterworfen.<sup>78</sup> Dies gilt nicht bloss für die Rechtsetzung, sondern auch für die Rechtsanwendung bei der Beurteilung von Rechtsstreitigkeiten.<sup>79</sup> Ein Sportler ist somit oft gleichzeitig sowohl den staatlichen Regeln und Gesetzen als auch den Verbandsregeln unterworfen. Diese Regeln sind häufig nicht deckungsgleich und teilweise gar widersprüchlich, was die Betroffenen in schwierig aufzulösende Konfliktsituationen führen kann, sich aber praktisch kaum vermeiden lässt. Die hinter diesem Umstand stehende Problematik ist weniger auf die unterschiedlichen Verfasser dieser Regeln (Staat resp. privater Sportverband) zurückzuführen als vielmehr auf den örtlichen Geltungsbereich dieser Regeln: Während staatliche Regeln in den allermeisten Fällen lediglich für das entsprechende Staatsgebiet Anwendung finden, verlangt die Universalität des Sports regelmässig nach grenzüberschreitenden, teilweise gar weltweit anwendbaren Regeln.<sup>80</sup> Erschwerend kommt hinzu, dass sich der Sport mit seinen mächtigen internationalen Verbänden nur schwerlich von den einzelstaatlichen Rechtsordnungen und Gerichten effektiv kontrollieren lässt. Die besondere Problematik des Sportrechts besteht deshalb darin, unter der Wahrung der Autonomie sowie der sportartspezifischen Besonderheiten des Sports bzw. dessen Regeln dennoch die Rechte der Sportler, Verbände und nicht zuletzt auch der Aussenstehenden zu sichern.<sup>81</sup>

## **F) Verbandsinterne Regeln und deren Anwendbarkeit**

In diesem Zusammenhang stellt sich deshalb unweigerlich die Frage, welche Regeln im konkreten Fall Vorrang haben, falls die staatlichen Gesetze und Verordnungen den Statuten und Reglementen der Sportverbände widersprechen.

### *a) Vorrang der staatlichen Regeln*

Grundsätzlich hat der Staat als Träger des Gewaltmonopols die Möglichkeit, zu bestimmen, in welchen Regelungsbereichen das staatliche Recht dem Sportrecht vorgehen soll oder umgekehrt.<sup>82</sup> Zu beachten ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Verbandsregelwerke den staatlichen Regeln hierarchisch untergeordnet sind.<sup>83</sup> Sofern sich der Staat auf gewissen Gebieten selber den Vorrang der staatlichen Regeln gegenüber denjenigen der Sportverbände einräumt, haben die staatlichen Regeln selbstredend Vorrang. Dasselbe gilt für den Fall, in welchem auf einen Sachverhalt zwingende staatlichen Regeln Anwendung finden. Ein

<sup>78</sup> ZEN-RUFFINEN, Nr. 24; FUCHS, S. 4; KALBERMATTER, S. 3; BOHN, S. 29 f.; STEINER, sanctions, S. 45.

<sup>79</sup> Siehe hierzu hinten, S. 16 f.

<sup>80</sup> Vgl. ZEN-RUFFINEN, Nr. 26; THALER, Haftung, S. 20 m.w.H. in Fn. 125.

<sup>81</sup> FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, Einführung N 33.

<sup>82</sup> ZEN-RUFFINEN, Nr. 27; STEINER, sanctions, S. 52.

<sup>83</sup> VALLONI/PACHMANN, S. 17; WÜTERICH/BREUCKER, § 2 N 46; STEINER, sanctions, S. 51; ebenso bereits BODMER, S. 44 f.

Vorrang der staatlichen Regeln besteht schliesslich auch dann, wenn die Kompetenz zur Beurteilung einer Streitigkeit den staatlichen Gerichten vorbehalten und diese Streitigkeit somit nicht schiedsfähig ist, beispielsweise im Straf- oder Verwaltungsrecht.<sup>84</sup>

*b) Vorrang der Erlasse von Sportverbänden*

Abgesehen von den in vorstehend lit. a erwähnten Bereichen akzeptiert der Staat grundsätzlich, dass die Sportverbände eigene Erlasse für die Regelung der Rechtsbeziehungen innerhalb ihres Verbandes aufstellen. Diese Kompetenz wird aus Art. 63 ZGB bzw. letztlich aus der Vereinsautonomie abgeleitet.<sup>85</sup> Sofern das staatliche Recht Raum für eine autonome Regelung lässt, ist ein Verweis auf Verbandsregeln auch durch ein staatliches Gericht zu beachten.<sup>86</sup> Eine diesbezüglich bemerkenswerte Ausnahme stellt die Forderung des IOC dar, wonach die jeweilige Austragungsstadt von Olympischen Spielen während dieser Spiele den Vorrang der olympischen Charta gegenüber dem staatlichen Recht garantieren muss.<sup>87</sup>

*c) Gleichzeitige Anwendbarkeit von staatlichen und sportrechtlichen Regeln*

Sofern die staatlichen Regeln und diejenigen von Sportverbänden gleichzeitig auf denselben Sachverhalt anwendbar sind, können diese entweder übereinstimmen oder divergieren.

*aa) Übereinstimmende Regelungen*

Staatliche und sportrechtliche Regelungen können einander hinsichtlich eines zu erreichenden Zieles ergänzen. Hierbei sind verschiedene Kombinationen möglich: die sportrechtliche Regelung komplettiert die staatliche Regelung (beispielsweise Regelungen, welche den Status von Sportverbänden festlegen; vertragliche Regelungen von Sportlern etc.); die staatlichen Regelungen sind subsidiär anwendbar, sofern die Sportverbände einen Sachverhalt nicht (abschliessend) regeln; der Staat delegiert ausdrücklich die Regelungskompetenz an einen Sportverband (beispielsweise die Dopingkontrollen, welche in der Schweiz durch Swiss Olympic durchgeführt werden).<sup>88</sup>

---

<sup>84</sup> Siehe hierzu hinten, S. 375; vgl. auch ZEN-RUFFINEN, Nr. 28 f. sowie FUCHS, S. 5.

<sup>85</sup> STEINER, sanctions, S. 52.

<sup>86</sup> ZEN-RUFFINEN, Nr. 30; VALLONI/PACHMANN, S. 17.

<sup>87</sup> ZEN-RUFFINEN, Nr. 31.

<sup>88</sup> Vgl. zum Ganzen ZEN-RUFFINEN, Nr. 33.

### *bb) Divergierende Regelungen*

Sofern staatliche und sportrechtliche Regelungen einander widersprechen, versucht der Richter, diese miteinander in Einklang zu bringen. Dabei sollte er im Rahmen seiner Möglichkeiten auch versuchen, die Besonderheiten der jeweiligen Sportart in seine Überlegungen miteinzubeziehen. So ist beispielsweise das Heranziehen sportartspezifischer Spielregeln für die zivil- und strafrechtliche Beurteilung einer dem Gegenspieler zugefügten Körperverletzung unerlässlich.<sup>89</sup>

## **G) Beurteilung von Streitigkeiten durch interne Gremien und Schiedsgerichte**

Eine weitere Charakteristik des Sportrechts, welche mit der Autonomie der Sportverbände gegenüber dem Staat in einem engen Zusammenhang steht, stellt der Versuch der Verbände dar, ihre Streitigkeiten so weit als möglich von staatlichen Gerichten fernzuhalten und stattdessen durch interne Gremien und Schiedsgerichte<sup>90</sup> beurteilen zu lassen.<sup>91</sup> Was Ziel und Zweck dieser Bestrebungen sein soll, ist dabei höchst umstritten. Teilweise wird dies damit gerechtfertigt, Probleme aus der Sportfamilie müssten auch innerhalb der Sportfamilie und nicht durch aussenstehende Richter gelöst werden.<sup>92</sup> Andere verneinen insbesondere mit Blick auf die fehlende Unabhängigkeit der internen Gremien, aber auch der Schiedsgerichte, insbesondere des CAS mit Sitz<sup>93</sup> in Lausanne, die Rechtsstaatlichkeit dieser Ausschlüsse staatlicher Gerichtsbarkeit und plädieren stattdessen für eine umfassende Zuständigkeit der staatlichen Gerichte.<sup>94</sup> Ohne

<sup>89</sup> ZEN-RUFFINEN, Nr. 34; siehe hierzu auch hinten, S. 249 ff. sowie S. 307 ff.

<sup>90</sup> Zur Abgrenzung der Vereins- von der Schiedsgerichtsbarkeit vgl. BURGHERR, S. 193 ff. sowie HAAS/MARTENS, S. 123 ff.

<sup>91</sup> KALBERMATTER, S. 3; SCHERRER/MURESAN/LUDWIG, S. 314; FRITZWEILER/ PFISTER/SUMMERER, Einführung N 33.

<sup>92</sup> Der ehemalige FIFA-Präsident Joseph Blatter hat diesbezüglich in einem Fernsehinterview folgende viel zitierte und viel kommentierte Aussage gemacht: «Wenn wir Probleme haben in der Familie, dann lösen wir die Probleme in der Familie und gehen nicht zu einer fremden Familie. Alles, was im Fussball passiert, und alle Schwierigkeiten, die im Fussball sind, sollen innerhalb der fussballerischen Gerichtsbarkeit oder Rechtsprechung gelöst werden und nicht vor ordentliche Gerichte gebracht werden. Das ist nicht mehr unsere Familie.» (The Untouchable, Autor und Regie: Jens Weinreich, Schweden 2004, zitiert von DANIEL DREPPER, Die dunkle Seite: Korruption und Sportjournalismus, in: WAZ-Rechercheblog vom 26. September 2011 <<http://www.danieldrepper.de/die-dunkle-seite-korruption-und-sportjournalismus>>, besucht Ende Juli 2017).

<sup>93</sup> Vgl. Art. R28 CAS-Verfahrensordnung.

<sup>94</sup> Als einer der in der Schweiz wohl prominentesten Kritiker insbesondere des CAS gilt der Präsident des FC Sion, Christian Constantin. So bezeichnete er das CAS

an dieser Stelle zu diesen teilweise wenig fundierten und häufig populistischen Äusserungen<sup>95</sup> Stellung zu nehmen, sei immerhin erwähnt, dass ein vollständiger Ausschluss der staatlichen Gerichte in der Schweiz aufgrund der Möglichkeit, einen Schiedsspruch nach Ausschöpfung der in der Schiedsvereinbarung vorgesehenen schiedsgerichtlichen Rechtsmittel gemäss Art. 389 Abs. 1 ZPO bzw. Art. 191 IPRG mit Beschwerde beim Bundesgericht oder allenfalls gemäss Art. 390 Abs. 1 ZPO bei einem kantonalen Gericht anzufechten, nicht möglich ist.<sup>96</sup> Daneben hat das Bundesgericht das CAS mehrmals als unabhängiges und

---

beispielsweise auch schon als «Marionettentheater», welches von den grossen Sportverbänden, namentlich der FIFA sowie dem IOC, beeinflusst sei (vgl. anstelle vieler «Bei mir wäre Platini Assistent des Chauffeurs», in: FAZ vom 14. Januar 2012). Diese Aussage erfolgte im Zusammenhang mit der als *Causa FC Sion* in der sportrechtlichen Literatur bekannten Angelegenheit, in welcher der SFV durch die FIFA zufolge der Nichtakzeptanz einer gegen den FC Sion bzw. die Olympique des Alpes SA verhängten, rechtsgültigen Transfersperre angehalten wurde, Sanktionen zu ergreifen. In der Folge belegte der SFV den FC Sion in der Saison 2011/2012 mit einem Abzug von 36 Punkten. In diesem Zusammenhang wurde eine Vielzahl von Verfahren auf Ebene der Verbands-, Schieds- und staatlichen Gerichte geführt, welche mittlerweile jedoch alle abgeschlossen und seitens des FC Sion bzw. der Olympique des Alpes SA ohne relevanten Erfolg geblieben sind (für einen Überblick über sämtliche Verfahren vgl. CaS 1/2013, S. 52 ff. sowie SCHERRER/ MURESAN/LUDWIG, S. 292 f., weiterführend bzw. im Einzelnen auch SCHERRER, Eskalation; DERSELBE, Klagen; Entscheid des Obergerichts des Kantons Bern vom 19. April 2012, in: CaS 2/2012, S. 171 ff.; Entscheid des Regionalgerichts Bern-Mittelland vom 14. Februar 2012, in: CaS 1/2012, S. 79 ff. sowie Entscheid des Walliser Kantonsgerichts vom 16. November 2011, in: CaS 4/2011, S. 359 ff. bzw. S. 367 ff. [deutsche Übersetzung]).

<sup>95</sup> An dieser Stelle sei immerhin erwähnt, dass sich die Sportverbände hinsichtlich der Neutralität und Unabhängigkeit der mit der Beurteilung von Verbandsstreitigkeiten betrauten Schiedsgerichte teilweise doch eher ungeschickt äussern und damit geradezu zur Diskussion hierüber einladen. So hat sich beispielsweise die FIFA in ihrem eigenen Publikationsorgan zum 25. Geburtstag des CAS wie folgt geäussert: «Die Erfolgsquote der FIFA beim CAS ist allgemein hoch, insbesondere wenn sie selbst Partei ist. So bekam der Weltfussballverband bei mehreren Vertragsstreitigkeiten und insbesondere bei den beiden wegweisenden Fällen [...] Recht» (25 Jahre im Dienst des Sports, in: FIFA-World 2/2009, S. 38 ff.).

<sup>96</sup> Weiterführend zur Frage der Zulässigkeit eines Rechtsmittelverzichts im Rahmen der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit nach IPRG vgl. WALTER, Rechtsmittelverzicht, S. 134 ff. Auch in Deutschland ist ein vollständiger Ausschluss der staatlichen Gerichte nicht möglich, ist doch nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zwar die durch Verbände erfolgte Spielwertung nicht durch ein staatliches Gericht überprüfbar, verhängte Sanktionen dagegen schon. Auch in diesem Fall überprüft das staatliche Gericht jedoch bloss, ob die dem Verbandsentscheid zugrunde liegenden Tatsachen zutreffend festgestellt wurden; vgl. hierzu SCHERRER, Spannungsfeld, S. 343; WÜTERICH/ BREUCKER, § 2 N 82 m.w.H.

unparteiisches Schiedsgericht anerkannt.<sup>97</sup> Generell dürfte weitgehend unbestritten sein, dass mit der Beurteilung der verbandsrechtlichen Streitigkeiten durch interne Gremien oder spezialisierte Schiedsgerichte eine Beurteilung durch besser mit der Materie vertraute und letztlich auch besser qualifizierte Fachkräfte gewährleistet sein wird, womit auch eine gewisse Einheitlichkeit der Sportgerichtsbarkeit erreicht werden kann. Die Sportgerichte bieten sodann auch eine rasche und regelmässig günstige Rechtsprechung in sportrechtlichen Angelegenheiten zur Beilegung von Streitigkeiten.<sup>98</sup> Wie jede Medaille hat jedoch auch diese eine Kehrseite, sodass mit dieser besonderen Sachkunde der Schiedsrichter auch ein Nachteil einhergeht. So birgt das Recht der Parteien, einen *eigenen* Schiedsrichter zu bestellen, die Gefahr einer unter Umständen nicht hinreichenden Objektivität dieses Schiedsrichters.<sup>99</sup>

Eine eingehendere Auseinandersetzung mit der Problematik der rechtlichen Zulässigkeit des Ausschlusses der staatlichen Gerichtsbarkeit durch Sportverbände hat im Rahmen dieses allgemeinen Kapitels über die Struktur und das Wesen des Sportrechts zu unterbleiben.<sup>100</sup> Soweit notwendig wird auf konkrete Fragestellungen hierzu im Rahmen der Ausführungen zur prozessualen Geltendmachung von Ansprüchen noch einzugehen sein.<sup>101</sup> Abschliessend zu dieser Thematik sei an dieser Stelle jedoch noch erwähnt, dass das Recht der Schiedsgerichtsbarkeit in der Schweiz dual konzipiert ist. Für Binnenfälle gelten grundsätzlich die Regeln von Art. 353 ff. ZPO, wogegen für die internationalen Schiedsgerichte mit Sitz in der Schweiz im Grundsatz die Regeln von Art. 176 ff. IPRG zur Anwendung gelangen. Ein Fall der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit liegt nach Art. 176 Abs. 1 IPRG vor, sobald mindestens eine Partei ihren Sitz oder gewöhnlichen Aufenthalt nicht in der Schweiz hat.

<sup>97</sup> So beispielsweise in BGE 136 III 605 ff., E. 3.3.3, oder BGE 129 III 445 ff., E. 3. Kritisch hierzu das Landgericht München in seinem Urteil vom 26. Februar 2014 im Fall *Pechstein* (siehe hinten, Fn. 1899), E. 3c bb (2) sowie das Oberlandesgericht München in derselben Angelegenheit im Urteil vom 15. Januar 2015 (siehe hinten, Fn. 1906), E. 3b bb (3), ebenso im Anschluss daran ORTH, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 232 f. Zustimmend demgegenüber nunmehr auch der BGH in seinem Urteil vom 7. Juni 2016 in der Angelegenheit *Pechstein* (siehe hinten Fn. 1909), E. II.1 c. Differenzierend BRUNK, S. 339 ff. Für SCHERRER, Gerechtigkeit, S. 297, hat nach dem Bundesgericht mit diesem Urteil nun auch der BGH dem CAS gar eine «General-Absolution» erteilt.

<sup>98</sup> Vgl. anstelle vieler KALBERMATTER, S. 3; HAAS/MARTENS, S. 125 f.; MURESAN/KORFF, S. 199 m.w.H.; PEREIRA BORGES, S. 31; GÖKSU, S. 360 f. m.w.H.

<sup>99</sup> HAAS/MARTENS, S. 127. Für eine umfassende Würdigung der Vor- und Nachteile einer schiedsgerichtlichen Urteilsfindung vgl. anstelle vieler KLEINER, S. 335 ff.; ANDEXER, S. 270 ff.; HOLLA, S. 29 ff.; EGGERSTEDT, S. 116 ff.

<sup>100</sup> Hinsichtlich dieser Thematik sei anstelle vieler auf die Dissertation von FENNERS verwiesen.

<sup>101</sup> Siehe hierzu hinten, S. 353 ff.

Art. 353 Abs. 2 ZPO und Art. 176 Abs. 2 IPRG bieten den Parteien indes die Möglichkeit, durch vertragliche Vereinbarung und ausdrückliche Erklärung die Verfahrensordnung des jeweils anderen Gesetzes für anwendbar zu erklären.

### 3. Spiel- und Rechtsregel / Tatsachenentscheid und Regelverstoss

Charakteristisch für das Sportrecht ist die Unterscheidung zwischen Spielregeln und Rechtsregeln einerseits sowie Tatsachenentscheiden und Regelverstössen andererseits. Obwohl die beiden Begriffspaare auf den ersten Blick wenige Berührungspunkte zu haben scheinen, sind sie bei genauerer Betrachtung eng miteinander verbunden. Eine der im Sportrecht dogmatisch wie praktisch nach wie vor am regsten diskutierten Fragen dreht sich darum, ob und falls ja unter welchen Voraussetzungen Spielregeln bzw. Tatsachenentscheide nachträglich noch abgeändert werden können. Während in der schweizerischen Literatur und Gerichtspraxis wohl gestützt auf KUMMER diese Frage fast ausschliesslich auf der Ebene der Spiel- und Rechtsregel diskutiert wird, hält die deutsche Literatur die Bedeutung der Konzeption der Tatsachenentscheidung für wesentlich bedeutsamer.<sup>102</sup> Im Ergebnis geht es jedoch um ein und dieselbe Frage, nämlich darum, ob und falls ja unter welchen Voraussetzungen während des Spiels von den Spieloffiziellen getroffene Entscheide im Nachhinein noch korrigiert werden können.

#### A) Spiel- und Rechtsregel

Als Spielregeln gelten diejenigen Normen, welche den Spiel- oder Wettkampfergebnis zum Gegenstand haben. Sie bestimmen letztlich, wie die Sieger und Verlierer erkoren werden. Die Spielregeln sind denn auch nicht justiziabel, so dass gestützt auf die Spielregeln getroffene Spielentscheide einer Überprüfung durch staatliche Gerichte oder Schiedsgerichte nicht zugänglich sind. Demgegenüber bilden die Rechtsregeln, auch wenn sie auf einen sportlichen Sachverhalt Anwendung finden, einen Teil der Rechtsordnung und sind folglich justiziabel.<sup>103</sup>

##### a) *Kurzüberblick<sup>104</sup> über Lehrmeinungen und Bundesgerichtspraxis*

Schwierig zu beurteilen ist die Frage, ob eine Entscheidung den Spiel- oder Rechtsregeln zuzuordnen und damit justiziabel ist oder nicht. Diese Problematik wurde erstmals 1973 von KUMMER in seinem viel beachtetem Werk umfassend

---

<sup>102</sup> VIEWEG, S. 56, spricht in diesem Zusammenhang gar davon, die Konzeption von Spiel- und Rechtsregeln würde die dahinterstehenden Probleme «vernebeln».

<sup>103</sup> SCHERRER/MURESAN/LUDWIG, S. 295 f.

<sup>104</sup> Für einen weiterführenden Überblick vgl. HILPERT, Fehlentscheidungen, Teil IV N 35 ff.

abgehandelt. Er gelangte dabei zusammengefasst zum Ergebnis, die Spielregel unterscheide sich im Wesentlichen durch ihre Vollstreckungsordnung von der Rechtsregel. Dabei würden bei der Spielregel die Konsequenzen einer Nichterfüllung lediglich bis zum Ende des Spiels (oder allenfalls des Mehrstufenspiels, beispielsweise eines laufenden Meisterschafts- oder Cupwettbewerbes),<sup>105</sup> jedoch nicht darüber hinaus greifen. Als Konsequenz hieraus bezeichnete er die Spielregeln mangels Wirkung über das Spiel hinaus auch als sogenanntes *Nicht-recht*.<sup>106</sup> Demgegenüber kann nach KUMMER ein Nachteil, welcher über das Spiel hinaus wirkt, nicht mehr auf einer Spielregel beruhen. Einem solchen Nachteil komme folglich die Qualität einer justiziablen Rechtsregel zu.<sup>107</sup>

Teilweise wird in der Lehre innerhalb der Spielregeln noch weiter zwischen Spielregeln *im engeren* und Spielregeln *im weiteren Sinne* unterschieden. Unter Spielregeln im engeren Sinne werden demnach diejenigen Regeln verstanden, welche die Sportausübung auf dem Sportplatz selber betreffen. Es handelt sich dabei um die «ureigenste Angelegenheit der Sportverbände»<sup>108</sup>. Demgegenüber wir in den Spielregeln im weiteren Sinne die Organisation der Sportwettkämpfe festgelegt. Diese Spielregeln betreffen die Sportausübung nur mittelbar und nicht mehr direkt auf dem Spielfeld. BOHN entwickelt in diesem Zusammenhang mit Hinweis auf PFISTER mit den *allgemeinen Verbandsregeln* gar noch eine dritte Unterkategorie der Spielregeln. Es handelt sich dabei um Regelungen, welche keine sporttypischen Besonderheiten aufweisen, wie beispielsweise Bestimmungen über Beitragspflichten, Organisation, Abstimmungsquoren und dergleichen.<sup>109</sup>

Zu betonen ist in diesem Zusammenhang allerdings, dass diese Unterscheidung zwischen justiziablen Rechtsregeln und nicht justiziablen Spielregeln im Bereich der Persönlichkeitsrechte zum Vorneherein bedeutungslos ist. Gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung sind nämlich Vorgänge, bei welchen Persönlichkeitsrechte von Beteiligten infrage stehen, als rechtlich fassbare Vorgänge zu qualifizieren, welche dem staatlichen Richter (oder allenfalls einem Schiedsge-

<sup>105</sup> MÄTZLER, S. 248.

<sup>106</sup> Siehe hierzu auch BODMER, S. 160.

<sup>107</sup> Vgl. zum Ganzen KUMMER, S. 43 ff.; a.M. FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, Einführung N 21, wonach gestützt auf die Spielregeln ergangene Entscheide, welche wie beispielsweise eine automatische Sperre eines Spielers nach einem Platzverweis über das Spiel hinaus Auswirkungen entfalten würden, dem Zugriff von staatlichen Gerichten unterliegen und demnach justiziabel sein sollen.

<sup>108</sup> FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, Einführung N 21. Vgl. hinsichtlich dieser Unterscheidung auch FENNERS, Nrn. 437 ff., welcher die Begriffe der *Spielregeln im engeren Sinne* sowie der *anderen Spielregeln* verwendet.

<sup>109</sup> Vgl. zum Ganzen BOHN, S. 25 m.w.H. sowie FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, Einführung N 21 ff.

richt) vorgelegt werden können.<sup>110</sup> So sind beispielsweise in Spielregeln festgehaltene Bekleidungsvorschriften,<sup>111</sup> welche bei den betroffenen Sportlern zu einer Persönlichkeitsverletzung führen, grundsätzlich auch dann einer gerichtlichen Überprüfung zugänglich, wenn es sich bei den fraglichen Vorschriften um lediglich für die Dauer des Spiels geltende und somit nicht justiziable Spielregeln handelt. Ob eine solche Bekleidungsregel im geltend gemachten Einzelfall sodann effektiv eine Persönlichkeitsverletzung darstellt oder ob seitens des aktiven Sportlers nicht eine Einwilligung hierzu vorliegt oder allenfalls auch überwiegende anderweitige Interessen eine solche Persönlichkeitsverletzung rechtfertigen, hat das Gericht dann anhand des konkreten Einzelfalls zu entscheiden.<sup>112</sup>

Obwohl das Bundesgericht noch immer – wenn auch nicht mehr in der von KUMMER begründeten Absolutheit, indem es schon früh erkannte, dass die Trennlinie zwischen Spiel- und Rechtsregel nicht scharf ist – der Zweiteilung Spiel-/Rechtsregel folgt<sup>113</sup>, ist in der Lehre eine starke Tendenz festzustellen, wonach diese Trennlinie verschwindet.<sup>114</sup> SCHILLIG plädiert im Sinne eines

---

<sup>110</sup> Vgl. zum Ganzen AEBI-MÜLLER/MORAND, S. 244 f. mit Hinweis auf BGE 120 II 369 ff.

<sup>111</sup> So haben beispielsweise im Fussball gemäss Regel 4 IFAB-Spielregeln die Spieler zwingend kurze Hosen zu tragen und das Tragen von Schmuck etwelcher Art ist ihnen nicht gestattet. Das Tragen von Kopfbedeckungen (auch aus religiösen Gründen) ist den Spielern erst seit einer entsprechenden Regeländerung im Jahr 2014 erlaubt. Die IFAB-Spielregeln sehen hierzu heute vor, dass Kopfbedeckungen für Spieler dann erlaubt sind, wenn diese schwarz oder in der Hauptfarbe des Dresses gehalten sind, sie der professionellen Erscheinung der Spielerausrüstung entsprechen, nicht an das Dress angemacht sind, weder für den Träger noch für einen anderen Spieler eine Gefahr darstellen und keine Elemente aufweisen, welche von der Oberfläche abstehen (vgl. Regel 4 IFAB-Spielregeln); vgl. hierzu auch MORAND, Symbole, S. 74 f. m.w.H.

<sup>112</sup> Ein bekanntes und relativ aktuelles Beispiel hierzu ist der Fall eines Kopftuchverbotes im Basketball. In seinem Entscheid vom 25. Januar 2010 (publiziert in CaS 1/2010, S. 59 ff.) hielt das Amtsgericht Luzern-Land fest, bei einem durch den Verband verhängten Verbot gegenüber einer Spielerin, ein Kopftuch zu tragen, handle es sich nicht um eine widerrechtliche Persönlichkeitsverletzung, da diese durch ihre Lizenzierung in die Einhaltung der Statuten und Reglemente des Verbandes eingewilligt habe und die Reglemente das Tragen eines Kopftuches nicht erlauben würden (E. 5.2.1). Darüber hinaus seien auch die Interessen des Verbandes, die offiziellen Basketballspiele nach den international geltenden Regeln abzuhalten, höher zu gewichten als das individuelle Interesse der Spielerin (E. 5.2.2). A.M. WÜEST, S. 15 ff.

<sup>113</sup> Vgl. BGE 120 II 369 ff.

<sup>114</sup> SCHILLIG, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 54; ZEN-RUFFINEN, Nr. 1370. Vgl. hierzu im Übrigen eine detaillierte Übersicht über die Lehrmeinungen bei HILPERT, Fehlent-



Lösungsvorschlages für einen integralen Rechtsschutz dafür, dass jede Regel, «die einigermassen glaubhaft die persönlichen Verhältnisse des Sportlers tangiert», dem Richter unterbreitet werden könne. Dieser habe dann im Einzelfall zu entscheiden, ob die zur Beurteilung vorgebrachte Regel effektiv einer Überprüfung offenstehe, wobei er insbesondere auf deren Quelle und Motivation abzustellen habe.<sup>115</sup> Diesen Ansatz aufnehmend wird heute teilweise auch die Meinung vertreten, die Unterscheidung zwischen Spiel- und Rechtsregeln sei aufzugeben, damit auch Spielentscheide grundsätzlich einer gerichtlichen Überprüfung zugänglich gemacht werden könnten. Dies im Wesentlichen mit der Begründung, die Nichtüberprüfung von Spielentscheiden widerspreche Art. 75 ZGB und sei deshalb gesetzeswidrig. Falls jedoch der Sport im Bestand und in der Durchführung durch richterliches Eingreifen gefährdet wäre, soll es gemäss dieser Lehre bereits an einem Rechtsschutzinteresse in Gestalt eines sogenannten Spielschutzinteresses, worunter ein Interesse an der ungestörten Durchführung des Spiels verstanden wird, fehlen, womit im Ergebnis auf eine solche Klage zum Vorneherein nicht einzutreten wäre.<sup>116</sup> FUCHS führt hierzu ebenfalls unter Bezugnahme auf Art. 75 ZGB aus, praktisch jede Entscheidung eines Vereinsorgans, welche Mitgliedschaftsrechte zum Gegenstand habe, übe letztlich eine gewisse Wirkung auf die Persönlichkeit des Mitglieds aus. In diesem Sinne will er denn auch sämtliche ein Mitglied betreffende Vereinsentscheide einer richterlichen Kontrolle zuführen. Seiner Ansicht nach bewirkt die mehrstufige Prüfung von Art. 28 ZGB jedoch, dass für einen Grossteil der Entscheidungen während des Spiels insbesondere mangels Intensität gar kein Eingriff in die Persönlichkeit vorliegt.<sup>117</sup> KAISER plädiert in diesem Zusammenhang demgegenüber nicht für eine gänzliche Aufgabe der Unterscheidung zwischen Spiel- und Rechtsregeln, da zum Schutz des Sports bzw. dessen Besonderheiten das Sportgeschehen nur, aber immerhin, einer beschränkten richterlichen Überprüfung zugänglich sein soll. Die Kernfrage ist gemäss KAISER nicht ob, sondern vielmehr inwieweit Sportregeln im Lichte ihrer Auswirkungen auf das Sportgeschehen der richterlichen Kontrolle unterliegen können. Auch für ihn ist die Lösung hierzu nicht im materiellen Recht, sondern im Verfahrensrecht zu suchen, indem untersucht werden müsse, inwiefern ein Rechtsschutzinteresse eines Sportlers oder Vereins an der Überprüfung von Spielregelentscheiden vorliege bzw. inwieweit diesem Rechtsschutzinteresse das überwiegende Interesse des Sports als Sport- oder Spielschutzinteresse diametral gegenüberstehe. Dieses Sportschutzinteresse liege dementsprechend darin, dass eine gerichtliche Prüfung des Spiels möglichst unterbleiben müsse, um den reibungslosen sportlichen Ablauf des Wettkampfes sicherzustellen. KAISER schweigt sich zwar darüber

---

scheidungen, Kap. 2 N 35 ff.

<sup>115</sup> SCHILLIG, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 55.

<sup>116</sup> SCHERRER/MURESAN/LUDWIG, S. 295 ff.

<sup>117</sup> FUCHS, S. 201 ff.

aus, welche Kriterien – letztlich durch den (Schieds-)Richter – bei dieser vorzunehmenden Interessenabwägung heranzuziehen wären, ist aber der Ansicht, dass das Rechtsschutzinteresse eines Sportlers oder Vereins nur in Ausnahmefällen, namentlich bei willkürlichen oder in böswilliger Absicht getroffenen Sportregelentscheiden, überwiegen dürfte.<sup>118</sup> Auch FENNERS hält an der Unterscheidung von Spiel- und Rechtsregeln weiterhin fest, wobei für ihn letztlich auch die Spielregeln im engeren Sinn Rechtsregeln darstellen und als solche einer gerichtlichen Beurteilung nicht zum Vorneherein entzogen werden können. Allerdings dürfte seiner Meinung nach weder eine Klage nach Art. 75 ZGB noch eine solche nach Art. 28a ZGB im konkreten Einzelfall erfolgreich geltend gemacht werden können, da im ersten Fall die Verbandsregeln bei der Anwendung der Spielregeln ein weites Ermessen einräumen würden, welches der gerichtlichen Überprüfung weitgehend entzogen sei, und im zweiten Fall die mit der falschen Anwendung einer Spielregel allenfalls einhergehende Persönlichkeitsverletzung durch das überwiegende Interesse des Sportverbands an der Endgültigkeit der Spielregelentscheidung gerechtfertigt sei.<sup>119</sup>

Auch die Ansicht KUMMERS, wonach die Spielregeln aufgrund deren nicht vorhandener Justiziabilität als *Nichtrecht* zu gelten hätten,<sup>120</sup> scheint heute kaum noch Anhänger zu finden. Es scheint mittlerweile auch in der Lehre unbestritten zu sein, dass selbst ein «nackter Spielregelentscheid»<sup>121</sup> durchaus Rechte des Einzelnen tangieren kann, und dies nicht nur auf der Ebene der Persönlichkeit. So führt beispielsweise BOHN hierzu aus, die Spielregel bewege sich keineswegs im rechtsfreien Raum, sie stehe jedoch auch nicht auf gleicher Stufe wie das staatliche Recht oder existiere losgelöst vom staatlichen Recht. Vielmehr sei das Verbandsrecht Bindungen durch das staatliche Recht unterworfen und würde vom staatlichen Recht überlagert, wobei diese Überlagerung in ihrer Struktur im Laufe der Jahre Veränderungen erfahren habe.<sup>122</sup> Auch für KAISER steht fest, dass aus dem Umstand, wonach die Regelung von Sport und Spiel dem Satzungsrecht der Sportverbände überlassen werde, nicht gefolgert werden könne, dass dieser Vorgang im Sinne einer von der Rechtsordnung (gänzlich) unabhängigen und losgelösten Regelung des Sportgeschehens im Sinne eines rechtsfreien Raums zu betrachten sei.<sup>123</sup> Weiter zeigt er anhand von konkreten Beispielen aus dem Straf- und Zivilrecht sowie den FIS-Regeln auf, welche materiellrechtlichen Auswirkungen Sport- und Spielregeln gar über die Autonomie des Sports hinaus in der Rechtsordnung tatsächlich haben können, und gelangt dabei entgegen der Theorie KUMMERS zum Schluss, das Spielfeld stelle gerade keinen

---

<sup>118</sup> Vgl. zum Ganzen KAISER, *Nichtrecht*, S. 9 f.

<sup>119</sup> FENNERS, Nrn. 448 f.

<sup>120</sup> KUMMER, S. 43 ff.

<sup>121</sup> SCHILLIG, *Schiedsgerichtsbarkeit*, S. 45.

<sup>122</sup> BOHN, S. 29 f.

<sup>123</sup> KAISER, *Nichtrecht*, S. 7.

rechtsfreien Raum dar, sondern werde durch die Regelwerke in den Raum des Rechts gelegt. Die Sport- und Spielregeln dienten dabei als Wertungshilfe für eine sach- bzw. sportgerechte Interpretation allgemeiner Rechtsnormen im Rahmen der Würdigung eines Sachverhalts mit Bezug zum Sport, weshalb sie als materielles Recht grundsätzlich auch einer richterlichen Überprüfung zugänglich sein müssten.<sup>124</sup>

### b) *Eigene Stellungnahme*

Gleichsam als Synthese der dargestellten Lehrmeinungen sind nach hier vertretener Ansicht folgende Thesen für die Unterscheidung von Spiel- und Rechtsregeln heranzuziehen:

1. Eine strikte Unterscheidung von nicht justiziablen (Spiel-) und justiziablen (Rechts-)Regeln ist trotz einer nicht zu unterschätzenden anderslautenden Tendenz in der Lehre nach wie vor gerechtfertigt, ja für den reibungslosen Ablauf eines Sportwettkampfes und insbesondere die Rechtssicherheit sämtlicher am Spiel beteiligten Akteure geradezu von zentraler Bedeutung.

2. Diese wichtige Trennlinie ist jedoch unter Verwendung der soweit ersichtlich einheitlichen Terminologie nicht zwischen den Spiel- und Rechtsregeln, sondern vielmehr zwischen den Spielregeln im engeren Sinne und sämtlichen weiteren Verbandsregeln zu ziehen. Dies bedeutet konkret, dass lediglich, aber immerhin, die als Spielregeln im engeren Sinne verstandenen, auf dem Spielfeld geltenden *Spielfeldregeln* nicht justiziabel sind, während sämtliche weiteren Regeln als justiziabel zu gelten haben. Als Spielfeldregeln sind demnach all diejenigen Regeln zu verstehen, welche die Spieloffiziellen vor, während und nach einem Spiel anwenden und letztlich auch durchsetzen müssen. Wo diese Regeln kodifiziert sind, ist unerheblich. Im Extremfall können dieselben Regeln sowohl als nicht justiziable Spielfeldregeln als auch als justiziable Rechtsregeln gelten, je nachdem, wer diese Regeln wann zur Anwendung bringt resp. sich darauf beruft. Zur Illustration sollen folgende Beispiele dienen:

Anlässlich des Meisterschaftsspiels in der Super League zwischen dem FC Basel und dem FC Sion vom 14. Februar 2015 liess sich der Sittener Stürmer Moussa Konaté in der 45. Spielminute beim Versuch, den Basler Torhüter Tomas Vaclik im Strafraum umspielen zu wollen, fallen und täuschte damit gegenüber den Spieloffiziellen ein Foulspiel des gegnerischen Torhüters vor. Auf den Fernsehbildern war jedoch ersichtlich, dass Vaclik seinen Gegenspieler nicht berührt hatte. Dennoch verhängte der Schiedsrichter einen Strafstoss für Sion und schloss den Torhüter vom Spiel aus.<sup>125</sup> Beim Aussprechen des Ausschlusses gegen den Spieler Vaclik handelt es sich um die Anwendung einer Spielfeldregel durch den

<sup>124</sup> KAISER, Nichtrecht, S. 8 ff.

<sup>125</sup> Vgl. <<http://www.aargauerzeitung.ch/sport/fussball/sion-ringt-leader-basel-ein-remis-ab-128839062>>, besucht Ende Juli 2017.

Schiedsrichter (Regel 12 IFAB-Spielregeln), womit der Umstand, dass der FC Basel die verbleibende Spieldauer mit nur noch zehn Spielern bestreiten mussten, nicht justiziabel ist. Demgegenüber wären sämtliche in der Folge an diesen Vorfall ergangene Verfügungen und Strafen (in casu des Präsidenten der Disziplinarkommission SFL) justiziabel, so nach hier vertretener Ansicht grundsätzlich auch die automatische Sperre für einen Spieltag infolge der direkt ausgesprochenen Roten Karte, da es sich dabei eben gerade nicht mehr um eine auf dem Spielfeld durch den Schiedsrichter getroffene Entscheidung handelte.

Fussballspieler X ist ein strenggläubiger Katholik, der dem Sakrament der Ehe eine zentrale Bedeutung in seinem Leben einräumt. Infolgedessen weigert er sich vor einem Meisterschaftsspiel in der Super League, anlässlich der wenige Minuten vor dem Auflaufen der Mannschaften im Spielertunnel stattfindenden Ausrüstungskontrolle durch die Spieloffiziellen seinen Ehering abzulegen. Er beruft sich dabei auf sein Persönlichkeitsrecht. In der Folge verweigern die Spieloffiziellen in Anwendung von der Regel 4 IFAB-Spielregeln X die Teilnahme am Spiel. Bei der Verweigerung der Teilnahme am Spiel durch die Spieloffiziellen handelt es sich um die Anwendung einer Spielfeldregel, welche folglich nicht justiziabel ist. Der Umstand, dass die Mannschaft des Spielers X diesen für das fragliche Spiel durch einen anderen Spieler ersetzen musste, ist demnach nicht anfechtbar. Hingegen steht es dem Spieler X selber oder dessen Club ohne Weiteres offen, diese Regel unter Berufung auf das Persönlichkeitsrecht des Spielers über den Weg von Sport- oder allenfalls auch staatlichen Gerichten anzufechten. Eine nachträgliche Nichtwertung der fraglichen Spiele ist nach hier vertretener Ansicht jedoch ausgeschlossen, unabhängig davon, wie das Gerichtsverfahren ausgeht.

3. Ausnahmen von dieser Nichtjustiziabilität von Spielfeldregeln sollen nur dann möglich sein, wenn eine solche willkürlich oder in böswilliger Absicht falsch angewendet wurde. Hierzu ist zur Konkretisierung auf die relativ umfangreiche und reichhaltige Rechtsprechung des CAS zur Überprüfung von Spielentscheidungen<sup>126</sup> abzustellen, wonach eine Spielentscheidung dann überprüft werden darf, wenn diese in «violation of the law, social rules oder general principles of law» ergangen ist.<sup>127</sup> Wird jedoch im Sinne einer solchen Ausnahme eine gestützt auf

---

<sup>126</sup> Vgl. hierzu ausführlich HAAS, Spielentscheide; a.M. HILPERT, Fehlentscheidungen, Teil V N 27 ff., wonach eine Spiel- oder Tatsachenentscheidung ausnahmsweise dann einer Korrektur zugänglich sein soll, wenn diese offenkundig unrichtig, die Beibehaltung des Fehlers unerträglich und schliesslich die Auswirkungen des Fehlers derart folgeschwer seien, dass eine Korrektur verhältnismässig und fair erscheine.

<sup>127</sup> HAAS, Spielentscheide, S. 131 m.w.H.; vgl. hierzu auch HILPERT, Fehlentscheidungen, Teil V N 23 ff. Im Zusammenhang mit dem «Phantom-Tor» von Hoffenheim (siehe hierzu hinten, S. 35) hat sich jüngst auch das DFB-Sportgericht mit der Frage befasst, unter welchen Voraussetzungen eine Durchbrechung der Bindungswirkung von Tatsachenentscheidungen (siehe hierzu hinten, S. 33) zulässig sein könnte (vgl. Urteil Nr. 71/2013/2014 des DFB-Sportgerichts vom 28. Oktober 2013, E. III c, in: CaS 4/2013, S. 291 ff. sowie SpuRt 2/2014, S. 85 ff.; vgl. auch die An-

eine willkürlich oder in böswilliger Absicht falsch angewandte Spielfeldregel getroffene Entscheidung überprüft, so ist nicht ersichtlich, weshalb diese bloss mit beschränkter Kognition überprüft werden soll, wie es das CAS in solchen Fällen häufig tut. Jedenfalls lässt sich eine solche Beschränkung der Kognition nicht damit begründen, die CAS-Schiedsrichter seien schon rein tatsächlich nicht in der Lage, den Sachverhalt besser zu würdigen als die Spieloffiziellen auf dem Platz.<sup>128</sup> In einer Zeit, in welcher sich für nahezu sämtliche auf professionellem Niveau ausgetragenen Fussballspiele ohne grösseren Aufwand Fernsehbilder finden lassen, geht dieses Argument zumindest für den Fussballsport fehl. Wenn die Interessen der betroffenen Spieler oder Clubs an der Überprüfung einer solchen Entscheidung das Sport- und Spielschutzinteresse schon ausnahmsweise überwiegen, so kann kaum davon ausgegangen werden, dass die Parteien aus Effizienzgründen eine stillschweigende Vereinbarung für eine beschränkte Kognitionsbefugnis geschlossen haben,<sup>129</sup> weshalb eine solche Überprüfung nach hier vertretener Ansicht stets mit voller Kognition zu erfolgen hat.

4. Keine Ausnahme von der Nichtjustiziabilität von Spielfeldregeln liegt dann vor, wenn die Anwendung einer Spielfeldregel einen Beteiligten in dessen Persönlichkeit verletzt. Eine solche Persönlichkeitsverletzung kann und soll auch ohne Weiteres geltend gemacht werden können. Jedoch soll hierfür nicht das Ergebnis eines unter Einhaltung der geltenden (allenfalls auch mit dem Persönlichkeitsrecht nicht im Einklang stehenden) Spielfeldregeln zustande gekommenen Spiel- oder Wettkampfergebnisses umgestossen oder gar abgeändert werden können. Hierfür haben sich die Betroffenen auch im Falle von Persönlichkeitsverletzungen derjenigen Rechtsinstitute zu bedienen, welche ihnen das Verbandsrecht ausserhalb der Spielfeldregeln zur Verfügung stellt. Diese im Vergleich zur bundesgerichtlichen Rechtsprechung<sup>130</sup> auf den ersten Blick beschränkte Möglichkeit zur Geltendmachung von Persönlichkeitsverletzungen rechtfertigt sich zum einen mit der im Vergleich zur überwiegenden Lehre und Rechtsprechung hier im gleichen Verhältnis vorgenommenen Einschränkung der nicht justiziablen Spielregeln auf die sogenannten Spielfeldregeln<sup>131</sup>. Zum anderen ist davon auszugehen, dass eine solche Einschränkung der Persönlichkeitsrechte (sofern überhaupt eine Persönlichkeitsverletzung im Sinne von Art. 28 ZGB vorliegt)<sup>132</sup> einerseits wohl in aller Regel durch ein überwiegendes Interesse<sup>133</sup> gerechtfertigt sein dürfte<sup>134</sup> und andererseits mit der Teilnahme am Spiel

---

merkungen hierzu von SCHÜTZ, Korrektur, S. 54 f.).

<sup>128</sup> HAAS, Spielentscheide, S. 135.

<sup>129</sup> HAAS, Spielentscheide, S. 135 f.

<sup>130</sup> Siehe vorne, Fn. 110.

<sup>131</sup> Siehe vorne, Ziff. 2.

<sup>132</sup> Vgl. hierzu FUCHS, S. 206, wonach bei einem Grossteil der Entscheidungen während eines Spiels überhaupt kein Eingriff in die Persönlichkeit vorliegen dürfte.

<sup>133</sup> Im Falle des vorgenannten Beispiels mit dem Fussballer X und seinem Ehering

durch den betroffenen Spieler stets auch eine gültige Einwilligung<sup>135</sup> in die fragliche Persönlichkeitsverletzung vorliegen dürfte, da es sich stets um eine Einwilligung zu Eingriffen handeln wird, welche an sich ausgewogen, im weitesten Sinne vernünftig und verhältnismässig erscheinen, im Interesse des Sports und damit letztlich auch wiederum im Interesse des einzelnen Sportlers liegen dürften.<sup>136</sup>

5. Obwohl die Spielfeldregeln grundsätzlich nicht justiziabel sind, sind sie dennoch kein Nichtrecht, ebenso wenig ist das Spielfeld ein rechtsfreier Raum. Nach hier vertretener Ansicht handelt es sich bei den Spielfeldregeln genauso wie bei den Spielregeln im weiteren Sinne oder den allgemeinen Verbandsregeln um privatautonome Regeln. In Übereinstimmung mit KAISER<sup>137</sup> ist zudem festzuhalten, dass die Spielfeldregeln über die Autonomie des Sports hinaus in der Rechtsordnung materielle Auswirkungen nicht nur haben *können*, sondern geradezu haben *müssen*. Wie sonst soll beispielsweise bei der strafrechtlichen oder auch haftungsrechtlichen Aufarbeitung eines groben Foulspiels im Fussball mit Langzeitverletzungsfolgen die Frage nach dem Verschulden des foulenden Spielers geklärt werden, wenn nicht durch Heranziehung der Spielfeldregeln als Beurteilungsmassstab?<sup>138</sup> Auch mit Blick auf die Durchsetzbarkeit von Spielfeldregeln kann keine Rede davon sein, dass das Spielfeld ein rechtsfreier Raum ist. Die Befugnis zur Durchsetzung der Spielfeldregeln kommt alleine den Spieloffiziellen bzw. dem Schiedsrichter zu, welche als letzte Konsequenz bei systematischer Nichtbeachtung der Spielfeldregeln durch die beteiligten Spieler die Möglichkeit haben, das Spiel abubrechen.<sup>139</sup> Klarerweise bestehen gegen Entscheide der Spieloffiziellen regelmässig keine Rechtsmittel,<sup>140</sup> doch alleine deren Nichtvorhandensein kann nach hier vertretener Ansicht noch nicht dazu führen, dass das Spielfeld als rechtsfreier Raum qualifiziert werden muss.

Abschliessend sei festgehalten, dass sich die hier vertretene Ansicht zur Abgrenzung von Spiel- und Rechtsregeln oder eben Spielfeld- und übrigen Verbandsregeln im Ergebnis kaum von den neueren Entwicklungen in der Lehre, wonach die Überprüfung eines Spielentscheides nur bei Vorliegen eines das

---

dürfte der Gesundheitsschutz des Spielers selber sowie seiner Gegen- und Mitspieler ohne Weiteres ein solches überwiegendes Interesse darstellen.

<sup>134</sup> Vgl. hierzu AEBI-MÜLLER/MORAND, S. 242 f. sowie MORAND, Symbole, S. 79 f.

<sup>135</sup> AEBI-MÜLLER/MORAND, S. 238 ff.

<sup>136</sup> Vgl. AEBI-MÜLLER/MORAND, S. 239; kritisch demgegenüber MORAND, Symbole, S. 77 ff.

<sup>137</sup> KAISER, Nichtrecht, S. 8.

<sup>138</sup> Vgl. KAISER, Nichtrecht, S. 8.

<sup>139</sup> Vgl. Regel 5 IFAB-Spielregeln.

<sup>140</sup> Immerhin haben die Spieloffiziellen u.U. die Möglichkeit, ihre Entscheidungen bis zu einem gewissen Zeitpunkt in Wiedererwägung zu ziehen, vgl. hierzu hinten, S. 31.

Sport- oder Spielschutzinteresse überwiegenden Rechtsschutzinteresses eines Sportlers oder Clubs erfolgen dürfe, unterscheidet. Ein solches überwiegendes Interesse dürfte lediglich im Falle willkürlich oder in böswilliger Absicht getroffener Sportregelentscheide vorliegen. Dieselben Umstände bilden denn auch nach hier vertretener Ansicht die einzige Ausnahme von der grundsätzlichen Nichtjustiziabilität von vor, während oder nach dem Spiel getroffenen Entscheidungen, welche die Spieloffiziellen gestützt auf die Spielfeldregeln getroffen haben. Demgegenüber wird nach hier vertretener Ansicht im Gegensatz zur neueren Lehre grundsätzlich an einer starren Trennung von justiziablen und nicht justiziablen Regeln im Bereich des Sports festgehalten, wogegen jedoch der Anwendungsbereich der nicht justiziablen Regeln auf die sogenannten Spielfeldregeln eingeschränkt wird. Aus diesem Grund entfällt denn auch der vom Bundesgericht und der praktisch einhelligen Lehre geforderte Ausnahmetatbestand der Persönlichkeitsverletzung,<sup>141</sup> da bei diesem hier vorgeschlagenen, enger gefassten Kreis von nicht justiziablen Spielfeldregeln seitens der betroffenen Sportler meist eine Einwilligung in die Persönlichkeitsverletzung, in jedem Falle aber zumindest eine Rechtfertigung durch überwiegende Interessen vorliegen dürfte. Schliesslich weicht die hier vertretene Ansicht insbesondere von derjenigen KAISERS dadurch ab, dass Letzterer den Sport gestützt auf das Verfahrensrecht vor übermässigen Eingriffen des Rechts schützen will,<sup>142</sup> wogegen nach hier vertretener Ansicht auf materielles Recht abzustellen ist. Wie bereits erwähnt, dürfte dieser Unterschied im konkreten Einzelfall auf das Ergebnis jedoch keinerlei Einfluss haben.

## B) Tatsachenentscheid und Regelverstoss

### a) Tatsachenentscheid

Unter einem Tatsachenentscheid<sup>143</sup> versteht man eine von den Spieloffiziellen unter Anwendung der geltenden Spielregeln getroffene Entscheidung, welche

<sup>141</sup> Vgl. vorne, S. 21 ff.

<sup>142</sup> Vgl. vorne, 24.

<sup>143</sup> VIEWEG, S. 57 ff., hat zu diesem Begriff noch vier Unterbegriffe gebildet, nämlich die *Tatsachenentscheidung im eigentlichen Sinne*, die *Tatsachenentscheidung nach Abstimmung bzw. technischer Entscheidungsunterstützung*, die *Tatsachenentscheidung mit der Möglichkeit anschliessender verbandsinterner Überprüfung und ggf. Korrektur während des Wettkampfs* und schliesslich die *Tatsachenfeststellung erst nach Ende des Wettkampfes*. Andere Autoren unterscheiden aufgrund der unterschiedlichen Auswirkungen von Tatsachenentscheidungen auf ein Spiel zwischen *Tatsachenentscheidungen mit Auswirkung auf das Fussballspiel und das Spielergebnis* und *Tatsachenentscheidungen mit Auswirkungen über das Fussballspiel hinaus* (vgl. SÖGÜT, S. 99 f. sowie HILPERT, Fernsehbeweis, S. 29 ff.). KLEIN, S. 76, unterscheidet zwischen sogenannt *positiven* und *negativen* Tatsachenentscheiden. Eine positive Tatsachenentscheidung liegt demnach dann vor, wenn die

auf deren individueller, subjektiver Wahrnehmung beruht und einen Sachverhalt abschliessend bewertet.<sup>144</sup> Ausgangspunkt ist dabei stets das Tätigkeitsbild der Spielfeldoffiziellen.<sup>145</sup> Mit dem Spiel zusammenhängende Tatsachenentscheide sowie die Wertung des entsprechenden Spiels sind endgültig und grundsätzlich nicht anfechtbar.<sup>146</sup> Unproblematisch ist der Tatsachenentscheid dann, wenn sich die Wahrnehmung der Spielfeldoffiziellen mit den tatsächlichen Gegebenheiten auf dem Spielfeld deckt. Ein Tatsachenentscheid ist jedoch auch dann grundsätzlich nicht anfechtbar und daher endgültig, wenn sich die Wahrnehmung der Spielfeldoffiziellen nicht mit der Realität deckt, welche beispielsweise durch Fernsehbilder aufgezeichnet wird. In einem solchen Fall liegt folglich eine falsche Tatsachenfeststellung durch die Spielfeldoffiziellen bzw. in zivilprozessualer Sicht eine falsche Sachverhaltsfeststellung vor. Zu präzisieren ist für den Fussball immerhin, dass einem Tatsachenentscheid nicht sofort endgültiger Charakter zukommt, sondern erst nachdem der Schiedsrichter das Spiel nach dem getroffenen Entscheid wieder aufgenommen oder allenfalls die entsprechende Spielperiode abgepfiffen hat, sofern die Spieldauer abgelaufen ist. Es ist also durchaus möglich, dass die Spielfeldoffiziellen ihren Entscheid in Wiedererwägung ziehen können,<sup>147</sup> sei es durch aus ihrer Sicht berechnigte Einwände von Spielern oder Teamoffiziellen oder allenfalls auch aufgrund des Umstandes, dass die Wahrnehmung der verschiedenen Spielfeldoffiziellen nicht deckungsgleich war. Unzuläs-

Spielfeldoffiziellen über einen Spielvorgang eine positive Entscheidung getroffen haben, beispielsweise die Anerkennung eines Tors oder einen Platzverweis gegen einen Spieler. Demgegenüber haben die Spielfeldoffiziellen bei einer negativen Tatsachenentscheidung eine Entscheidung unterlassen, beispielsweise wenn ein Tor trotz vollumfänglichen Überschreitens der Torlinie durch den Ball nicht anerkannt oder ein Angriff trotz vorliegender Abseitsstellung eines Stürmers nicht unterbrochen wird. Bei solchen negativen Tatsachenentscheidungen ist es möglich, dass die Spielfeldoffiziellen den relevanten Sachverhalt nicht wahrgenommen haben. Auch diesfalls ist zwar eine Anfechtung des Spielergebnisses nicht möglich, unter Umständen kann jedoch nachträglich noch eine persönliche Sperre gegen einen Spieler ausgesprochen werden (vgl. Art. 77 lit. a FIFA-Disziplinarreglement; Art. 9 Abs. 4 UEFA-RPO; Art. 14 Abs. 3 RPO-SFV).

<sup>144</sup> Vgl. anstelle vieler LUDWIG, Begriffstrennung, S. 213.

<sup>145</sup> Vgl. auch STRIGEL, Fussballregeln, S. 21.

<sup>146</sup> SCHERRER/MURESAN/LUDWIG, S. 335. Regel 5 der IFAB-Spielregeln äussert sich hierzu wie folgt: «Entscheidungen des Schiedsrichters zu Tatsachen im Zusammenhang mit dem Spiel sind endgültig. Dazu gehören auch die Entscheidungen auf <Tor> oder <Kein Tor> und das Ergebnis des Spiels.» Ausnahmsweise können Tatsachen- bzw. Spielfeldentscheide dennoch angefochten werden, vgl. hierzu vorne, Fn. 127.

<sup>147</sup> Vgl. Regel 5 IFAB-Spielregeln, wonach der Schiedsrichter eine Entscheidung nicht ändern darf, wenn er feststellt, dass diese nicht korrekt ist, wenn das Spiel fortgesetzt wurde oder der Schiedsrichter die erste oder zweite Halbzeit beendet und das Spielfeld verlassen hat.



sig wäre jedoch in diesem Zusammenhang, die Entscheidung aufgrund einer den Spieloffiziellen von ausserhalb zugetragenen Information, beispielsweise aufgrund von Fernsehbildern auf einem dem vierten Offiziellen zugänglichen Monitor, abzuändern.<sup>148</sup>

<sup>148</sup> Gemäss Regel 5 der IFAB-Spielregeln trifft der Schiedsrichter Entscheidungen basierend auf seiner eigenen Einschätzung, wobei er gemäss Regel 6 der IFAB-Spielregeln von den weiteren Spieloffiziellen hierbei unterstützt wird, sofern diese eine bessere Sicht als der Schiedsrichter haben. Bis zum Entscheid über eine definitive Einführung des Videobeweises (entsprechende Versuche sind derzeit im Gange, vgl. hierzu <<http://de.fifa.com/about-fifa/news/y=2016/m=1/news=ifab-abm-moves-towards-introducing-video-assistance-experiments-2754344-2754366>.html>, besucht Ende Juli 2017; vgl. auch <<https://www.welt.de/sport/fussball/wm-2018/article157929067/Fifa-stolz-auf-ersten-Videobeweis-der-Fussballgeschichte.html>>, besucht Ende Juli 2017) verbietet die FIFA die Verwertung von Fernsehaufnahmen in Spielwertungsfragen nach wie vor (vgl. anstelle vieler HILPERT, Fehlentscheidungen, Teil II, N 44 ff. sowie DERSELBE, Geschichte, S. 469 ff.). Als nicht zulässig wird deshalb das Vorgehen der Spieloffiziellen im Meisterschaftsspiel der Super League vom 13. Februar 2013 zwischen dem Grasshoppersclub Zürich und dem BSC Young Boys Bern qualifiziert, als sie in der 86. Minute ein aus einer nicht erkannten Offsideposition erzieltes Tor zunächst gaben, kurz vor Ausführung des darauf folgenden Anstosses jedoch auf Intervention des vierten Offiziellen, welcher auf der Videowand die Wiederholung des Tores sah und dabei die Regelwidrigkeit erkannte, letztlich doch annullierten (vgl. <<http://www.20min.ch/sport/fussball/story/Videobeweis-auch-ohne-Segen-von-Sepp-Blatter-19087006>>, besucht Ende Juli 2017). Dasselbe gilt auch für den Fall, dass der von Zinedine Zidane während der Verlängerung des WM-Finals 2006 begangene und von den Spieloffiziellen korrekt mit einem Feldverweis geahndete Kopfstoss an seinem Gegenspieler wie von einigen Autoren behauptet von den Spieloffiziellen nicht selber wahrgenommen, sondern vom vierten Offiziellen erst nach Betrachtung der Fernsehbilder dieser Szene auf einem in der Nähe seines Platzes befindlichen Monitors erkannt worden sein sollte (vgl. beispielsweise HILPERT, Fehlentscheidungen, Teil II N 46). Korrekt war aus Sicht der FIFA demgegenüber das Verhalten der Spieloffiziellen im Viertelfinalspiel der WM 2010 zwischen Argentinien und Mexiko, als sie auf der Videowand im Stadion zwar erkennen konnten, dass ein von ihnen gegebenes Tor aus einer klaren Abseitsposition erzielt worden war, sie aufgrund dieser Erkenntnis ihren Entscheid aber dennoch nicht korrigierten (vgl. HILPERT, Geschichte, S. 469 f. m.w.H.). Demgegenüber hält ORTH, Videobeweis, hierzu nach hier vertretener Ansicht zu Recht fest, dass zwar die Unterbrechung eines Fussballspiels zur Sichtung von Videobildern in den Regeln nicht vorgesehen und deshalb auch nicht zulässig sei. Demgegenüber fehle es aber an einem reglementarischen Verbot der Spieloffiziellen, ihnen zufällig zur Verfügung gestellte Videobilder in ihre Sachverhaltsabklärung miteinzubeziehen. Gemäss Regel 5 der IFAB-Spielregeln dürften die Spieloffiziellen eine Entscheidung ändern, wenn sie feststellen würden, dass diese falsch sei. Da die IFAB-Spielregeln hierfür weder bestimmte Beweisregeln noch bestimmte Erkenntnisquellen vorgä-

Eine Durchbrechung des Prinzips der Endgültigkeit von (fehlerhaften) Tatsachenentscheidungen der Spieloffiziellen stellt deren Teilkorrektur für die Zukunft im Falle von zu Unrecht erfolgten Feldverweisen von Spielern dar, indem solchen Spielern über den betreffenden Match hinaus keine zwingende Spielsperre auferlegt werden muss.<sup>149</sup> Voraussetzung hierfür ist gemäss FIFA-Zirkular Nr. 866 vom 24. September 2003 jedoch das Vorliegen eines «offensichtlichen Fehlentscheids» der Spieloffiziellen, wobei ein solcher Irrtum der Spieloffiziellen «schon per Definition sofort feststellbar sein müsse»<sup>150</sup>.

#### b) Regelverstoss

Demgegenüber liegt ein Regelverstoss (in den Reglementen des SFV terminologisch als *regeltechnischer Fehler* benannt)<sup>151</sup> dann vor, wenn die Spieloffiziellen auf den von ihnen subjektiv festgestellten Sachverhalt die Spielregeln falsch anwenden.<sup>152</sup> Mithin liegt in diesem Falle seitens der Spieloffiziellen folglich in zivilprozessualer Sicht eine falsche Rechtsanwendung vor. Im Gegensatz zur Tatsachenentscheidung kann ein von den Spieloffiziellen begangener regeltech-

---

ben, dürften sich die Spieloffiziellen bei der Überprüfung ihrer Entscheidungen aller ihrer Wahrnehmungen bedienen, wozu im Sinne und Geist der Spielregeln auch zufällig zur Verfügung stehende Videobilder zu zählen seien.

<sup>149</sup> Eine solche automatische Spielsperre nach einem Feldverweis wäre gemäss Art. 18 Ziff. 4 FIFA-Disziplinarreglement grundsätzlich nicht nur für FIFA-Wettbewerbe, sondern in Anwendung von Art. 146 Ziff. 3 FIFA-Disziplinarreglement auch für Wettbewerbe der übrigen Verbände zwingend (vgl. auch Art. 78 Abs. 3 RPO-SFV sowie Art. 67 Abs. 1 UEFA-RPO).

<sup>150</sup> RUZIK, S. 322; vgl. auch HILPERT, Fehlentscheidungen, Teil V, N 29 m.w.H. Die entsprechenden Bestimmungen hierzu finden sich in Art. 77 lit. b FIFA-Disziplinarreglement, Art. 10 Abs. 3 RPO-SFV sowie Art. 9 Abs. 2 UEFA-RPO. Die Anwendung dieser Bestimmungen erfolgt jedoch nur sehr selten und meistens in Fällen, in welchen die Spieloffiziellen einen falschen Spieler sanktionieren (vgl. hierzu immerhin zwei Beispiele aus der deutschen Bundesliga bei RAFATI, Ich pfeife auf den Tod, München 2013, S. 64 f.; für einen Anwendungsfall aus dem UEFA Europa Leaguespiel zwischen dem FC Twente und dem FC Schalke 04 vom 8. März 2012 vgl. SpuRt 4/2012, S. 157 f.; vgl. auch den entsprechenden Präjudizentscheid aus der SFL in Sportrechtsnewsletter ASDS vom 25. Januar 2014, S. 3 <<https://www.asds.ch/newsletter-1>>, besucht Ende Juli 2017). So werden beispielsweise auch infolge einer Täuschung der Spieloffiziellen durch einen Gegenspieler irrtümlich des Feldes verwiesene Spieler regelmässig für ein Spiel gesperrt (vgl. hierzu die Fälle der beiden Torhüter Tomas Vaczlik des FC Basel <<http://www.tagesanzeiger.ch/sport/fussball/Keine-Gnade-fuer-FCBGoalie-Vaczlik/story/18959899>> sowie Andris Vanins des FC Sion <<http://www.20min.ch/sport/dossier/superleague/story/28414099>>, beide besucht Ende Juli 2017).

<sup>151</sup> So beispielsweise in Art. 10 Abs. 4 RPO-SFV oder Art. 56 WR-SFV; vgl. auch HILPERT, Fehlentscheidungen, Teil III N 4.

<sup>152</sup> Vgl. anstelle vieler SCHERRER/MURESAN/LUDWIG, S. 273.

nischer Fehler allenfalls die Grundlage für einen Protest gegen die Spielwertung bilden.<sup>153</sup> Die Abgrenzung zwischen der Privilegierung eines den Spieloffiziellen unterlaufenen Sachverhaltsirrtums und der Nichtprivilegierung eines Rechtsirrtums verläuft jedoch auf einem schmalen Grat.<sup>154</sup> Es ist deshalb auch – vor allem in der DFB-Rechtsprechung – eine gewisse Tendenz<sup>155</sup> festzustellen, wonach je eklatanter und folgenreicher eine Fehlentscheidung der Spieloffiziellen ist, desto eher ein Aus- oder Umweg von der Bindungswirkung des Tatsachenentscheides über einen Regelverstoss gesucht wird.<sup>156</sup> So hat beispielsweise das DFB-Sportgericht in seinem Urteil<sup>157</sup> zum berühmt gewordenen, sogenannten «Phantom-Tor» im Bundesligaspiel Bayern München gegen den 1. FC Nürnberg vom 23. April 1994 einem Protest des 1. FC Nürnberg stattgegeben und eine Spielwiederholung angeordnet. Abgespielt hatte sich dabei Folgendes:<sup>158</sup>

Einem Bayern-Spieler sprang nach der Verlängerung eines Eckballes der Ball hinten an das Bein, kullerte von dort über die Torlinie und blieb letztlich rund einen Meter hinter der Torlinie, jedoch neben dem Tor, liegen. Der Schiedsrichter suchte den Blickkontakt zu seinem Assistenten, welcher der Meinung war, der Ball sei ins Tor gelangt, und folglich dem Schiedsrichter «Tor» signalisierte. Dem Schiedsrichter selber war jedoch klar, dass der Ball in dieser Szene neben das Tor befördert wurde, meinte aufgrund des Zeichens seines Assistenten jedoch, der Ball habe zuvor bei der Verlängerung des Eckballes die Torlinie bereits überschritten, weshalb er den Entscheid seines Assistenten übernahm und ebenfalls auf «Tor» entschied.

<sup>153</sup> HILPERT, Tatsachenentscheidung, S. 52; DERSELBE, Fehlentscheidungen, Teil V N 9; SCHERRER/MURESAN/LUDWIG, S. 230 f.; KLEIN, S. 79; vgl. hierzu jedoch die abweichende Ansicht der FIFA, hinten S. 36.

<sup>154</sup> Vgl. hierzu ausführlich HILPERT, Fehlentscheidungen, Teil V N 2 ff. sowie Teil IV N 1 ff. LUDWIG, Begriffstrennung, S. 214, plädiert deshalb aufgrund dieser Problematik in seinen Anmerkungen zum Entscheid des Komitees der 1. Liga des SFV vom 21. April 2010 dafür, diese unscharfe Begriffstrennung, welche zu Ergebnissen führe, die «jeweils nach dem Gusto des Verbandes entstehen und nicht infolge sauberer juristischer Argumentation», abzuschaffen und die diesbezügliche Regelung der FIFA zu übernehmen; a.M. VIEWEG, S. 66 f., welcher diesbezüglich unter Heranziehung des Fairnessprinzips den Einsatz von technischen Hilfsmitteln für unerlässlich hält, um eine «Flucht in die Tatsachenentscheidung» zu vermeiden, und mit dem «höchsten Gewissheitsgrad» das Ergebnis richtig festgestellt haben will. Differenziert zur Notwendigkeit des Videobeweises im Fussball DEL FABRO, S. 282 ff.

<sup>155</sup> Vgl. hierzu die bei HILPERT, Fehlentscheidungen, Teil V N 19 f. erläuterten Fälle.

<sup>156</sup> Vgl. hierzu auch KLEIN, S. 81 f. m.w.H.

<sup>157</sup> Urteil Nr. 125/93/94 des DFB-Sportgerichts vom 11. Mai 1994, in: SpuRt 3/1994, S. 110 f.

<sup>158</sup> HILPERT, Fehlentscheidungen, Teil VI N 1.

Das DFB-Sportgericht begründete den seiner Meinung nach durch den Schiedsrichter begangenen Regelverstoss damit, dieser habe lediglich für möglich gehalten, dass der Ball die Torlinie überschritten haben könnte. Er sei jedoch im Zweifel gewesen, ob dies effektiv der Fall gewesen sei. Indem er dazu lediglich mit seinem Assistenten Blickkontakt aufgenommen habe, anstatt mit diesem auch verbal zu kommunizieren, sei ein Verstoss gegen die Fussballspielregeln und somit ein Regelverstoss zu erblicken.<sup>159</sup> Insbesondere der DFB wurde für diese «Flucht in den Regelverstoss» nicht zuletzt auch von der FIFA mehrfach kritisiert,<sup>160</sup> sodass das DFB-Sportgericht<sup>161</sup> im neuesten Fall eines solchen *Phantom-Tors* im Bundesligaspiel zwischen der TSG 1899 Hoffenheim und Bayer 04 Leverkusen vom 18. Oktober 2013 nunmehr nicht mehr von einem Regelverstoss des Schiedsrichters, sondern von einem Tatsachenentscheid ausging.<sup>162</sup> Abgespielt hatte sich dabei Folgendes:<sup>163</sup>

In der 68. Minute des Bundesligaspiels zwischen der TSG 1899 Hoffenheim und Bayer 04 Leverkusen köpfte ein Leverkusener Spieler nach einem Eckball für Bayer Leverkusen den Ball in Richtung des Hoffenheimer Tores. Der Ball ging knapp am linken Torpfosten vorbei, traf das Aussennetz und flog durch ein Loch im Tornetz ins Tor. Das Netz, welches im Jahr 2011 am Torgestänge angebracht und seither nicht mehr gewechselt worden war, war bereits vor Spielbeginn beschädigt. Wann der Schaden eingetreten ist, liess sich nicht klären. Der Schiedsrichter hatte zunächst Zweifel, ob das Tor regulär zustande gekommen war. Er verfolgte die Flugbahn des Balles, ehe ihm kurzzeitig die Sicht versperrt war. Dann sah er den Ball im Tor liegen. Sein Assistent in dieser Platzhälfte war sich sicher, dass es sich um ein reguläres Tor handelte. Dies gab er dem Schiedsrichter durch Kopfnicken zu verstehen. Der andere Assistent auf der gegenüberliegenden Spielfeldseite fragte über das Headset den Schiedsrichter, ob er sich sicher sei, dass dies ein reguläres Tor gewesen sei. Daraufhin befragte der Schiedsrichter den «Torschützen», welcher ihm sinngemäss antwortete, er gehe davon aus, dass es sich um einen regulären Treffer gehandelt habe. Da es keinerlei Protest von Hoffenheimer Abwehrspielern gab, entschied der Schiedsrichter auf Tor für Bayer Leverkusen.

Das DFB-Sportgericht begründet das Nichtvorliegen eines Regelverstosses durch die Spieloffiziellen in diesem Fall damit, dass der Schiedsrichter und seine Assistenten vor dem Torentscheid miteinander zur Beseitigung von Zweifeln kommuniziert hätten. Ob das DFB-Sportgericht im Falle einer unterbliebenen

<sup>159</sup> Vgl. zum Ganzen HILPERT, Tatsachenentscheidung, S. 53; zur Kritik an diesem Urteil vgl. anstelle vieler DERSELBE, Fehlentscheidungen, Teil IV N 52 ff.

<sup>160</sup> Vgl. HILPERT, Fehlentscheidungen, Teil V N 19 f.; kritisch auch FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, 2. Teil N 409 sowie WASKE, S. 189 f.

<sup>161</sup> Urteil Nr. 71/2013/2014 des DFB-Sportgerichts vom 28. Oktober 2013, in: CaS 4/2013, S. 291 ff. sowie SpuRt 2/2014, S. 85 ff.

<sup>162</sup> Vgl. auch QUIRLING, S. 293 sowie 295.

<sup>163</sup> Urteil Nr. 71/2013/2014 des DFB-Sportgerichts vom 28. Oktober 2013, a.a.O., E. I.

Kommunikation im Schiedsrichterteam wie im Fall des Münchner «Phantom-Tores» nach wie vor einen Regelverstoss angenommen hätte, liess es demgegenüber bewusst offen.<sup>164</sup>

Die Rechtsfolgen eines Regelverstosses der Spielloffiziellen sind jedoch nicht stets diejenigen einer Spielwiederholung. Hierbei existieren einerseits Unterschiede in Bezug auf die verschiedenen Sportarten, andererseits kann es auch innerhalb derselben Sportart, je nachdem welcher Verband für die Durchführung eines Pflichtspieles zuständig ist, zu unterschiedlichen Rechtsfolgen kommen. Während beispielsweise bei Fussballspielen, welche durch die UEFA, den SFV oder auch den DFB veranstaltet sind, ein Regelverstoss der Spielloffiziellen einen Protest gegen die Spielwertung rechtfertigen kann,<sup>165</sup> ist diese Rechtsfolge bei FIFA-Spielen grundsätzlich nicht möglich. Die FIFA-Reglemente kennen den Begriff des Regelverstosses nicht, weshalb die FIFA-Rechtsprechungsorgane sämtliche Entscheidungen der Spielloffiziellen als Tatsachenentscheide qualifizieren und diese entsprechend der Anfechtbarkeit entziehen.<sup>166</sup> Darüber hinaus hat die FIFA in ihren Statuten für die von ihr organisierten Spiele ausdrücklich die Anrufung des CAS bei Verstössen gegen die Spielregeln ausgeschlossen.<sup>167</sup>

---

<sup>164</sup> Urteil Nr. 71/2013/2014 des DFB-Sportgerichts vom 28. Oktober 2013, a.a.O., E. III b.

<sup>165</sup> Art. 56 WR-SFV sowie Art. 57 Abs. 1 lit. d UEFA-RPO; vgl. auch HILPERT, Fehlentscheidungen, Teil I N 8, 10 und 13 sowie Teil V N 9.

<sup>166</sup> SCHERRER/MURESAN/LUDWIG, S. 273 f.; HILPERT, Fehlentscheidungen, Teil I N 4 f.; vgl. beispielsweise Art. 15 Ziff. 6 FIFA-Reglement WM 2018 i.V.m. Art. 72 FIFA-Disziplinarreglement. Umso überraschender mutet angesichts dieser reglementarischen Grundlagen an, dass die FIFA im Rahmen der Qualifikation zur WM 2006 das Spiel Usbekistan gegen Bahrain aufgrund eines Regelverstosses der Spielloffiziellen wiederholen liess. Bei der Ausführung eines Strafssosses war ein Mitspieler des Schützen zu früh in den Strafraum gelaufen, worauf der Schiedsrichter auf Freistoss für die verteidigende Mannschaft entschied, anstatt den Strafssoss regelgerecht wiederholen zu lassen (FIFA-Medienmitteilung vom 6. September 2005 <<http://de.fifa.com/about-fifa/news/y=2005/m=9/news=ergebnis-des-spiels-usbekistan-bahrain-ungultig-spiel-wird-wiederholt-99948.html>>, besucht Ende Juli 2017 sowie KLEIN, S. 80 m.w.H.)

<sup>167</sup> Vgl. Art. 67 Ziff. 3 lit. a FIFA-Statuten.

## 2. Kapitel: Die Spieloffiziellen als Teil der Verbandsstruktur

### I. Der Aufbau von Sportverbänden im Allgemeinen

Sportverbände werden allgemein als Gruppen bzw. Zusammenschlüsse von Einzelpersonen oder Körperschaften zur Organisation des Sports sowie zur Bündelung und Vertretung der Interessen ihrer jeweiligen Mitglieder definiert. Mitglieder von Sportverbänden sind in der Regel wiederum Verbände oder Vereine. Insbesondere im professionellen Mannschaftssport sind die einzelnen Clubs jedoch zunehmend auch in Form von Kapitalgesellschaften ausgestaltet.<sup>168</sup> Die Sportverbände sind in der Schweiz durchwegs als Vereine gemäss Art. 60 ff. ZGB organisiert.<sup>169</sup> Jede Sportart verfügt über eine eigene Verbandsstruktur.<sup>170</sup>

Notwendig ist eine solche monopolistisch-hierarchische Struktur<sup>171</sup> der Sportverbände untereinander bzw. auch innerhalb der Verbände in erster Linie deshalb, um im organisierten und insbesondere im professionellen Sport die Mannschaften oder einzelnen Sportler überhaupt in einem geordneten und organisierten Rahmen innerhalb einer bestehenden, adäquaten Organisation gegeneinander antreten lassen zu können. So stellt speziell die Durchführung eines Ligabetriebs besondere Anforderungen an deren Organisation.<sup>172</sup> Erschwert wird die

---

<sup>168</sup> Siehe vorne, Fn. 66. Soweit ersichtlich haben sämtliche in der SFL spielenden und als Kapitalgesellschaft organisierten Clubs eine Doppelstruktur gewählt, welche einerseits aus einer AG für den Profibetrieb, allenfalls noch kombiniert mit einer Betriebs-AG für das Stadion, und andererseits aus einem Verein für den Amateurbetrieb besteht. Eine statutarische Verpflichtung zum Führen einer solchen Doppelstruktur besteht jedoch nicht (vgl. hinten, S. 73). Solche Doppelstrukturen führen gelegentlich auch zu Abgrenzungsproblemen, sei es für die Clubs selber oder deren Angestellte (vgl. beispielhaft hierzu den Entscheid des Obergerichts des Kantons Luzern vom 9. Oktober 2002, in: LGVE 2003 I Nr. 57, S. 106 ff. oder auch BGer 4A\_392/2010 vom 12. Januar 2012, in welchem festgehalten wurde, dass nicht der Verein FC Sion, sondern die Olympique des Alpes SA von der durch die FIFA in der *Causa FC Sion* [siehe hierzu vorne, Fn. 94] ausgesprochenen Transfersperre betroffen sei).

<sup>169</sup> Siehe vorne, Fn. 66; vgl. auch SCHERRER/MURESAN/LUDWIG, S. 321.

<sup>170</sup> BUTTE, S. 74.

<sup>171</sup> Siehe hierzu vorne, S. 11 ff.

<sup>172</sup> HANNAMANN, S. 251 f.

Organisation dadurch, dass beispielsweise im Fussball mehrere verschiedene Verbände während derselben Zeitspanne eine Reihe von verschiedenen nationalen und internationalen Wettbewerben durchführen und diese folglich organisiert und insbesondere auch harmonisiert werden müssen.<sup>173</sup> Es ist deshalb unerlässlich, im Innenverhältnis einer Sportart Strukturen und Regeln aufzustellen, welche eine solche koordinierte Organisation und Durchführung der Sportwettkämpfe erlauben.<sup>174</sup> Den zeitlichen Beginn dieser Strukturierung des Sports auf internationaler Ebene erfolgte gegen Ende des 19. bzw. Anfang des 20. Jahrhunderts mit der Gründung der ersten internationalen Verbände. Einer davon war die FIFA, welche 1904 gegründet wurde. Ursprünglich lag vielen dieser damals gegründeten internationalen Verbände ein eher aristokratisches Modell zugrunde,<sup>175</sup> wovon sich viele trotz grossem Einfluss der verschiedensten finanziellen und ökonomischen Interessen teilweise noch heute nicht restlos trennen konnten.<sup>176</sup>

Damit eine solche Strukturierung und Einheitlichkeit auch zwischen den einzelnen Verbänden überhaupt erreicht werden kann, werden die untergeordneten Verbände von den übergeordneten regelmässig verpflichtet, deren Regelungen zu übernehmen und ihrerseits wieder an ihre Mitglieder weiterzugeben.<sup>177</sup> Dadurch haben die Sportverbände ein mächtiges System erschaffen, welchem sich zwangsläufig alle, die daran teilhaben und teilnehmen wollen, unterwerfen müssen. Man spricht in diesem Zusammenhang denn auch von der Bildung sogenannter *Satzungsketten*<sup>178</sup> oder dem Bestehen sogenannter *Befolungs- und Anpassungspflichten*<sup>179</sup> untergeordneter Verbände und Mitglieder. Diese Befolungs- oder Anpassungspflichten der Verbandsmitglieder können grundsätzlich auf unterschiedliche Weise bestehen. Zunächst ist hierzu zwischen unmittelbaren und mittelbaren Verbandsmitgliedern zu unterscheiden: Unmittelbares Mitglied eines Verbandes ist, wer dem entsprechenden Verband direkt angehört; mittelbare Mitgliedschaft in einem Verband liegt dann vor, wenn der fragliche Sportler oder Verein nicht direkt Mitglied des Verbands selber, sondern lediglich Mitglied eines Unterverbandes oder -vereins ist. Während im Falle der direkten Mitgliedschaft die Regelwerke des Verbands auch für dessen unmittelbare Mitglieder ohne Weiteres gelten, kann die Geltung von Verbandsregeln für mittelbare Mitglieder grundsätzlich auf drei Arten erfolgen. Einerseits können die jeweiligen Unterverbände die Regelungen des Oberverbandes direkt als eigene Verbandsregeln übernehmen und in ihren eigenen Satzungen verankern.

<sup>173</sup> Vgl. auch TÄNNLER, FIFA-Abstellungsregel, S. 316 sowie PACHMANN, S. 133.

<sup>174</sup> KAISER, Spannungsverhältnis, S. 200.

<sup>175</sup> ZEN-RUFFINEN, Nr. 112.

<sup>176</sup> Vgl. auch PIETH, Governance, S. 8 f.

<sup>177</sup> Vgl. anstelle vieler auch ADOLPHSEN, S. 70 ff. sowie HAAS/MARTENS, S. 67 f.

<sup>178</sup> HAAS/MARTENS, S. 67 f.

<sup>179</sup> ADOLPHSEN, S. 71 f.

Gleichzeitig verpflichten sich die Unterverbände, ihre eigenen Mitglieder diesen Regelungen zu unterwerfen und dafür besorgt zu sein, dass sich auch diese daran halten.<sup>180</sup> Dieser Weg ist unproblematisch, können doch die Sportverbände gestützt auf die Vereinsautonomie ohne Weiteres eigene Regelungen und Satzungen aufstellen.<sup>181</sup> Man spricht in diesem Zusammenhang auch vom System der sogenannten *Mehrfach-* oder *Doppelverankerung* bzw. der *doppelten Satzungsabsicherung*.<sup>182</sup> Eine zweite Möglichkeit besteht darin, Regelungen des Oberverbands nicht explizit in die eigene Satzung aufzunehmen, sondern lediglich im Sinne einer Verweisung in der eigenen Satzung darauf hinzuweisen, dass diese Regelung für den eigenen Verband ebenfalls gilt. Letztlich besteht auch die Möglichkeit, dass ein Sportler oder Verein vertraglich im Rahmen eines sogenannten *Regelanerkennungsvertrags* das Regelwerk eines Verbandes oder allenfalls Teile davon anerkennt. Eine solche Anerkennung kann beispielsweise im Rahmen eines Teilnahmevertrages, durch Lösen oder Erteilen einer Lizenz oder auch im Rahmen eines individuell ausgestalteten Vertrags erfolgen.<sup>183</sup>

Die Funktion der Sportverbände hat sich in den letzten 20 bis 30 Jahren stark gewandelt. Während diese früher in erster Linie Kontrollinstanzen waren, welche hauptsächlich den ordnungsgemässen Ablauf der Wettbewerbe sicherzustellen hatten, kamen mit dem Wegfall der staatlichen Fernsehmonopole und dem damit verbundenen neuen Markt für Fernsehrechte in vielen Ländern neue Aufgaben für die Sportverbände hinzu, welche mehr im unternehmerischen als im organisatorischen Bereich liegen. Spezielle Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang selbstredend der Vermarktung und Positionierung des eigenen, vom jeweiligen Verband ausgetragenen Wettbewerbs zu. Teilweise wird denn auch das Verhalten der Verbände, welche sich durch die ihnen mit dem Einplatz-Prinzip<sup>184</sup> eingeräumte Monopolstellung auf dem Markt gegenüber Dritten Vorteile schaffen, als problematisch angesehen.<sup>185</sup> Diskutiert wird in diesem Zusammenhang auch die Frage, ob ein Verband gleichzeitig als Unternehmer in eigener Sache und Kontrollinstanz zur Förderung des Sports im Allgemeinen und seiner Sportart im Speziellen auftreten kann. Ein Interessenkonflikt scheint dabei unvermeidlich, es stellt sich sodann die Frage, wie dieser allenfalls zu lösen ist.<sup>186</sup> Trotz allem darf nicht vergessen werden, dass die Profiabteilungen

---

<sup>180</sup> Vgl. HAAS/MARTENS, S. 67 f.; WEBER, Strukturen, S. 87 m.w.H.; KUHN, S. 54 ff.; VALLONI/PACHMANN, S. 13.

<sup>181</sup> Siehe vorne, S. 16 f.

<sup>182</sup> Vgl. WEBER, Strukturen, S. 88; KUHN, S. 54 m.w.H. in Fn. 129.

<sup>183</sup> Vgl. HAAS/MARTENS, S. 70 ff.; KUHN, S. 56; HOLLA, S. 67 f.; HAAS/ADOLPHSEN, S. 2351; FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, 2. Teil N 217.

<sup>184</sup> Siehe hierzu vorne, S. 12 f.

<sup>185</sup> Siehe hierzu vorne, S. 12; vgl. auch BUTTE, S. 76, m.w.H.

<sup>186</sup> Weiterführend hierzu beispielsweise KUCZERA, S. 71 ff., WENG, S. 52 ff. oder BAGGER S. 143 ff.



der Clubs und Vereine nur einen kleinen Teil des sportlichen Betätigungsfeldes einnehmen. Der wesentliche Grund für die immer wieder erwähnte gesellschaftliche, kulturelle und integrierende<sup>187</sup> Bedeutung des Sports liegt denn auch am Breiten- und Amateursportangebot der Vereine. Damit wird jedermann die Möglichkeit geboten, sich auf lokaler Ebene sportlich zu betätigen, wobei hierdurch auch gleichzeitig Nachwuchspflege für den Spitzensport betrieben wird.<sup>188</sup>

---

<sup>187</sup> OSMAN, S. 230.

<sup>188</sup> BUTTE, S. 75 f.

## **II. Die Verbandsstruktur im internationalen Fussball**

### **1. Der internationale Fussballverband FIFA**

#### **A) Gründung und Zweck**

Die FIFA wurde 1904 in Paris gegründet. Gründungsmitglieder waren die nationalen Fussballverbände der Schweiz, Frankreichs, der Niederlande, Belgiens, Schwedens und Dänemarks. Nicht Gründungsmitglied der FIFA war mit England das eigentliche Mutterland des Fussballs, welches anfangs kein Interesse an einer Mitgliedschaft in der FIFA zeigte.<sup>189</sup> Der erste nicht europäische Mitgliedsverband war Südafrika, welcher 1909 der FIFA beitrug.<sup>190</sup> Aktuell zählt die FIFA 211 nationale Verbände als Mitglieder.<sup>191</sup>

Erklärter Zweck der FIFA ist es, den Fussball fortlaufend zu verbessern und weltweit zu verbreiten. Dabei soll der völkerverbindende, erzieherische, kulturelle und humanitäre Stellenwert des Fussballs durch die Förderung des Fussballs mittels Jugend- und Entwicklungsprogrammen, der Organisation internationaler Wettbewerbe, der Festlegung von Regeln und Bestimmungen sowie der Sicherstellung von deren Durchsetzung berücksichtigt werden. Weitere Ziele sind die Verhinderung von Verletzungen der Reglemente und Entscheide der FIFA sowie der Spielregeln und letztlich auch die Verhinderung von Methoden und Praktiken, welche die Integrität der Spiele oder Wettbewerbe gefährden oder zu Missbräuchen führen könnten. Schliesslich will sich die FIFA auch dafür einsetzen, dass der Fussball für alle ungeachtet von Alter und Geschlecht zugänglich ist und finanziert wird.<sup>192</sup>

#### **B) Mitglieder sowie deren Rechte und Pflichten**

Mitglieder der FIFA können einzig nationale Verbände sein.<sup>193</sup> Keine Mitglieder der FIFA sind demnach die einzelnen Clubs, Spieler sowie die Ligen der einzelnen Mitgliederverbände. Ebenfalls nicht Mitglieder der FIFA sind die einzelnen Konföderationen<sup>194</sup>, zu welchen sich die Mitgliederverbände der jeweiligen

---

<sup>189</sup> PEREIRA BORGES, S. 27; ausführlich zur Geschichte der FIFA EISENBERG/ LANFRANCHI/MASON/WAHL, S. 57 ff.

<sup>190</sup> PEREIRA BORGES, S. 27, Fn. 104.

<sup>191</sup> Vgl. <<http://de.fifa.com/about-fifa/who-we-are/index.html>>, zuletzt besucht Ende Juli 2017; VALLONI/PACHMANN, S. 53.

<sup>192</sup> Art. 2 FIFA-Statuten.

<sup>193</sup> Art. 11 Ziff. 1 FIFA-Statuten.

<sup>194</sup> Vgl. Art. 20 Abs. 1 FIFA-Statuten, wonach neben der europäischen Konföderation UEFA noch fünf weitere solche Konföderationen bestehen. Für Neumitglieder

Kontinente zusammengeschlossen haben,<sup>195</sup> wobei diese immerhin über nicht stimmberechtigte Beobachter am Kongress teilnehmen können.<sup>196</sup> Auch zwischen den Spieloffiziellen und der FIFA besteht somit kein direktes Mitgliedschaftsverhältnis.

Zu den Rechten der Mitgliederverbände gehören Stimm-, Vorschlags- und Teilnahmerechte, wobei die für die Mitgliederverbände praktisch wichtigsten Teilnahmerechte wohl regelmässig diejenigen an den von der FIFA organisierten Wettbewerben sein dürften.<sup>197</sup> Diesen Rechten der Mitgliederverbände stehen sodann auch Pflichten gegenüber. Diese bestehen unter anderem in der Einhaltung der Regelwerke, Weisungen und Entscheidungen der FIFA sowie des CAS sowie deren Durchsetzung gegenüber den eigenen Mitgliedern, der Teilnahme an den Wettbewerben, der Wahrung seiner Eigenständigkeit und der Bezahlung des jährlichen Mitgliederbeitrages,<sup>198</sup> welcher jedoch mit höchstens USD 1000<sup>199</sup> kaum einen Mitgliedverband in ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten bringen dürfte. Explizit erwähnt in den FIFA-Statuten als Pflicht der Mitgliederverbände ist zudem die Schaffung einer dem Mitglied direkt unterstellten Schiedsrichterkommission.<sup>200</sup>

---

stellt die Mitgliedschaft in einer Konföderation gemäss Art. 10 Abs. 2 FIFA-Statuten gar ein Aufnahmekriterium in die FIFA dar.

<sup>195</sup> In Ausnahmefällen kann die FIFA gemäss Art. 20 Abs. 2 FIFA-Statuten einer Konföderation gestatten, einen Verband als Mitglied aufzunehmen, der geografisch einem anderen Kontinent, aber nicht dessen Konföderation angehört. So waren die Verbände von Israel (bis 1991) und Kasachstan (bis 2002) früher Mitglieder der asiatischen Konföderation AFC, sind jedoch aus politischen Gründen seither Mitglieder der UEFA. Aus sportlichen Gründen wechselte der australische Verband 2006 von der ozeanischen Konföderation (OFC) in die asiatische AFC. Von Anfang an Mitglieder der UEFA waren die aus rein geografischer Sicht überwiegend asiatischen Verbände von Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Türkei und Russland (vgl. zum Ganzen VOLLMÜLLER, Nr. 15).

<sup>196</sup> Art. 23 Abs. 3 FIFA-Statuten, vgl. hierzu VOLLMÜLLER, Nr. 21 f.

<sup>197</sup> Art. 12 FIFA-Statuten; WEBER, Strukturen, S. 69.

<sup>198</sup> Art. 13 FIFA-Statuten.

<sup>199</sup> Art. 75 Abs. 2 FIFA-Statuten.

<sup>200</sup> Art. 13 Abs. 1 lit. e FIFA-Statuten.

## C) Organisation

Die FIFA ist als Verein gemäss Art. 60 ff. ZGB mit Sitz in Zürich organisiert und im Handelsregister eingetragen.<sup>201</sup> Oberstes und gleichzeitig gesetzgebendes Organ der FIFA ist der *Kongress*.<sup>202</sup> Der ordentliche Kongress findet jedes Jahr statt,<sup>203</sup> während der ausserordentliche Kongress durch den Rat oder einen Fünftel der Mitgliedsverbände jederzeit einberufen werden kann.<sup>204</sup> Im Kongress ist jedes Mitglied mit einer Stimme vertreten.<sup>205</sup>

Strategie- und Aufsichtsorgan der FIFA ist der *Rat*.<sup>206</sup> Es umfasst insgesamt 37 Personen, unter ihnen auch den Präsidenten der FIFA.<sup>207</sup> Der Rat definiert die Mission, die strategische Ausrichtung, die Politik und die Werte der FIFA,<sup>208</sup> wobei er die Ausführung und Erledigung von Geschäfts- und Finanzaufgaben dem Generalsekretariat überträgt.<sup>209</sup> Überdies beaufsichtigt er die allgemeine Geschäftsführung der FIFA durch das Generalsekretariat, ernennt die Vorsitzenden und Mitglieder der ständigen Kommissionen, soweit diese nicht vom Kongress gewählt werden, auf Vorschlag des Präsidenten den Generalsekretär sowie eine Reihe weiterer Amtsträger.<sup>210</sup> Schliesslich befasst sich der Rat ganz allgemein mit allen FIFA-Belangen, welche gemäss Statuten nicht in die Zuständigkeit eines anderen Organs fallen.<sup>211</sup> Mit Ausnahme des Präsidenten, welcher durch den Kongress gewählt wird,<sup>212</sup> werden sämtliche weiteren Ratsmitglieder inklusive dessen Vizepräsidenten bei den jeweiligen Konföderationskongressen von den Mitgliedsverbänden gewählt,<sup>213</sup> wobei die Sitzverteilung auf die einzelnen Konföderationen in den FIFA-Statuten selber festgehalten ist.<sup>214</sup> Diese Sitzverteilung hat einerseits zum Ziel, der historischen und wirtschaftlichen Bedeutung des Fussballs in Europa gerecht zu werden, andererseits sollen damit die nicht europäischen Mitgliedsverbände in ausgewogener Art und Weise in die Exekutive der FIFA miteinbezogen werden.<sup>215</sup> Sowohl der Präsident als auch die

---

<sup>201</sup> Art. 1 FIFA-Statuten.

<sup>202</sup> Art. 21 Abs. 1 FIFA-Statuten.

<sup>203</sup> Art. 22 Abs. 2 FIFA-Statuten.

<sup>204</sup> Art. 25 Ziffn. 3 und 4 FIFA-Statuten.

<sup>205</sup> Art. 23 Abs. 1 FIFA-Statuten.

<sup>206</sup> Art. 24 Ziff. 2 FIFA-Statuten.

<sup>207</sup> Art. 30 Abs. 1 FIFA-Statuten.

<sup>208</sup> Art. 34 Ziff. 1 FIFA-Statuten.

<sup>209</sup> Art. 34 Ziff. 2 FIFA-Statuten.

<sup>210</sup> Vgl. Art. 34 Ziffn. 3 ff. FIFA-Statuten.

<sup>211</sup> Art. 34 Ziff. 12 FIFA-Statuten.

<sup>212</sup> Art. 33 Ziff. 2 FIFA-Statuten.

<sup>213</sup> Art. 33 Ziff. 3 FIFA-Statuten.

<sup>214</sup> Vgl. Art. 33 Ziff. 4 FIFA-Statuten.

<sup>215</sup> VOLLMÜLLER, Nr. 44.

übrigen Ratsmitglieder werden jeweils für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt, wobei jeweils höchstens drei Amtszeiten bestritten werden dürfen.<sup>216</sup>

Der *Präsident* vertritt die FIFA im Allgemeinen,<sup>217</sup> ist aber im Sinne der FIFA-Statuten kein eigenständiges FIFA-Organ,<sup>218</sup> sondern Teil des Rats und steht diesem vor.<sup>219</sup> Im Vergleich zur früheren Organisation der FIFA, als dem Präsidenten noch umfassende Kompetenzen zukamen und er insbesondere noch für die Umsetzung der Entscheide des Kongresses und des damaligen Exekutivkomitees durch das Generalsekretariat verantwortlich war,<sup>220</sup> besteht seine operative Aufgabe nunmehr lediglich noch in der Leitung des Kongresses sowie der Ratssitzungen.<sup>221</sup> Seine strategische Aufgabe besteht darin, unter und zwischen der FIFA, den Konföderationen, Mitgliedern, politischen Instanzen und internationalen Organisationen gute Beziehungen zu pflegen und zu fördern.<sup>222</sup>

Das exekutive, operative und administrative Organ der FIFA ist das *Generalsekretariat*.<sup>223</sup> Es hat unter der Leitung des Generalsekretärs insbesondere die Wettbewerbe sowie alle damit verbundenen Angelegenheiten zu organisieren, den Betrieb und die Geschäfte der FIFA zu managen, die Kommissionen administrativ zu unterstützen, sämtliche Verträge auszuhandeln und auszuführen sowie trägt ganz allgemein die Verantwortung für alle administrativen Belange, welche auf Anordnung und mit Ermächtigung des Rats für die effiziente Führung und Organisation der FIFA erforderlich sind.<sup>224</sup> Geschäftsführer der FIFA im Sinne eines CEO ist der Generalsekretär. Er wird vom Rat ernannt, untersteht diesem und kann von diesem auch wieder entlassen werden.<sup>225</sup>

Die ständigen sowie die *Ad-hoc-Kommissionen* beraten und unterstützen den Rat sowie das Generalsekretariat bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.<sup>226</sup> Derzeit gibt es neun ständige Kommissionen,<sup>227</sup> darunter auch die Schiedsrichterkommission, welche sich mit der Anwendung und Auslegung der Spielregeln beschäftigt, dem Rat Vorschläge für die Änderung der Spielregeln unterbreiten

<sup>216</sup> Art. 33 Ziffn. 2 und 3 FIFA-Statuten. Es spielt dabei keine Rolle, ob die Amtszeiten aufeinanderfolgend sind oder nicht. Frühere Amtszeiten als Vizepräsident oder Mitglieder des Rats werden den Amtszeiten des Präsidenten jedoch nicht angerechnet (vgl. Art. 33 Ziff. 2 FIFA-Statuten).

<sup>217</sup> Art. 35 Ziff. 1 FIFA-Statuten.

<sup>218</sup> Vgl. Art. 24 FIFA-Statuten.

<sup>219</sup> Art. 33 Ziff. 1 FIFA-Statuten.

<sup>220</sup> Art. 32 Ziff. 2 a FIFA-Statuten.

<sup>221</sup> Art. 35 Ziff. 4 FIFA-Statuten.

<sup>222</sup> Art. 35 Ziff. 3 FIFA-Statuten.

<sup>223</sup> Art. 24 Ziff. 3 FIFA-Statuten.

<sup>224</sup> Art. 36 Ziff. 2 FIFA-Statuten.

<sup>225</sup> Art. 37 Ziffn. 1 und 2 FIFA-Statuten.

<sup>226</sup> Art. 24 Ziff. 4 FIFA-Statuten.

<sup>227</sup> Vgl. Art. 34 Abs. 1 FIFA-Statuten.

kann und die Spieloffiziellen für die Spiele der FIFA-Wettbewerbe bezeichnet.<sup>228</sup> Obwohl die Schiedsrichterkommission dem Rat Änderungsvorschläge hinsichtlich der Spielregeln machen kann, ist es letztlich nicht der Rat, welcher die Spielregeln effektiv auch ändern könnte. Diese Kompetenz kommt dem International F.A. Board (IFAB) zu, welcher gleichsam als Hüter der Spielregeln gilt. Einzig der IFAB ist befugt, Spielregeln aufzustellen und abzuändern.<sup>229</sup> Der IFAB besteht aus Vertretern der Fussballverbände von England, Schottland, Wales und Nordirland, welche je eine Stimme haben, sowie der FIFA, welche mit ihren vier Stimmen ihre restlichen Mitgliederverbände vertritt. Die Entscheidungen des IFAB müssten jeweils mit einer Dreiviertelmehrheit getroffen werden.<sup>230</sup>

## D) Rechtsorgane

Die Rechtsorgane der FIFA sind die Disziplinar-, Ethik- und Berufungskommission.<sup>231</sup> Die *Disziplinarkommission* verfährt nach dem vom Rat erlassenen Disziplinarreglement und kann gegen Mitglieder, Clubs, Offizielle, Spieler, Spiel- und Spielervermittler Sanktionen aussprechen.<sup>232</sup>

Die *Ethikkommission* handelt nach dem ebenfalls vom Rat erlassenen Ethikreglement. Sie ist in eine Untersuchungskammer und eine rechtsprechende Kammer aufgeteilt und kann gegen Offizielle, Spieler, Spiel- und Spielervermittler Sanktionen aussprechen.<sup>233</sup>

Die *Berufungskommission* handelt nach dem Disziplinar- oder Ethikreglement. Sie ist zuständig für die Behandlung von Berufungen gegen Entscheide der Disziplinar- und Ethikkommission, sofern diese von den Reglementen der FIFA nicht als endgültig bezeichnet wurden.<sup>234</sup> Die Entscheide der Berufungskommission sind grundsätzlich endgültig, allenfalls ist jedoch eine Berufung beim CAS möglich.<sup>235</sup>

---

<sup>228</sup> Art. 34 Abs. 1 lit. p i.V.m. Art. 50 FIFA-Statuten.

<sup>229</sup> Art. 7 Ziff. 1 FIFA-Statuten.

<sup>230</sup> <<http://de.fifa.com/about-fifa/ifab/about-ifab.html>>, besucht Ende Juli 2017.

<sup>231</sup> Art. 53 Ziffn. 1 und 2 FIFA-Statuten.

<sup>232</sup> Art. 62 FIFA-Statuten.

<sup>233</sup> Art. 54 Ziffn. 1 und 2 FIFA-Statuten.

<sup>234</sup> Art. 55 Ziffn. 1 und 2 FIFA-Statuten.

<sup>235</sup> Art. 55 Ziff. 3 FIFA-Statuten.

## E) Doppelte Satzungsabsicherung und Ausschluss staatlicher Gerichtsbarkeit

Die FIFA verpflichtet in Anwendung des Prinzips der doppelten Satzungsabsicherung<sup>236</sup> ihre Mitglieder, die Konföderationen und Ligen, das CAS<sup>237</sup> als unabhängige richterliche Instanz anzuerkennen und dafür zu sorgen, dass sich deren Mitglieder sowie die sich ihnen angeschlossenen Spieler und Offiziellen den Entscheidungen des CAS sowie denjenigen der zuständigen FIFA-Instanzen fügen.<sup>238</sup> Die Statuten der FIFA sehen überdies einen generellen Ausschluss der staatlichen Gerichtsbarkeit auch für vorsorgliche Massnahmen vor.<sup>239</sup> Darüber hinaus werden die Mitgliederverbände verpflichtet, in ihren Statuten und Reglementen Bestimmungen aufzunehmen, wonach bei jeglichen Streitigkeiten innerhalb des Verbandes oder zwischen Verbänden, Ligen, Clubs, Spielern und Offiziellen dieses Verbot der Anrufung staatlicher Gerichte ebenfalls zur Anwendung gelangt.<sup>240</sup> Ob sich diese von den Mitgliederverbänden aufzunehmende Bestimmung auch auf vorsorgliche Massnahmen zu beziehen hat, geht aus der entsprechenden Bestimmung nicht ohne Weiteres hervor. Aufgrund der Tatsache, dass einerseits die FIFA in eigenen Angelegenheiten die staatliche Gerichtsbarkeit wie erwähnt ausdrücklich auch für vorsorgliche Massnahmen ausschliesst, andererseits der Sinn und Zweck dieser Regelungen darin besteht, die staatliche Gerichtsbarkeit so weit wie nur möglich auszuschliessen,<sup>241</sup> muss davon ausgegangen werden, dass sich diese Verpflichtung der Mitgliederverbände auch auf die vorsorglichen Massnahmen beziehen soll.<sup>242</sup> Eine Ausnahme von diesem Ausschluss der staatlichen Gerichtsbarkeit besteht lediglich insofern, als ein FIFA-Reglement oder eine zwingende Gesetzesvorschrift die Anrufung eines staatlichen Gerichts vorsieht oder vorschreibt.<sup>243</sup> Die Mitgliederverbände haben denn auch die Pflicht, bei Nichteinhaltung dieser Bestimmungen die Betroffenen zu sanktionieren.<sup>244</sup> Allfällige Sanktionen für einen Verstoß

<sup>236</sup> Siehe hierzu vorne, S. 39.

<sup>237</sup> Die FIFA selber anerkennt das CAS nur für nach dem 11. November 2002 ergangene FIFA-Entscheide an. Vor diesem Datum ergangene Entscheide konnten somit mangels zuständigen Schiedsgerichts vor staatlichen Gerichten angefochten werden, vgl. hierzu Urteil des Bezirksgerichts Zürich Nr. CG030235 vom 7. Februar 2005, E. III/1, in: CaS 4/2005, S. 254 ff.

<sup>238</sup> Art. 59 Ziff. 1 sowie 60 Ziff. 1 FIFA-Statuten.

<sup>239</sup> Art. 59 Ziff. 2 FIFA-Statuten.

<sup>240</sup> Art. 59 Ziff. 3 FIFA-Statuten.

<sup>241</sup> Siehe vorne, S. 18 ff.

<sup>242</sup> Vgl. hierzu auch die Bestimmung in Art. 95 Abs. 1 SFV-Statuten.

<sup>243</sup> Art. 59 Ziff. 3 FIFA-Statuten. Als Beispiel einer solchen Ausnahme vgl. Art. 22 FIFA-RSTS.

<sup>244</sup> Art. 59 Ziff. 3 FIFA-Statuten. Zur persönlichkeitsrechtlichen Problematik solcher Sanktionsklauseln vgl. AEBI-MÜLLER/MORAND, S. 245, sowie HAAS/KÖPPEL,

gegen diese Bestimmungen richten sich nach dem Disziplinarreglement und können für natürliche Personen von einer Verwarnung bis zu einem Verbot jeglicher im Zusammenhang mit dem Fussball stehenden Tätigkeit, für juristische Personen von einer Transfersperre bis zu einem Ausschluss aus einem Wettbewerb geahndet werden.<sup>245</sup> Zu beachten ist in diesem Zusammenhang jedoch auch, dass die FIFA-Statuten im Falle einer schweren Verletzung von Mitgliedspflichtigen die Suspension oder gar den Ausschluss dieses Mitgliedes ermöglichen.<sup>246</sup>

## 2. Der europäische Fussballverband UEFA

### A) Gründung und Zweck

Die UEFA wurde am 15. Juni 1954 in Basel durch 25 der FIFA angehörende europäische Fussballverbände gegründet. Bis im März 1955 waren auch alle übrigen europäischen Verbände sowie die Türkei der UEFA beigetreten.<sup>247</sup>

Die UEFA widmet sich der Behandlung aller Fragen, die den europäischen Fussball betreffen. Im Mittelpunkt steht dabei die Förderung des Fussballs im Geiste des Friedens, der Verständigung und des Fair Play ohne jegliche Diskriminierung. Weiter soll die Überwachung und Kontrolle der Entwicklung aller Formen des Fussballs in Europa und die Durchführung internationaler Wettbewerbe und Turniere unter besonderer Beachtung der Gesundheit der Spieler bezweckt werden. Auch die UEFA hat sich die Verhinderung jeglicher Praktiken und Methoden, welche die Regularität der Spiele und Wettbewerbe gefährden oder zum Missbrauch des Fussballs führen könnten, auf die Fahne geschrieben. Sie setzt sich auch dafür ein, dass die Sicherstellung der sportlichen Grundwerte stets Vorrang gegenüber kommerziellen Interessen hat. Hierzu wird

---

Nr. 1 ff. Einem Betroffenen muss es jedoch stets ohne Androhung von Sanktionen möglich sein, den letztinstanzlichen Schiedsspruch mittels Beschwerde in Zivilsachen dem Bundesgericht zur Prüfung vorzulegen, da in dieser Verfahrensphase kein legitimes Interesse des Verbands mehr besteht, eine solche inhaltlich beschränkte Überprüfung des Schiedsverfahrens durch ein staatliches Gericht abzuwehren (AEBI-MÜLLER/MORAND, S. 246).

<sup>245</sup> Art. 56 FIFA-Statuten i.V.m. Art. 28 FIFA-Disziplinarreglement.

<sup>246</sup> Art. 16 f. FIFA-Statuten. So forderte das damalige FIFA-Exekutivkomitee in der *Causa FC Sion* (vgl. hierzu vorne, Fn. 94) den SFV beispielsweise auf, die durch den FC Sion bzw. die Olympique des Alpes SA wiederholt erfolgten Versuche, die durch die FIFA rechtskräftig verhängte Transfersperre zu umgehen, angemessen zu sanktionieren, und setzte ihm hierzu gar eine Frist an. Bei Nichteinhaltung dieser Frist drohte die FIFA dem SFV gar die Suspension von dessen Mitgliedrechten an (vgl. <<http://de.fifa.com/about-fifa/news/y=2011/m=12/news=weitere-wichtige-schritte-bei-reformplan-1558626.html>>, besucht Ende Juli 2017).

<sup>247</sup> VALLONI/PACHMANN, S. 53.



die Ausschüttung der Einnahmen nach dem Solidaritätsprinzip und Investitionen zugunsten aller Ebenen und Bereiche des Fussballs, insbesondere des Breitenfussballs, vorgenommen werden. Schliesslich pflegt sie mit der FIFA und den übrigen Konföderationen gute Beziehungen und eine gute Zusammenarbeit.<sup>248</sup>

## **B) Mitglieder sowie deren Rechte und Pflichten**

Mitglieder der UEFA können europäische Verbände sein, welche in einem von der UNO anerkannten unabhängigen Staat ihren Sitz haben und in diesem Land für die Durchführung und Organisation des Fussballsports verantwortlich sind. In Ausnahmefällen kann mit dem Einverständnis der FIFA auch ein Landesverband Mitglied werden, welcher geografisch zu einem anderen Kontinent gehört, aber nicht Mitglied einer anderen Konföderation ist.<sup>249</sup> Wie bei der FIFA sind somit auch bei der UEFA die einzelnen Ligen der Mitgliedsverbände, deren Clubs und Spieler nicht Mitglieder der UEFA. Auch zwischen den Spieloffiziellen und der UEFA besteht kein direktes Mitgliedschaftsverhältnis.

Die Rechte der Mitglieder bestehen im Wesentlichen aus Stimm-, Teilnahme- und Vorschlagsrechten, wobei auch hier die praktisch wichtigsten Rechte im Recht auf Teilnahme an den verschiedenen UEFA-Wettbewerben liegen dürfen.<sup>250</sup> Demgegenüber haben die Mitglieder der UEFA eine Reihe von Pflichten zu befolgen. So haben sie Statuten, Reglemente und Beschlüsse der UEFA sowie die Spielregeln des IFAB zu beachten und dafür zu sorgen, dass ihre Ligen, Spieler, Clubs und Offiziellen diese einhalten. Weiter haben sie ihre Geschäfte selbständig und ohne Einflussnahme Dritter zu führen, in Übereinstimmung mit den von der UEFA vorgegebenen Mindeststandards ein Clublizenzierungssystem anzuwenden und dafür besorgt zu sein, dass weder natürliche noch juristische Personen die Kontrolle oder Einfluss über mehr als einen ihrer Clubs ausüben.<sup>251</sup> Falls ein Mitglied Statuten, Reglemente oder Beschlüsse der UEFA schwer verletzt, kann es vom Exekutivkomitee mit sofortiger Wirkung suspendiert werden.<sup>252</sup> Die Suspension hat grundsätzlich am nächsten Kongress zum Ausschluss des Mitgliedes zu führen. Kommt es nicht zu einem Ausschluss, ist die Suspension aufgehoben.<sup>253</sup>

## **C) Organisation**

Wie die FIFA ist auch die UEFA ein im Handelsregister eingetragener Verein gemäss Art. 60 ff. ZGB. Ihr Sitz ist in der Schweiz, wobei das Exekutivkomitee

<sup>248</sup> Vgl. zum Ganzen Art. 2 UEFA-Statuten.

<sup>249</sup> Art. 5 UEFA-Statuten.

<sup>250</sup> Art. 7 lit. f UEFA-Statuten.

<sup>251</sup> Art. 7<sup>bis</sup> UEFA-Statuten.

<sup>252</sup> Art. 9 Abs. 1 UEFA-Statuten.

<sup>253</sup> Art. 9 Abs. 2 UEFA-Statuten.

den Ort bestimmt.<sup>254</sup> 1996 wurde der Sitz von Bern an den heutigen Standort nach Nyon verlegt.<sup>255</sup> Oberstes Organ der UEFA ist der *Kongress*, welcher grundsätzlich einmal jährlich stattfindet und worin jeder Mitgliedsverband der UEFA über eine Stimme verfügt.<sup>256</sup>

Das *Exekutivkomitee* kann in allen Angelegenheiten Reglemente erlassen und Beschlüsse fassen, die nicht nach Gesetz oder Statuten einem anderen Organ vorbehalten sind. Das Exekutivkomitee führt überdies die Geschäfte der UEFA, soweit es diese nicht selber übertragen hat oder der Präsident oder die Administration gemäss Statuten nicht hierfür zuständig sind.<sup>257</sup> Dem Exekutivkomitee kommt somit die Oberleitung über die UEFA zu.<sup>258</sup> Die Mitglieder des Exekutivkomitees sowie der Präsident werden durch den Kongress alle vier Jahre gewählt, wobei die Hälfte der Mitglieder im Jahr vor und die andere Hälfte im Jahr nach der Austragung einer Europameisterschaftsendrunde gewählt werden.<sup>259</sup> Die Wiederwahl von Mitgliedern ist grundsätzlich möglich, ausgeschlossen ist sie jedoch ausnahmsweise dann, wenn sie in ihrem Mitgliederverband keine aktive Funktion mehr ausüben<sup>260</sup> oder das 70. Lebensjahr zurückgelegt haben.<sup>261</sup>

Im Gegensatz zum Präsidenten der FIFA ist der *Präsident* der UEFA ein statutarisches Organ der UEFA.<sup>262</sup> Er vertritt diese nach aussen, ist für die Pflege der Beziehungen zwischen der UEFA und der FIFA, den anderen Konföderationen, den Mitgliederverbänden und den politischen Instanzen sowie den internationalen Organisationen und letztlich auch für die Umsetzung der Beschlüsse des Kongresses und des Exekutivkomitees durch die Administration verantwortlich.<sup>263</sup> Daneben ist er Vorsitzender des Kongresses sowie des Exekutivkomitees und gehört Letzterem überdies als Mitglied an.<sup>264</sup> Von Amtes wegen ist er zudem FIFA-Vizepräsident.<sup>265</sup>

Wie bei der FIFA gibt es auch bei der UEFA ein *Generalsekretariat*. Diesem kommt jedoch im Unterschied zur FIFA keine Organstellung zu.<sup>266</sup> Der Gene-

---

<sup>254</sup> Art. 1 UEFA-Statuten.

<sup>255</sup> <<https://www.zefix.ch/de/search/entity/list/firm/198567?name=uefa>>, besucht Ende Juli 2017.

<sup>256</sup> Art. 12 sowie 18 Abs. 1 UEFA-Statuten.

<sup>257</sup> Art. 23 UEFA-Statuten.

<sup>258</sup> Art. 24 Abs. 1 lit. a UEFA-Statuten.

<sup>259</sup> Art. 21 f. UEFA-Statuten.

<sup>260</sup> Art. 21 Abs. 3 UEFA-Statuten.

<sup>261</sup> Art. 22 Abs. 2 UEFA-Statuten.

<sup>262</sup> Art. 11 UEFA-Statuten. Bis 2007 war auch der UEFA-Präsident kein formelles Organ, stattdessen jedoch der Generalsekretär (ORTH, Verbandsstrafen, S. 56).

<sup>263</sup> Art. 29 UEFA-Statuten.

<sup>264</sup> Art. 16 Abs. 1, Art. 21 Abs. 1 und Art. 29 Abs. 2 UEFA-Statuten.

<sup>265</sup> Art. 19 Abs. 4 UEFA-Statuten.

<sup>266</sup> Art. 11 UEFA-Statuten.

ralsekretär ist für die Organisation, Verwaltung und Führung der Administration zuständig. So hat er die UEFA zu vertreten, soweit ihm diese Befugnis durch den Präsidenten übertragen worden ist. Er hat nach Rücksprache mit dem Präsidenten die Direktoren zu ernennen und abzurufen sowie auch das jährliche Budget der UEFA zu erstellen.<sup>267</sup> Der Generalsekretär und sein Stellvertreter werden durch das Exekutivkomitee ernannt.<sup>268</sup>

Darüber hinaus kennt die UEFA-Organisation noch weitere Gremien, welchen jedoch durchwegs keine Organstellung im Sinne von Art. 11 UEFA-Statuten zukommt. Es handelt sich dabei um den *strategischen Beirat für Berufsfussball*, welcher zur Aufgabe hat, Lösungen im Hinblick auf eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Interessengruppen des europäischen Fußballs zu suchen und die Problematik des sozialen Dialogs sowie Fragen im Zusammenhang mit den UEFA-Clubwettbewerben und deren Spielkalendern zu behandeln.<sup>269</sup> Weiter verfügt die UEFA über 19 *Kommissionen*,<sup>270</sup> darunter die Schiedsrichterkommission. Für besondere Aufgaben können überdies durch das Exekutivkomitee, den Präsidenten oder den Generalsekretär bei Bedarf *Expertenausschüsse* und *Arbeitsgruppen*<sup>271</sup> gebildet werden. Die *Administration* erledigt unter Leitung des Generalsekretärs die Geschäfte der UEFA.<sup>272</sup>

## D) Rechtsorgane

Rechtspflegeorgane der UEFA sind die Disziplinarinstanzen, konkret die Kontroll- und Disziplinarkammer sowie der Berufungssenat, die Disziplinarinspektoren und die Finanzkontrollkammer für Clubs.<sup>273</sup> Die *Kontroll- und Disziplinarkammer* ist zuständig für die Behandlung von Disziplinar- und anderen Angelegenheiten, welche ihr gemäss Statuten oder Reglementen zugewiesen werden.<sup>274</sup>

Der *Berufungssenat* entscheidet über Berufungen gegen Entscheidungen der Kontroll- und Disziplinarkammer. Unter Umständen und sofern die Rechtspflegeordnung dies vorsieht, entscheidet der Berufungssenat in zeitlich dringlichen Fällen auch als erste Instanz, insbesondere wenn es um die Zulassung bzw. den Ausschluss von UEFA-Wettbewerben geht.<sup>275</sup> Vertreten wird die UEFA in Ver-

---

<sup>267</sup> Art. 30 UEFA-Statuten.

<sup>268</sup> Art. 31 Abs. 1 UEFA-Statuten.

<sup>269</sup> Art. 35 Abs. 3 UEFA-Statuten.

<sup>270</sup> Art. 35<sup>bis</sup> UEFA-Statuten.

<sup>271</sup> Art. 38 UEFA-Statuten.

<sup>272</sup> Art. 39 UEFA-Statuten.

<sup>273</sup> Art. 32 Abs. 1 UEFA-Statuten.

<sup>274</sup> Art. 33 Abs. 3 UEFA-Statuten.

<sup>275</sup> Art. 34 Abs. 3 UEFA-Statuten.

fahren vor der Kontroll- und Disziplinarkammer sowie vor dem Berufungssenat von *Disziplinarinspektoren*.<sup>276</sup>

Die *Finanzkontrollkammer* für Clubs entscheidet in Angelegenheiten, welche in den Reglementen aufgeführt sind.<sup>277</sup> So hat sie beispielsweise zu beurteilen, ob die Lizenzgeber und -nehmer die im UEFA-Clublizenzierungsreglement definierten Kriterien erfüllen, allenfalls hat sie entsprechende Disziplinar massnahmen zu verhängen und – soweit vorgesehen – auch bei Fragen der Zulassung von Clubs zu UEFA-Clubwettbewerben zu entscheiden.<sup>278</sup>

### **E) Doppelte Satzungsabsicherung und Ausschluss staatlicher Gerichtsbarkeit**

Wie die FIFA verpflichtet auch die UEFA ihre Mitglieder im Sinne einer doppelten Satzungsabsicherung<sup>279</sup>, eine Bestimmung in ihre Statuten aufzunehmen, wonach sie, ihre Ligen, Clubs, Spieler und Offiziellen sich verpflichten, jederzeit die Statuten, Reglemente und Entscheide der UEFA zu respektieren und die Zuständigkeit des CAS gemäss UEFA-Statuten anzuerkennen.<sup>280</sup> Mit der Anmeldung zu einem UEFA-Wettbewerb ist zudem eine Bestätigung sämtlicher Teilnehmer vorzulegen, dass deren Spieler und Offiziellen diese Verpflichtung anerkennen und akzeptieren.<sup>281</sup> Darüber hinaus auferlegt auch die UEFA ihren Mitgliedverbänden die Pflicht, in ihren Statuten festzulegen, dass nationale Streitsachen aus Anwendung ihrer Statuten oder Reglemente unter Vorbehalt der jeweiligen nationalen Gesetzgebung in letzter Instanz unter Ausschluss aller ordentlichen Gerichte einem Schiedsgericht unterbreitet werden müssen.<sup>282</sup> Daneben ist das CAS ausschliesslich zuständig für Streitsachen zwischen der UEFA und deren Mitgliederverbänden, Ligen, Vereinen, Spielern und Offiziellen sowie für europäische Streitigkeiten zwischen den einzelnen Mitgliederverbänden, Ligen, Spielern und Offiziellen, sofern die Streitigkeit nicht in den Zuständigkeitsbereich der UEFA selber fällt.<sup>283</sup> Schliesslich können auch die Entscheide eines UEFA-Organs selber, wie von der FIFA gefordert,<sup>284</sup> unter Ausschluss jeglicher ordentlicher Gerichtsbarkeit und anderer Schiedsgerichte ausschliesslich beim CAS als Berufungsschiedsgericht angefochten werden, sofern der UEFA-interne Instanzenzug ausgeschöpft wurde.<sup>285</sup> Auch hinsichtlich der

<sup>276</sup> Art. 34<sup>bis</sup> Abs. 2 UEFA-Statuten.

<sup>277</sup> Art. 34<sup>ter</sup> Abs. 3 UEFA-Statuten.

<sup>278</sup> Art. 3 Abs. 1 Verfahrensregeln UEFA-FKKG.

<sup>279</sup> Siehe hierzu vorne, S. 39.

<sup>280</sup> Art. 59 Abs. 1 UEFA-Statuten.

<sup>281</sup> Art. 59 Abs. 3 UEFA-Statuten.

<sup>282</sup> Art. 60 UEFA-Statuten.

<sup>283</sup> Art. 61 UEFA-Statuten.

<sup>284</sup> Art. 58 Ziff. 1 FIFA-Statuten.

<sup>285</sup> Art. 62 Abs. 1 und 4 UEFA-Statuten.

Sanktionsmöglichkeiten besteht eine weitgehend parallele Struktur zu derjenigen der FIFA,<sup>286</sup> so kann insbesondere auch bei der UEFA ein Mitgliedverband aufgrund schwerer Verletzung der Statuten, Reglemente oder Beschlüsse der UEFA durch den Kongress ausgeschlossen werden,<sup>287</sup> wobei ebenfalls die Möglichkeit einer sofortigen Suspension durch das Exekutivkomitee besteht.<sup>288</sup> Darüber hinaus stellt der Ausschluss eines Verbandes aus der FIFA auch einen Ausschlussgrund aus der UEFA dar,<sup>289</sup> woraus trotz Bestehen einer sogenannten *Doppelspitze im internationalen Fussballsport*<sup>290</sup> und ohne Bestehen einer FIFA-Mitgliedschaft der UEFA sowie der übrigen Konföderationen die dennoch enge Verknüpfung der einzelnen Kontinentalverbände mit dem Weltfussballverband ersichtlich wird.

---

<sup>286</sup> Art. 52 ff. UEFA-Statuten

<sup>287</sup> Art. 8 Abs. 3 UEFA-Statuten.

<sup>288</sup> Art. 9 UEFA-Statuten.

<sup>289</sup> Art. 8 Abs. 3 lit. d UEFA-Statuten.

<sup>290</sup> WEBER, Strukturen, S. 84

### III. Die Verbandsstruktur im nationalen Fussball

#### 1. Der Schweizerische Fussballverband SFV

##### A) Gründung, Zweck und Aufbau

Der SFV wurde 1895 von elf Vereinen gegründet und führt seit 1898 gesamtschweizerisch Meisterschaftsspiele durch.<sup>291</sup> Er ist in der Rechtsform eines Vereins im Sinne von Art. 60 ff. ZGB ausgestaltet und hat seinen Sitz in Muri bei Bern.<sup>292</sup> Statutarischer Zweck des SFV ist dessen Einsatz für die körperliche Ertüchtigung der Jugend, Frauen und Männer sowie die Verbreitung des Fussballsports.<sup>293</sup> Daneben regelt er die Beziehungen unter den Abteilungen sowie den ihnen angeschlossen Clubs und vertritt die gemeinsamen Interessen bei anderen Organisationen im In- und Ausland.<sup>294</sup>

Der SFV besteht aus den drei *Abteilungen* der Swiss Football League (SFL), der Ersten Liga sowie der Amateur Liga (AL).<sup>295</sup> Jeder Club gehört einer dieser drei Abteilungen an, nämlich derjenigen, in welcher seine erste Mannschaft die Meisterschaft bestreitet.<sup>296</sup> Die einzelnen Abteilungen verfügen je über eine eigene Rechtspersönlichkeit, über eigene von ihnen eingesetzte Organe und haben das Recht, Vermögen zu bilden und im Rahmen der allgemeinen Ziele des Verbandes hierüber frei zu verfügen.<sup>297</sup>

Zu unterscheiden von den Abteilungen sind die *Regionalverbände*.<sup>298</sup> Zur besseren Erfüllung ihrer Aufgaben hat die Amateur Liga das Verbandsgebiet in dreizehn nach geografischen Gesichtspunkten gebildete Regionalverbände aufgeteilt.<sup>299</sup> Obwohl die Statuten der Amateur Liga hinsichtlich der Rechtsform der Regionen keine Vorschriften enthalten, sind sämtliche Regionalverbände in der Rechtsform des Vereins gemäss Art. 60 ff. ZGB ausgestaltet. Im Bereich des Schiedsrichterwesens kommt den Regionalverbänden die Aufgabe der Rekrutierung, Aus- und Weiterbildung der Spieloffiziellen für den Spielbetrieb in den Regionalverbänden gemäss den Weisungen der Schiedsrichterkommission des SFV zu.<sup>300</sup> Diese Aufgabe übernehmen in den Regionalverbänden die regionalen

---

<sup>291</sup> RUOFF, S. 15 ff.

<sup>292</sup> Art. 1 SFV-Statuten.

<sup>293</sup> Art. 2 SFV-Statuten.

<sup>294</sup> Art. 2 SFV-Statuten.

<sup>295</sup> Art. 17 Abs. 1 SFV-Statuten.

<sup>296</sup> Art. 18 Abs. 1 SFV-Statuten.

<sup>297</sup> Art. 17 Abs. 1 und Art. 19 Abs. 1 SFV-Statuten.

<sup>298</sup> Vgl. Art. 17 Abs. 4 SFV-Statuten oder Art. 30 ff. AL-Statuten.

<sup>299</sup> Art. 30 Ziff. 1 AL-Statuten.

<sup>300</sup> Art. 32 Ziff. 9 AL-Statuten.

Schiedsrichterkommissionen als Ausschüsse mit besonderen Aufgaben im Sinne der Statuten der Amateur Liga.<sup>301</sup>

## B) Mitgliedschaft

Ordentliche Mitglieder des SFV sind die in den Verband aufgenommenen Clubs, die den Fussballsport (Freiluftfussball und/oder Futsal) betreiben und ihren Sitz in der Schweiz haben.<sup>302</sup> Als ausserordentliche Mitglieder des SFV können natürliche und juristische Personen aufgenommen werden, welche zur Förderung des vom Verband verfolgten Zweckes einen bestimmten, vom Zentralvorstand festgesetzten jährlichen Mitgliederbeitrag bezahlen. Diese ausserordentlichen Mitglieder verfügen jedoch über kein Stimm- und Wahlrecht.<sup>303</sup> Nicht formell Mitglieder des SFV sind somit dessen Abteilungen, die einzelnen Regionalverbände, die Mitglieder der einzelnen Clubs sowie letztlich auch die Spieloffiziellen.<sup>304</sup> Die ordentlichen Mitglieder des SFV haben grundsätzlich in der Rechtsform des Vereins nach Art. 60 ff. ZGB organisiert zu sein, die SFL ist jedoch ermächtigt, den Mitgliedern ihrer Abteilung zu erlauben oder diese gar zu verpflichten, sich als Aktiengesellschaften gemäss Art. 620 ff. OR zu organisieren.<sup>305</sup> Von dieser Kompetenz hat die SFL Gebrauch gemacht, indem sie den Super-League-Clubs die Organisationsform der Aktiengesellschaft vorschreibt. Den Clubs der Challenge League ist es grundsätzlich freigestellt, ob sie sich als Vereine oder Aktiengesellschaften organisieren wollen. Sofern Clubs aus der Challenge League jedoch zwecks Aufstiegs eine Super-League-Lizenz beantragen wollen, brauchen sie als Aktiengesellschaft organisiert zu sein.<sup>306</sup>

## C) Organisation

Die Organe des SFV sind die Delegiertenversammlung, der Verbandsrat, der Zentralvorstand, die Rechtspflegeorgane, die Revisionsstelle sowie die Finanzkommission.<sup>307</sup> Das oberste Organ des SFV ist die *Delegiertenversammlung*.<sup>308</sup> Sie besteht aus einer unterschiedlichen Anzahl Delegierten der verschiedenen Abteilungen, wobei jeder Delegierte über eine Stimme verfügt.<sup>309</sup> Die Delegiertenversammlung findet jeweils alle zwei Jahre statt.<sup>310</sup> Sie ist unter anderem

<sup>301</sup> Art. 30 Ziff. 4 AL-Statuten, vgl. beispielsweise Art. 14 Abs. 2 IFV-Statuten.

<sup>302</sup> Art. 8 Abs. 1 SFV-Statuten.

<sup>303</sup> Art. 9 SFV-Statuten.

<sup>304</sup> Als Ehrenmitglieder gemäss Art. 10 SFV-Statuten ist ausnahmsweise eine direkte Mitgliedschaft der Spieloffiziellen im SFV dennoch möglich.

<sup>305</sup> Art. 8 Abs. 4 ff. SFV-Statuten.

<sup>306</sup> Art. 12 Abs. 3 SFL-Statuten.

<sup>307</sup> Art. 21 SFV-Statuten.

<sup>308</sup> Art. 25 Abs. 1 SFV-Statuten.

<sup>309</sup> Art. 25 Abs. 2 und 5 SFV-Statuten.

<sup>310</sup> Art. 27 Abs. 1 SFV-Statuten.

zuständig für die Wahl des Zentralpräsidenten sowie der übrigen Mitglieder des Zentralvorstandes, die Änderung der Statuten, die Änderung der Spielklasseneinteilung, die Aufnahme sowie den Ausschluss von Mitgliedern sowie die Erteilung verbindlicher Weisungen an die übrigen Organe.<sup>311</sup>

Der *Verbandsrat*, bestehend aus den sieben Mitgliedern des Zentralvorstandes sowie sechs Mitgliedern jeder Abteilung,<sup>312</sup> ist unter anderem zuständig für die endgültige Beschlussfassung über Vorschläge zu Verbandsreglementen, die Beschlussfassung über einmalige Ausgaben zwischen einer und drei Millionen Franken pro Saison, die Vorbesprechung der Geschäfte der Delegiertenversammlung, die provisorische Aufnahme oder Ausserkraftsetzung organisatorischer Bestimmungen und die Interpretation der Statuten.<sup>313</sup>

Das Exekutivorgan des SFV ist der *Zentralvorstand*. Er vertritt den SFV nach aussen.<sup>314</sup> Der Zentralvorstand hat alle Befugnisse, welche rechtlich oder statutarisch nicht einem anderen Organ oder einer ständigen Kommission übertragen sind, und übt in allen Belangen die Aufsicht über die Tätigkeit im Verband aus, wobei er Kompetenzen an den Generalsekretär oder den Direktor der technischen Abteilung delegieren kann.<sup>315</sup> Insbesondere ist der Zentralvorstand unter anderem zuständig für die Wahl der Präsidenten der ständigen Kommissionen (unter anderem der Schiedsrichterkommission), des Generalsekretärs, der Coaches der Nationalmannschaften, die Genehmigung der Geschäftsreglemente der einzelnen Kommissionen, die einstweilige Aufnahme neuer Mitglieder, der Organisation des Schweizer Cups, das Finanzwesen und die Rechnungsführung, den endgültigen Entscheid bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Verbandsbehörden, die Pflege der Beziehungen mit internationalen, ausländischen nationalen und schweizerischen Sportverbänden, den Vorschlag für die Wahl von SFV-Vertretern in internationale und nationale Gremien oder auch die Ratifizierung der Vorschläge der Schiedsrichterkommission für die Schiedsrichterkandidaten auf die FIFA-Liste.<sup>316</sup> Der Zentralvorstand setzt sich aus dem Zentralpräsidenten, den drei Abteilungspräsidenten sowie je einem weiteren Mitglied der drei Abteilungen zusammen, wobei der Zentralpräsident sowie die weiteren Mitglieder aus den Abteilungen durch die Delegiertenversammlung gewählt werden. Weiter gehören dem Zentralvorstand von Amtes wegen sämtliche SFV-Mitglieder der Exekutivkomitees der FIFA oder der UEFA an.<sup>317</sup>

---

<sup>311</sup> Art. 26 SFV-Statuten.

<sup>312</sup> Art. 35 Abs. 1 SFV-Statuten.

<sup>313</sup> Art. 36 SFV-Statuten.

<sup>314</sup> Art. 45 Abs. 2 SFV-Statuten.

<sup>315</sup> Art. 45 Abs. 1 und 6 SFV-Statuten.

<sup>316</sup> Art. 45 Abs. 3 SFV-Statuten.

<sup>317</sup> Art. 44 Abs. 1 ff. SFV-Statuten.



Der *Zentralpräsident* ist demgegenüber kein Organ des SFV, er steht lediglich, aber immerhin, dem Zentralvorstand und dem Verbandsrat vor<sup>318</sup> und leitet die Delegiertenversammlung.<sup>319</sup>

Die *Finanzkommission* prüft die jährlichen Rechnungen und Bilanzen des Verbandes sowie der Hilfskasse, nimmt Einsicht in die jährlichen Rechnungen und Bilanzen der Abteilungen, erstattet dem Zentralvorstand schriftlich Bericht über ihre Feststellungen und arbeitet bei der Finanzplanung sowie bei finanziellen und administrativen Organisationsfragen mit.<sup>320</sup> Die *Revisionsstelle* nimmt ihre gesetzlichen Aufgaben (Art. 69b ZGB) wahr.<sup>321</sup>

Neben den Organen verfügt der SFV über vier ständige *Kommissionen*, worunter auch die Schiedsrichterkommission zu zählen ist.<sup>322</sup> Darüber hinaus verfügt der SFV mit dem *Generalsekretariat* unter der Leitung des Generalsekretärs über eine administrative Abteilung, welche die laufenden Geschäfte des SFV erledigt.<sup>323</sup>

## D) Rechtsorgane

Die Verbandsgerichtsbarkeit im schweizerischen Fussballsport charakterisiert sich durch deren nicht leicht verständliche Verschachtelung, welche auf eine sehr weitgehende Unabhängigkeit und Selbständigkeit der einzelnen Abteilungen zurückzuführen ist.<sup>324</sup> Die Verbandsgerichtsbarkeit wird einerseits durch die Rechtsorgane des SFV selber, andererseits durch die Rechtsorgane der einzelnen Abteilungen sowie allenfalls auch Regionen wahrgenommen. Die Verbandsgerichtsbarkeit des SFV umfasst einerseits Strafen und Massnahmen, welche einen gewissen Rahmen überschreiten und deshalb nicht mehr in die Kompetenz der Abteilungen oder Regionen fallen, andererseits besitzt sie auch einen alleinigen Zuständigkeitsbereich.<sup>325</sup>

Die Rechtsorgane des SFV sind die Kontroll- und Disziplinarkommission sowie das Rekursgericht.<sup>326</sup> Die Aufgaben der *Kontroll- und Disziplinarkommission* bestehen unter anderem in der Überwachung der Einhaltung der Übertritts- und Qualifikationsbestimmungen von Spielern (ausgeschlossen hiervon sind die Übertritte innerhalb der SFL), der Überwachung der Einhaltung des Amateurstatus, der Behandlung aller Disziplinarfälle, welche nicht in die Kompetenz einer

<sup>318</sup> Art. 41 Abs. 1 und Art. 47 Abs. 1 SFV-Statuten.

<sup>319</sup> Art. 31 Abs. 1 SFV-Statuten.

<sup>320</sup> Art. 55 SFV-Statuten.

<sup>321</sup> Art. 53 Abs. 2 SFV-Statuten.

<sup>322</sup> Art. 21 SFV-Statuten.

<sup>323</sup> Art. 64 SFV-Statuten.

<sup>324</sup> BODMER, S. 18.

<sup>325</sup> Art. 84 SFV-Statuten; vgl. zum Ganzen auch BODMER, S. 20.

<sup>326</sup> Art. 20 lit. d SFV-Statuten.

anderen Behörde des SFV, eines anderen Organs oder einer anderen Abteilung fallen, oder die Behandlung von Protesten oder Disziplinarfällen von Spielen des Schweizer Cups.<sup>327</sup> Das *Rekursgericht* ist im Rahmen der Rechtspflegeordnung für die Behandlung von Rekursen gegen Entscheide der Kontroll- und Disziplinarkommission, der technischen Abteilung und der Schiedsrichterkommission zuständig, sofern diese Entscheide durch die massgebenden Bestimmungen nicht als endgültig bezeichnet sind.<sup>328</sup>

### **E) Doppelte Satzungsabsicherung und Ausschluss staatlicher Gerichtsbarkeit**

Wie von der FIFA und der UEFA gefordert<sup>329</sup> legt der SFV in seinen Statuten im Sinne des Prinzips der doppelten Satzungsabsicherung<sup>330</sup> fest, dass die Statuten, Reglemente und Beschlüsse der FIFA und der UEFA für die Abteilungen, Clubs, sonstigen Behörden, Spieler und Funktionäre verbindlich sind. Dasselbe gilt selbstverständlich auch für die Beschlüsse des SFV selber sowie seiner Organe, Behörden und Kommissionen.<sup>331</sup> Daneben fordert er von seinen Mitgliedern auch, in ihre Statuten und Verträgen eine Bestimmung aufzunehmen, welche die Statuten und Reglement der FIFA, der UEFA sowie des SFV für ihre eigenen Mitglieder, Spieler und Funktionäre verbindlich erklärt.<sup>332</sup>

Der SFV, seine Abteilungen, sämtliche Clubs, deren Mitglieder, Spieler und Funktionäre sind für nationale Streitigkeiten der Rechtspflege der zuständigen Organe sowie des CAS unterstellt. Für internationale Streitigkeiten unterstehen sie der Rechtspflege der FIFA und der UEFA, wobei sie sich verpflichten, jegliche letztinstanzlichen Entscheidungen eines FIFA- oder UEFA-Organs oder des CAS vollumfänglich anzuerkennen.<sup>333</sup> Das CAS ist überdies zuständig für alle zivilrechtlichen Streitsachen in Verbandsangelegenheiten zwischen dem SFV, seinen Unterorganisationen, einem Club, Mitglied oder Funktionär sowie zwischen diesen untereinander, soweit diese Streitsache nicht in die Zuständigkeit eines anderen Organs oder einer Behörde des Verbands fällt. Ausgenommen hiervon sind gemäss der seit Juli 2017 gültigen Fassung der Statuten jedoch arbeitsrechtliche Streitigkeiten, für welche die ordentlichen Gerichte zuständig sind.<sup>334</sup> Mit dieser Zuständigkeit des CAS verbunden ist auch ein explizites Verbot, in zivilrechtlichen Verbandsangelegenheiten an ein staatliches Gericht

---

<sup>327</sup> Art. 50 SFV-Statuten.

<sup>328</sup> Art. 52 SFV-Statuten.

<sup>329</sup> Vgl. Art. 59 Ziff. 3 FIFA-Statuten.

<sup>330</sup> Siehe hierzu vorne, S. 39.

<sup>331</sup> Art. 5 Abs. 1 SFV-Statuten.

<sup>332</sup> Art. 5 Abs. 3 SFV-Statuten.

<sup>333</sup> Art. 89 SFV-Statuten.

<sup>334</sup> Art. 92 SFV-Statuten.

zu gelangen, wobei bei einem solchen Verstoss eine disziplinarische Strafe vorgesehen ist.<sup>335</sup> Die Disziplinarmassnahmen für Clubs reichen dabei von einem Verweis über den Entzug vorhandener oder künftiger Meisterschaftspunkte einer Mannschaft bis zu einem Entzug der Clublizenz.<sup>336</sup> Für natürliche Personen sind Disziplinarstrafen von einem Verweis über den Entzug von erteilten Diplomen und Lizenzen bis hin zu einem Boykott möglich.<sup>337</sup> Mit der Aufnahme dieser Bestimmungen in die Statuten kam der SFV den Anforderungen der FIFA nach, wonach deren Mitgliederverbände in ihren Statuten ein Verbot zur Anrufung staatlicher Gerichte aufzunehmen haben.<sup>338</sup> Allerdings kam das Obergericht des Kantons Bern in einem Entscheid in der *Causa FC Sion*<sup>339</sup> aus dem Jahr 2012 zum Schluss,<sup>340</sup> die damalige Bestimmung von Art. 7 Ziff. 5 SFV-Statuten betreffend den Ausschluss der staatlichen Gerichtsbarkeit beziehe sich nicht auf vorsorgliche Massnahmen, weshalb der Ausschluss der staatlichen Gerichtsbarkeit im Bereich der vorsorglichen Massnahmen nicht wirksam erfolgt sei. Mit der daraufhin erfolgten Neufassung der fraglichen Statutenbestimmung hat der SFV nun aber die staatliche Gerichtsbarkeit auch explizit für vorsorgliche Massnahmen ausgeschlossen.<sup>341</sup>

## 2. Die Swiss Football League SFL

### A) Gründung und Zweck

Die SFL ist eine Abteilung des SFV und bezweckt insbesondere die Förderung des Fussballsports in der Schweiz, die Organisation des Nicht-Amateur-Fussballs, die Wahrung der gemeinsamen Interessen ihrer Mitglieder sowie die Organisation des Wettspielbetriebs.<sup>342</sup> Die SFL wurde im 1933 unter dem Namen *Nationalliga* gegründet, auf die Saison 2003/2004 erfolgte die Umbenennung in SFL.<sup>343</sup> Auch die SFL ist als Verein im Sinne von Art. 60 ff. ZGB organisiert und hat ihren Sitz in Muri.<sup>344</sup> Obwohl die SFL grundsätzlich für die Organisation des Nichtamateurfussballs innerhalb des SFV zuständig ist, verfügt sie nicht mehr wie früher über ein eigentliches Monopol für den professionellen

---

<sup>335</sup> Art. 95 SFV-Statuten.

<sup>336</sup> Art. 79 SFV-Statuten.

<sup>337</sup> Art. 80 SFV-Statuten.

<sup>338</sup> Art. 59 Ziff. 3 FIFA-Statuten.

<sup>339</sup> Siehe hierzu vorne, Fn. 94.

<sup>340</sup> Entscheid des Obergerichts des Kantons Bern vom 19. April 2012, E. 2d, in: CaS 2/2012, S. 171 ff.

<sup>341</sup> Art. 92 Abs. 2 sowie Art. 93 Abs. 4 SFV-Statuten.

<sup>342</sup> Art. 3 SFL-Statuten.

<sup>343</sup> SCHERRER/MURESAN/LUDWIG, S. 333.

<sup>344</sup> Art. 1 SFL-Statuten.

Fussballsport in der Schweiz.<sup>345</sup> Heute sind Amateurspieler grundsätzlich für alle Ligen und Mannschaften des gemeldeten Clubs spielberechtigt, während Nichtamateurspieler grundsätzlich auch im Amateurbereich, also ausserhalb der SFL, eingesetzt werden dürfen.<sup>346</sup>

## B) Mitgliedschaft

Mitglieder der SFL sind die zehn Clubs der Super League sowie die zehn Clubs der Challenge League. Wie bereits erwähnt, steht den Clubs der Challenge League die Rechtsform des Vereins nach Art. 60 ff. ZGB oder der Aktiengesellschaft nach Art. 620 ff. OR offen, während den Clubs der Super League die Rechtsform der Aktiengesellschaft zwingend vorgeschrieben ist.<sup>347</sup> Die Mitgliedschaft eines Clubs entsteht durch Lizenzerteilung sowie (kumulativ) Aufstieg der ersten Mannschaft in die Challenge League und erlischt durch Abstieg der ersten Mannschaft aus der Challenge League bzw. (alternativ) Entzug oder Verzicht auf die Lizenz.<sup>348</sup> Nicht Mitglieder der SFL sind somit wiederum die einzelnen Spieler der Clubs, deren Funktionäre oder auch die Spielloffiziellen. Neben weiteren Pflichten steht demgegenüber den Mitgliedern insbesondere das Recht zu, am von der SFL organisierten Wettspielbetrieb teilzunehmen.<sup>349</sup>

## C) Organisation

Die Organe der SFL sind die Generalversammlung, das Komitee, die Revisionsstelle sowie die Rechtsanwendungsbehörden.<sup>350</sup> Oberstes Organ der SFL ist die *Generalversammlung*.<sup>351</sup> Befugnisse der Generalversammlung sind unter anderem die Annahme und Änderung der Statuten und Reglemente, die Wahl des Präsidenten sowie der Mitglieder des Komitees, der Mitglieder des Kontrollorgans sowie der Rechtsanwendungsbehörden.<sup>352</sup> Die Generalversammlung setzt sich zusammen aus je einem Delegierten jedes Clubs.<sup>353</sup>

---

<sup>345</sup> Früher war es so, dass einzig die Nationalliga Lizenzen für Nichtamateurspieler ausgeben konnte, wobei die Lizenzspieler damals grundsätzlich für die Nationalliga und die Amateure für die Amateur Liga (1. bis 5. Liga) spielberechtigt waren, vgl. BODMER, S. 11 m.w.H.

<sup>346</sup> Vgl. Art. 165 und 166 WR-SFV.

<sup>347</sup> Siehe vorne, S. 54

<sup>348</sup> Art. 10 f. SFL-Statuten; zur Club-Lizenzierung durch die SFL im Allgemeinen vgl. BAUMANN, Klub-Lizenzierung, S. 466 ff.

<sup>349</sup> Art. 18 lit. c SFL-Statuten.

<sup>350</sup> Art. 20 SFL-Statuten.

<sup>351</sup> Art. 26 Abs. 1 SFL-Statuten.

<sup>352</sup> Art. 29 SFL-Statuten.

<sup>353</sup> Art. 26 Abs. 2 SFL-Statuten.

Das *Komitee* setzt sich aus insgesamt neun Personen zusammen, darunter dem Präsidenten.<sup>354</sup> Das Komitee ist das Exekutivorgan der SFL und führt diese, verpflichtet und vertritt die SFL gegenüber Dritten, verpflichtet die leitenden Mitarbeiter und überwacht deren Tätigkeit, fasst Beschluss über Ausgaben ausserhalb des Budgets bis maximal CHF 500'000 pro Saison, fasst Beschluss über den Verteilschlüssel von Einnahmen und Rückvergütungen an die Clubs und schliesst Verträge zur Verwertung und Nutzung aller multimedialen Rechte sowie Werberechten an sämtlichen Spielen der SFL ab.<sup>355</sup> Daneben hat es alle Befugnisse, welche nicht einem anderen Organ zugewiesen sind, und kann überdies Befugnisse delegieren oder Aufträge an Dritte erteilen.<sup>356</sup>

Kein formelles Organ der SFL, sondern eine Behörde mit beratender Funktion ist die *Präsidentenkonferenz*, d.h. die Versammlung sämtlicher Präsidenten aller SFL-Clubs. Diese hat zur Aufgabe, die Generalversammlung der SFL sowie die Delegiertenversammlung des SFV vorzubereiten und zuhanden des Komitees Wünsche und Anregungen zu allen Fragen betreffend die SFL zu unterbreiten.<sup>357</sup> Weitere solche Behörden ohne Organschaft sind die *Schlichtungskommission*, die *Ausbildungskommission* sowie die *Lizenzadministration*. Daneben ist das Komitee befugt, weitere beratende Kommissionen zu benennen.<sup>358</sup>

## D) Rechtsorgane

Die Rechtsanwendungsbehörden der SFL sind die *Lizenzkommission*, die *Disziplinarrichter*, der als *Einzelrichter amtierende Präsident der Disziplinarcommission*, die *Disziplinarcommission*, die *Qualifikationskommission*, die *Mutationskommission*, die *Rekursinstanz für Lizenzen* sowie das *Rekursgericht*.<sup>359</sup> Aufgaben und Befugnisse dieser Rechtsorgane werden nicht in den Statuten der SFL selber, sondern in einzelnen Reglementen umschrieben, welche von der Generalversammlung genehmigt werden müssen.<sup>360</sup> Bekanntlich existieren neben diesen Rechtsanwendungsbehörden auf Stufe der Abteilung SFL auch noch Rechtsorgane auf Stufe des Dachverbandes SFV.<sup>361</sup> Dabei kommt den Rechtsanwendungsbehörden der Abteilungen grundsätzlich bis zu einer gewissen Sanktionshöhe die alleinige Strafkompetenz zu.<sup>362</sup> Sofern die Disziplinarkompetenz der mit dem Disziplinarfall befassten Behörde nicht ausreicht, hat sie die

<sup>354</sup> Art. 40 Abs. 1 SFL-Statuten.

<sup>355</sup> Art. 41 Abs. 1 SFL-Statuten.

<sup>356</sup> Art. 41 Abs. 2 und 3 SFL-Statuten.

<sup>357</sup> Art. 21 Abs. 1 lit. a sowie Art. 49 ff. SFL-Statuten.

<sup>358</sup> Art. 21 Abs. 1 SFL-Statuten.

<sup>359</sup> Art. 48 Abs. 1 SFL-Statuten.

<sup>360</sup> Art. 48 Abs. 2 SFL-Statuten.

<sup>361</sup> Siehe vorne, S. 56.

<sup>362</sup> Art. 82 SFV-Statuten sowie Art. 6 Abs. 2 SFL-Disziplinarreglement.

Angelegenheit an die Kontroll- und Disziplinarkommission des SFV zur erstinstanzlichen Entscheidfällung zu überweisen.<sup>363</sup>

### **E) Doppelte Satzungsabsicherung und Ausschluss staatlicher Gerichtsbarkeit**

Auch die Statuten der SFL enthalten eine Verpflichtung der Mitglieder, in ihren eigenen Statuten Bestimmungen aufzunehmen, wonach alle schiedsgerichtsfähigen Streitigkeiten, welche zwischen der SFL und deren Clubs bzw. zwischen den Clubs der SFL entstehen, einem zu diesem Zweck bestellten Schiedsgericht<sup>364</sup> unterbreitet werden müssen.<sup>365</sup> Daneben werden die Clubs auch verpflichtet, in alle Verträge mit Spielern, Trainern oder Funktionären Bestimmungen aufzunehmen, mittels welcher sich diese Personen verpflichten, sich für alle schiedsgerichtsfähigen Streitigkeiten ausschliesslich einem Schiedsgericht zu unterwerfen.<sup>366</sup> Damit kommen die SFL-Statuten den Vorgaben des SFV<sup>367</sup> sowie letztlich auch der FIFA<sup>368</sup> über die Ausgestaltung der Rechtspflegeverfahren nach.

Wie der SFV nimmt auch die SFL im Sinne der sogenannten doppelten Satzungsabsicherung<sup>369</sup> ihre Mitglieder in die Pflicht, dafür zu sorgen, dass deren Mitglieder, Spieler, Trainer und Funktionäre sich an Statuten, Reglemente und Entscheide sämtlicher übergeordneter Verbände (FIFA, UEFA, SFV) sowie der SFL halten.<sup>370</sup>

---

<sup>363</sup> Art. 50 lit. e SFV-Statuten.

<sup>364</sup> Als solches Schiedsgericht kommt angesichts der Regelung von Art. 89 SFV-Statuten nur das CAS infrage.

<sup>365</sup> Art. 62 lit. a SFL-Statuten.

<sup>366</sup> Art. 62 lit. b SFL-Statuten.

<sup>367</sup> Art. 89 SFV-Statuten.

<sup>368</sup> Art. 59 Ziff. 3 FIFA-Statuten.

<sup>369</sup> Siehe vorne, S. 39.

<sup>370</sup> Art. 5 Abs. 2 SFL-Statuten.

## IV. Die verbandsrechtliche Organisation der Spieloffiziellen beim SFV

Wie vorstehend bereits erläutert, fehlt es an einem direkten Mitgliedschaftsverhältnis zwischen dem SFV bzw. dessen Abteilungen und den Spieloffiziellen.<sup>371</sup> Dennoch ist für die Organisation und Regelung des Schiedsrichterwesens, insbesondere auch für die Festlegung von deren Aufgaben und Pflichten, ausschliesslich der SFV zuständig.<sup>372</sup> Die Aufgabe bzw. Verpflichtung der Clubs besteht dabei einzig darin, dem SFV eine sich aus der Anzahl seiner an der Meisterschaft teilnehmenden Mannschaften ergebende Anzahl genügend qualifizierter Spieloffizieller zur Verfügung zu stellen.<sup>373</sup> Die Organisation der Spieloffiziellen im schweizerischen Fussballsport ist wie das gesamte Verbandswesen streng hierarchisch organisiert. Die Hierarchie entspricht dabei grundsätzlich dem Aufbau der Ligen im Verbandsgebiet des SFV (5.-Liga- bis Super-League-Schiedsrichter).<sup>374</sup> Hinsichtlich der Organisation des Schiedsrichterwesens, der Aufgabe sowie der Rechte und Pflichten der Spieloffiziellen finden sich denn auch zahlreiche Rechtsquellen in den verschiedensten Reglementen, wobei im Folgenden lediglich die wichtigsten kurz genannt werden.

### 1. Rechtsquellen

#### A) IFAB-Spielregeln

Gemäss Art. 7 Ziff. 1 FIFA-Statuten hat jedes Mitglied der FIFA nach den Spielregeln des IFAB zu spielen. Entsprechend wird auch in Art. 75 der SFV-Statuten festgehalten, dass alle unter der Schirmherrschaft des SFV ausgetragenen Wettbewerbsspiele nach den offiziellen IFAB-Spielregeln gespielt werden müssen. Sämtliche vom SFV, seiner Abteilungen und Regionen angesetzten Fussballspiele sind somit nach den IFAB-Spielregeln durchzuführen.<sup>375</sup> Die

---

<sup>371</sup> Siehe vorne, S. 59.

<sup>372</sup> Vgl. auch KUHN, S. 53. Eine solche Verpflichtung der Clubs besteht auch in Deutschland (vgl. KÖHLER, Arbeitnehmerbegriff, S. 162 f. m.w.H.).

<sup>373</sup> Art. 121 Abs. 1 WR-SFV.

<sup>374</sup> Vgl. WEBER, Strukturen, S. 440.

<sup>375</sup> Die IFAB-Spielregeln werden noch durch die im jährlich von der Schiedsrichterkommission SFV herausgegebenen Merkblatt für die Schiedsrichter festgehaltenen SFV-Ausführungsbestimmungen ergänzt. Letztere sollen gemäss Ziff. 1 lit. a SR-Merkblatt gegenüber den IFAB-Spielregeln gar Vorrang haben. Ein solcher Vorrang scheint indes weder mit der Bestimmung von Art. 75 SFV-Statuten noch mit jener von Art. 7 Ziff. 1 FIFA-Statuten vereinbar, zumal Letzterer nicht einmal eine Kompetenz der Nationalverbände zum Erlass eigener Ausführungsbestimmungen entnommen werden kann.

Überwachung der Regeleinhaltung einschliesslich der Verhängung von Sanktionen als eigentliche Hauptschwerpunkte der Tätigkeit der Spieloffiziellen ist denn auch in erster Linie in diesen IFAB-Spielregeln sowie den diese präzisierenden Weisungen der Schiedsrichterkommission des SFV<sup>376</sup> sowie des Ressorts Spitzenschiedsrichter des SFV (Letzteres nur an die Spieloffiziellen der SFL)<sup>377</sup> zu finden. Die bedeutendsten spezifischen Vorschriften für die Spieloffiziellen des gesamten Fussballregelwerks sind die Regeln 5 und 6 IFAB-Spielregeln, von welchen sich die gesamte Aufgabenfülle und Matchbefugnis der Spieloffiziellen ableiten.<sup>378</sup> So verleiht Regel 5 dem Schiedsrichter die uneingeschränkte Befugnis und auferlegt ihm gleichzeitig auch die Pflicht, die Spielregeln beim von ihm geleiteten Spiel durchzusetzen. Gemäss Regel 6 haben die weiteren Spieloffiziellen<sup>379</sup> den Schiedsrichter hierbei zu unterstützen, wobei die endgültige Entscheidung jedoch letztlich immer der Schiedsrichter zu treffen hat. Hinsichtlich einzelner Regelverstösse enthält insbesondere die Regel 12 noch weitere, von den Spieloffiziellen im Einzelnen anzuordnende Massnahmen. So wird darin die Anordnung von regeltechnischen (direkter und indirekter Freistoss, Strafstoss) sowie disziplinarischen Strafen (Verwarnung, Ausschluss) abgehandelt. Schliesslich enthalten die IFAB-Spielregeln neben den eigentlichen Fussballspielregeln auch noch einen praktischen Leitfaden für Spieloffizielle. Dieser enthält praktische Anweisungen für die Tätigkeit der Spieloffiziellen hinsichtlich ihrer Positionierung auf dem Spielfeld, Zusammenarbeit, Körpersprache und Kommunikation sowie sonstige Ratschläge.

## **B) SFV-Reglement für Schiedsrichter und Assistenten**

Zur Regelung eines einheitlichen Schiedsrichterwesens insbesondere hinsichtlich der Aufgaben und Kompetenzen der Spieloffiziellen hat der SFV das Reglement für Schiedsrichter und Schiedsrichter-Assistenten (SSAR) erlassen. Dieses Reglement ist jedoch sehr allgemein gehalten und wird durch die Richtlinien für die Zusammenarbeit zwischen Schiedsrichter und Schiedsrichter-Assistenten und zahlreiche weitere durch die Schiedsrichterkommission des SFV sowie durch die Schiedsrichterkommissionen der Regionalverbände erlassenen Reglemente, Weisungen und Richtlinien konkretisiert und ergänzt. Daneben enthalten auch andere Reglemente punktuelle Regelungen hinsichtlich der Spieloffiziellen.<sup>380</sup>

---

<sup>376</sup> Art. 15 Abs. 2 WR-SFV.

<sup>377</sup> Ziff. 9.3 Geschäftsreglement SK-SFV.

<sup>378</sup> Vgl. auch KUHN, S. 46.

<sup>379</sup> Vgl. hierzu vorne, S. 5 f.

<sup>380</sup> So wird beispielsweise in Art. 17 ff. SFV-Wettspielreglement die Vorgehensweise bei Ausfall oder Nichterscheinen von Spieloffiziellen geregelt.



## C) Geschäftsreglement der Schiedsrichterkommission des SFV

Regelungen zur Organisation sowie Aufbau des Schiedsrichterwesens finden sich demgegenüber primär in Art. 56 f. der SFV-Statuten sowie dem gestützt hierauf erlassenen Geschäftsreglement Schiedsrichterwesen des SFV. Dieses regelt in erster Linie die Zusammenarbeit zwischen der strategisch tätigen Schiedsrichterkommission des SFV sowie dem operativ tätigen Refereeing Department, die Aufgabenverteilung innerhalb der Schiedsrichterkommission, die Aufgaben deren einzelner Ressorts sowie die Zusammenarbeit der Schiedsrichterkommission des SFV mit denjenigen seiner Regionalverbände.<sup>381</sup>

## D) SFL-Anstellungsbedingungen

Eine relativ neue Rechtsquelle stellen die am 1. Juli 2012 in Kraft getretenen Anstellungsbedingungen für die Spieloffiziellen der SFL dar. Diese enthält Regelungen zu Rechten und Pflichten der Spieloffiziellen, Entschädigungen, Ferien, Versicherungen sowie Rechtsstreitigkeiten<sup>382</sup>. Mit dem erstmaligen Einsatz eines Spieloffiziellen nach dessen definitiver Promotion bei einem SFL-Spiel wird vermutet, dass er die SFL-Anstellungsbedingungen akzeptiert.<sup>383</sup> Dem persönlichen Anwendungsbereich der SFL-Anstellungsbedingungen sind sämtliche in der SFL eingesetzten Spieloffiziellen unterworfen, sachlich finden diese jedoch ausschliesslich bei Spielen der SFL Anwendung.<sup>384</sup> Keine Anwendung finden die SFL-Anstellungsbedingungen demnach bei Meisterschaftsspielen der übrigen Abteilungen des SFV, Spielen im Schweizer Cup, Trainingsspielen sowie internationalen Spielen jeglicher Art.

Sinn und Zweck der SFL-Anstellungsbedingungen ist gemäss deren Einleitung die detaillierte Regelung der Anstellungsbedingungen der Spieloffiziellen gegenüber dem SFV als Arbeitgeber bei offiziellen SFL-Meisterschaftsspielen anstelle von schriftlichen individuellen Einzelarbeitsverträgen.<sup>385</sup> Anders als den

---

<sup>381</sup> Vgl. Art. 57 Abs. 2 SFV-Statuten sowie lit. A Geschäftsreglement SK-SFV.

<sup>382</sup> Bemerkenswerterweise enthalten die SFL-Anstellungsbedingungen keine Schiedsvereinbarung, welche die staatliche Gerichtsbarkeit wie üblich soweit als möglich ausschliesst, sondern halten die Parteien bei Auftreten eines Konflikts lediglich zur Durchführung eines Mediationsverfahrens an, auf welches jedoch jederzeit verzichtet werden kann, falls eine Partei es für notwendig hält, umgehend das Gericht anzurufen oder durch gesetzliche Fristen hierzu gezwungen ist (vgl. Ziff. 4 Abs. 2 SFL-Anstellungsbedingungen).

<sup>383</sup> Vgl. Einleitung zu SFL-Anstellungsbedingungen.

<sup>384</sup> Vgl. Einleitung zu SFL-Anstellungsbedingungen.

<sup>385</sup> Vgl. Einleitung zu SFL-Anstellungsbedingungen. Subsidiär werden denn auch in der Einleitung der SFL-Anstellungsbedingungen die Regelungen des Obligationenrechts, im Speziellen diejenigen über den Einzelarbeitsvertrag, als anwendbar er-

übrigen Rechtsquellen kommt den SFL-Anstellungsbedingungen eine rechtliche Doppelnatur zu. Einerseits sind sie als Verbandsreglement zu qualifizieren. Andererseits bilden sie jedoch auch Bestandteil der Rechtsbeziehung zwischen den Spielloffiziellen und dem SFV. Da sie als solche jedoch nicht individuell ausgehandelt werden können, sind sie auch als allgemeine Vertragsbedingungen zu qualifizieren.<sup>386</sup> Entsprechend finden hierauf grundsätzlich auch die Vorschriften, wie sie für den Einbezug allgemeiner Vertragsbedingungen bestehen, Anwendung.<sup>387</sup> Hierzu zählt unter anderem auch die sogenannte *Ungewöhnlichkeitsregel*, gemäss welcher ungewöhnliche Vertragsklauseln für eine diesen allgemeinen Vertragsbedingungen global zustimmende Partei nicht verbindlich sind. Dies vor dem Hintergrund, dass die Gegenpartei nach Treu und Glauben nicht davon ausgehen darf, dass solche ungewöhnlichen Klauseln von der pauschal erteilten Zustimmung erfasst sind.<sup>388</sup> Ob sich dabei allenfalls wie von KLEINER postuliert aufgrund des möglicherweise beeinträchtigten öffentlichen Interesses an einer einheitlichen Reglementierung des Sportgeschehens eine zurückhaltende Anwendung dieser Regel rechtfertigt,<sup>389</sup> kann an dieser Stelle sodann offengelassen werden.

## E) Rechtsquellen der FIFA und der UEFA

Neben den vorerwähnten Reglementen und Weisungen des SFV sind im Zusammenhang mit der Organisation des Schiedsrichterwesens im schweizerischen Fussballsport auch noch zwei Erlasse der internationalen Verbände FIFA und UEFA einschlägig. Einerseits das *Reglement der FIFA für die Organisation des Schiedsrichterwesens bei FIFA-Mitgliedsverbänden*, welches für sämtliche Mitgliederverbände verbindlich ist, andererseits die *UEFA-Schiedsrichterkonvention* betreffend die Ausbildung und Organisation von Schiedsrichtern, welche nur für diejenigen Mitgliederverbände verbindlich ist, die der Konvention beigetreten sind, so unter anderem der SFV.<sup>390</sup> Sowohl das Reglement der FIFA über die Organisation des Schiedsrichterwesens als auch die UEFA-Konvention enthalten indes praktisch keinerlei Regelungen, welche direkten Einfluss auf die Aufgaben und Kompetenzen der Spielloffiziellen des SFV haben. Vielmehr richten sich beide Erlasse in erster Linie an die Mitgliederverbände und sind von diesen in deren Organisationsstruktur des Schiedsrichterwesens zu übernehmen. Während das FIFA-SR-Reglement den Mitglie-

---

klärt.

<sup>386</sup> Vgl. auch FUCHS, S. 76; SUTTER, S. 114 m.w.H.; MÄTZLER, S. 189 m.w.H.; BAD-DELEY, statut, S. 76 f. m.w.H.

<sup>387</sup> KLEINER, S. 71.

<sup>388</sup> Vgl. anstelle vieler HUGUENIN, Nrn. 619 ff. sowie GAUCH/SCHLUEP et al., Nrn. 1136 ff.

<sup>389</sup> KLEINER, S. 71 ff.

<sup>390</sup> Art. 2 UEFA-Konvention.

derverbänden in erster Linie Minimalanforderungen hinsichtlich der Zusammensetzung und Aufgaben der Schiedsrichterkommission sowie der Schiedsrichterabteilung,<sup>391</sup> der Kategorien der Spieloffiziellen,<sup>392</sup> deren Aufgebot,<sup>393</sup> Beförderung und Rückstufung<sup>394</sup> und zu Ausbildungs- und Förderprogrammen<sup>395</sup> vorgibt, enthält die UEFA-Konvention mitunter detaillierte Anweisungen an die Mitgliederverbände, insbesondere hinsichtlich der Struktur und Organisation<sup>396</sup> sowie der Aus- und Weiterbildung der Spieloffiziellen.<sup>397</sup> Zudem sieht die UEFA-Konvention bei entsprechender Einhaltung der Konvention eine jährliche finanzielle Anreizzahlung vor,<sup>398</sup> während im FIFA-SR-Reglement betreffend die Finanzen lediglich festgehalten wird, dass die Schiedsrichterabteilung ein von der Schiedsrichterkommission zu genehmigendes Jahresbudget der Generalversammlung des Mitgliedverbands zu unterbreiten habe.<sup>399</sup> Diesen Mindestanforderungen hinsichtlich der Organisation des Schiedsrichterwesens ist der SFV durch die Bildung des neben der strategisch tätigen Schiedsrichterkommission operativ tätigen Refereeing Departments sowie der Zuweisung der entsprechenden Aufgaben nachgekommen.<sup>400</sup> Dabei ist die Schiedsrichterkommission wie von der FIFA gefordert<sup>401</sup> direkt dem SFV, konkret dem Zentralvorstand, unterstellt und ihr untersteht gemäss den Vorgaben der FIFA sowie der UEFA das gesamte Schiedsrichterwesen in der Schweiz.<sup>402</sup> Für die Umsetzung insbesondere der durch die UEFA-Konvention, aber auch das FIFA-SR-Reglement geforderten Grundlagen, Konzepte und Programme für die Aus- und Weiterbildung der Spieloffiziellen ist demgegenüber das Refereeing Department zuständig.<sup>403</sup>

---

<sup>391</sup> Art. 5 ff. FIFA-SR-Reglement.

<sup>392</sup> Art. 11 FIFA-SR-Reglement.

<sup>393</sup> Art. 12 FIFA-SR-Reglement.

<sup>394</sup> Art. 13 FIFA-SR-Reglement.

<sup>395</sup> Art. 16 ff. FIFA-SR-Reglement.

<sup>396</sup> Anhang A UEFA-Konvention.

<sup>397</sup> Anhang B UEFA-Konvention.

<sup>398</sup> Anhang C UEFA-Konvention.

<sup>399</sup> Art. 9 Abs. 1 FIFA-SR-Reglement.

<sup>400</sup> Vgl. lit. A Geschäftsreglement SK-SFV.

<sup>401</sup> Art. 14 Ziff. 1 lit. g FIFA-Statuten sowie Art. 3 Abs. 1 FIFA-SR-Reglement.

<sup>402</sup> Ziff. 4.1. Geschäftsreglement SK-SFV.

<sup>403</sup> Ziff. 13.1. Geschäftsreglement SK-SFV.

## 2. Organisationsstruktur im Amateurfussball

Bevor auf die Organisationsstruktur der Spieloffiziellen im schweizerischen Nichtamateurfussball eingegangen werden kann, muss an dieser Stelle zunächst in aller Kürze die Organisationsstruktur im schweizerischen Amateurfussball vorgestellt werden. Diese bildet gleichsam die Grundlage der Organisationsstruktur auch für den Nichtamateurfussball.

### A) Direkte Clubmitgliedschaft und mittelbare Verbandsmitgliedschaft

Jeder Spieloffizielle hat zwingend Mitglied eines Clubs des SFV zu sein,<sup>404</sup> darf jedoch aus Neutralitätsgründen keine Spiele leiten, an welchen Mannschaften seines Clubs teilnehmen.<sup>405</sup> Entsprechend führen die Spieloffiziellen ihre Tätigkeit auch nicht für ihren Club, sondern ausschliesslich für den SFV aus. Darüber hinaus besteht weder ein direktes Mitgliedschaftsverhältnis zum SFV noch zu dessen Abteilungen oder Regionalverbänden. Sinn und Zweck dieser obligatorischen Mitgliedschaft der Spieloffiziellen in einem SFV-Club dürfte neben der damit verbundenen Gewähr, dass dem SFV damit für die Durchführung eines geordneten Meisterschaftsbetriebs auf allen Stufen regelmässig eine genügende Anzahl Spieloffizielle zur Verfügung steht,<sup>406</sup> in erster Linie die sich hieraus zwangsläufig ergebende Unterwerfung unter die Verbandsgewalt über das Prinzip der doppelten Satzungsabsicherung<sup>407</sup> sein.<sup>408</sup> Über die Clubmitgliedschaft werden die Spieloffiziellen damit zu sogenannten *mittelbaren Verbandsmitgliedern*.<sup>409</sup>

Die Spieloffiziellen sind somit gleichzeitig zwei miteinander verbundenen Rechtskreisen unterstellt. Einerseits als Clubmitglied der Satzung ihres Clubs, welche sich an sie als «normales» Vereinsmitglied wenden, ihre Rechte und Pflichten als Clubmitglied regeln, jedoch keinerlei besondere Vorschriften über ihre Stellung als Spieloffizielle enthält. Andererseits unterstehen sie als mittelba-

---

<sup>404</sup> Ziff. 2 SSAR.

<sup>405</sup> Ziff. 31 SSAR.

<sup>406</sup> Vgl. auch SCHERRER, Schiedsrichter, S. 255. Zur Pflicht jedes mit einer oder mehreren Mannschaften an Meisterschaftsspielen des SFV oder seiner Regionalverbände teilnehmenden Clubs zum Stellen einer gewissen Anzahl von Spieloffiziellen vgl. Art. 121 Abs. 1 WR-SFV.

<sup>407</sup> Siehe hierzu vorne, S. 57 f.

<sup>408</sup> Vgl. WEBER, Strukturen, S. 443 sowie S. 450; KUHN, S. 54 ff., SCHÖNTAG, S. 88. Eine solche Bindung an die Verbandsregeln ergibt sich darüber hinaus auch aus dem mit der Ausstellung des Schiedsrichterausweises sowie der Aufnahme auf die offizielle Liste der SFV-Spieloffiziellen verbundenen Abschluss eines (mündlichen) Regelanerkennungsvertrags (siehe hinten, S. 96).

<sup>409</sup> WEBER, Strukturen, S. 452; SCHÖNTAG, S. 81.

re Mitglieder auch den Verbandsregeln des SFV und damit ebenso denjenigen der FIFA und der UEFA, welche sich in erster Linie an die Spielloffiziellen in ihrer Eigenschaft als Träger eines sportlichen Amtes richten, indem sie insbesondere organisatorische Bestimmungen sowie Rechte und Pflichten in Bezug auf die Ausübung ihrer Tätigkeit als Spielloffizielle enthalten.<sup>410</sup>

## B) Zugehörigkeit zu einem Regionalverband

Neben dem zwingend zu einem SFV-Club bestehenden Mitgliedschaftsverhältnis gehört jeder Spielloffizielle auch einem Regionalverband an, wobei diese Zugehörigkeit alleine aus dem Wohnort des einzelnen Spielloffiziellen geografisch abgeleitet wird.<sup>411</sup> Wie zwischen dem SFV und den Spielloffiziellen besteht auch zwischen diesen und dem jeweiligen Regionalverband kein direktes, sondern lediglich ein mittelbares Mitgliedschaftsverhältnis.<sup>412</sup> Die Regionalverbände sind zuständig für die Rekrutierung der Spielloffiziellen sowie deren Aus- und Weiterbildung, wobei die Schiedsrichterkommission des SFV entsprechende Richtlinien erlässt.<sup>413</sup> Sie entscheiden ferner über Promotion und Relegation der Spielloffiziellen in ihrem Verbandsgebiet, wobei diese zunächst jeweils nur in Juniorenspielen eingesetzt werden und bei positiven Leistungsbeurteilungen durch Spielbeobachter anlässlich von geleiteten Spielen<sup>414</sup> sowie dem Bestehen allfälliger Leistungstests in eine höhere Liga promoviert resp. bei negativen Leistungsbeurteilungen sowie allenfalls auch bei Nichtbestehen allfälliger Leistungstests auch in tiefere Ligen relegiert werden können.

## C) Spielloffizielle als faktische Verbandsorgane?

Obwohl die Spielloffiziellen keine direkten Mitglieder des SFV<sup>415</sup> sind, üben sie im Rahmen der von ihnen geleiteten Spiele regelmässig auch eine Repräsentationsfunktion für den SFV aus und vertreten dabei gleichsam die Verbandsgewalt. In diesem Zusammenhang werden sie denn auch im SSAR als *Vertrauenspersonen des Verbands* bezeichnet.<sup>416</sup> Es stellt sich deshalb die Frage, ob die Spielloffiziellen rechtlich allenfalls als Organ des SFV zu qualifizieren sind und sie

<sup>410</sup> Vgl. auch SCHÖNTAG, S. 49 f.

<sup>411</sup> Vgl. Ziff. 4 SSAR.

<sup>412</sup> Vgl. auch WEBER, Strukturen, S. 444.

<sup>413</sup> Ziffn. 5 und 7 SSAR.

<sup>414</sup> Die Spielbeobachter beurteilen die Leistungen der Spielloffiziellen anlässlich von durch die Spielloffiziellen geleiteten Spielen anhand einer Notenskala, wobei sie bei überdurchschnittlichen Leistungen Vorschläge für einen Aufstieg in eine höhere Liga bzw. bei unterdurchschnittlichen Leistungen Vorschläge für eine Relegation in eine tiefere Liga an den Regionalverband machen können.

<sup>415</sup> Siehe hierzu vorne, S. 54.

<sup>416</sup> Ziff. 10 SSAR.

diesen durch ihre Handlungen auch aus Art. 55 Abs. 2 ZGB verpflichtet können.<sup>417</sup>

Eine formelle Organschaft kann dabei bereits aufgrund der Statuten des SFV ausgeschlossen werden. Gemäss diesen kommt selbst der Schiedsrichterkommission lediglich die Stellung einer ständigen Kommission und nicht diejenige eines Organs zu.<sup>418</sup> Den Spieloffiziellen selber räumen die Statuten erst recht keine formelle Organstellung ein, womit eine Berufung de forma zur Wahrnehmung von Organfunktionen somit unmöglich ist.<sup>419</sup> Ergibt sich die Organschaft der Spieloffiziellen nicht aus den Statuten, könnte allenfalls noch eine faktische Organschaft vorliegen, indem sie de facto an der Willensbildung des Verbands teilhaben und mit entsprechender rechtlicher oder tatsächlicher Entscheidkompetenz ausgestattet sein könnten. Das massgebende Kriterium für eine solche faktische Organstellung wäre dabei der Grad der selbständigen Entscheidungsbefugnis im wesentlichen Aufgabenbereich der Spieloffiziellen. Eine faktische Organstellung wäre dann zu bejahen, falls sie an der Verantwortung für den Verband massgeblich und in einem abgrenzbaren Bereich selbständig beteiligt wären.<sup>420</sup> Dies dürfte wohl für die Schiedsrichterkommission des SFV auf nationaler Ebene sowie die Schiedsrichterkommissionen der Regionalverbände zutreffen,<sup>421</sup> jedoch klarerweise nicht für die einzelnen Spieloffiziellen. Ihr Aufgabenbereich beschränkt sich auf die Leitung von Fussballspielen. Darüber hinaus verfügen sie über keine Befugnisse, einen abgrenzbaren Bereich des Verbandes selbständig zu führen. Daran vermag auch der Umstand nichts zu ändern, dass die Spieloffiziellen die ihnen zugewiesenen Spiele selbständig und eigenverantwortlich zu leiten haben und dabei für den SFV durchaus gewisse faktische Repräsentationsfunktionen wahrnehmen. Dies alleine macht sie noch zu keinem faktischen Verbandsorgan.<sup>422</sup> Die Spielleitung ist lediglich ein Amt und die Spieloffiziellen sind somit lediglich Amtsträger und nicht Organe des SFV,

---

<sup>417</sup> Diese Verpflichtung bestünde nicht nur im Falle einer formellen, sondern auch einer faktischen Organstellung (HUGUENIN/REITZE, Art. 54/55 ZGB N 13).

<sup>418</sup> Siehe vorne, S. 56. Dasselbe gilt im Übrigen auch auf Stufe der Regionalverbände, vgl. beispielsweise Art. 13 IFV-Statuten. Anders die Rechtslage beispielsweise in Deutschland, wo zwar der Schiedsrichterausschuss regelmässig Verbandsorgan ist, jedoch die einzelnen Spieloffiziellen ebenso wenig wie in der Schweiz (KUHN, S. 57 f.).

<sup>419</sup> HAUSHEER/AEBI-MÜLLER, Nr. 17.72; HOFER/HRUBESCH-MILLAUER, Nr. 14.18; RIEMER, Personenrecht, Nr. 565; MEIER-HAYOZ/FORSTMOSER, § 2 N 31.

<sup>420</sup> HAUSHEER/AEBI-MÜLLER, Nr. 17.73; HOFER/HRUBESCH-MILLAUER, Nr. 14.18; RIEMER, Personenrecht, Nr. 565; MEIER-HAYOZ/FORSTMOSER, § 2 N 31 f.

<sup>421</sup> Vgl. KÖHLER, Haftung, S. 8.

<sup>422</sup> Vgl. auch REDELL, S. 69 f.; a.M. SCHWAB, S. 940.

womit sich für die Spielloffiziellen auch keine Verpflichtungen gegenüber dem SFV aus einer Organstellung ergeben.<sup>423</sup>

## **D) Organisatorische Verantwortlichkeit für die Belange der Spielloffiziellen**

Verantwortlich für das Schiedsrichterwesen im Amateurfussball sind grundsätzlich die regionalen Schiedsrichterkommissionen, wobei das Ressort Amateurfussball und Entwicklung des SFV mit den Präsidenten der regionalen Schiedsrichterkommissionen eine institutionalisierte Zusammenarbeit und einen Austausch pflegt, für das regionale Schiedsrichterwesen Richtlinien erarbeitet und die Regionalverbände in ihren Aufgaben im Zusammenhang mit dem Schiedsrichterwesen unterstützt.<sup>424</sup> Daneben übt das Ressort Amateurfussball und Entwicklung die Oberaufsicht über das Schiedsrichterwesen in der zwar überregionalen, jedoch noch zur Abteilung der Amateur Liga gehörigen 2. Liga interregional aus.<sup>425</sup> Überdies ist das Ressort Amateurfussball und Entwicklung auch verantwortlich für die Belange der Spielloffiziellen in den Bereichen Frauen, Beachsoccer und Futsal.<sup>426</sup> Verantwortlich für die Belange der Spielloffiziellen in der Ersten Liga ist das Ressort Nachwuchs des SFV.<sup>427</sup>

## **E) Rechte und Pflichten der Spielloffiziellen**

Die Rechte und Pflichten<sup>428</sup> der Spielloffiziellen ergeben sich einerseits aus deren direkter Mitgliedschaft in ihrem jeweiligen Club, andererseits aus deren mittelbarer Mitgliedschaft im SFV sowie im jeweiligen Regionalverband.

### *a) Aus Clubmitgliedschaft*

#### *aa) Rechte und Pflichten von Vereinsmitgliedern*

Ausser den Clubs der SFL sind sämtliche Fussballclubs der Schweiz zwingend als Vereine gemäss Art. 60 ff. ZGB organisiert.<sup>429</sup> Die Mitgliedschaftspflichten

<sup>423</sup> Vgl. auch KUHN, S. 57 f. sowie SÖGÜT, S. 126. HEERMANN, Fehlverhalten, S. 52 f. lehnt eine Organstellung der Spielloffiziellen in erster Linie aufgrund der haftungsrechtlichen Konsequenzen für die Verbände ab; a.M. SCHÖNTAG, S. 95 m.w.H.

<sup>424</sup> Ziff. 11.2. Abs. 1 Geschäftsreglement SK-SFV.

<sup>425</sup> Ziff. 11.2. Abs. 2 Geschäftsreglement SK-SFV.

<sup>426</sup> Ziff. 11.3. ff. Geschäftsreglement SK-SFV.

<sup>427</sup> Ziff. 10.2. Geschäftsreglement SK-SFV.

<sup>428</sup> An dieser Stelle werden lediglich die sich aus den einschlägigen Vereins- und Verbandsreglementen ergebenden Rechte und Pflichten der Spielloffiziellen abgehandelt. Diese sind streng auseinanderzuhalten von eventuellen zusätzlichen vertragsrechtlichen Bindungen, welche sich allenfalls gegenseitig überlagern können (vgl. SUTTER, S. 72 f. m.w.H.).

<sup>429</sup> Siehe vorne, S. 54.

von Vereinsmitgliedern beschränken sich grundsätzlich auf die persönlichen und die vermögensrechtlichen Pflichten. Lehre und Praxis anerkennen im Rahmen der persönlichen Pflichten eine allgemeine Treuepflicht der Vereinsmitglieder, wonach diese alles zu unterlassen haben, was den Interessen des Vereins schaden könnte. Die Statuten können weitere persönliche Pflichten vorsehen.<sup>430</sup> So schreibt der SFV seinen Mitgliedern wie bereits erwähnt vor, dass deren Statuten eine Bestimmung enthalten müssen, wonach die Statuten, Reglemente und Beschlüsse des SFV, der FIFA und der UEFA für die Vereinsmitglieder als verbindlich erklärt werden.<sup>431</sup> Auf diese Weise wird den Vereinsmitgliedern durch die Vereinsstatuten eine persönliche Pflicht zur Einhaltung sämtlicher Statuten, Reglemente und Beschlüsse dieser drei Verbände auferlegt. Die vermögensrechtlichen Pflichten der Vereinsmitglieder beschränken sich auf die Bezahlung des Mitgliederbeitrags.<sup>432</sup> Eine Verletzung dieser Pflichten kann zu Sanktionen des Vereins führen, sei es zum Ausschluss oder zur Verhängung einer Busse.

Anders als das deutsche Recht<sup>433</sup> kennt das schweizerische Vereinsrecht grundsätzlich keine Pflicht zur Übernahme von Ämtern. Immerhin kann sich eine solche Pflicht jedoch ohne Weiteres aus den Statuten im Sinne einer weiteren persönlichen Pflicht ergeben. Die Statuten können insbesondere bei Sportvereinen auch die Pflicht zur Teilnahme bzw. Beteiligung an Veranstaltungen wie Trainings oder Wettkämpfen vorsehen.<sup>434</sup> Eine Pflicht der Spielloffiziellen zur Leitung von Spielen kann sich aus solchen statutarischen Verpflichtungen jedoch nie ergeben, handelt es sich bei der Tätigkeit der Spielloffiziellen doch wie bereits erwähnt nicht um ein Vereinsamt, sondern vielmehr um eine Verbandstätigkeit.<sup>435</sup>

Die Rechte der Vereinsmitglieder werden gemeinhin in Mitwirkungs- oder Mitverwaltungsrechte<sup>436</sup>, Schutzrechte und weitere Rechte unterteilt. Wichtigstes Mitwirkungsrecht ist regelmässig das Stimmrecht und das damit verbundene

<sup>430</sup> HAUSHEER/AEBI-MÜLLER, Nr. 18.46; RIEMER, Personenrecht, Nr. 673 f.

<sup>431</sup> Siehe vorne, S. 57; vgl. hierzu beispielsweise Art. 2 Statuten SC Kriens.

<sup>432</sup> Art. 71 ZGB, vgl. HAUSHEER/AEBI-MÜLLER, Nr. 18.47.

<sup>433</sup> KUHN, S. 57 m.w.H.; SCHÖNTAG, S. 95 m.w.H.; WEBER, Strukturen, S. 452 m.w.H.

<sup>434</sup> RIEMER, Personenrecht, Nr. 673.

<sup>435</sup> Siehe vorne, S. 67; vgl. auch KUHN, S. 57; WEBER, Strukturen, S. 452; SCHÖNTAG, S. 95. A.M. KÖHLER, Arbeitnehmerbegriff, S. 162 ff., welcher durchaus eine mindestens theoretische, in der Praxis jedoch nicht wahrgenommene Möglichkeit erkennen will, wonach eine mitgliedschaftliche Verpflichtung der Spielloffiziellen zur Leitung von Spielen gegenüber deren Club zufolge der seitens des Clubs bestehenden Verpflichtung gegenüber dem Verband, eine bestimmte Anzahl von aktiven Spielloffiziellen zur Sicherstellung eines ordentlichen Spielbetriebs zu stellen, besteht.

<sup>436</sup> BRÜCKNER, Nr. 1273 f.



Recht auf Teilnahme an der Generalversammlung.<sup>437</sup> Daneben ist auch noch das Recht auf Auskunft zu erwähnen.<sup>438</sup> Zu den Schutzrechten gehört namentlich der Schutz vor Zweckumwandlung,<sup>439</sup> unzulässigen Vereinsbeschlüssen<sup>440</sup> und ungerechtfertigtem Ausschluss. Weiter gilt das Recht auf Gleichbehandlung der Mitglieder als ungeschriebener Grundsatz. Als weitere Rechte können den Vereinsmitgliedern statutarisch beispielsweise Benützungsrechte oder Dienstleistungen eingeräumt werden.<sup>441</sup> Hinsichtlich ihrer Verbandstätigkeit als Spieloffizielle lassen sich aus der Vereinsmitgliedschaft indes keine spezifischen Rechte ableiten.

*bb) Rechte und Pflichten von durch Aktiengesellschaften gestellten Spieloffiziellen*

Für die der SFL zugehörigen Clubs besteht hinsichtlich deren Rechtsform insofern eine Ausnahmeregelung, als die in der Super League spielenden Clubs zwingend in der Form einer Aktiengesellschaft organisiert sein müssen, während sich die Clubs der Challenge League für eine der beiden Rechtsformen (Aktiengesellschaft oder Verein) entscheiden können.<sup>442</sup> Die im Wettspielreglement des SFV enthaltene Verpflichtung,<sup>443</sup> wonach jeder Club, welcher mit einer oder mehreren Mannschaften an der Meisterschaft teilnimmt, eine genügende Anzahl qualifizierter Spieloffizieller zu stellen hat, gilt selbstredend auch für die in der Form der Aktiengesellschaft organisierten Clubs der SFL. Zwar wird im SSAR festgehalten, jeder Spieloffizielle habe Mitglied eines Vereins des SFV zu sein.<sup>444</sup> Aus dieser Bestimmung kann jedoch nicht geschlossen werden, dass aus verbandsrechtlicher Sicht die Mitgliedschaft eines Spieloffiziellen in einer der SFL zugehörigen Aktiengesellschaft ausgeschlossen wäre, stammt doch das SSAR aus einer Zeit, in welcher auch die Clubs der SFL bzw. der damaligen Nationalliga noch ausnahmslos in der Form des Vereins ausgestaltet sein mussten.<sup>445</sup> Gegen diese Auffassung spricht auch die Tatsache, dass die SFL-Statuten ihren als Aktiengesellschaften organisierten Mitgliedern ausdrücklich erlauben, alle gemäss den SFV-Statuten anerkannten Fussballformen unter dem Dach der

<sup>437</sup> Art. 67 Abs. 1 ZGB.

<sup>438</sup> BRÜCKNER, Nr. 1274.

<sup>439</sup> Art. 74 ZGB.

<sup>440</sup> Art. 75 ZGB.

<sup>441</sup> Vgl. zum Ganzen HAUSHEER/AEBI-MÜLLER, Nrn. 18.49 ff.; RIEMER, Personenrecht, Nrn. 659 ff.

<sup>442</sup> Siehe vorne, S. 54.

<sup>443</sup> Art. 121 Abs. 1 WR-SFV.

<sup>444</sup> Ziff. 2 SSAR.

<sup>445</sup> Während das SSAR aus dem Jahre 2001 stammt, besteht mittlerweile die Möglichkeit bzw. Pflicht der SFL-Clubs, als Aktiengesellschaft organisiert zu sein (vgl. Art. 12 SFL-Statuten), erst seit 2005.

Aktiengesellschaft zu organisieren und zu betreiben.<sup>446</sup> Die Clubs wären also grundsätzlich nicht verpflichtet, neben der Aktiengesellschaft auch noch einen Verein weiterzuführen. Soweit ersichtlich haben jedoch sämtliche als Aktiengesellschaften organisierten Clubs eine solche aus mindestens zwei juristischen Personen bestehende Struktur gewählt, wobei ein Teil der Mannschaften und auch der Spieloffiziellen unter der Clubnummer der Aktiengesellschaft und der andere Teil der Mannschaften und Spieloffiziellen unter der Clubnummer des nach wie vor bestehenden Vereins gemeldet wird. In der Praxis ist es jedoch regelmässig so, dass auch die unter der Clubnummer der Aktiengesellschaft gemeldeten Spieloffiziellen regelmässig Mitglieder des Vereins und nicht der Aktiengesellschaft sind.<sup>447</sup> Dies wohl aus rein praktischen Überlegungen, da im Falle einer Mitgliedschaft der Spieloffiziellen bei der Aktiengesellschaft diese Aktionäre der Gesellschaft sein müssten, ist doch die Mitgliedschaft und alle damit verbundenen Rechte in einer Aktiengesellschaft an den Besitz mindestens einer Aktie gebunden.<sup>448</sup> Ein anderweitiger Erwerb der Mitgliedschaft in einer Aktiengesellschaft ist demgegenüber nicht möglich.<sup>449</sup> Somit kann auch hinsichtlich der Rechte und Pflichten von durch Aktiengesellschaften gestellten Spieloffiziellen auf die Ausführungen zu Vereinsmitgliedern verwiesen werden.<sup>450</sup>

---

<sup>446</sup> Art. 13 Abs. 1 SFL-Statuten.

<sup>447</sup> Vgl. hierzu beispielsweise die Situation beim Super-League-Club FC Luzern. Dieser besteht aus mehreren verschiedenen juristischen Personen. Dem Hauptverein unterstehen neben fünf weiteren Sektionen auch die Sektionen Fussball Frauen und Breitensport, wobei Letzterer die Amateurmansschaften des FC Luzern unterstellt sind (Art. 4 Abs. 1 FCL-Statuten i.V.m. Art. 2 Statuten FCL-Breitensport). Die Mitglieder der Sektion Fussball Breitensport, darunter auch die Spieloffiziellen, sind gleichzeitig auch Mitglieder des Hauptvereins (Art. 5 Statuten FCL-Breitensport i.V.m. Art. 12 FCL-Statuten). Der Betrieb der ersten Mannschaft sowie des Spitzen-Nachwuchsbereichs wird über die FC Luzern-Innerschweiz AG abgewickelt, wobei das Verhältnis dieser beiden juristischen Personen zueinander vertraglich geregelt ist (Art. 5 FCL-Statuten i.V.m. Art. 2 Abs. 1 Statuten FCL-AG). Der FC Luzern nimmt somit mit drei verschiedenen juristischen Personen am Spielbetrieb des SFV teil, mit der FC Luzern-Innerschweiz AG unter der «Vereinsnummer» 2700, mit dem Verein FC Luzern Sektion Breitensport unter der Vereinsnummer 2523 sowie dem Verein FC Luzern Frauen unter der Vereinsnummer 2536 (vgl. hierzu <http://www.ifv.ch/Innerschweizerischer-Fussballverband/Vereine-IFV.aspx>), besucht Ende Juli 2017).

<sup>448</sup> BAUEN/BERNET, Nr. 272; BÖCKLI, § 1 N 130.

<sup>449</sup> FORSTMOSER/MEIER-HAYOZ/NOBEL, § 44 N 2 ff.

<sup>450</sup> Siehe vorne, S. 70 f.

b) *Aus mittelbarer Verbandsmitgliedschaft*

aa) *Hauptleistungspflicht der Spieloffiziellen*

Die Hauptleistungspflicht der Spieloffiziellen ergibt sich direkt aus den Regeln 5 und 6 der IFAB-Spielregeln. Sie besteht demnach darin, in dem von ihnen geleiteten Spiel den Spielregeln zwecks Durchführung eines fairen Wettkampfs Geltung zu verschaffen. Diese Verpflichtung beinhaltet unter anderem auch die Kontrolle der Ausrüstung der Spieler auf deren Vereinbarkeit mit den in Regel 4 festgelegten Anforderungen, das Spiel bei einem Vergehen oder bei jedem Eingriff von aussen oder aus einem anderen Grund zu unterbrechen, vorübergehend auszusetzen oder ganz abzubrechen, die Partie zu unterbrechen, wenn sie einen Spieler als ernsthaft verletzt erachten, disziplinarische Massnahmen gegen Spieler zu ergreifen, welche ein verwarnungs- oder feldverweiswürdiges Vergehen begangen haben, sowie der zuständigen Instanz einen Bericht über das Spiel zukommen zu lassen.<sup>451</sup> Bestandteil dieser Hauptleistungspflicht ist darüber hinaus auch die in der Regel 5 unter der Überschrift *Haftung von Spieloffiziellen*<sup>452</sup> erwähnte Kontrolle des Zustands des Spielfelds inklusive dessen Umgebung im Hinblick auf die Zulässigkeit zur Durchführung eines Spiels vor dem Hintergrund der Gewährleistung des Schutzes der körperlichen Integrität der beteiligten Spieler und Teamoffiziellen inklusive der in der Regel 6 noch zusätzlich erwähnten Kontrolle der Bälle sowie der Spielerausrüstung.<sup>453</sup> Nicht explizit festgehalten wird in den Regeln 5 und 6 der IFAB-Spielregeln die Verpflichtung der Spieloffiziellen, ihre Tätigkeit neutral und unparteiisch auszuüben. Die Funktion der Spieloffiziellen setzt diese Pflicht jedoch unabdingbar voraus, weshalb auf eine entsprechende Normierung verzichtet werden konnte.<sup>454</sup>

<sup>451</sup> Vgl. Regel 5 IFAB-Spielregeln. Vgl. auch WEBER, Strukturen, S. 458 f.; KUHN, S. 45 f. und S. 106; BLOS, S. 309 f.; TÄNNLER, Schiedsrichter, S. 16; SÖGÜT, S. 128.

<sup>452</sup> Siehe hierzu hinten, S. 271 ff.

<sup>453</sup> Vgl. auch KUHN, S. 106 m.w.H.; demgegenüber gehen WEBER, Strukturen, S. 459 f. sowie SCHÖNTAG, S. 264 bei der Kontrollpflicht der Spieloffiziellen betreffend das Spielfeld, die Bälle sowie die von den Spielern verwendete Ausrüstung von Nebenleistungspflichten aus. Nach hier vertretener Ansicht bilden demgegenüber diese Kontroll- und Überwachungspflichten klarerweise Bestandteil der sich aus den Regeln 5 und 6 der IFAB-Spielregeln ergebenden und von den Spieloffiziellen wahrzunehmenden Geltungsverschaffung der Spielregeln, weshalb sie entsprechend zu den Hauptleistungspflichten zu zählen sind. Auch für die Annahme einer vertraglichen Nebenpflicht im Sinne einer Obhuts- oder Schutzpflicht bleibt nach hier vertretener Ansicht kein Raum, schützen diese doch regelmässig den Gläubiger einer vertraglichen Schuldverpflichtung und nicht vertragsfremde Dritte.

<sup>454</sup> TÄNNLER, Schiedsrichter, S. 17; vgl. auch SCHERRER, Schiedsrichter, S. 256; vgl. in diesem Zusammenhang immerhin die verschiedenen Bestimmungen der einzel-

Die Hauptleistungspflicht der Spieloffiziellen besteht zusammengefasst also in der Durchsetzung der Spielregeln zwecks Ermöglichung eines fairen Wettkampfs vor dem Hintergrund der Chancengleichheit sowie dem Schutz der körperlichen Integrität der ihrer Regelungsgewalt unterstellten Personen, konkret der am von ihnen geleiteten Spiel beteiligten Spieler und Teamoffiziellen.<sup>455</sup> Eine Vermögensschutzpflicht der ihrer Regelungsgewalt unterstellten Spieler oder Mannschaften besteht demgegenüber weder als Haupt- noch als Nebenpflicht.<sup>456</sup> Diese Hauptleistungspflicht der Spieloffiziellen besteht in der vorstehend dargestellten Form nicht nur im schweizerischen Amateurfussball, sondern aufgrund des Umstands, dass sich diese direkt aus den IFAB-Spielregeln ableitet, ganz generell für alle Spieloffiziellen auf allen Ebenen, konkret also auch im schweizerischen und internationalen Spitzenfussball.

#### *bb) Nebenpflichten der Spieloffiziellen*

Aus den Verbandsreglementen des SFV, insbesondere dem SSAR, ergeben sich sodann weitere Nebenpflichten der Spieloffiziellen. So auferlegt das SSAR den Spieloffiziellen zunächst die ganz allgemein gehaltene Pflicht, das Ansehen der Spieloffiziellen in der Öffentlichkeit durch einen sportlichen Lebenswandel sowie vorbildliches Verhalten und Auftreten zu fördern.<sup>457</sup> Weiter haben sie die Pflicht, an den von der Schiedsrichterkommission des SFV oder den regionalen Schiedsrichterkommissionen vorgeschriebenen Aus- und Weiterbildungskursen teilzunehmen. Ebenso haben die Spieloffiziellen angesetzte Tests körperlicher und regeltechnischer Art zu absolvieren.<sup>458</sup> Schliesslich hält das SSAR fest, dass die Spieloffiziellen die Spiele in bestmöglicher Verfassung zu leiten haben. Sie sind dabei verpflichtet, jedem von der zuständigen Stelle erlassenen Aufgebot für Verbands- und Trainingsspiele sowie Turniere Folge zu leisten.<sup>459</sup>

Wie bereits erwähnt können sich solche Nebenpflichten der Spieloffiziellen jedoch nicht alleine aus dem SSAR, sondern grundsätzlich aus sämtlichen SFV-Reglementen, Richtlinien oder Weisungen ergeben.<sup>460</sup> So haben die Spieloffiziellen im Sinne einer Nebenpflicht unter anderem auch die Bestimmung von Art.

---

nen Verbände zur Integrität ihrer Spiele und Wettbewerbe (siehe hinten, S. 75, S. 87 sowie S. 90).

<sup>455</sup> Vgl. auch KUHN, S. 106; TÄNNLER, Schiedsrichter, S. 20; HEERMANN, Fehlverhalten, S. 54; PFISTER, S. 69.

<sup>456</sup> Vgl. auch BLOS, S. 311 m.w.H.; KUHN, S. 109; HEERMANN, Haftung, Nr. 538; DERSELBE, Fehlverhalten, S. 54.

<sup>457</sup> Ziff. 33 SSAR.

<sup>458</sup> Ziff. 28 SSAR.

<sup>459</sup> Ziff. 29 SSAR.

<sup>460</sup> Zufolge des Prinzips der doppelten Satzungsabsicherung (siehe hierzu vorne, S. 57) könnten solche Verpflichtungen ihre Grundlage grundsätzlich auch in FIFA- oder UEFA-Erlassen haben.

13<sup>bis</sup> RPO-SFV betreffend die Integrität von Spielen und Wettbewerben zu beachten. Gemäss dieser Bestimmung haben die der Rechtspflegeordnung unterstellten Personen – also sämtliche im Verbandsgebiet des SFV tätigen Spielloffiziellen aller Stufen<sup>461</sup> – jegliches Verhalten zu unterlassen, welches geeignet ist, die Integrität von durch den SFV, seinen Abteilungen oder Regionalverbänden organisierten Spielen und Wettbewerben zu schaden. Sie werden zudem verpflichtet, jederzeit mit dem SFV, seinen Abteilungen oder Regionalverbänden in den Bemühungen zu kooperieren, derartige Verhaltensweisen zu unterbinden, aufzudecken und zu sanktionieren. Die Spielloffiziellen werden dabei nicht nur verpflichtet, selber Handlungen zur Spiel- oder Wettbewerbsbeeinflussung bzw. direkte oder indirekte Beteiligungen an Wetten und ähnlichen Aktivitäten im Zusammenhang mit SFV-Wettbewerben zu unterlassen,<sup>462</sup> sondern haben darüber hinaus auch die zuständige Organisation unverzüglich und unaufgefordert im Falle einer Kontaktaufnahme mit der Absicht, sie in Handlungen miteinzubeziehen, welche darauf abzielen, den Verlauf und/oder das Ergebnis eines Spiels oder Wettbewerbs zu beeinflussen, zu informieren.<sup>463</sup> Diese Informationspflicht gilt auch für den Fall, dass die Spielloffiziellen von Verhaltensweisen Dritter im Sinne dieser Bestimmung Kenntnis erlangen.<sup>464</sup>

Bei Missachtung dieser Pflichten unterliegen die Spielloffiziellen je nach sachlichem Zusammenhang ihrer disziplinarischen Verfehlung entweder der disziplinarischen Strafgewalt des SFV bzw. dessen Schiedsrichterkommission oder aber der Amateur Liga bzw. dem jeweiligen Regionalverband.<sup>465</sup> Die Disziplinarmassnahmen reichen dabei von einem Verweis bis zu einer Streichung von der offiziellen Liste der Spielloffiziellen.<sup>466</sup>

#### *cc) Rechte der Spielloffiziellen*

Ein auf der offiziellen Liste des SFV geführter Spielloffizieller hat zunächst Anspruch auf Abgabe eines Schiedsrichter-Ausweises, mittels welchem er Anrecht auf freien Eintritt zu sämtlichen vom SFV bzw. von seinen Vereinen durchgeführten sportlichen Veranstaltungen hat.<sup>467</sup> Für die geleiteten Spiele haben die Spielloffiziellen Anspruch auf eine Entschädigung gemäss Spesen-Regulativ des SFV.<sup>468</sup> Die Spielloffiziellen haben darüber hinaus das Recht, neben ihrer Tätig-

<sup>461</sup> Zum persönlichen Anwendungsbereich dieses Reglements vgl. Art. 3 RPO-SFV.

<sup>462</sup> Vgl. Art. 13<sup>bis</sup> Abs. 1 und 2 lit d RPO-SFV.

<sup>463</sup> Vgl. Art. 13<sup>bis</sup> Abs. 2 lit d RPO-SFV.

<sup>464</sup> Vgl. Art. 13<sup>bis</sup> Abs. 2 lit. e RPO-SFV.

<sup>465</sup> Art. 82 Abs. 4 SFV-Statuten.

<sup>466</sup> Art. 80 Abs. 1 SFV-Statuten; Ziff. 38 SSAR.

<sup>467</sup> Ziff. 11 SSAR.

<sup>468</sup> Ziff. 22 SSAR. Diese Entschädigung beträgt im Amateurbereich pauschal zwischen CHF 60 und CHF 1000 (Letzteres für drei Spielloffizielle zusammen, vgl. Ziff. 4 SR-Merkblatt).

keit als Spieloffizielle als aktive Fussballer lizenziert zu sein. Eine Ausnahme hierzu besteht jedoch für Spieloffizielle mit einer überregionalen Qualifikation.<sup>469</sup> Den Spieloffiziellen der Ersten Liga sowie der SFL werden überdies grundsätzlich sämtliche zur Ausübung ihrer Tätigkeit benötigten Ausrüstungsgegenstände zur Verfügung gestellt, wobei sie entsprechend auch verpflichtet sind, diese zwecks Pflege eines einheitlichen Erscheinungsbildes zu tragen.<sup>470</sup> Die in Spielen der Amateur Liga eingesetzten Spieloffiziellen sind in der Wahl ihrer Bekleidung im Rahmen der Vorgaben der IFAB-Spielregeln grundsätzlich frei,<sup>471</sup> wobei sie diese jedoch auch selber zu bezahlen haben. Schliesslich ist jeder Spieloffizielle Mitglied der Unfall-Hilfskasse des SFV.<sup>472</sup> Allfällige Leistungen hieraus sind jedoch bloss freiwilliger Natur, weshalb sich jeder Spieloffizielle selber gegen Unfall zu versichern hat.<sup>473</sup>

*dd) Pflicht zur Leitung von Spielen im Besonderen*

Abschliessend stellt sich noch die Frage, ob sich bereits aus den Verbandserlassen des SFV eine Pflicht der Spieloffiziellen zur Leitung von Verbandsspielen ableiten lässt. Dies ist nach hier vertretener Ansicht klar zu verneinen. Zwar statuiert Ziff. 29 SSAR wie bereits erwähnt die Pflicht jedes einzelnen Spieloffiziellen, jedem von der zuständigen Stelle erlassenen Aufgebot für Verbands- und Trainingsspiele oder Turniere Folge zu leisten. Daraus geht jedoch bereits hervor, dass die eigentliche Verpflichtung zur Leitung eines Spiels erst mit der Zustellung des entsprechenden Spelaufgebots an den Spieloffiziellen entsteht. Umgekehrt besteht seitens der Spieloffiziellen auch kein Anspruch, von der zuständigen Stelle auch effektiv für die Leitung von Spielen aufgeboten zu werden.<sup>474</sup> Den Spieloffiziellen ist es denn auch ohne Weiteres erlaubt, ihre Verfügbarkeit für Spielleitungen für einzelne Tage oder eine längere Dauer einzuschränken bzw. gänzlich auszuschliessen. Auch Absagen für bereits erfolgte

---

<sup>469</sup> Ziff. 26 SSAR.

<sup>470</sup> Ziff. 27 SSAR.

<sup>471</sup> Gemäss Regel 5 IFAB-Spielregeln haben die Spieloffiziellen zwingend mit Uhr, Pfeife, Notizmaterial sowie Gelber und Roter Karte ausgerüstet zu sein. Wie die Spieler dürfen auch die Spieloffiziellen keine Gegenstände (insb. Schmuck) tragen, welche sie oder die Spieler gefährden könnten.

<sup>472</sup> Ziff. 20 SSAR.

<sup>473</sup> Ziff. 21 SSAR.

<sup>474</sup> Indirekt könnte ein solcher Anspruch allenfalls darin gesehen werden, dass gemäss Ziff. 36 SSAR jeder Spieloffizielle zu Beginn jeder Saison neu qualifiziert wird. Diese Qualifikation basiert sowohl auf dem Alter des Spieloffiziellen als auch auf dem Resultat einer allfälligen Leistungsprüfung (Ziff. 35 SSAR), in erster Linie jedoch auf der Grundlage der von den Spielbeobachtern in den einzelnen Spielen verteilten Noten (Art. 13 Abs. 2 FIFA SR-Reglement). Damit ein Spieloffizieller in diesem Sinne überhaupt bewertet und letztlich auch jährlich qualifiziert werden kann, ist es zwingend notwendig, ihn auch effektiv in Spielen einzusetzen.

Aufgebote zu Spielleitungen sind möglich, selbst wenn diese kurzfristig erfolgen.<sup>475</sup> Der Umstand, dass ein Spieloffizieller nicht für Spielleitungen zur Verfügung steht, führt lediglich dazu, dass dieser Spieloffizielle allenfalls nicht zum Kontingent an Spieloffiziellen seines Vereins zählt, sofern er nicht die vom Regionalverband festgelegte Mindestanzahl Spiele leitet,<sup>476</sup> oder er allenfalls seinen Schiedsrichterausweis vorübergehend zurückgeben muss, falls er seine Tätigkeit für mehr als ein Jahr unterbricht.<sup>477</sup> Eine Pflicht der Spieloffiziellen, eine gewisse minimale Verfügbarkeit für Spielleitungen zu gewährleisten, besteht demnach nicht.<sup>478</sup>

Somit enthält weder das SSAR noch das übrige Verbandsrecht eine Verpflichtung der Spieloffiziellen zur Übernahme von Spielleitungen. Diese ergibt sich regelmässig erst mit der Zustellung des einzelnen Spielaufgebots. Ob sich eine solche Verpflichtung darüber hinaus allenfalls auch bereits aus der Aufnahme auf die Liste der offiziellen Spielleiter des SFV bzw. der Ausstellung des Schiedsrichterausweises ergibt, soll an anderer Stelle geklärt werden.<sup>479</sup>

### **3. Organisationsstruktur im Nichtamateurfussball (SFL)**

#### **A) Im Allgemeinen dieselbe Organisationsstruktur wie im Amateurfussball**

Grundsätzlich unterscheidet sich die Organisationsstruktur des Schiedsrichterswesens im Nichtamateurfussball in der Schweiz nur punktuell von derjenigen des Amateurfussballs. Dies vermag vor dem Hintergrund, dass die Rechtsquellen bis auf die SFL-Anstellungsbedingungen, welche gemäss deren sachlichem Anwendungsbereich lediglich bei SFL-Meisterschaftsspielen zur Anwendung gelangen,<sup>480</sup> wenig zu verwundern. Demgegenüber bestehen hinsichtlich der organisatorischen Verantwortlichkeit für die Belange der Spieloffiziellen sowie deren Rechte und Pflichten gewisse Abweichungen vom Amateurfussball, auf welche im Folgenden einzugehen sein wird.

---

<sup>475</sup> Ziff. 32 SSAR.

<sup>476</sup> Vgl. Art. 121 Abs. 1 WR-SFV i.V.m. Ziff. 30 SSAR.

<sup>477</sup> Ziff. 14 SSAR.

<sup>478</sup> Vgl. hierzu auch KUHN, S. 60 f.

<sup>479</sup> Siehe hierzu hinten, S. 95 ff.

<sup>480</sup> Siehe hierzu vorne, S. 64.

## **B) Organisatorische Verantwortlichkeit sowie Rechte und Pflichten im Besonderen**

### *a) Organisatorische Verantwortlichkeit*

Verantwortlich für die Belange der Spielloffiziellen der SFL ist das Ressort Spitzenschiedsrichter des SFV. Dessen Verantwortungsbereich erstreckt sich dabei insbesondere auf die Aus- und Weiterbildung der Spielloffiziellen in Zusammenarbeit mit dem Referee Department, deren Betreuung, die Aufsicht über die Aufgebotserstellung sowie die Qualifikation der Spielloffiziellen.<sup>481</sup> Verantwortlich für das Aufgebot der Spielloffiziellen für nationale und internationale Spiele im In- und Ausland<sup>482</sup> ist dagegen alleine der Chef des Ressorts Spitzenschiedsrichter in Absprache mit dem Präsidenten der Schiedsrichterkommission des SFV.<sup>483</sup> Das Ressort Spitzenschiedsrichter kann zudem spezielle Weisungen über die Spielleitung in der SFL an die Spielloffiziellen erlassen,<sup>484</sup> qualifiziert mindestens einmal im Jahr die Spielloffiziellen der SFL und unterbreitet der Schiedsrichterkommission des SFV die Vorschläge für die Spielloffiziellen der FIFA-Liste zur Antragstellung an den Zentralvorstand.<sup>485</sup>

### *b) Rechte und Pflichten der Spielloffiziellen*

Für die sich aus dem direkten Mitgliedschaftsverhältnis der Spielloffiziellen zu ihrem Verein ergebenden Rechte und Pflichten kann vollumfänglich auf die entsprechenden Ausführungen zum Amateurfussball verwiesen werden.<sup>486</sup> Auch die sich aus der mittelbaren Verbandsmitgliedschaft der Spielloffiziellen ergebenden Rechte und Pflichten dem SFV gegenüber sind bei den in der SFL eingesetzten Spielloffiziellen grundsätzlich dieselben wie im Amateurfussball. Ab-

---

<sup>481</sup> Ziff. 9.2. Geschäftsreglement SK-SFV.

<sup>482</sup> Obwohl terminologisch etwas verwirrend, gibt es tatsächlich nationale und internationale Spiele im Ausland, für welche ein Aufgebot durch den nationalen Verband zu erfolgen hat. Internationale Spiele im Ausland sind einerseits Pflichtspiele der FIFA oder der UEFA, für welche die beiden internationalen Verbände in aller Regel lediglich den Schiedsrichter bestimmen und die übrigen drei bzw. fünf Spielloffiziellen durch den nationalen Verband dieses Schiedsrichters zu bestimmen sind, andererseits internationale Trainingsspiele, bei welchen in der Regel eine Einladung des Heimverbandes an einen anderen Verband ergeht, die Spielloffiziellen zu bestimmen. Letzteres kommt teilweise auch für nationale Spiele vor, wenn der veranstaltende Verband für ein besonderes brisantes Spiel oder zufolge ausserordentlicher Umstände in der heimischen Meisterschaft bei einem anderen Landesverband um die Entsendung von Spielloffiziellen anfragt.

<sup>483</sup> Ziff. 9.4. Geschäftsreglement SK-SFV.

<sup>484</sup> Ziff. 9.3. Geschäftsreglement SK-SFV.

<sup>485</sup> Ziff. 9.5. Geschäftsreglement SK-SFV.

<sup>486</sup> Siehe hierzu vorne, S. 70 ff.



weichungen ergeben sich lediglich insoweit, als die hierbei zur Anwendung gelangenden SFL-Anstellungsbedingungen im Vergleich zum Amateurfussball zusätzliche oder von diesen abweichende Rechte und Pflichten schaffen.

*aa) Hauptleistungspflicht der Spieloffiziellen*

Aufgrund des Umstands, dass sich die Hauptleistungspflicht der Spieloffiziellen zur Durchsetzung der Spielregeln sowie zum Schutz der körperlichen Integrität ihrer Regelungsgewalt unterstellten Personen direkt aus den IFAB-Spielregeln ergibt, besteht diese in der bereits erläuterten Art und Weise auch für die bei Spielen der SFL eingesetzten Spieloffiziellen.<sup>487</sup>

*bb) Nebenpflichten der Spieloffiziellen*

Aus den SFL-Anstellungsbedingungen kann zunächst eine Verpflichtung der Spieloffiziellen abgeleitet werden, den SFV über sämtliche selbständigen oder unselbständigen Erwerbstätigkeiten sowie auch über sämtliche ehrenamtlichen Tätigkeiten zu informieren, wobei der Schiedsrichterkommission des SFV das Recht zusteht, den Spieloffiziellen eine solche Tätigkeit zu untersagen, falls dabei deren Unabhängigkeit oder in massgeblicher Weise die Treuepflicht und Leistungsfähigkeit tangiert werden bzw. damit Interessenkonflikte oder Abhängigkeiten verbunden sind. Abgesehen davon ist es den Spieloffiziellen jedoch erlaubt, neben ihrer Tätigkeit für den SFV einer vollberuflichen Erwerbstätigkeit nachzugehen.<sup>488</sup> Schliesslich sind die Spieloffiziellen gehalten, bei Auftreten eines Konflikts im Zusammenhang mit den Anstellungsbedingungen zunächst ein Mediationsverfahren durchzuführen, wobei die unmittelbare Anrufung eines Gerichts durch eine Partei dennoch ohne Weiteres möglich ist.<sup>489</sup> Weitere über diejenigen der Spieloffiziellen im Amateurbereich hinausgehende bzw. diese derogierenden Verpflichtungen enthalten auch die SFL-Anstellungsbedingungen nicht, insbesondere findet sich auch in diesem Reglement keine Verpflichtung der Spieloffiziellen zur Übernahme von Spielleitungen.

Darüber hinaus hat das Ressort Spitzenschiedsrichter des SFV von seiner Kompetenz zum Erlasse spezifischer Weisungen für die in der SFL eingesetzten Spieloffiziellen regen Gebrauch gemacht. Diese Weisungen betreffen nicht nur die eigentliche Haupttätigkeit der Spieloffiziellen im Rahmen ihrer Spielleitung auf dem Spielfeld, sondern enthalten auch eine ganze Reihe von weiteren Nebenpflichten. So existieren unter anderem verbindliche Weisungen zu Umfang, Intensität sowie Art und Weise des Trainings der Spieloffiziellen, zur Nachbereitung der geleiteten Spiele mittels Videobildern oder zu den von den Spieloffi-

---

<sup>487</sup> Siehe hierzu vorne, S. 74 f.

<sup>488</sup> Ziff. 3 SFL-Anstellungsbedingungen.

<sup>489</sup> Ziff. 4 SFL-Anstellungsbedingungen.

ziellen anlässlich ihrer Reisen an die Spielorte einzuhaltenden Modalitäten bis hin zu Bekleidungsvorschriften.<sup>490</sup>

cc) *Rechte der Spielloffiziellen*

Hinsichtlich der Rechte der Spielloffiziellen ergibt sich aus den SFL-Anstellungsbedingungen zunächst ein von den Regelungen des Amateurbereichs abweichendes Entlöhnungssystem der Spielloffiziellen. Zwar werden auch die in der SFL eingesetzten Spielloffiziellen grundsätzlich anhand der Anzahl geleiteter Spiele<sup>491</sup> entlohnt, wobei sich die Entschädigungen pro Spiel zwischen CHF 170 für einen Assistenten bzw. vierten Offiziellen bei einem Spiel in der Challenge League und CHF 1570 für einen Schiedsrichter bei einem Wochentagsspiel in der Super League bewegen.<sup>492</sup> Darüber hinaus haben die Spielloffiziellen jedoch je nach Qualifikation noch Anspruch auf einen jährlichen Fixlohn.<sup>493</sup> Daneben sind die Spielloffiziellen durch den SFV gegen Unfall (inkl. Nichtbetriebsunfall) versichert, wobei der SFV die entsprechenden Prämien vollumfänglich bezahlt. Sie haben Anspruch auf eine Lohnfortzahlung bei Krankheit und Unfall und sind bei Erreichen des koordinierten Lohnes BVG-versichert, wobei hier, wie im Übrigen auch für die AHV, die Beiträge zwischen dem SFV und den Spielloffiziellen aufgeteilt sind.<sup>494</sup>

---

<sup>490</sup> Siehe hinten, S. 116 f.; vgl. auch KÖHLER, Arbeitnehmerbegriff, S. 158 m.w.H.

<sup>491</sup> Abgesehen von einem ausser für die FIFA-Schiedsrichter relativ kleinen, halbjährlichen Fixum vgl. Ziff. 2.4 SFL-Anstellungsbedingungen.

<sup>492</sup> Ziffn. 2.1 f. SFL-Anstellungsbedingungen.

<sup>493</sup> Dieser beträgt aktuell zwischen CHF 1200 für einen Assistenten der Super League und CHF 14'000 bis CHF 24'000 für einen FIFA-Schiedsrichter (vgl. Ziff. 2.4 SFL-Anstellungsbedingungen). Dieser Fixlohn wird in den SFL-Anstellungsbedingungen als *fixer Bonus* bezeichnet. Diese Bezeichnung ist jedoch irreführend, da der Begriff des Bonus in der Praxis oft eine Leistung in Form einer Gratifikation im Sinne von Art. 322d OR benennt, wobei es sich bei einer echten Gratifikation um eine Sondervergütung handelt, auf welche keinerlei Rechtsanspruch besteht (STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 322d OR, N 2). Sind demgegenüber sowohl Anspruchsvoraussetzung als auch Höhe eines Bonus wie im vorliegenden Fall vertraglich im Voraus festgelegt und steht dem Arbeitgeber diesbezüglich folglich keinerlei Ermessen mehr zu, handelt es sich um Lohn im Sinne von Art. 322 Abs. 1 OR und nicht um eine Gratifikation (DIESELBEN, a.a.O. m.w.H.).

<sup>494</sup> Ziff. 2.6 SFL-Anstellungsbedingungen.

## V. Die verbandsrechtliche Organisation der Spieloffiziellen bei der FIFA und der UEFA

### 1. Rechtsquellen

#### A) IFAB-Spielregeln als gemeinsame Rechtsquelle

Nicht nur die Mitgliederverbände der FIFA und der UEFA, sondern auch diese beiden internationalen Verbände selber haben selbstredend sämtliche ihrer angesetzten Fussballspiele nach den offiziellen IFAB-Spielregeln durchzuführen.<sup>495</sup> Die IFAB-Spielregeln, insbesondere deren Regeln 5 und 6, stellen denn auch auf internationaler Ebene die Hauptrechtsquelle für die den Spieloffiziellen zukommenden Aufgaben sowie die diesen zustehenden Rechte und Pflichten dar.<sup>496</sup> Wie auf nationaler Ebene erfahren die IFAB-Spielregeln auch auf internationaler Ebene eine regelmässige Präzisierung in Form von verbindlichen Weisungen durch die für den jeweiligen Wettbewerb zuständigen Schiedsrichterkommissionen der FIFA bzw. der UEFA.<sup>497</sup>

#### B) Spezifische Rechtsquellen der UEFA

Hauptrechtsquelle der neben der sich aus den IFAB-Spielregeln ergebenden Hauptleistungspflicht der Geltungsverschaffung der Spielregeln bestehenden weiteren Rechte und Pflichten der bei UEFA-Spielen eingesetzten Spieloffiziellen bildet das *Pflichtenheft für Schiedsrichter, Schiedsrichterassistenten und vierte Offizielle der UEFA*. Gemäss dessen Präambel erklären sich die Spieloffiziellen sowie deren Nationalverbände mit Annahme eines Aufgebots zu einem UEFA-Spiel mit den darin festgehaltenen Rechten und Pflichten einverstanden. Wie den SFL-Anstellungsbedingungen kommt damit auch dem UEFA-Pflichtenheft eine rechtliche Doppelnatur, einerseits als Verbandsreglement, andererseits und gleichzeitig auch als allgemeine Vertragsbedingungen zu. Wie der SFV mit seinen in der SFL eingesetzten Spieloffiziellen schliesst auch die UEFA mit den durch diese in ihren Wettbewerben eingesetzten Spieloffiziellen keine schriftlichen Einzelverträge ab.

Dieses Pflichtenheft wird ergänzt durch die *Practical Information* der UEFA, welche neben konkreten Weisungen zur Spielleitung auch weitere und detailliertere Rechte und Pflichten der Spieloffiziellen bei UEFA-Spielen festhält, beispielsweise hinsichtlich deren Entschädigung.<sup>498</sup> Darüber hinaus finden sich

---

<sup>495</sup> Vgl. beispielsweise Art. 9 Ziff. 1 Reglement FIFA-WM 2018.

<sup>496</sup> Siehe hierzu vorne, S. 62 f.

<sup>497</sup> Vgl. Art. 47 FIFA-Statuten sowie Art. 20 Abs. 3 UEFA-Organisationsreglement.

<sup>498</sup> Practical Information UEFA, S. 13 ff.

auch in anderen Reglementen Regelungen betreffend die Spielloffiziellen, so insbesondere in den Organisationsreglementen der einzelnen Wettbewerbe.<sup>499</sup>

### **C) Spezifische Rechtsquellen der FIFA**

Die neben der Durchsetzung der Spielregeln als Hauptleistungspflicht der Spielloffiziellen bestehenden weiter gehenden Rechte und Pflichten der bei FIFA-Spielen eingesetzten Spielloffiziellen werden hauptsächlich in den *Richtlinien für FIFA-Spielloffizielle* festgehalten. Anders als bei den SFL-Anstellungsbedingungen oder dem UEFA-Pflichtenheft handelt es sich dabei lediglich um ein Verbandsreglement und nicht gleichzeitig noch um allgemeine Vertragsbedingungen. Auch die FIFA schliesst sodann analog zum SFV oder zur UEFA mit den von ihr in ihren Wettbewerben eingesetzten Spielloffiziellen keine schriftlichen Einzelverträge ab.

Daneben finden sich auch bei der FIFA weitere Regelungen betreffen die Spielloffiziellen in den Organisationsreglementen der einzelnen Wettbewerbe<sup>500</sup> und in zahlreichen weiteren Reglementen. Auch die Ausführungsbestimmungen der FIFA-Statuten enthalten noch rudimentäre Regelungen hinsichtlich der Auswahl der Spielloffiziellen, deren Entschädigung sowie des von diesen für internationale A-Länderspiele zu erstellenden Berichts.<sup>501</sup>

## **2. Organisationsstruktur des internationalen Schiedsrichterwesens**

### **A) Mittelbare Verbandsmitgliedschaft**

Ebenso wenig wie auf nationaler Ebene ein direktes Mitgliedschaftsverhältnis zwischen den Spielloffiziellen und dem SFV besteht, fehlt es auch auf internationaler Ebene an einem direkten Mitgliedschaftsverhältnis zwischen der FIFA bzw. der UEFA und den von diesen in ihren Wettbewerben eingesetzten Spielloffiziellen. Dennoch sind die Spielloffiziellen über ihre zwingende Mitgliedschaft in einem SFV-Club sowie dem Prinzip der doppelten Satzungsabsicherung der Verbandsgewalt beider internationaler Verbände ohne Weiteres unterworfen und damit gleichzeitig auch deren mittelbare Verbandsmitglieder.<sup>502</sup>

---

<sup>499</sup> Vgl. beispielsweise Art. 45 ff. Reglement UEFA CL.

<sup>500</sup> Vgl. beispielsweise Art. 11 Reglement FIFA-WM 2018.

<sup>501</sup> Art. 11 Ausführungsbestimmungen FIFA-Statuten.

<sup>502</sup> Anders als in der Aufnahme auf die offizielle SFL-Liste der Spielloffiziellen ist in der Aufnahme auf die FIFA-Liste nicht gleichzeitig noch der Abschluss eines mündlichen Regelanerkennungsvertrags zu erblicken (siehe hinten, S. 97).

## B) Organisationsstruktur bei der UEFA

Die organisatorische Verantwortlichkeit für das Schiedsrichterwesen trägt bei der UEFA einerseits die Schiedsrichterkommission, andererseits der oberste bzw. die beiden weiteren Schiedsrichterverantwortlichen. Der oberste bzw. die vier weiteren Schiedsrichterverantwortlichen werden vom Exekutivkomitee bezeichnet. Ihre Hauptaufgabe besteht im Wesentlichen in der Bezeichnung der Schiedsrichter<sup>503</sup> für die UEFA-Spitzenwettbewerbe, die Festlegung der Entwicklungsziele, die Erarbeitung von Vorschlägen für die Einteilung der Schiedsrichter in die verschiedenen UEFA-Schiedsrichterkategorien sowie in der Organisation der Beobachtung der UEFA-Spitzenschiedsrichter bei internationalen Spielen.<sup>504</sup> Die Hauptaufgaben der Schiedsrichterkommission liegen demgegenüber in der Förderung und Entwicklung der Spielloffiziellen sowie des Schiedsrichterwesens im Allgemeinen, in der Vertretung der UEFA gegenüber den Mitgliederverbänden im Bereich des Schiedsrichterwesens sowie in der Unterstützung der Schiedsrichterverantwortlichen bei der Bewältigung derer Aufgaben.<sup>505</sup> Die Schiedsrichterkommission selber wird dabei durch die Schiedsrichterausbildner, die Schiedsrichterbeobachter sowie den Ausschuss für die Schiedsrichterkonvention unterstützt.<sup>506</sup>

Wie die Spielloffiziellen des SFV sind auch die den Mitgliedverbänden der UEFA zugehörigen und gleichzeitig auf der FIFA-Liste geführten Schiedsrichter durch die UEFA in Leistungskategorien eingeteilt.<sup>507</sup> Anders als die Spielloffiziellen des SFV, welche alle – insbesondere auch die Schiedsrichterassistenten – in Leistungskategorien eingeteilt sind, gilt dies bei der UEFA explizit nur für die Schiedsrichter. Ein weiterer Unterschied zu den Leistungskategorien der SFV-Spielloffiziellen besteht darin, dass diese in keinem direkten Zusammenhang mit den Spielkategorien stehen, welche von den jeweiligen Schiedsrichtern geleitet werden dürfen.<sup>508</sup> Die Einteilung der einzelnen Schiedsrichter in die Leistungskategorien erfolgt jährlich durch die Schiedsrichterverantwortlichen.<sup>509</sup>

---

<sup>503</sup> Es werden effektiv in aller Regel nur die Schiedsrichter für ein internationales Spiel von der UEFA bezeichnet. Die übrigen Spielloffiziellen werden durch den Landesverband des Schiedsrichters bezeichnet, vgl. Practical Information UEFA, S. 9. Dasselbe gilt im Übrigen auch für Spiele der FIFA, anders verhält es sich jedoch bei Turnieren der UEFA und der FIFA.

<sup>504</sup> Art. 20 Abs. 2 UEFA-Organisationsreglement.

<sup>505</sup> Art. 20 Abs. 3 UEFA-Organisationsreglement.

<sup>506</sup> Art. 20 Abs. 4 UEFA-Organisationsreglement.

<sup>507</sup> Art. 20 Abs. 2 lit. c UEFA-Organisationsreglement.

<sup>508</sup> Während es im SFV beispielsweise Super-League- oder Challenge-League-Schiedsrichter gibt, gibt es bei der UEFA Schiedsrichter in den Kategorien Elite, First, Second und Third. Im Unterschied zur Regelung beim SFV, wo ein Challenge-League-Schiedsrichter grundsätzlich keine Super-League-Spiele leiten darf,

### **C) Organisationsstruktur bei der FIFA**

Ähnlich wie bei der UEFA ist auch bei der FIFA die organisatorische Verantwortlichkeit für das Schiedsrichterwesen zweigeteilt. Die Schiedsrichterkommission beschäftigt sich mit der Anwendung und Auslegung der Spielregeln und bezeichnet für die Spiele der FIFA-Wettbewerbe die Schiedsrichter und teilweise die übrigen Spieloffiziellen.<sup>510</sup> Im Unterschied zur UEFA teilt die FIFA die internationalen Schiedsrichter jedoch nicht in Leistungskategorien ein.

### **D) Spieloffizielle als faktische Verbandsorgane?**

Obwohl die Spieloffiziellen auch bei internationalen Spielen regelmässig eine gewisse Repräsentationsfunktion für die FIFA und die UEFA wahrnehmen, kann wie auf nationaler Ebene auch auf internationaler Ebene aufgrund der Statuten der FIFA und der UEFA eine formelle Organschaft der Spieloffiziellen ausgeschlossen werden. Ebenso wenig sind die Spieloffiziellen dabei als faktische Organe dieser Verbände zu qualifizieren, wobei zur Begründung vollumfänglich auf die entsprechenden Ausführungen zur Rechtslage auf nationaler Ebene verwiesen werden kann.<sup>511</sup>

## **3. Rechte und Pflichten der Spieloffiziellen**

### **A) Hauptleistungspflicht der Spieloffiziellen**

Wie auf nationaler Ebene ergibt sich die Hauptleistungspflicht der Spieloffiziellen zur Durchsetzung der Spielregeln am von ihnen geleiteten Spiel, welche auch den Schutz der körperlichen Integrität der ihrer Regelungsgewalt unterstellten Personen beinhaltet, auch bei UEFA-<sup>512</sup> und FIFA-Spielen gleichermaßen direkt aus den IFAB-Spielregeln.

### **B) Nebenpflichten der Spieloffiziellen bei UEFA-Spielen**

Aus den Verbandsreglementen der UEFA, insbesondere aus dem UEFA-Pflichtenheft, ergeben sich sodann weitere Nebenpflichten der Spieloffiziellen, welche diese im Zusammenhang mit der Leitung von UEFA-Spielen zu befolgen haben.

---

kann es bei der UEFA ohne Weiteres vorkommen, dass beispielsweise ein talentierter Schiedsrichter der First-Kategorie (zweitbeste Stufe) ein Gruppenspiel der Champions League leiten darf.

<sup>509</sup> Art. 20 Abs. 2 lit. c UEFA-Organisationsreglement.

<sup>510</sup> Art. 47 FIFA-Statuten.

<sup>511</sup> Siehe hierzu vorne, S. 68 f.

<sup>512</sup> Vgl. auch Ziff. 12 Abs. 1 UEFA-Pflichtenheft.

### a) *Verfügbarkeit*

Die Spielloffiziellen haben zunächst die Pflicht, während der gesamten Dauer einer Spielzuteilung (für ein einzelnes Spiel in der Regel drei Tage)<sup>513</sup> der UEFA zur Verfügung zu stehen.<sup>514</sup> Sie haben dabei alleine zu den Spielen zu reisen. Eine Begleitung durch Familienangehörige, Bekannte, Verbands-, Liga- oder Vereinsvertreter ist nicht erlaubt, ebenso wenig eine Begleitung durch Journalisten.<sup>515</sup>

### b) *Spielvorbereitung*

Die Spielloffiziellen sind weiter verpflichtet, sich optimal auf das von ihnen zu leitende Spiel vorzubereiten, sowohl physisch und technisch als auch psychisch. Falls ein Spielloffizieller aus irgendeinem Grund nicht in der Lage ist, das vorgesehene Spiel zu leiten, sind sowohl er selber als auch sein Landesverband verpflichtet, die UEFA unverzüglich hierüber zu informieren und von der vorgesehenen Spielleitung abzusehen.<sup>516</sup>

### c) *Loyalitätspflicht*

Die Spielloffiziellen haben eine explizite Loyalitätspflicht gegenüber der UEFA, welche es ihnen einerseits verbietet, sich im Namen der UEFA zu äussern und zu handeln, andererseits Interviews oder öffentliche Erklärungen über während UEFA-Spielen getroffene Entscheidungen abzugeben.<sup>517</sup> In diesem Zusammenhang sind sie auch verpflichtet, die UEFA umgehend über mögliche Interessenkonflikte im Hinblick auf die von ihnen zu leitenden Spiele zu informieren.<sup>518</sup>

---

<sup>513</sup> Vgl. hierzu auch Practical Information UEFA, S. 13.

<sup>514</sup> Ziff. 2 UEFA-Pflichtenheft.

<sup>515</sup> Ziff. 3 UEFA-Pflichtenheft.

<sup>516</sup> Ziff. 4 UEFA-Pflichtenheft.

<sup>517</sup> Ziff. 5 UEFA-Pflichtenheft. Man ist in diesem Zusammenhang geneigt, davon auszugehen, dass die UEFA den Spielloffiziellen ein gewisses Misstrauen entgegenbringt. Die UEFA geht offenbar (wie die FIFA im Übrigen auch) davon aus, dass eine öffentliche Meinungsäußerung eines Spielloffiziiellen per se schlecht sei, während solche öffentliche Meinungsäußerungen (welche meist eine Erklärung einer strittigen Spielszene zum Inhalt haben) beispielsweise bei Spielen der SFL oder auch der deutschen Bundesliga nicht selten vorkommen und von der Öffentlichkeit meist positiv aufgenommen werden. Dieses Misstrauen der UEFA den Spielloffiziellen gegenüber zeigt sich überdies auch darin, dass die Spielloffiziellen bei Spielen ab der Gruppenphase der Champions und Europa League selber erst zwei Tage vor dem Spiel über die von ihnen zu leitende Partie informiert werden (vgl. Practical Information UEFA, S. 12).

<sup>518</sup> Ziff. 5 Abs. 2 UEFA-Pflichtenheft.

d) *Integrität*

Die Spielloffiziellen sind ganz allgemein verpflichtet, sich vor, während und nach dem von ihnen geleiteten Spiel professionell und angemessen zu verhalten.<sup>519</sup> Im Speziellen ist ihnen die Annahme von Geschenken durch direkt oder indirekt mit UEFA-Spielen in Verbindung stehenden Personen untersagt, sofern deren Gegenwert den Betrag von EUR 300 übersteigt.<sup>520</sup> Sofern Spielloffizielle einen Bestechungsversuch feststellen oder auch nur vermuten, haben sie die UEFA unverzüglich hierüber zu informieren.<sup>521</sup>

Darüber hinaus haben die Spielloffiziellen gemäss Ziff. 6 Abs. 5 UEFA-Pflichtenheft die sich aus der UEFA-Rechtspflegeordnung ergebenden Weisungen<sup>522</sup> zum Schutz der Integrität von Spielen und Wettbewerben sowie zum Kampf gegen Spielmanipulationen zu befolgen. Dabei haben sie grundsätzlich jegliches Verhalten zu unterlassen, welches geeignet wäre, der Integrität von Spielen oder Wettbewerben zu schaden, oder darauf abzielt, den Verlauf und/oder das Ergebnis eines Spiels oder Wettbewerbs auf rechtswidrige oder ungebührliche Art zu beeinflussen.<sup>523</sup> Ferner ist ihnen untersagt, sich direkt oder indirekt an Wetten oder ähnlichen Aktivitäten mit Bezug auf Wettbewerbsspiele zu beteiligen.<sup>524</sup> Schliesslich haben sie die UEFA unverzüglich und unaufgefordert über auffällige im Zusammenhang mit Handlungen, welche darauf abzielten, den Verlauf und/oder das Ergebnis eines Spiels oder Wettbewerbs rechtswidrig zu beeinflussen, erfolgte Kontaktaufnahmen zu informieren.<sup>525</sup>

e) *Vertraulichkeit*

Die Spielloffiziellen sind verpflichtet, sämtliche Informationen, welche sie im Rahmen ihrer Tätigkeit erhalten, ausser an die UEFA an niemanden weiterzugeben und diese streng vertraulich zu behandeln. Diese Pflicht gilt vor, während und nach dem Erhalt des Aufgebots für ein Spiel.<sup>526</sup>

---

<sup>519</sup> Ziff. 6 Abs. 1 UEFA-Pflichtenheft.

<sup>520</sup> Ziff. 6 Abs. 2 UEFA-Pflichtenheft. «Unter keinen Umständen» dürfen die Schiedsrichter die beim von ihnen geleiteten Spiel eingesetzten Bälle behalten, dies scheint angesichts des drastischen Wortlauts dieser Bestimmung eine besonders schwere Pflichtverletzung zu sein (vgl. Ziff. 6 Abs. 2 in fine UEFA-Pflichtenheft).

<sup>521</sup> Ziff. 6 Abs. 3 UEFA-Pflichtenheft.

<sup>522</sup> Vgl. Art. 12 UEFA-RPO.

<sup>523</sup> Ziff. 6 Abs. 5 lit. a und b UEFA-Pflichtenheft; Art. 12 Abs. 2 lit. a UEFA-RPO.

<sup>524</sup> Ziff. 6 Abs. 5 lit. c UEFA-Pflichtenheft; Art. 12 Abs. 2 lit. b UEFA-RPO.

<sup>525</sup> Ziff. 6 Abs. 5 lit. e UEFA-Pflichtenheft.

<sup>526</sup> Ziff. 7 UEFA-Pflichtenheft.



### f) *Ausrüstung*

Die Spielloffiziellen sind verpflichtet, die von der UEFA zur Verfügung gestellte Sportausrüstung zu tragen.<sup>527</sup> Dies gilt nicht nur für die Dauer der Spielleitung selber bzw. des entsprechenden Aufwärmens vor dem Spiel im Stadion, sondern sogar für ein allfälliges, am Vortag des Spiels im Stadion oder anderswo abgehaltenes Training der Spielloffiziellen.<sup>528</sup> Untersagt ist den Spielloffiziellen auch jegliches Anbringen von Werbung auf dieser zur Verfügung gestellten Sportausrüstung.<sup>529</sup>

### g) *Namens-, Bild- und Persönlichkeitsrechte*

Mit der Annahme eines Aufgebotes zur Leitung eines UEFA-Spiels treten die Spielleiter gemäss Ziff. 9 UEFA-Pflichtenheft sämtliche Namens-, Bild- und Persönlichkeitsrechte entschädigungslos zur Nutzung an die UEFA ab. Der UEFA kommt dabei das Recht zu, sämtliche Medienberichte oder Bilder über UEFA-Spiele für den Eigen- oder Drittgebrauch jederzeit weiterverwenden zu können.<sup>530</sup> Andererseits ist es den Spielloffiziellen untersagt, solche Medienberichte oder Bilder für sich selber oder für Dritte zu verwerten.<sup>531</sup>

### h) *Versicherung*

Die Spielloffiziellen haben selber für ihre Versicherungsdeckung einschliesslich Kranken- und Unfallversicherung besorgt zu sein. Die UEFA übernimmt diesbezüglich lediglich dann eine Haftung, wenn dies gesetzlich allenfalls bis zu einem bestimmten Ausmass so vorgesehen wäre.<sup>532</sup>

### i) *Einhaltung von Verbandsvorschriften*

In Ziff. 12 Abs. 1 des UEFA-Pflichtenhefts wird nochmals die sich bereits aus der mittelbaren Verbandsmitgliedschaft bzw. dem Prinzip der doppelten Satzungsabsicherung<sup>533</sup> ergebende statutarische Pflicht der Spielloffiziellen zur Einhaltung und Anwendung sämtlicher Reglemente, Richtlinien Beschlüsse und Weisungen sowie Rundschreiben der UEFA genannt. Sodann wird den Spielloffiziellen für den Fall eines allfälligen Verstosses gegen das UEFA-Pflichtenheft

<sup>527</sup> Ziff. 8 Abs. 1 UEFA-Pflichtenheft.

<sup>528</sup> Practical Information UEFA, S. 11; vgl. auch Art. 63 Abs. 1 UEFA-Ausrüstungsreglement i.V.m. Ziff. 33.1. FIFA-Ausrüstungsreglement.

<sup>529</sup> Ziff. 8 Abs. 2 UEFA-Pflichtenheft; vgl. auch Art. 63 Abs. 3 UEFA-Ausrüstungsreglement.

<sup>530</sup> Ziff. 9 Abs. 1 und 2 UEFA-Pflichtenheft.

<sup>531</sup> Ziff. 9 Abs. 3 UEFA-Pflichtenheft.

<sup>532</sup> Ziff. 11 UEFA-Pflichtenheft.

<sup>533</sup> Siehe hierzu vorne, S. 51.

oder sämtliche UEFA-Regularien eine disziplinarische Bestrafung in Aussicht gestellt.<sup>534</sup>

*k) Schiedsklausel*

Im Sinne einer Schiedsklausel enthält Ziff. 13 Abs. 2 UEFA-Pflichtenheft schliesslich die Verpflichtung der Spieloffiziellen, im Falle von Streitigkeiten zwischen diesen und der UEFA nach Ausschöpfung sämtlicher durch die UEFA-Reglemente vorgesehener Rechtswege unter Ausschluss jeglicher staatlicher Gerichte einschliesslich allfälliger vorsorglicher Massnahmen ausschliesslich an das CAS zu gelangen.

**C) Rechte der Spieloffiziellen bei UEFA-Spielen**

Die Spieloffiziellen haben zunächst Anspruch auf Tagesentschädigungen und Spielprämien für die von ihnen geleiteten Spiele.<sup>535</sup> Die Tagesentschädigung berechnet sich dabei vom Abreise- bis und mit dem Ankunftstag, jeweils am Wohnort des einzelnen Spieloffiziellen, und beträgt pauschal EUR 200.<sup>536</sup> Die Spielprämien der einzelnen Spieloffiziellen berechnen sich anders als bei Spielen in der Schweiz nicht anhand der geleiteten Spielkategorie, sondern anhand der Qualifikation des Schiedsrichters. Wird beispielsweise ein Gruppenspiel in der Champions League von einem Schiedsrichter der Elite-Kategorie geleitet, ist die Spielprämie sämtlicher Spieloffizieller mehr als doppelt so hoch, als wenn dasselbe Spiel von einem Schiedsrichter der First-Kategorie geleitet würde.<sup>537</sup> Die Spielprämien bewegen sich dabei zwischen EUR 90 und EUR 5800.<sup>538</sup>

Überdies haben die Spieloffiziellen Anspruch auf kostenlose Reise zum sowie Unterbringung und Betreuung am Spielort.<sup>539</sup> Dies gilt grundsätzlich auch für die Aufwendungen der Spieloffiziellen für die Fahrt von deren Wohnort zum nächstgelegenen Flughafen und zurück sowie für allfällige Visa.<sup>540</sup>

**D) Nebenpflichten und Rechte der Spieloffiziellen bei FIFA-Spielen**

Im Vergleich zur Regelungsdichte beim SFV und insbesondere bei der UEFA sind die Rechte und Pflichten der Spieloffiziellen für Spiele der FIFA viel weniger detailliert geregelt. So nennen beispielsweise die Richtlinien für FIFA-Spieloffizielle sowie die Ausführungsbestimmungen der FIFA-Statuten lediglich

---

<sup>534</sup> Ziff. 12 Abs. 2 UEFA-Pflichtenheft.

<sup>535</sup> Ziff. 12 UEFA-Pflichtenheft.

<sup>536</sup> Practical Information UEFA, S. 13.

<sup>537</sup> Practical Information UEFA, S. 14.

<sup>538</sup> Vgl. Practical Information UEFA, S. 14.

<sup>539</sup> Ziff. 10 Abs. 1 UEFA-Pflichtenheft.

<sup>540</sup> Vgl. Practical Information UEFA, S. 13.

einige wenige, die IFAB-Spielregeln ergänzende administrative Pflichten der Spieloffiziellen, beispielsweise die Pflicht, am Spieltag an der offiziellen Sitzung mit dem Spielkommissär sowie den Mannschaftsdelegierten im Stadion teilzunehmen oder noch am Spieltag den Spielbericht zusammen mit den beiden Spielerlisten per Fax an die FIFA zu senden.<sup>541</sup> Im FIFA-Ausrüstungsreglement wird zudem festgehalten, dass die Spieloffiziellen während der Aufwärmphase sowie vor und während des Spiels ausschliesslich die von der FIFA abgegebene Ausrüstung tragen dürfen<sup>542</sup> und auf dieser überdies mehrere Abzeichen gemäss den detaillierten Bestimmungen dieses Reglements anzubringen haben.<sup>543</sup>

Dieselbe Feststellung gilt grundsätzlich auch für die Rechte der Spieloffiziellen, wobei den Richtlinien für FIFA-Spieloffizielle immerhin entnommen werden kann, dass die Spieloffiziellen auch bei FIFA-Spielen Anspruch auf kostenlose Reise zum und Unterbringung sowie Betreuung am Spielort haben.<sup>544</sup> Darüber hinaus sind die Spieloffiziellen selbstredend auch gegenüber der FIFA zu Neutralität, Loyalität, Geheimhaltung vertraulicher Informationen, Mitwirkung und Rechenschaft, Vermeidung von Interessenkonflikten, Verzicht auf Annahme von Geschenken, mit Ausnahme solcher von geringem oder nur symbolischem Wert, oder auch Verzicht auf jegliche Form von Bestechung und Korruption verpflichtet.<sup>545</sup>

Schliesslich sind die Spieloffiziellen kraft mittelbarer Verbandsmitgliedschaft<sup>546</sup> bzw. aufgrund des Prinzips der doppelten Satzungsabsicherung<sup>547</sup> zur Einhaltung sämtlicher FIFA-Erlasse verpflichtet.<sup>548</sup> Aufgrund ihrer mittelbaren Verbandsmitgliedschaft sind sie darüber hinaus auch der Verbandsgewalt der FIFA unterstellt und können bei Missachtung ihrer Pflichten disziplinarisch bestraft werden.<sup>549</sup>

---

<sup>541</sup> Art. 14, 21 und 27 FIFA-Richtlinien sowie Art. 12 Ausführungsbestimmungen FIFA-Statuten.

<sup>542</sup> Ziff. 33.2. FIFA-Ausrüstungsreglement.

<sup>543</sup> Ziff. 33.4. FIFA-Ausrüstungsreglement.

<sup>544</sup> Art. 9 FIFA-Richtlinien.

<sup>545</sup> Vgl. Art. 62 und 69 FIFA-Disziplinarreglement; Art. 18, 19 ff. und 25 FIFA-Ethikreglement; vgl. auch LUDWIG, Sanktionspraxis, S. 188 f.

<sup>546</sup> Vgl. hierzu vorne, S. 83.

<sup>547</sup> Siehe vorne, S. 46.

<sup>548</sup> Siehe hierzu vorne, S. 46.

<sup>549</sup> Die möglichen disziplinarischen Sanktionen reichen dabei von einer einfachen Verwarnung bis hin zu einem Verbot jeglicher im Zusammenhang mit dem Fussball stehenden Tätigkeit (vgl. Art. 56 Ziff. 2 FIFA-Statuten sowie Art. 11 FIFA-Disziplinarreglement).

### **E) Weder Anspruch noch Verpflichtung zu Einsätzen als Spieloffizielle**

Wie an anderer Stelle bereits erwähnt<sup>550</sup> sind die FIFA-Schiedsrichterkommission bzw. die UEFA-Schiedsrichterkommission in Zusammenarbeit mit der UEFA-Administration für die Besetzung der Spiele mit Spieloffiziellen zuständig. Die vorgenommenen Besetzungen sind nicht anfechtbar. Die Spieloffiziellen haben weder einen Anspruch, für die Leitung eines bestimmten Spiels, noch für eine bestimmte Mindestanzahl an Spielen aufgeboten zu werden. Letztlich besteht nicht einmal ein Anspruch, überhaupt für die Leitung von Spielen der FIFA oder der UEFA berücksichtigt zu werden.<sup>551</sup> Andererseits kann weder den Verbandsreglementen der FIFA noch der UEFA eine Verpflichtung der Spieloffiziellen zur Übernahme von Spielleitungen entnommen werden. Wie im nationalen Spitzenfußball ergibt sich somit auch auf internationaler Ebene der FIFA und der UEFA für den einzelnen Spieloffiziellen die Verpflichtung zur Leitung eines Spiels erst aus dem konkreten Aufgebot für ein Spiel.

---

<sup>550</sup> Siehe vorne, S. 84 ff.

<sup>551</sup> Ziff. 1 Abs. 2 UEFA-Pflichtenheft.

## VI. Aufnahme auf die Liste der SFV- bzw. FIFA-Spieloffiziellen als Verpflichtungsgrund zur Übernahme von Spielleitungen?

Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, kann für die Spieloffiziellen weder in der Schweiz (sowohl im Amateur- als auch im Nichtamateurbereich)<sup>552</sup> noch auf internationaler Ebene bei der UEFA oder der FIFA aus den einschlägigen Regelungswerken eine Verpflichtung zur Übernahme von Spielleitungen entnommen werden.<sup>553</sup> Denkbar wäre grundsätzlich jedoch, dass für die Spieloffiziellen mit der Ausstellung des Schiedsrichterausweises und der damit verbundenen Aufnahme auf die offizielle Liste der Spieloffiziellen des SFV bzw. der Aufnahme als internationaler Spieloffizieller auf die FIFA-Liste eine Leistungspflicht zur Übernahme von Spielleitungen verbunden sein könnte.

### 1. Übersicht über die Lehrmeinungen

Teilweise werden die Ausstellung des Schiedsrichterausweises und die damit verbundene Aufnahme des Spieloffiziellen auf die offizielle Liste des SFV<sup>554</sup> in der Lehre rechtlich als Begründung eines Dauerschuldverhältnisses qualifiziert, wodurch eine Pflicht des einzelnen Spieloffiziellen begründet werde, alle Wettkämpfe, für welche er vorgesehen werde, zu leiten und auch sonst den Anordnungen des Verbands Folge zu leisten. Die einzelnen Spelaufgebote wären demzufolge lediglich noch spezifische Weisungen innerhalb dieses Dauerschuldverhältnisses und es bestünde für einen separaten Vertragsabschluss keinerlei Raum mehr.<sup>555</sup>

KUHN tendiert deshalb dahin, die Ausstellung des Schiedsrichterausweises als verbandsrechtlichen Rahmenvertrag mit Auftragscharakter zu qualifizieren, welcher durch den Abschluss von Einzelverträgen für die jeweilige Leitung eines bestimmten Spiels ausgefüllt werden solle.<sup>556</sup> Die Aufnahme der Spieloffi-

<sup>552</sup> Siehe vorne, S. 77 f. sowie S. 80.

<sup>553</sup> Siehe vorne, S. 85 ff.

<sup>554</sup> In Deutschland wird in diesem Zusammenhang terminologisch von der «Erteilung der Schiedsrichterlizenz» gesprochen, wobei jedoch auch in Deutschland ebenso wie in der Schweiz den Spieloffiziellen keine Lizenz im rechtlichen Sinne erteilt wird (vgl. anstelle vieler WEBER, Strukturen, S. 445 f.).

<sup>555</sup> WEBER, Strukturen, S. 445 m.w.H.; PFISTER, S. 62; KUHN, S. 60; KÖHLER, Arbeitnehmerbegriff, S. 164 ff. m.w.H.; TÄNNLER, Schiedsrichter, S. 17; FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, 3. Teil N 75 f.

<sup>556</sup> Ähnlich auch MENKE, S. 4, welcher in der Ausstellung des Schiedsrichterausweises eine Lizenzvereinbarung erblickt, welche er als «Rahmenvereinbarung sui generis» qualifiziert, auf deren Basis der Verband mit den Spieloffiziellen einzelne, befristete

ziellen auf die offizielle Liste des Verbands sei überhaupt erst Voraussetzung dafür, dass die Spielloffiziellen mit der Leitung von Wettkämpfen beginnen könnten. Folglich habe der Verband zum Zeitpunkt der Aufnahme auf die offizielle Liste noch gar keine Möglichkeit, die Leistung der Spielloffiziellen zu bewerten und sie in Leistungsklassen einzuteilen. Zwar könnten die Spielloffiziellen die Aufforderung des Verbandes zur Übernahme von Wettkampfleitungen je nach Regelwerk nur bei Vorliegen von besonderen Gründen ablehnen, dennoch bestehe kein klagbarer Anspruch des Verbandes gegenüber den Spielloffiziellen auf die Übernahme der Leitung eines Wettkampfes,<sup>557</sup> da die entsprechenden Sanktionsmöglichkeiten durchwegs keine Möglichkeit liessen, die säumigen Spielloffiziellen für den Fall der Nichterfüllung zu Schadenersatz zu verpflichten. Demnach beschränkt sich die Wirkung der Erteilung des Schiedsrichterausweises bzw. der Aufnahme auf die offizielle Liste darauf, die Spielloffiziellen an die spezifischen Verbandsregeln zu binden und den Rahmen für die abzuschliessenden Einzelverträge betreffend die einzelnen Spielleitungen zu bestimmen.<sup>558</sup>

Nach Ansicht von KÖHLER entsteht die Verpflichtung zur Übernahme von Spielleitungen ebenfalls mit der Anerkennung des Spielloffiziellen als solchen durch den Verband mittels Aushändigung des Schiedsrichterausweises. Dies müsse alleine schon deshalb gelten, weil im konkreten Einteilungsvorgang für eine vorzunehmende Spielleitung durch die hierfür zuständigen Verbandsorgane kein Vertragsangebot erblickt werden könne. Vielmehr würde den Spielloffiziellen lediglich die Möglichkeit zur Kenntnisnahme eingeräumt, um zu erfahren, wann und wo sie sich zur Leitung eines Spiels einzufinden hätten. Die Bestätigung des Erhalts des Spelauftrags durch die Spielloffiziellen sei dann in diesem Sinne auch nicht als Annahme einer Offerte zum Vertragsabschluss zu qualifizieren. Diese diene vielmehr lediglich dazu, sicherzustellen, dass die Spielloffiziellen von ihrem zu leitenden Spiel Kenntnis genommen hätten. Für die Annahme eines Vertragsschlusses für jedes einzelne Spiel fehle es somit bereits an den grundlegenden Voraussetzungen von Angebot und Annahme, weshalb die Beziehung zwischen dem Verband und den Spielloffiziellen als Dauerschuldverhältnis ausgestaltet sei.<sup>559</sup>

WEBER ist demgegenüber der Ansicht, der nach Abschluss der Grundausbildung den Spielloffiziellen ausgehändigte Schiedsrichterausweis bzw. die im Anschluss hieran erfolgte Aufnahme auf die offizielle Liste des Verbands könne bereits deshalb nicht als Rahmenvertrag qualifiziert werden, da es an einem Vertragsabschluss gänzlich fehlen würde. Anders als bei lizenzierten Spielern oder Trai-

---

te Arbeitsverträge abschliesse.

<sup>557</sup> Vgl. hierzu auch SCHÖNTAG, S. 96 m.w.H.

<sup>558</sup> Vgl. zum Ganzen KUHN, S. 60 f.

<sup>559</sup> Zum Ganzen KÖHLER, Arbeitnehmerbegriff, S. 165 f. sowie DERSELBE, Sport-schiedsrichter, S. 5.

nern komme es bei den Spielloffiziellen gar nicht zum Abschluss eines Lizenzvertrages, sondern lediglich zur Aushändigung des Schiedsrichterausweises, welcher somit ausschliesslich ein Zeugnis über den erfolgreichen Abschluss der Grundausbildung darstelle.<sup>560</sup>

## 2. Eigene Stellungnahme

### A) Keine Begründung eines zur Übernahme von Spielleitungen verpflichtenden Dauerschuldverhältnisses

Eine sich direkt aus der Erteilung des Schiedsrichterausweises bzw. der Aufnahme der Spielloffiziellen auf die offizielle Schiedsrichterliste des SFV bzw. die internationale Liste der FIFA für den einzelnen Spielloffiziellen ergebende Pflicht zur Übernahme von Spielleitungen könnte lediglich dann bejaht werden, wenn diese Vorgänge als Begründung eines Dauerschuldverhältnis zu qualifizieren wären. Diese Meinung ist nach hier vertretener Ansicht jedoch aus zwei Gründen unzutreffend. Zunächst erscheint es aufgrund der Vielzahl von unterschiedlichen Wettkämpfen insbesondere im Amateurbereich sowie bei internationalen Spielen problematisch, dass dieses Dauerschuldverhältnis durch die Weisungen für das einzelne Spiel bloss ausgefüllt werden und somit für einen separaten Vertragsschluss hinsichtlich der einzelnen Wettkämpfe bzw. Spiele keinerlei Raum mehr bleiben soll.<sup>561</sup> Zudem ist es wie bereits dargestellt den Spielloffiziellen insbesondere im Amateurbereich ohne Weiteres möglich, sich für eine gewisse Dauer vom Spielbetrieb abzumelden mit der Konsequenz, dass sie bei der Zuteilung der zu besetzenden Spiele nicht berücksichtigt werden.<sup>562</sup> Es steht deshalb fest, dass sich die Hauptleistungspflicht der Spielloffiziellen – die Leitung von Wettkämpfen – grundsätzlich<sup>563</sup> erst aus dem konkreten Angebot für das zu leitende Spiel ergibt. Dieses ist somit rechtlich ohne Weiteres als Angebot des jeweiligen Verbands zum Vertragsschluss zu qualifizieren, während die konkludente Annahme<sup>564</sup> dieses Angebots durch die Spielloffiziellen grundsätzlich im Erscheinen am konkreten Spielort zwecks Vornahme der Leitung des Spiels zu sehen ist.<sup>565</sup> Bei FIFA- und UEFA-Spielen hat demgegenüber die Bestätigung eines Spelaufgebots regelmässig schriftlich durch den Nationalver-

<sup>560</sup> Zum Ganzen WEBER, Strukturen, S. 445 f.

<sup>561</sup> KUHN, S. 60; WEBER, Strukturen, S. 445.

<sup>562</sup> Für Spiele auf nationaler Ebene siehe vorne, S. 77; für Spiele auf internationaler Ebene vgl. Practical Information UEFA, S. 9.

<sup>563</sup> Eine Ausnahme besteht diesbezüglich für die in der SFL eingesetzten Spielloffiziellen, vgl. hierzu hinten, S. 99 ff.

<sup>564</sup> Anders als offenbar in Deutschland (vgl. KÖHLER, Arbeitnehmerbegriff, S. 166) haben die Spielloffiziellen in der Schweiz nach erfolgter Zustellung ein Spelaufgebot gegenüber dem Verband nicht zu bestätigen.

<sup>565</sup> A.M. KÖHLER, Arbeitnehmerbegriff, S. 166.

band bzw. die Spielloffiziellen innerhalb von wenigen Tagen zu erfolgen, womit in diesem Fällen regelmässig eine schriftliche Annahme des Vertragsangebots durch den Nationalverband als Stellvertreter der Spielloffiziellen vorliegt.

In diesem Sinne kann in der Ausstellung des Schiedsrichterausweises bzw. Aufnahme auf die offizielle Liste des SFV bzw. die internationale Liste der FIFA kein die Spielloffiziellen zur Übernahme von Spielleitungen verpflichtendes Dauerschuldverhältnis erblickt werden. Bereits an dieser Stelle sei indes darauf hingewiesen, dass damit das Vorliegen eines Dauerschuldverhältnisses zwischen den Spielloffiziellen sowie den Verbänden für bestimmte oder allenfalls sogar sämtliche Wettbewerbe eines bestimmten Verbands noch nicht ausgeschlossen ist. Solche beispielsweise in der SFL oder den bei internationalen FIFA- oder UEFA-Turnieren bestehende Dauerschuldverhältnisse finden ihre Rechtsgrundlage jedoch nicht in der Erteilung des Schiedsrichterausweises oder der Aufnahme der Spielloffiziellen auf die Liste des SFV oder der FIFA, sondern stets und alleine in den entsprechenden zwischen den Spielloffiziellen und dem jeweiligen Verband bestehenden Rechtsgeschäften.

Damit ist die rechtliche Qualifikation der Erteilung des Schiedsrichterausweises bzw. der Aufnahme der Spielloffiziellen auf die offiziellen Listen von SFV und FIFA jedoch noch nicht geklärt. Für die Frage, ob sich hieraus eine direkte Pflicht der Spielloffiziellen zur Wettkampfleitung ableiten lässt, ist die Qualifikation als Rahmenvertrag oder als reine Zeugniserteilung jedoch unerheblich. In beiden Fällen steht ohne Weiteres fest, dass sich hieraus keine direkte Pflicht der Spielloffiziellen zur Wettkampfleitung ableiten lässt. Diese entsteht in beiden Fällen erst mit der Zustellung eines Spielaufgebotes an die Spielloffiziellen, unabhängig von der rechtlichen Qualifikation der Ausweiserteilung bzw. Aufnahme auf die offiziellen Listen.

## **B) Rechtliche Qualifikation der Aufnahme auf die Liste der SFV-Spielloffiziellen**

Nach hier vertretener Ansicht ist zur Qualifikation dieser Ausweisausstellung bzw. Aufnahme auf die offiziellen Listen zwischen der Situation in der Schweiz und jener auf internationaler Ebene zu unterscheiden: Die Argumentation von WEBER, wonach die Ausstellung des Schiedsrichterausweises einzig dem Nachweis über die erfolgreich abgeschlossene Grundausbildung diene und somit keinerlei Rechtswirkungen zeitige, erscheint unzutreffend. Die Ausstellung des Schiedsrichterausweises mit der gleichzeitigen Aufnahme der Spielloffiziellen auf die offizielle Liste des SFV überträgt diesem auch ohne die Ausübung von Spielleitungen bereits eine Reihe von Rechten und Pflichten, wenn auch noch nicht die eigentliche Hauptpflicht der Spielloffiziellen, die Leitung eines Wettkampfes. So werden den Spielloffiziellen mit der Ausstellung des Schiedsrichterausweises sowie der Aufnahme auf die offizielle Liste der SFV-Spielloffiziellen



im Sinne eines sogenannten – im konkreten Fall mündlichen – *Regelanerkennungsvertrags*<sup>566</sup> sämtliche der sich aus dem Verbandsrecht für dieses Amt ergebenden Rechte und Nebenpflichten übertragen.<sup>567</sup> Zu beachten ist in diesem Zusammenhang überdies, dass sich jeder Bewerber für die Teilnahme an den vom SFV bzw. von den entsprechenden Regionalverbänden durchgeführten Grundausbildungskursen schriftlich anmelden muss. Insoweit liegt auch seitens der Spieloffiziellen unbestrittenermassen eine Willenserklärung vor, das Amt des Spieloffiziellen auszuüben und die sich hieraus ergebenden Verpflichtungen einzugehen. Andererseits können Spieloffizielle ihre Tätigkeit grundsätzlich auch jederzeit und ohne Angabe von Gründen beenden,<sup>568</sup> während die Streichung von Spieloffiziellen durch den SFV von deren offizieller Liste nur in den vom Verbandsrecht vorgesehenen Fällen möglich ist. Nach hier vertretener Ansicht kann deshalb die Ausstellung des Schiedsrichterausweises sowie die damit verbundene Aufnahme auf die offizielle Liste der SFV-Spieloffiziellen nicht als blosses Zeugnisausstellung ohne jegliche Rechtswirkung qualifiziert werden. Die Meinung, wonach es sich dabei um einen Rahmenvertrag sui generis mit auftragsrechtlichen Elementen handelt, verdient deshalb Zustimmung. Dieser Rahmenvertrag bildet sodann die Voraussetzung für die durch den Verband mit den Spieloffiziellen abzuschliessenden Einzelverträgen hinsichtlich der einzelnen, jeweils zu leitenden Spiele bzw. der zeitlich unbefristeten Dauerverträge hinsichtlich einer unbestimmten Anzahl von Spielen.<sup>569</sup>

Allenfalls könnte die Erteilung des Schiedsrichterausweises und die damit verbundene Aufnahme auf die offizielle Liste des SFV aufgrund der Unentgeltlichkeit<sup>570</sup> der damit verbundenen (impliziten) Erklärung, als Spieloffizieller dem SFV zur Verfügung zu stehen, auch als Gefälligkeit qualifiziert werden.<sup>571</sup> Dagegen spricht jedoch der Umstand, dass sich aus der Erteilung des Schiedsrichterausweises sowie der Aufnahme auf die offizielle Liste des SFV selber wie vorstehend erläutert noch keine Verpflichtung zur effektiven Leitung eines Wettkampfes ergibt.<sup>572</sup> Da sich eine solche jedoch meist in der Folge durch die erfolgte Zuteilung eines zu leitenden Spiels ergibt, bleibt nach hier vertretener Ansicht kein Raum mehr, die Erteilung des Schiedsrichterausweises als Gefälligkeit zu qualifizieren. Eine solche würde sich nämlich gerade dadurch aus-

<sup>566</sup> Vgl. auch KUHN, S. 56.

<sup>567</sup> Vgl. auch KUHN, S. 59.

<sup>568</sup> Ziff. 9 SSAR. Etwas anderes gilt gemäss Ziff. 2.8 der SFL-Anstellungsbedingungen lediglich für die Spieloffiziellen der SFL, welche eine drei- bzw. zweimonatige «Kündigungsfrist» einzuhalten haben.

<sup>569</sup> Vgl. KUHN, S. 64.

<sup>570</sup> Demgegenüber erfolgt die Leitung von Pflicht- und Trainingsspielen stets entgeltlich.

<sup>571</sup> Vgl. KUHN, S. 59 m.w.H.

<sup>572</sup> Siehe vorne, S. 94 f.

zeichnen, dass sie auf einer unverbindlichen Leistungszusage beruhen würde.<sup>573</sup> Die Erteilung des Schiedsrichterausweises als solcher enthält jedoch nicht eine unverbindliche, sondern gar keine Leistungszusage.

### **C) Rechtliche Qualifikation der Aufnahme auf die FIFA-Liste**

Von der Aufnahme auf die offizielle Liste der Spielloffiziellen des SFV, welche wie vorstehend dargestellt ihren Ursprung stets in einer Willenserklärung des künftigen Spielloffiziellen in Form einer Anmeldung zur Grundausbildung hat, unterscheidet sich die Aufnahme auf die internationale Liste der Spielloffiziellen der FIFA deutlich. In aller Regel ist es das grosse Ziel jedes national auf höchstem Niveau eingesetzten Spielloffiziellen, auf die FIFA-Liste der internationalen Spielloffiziellen berufen zu werden.<sup>574</sup> Die Benennung der Spielloffiziellen für die FIFA-Liste erfolgt alleine durch die nationalen Mitgliederverbände der FIFA anhand der von der FIFA vorgegebenen Anzahl der Listenplätze pro Mitgliederverband. Daneben ist die Aufnahme als Spielloffizieller auf der internationalen Liste der FIFA jedoch abgesehen vom Umstand, dass internationale Wettbewerbsspiele der FIFA und der UEFA grundsätzlich nur von auf dieser Liste aufgeführten Schiedsrichtern geleitet werden dürfen,<sup>575</sup> mit keinen zusätzlichen Rechten und Pflichten im Vergleich zu den ausschliesslich auf nationaler Ebene eingesetzten Spielloffiziellen verbunden. Träger der bereits an anderer Stelle aufgeführten Rechte und Pflichten gegenüber der FIFA und der UEFA sind nicht nur die auf der FIFA-Liste aufgeführten Spielloffiziellen, sondern sämtliche Spielloffiziellen, welche bei UEFA- und FIFA-Spielen eingesetzt werden.<sup>576</sup> In diesem Sinne muss die Aufnahme eines Spielloffiziellen auf die internationale FIFA-Liste im Gegensatz zur Aufnahme auf die offizielle Liste der SFV-Spielloffiziellen rechtlich als reines Qualifikationszeugnis bewertet werden, vergleichbar etwa einer nationalen Qualifikation für die Zulassung zur Spilleitung in einer bestimmten Liga. Ein Dauerschuldverhältnis oder auch nur ein Rahmenvertrag, welcher gegenseitige Rechte und Pflichten entstehen lassen würde, liegt somit nicht vor. Dementsprechend kann die Aufnahme auf die FIFA-Liste

<sup>573</sup> GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 1190a.

<sup>574</sup> Vgl. beispielsweise RAFATI (vorne Fn. 162), S. 100 ff.

<sup>575</sup> Dies gilt bei UEFA-Spielen explizit nur für die Schiedsrichter, einen der beiden Schiedsrichterassistenten und allenfalls einen der beiden zusätzlichen Schiedsrichterassistenten, sofern solche eingesetzt werden. Die übrigen Spielloffiziellen von UEFA-Spielen brauchen nicht auf der FIFA-Liste aufgeführt zu sein, es ist ausreichend, wenn sie national für die höchste Liga qualifiziert sind. Etwas anderes gilt dagegen bei der FIFA, dort müssen sämtliche Spielloffiziellen auf der FIFA-Liste sein, selbst bei internationalen A-Freundschaftsspielen, vgl. Art. 11 Ziff. 2 Ausführungsbestimmungen FIFA-Statuten.

<sup>576</sup> Vgl. Präambel UEFA-Pflichtenheft; TÄNNLER, Schiedsrichter, S. 18.

im Gegensatz zu derjenigen auf der Liste der SFV-Spieloffiziellen auch nicht als Regelanerkennungsvertrag qualifiziert werden.

## **VII. Qualifikation der zwischen den Spieloffiziellen und den einzelnen Verbänden bestehenden Rechtsverhältnisse**

Wie an anderer Stelle dargestellt, besteht weder eine mitgliedschaftliche noch organschaftliche Verpflichtung der Spieloffiziellen zur Leitung von Trainings- oder Pflichtspielen.<sup>577</sup> Eine solche kann sodann auch nicht aus den Verbandsregelwerken entnommen werden, sei es auf nationaler oder internationaler Ebene. Darüber hinaus begründen auch weder die Erteilung des Schiedsrichterausweises und die damit einhergehende Aufnahme der Spieloffiziellen auf die offizielle Liste des SFV noch die Aufnahme auf die internationale Liste der FIFA eine Verpflichtung der Spieloffiziellen zur Übernahme von Spielleitungen. Eine solche sich aus der Zustellung eines Aufgebots für eine zu übernehmende Spielleitung ergebende Verpflichtung kann somit einzig in einem Rechtsgeschäft begründet sein,<sup>578</sup> dessen Qualifizierung im Folgenden für die verschiedenen von den einzelnen Verbänden durchgeführten Wettbewerbe vorgenommen werden soll.

### **1. Im schweizerischen Nichtamateurfussball**

#### **A) Meisterschaftsspiele der SFL**

##### *a) Sachlicher Geltungsbereich der SFL-Anstellungsbedingungen*

In der Einleitung der SFL-Anstellungsbedingungen wird ausdrücklich festgehalten, dass sich diese ausschliesslich auf den Meisterschaftsbetrieb der SFL sowie den in diesem Zusammenhang durchgeführten Austausch der Spieloffiziellen mit denjenigen der österreichischen Bundesliga beziehen. Entsprechend kann auch die hieraus abzuleitende rechtliche Qualifikation des zwischen dem SFV und den Spieloffiziellen bestehenden Rechtsverhältnisses als Arbeitsvertrag vorderhand einzig auf die Aufgebote für Meisterschaftsspiele der SFL angewendet werden.<sup>579</sup> Wie das zwischen den Spieloffiziellen sowie dem SFV bestehende Rechtsverhältnis betreffend die Leitung von Trainings- und Cupspielen zu qualifizieren ist, wird deshalb noch gesondert zu untersuchen sein.<sup>580</sup>

Der Grund für diesen ausschliesslich auf die Meisterschaftsspiele der SFL beschränkten sachlichen Geltungsbereich der SFL-Anstellungsbedingungen dürfte

---

<sup>577</sup> Siehe vorne, S. 68 f. und S. 77 f.

<sup>578</sup> Vgl. KUHN, S. 58; WEBER, Strukturen, S. 453; TÄNNLER, S. 17.

<sup>579</sup> Zur Frage der Zulässigkeit einer solchen getrennten Behandlung der einzelnen Wettbewerbe siehe hinten, S. 127 ff.

<sup>580</sup> Siehe hinten, S. 124 ff.

unter anderem in deren Entstehungsgeschichte begründet sein. Die SFL als eigenständige Abteilung des SFV ist als Verein im Sinne von Art. 60 ff. ZGB auch eine eigenständige juristische Person, deren Hauptzweck in der Organisation des Nichtamateurfußballs, also des Meisterschaftsbetriebes der Super und Challenge League besteht.<sup>581</sup> Da ihr die Erträge aus den von ihr organisierten Wettbewerben zukommen,<sup>582</sup> hat sie entsprechend auch für die Entlöhnung der in ihren Wettbewerben eingesetzten Spieloffiziellen aufzukommen.<sup>583</sup> Eine direkte Auszahlung dieser Entlöhnung an die Spieloffiziellen oder gar eine direkte Anstellung der Spieloffiziellen bei der SFL ist jedoch sowohl durch die einschlägigen Regelwerke der FIFA als auch diejenigen der UEFA ausgeschlossen. Ebenso wenig ist jegliche Einflussnahme der SFL auf die Ansetzungen der Spieloffiziellen bei ihren Meisterschaftsspielen unzulässig.<sup>584</sup> Vor diesem Hintergrund legt deshalb der SFV die Entschädigungen der Spieloffiziellen für deren Spielleitungen bei SFL-Meisterschaftsspielen fest,<sup>585</sup> bezahlt diese auch selber aus und stellt sie letztendlich gegenüber der SFL in Rechnung.<sup>586</sup> Im Gegensatz dazu werden bei Spielen des Schweizer Cups sowie bei Trainingsspielen die (ebenfalls vom SFV festgelegten) Entschädigungen direkt von den am jeweiligen Spiel beteiligten Clubs an die Spieloffiziellen ausbezahlt, dasselbe gilt im Übrigen auch im gesamten Amateurbereich.<sup>587</sup>

*b) Implizite Qualifikation als Arbeitsverhältnis nach Art. 319 ff. OR*

Obwohl in den SFL-Anstellungsbedingungen so nicht explizit erwähnt, qualifizieren diese das zwischen den bei SFL-Spielen eingesetzten Spieloffiziellen sowie dem SFV bestehende Vertragsverhältnis dennoch klarerweise als Arbeitsverhältnis im Sinne von Art. 319 ff. OR. Bereits in der Einleitung wird der SFV

<sup>581</sup> Siehe vorne, S. 58.

<sup>582</sup> Vgl. Art. 53 lit. c SFL-Statuten.

<sup>583</sup> Vgl. Art. 19 Abs. 2 SFL-Spielbetriebsreglement.

<sup>584</sup> Vgl. insbesondere Art. 3 Ziff. 2, Art. 5 lit. b sowie Art. 9 Ziff. 2 FIFA SR-Reglement und Ziff. 3 lit. h UEFA-Konvention. Nach hier vertretener Ansicht widerspricht denn auch das in Deutschland bestehende Mitspracherecht des Ligaverbandes (des Zusammenschlusses der Vereine und Kapitalgesellschaften der Bundesligisten, vgl. hierzu weiterführend WEBER, Strukturen, S. 40 ff.) bei der Ansetzung der Spieloffiziellen in der Bundesliga (vgl. hierzu HEERMANN, Schiedsrichter, S. 6) den vorerwähnten FIFA- und UEFA-Reglementen.

<sup>585</sup> Vgl. Ziff. 4.2. Geschäftsreglement SK-SFV sowie Ziff. 2 SFL-Anstellungsbedingungen

<sup>586</sup> Vergleichbar auch die Rechtslage in Deutschland, wo die Entlöhnung der Spieloffiziellen in der Bundesliga durch den DFB erfolgt, während der Ligaverband gestützt auf den zwischen diesem und dem DFB bestehenden Grundlagenvvertrag diese Aufwendungen dem DFB zu erstatten hat (vgl. HEERMANN, Schiedsrichter, S. 6).

<sup>587</sup> Art. 18 Ziff. 2.1 SFV-Cupreglement; Ziff. 4 SR-Merkblatt.

als *Arbeitgeber* bezeichnet und festgehalten, dass auf die Erstellung schriftlicher Individualarbeitsverträge verzichtet wird. Schliesslich wird in der Einleitung auch auf die subsidiäre Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen von Art. 319 ff. OR verwiesen. In Ziff. 2.6.1 ist sodann von den Spieloffiziellen als *Arbeitnehmern* die Rede. In Ziff. 2.6.3 finden sich Regelungen zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall im Sinne von Art. 324a OR, während in Ziff. 2.6.4 im Zusammenhang mit der Regelung des BVG wiederum von den Spieloffiziellen als *Arbeitnehmern* die Rede ist. Ziff. 2.7 regelt den Anspruch auf Ferienlohn im Sinne von Art. 329d OR und Ziff. 3 bezeichnet die Spieloffiziellen schliesslich einmal mehr als *Arbeitnehmer*.

*c) Rechtliche Gesamtbetrachtung unabhängig von der Bezeichnung*

Ob das zwischen dem SFV und den mit der Spielleitung in der SFL betrauten Spieloffiziellen bestehende Vertragsverhältnis rechtlich tatsächlich als Arbeitsvertrag qualifiziert werden kann, ist im Rahmen einer Gesamtbetrachtung anhand aller Elemente dieses Vertragsverhältnisses zu beurteilen. Dabei ist grundsätzlich weder die von den Parteien gewählte Bezeichnung noch die Einstufung durch die Sozialversicherungen ausschlaggebend.<sup>588</sup>

*aa) Sport als arbeitsvertragliche Leistungspflicht*

Obwohl die SFL-Anstellungsbedingungen das zwischen dem SFV und den mit der Leitung von SFL-Spielen betrauten Spieloffiziellen bestehende Vertragsverhältnis ohne Weiteres als Arbeitsvertrag im Sinne von Art. 319 ff. OR erscheinen lassen, stellt sich zunächst die Frage, ob eine sportliche Leistung – eine solche liegt aufseiten der Spieloffiziellen insbesondere bei Spielen des Profifussballs unzweifelhaft vor<sup>589</sup> – überhaupt Inhalt einer arbeitsvertraglichen Leistungsverpflichtung sein kann.

Während früher vereinzelt noch mit der Argumentation, ein Sportler trage nicht im Sinne einer «herkömmlichen Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Sichtweise» zur Erwirtschaftung von Gewinnen bei und sei deshalb nicht als Arbeitnehmer zu qualifizieren,<sup>590</sup> ist heutzutage ganz allgemein anerkannt, dass der Sport ein Sektor des Arbeitslebens geworden ist.<sup>591</sup> Dabei wird jedoch auch heute noch teilweise die Ansicht vertreten, eine sportliche Leistung alleine stelle keine Ar-

<sup>588</sup> STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 319 OR N 2 m.w.H.

<sup>589</sup> Vgl. auch SCHÖNTAG, S. 99 f. HILPERT, Geschichte, S. 309, bezeichnet die Spieloffiziellen im Profifussball denn auch als Spitzensportler.

<sup>590</sup> MÄTZLER, S. 95 m.w.H., der selbst Profifussballer nicht als Arbeitnehmer, sondern als *Mitunternehmer* und somit letztlich als Gesellschafter in einem Gesellschaftsverhältnis qualifiziert.

<sup>591</sup> HILPERT, Geschichte, S. 347; PFEIL, S. 52 f.; SUTTER, S. 150 ff.; HAAS/MARTENS, S. 175; REISSNER, S. 9 ff.; EGGERSTEDT, S. 84 f.; ZEN-RUFFINEN, Nr. 521 m.w.H.; SCHÖNTAG, S. 100 m.w.H.

beit dar, weshalb eine sportliche Leistung nur dann im Rahmen eines Arbeitsvertrages vereinbart werden könne, wenn eine Wettkampfteilnahme nicht nur alleine aus sportlichen, sondern auch aus wirtschaftlichen Erwägungen erfolge.<sup>592</sup> Anerkennt man jedoch mit der ganz überwiegenden Lehre die Möglichkeit, eine sportliche Leistung oder Betätigung im Rahmen eines Arbeitsvertrages zu erbringen, so sticht dabei als Besonderheit des Arbeitsverhältnisses die stark erfolgsbestimmte Orientierung der Arbeitsleistung des Sportlers heraus. Trotzdem schuldet der Sportler ein Tätigwerden und in aller Regel nicht einen Erfolg, was insbesondere den Profisportler in aller Regel als Arbeitnehmer oder Beauftragten, nicht jedoch als Werkunternehmer qualifiziert.<sup>593</sup> Zu beachten ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Ausübung des Sports für den Profisportler durch die Ausrichtung eines Entgelts häufig eine Existenzgrundlage bildet. Daneben beschränkt sich die Ausübung von Leistungssport nicht auf ein Spiel oder einen Wettkampf alleine, sondern beinhaltet auch Training, Vorbereitung, unter Umständen auch Reisetätigkeit und Begleitveranstaltungen.<sup>594</sup> Somit steht ohne Weiteres fest, dass auch eine sportliche Leistung *Arbeit* im Sinne von Art. 319 Abs. 1 OR sein kann.

*bb) Die Spieloffiziellen als Arbeitnehmer – Übersicht über die Lehrmeinungen*

Die Qualifikation des zwischen den Spieloffiziellen sowie den jeweiligen Verbänden im professionellen nationalen Spitzenfußball bestehenden Rechtsverhältnisses als Arbeitsverhältnis wird von der Lehre grossmehrheitlich abgelehnt. So führt beispielsweise KUHN hierzu im Wesentlichen ins Feld, es fehle den Spieloffiziellen die dem Arbeitsvertrag typische persönliche Abhängigkeit. Zwar seien auch die Spielleiter insofern weisungsgebunden, als das zuständige Verbandsorgan Zeit und Ort der zu verrichtenden Wettkampfleitung bestimmen würde. Es fehle den Spieloffiziellen jedoch eine dauerhaft angelegte fremdnützige Beschäftigung, durch welche sie in einem nicht unerheblichen Umfang Arbeiten für einen Dienstberechtigten zu verrichten hätten und von diesem praktisch in vollem Umfang in Anspruch genommen würden. Stattdessen würden die meisten Spieloffiziellen auch im Nichtamateurfussball diese Tätigkeit im Rahmen ihrer Freizeit und damit nebenberuflich ausüben, wodurch es am arbeitnertypischen Merkmal der persönlichen Abhängigkeit fehle und entsprechend kein Arbeitsvertrag vorliegen würde.<sup>595</sup>

---

<sup>592</sup> Vgl. KUHN, S. 77; SCHÖNTAG, S. 100 f., führt hierzu aus, eine Betätigung könne juristisch nur dann als Arbeitsleistung bewertet werden, wenn sie nicht um ihrer selbst willen, sondern zur Erreichung eines über die Betätigung hinausgehenden Zweckes ausgeübt werde.

<sup>593</sup> HILPERT, Geschichte, S. 347 f.; ITTMANN, S. 21.

<sup>594</sup> RÜSING, S. 26.

<sup>595</sup> Vgl. zum Ganzen KUHN, S. 77 f.

Auch GFELLER teilt die Ansicht, die Spieloffiziellen würden im Gegensatz zu den Spielern selbst in den Profiligen ihre Tätigkeit nicht beruflich, sondern vielmehr in Form eines Ehrenamts ausüben. Selbst wenn die Tätigkeit der Spieloffiziellen eine gewisse Regelmässigkeit aufweisen würde, erscheine eine Qualifikation als Arbeitnehmer des Verbands mangels Vorliegen eines Subordinationsverhältnisses nicht möglich.<sup>596</sup>

Auch SCHÖNTAG lehnt die Annahme eines Arbeitsvertrages ab. Für ihn sind die Spieloffiziellen reine Amateursportler, die zwar Sport treiben, jedoch keine Arbeit leisten. Er führt hierzu aus, schon die Art und Weise, wie Sport betrieben würde, sei bei den Spielern und den Spieloffiziellen eine unterschiedliche. Während die Spieler Sport im Rahmen eines Wettkampfes betreiben würden mit dem Ziel, diesen zu gewinnen, sei bei den Spieloffiziellen die sportliche Betätigung ein Nebenprodukt ihrer eigentlichen Aufgabe, der Spielleitung und der Regelüberwachung. Zudem seien auch die Beweggründe bei den Spieloffiziellen und den Nichtamateurspielern eine ganz andere. Die Spieloffiziellen würden ihren Sport zweckfrei und aus Neigung ausüben, sodass die Ausübung ihres Amtes nicht der Bestreitung ihres Unterhaltes durch unmittelbare oder mittelbare Zuwendungen diene. So seien denn auch die den Spieloffiziellen ausbezahlten Spesen nicht als Entgelt für die Ausübung ihres Amtes anzusehen, sondern dienten vielmehr der Bestreitung der Unkosten, die ihnen aus deren Teilnahme am Spielverkehr entstünden. Demgegenüber sei der Beweggrund der Nichtamateurspieler für deren körperliche Anstrengungen nicht in erster Linie die Herstellung und Erhaltung der körperlichen Leistungsfähigkeit, sondern vielmehr die Produktion einer Leistung, die dem Zuschauer in einem Vertrag verkauft werden könne und so der Lebenssicherung des Nichtamateursportlers diene. Diese würden deshalb den Sport nicht als Selbstzweck, sondern der Bezahlung wegen ausüben. Somit sei die sportliche Tätigkeit der Nichtamateurspieler als Arbeit zu qualifizieren, während die Spieloffiziellen als Amateure keine Arbeit leisten würden.<sup>597</sup>

Gegen die Annahme eines Arbeitsvertrages spricht sich auch SCHERRER aus. Er verweist zur Begründung in erster Linie auf die bescheidene Entlohnung selbst in der SFL, weshalb für ihn das zwischen den Spieloffiziellen und dem SFV bestehende Rechtsverhältnis als Auftragsverhältnis im Sinne von Art. 394 ff. OR zu qualifizieren ist.<sup>598</sup>

Demgegenüber ist KÖHLER als einer der wenigen Autoren der Ansicht, die Spieloffiziellen in den Profiligen würden effektiv Arbeit im arbeitsrechtlichen Sinne leisten, weshalb folglich auch ein Arbeitsvertrag anzunehmen sei. Er führt hierzu zunächst ins Feld, die Argumentation von SCHÖNTAG, wonach die Spiel-

<sup>596</sup> Vgl. zum Ganzen GFELLER, S. 123 f.

<sup>597</sup> Vgl. zum Ganzen SCHÖNTAG, S. 97 ff.

<sup>598</sup> SCHERRER, Schiedsrichter, S. 255.



offiziellen ihr Amt in erster Linie zweckfrei und aus Neigung ausüben würden, sei heute insbesondere mit Blick auf die doch merklich gestiegenen Spielentschädigungen insbesondere im Nichtamateurbereich kaum mehr zeitgemäss. Es handle sich dabei klarerweise um einen Betrag, welcher die tatsächlich entstandenen Aufwendungen übersteigen würde, weshalb diesbezüglich nicht mehr von Aufwendersatz, sondern vielmehr von einem Entgelt gesprochen werden müsse. Dies gelte umso mehr, als die Spieloffiziellen beispielsweise in der Bundesliga mittlerweile neben dem Entgelt für die einzelnen Spielleitungen auch ein Jahresgrundgehalt erhalten würden.<sup>599</sup> Daneben würden die Spieloffiziellen durch ihre Sportleistung auch einen Fremdbedarf befriedigen. Falls die Liga (konkret die SFL) nicht auf die vom Verband gestellten und für die einzelnen Spiele aufgegebenen Spieloffiziellen zurückgreifen könnte, wäre ein Spielbetrieb in der Liga erst gar nicht möglich. Demnach liege ein solcher Fremdbedarf klarerweise vor, da ansonsten der Verband seiner Verpflichtung gegenüber der Liga, die Spieloffizielle für die Leitung von deren Spielen zur Verfügung zu stellen, gar nicht nachkommen könne.<sup>600</sup> Die Spieloffiziellen seien darüber hinaus aufgrund ihrer Tätigkeit, welche insbesondere im professionellen Fussball nur noch als Team erbracht werden könne, sowie dem Umstand, dass sie regelmässig an den vom Verband durchgeführten Leistungstests sowie Regelunterrichten teilzunehmen hätten, auch ohne Weiteres in die Betriebsorganisation ihres Verbands eingegliedert.<sup>601</sup> Schliesslich seien die Spieloffiziellen auch örtlich, zeitlich, organisatorisch und fachlich weisungsgebunden. Sein fachliches Weisungsrecht übe der Verband dabei einerseits mittels allgemeiner Anweisungen an die Spieloffiziellen zur Spielleitung und andererseits durch die Anweisungen und Hinweise über die an den jeweiligen Spielen anwesenden Schiedsrichterbeobachter aus.<sup>602</sup> Schliesslich ist KÖHLER der Ansicht, dass auch die Spieloffiziellen im Amateurbereich zumindest dann als Arbeitnehmer zu qualifizieren seien, wenn das Merkmal der Entgeltlichkeit im konkreten Fall erfüllt sei. Dies gelte selbst dann, wenn im Einzelnen fraglich sein könne, ob auch die Spieloffiziellen im Amateurbereich ihre Tätigkeit als Mittel zum Gelderwerb betreiben würden und darüber hinaus der Verband von seinem Weisungsrecht in der Regel weniger Gebrauch mache als bei den Spieloffiziellen im Profibereich.<sup>603</sup>

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer aktuellen Entscheidung des Finanzgerichts Rheinland-Pfalz,<sup>604</sup> in welcher dieses die Selbständigeneigenschaft eines

<sup>599</sup> KÖHLER, Sportschiedsrichter, S. 4 m.w.H.

<sup>600</sup> Vgl. zum Ganzen KÖHLER, Arbeitnehmerbegriff, S. 159 ff. sowie DERSELBE, Sportschiedsrichter, S. 4.

<sup>601</sup> KÖHLER, Arbeitnehmerbegriff, S. 168 f. sowie DERSELBE, Sportschiedsrichter, S. 5.

<sup>602</sup> KÖHLER, Arbeitnehmerbegriff, S. 169 ff. sowie DERSELBE, Sportschiedsrichter, S. 5 f.

<sup>603</sup> KÖHLER, Arbeitnehmerbegriff, S. 173 ff.

<sup>604</sup> Urteil FG Rheinland-Pfalz vom 18. Juli 2014, in: DStRE 2015, S. 671 ff.

Bundesligaschiedsrichters verneinte, hat sich auch BUHL jüngst für die Qualifikation des zwischen den Spielloffiziellen sowie den jeweiligen Verbänden im professionellen nationalen Spitzensport bestehenden Rechtsverhältnisses als Arbeitsvertrag ausgesprochen. Da der Verband nicht nur den Ort und die Zeit der Tätigkeit festlege, sondern darüber hinaus auch bei der Regelauslegung verbindliche Vorgaben mache, bestehe seitens des Verbands nicht nur ein Weisungsrecht in zeitlicher, sondern auch in sachlicher Hinsicht.<sup>605</sup> Darüber hinaus bestimme der Verband mit den Ansetzungen der Spielloffiziellen auch die jeweilige Teamzusammensetzung, womit auch Eingliederung in die Arbeitsorganisation des Verbands einherginge.<sup>606</sup>

*cc) Die Spielloffiziellen als Beauftragte – Übersicht über die Lehrmeinungen*

Soweit sich die schweizerische Lehre überhaupt zum zwischen dem Verband und den Spielloffiziellen bestehenden Vertragsverhältnis äussert, qualifiziert sie dieses einhellig auch im Nichtamateursport als Auftragsverhältnis im Sinne von Art. 394 ff. OR. Dies deckt sich mit der soweit ersichtlich herrschenden Meinung in der deutschen Lehre, welche dieses Vertragsverhältnis als Geschäftsbesorgungsvertrag nach §§ 675 ff. BGB qualifiziert, was übertragen auf die schweizerische Rechtsordnung einem (entgeltlichen) Auftragsverhältnis im Sinne von Art. 394 ff. OR entspricht.<sup>607</sup> BONDALLAZ und ZEN-RUFFINEN begründen diese Ansicht damit, dass die Spielloffiziellen ihre Tätigkeit unabhängig und im Interesse des Verbands ausüben würden.<sup>608</sup> Auch TÄNNLER und SCHERRER sehen im zwischen den in der SFL eingesetzten Spielloffiziellen und dem SFV bestehenden Vertragsverhältnis ein Auftragsverhältnis, wobei beide Autoren dieses Verhältnis darüber hinaus als Dauerschuldverhältnis charakterisieren.<sup>609</sup> Für TÄNNLER beginnt dieses Dauerschuldverhältnis mit der Erteilung des Schiedsrichterausweises und dauert bis zu dessen Beendigung durch Rücktrittserklärung der Spielloffiziellen, Entzug des Schiedsrichterausweises, Nichtqualifikation für eine weitere Zeitperiode oder dem altersbedingten Ausscheiden.<sup>610</sup>

Ebenfalls als Auftragsverhältnis qualifiziert SCHÖNTAG das zwischen den Spielloffiziellen und deren Nationalverband bestehende Rechtsverhältnis.<sup>611</sup> Als nicht unproblematisch erachtet er dabei jedoch den Umstand, dass der Verband als Auftraggeber in seiner Weisungs- bzw. Vorschriftsbefugnis eingeschränkt sei. Diese Einschränkung stehe im Zusammenhang mit der unabhängigen Stellung der Spielloffiziellen, weshalb die Verbände ihnen nur vorschreiben könnten,

<sup>605</sup> BUHL, S. 379.

<sup>606</sup> BUHL, S. 379 f.

<sup>607</sup> Siehe hinten, S. 108 f.

<sup>608</sup> BONDALLAZ, Nr. 246; ZEN-RUFFINEN, Nr. 1141.

<sup>609</sup> TÄNNLER, Schiedsrichter, S. 17; SCHERRER, Schiedsrichter, S. 255.

<sup>610</sup> TÄNNLER, Schiedsrichter, S. 17.

<sup>611</sup> Ebenso KRÜGER/HILBERT/WENGENROTH, S. 189.

welche Aufgabe die Spielloffiziellen übernehmen sollten. Wie diese Aufgabe im Einzelnen wahrgenommen werde, dürften die Verbände den Spielloffiziellen nicht vorschreiben. So sei es dem Verband insbesondere untersagt, den Spielloffiziellen Weisungen hinsichtlich der Auslegung der Spielregeln zu erteilen. Zur Lösung dieser Problematik vergleicht SCHÖNTAG in der Folge den Sportschiedsrichter mit dem Schiedsrichter nach der ZPO und stellt dabei fest, dass auch Letzterer über eine mit dem Sportschiedsrichter vergleichbare, unabhängige Stellung verfüge. Dennoch werde der Vertrag des ZPO-Schiedsrichters zumindest von der Lehre als Auftrag qualifiziert,<sup>612</sup> was folglich auch für den Vertrag des Sportschiedsrichters zu gelten habe. Letztlich stehe die unabhängige Stellung der Spielloffiziellen auch deshalb der Annahme eines Auftragsverhältnisses nicht entgegen, da auch eine selbständige Tätigkeit Gegenstand eines Auftrags sein könne. So bestehe beispielsweise auch bei einem Architekten- oder Arztvertrag ein eingeschränktes Weisungsrecht des Auftraggebers hinsichtlich ärztlicher oder technischer Weisungen, dennoch würden diese Vertragsverhältnisse als Auftrag bzw. zufolge des regelmässig geschuldeten Entgelts als Dienstvertrag qualifiziert.<sup>613</sup>

*dd) Die Spielloffiziellen als Geschäftsbesorger im Sinne von §§ 675 ff. BGB – Übersicht über die Lehrmeinungen*

Ein Geschäftsbesorgungsvertrag nach deutschem Recht setzt gemäss § 675 Abs. 1 BGB eine im Rahmen eines Dienst-<sup>614</sup> oder Werkvertrages entgeltlich erbrachte Geschäftsbesorgung voraus, wobei unter einer solchen jede selbständige Tätigkeit wirtschaftlicher Art zur Wahrnehmung fremder Vermögensinteressen zu verstehen ist.<sup>615</sup> Der wesentliche Unterschied zum reinen Dienstvertrag liegt beim Geschäftsbesorgungsvertrag darin, dass sich die Rechtsfolgen weitgehend nach Auftragsrecht ergeben.<sup>616</sup> Im Unterschied zum Auftrag nach

<sup>612</sup> Im schweizerischen Recht wird die Vereinbarung zur Übernahme eines Schiedsrichtermandats von der herrschenden Lehre als auftragsähnliches Vertragsverhältnis mit den entsprechenden Verpflichtungen aus Auftragsrecht qualifiziert (WEBER-STECHER, Art. 363 ZPO, N 7 m.w.H.; GASSMANN, Art. 364 ZPO, N 7 m.w.H.). Ein Teil der Lehre sieht darin auch ein Auftragsverhältnis, modifiziert durch die prozessualen Bestimmungen der ZPO, wobei Letztere dem Auftragsrecht vorgehen (GRUNDMANN, Art. 364 ZPO, N 8 m.w.H.).

<sup>613</sup> Vgl. zum Ganzen SCHÖNTAG, S. 110 ff.

<sup>614</sup> Bei einem Dienstvertrag nach §§ 611 ff. BGB beinhaltet die geschuldete Leistung ein entgeltliches Tätigwerden für den Vertragspartner (vgl. WEBER, Strukturen, S. 454 m.w.H.).

<sup>615</sup> SPRAU, § 675 BGB N 2 f.

<sup>616</sup> WEBER, Strukturen, S. 454. Vgl. hierzu überdies § 675 Abs. 1 BGB, wonach auf einen Geschäftsbesorgungsvertrag die auftragsrechtlichen Normen von §§ 663, 665–670, 672–674 BGB sowie, falls dem Verpflichteten das Recht zusteht, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen, auch noch die Vorschrift von § 671

Art. 394 ff. OR, welcher sowohl entgeltlich als auch unentgeltlich vereinbart werden kann,<sup>617</sup> ist ein Auftrag nach §§ 662 ff. BGB stets zwingend unentgeltlich, andernfalls kein Auftrag, sondern ein Dienst- oder Werkvertrag vorliegt.<sup>618</sup> Nach herrschender Meinung in Lehre und Rechtsprechung unterscheidet sich der Geschäftsbesorgungsvertrag vom Auftrag nicht nur durch die zwingend vorliegende Entgeltlichkeit, sondern darüber hinaus auch noch durch das Vorliegen der bereits vorstehend erwähnten Geschäftsbesorgung, welche enger als bei einem Auftragsverhältnis zu verstehen ist.<sup>619</sup> Eine solche Geschäftsbesorgungstätigkeit muss Raum für ein gewisses Mass an eigenverantwortlichen Überlegungen und entsprechender Willensbildung des Geschäftsbesorgers lassen. Ebenso muss diesem ein gewisser Handlungs- und Ermessensspielraum gegenüber dem Geschäftsherrn zustehen.<sup>620</sup> Die Geschäftsbesorgungstätigkeit hat darüber hinaus wirtschaftlicher Art zu sein. Ob der wirtschaftliche Charakter dieser Tätigkeit nur dann vorliegt, wenn diese auch einen Bezug zum Vermögen des Auftraggebers aufweist, ist jedoch umstritten.<sup>621</sup> Schliesslich muss die Tätigkeit des Geschäftsbesorgers in fremdem Interesse ausgeübt werden.<sup>622</sup> Hierfür ist ein Vermögensbezug der Tätigkeit unerlässlich, d.h., sie muss den Vermögensstatus des Geschäftsherrn beeinflussen, wobei eine Vermögensvermehrung nicht zwingend begriffsnotwendig ist. Auch wird die Fremdnützigkeit der Tätigkeit nicht dadurch ausgeschlossen, dass der Geschäftsbesorger auch eigene Interessen verfolgt.<sup>623</sup> Hinsichtlich der Fremdnützigkeit wird teilweise darauf abgestellt, ob es sich um eine Tätigkeit handelt, für welche ursprünglich der Geschäftsherr selber zu sorgen hatte. Sofern der Aufgabenkreis des Geschäftsherrn mithilfe des Geschäftsbesorgers überhaupt erst geschaffen wird, z.B. die Tätigkeit eines Handwerkers oder eines planenden Architekten, ist dieser Ansicht nach eine Fremdnützigkeit zu verneinen.<sup>624</sup> Ein solches Verständnis der Fremdnützigkeit wird jedoch teilweise als zu eng erachtet, weshalb auch die Ansicht vertreten wird, hinsichtlich der Fremdnützigkeit der Tätigkeit des Geschäftsbesorgers auf die Interessenwahrung zugunsten des Geschäftsherrn abzustellen, für welche die Geschäftsbesorgung gerade charakteristisch sei.<sup>625</sup>

---

Abs. 2 BGB Anwendung finden.

<sup>617</sup> Vgl. Art. 394 Abs. 3 OR.

<sup>618</sup> SPRAU, § 662 BGB N 8. Vereinbarter Aufwendersersatz berührt die Unentgeltlichkeit des Auftrags jedoch nicht (vgl. § 670 BGB; FELLMANN, Vor Art. 394 OR N 217).

<sup>619</sup> HEERMANN, § 675 BGB N 3 m.w.H.

<sup>620</sup> SPRAU, § 675 BGB N 3; HEERMANN, § 675 BGB N 6.

<sup>621</sup> Bejahend SPRAU, § 675 BGB N 3; verneinend HEERMANN, § 675 BGB N 7.

<sup>622</sup> SPRAU, § 675 BGB N 4.

<sup>623</sup> HEERMANN, § 675 BGB N 8.

<sup>624</sup> So beispielsweise SPRAU, § 675 BGB N 4.

<sup>625</sup> So beispielsweise HEERMANN, § 675 BGB N 8 m.w.H.

Vergleicht man den Geschäftsbesorgungsvertrag nach §§ 675 ff. BGB mit einem entgeltlichen Auftragsverhältnis nach Art. 394 ff. OR,<sup>626</sup> so scheint sich dieser einzig durch das vorstehend beschriebene Merkmal der Geschäftsbesorgung zu unterscheiden. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass dieser scheinbare Unterschied effektiv gar keiner ist. Der Auftrag im Sinne von Art. 394 ff. OR wird angesichts seiner vielfältigen Verwendungsmöglichkeiten in der Lehre geradezu als Mustervertrag für die Geschäftsführung im fremden Interesse bezeichnet, dessen Zweck regelmässig auf die Wahrung fremder Interessen gerichtet sei.<sup>627</sup> Hauptgegenstand eines Auftrages im Sinne von Art. 394 ff. OR ist regelmässig ein positiver Leistungsinhalt auf ein Tun, wobei dieses in einer Tat- oder Rechtshandlung oder beidem miteinander bestehen kann.<sup>628</sup> Insofern unterscheidet sich der Auftrag nicht von der Geschäftsbesorgung.<sup>629</sup> Auch die weiteren Tatbestandsmerkmale der Geschäftsbesorgung finden sich ebenfalls im Auftragsrecht nach Art. 394 ff. OR. So handelt auch der Beauftragte in selbständiger Stellung, wobei die Ermessensfreiheit als Typenmerkmal des einfachen Auftrags bzw. der damit verbundene Grad an Selbständigkeit des Beauftragten in unterschiedlicher Stärke vorhanden sein kann.<sup>630</sup> Wie bereits erwähnt verpflichtet sich der Beauftragte mit Übernahme des Auftrags zur Wahrung fremder Interessen. Eine Tätigkeit, welche im ausschliesslichen Interesse des Beauftragten ist, kann demnach nicht Gegenstand eines Auftrags sein.<sup>631</sup> Somit ist einzig noch die Frage zu klären, ob auch ein Auftragsverhältnis nach Art. 394 ff. OR wie die Geschäftsbesorgung nach §§ 675 ff. BGB zwingend eine Tätigkeit wirtschaftlicher Art zum Inhalt haben muss. Nach wohl herrschender deutscher Lehre liegt eine wirtschaftliche Tätigkeit im Sinne des Geschäftsbesorgungsbegriffs lediglich dann vor, wenn diese Tätigkeit der Art nach dem Bereich des Wirtschaftslebens zuzuordnen ist. Hieran fehlt es insbesondere bei Tätigkeiten im Bereich der Kunst, Musik, Religion, Pädagogik, Wissenschaft oder auch der Medizin, weshalb beispielsweise die Tätigkeit eines Arztes nach herrschender Lehre keine Geschäftsbesorgung darstellt.<sup>632</sup> Demgegenüber können nach schweizerischem Auftragsrecht Tätigkeiten und Belange aller Art Inhalt eines Auftragsverhältnisses sein, so insbesondere auch künstlerische oder wissenschaftliche Tätigkeiten, ärztliche Behandlungen oder Unterrichtstätigkeit.<sup>633</sup> Auch die Ausgestaltung des Auftragsrechts als Auffangtatbestand<sup>634</sup> für die keiner besonderen Vertragsart zu

<sup>626</sup> Weiterführend hierzu PARASTANDEH-CHEHR, S. 67 ff.

<sup>627</sup> WEBER, Basler Kommentar, Vor Art. 394 OR N 2 m.w.H. sowie Art. 394 OR N 2; FELLMANN, Vor Art. 394 OR N 21 m.w.H.

<sup>628</sup> WEBER, Basler Kommentar, Art. 394 OR N 6; FELLMANN, Art. 394 OR N 31.

<sup>629</sup> HEERMANN, § 675 BGB N 5.

<sup>630</sup> FELLMANN, Art. 394 OR N 96 und 113.

<sup>631</sup> FELLMANN, Art. 394 OR N 105; WEBER, Basler Kommentar, Art. 394 OR N 2.

<sup>632</sup> SPRAU, § 675 BGB N 3; HEERMANN, § 675 BGB N 7; KUHN, S. 75.

<sup>633</sup> FELLMANN, Art. 394 OR N 27.

<sup>634</sup> Vgl. Art. 394 Abs. 2 OR.

unterstellenden Verträge auf Arbeitsleistung verhindert eine Eingrenzung des Auftragsrechts alleine auf wirtschaftliche Tätigkeiten. Somit kann festgehalten werden, dass der Anwendungsbereich des Auftrags nach Art. 394 ff. OR in zweierlei Hinsicht weiter ist als derjenige eines Geschäftsbesorgungsvertrages nach §§ 675 ff. BGB: Einerseits können Aufträge im Sinne von Art. 394 ff. OR im Gegensatz zu Geschäftsbesorgungsverträgen nach §§ 675 ff. BGB auch unentgeltlich sein, andererseits haben die im Rahmen eines Auftragsverhältnisses erbrachten Tätigkeiten nicht zwingend wirtschaftlicher Art zu sein, sondern können alle Belange und Arten von Tätigkeiten umfassen. Im Ergebnis kann deshalb festgehalten werden, dass grundsätzlich sämtliche Geschäftsbesorgungsverträge nach §§ 675 ff. BGB übertragen auf das schweizerische Recht als entgeltliche Aufträge im Sinne von Art. 394 ff. OR zu qualifizieren wären.<sup>635</sup>

Mit der herrschenden deutschen Lehre qualifiziert auch KUHN die vertragliche Beziehung zwischen den Spieloffiziellen und dem Nationalverband im Nicht-amateurfussball als Geschäftsbesorgungsvertrag gemäss §§ 675 ff. BGB. Fraglich könnte diese Qualifikation insbesondere hinsichtlich der bereits erwähnten Tätigkeit wirtschaftlicher Art der Geschäftsbesorgung, dem damit verbundenen Handlungs- bzw. Ermessensspielraum sowie dem auftragsrechtlichen Weisungsrecht gemäss § 675 Abs. 1 BGB i.V.m. § 665 BGB sein. Zur Voraussetzung einer *Tätigkeit wirtschaftlicher Art* führt KUHN aus, sportliche Betätigung diene regelmässig nicht wirtschaftlichen Zwecken, sodass grundsätzlich ein wirtschaftlicher Bezug fehle. Die Wettbewerbsteilnahme in einer professionellen Liga diene jedoch nicht erster Linie der körperlichen Ertüchtigung, sondern stelle vor allem eine wirtschaftliche Tätigkeit dar. Dies gelte nicht nur für die beteiligten Spieler, sondern vor allem auch für die teilnehmenden Clubs und nicht zuletzt die Liga bzw. den Verband selber, welche dadurch bedeutende Einnahmen erzielen würden. Das Führen einer professionellen Liga durch den Verband habe deshalb auch unmittelbare Auswirkungen auf dessen Vermögen, weshalb die Tätigkeit der Spieloffiziellen in einer professionellen Liga ohne Weiteres als wirtschaftliche Tätigkeit im Sinne von § 675 BGB zu sehen sei.<sup>636</sup> Im Zusammenhang mit dem Handlungsspielraum der Spieloffiziellen führt KUHN aus, diese seien insofern weisungsabhängig, als sie zum Finden von Spielrecht mittels Subsumtion des sportlichen Tatbestandes unter die Spielregeln verpflichtet seien. Dennoch verbleibe den Spieloffiziellen ein Ermessensspielraum in der Ausübung ihrer Aufgabe.<sup>637</sup> Schliesslich führt KUHN hinsichtlich der Weisungsgebundenheit der Spieloffiziellen aus, diese würden keinerlei Weisungen im Sinne des Auftragsrechtes unterliegen. Er begründet dies damit, die Weisungen gegenüber den Spieloffiziellen seien allgemein gehalten und würden

<sup>635</sup> Vgl. auch FELLMANN, Vor Art. 394 OR N 218.

<sup>636</sup> Vgl. zum Ganzen KUHN, S. 75 f.

<sup>637</sup> KUHN, S. 73.

sich beispielsweise auf eine einheitliche Regelauslegung beziehen. Demgegenüber fehle es jedoch an konkreten Weisungen im Einzelfall, vielmehr handle es sich dabei um allgemein gehaltene und für eine unbestimmte Anzahl von Wettkämpfen geltende Anordnungen. Dies zeige sich insbesondere auch darin, dass ein Abweichen der Spielloffiziellen von diesen Weisungen seitens des Verbandes nicht als Nichterfüllung mit Schadenersatzfolgen qualifiziert, sondern lediglich die Möglichkeit einer verbandsrechtlichen Massregelung nach sich ziehen würde. Somit könnten die Spielloffiziellen das Spielgeschehen aufgrund des von ihnen wahrgenommenen Sachverhalts frei beurteilen und die entsprechenden Regeln hierauf anwenden, was indes der Annahme eines Geschäftsbesorgungsvertrages unter Anwendung der Rechtsfolgen des Auftragsrechts nicht entgegenstehe.<sup>638</sup>

Auch weitere Autoren qualifizieren das Vertragsverhältnis zwischen den im Nichtamateurfußball eingesetzten Spielloffiziellen sowie deren Nationalverband als Geschäftsbesorgungsvertrag im Sinne von §§ 675 ff. BGB, so insbesondere auch HEERMANN<sup>639</sup>, WEBER<sup>640</sup>, SÖGÜT<sup>641</sup>, REDELL<sup>642</sup> oder FRITZWEILER. Letzterer führt diesbezüglich präzisierend aus, es handle sich dabei um ein Dauerschuldverhältnis, welches mit der Anerkennung der Spielloffiziellen durch den Verband beginne.<sup>643</sup>

Demgegenüber wird die Qualifikation des Rechtsverhältnisses zwischen den Spielloffiziellen und dem Nationalverband für die Leitung von Ligaspielen im Nichtamateurfußball als Geschäftsbesorgungsvertrag von SCHÖNTAG verneint. Er verneint in diesem Zusammenhang bereits das Vorliegen eines Dienstvertrages, da im Rahmen eines solchen eine Arbeitsleistung erbracht werden müsste, worunter für ihn das Erbringen einer sportlichen Leistung nicht fallen könne. Stattdessen qualifiziert SCHÖNTAG dieses Vertragsverhältnis als Auftrag. Die Problematik der zwingenden Unentgeltlichkeit des Auftrags nach deutschem Recht löst er dabei mit dem Hinweis, bei den Spielloffiziellen handle es sich um Amateure, welchen lediglich die Auslagen ersetzt würden, während die Geschäftsbesorgung als solche unentgeltlich erfolge.<sup>644</sup> Diese Sichtweise wird denn auch von KÖHLER nicht zuletzt mit Blick auf die gerade in der deutschen Bundesliga markant gestiegenen Spielentschädigungen<sup>645</sup> der Spielloffiziellen zu Recht als nicht mehr zeitgemäss kritisiert.<sup>646</sup>

---

<sup>638</sup> Vgl. zum Ganzen KUHN, S. 71.

<sup>639</sup> HEERMANN, Fehlverhalten, S. 51 sowie Haftung, Nr. 534.

<sup>640</sup> WEBER, Strukturen, S. 454 ff.

<sup>641</sup> SÖGÜT, S. 125.

<sup>642</sup> REDELL, S. 45 f.

<sup>643</sup> FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, 3. Teil N 75 f.

<sup>644</sup> SCHÖNTAG, S. 110.

<sup>645</sup> Aktuell betragen diese für den Schiedsrichter pro Spiel EUR 3800. Darüber hinaus

ee) *Die Spieloffiziellen als Werkunternehmer – Übersicht über die Lehrmeinungen*

Die Pflicht der Spieloffiziellen zur Geltungsverschaffung der Spielregeln im von ihnen geleiteten Spiel beinhaltet unter anderem auch die Verpflichtung zur Anfertigung eines Spielberichts zuhanden der zuständigen Verbandsbehörde.<sup>647</sup> Aufgrund dessen könnte gemäss WEBER die vertragliche Beziehung zwischen den Spieloffiziellen und dem Nationalverband allenfalls als Werkvertrag qualifiziert werden, welcher die Spieloffiziellen zu einer erfolgsorientierten Leistung verpflichten würde. WEBER führt hierzu weiter aus, der Sache nach sei der Spielbericht zwar durchaus ein Werk. Dessen Erstellung sei jedoch nicht die Hauptleistungspflicht der Spieloffiziellen, sondern lediglich eine rein protokollarische Nebenleistungspflicht im Zusammenhang mit der Spielleitung und daher nicht vertragstypbestimmend.<sup>648</sup> Den Spieloffiziellen komme vielmehr bloss eine Wächterfunktion zu, indem sie lediglich eine Kontrolle über die Einhaltung der Spielregeln und ein Einschreiten bei offenkundigen Regelverstössen schulden würden. Sie könnten denn die tatsächliche Durchsetzung der Spielregeln im Sinne eines Leistungserfolges auch gar nicht garantieren, da beispielsweise in der Hektik einer Spielsituation Regelverstösse nicht immer erkennbar seien, weshalb die Qualifikation des zwischen den Spieloffiziellen und dem Nationalverband bestehenden Rechtsverhältnisses als Werkvertrag abzulehnen sei.<sup>649</sup>

---

erhalten die Spieloffiziellen seit der Saison 2012/2013 zudem je nach Einstufung ein jährliches Fixgehalt, dieses kann in der aktuellen Saison 2017/2018 maximal bis zu EUR 79'000 betragen (vgl. REDELL, S. 45 m.w.H. sowie <<https://www.vermoegenmagazin.de/schiedsrichter-gehalt-bundesliga>>, besucht Ende Juli 2017).

<sup>646</sup> KÖHLER, Arbeitnehmerbegriff, S. 159 sowie DERSELBE, Sportschiedsrichter, S. 4.

<sup>647</sup> Siehe hierzu vorne, S. 74.

<sup>648</sup> Nach hier vertretener Ansicht handelt es bei der Erstellung eines Spielberichts zuhanden der zuständigen Verbandsbehörde demgegenüber um eine in der Hauptleistungsverpflichtung der Spieloffiziellen durch Geltungsverschaffung der Spielregeln mit enthaltene Verpflichtung. Dies aufgrund des Umstands, dass die Pflicht zur Durchsetzung der Spielregeln auch die Verhängung von Sanktionen beinhaltet, eine vollständige Erfüllung dieser Pflicht indes wiederum mit der entsprechenden Berichterstattung hierüber an die zuständige Verbandsbehörde untrennbar verbunden ist, beispielsweise im Hinblick auf im Anschluss an das Spiel durch den Verband zu verhängende Disziplinar massnahmen.

<sup>649</sup> Vgl. zum Ganzen WEBER, Strukturen, S. 453 f.



- d) *Eigene Stellungnahme zur Qualifikation des Rechtsverhältnisses zwischen den Spielloffiziellen und dem SFV*
- aa) *Kein Werkvertrag mangels objektiv mess- und beeinflussbaren Arbeitserfolgs*

Im Ergebnis ist der in der Lehre vertretenen Ansicht zuzustimmen, wonach das zwischen den Spielloffiziellen und dem jeweils wettbewerbsveranstaltenden Verband bestehende Vertragsverhältnis nicht als Werkvertrag qualifiziert werden kann. Zwar könnte nach hier vertretener Ansicht nicht nur der Spielbericht als im Sinne von Art. 363 OR zu erstellendes Werk gelten, sondern wohl auch die Spielleitung als solche. So ist heute weitgehend unbestritten, dass Werke im Sinne von Art. 363 OR auch unkörperlicher Natur sein können, beispielsweise in Form von Theater- oder Konzertaufführungen.<sup>650</sup> Die Annahme eines Werkvertrages scheitert aber daran, dass ein Werk im Sinne von Art. 363 OR stets ein Arbeitserfolg zu sein braucht.<sup>651</sup> Das Resultat des Arbeitseinsatzes muss dabei nach objektiven Kriterien überprüfbar und als richtig oder falsch qualifiziert werden können.<sup>652</sup>

Ihre vertragliche Hauptleistungspflicht erbringen die Spielloffiziellen bekanntlich dann, wenn sie im von ihnen zu leitenden Spiel den Spielregeln Geltung verschaffen.<sup>653</sup> Wie im Rahmen der Ausführungen zur vertraglichen Haftung der Spielloffiziellen noch ausführlich darzustellen sein wird, liegt seitens der Spielloffiziellen eine Verletzung dieser Pflicht und damit eine vertragliche Schlechterfüllung dann vor, wenn sie auf den von ihnen auf dem Spielfeld festgestellten Sachverhalt die Regeln falsch anwenden.<sup>654</sup> Bereits hieraus wird sodann klar ersichtlich, dass es ausser in einigen wenigen Ausnahmefällen regelmässig unmöglich sein wird, die von den Spielloffiziellen erbrachte Leistung nach objektiven Kriterien zu überprüfen und entsprechend als richtig oder falsch zu qualifizieren. Lediglich im Falle von sich als kausale Folge einer nachgewiesenen Beeinflussung ergebenden Fehlentscheidungen oder bei offensichtlicher Regelunkenntnis im Einzelfall<sup>655</sup> dürfte eine Spielleitung zufolge einer falschen Re-

<sup>650</sup> HONSELL, S. 280 m.w.H.; SIEGENTHALER, Art. 363 OR N 1 m.w.H.; SCHMID/STÖCKLI/KRAUSKOPF, Nr. 1664 m.w.H.

<sup>651</sup> GAUCH, Nr. 24.

<sup>652</sup> SIEGENTHALER, Art. 363 OR N 1.

<sup>653</sup> Siehe vorne, S. 74 f.

<sup>654</sup> Vgl. hierzu ausführlich hinten, S. 203 ff.

<sup>655</sup> Ein solcher Fall wäre wohl beim Vorfall vom 4. April 2015 anlässlich des U19-Frauenländerspiels zwischen Norwegen und England anzunehmen, als die Schiedsrichterin im Rahmen der Ausführung eines Strafstosses aufgrund des zu frühen Eindringens mehrerer Mitspielerinnen der Schützin in den Strafraum anstatt auf Wiederholung des Strafstosses fälschlicherweise auf Freistoss indirekt entschied (vgl. <<http://www.spiegel.de/sport/fussball/deutsche-schiedsrichterin-verursacht->

gelanwendung der Spieloffiziellen objektiv und unzweifelhaft als vertragliche Schlechterfüllung qualifiziert werden. In allen anderen Fällen müsste zunächst anhand objektiv messbarer Kriterien festgestellt werden können, ob die Spieloffiziellen sämtliche Regelverstösse vollständig und korrekt erkannt und entsprechend regeltechnisch und disziplinarisch geahndet haben. Da sich jedoch selbst beim Betrachten von mehrfach verlangsamten Fernsehbildern auch sogenannte Fussballexperten regelmässig nicht einig sind, ob ein einzelner Entscheid der Spieloffiziellen nun richtig oder falsch war, ist eine solche Leistungsüberprüfung nach objektiven Kriterien zum Vorneherein unmöglich. In diesem Zusammenhang würde sich bereits die nächste Frage stellen, nämlich diejenige nach der zuständigen Instanz zur Klärung der Frage, ob die Spieloffiziellen sämtliche Regelverstösse vollständig und korrekt erkannt und entsprechend geahndet hätten. Selbst im Falle von objektiv festgestellten Fehlentscheidungen der Spieloffiziellen müssten diese in der Folge im Einzelnen dahin gehend überprüft werden, ob diese aufgrund von an sich korrekten Regelanwendungen gestützt auf falsche Tatsachenfeststellungen oder aufgrund von falschen Regelanwendungen zustande gekommen sind. Während die Spieloffiziellen im ersten Fall ihre Leistungspflicht erfüllt hätten und entsprechend keine Schlechterfüllung vorläge, wäre im zweiten Fall in der falschen Regelanwendung wie bereits erwähnt eine Verletzung der vertraglichen Hauptpflicht der Spieloffiziellen und damit eine Schlechterfüllung zu erblicken. Dass eine solche Überprüfung anhand objektiver Kriterien sodann nicht möglich wäre, liegt auf der Hand. Dies schon alleine deshalb, weil dabei mit der Wahrnehmung der Spieloffiziellen im konkreten Einzelfall eine objektive Überprüfung sogenannter *innerer Tatsachen* vorzunehmen wäre, was – ausser in den vorerwähnten Einzelfällen, in welchen sich diese äusserlich wahrnehmbar manifestieren – schon per definitionem unmöglich ist.

Die Qualifikation des zwischen den Spieloffiziellen und dem jeweils wettbewerbsveranstaltenden Verband bestehenden Vertragsverhältnisses als Werkvertrag scheidet zufolge der gleich in mehrfacher Hinsicht mangelnden Überprüfbarkeit des Resultats der Vertragserfüllung durch die Spieloffiziellen aus. Somit steht fest, dass es sich zwischen den in der SFL eingesetzten Spieloffiziellen und dem SFV entweder um ein Auftrags- oder aber ein Arbeitsvertragsverhältnis handeln muss. Weitere, auch in der Lehre nicht erwähnte Vertragstypen kommen meines Erachtens nicht infrage.<sup>656</sup>

---

teilwiederholung-a-1027739.html>, besucht Ende Juli 2017).

<sup>656</sup> Dies gilt nach hier vertretener Ansicht insbesondere auch für das Vorliegen eines Gesellschaftsverhältnisses, fehlt es doch bereits an einem gemeinsamen Zweck der Parteien. Stattdessen bestimmen vielmehr die Verbände den zu erreichenden Zweck alleine, womit dieser nicht gemeinsam, sondern nur von einem Vertragspartner festgelegt wird, was das Vorliegen eines Gesellschaftsverhältnisses aus-

*bb) Vorliegen eines Subordinationsverhältnisses?*

Hauptsächliches Unterscheidungsmerkmal zwischen einem Auftrags- und Arbeitsverhältnis ist das beim Arbeitsvertrag typische Subordinationsverhältnis, d.h. die Einordnung in eine fremde Betriebsorganisation. Der Arbeitgeber hat demnach ein Weisungsrecht, während im Auftragsrecht gerade kein Über- und Unterordnungsverhältnis besteht, der Beauftragte also selbständig tätig wird.<sup>657</sup> Entscheidendes Unterscheidungsmerkmal ist dabei das Mass der Unterordnung oder Subordination, d.h. die rechtliche Unterordnung in persönlicher, zeitlicher und organisatorischer Hinsicht. Dabei führt jedoch nicht jedes Weisungsrecht zur Annahme eines Arbeitsvertrages. Dessen Mass muss vielmehr über das beschränkte Weisungsrecht des Auftraggebers hinausgehen und dem Arbeitnehmer Weisungen auferlegen, welche den Gang und die Gestaltung der Arbeit im Detail bestimmen und ihn eingehenden Kontrollen unterwerfen.<sup>658</sup>

WÜTERICH/BREUCKER unterscheiden hinsichtlich des Vorliegens eines solchen Subordinationsverhältnisses bei professionellen Sportlern grundsätzlich zwischen Einzel- und Mannschaftssportlern. Die Mannschaftssportler würden ihre Dienste vertragsgemäss in einer fast umfassenden persönlichen Abhängigkeit und eingebunden in die vom Verein verantwortete Organisation ausüben. Da der Einzelne den Sport naturgemäss nicht alleine ausüben könne, müsse er sich zwangsläufig an die Weisungen des Vereins halten. Demgegenüber seien Einzelsportler in der Regel als selbständig zu betrachten, insbesondere dann, wenn sie ihr Training und ihre Wettkampfplanung selbst gestalten könnten. Daran ändere auch der Umstand nichts, dass der Einzelsportler im Einzelfall mit dem Wettkampfveranstalter einen Wettkampfvertrag abschliessen würde, in welchem die Teilnahmebedingungen und die Konditionen festgelegt seien. Lediglich falls sich der Einzelsportler verpflichte, über eine gesamte Saison am Training und an den örtlich feststehenden Wettkämpfen für einen Verein teilzunehmen, sei auch er als Arbeitnehmer zu qualifizieren. In diesem Fall könne der Sportler nämlich nicht frei über Zeit und Ort seiner Tätigkeit verfügen und nicht von Fall zu Fall über eine Wettkampfteilnahme entscheiden.<sup>659</sup>

Bereits die Frage, ob die in der SFL eingesetzten Spieloffiziellen im Sinne der vorerwähnten Unterscheidung als Einzel- oder Mannschaftssportler zu gelten hätten, ist nicht ohne Weiteres zu beantworten. Einerseits werden die Spieloffiziellen bei den Spielen in der SFL stets als Team eingesetzt, d.h., jedes Spiel wird mit einem Schiedsrichter, zwei Assistenten sowie einem vierten Offiziellen

---

schliesst (vgl. hierzu anstelle vieler HANDSCHIN, Art. 530 OR N 10a m.w.H.).

<sup>657</sup> HONSELL, S. 323 m.w.H.; GEISER/MÜLLER, Nr. 128; WYLER/HEINZER, S. 22 f. m.w.H.

<sup>658</sup> STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 319 OR N 6; SUTTER, S. 54 m.w.H.

<sup>659</sup> Zum Ganzen WÜTERICH/BREUCKER, Nr. 110 ff.; gl.M. auch JENNY, S. 177 f.

besetzt.<sup>660</sup> Diese Teams werden grundsätzlich für jede Spielrunde wieder neu zusammengesetzt, es ist also nicht so, dass dasselbe Quartett von Spieloffiziellen über mehrere Spiele oder gar eine ganze Saison unverändert zusammen eingesetzt würde. Die Unterscheidung von Einzel- und Mannschaftssportlern ist also im konkreten Fall für die Frage nach dem Vorliegen eines Subordinationsverhältnisses zwischen den Spieloffiziellen und dem SFV nur bedingt hilfreich. Im Folgenden ist deshalb der Frage nach dem Vorliegen eines solchen Subordinationsverhältnisses genauer nachzugehen.

Auf den ersten Blick scheinen bereits schon die IFAB-Spielregeln einem zwischen den Spieloffiziellen sowie dem jeweiligen Verband bestehenden Subordinationsverhältnis entgegenzustehen. So wird in Regel 5 und 6 der IFAB-Spielregeln den Spieloffiziellen die *uneingeschränkte Befugnis* zur Durchsetzung der Spielregeln am von ihnen geleiteten Spiel verliehen. Diese Befugnis erweist sich jedoch bei näherer Betrachtung bei Weitem nicht so uneingeschränkt, wie aufgrund des Wortlauts der IFAB-Spielregeln vermutet werden könnte. So enthalten bereits die IFAB-Spielregeln selber verbindliche Anweisungen an die Spieloffiziellen hinsichtlich der Auslegung der Spieloffiziellen. So wird beispielsweise in Regel 12 der IFAB-Spielregeln hinsichtlich deren nach sich ziehender disziplinarischer Strafe zwischen fahrlässigen, rücksichtslosen und übertrieben harten Foulspielen unterschieden. Die Auslegung dieser Begriffe ist sodann nicht den Spieloffiziellen selber überlassen,<sup>661</sup> vielmehr enthalten die IFAB-Spielregeln verbindliche Definitionen hierzu. Weiter wird in Regel 12 der IFAB-Spielregeln beispielsweise als einer von insgesamt sechs Verwarnungsgründen gegen einen Spieler unsportliches Verhalten genannt.<sup>662</sup> Auch diesbezüglich liegt es nicht im alleinigen Ermessen der Spieloffiziellen, zu beurteilen, ob das Verhalten eines Spielers als unsportlich zu qualifizieren ist oder nicht, auch hierzu enthalten die IFAB-Spielregeln verbindliche Weisungen an die Spieloffiziellen in Form von zehn konkret und abschliessend umschriebenen Verhaltensweisen, welche als Unsportlichkeiten im Sinne von Regel 12 der IFAB-Spielregeln zu verstehen sind.<sup>663</sup>

Neben diesen sich bereits aus den IFAB-Spielregeln ergebenden und damit für sämtliche Spiele aller Verbände verbindlichen Anweisungen an die Spieloffizi-

---

<sup>660</sup> Vgl. Ziffn. 2.1 und 2.2 SFL-Anstellungsbedingungen.

<sup>661</sup> Vgl. auch KÖHLER, Arbeitnehmerbegriff, S. 169 f.

<sup>662</sup> Die übrigen Verwarnungsgründe gemäss Regel 12 der IFAB-Spielregeln sind Reklamieren/Protestieren durch Wort oder Handlungen, wiederholtes Verstossen gegen die Spielregeln, Verzögerung der Wiederaufnahme des Spiels, Missachten des vorgeschriebenen Abstands bei Eckstoss, Freistoss und Einwurf, Betreten des Spielfelds ohne Erlaubnis sowie absichtliches Verlassen des Spielfelds ohne Erlaubnis.

<sup>663</sup> Vgl. auch KÖHLER, Arbeitnehmerbegriff, S. 170 sowie DERSELBE, Sportschiedsrichter, S. 6.

ellen zur Interpretation der Spielregeln sind auch die einzelnen Verbände bzw. deren Schiedsrichterkommissionen bestrebt, eine Einheitlichkeit in der Regelauslegung herbeizuführen. So erlassen die Schiedsrichterkommissionen der einzelnen Verbände vor Beginn einer neuen Saison regelmässig zuhanden der Spieloffiziellen verbindliche Weisungen für die Spielleitungen in den von ihnen veranstalteten Wettbewerben für die anstehende Spielzeit.<sup>664</sup> Darüber hinaus können die Verbände ein gewisses Weisungsrecht auch durch die sogenannten Spielbeobachter (in der Schweiz *Inspizienten* genannt) ausüben. Es handelt sich dabei meist um erfahrene ehemalige Spieloffizielle, welche sich das Spiel vor Ort im Stadion (unter Umständen auch unter Zuhilfenahme von Fernsehbildern) ansehen und dieses danach mit den Spieloffiziellen analysieren und auch bewerten. Bei sämtlichen Spielen in der SFL kommt zusätzlich zu einem solchen im Stadion anwesenden Spielbeobachter noch ein sogenannter *TV-Spotter* zum Einsatz, welcher das Spiel hinsichtlich der Leistung der Spieloffiziellen am Fernsehen analysiert. Da solche Bewertungen der Spielbeobachter für den weiteren Karriereverlauf der Spieloffiziellen unter Umständen von Bedeutung sein können, werden die Spieloffiziellen zumindest versuchen, die Hinweise und Anweisungen der Spielbeobachter bei kommenden Spielen anzuwenden.<sup>665</sup>

Darüber hinaus haben die durch den SFV bei Spielleitungen in der SFL eingesetzten Spieloffiziellen wie bereits an anderer Stelle erwähnt auch noch zahlreiche, sich nicht auf deren Hauptleistungspflicht der Spielleitung auf dem Spielfeld beziehende Weisungen zu befolgen.<sup>666</sup> Diese Weisungen begründen sodann eine ganze Reihe von vertraglichen Nebenpflichten, welche in diesem Umfang weder für die auf internationaler Ebene durch die FIFA und die UEFA und schon gar nicht die durch den SFV im nationalen Amateurfussball eingesetzten Spieloffiziellen bestehen. So ist den Spieloffiziellen beispielsweise die körperliche Vorbereitung auf die von ihnen in der SFL zu leitenden Spiele nur noch geringfügig selber überlassen. Ihnen wird verbindlich anhand eines allgemeinen Trainingsplans bzw. von individuellen Anweisungen durch einen Trainer vorgeschrieben, wie und in welchem Umfang sie einzeln in ihrer Freizeit zu trainieren haben. Die absolvierten Trainings müssen dabei mit einer GPS-fähigen Uhr sowie einem Pulsgurt aufgezeichnet und die entsprechenden Daten dem SFV übermittelt werden.<sup>667</sup> Diejenigen Spieloffiziellen, welche vom vorgegebenen

---

<sup>664</sup> Vgl. auch KÖHLER, Arbeitnehmerbegriff, S. 170 m.w.H.

<sup>665</sup> Vgl. auch KÖHLER, Arbeitnehmerbegriff, S. 171 m.w.H.

<sup>666</sup> Siehe vorne, S. 80.

<sup>667</sup> Bei einer derartigen Beschränkung der Selbständigkeit eines Sportlers in Bezug auf die Vorbereitung des Wettkampfs geht auch SUTTER vom Vorliegen eines Arbeitsvertrags aus. In einem Auftragsverhältnis wäre die Wettkampfvorbereitung seiner Meinung nach dem Sportler vollständig selber überlassen. Seine einzige vertragliche Verpflichtung bestünde diesfalls in der Wettkampfteilnahme zu einem vom Auftraggeber bestimmten Zeitpunkt (vgl. DERSELBE, Rechtsfragen, S. 63).

Trainingsplan abweichen oder anhand der übermittelten Daten als körperlich ungenügend trainiert eingestuft werden, erhalten keine Einsätze in der SFL. Daneben besteht auch eine Verpflichtung der Spieloffiziellen, im Nachgang an von ihnen geleitete Meisterschaftsspiele auf einer Onlineplattform diese Spiele anhand von Videoclips nachzubearbeiten. Darüber hinaus haben sie nach jeder in der SFL gespielten Meisterschaftsrunde auch eine Reihe von vorbereiteten Szenen aller Spiele anhand konkreter Aufgabenstellungen zu bearbeiten. Auch die unmittelbare Vorbereitung auf ein Spiel, insbesondere die Gestaltung der Anreise inkl. allfälliger Verpflichtung zum Bezug eines Hotelzimmers vor dem Spiel sowie die beim Eintreffen und Verlassen des Stadions zu tragende Kleidung ist genauso wie beispielsweise die Dauer des auf dem Spielfeld durchzuführenden Aufwärmprogramms nicht dem Ermessen der Spieloffiziellen überlassen, sondern vielmehr durch verbindliche Weisungen im Detail vorgegeben.<sup>668</sup>

In erster Linie aufgrund dieser für die bei SFL-Spielen eingesetzten Spieloffiziellen ausserhalb ihrer eigentlichen Tätigkeit auf dem Spielfeld umfangreichen und teilweise sehr weitreichenden Weisungen des SFV ist nach hier vertretener Ansicht vom Vorliegen eines Subordinationsverhältnisses zwischen dem SFV und den bei SFL-Spielen eingesetzten Spieloffiziellen auszugehen. Mit KUHN ist zwar festzuhalten, dass es sich bei sämtlichen dieser vorerwähnten Weisungen ausnahmslos um solche handelt, welche für sämtliche in der SFL eingesetzten Spieloffizielle und in zeitlicher Hinsicht mindestens für eine Saison Geltung haben. Es handelt sich nicht um individuell konkrete Weisungen an einzelne Spieloffizielle hinsichtlich der Leistung eines einzigen Meisterschaftsspiels, sondern vielmehr um generell abstrakte, teilweise auch generell konkrete Anordnungen. Auch diese sind jedoch für die hiervon betroffenen Arbeitnehmer verbindlich und vermögen demnach ein Subordinationsverhältnis zu begründen, was einerseits aus dem Gesetz selber hervorgeht,<sup>669</sup> andererseits bestehen diesbezüglich auch in der Lehre keinerlei Zweifel.<sup>670</sup> Somit kann im Sinne eines

---

<sup>668</sup> Vgl. hierzu auch KÖHLER, Arbeitnehmerbegriff, S. 158 m.w.H.

<sup>669</sup> Vgl. Art. 321d OR, wonach der Arbeitgeber über die Ausführung der Arbeit und das Verhalten der Arbeitnehmer allgemeine Anordnungen erlassen oder ihnen besondere Weisungen erteilen kann (Abs. 1) und der Arbeitnehmer diese nach Treu und Glauben zu befolgen hat (Abs. 2).

<sup>670</sup> GEISER/MÜLLER, Nrn. 334 f.; WYLER/HEINZER, S. 112 ff.; STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 321d OR N 5; demgegenüber ist der Ansicht KUHNS (vgl. vorne, Fn. 638) insofern zuzustimmen, als Weisungen im Auftragsrecht nach Art. 397 OR stets konkret auf den Einzelfall bezogen zu sein brauchen, da sie letztlich zum Zweck haben, den Inhalt des Auftrags zu konkretisieren (vgl. anstelle vieler WEBER, Basler Kommentar, Art. 397 OR N 4 ff.).

Zwischenfazit festgehalten werden, dass zwischen dem SFV und den in der SFL eingesetzten Spieloffiziellen ein Subordinationsverhältnis vorliegt.<sup>671</sup>

cc) *Möglichkeit freier Zeiteinteilung?*

Neben dem Hauptunterscheidungsmerkmal eines vorliegenden Subordinationsverhältnisses wird in der Lehre die Möglichkeit der freien Zeiteinteilung als weiteres Unterscheidungskriterium zwischen einem Arbeitsvertrag und Auftrag genannt.<sup>672</sup> Während der Arbeitnehmer sich auch in zeitlicher Hinsicht den Anordnungen und Weisungen des Arbeitgebers unterzuordnen hat, kann und muss ein Beauftragter seine Zeit grundsätzlich frei einteilen, da er in der Regel für eine Mehrzahl von Auftraggebern Leistungen erbringt.<sup>673</sup>

Die in der SFL eingesetzten Spieloffiziellen haben nur in sehr begrenztem Masse die Möglichkeit, ihre Zeit frei einzuteilen. Überhaupt keine Möglichkeit hierzu besteht bei den Spielen und Kursen, wobei Letztere rund einmal pro Monat stattfinden. Die Aufgebote für Spiele und Kurse sind verbindlich<sup>674</sup> und erfolgen einseitig durch den SFV ohne vorgängige Absprache mit den Spieloffiziellen, wobei eine Nichtbefolgung dieser Aufgebote nur in Ausnahmefällen bei Vorliegen von wichtigen Gründen möglich ist.<sup>675</sup> Die Spieloffiziellen haben zwar die Möglichkeit, sich mittels sogenannter Freiwünsche für einzelne Daten vom Spielbetrieb abzumelden, doch bedürfen diese der Genehmigung durch den SFV. Auch diese Freiwünsche führen letztlich jedoch nicht dazu, dass sich die Spieloffiziellen ihre Zeit hinsichtlich der Spiele und Kurse frei einteilen könnten, es handelt sich dabei vielmehr um Ferien im Sinne von Art. 329a ff. OR.<sup>676</sup>

Demgegenüber können die Spieloffiziellen die Zeit, in welcher sie ihr Training absolvieren, zumindest teilweise selber bestimmen. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass die Spieloffiziellen ausgenommen von den Kursen, anlässlich deren teilweise auch physische Trainings durchgeführt werden, als Einzelsportler individuell und nicht wie die Mannschaften zusammen in einer Gruppe trainieren. Die Trainings sind deshalb grundsätzlich auch nicht organisiert, sondern sind von den Spieloffiziellen individuell in deren Freizeit durchzuführen. Anders als bei einem Profifussballer ist somit das Training eines Spieloffiziellen streng genommen nicht bezahlte Arbeitszeit, sondern unbezahlte Freizeit.<sup>677</sup> Entsprechend ist die Erbringung einer den gestellten Anforderungen

---

<sup>671</sup> Vgl. auch KÖHLER, Arbeitnehmerbegriff, S. 171.

<sup>672</sup> GEISER/MÜLLER, Nr. 128; STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 319 OR N 6.

<sup>673</sup> STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 319 OR N 6.

<sup>674</sup> Ziffn. 28 f. SSAR.

<sup>675</sup> Ziff. 32 SSAR.

<sup>676</sup> Zum Ferienlohn vgl. Ziff. 2.7 SFL-Anstellungsbedingungen.

<sup>677</sup> So sehen beispielsweise die SFL-Anstellungsbedingungen auch keine Trainingsentschädigungen vor. Beahlt werden lediglich Entschädigungen für Spiele und

genügende Trainingsleistung auch nicht als vertragliche Hauptleistungspflicht, sondern lediglich, aber immerhin, als Nebenleistungspflicht zu qualifizieren, welche jedoch wie bereits erwähnt eine unabdingbare Voraussetzung für die Berücksichtigung durch den SFV bei der Spielbesetzung bildet.

*dd) Tragen eines wirtschaftlichen Risikos?*

Weiter wird als mögliches Abgrenzungskriterium zwischen Arbeitsvertrag und Auftrag teilweise auch die aus dem Sozialversicherungsrecht stammende Frage nach dem Träger des wirtschaftlichen Risikos herangezogen. Als Indizien für das Vorliegen eines Arbeitsvertrages, bei welchem grundsätzlich der Arbeitgeber das wirtschaftliche Risiko zu tragen hat, den Arbeitnehmer zufolge seiner vom Arbeitgeber in betriebswirtschaftlicher bzw. arbeitsorganisatorischer Sicht bestehenden Abhängigkeit demgegenüber jedoch kein spezifisches Unternehmerisiko trifft,<sup>678</sup> werden in der Lehre beispielsweise das Stellen von Material, die Leistung von Spesenentgelt, die Vereinbarung einer Kündigungsfrist oder die Zurverfügungstellung von Infrastruktur genannt.<sup>679</sup> Als weitere Abgrenzungskriterien können auch die Pflicht zur Bearbeitung einer der einzelnen Person zugewiesene Arbeit, die Festlegung der Entschädigung nach einem Tarif und nicht nach dem Umfang der zu verrichtenden Tätigkeit zugezogen werden.<sup>680</sup>

Wie bereits mehrfach erwähnt haben die Spieloffiziellen die ihnen zugewiesenen Spiele sowie auch die vom Verband angesetzten obligatorischen Kurse ohne Einflussmöglichkeit am vom Verband bestimmten Ort zur ebenfalls bestimmten Zeit zu leiten bzw. zu besuchen.<sup>681</sup> Ebenso wenig besteht ausser in Ausnahmefällen die Möglichkeit, ein zugegangenes Spielaufgebot grundlos abzulehnen.<sup>682</sup> Den Spieloffiziellen wird darüber hinaus auch die für die Spielleitung benötigte Ausrüstung zur Verfügung gestellt.<sup>683</sup> Schliesslich werden die Spieloffiziellen für die Spiele in der SFL nach dem in den SFL-Anstellungsbedingungen festgelegten Tarif entschädigt, wobei diese Entschädigung auch die Spesen enthält, jedoch unabhängig vom zeitlichen Aufwand erfolgt.<sup>684</sup> Die Spieloffiziellen tra-

---

Kurse, vgl. Ziffn. 2.1–2.3 SFL-Anstellungsbedingungen.

<sup>678</sup> KIESER, Art. 10 ATSG N 18 m.w.H.

<sup>679</sup> STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 319 OR N 6.

<sup>680</sup> KIESER, Art. 10 ATSG N 18.

<sup>681</sup> Vgl. auch KÖHLER, Arbeitnehmerbegriff, S. 169 sowie DERSELBE, Sportschiedsrichter, S. 5 f.

<sup>682</sup> Ziff. 32 SSAR; vgl. auch KÖHLER, Arbeitnehmerbegriff, S. 172 sowie DERSELBE, Sportschiedsrichter, S. 5.

<sup>683</sup> Ziff. 27 SSAR.

<sup>684</sup> Vgl. Ziffn. 2.1 f. SFL-Anstellungsbedingungen. Eine Ausnahme diesbezüglich gilt für die höher entschädigten Wochentagsspiele, da die Spieloffiziellen zu diesen Spielen früher anreisen müssen und demzufolge auch einen höheren zeitlichen



gen also ganz generell wie für einen Arbeitnehmer typisch kein unternehmerisches Risiko.<sup>685</sup>

*ee) Bestehen einer wirtschaftlichen Abhängigkeit?*

Schliesslich kann als weiteres Abgrenzungskriterium zwischen Arbeitsvertrag und Auftrag neben der persönlichen, betrieblichen und zeitlichen Unterordnung auch die wirtschaftliche Abhängigkeit berücksichtigt werden.<sup>686</sup> Dies insbesondere dann, wenn der Arbeitende trotz relativer Freiheit in der Ausgestaltung und Organisation der Arbeit wie jeder andere gewöhnliche Arbeitnehmer wirtschaftlich abhängig und auf den Schutz des Arbeitsvertragsrechts in gleicher Weise angewiesen ist.<sup>687</sup> Die Höhe des Entgelts als solches ist jedoch entgegen der teilweise in der Lehre verbreiteten Ansicht<sup>688</sup> sowieso zum Vorneherein kein Indiz für oder gegen das Vorliegen eines Arbeitsvertrags.<sup>689</sup>

Die wirtschaftliche Abhängigkeit der in der SFL eingesetzten Spieloffiziellen von deren Tätigkeit ist nicht zu unterschätzen. Dies gilt insbesondere, aber nicht ausschliesslich, für die Schiedsrichter auf der FIFA-Liste, welche im Vergleich zu den übrigen Spieloffiziellen eine deutlich höhere fixe Entschädigung pro Saison erhalten.<sup>690</sup> Auch wenn die Entschädigung damit noch immer um ein Vielfaches kleiner ist als in anderen Ligen,<sup>691</sup> generiert ein auf der FIFA-Liste geführter Schiedsrichter pro Saison durch seine Einsätze alleine in der SFL ein mindestens ansehnliches Teileinkommen. Dies hat denn auch zur Folge, dass zumindest praktisch alle FIFA-Schiedsrichter in der Schweiz ihr Hauptarbeitspensum reduziert haben bzw. aufgrund der grossen zeitlichen Anforderungen reduzieren mussten.<sup>692</sup> Dies gilt auch für einen Grossteil der FIFA-Assistenten, weicht doch deren Zeitaufwand nur minim von demjenigen der FIFA-Schiedsrichter ab. Die Spieloffiziellen der SFL sind somit insofern wirtschaftlich von ihrer Tätigkeit abhängig, als diese in aller Regel einen Teil ihres Ein-

---

Aufwand haben.

<sup>685</sup> Vgl. auch KÖHLER, Arbeitnehmerbegriff, S. 172 sowie DERSELBE, Sportschiedsrichter, S. 6.

<sup>686</sup> Für SUTTER bildet dieses Kriterium der wirtschaftlichen Abhängigkeit eine Unterkategorie des Subordinationsverhältnisses, wobei er diesem jedoch jegliche juristische Relevanz abspricht (vgl. DERSELBE, Rechtsfragen, S. 55).

<sup>687</sup> STAEHELIN, Art. 319 OR N 33; Urteil des Obergerichts Zürich vom 29. April 1980, E. 5 m.w.H., in: JAR 1982, S. 92 ff.; weiterführend hierzu HARDER, S. 115 ff. m.w.H.

<sup>688</sup> Siehe vorne, S. 103.

<sup>689</sup> STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 319 OR N 6 m.w.H.

<sup>690</sup> Vgl. Ziff. 2.4 SFL-Anstellungsbedingungen.

<sup>691</sup> So beispielsweise die Spieloffiziellen der Bundesliga, vgl. hierzu vorne, Fn. 645.

<sup>692</sup> Vgl. <<http://www.tagesanzeiger.ch/sport/fussball/ich-befuerworte-den-videobeweis/story/17003607>> in fine, besucht Ende Juli 2017.

kommens ausmacht. Sie sind damit hinsichtlich dieses Teileinkommens auch auf den sozialen Schutz des Arbeitsvertragsrechts angewiesen.

ff) *Ausstellung von Lohnausweisen als Hinweis für das Vorliegen eines Arbeitsvertrags?*

Aus der Tatsache, dass der SFV Spieloffiziellen zu steuerlichen Zwecken Lohnausweise im Sinne von Art. 127 Abs. 1 lit. a DBG ausstellt, können demgegenüber keine Rückschlüsse auf die Qualifikation des hier zu beurteilenden Vertragsverhältnisses gezogen werden. Wie das Sozialversicherungsrecht geht auch das Steuerrecht von eigenen Begriffsumschreibungen aus.<sup>693</sup> Sofern also eine Erwerbstätigkeit im steuerrechtlichen Sinn als unselbständig im Sinne von Art. 17 DBG qualifiziert wird, kann hieraus nicht abgeleitet werden, dass der entsprechenden Tätigkeit zivilrechtlich zwingend ein Arbeitsverhältnis im Sinne von Art. 319 ff. OR zugrunde liegen muss.<sup>694</sup> Umgekehrt kann bei Vorliegen eines Arbeitsverhältnisses im Sinne von Art. 319 ff. OR ebenso wenig zwingend auf die Existenz einer unselbständigen Tätigkeit geschlossen werden.<sup>695</sup>

gg) *Fazit*

Neben dem Hauptunterscheidungskriterium eines vorliegenden Subordinationsverhältnisses sprechen auch weitere in Lehre und Rechtsprechung verwendete Abgrenzungskriterien für die Einordnung des zwischen dem SFV sowie den von diesem bei SFL-Spielen eingesetzten Spieloffiziellen Rechtsverhältnisses als Arbeitsverhältnis im Sinne von Art. 319 ff. OR. Da die von den Spieloffiziellen im Profifussball im Allgemeinen und bei SFL-Spielen im Speziellen geleisteten Tätigkeiten wie vorstehend aufgezeigt weit über eine reine Freizeittätigkeit hinausgehen und auch entsprechend entlohnt werden, liegen mit der Erbringung einer Arbeitsleistung sowie dem Anspruch auf Entgelt auch die weiteren Tatbestandsmerkmale<sup>696</sup> ohne Weiteres vor. In zeitlicher Hinsicht handelt es sich dabei um ein auf unbestimmte Dauer abgeschlossenes Arbeitsverhältnis, welches mit der definitiven Promotion der Spieloffiziellen in die SFL beginnt und mit dem Rücktritt des Spieloffiziellen aus der SFL oder dessen Rückqualifikation durch die Schiedsrichterkommission des SFV aus der SFL endet.<sup>697</sup> Auf eini-

<sup>693</sup> STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 319 OR N 2 m.w.H.; VISCHER/MÜLLER, § 5 N 5 m.w.H.

<sup>694</sup> Vgl. BGE 129 III 664 ff., E. 3.3 sowie BGE 121 I 259 ff., E. 3c m.w.H.

<sup>695</sup> LOCHER, Art. 17 DBG N 16 m.w.H.

<sup>696</sup> Vgl. anstelle vieler STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 319 OR N 2.

<sup>697</sup> Vgl. Einleitung sowie Ziff. 2.8 SFL-Anstellungsbedingungen. Nach Ansicht von KÖHLER, Arbeitnehmerbegriff, S. 167, lassen es die Arbeitnehmerschutzvorschriften im deutschen Recht nicht zu, einen Spieloffiziellen zufolge lediglich auf subjektivem Urteil beruhender schlechter Leistungsbewertungen aus dem Profifussball absteigen zu lassen und entsprechend seitens des Verbands das mit diesem Spielof-

ge ausgewählte Konsequenzen dieser rechtlichen Qualifikation wird sodann an anderer Stelle noch einzugehen sein.<sup>698</sup>

#### *hh) Exkurs: Qualifikation des Rechtsverhältnisses im Amateurfussball*

Obwohl nicht eigentlich Thema der vorliegenden Arbeit, soll im Sinne einer kurzen Randbemerkung an dieser Stelle festgehalten werden, dass es sich nach hier vertretener Ansicht beim zwischen dem SFV und den durch diesen lediglich im Amateurbereich eingesetzten Spieloffiziellen bestehenden Rechtsverhältnis um einen entgeltlichen einfachen Auftrag im Sinne von Art. 394 ff. OR handelt.<sup>699</sup> Dies aufgrund der Tatsache, dass der SFV von seiner ihm reglementarisch eingeräumten Weisungsbefugnis regelmässig in deutlich kleinerem Umfang Gebrauch macht als im Bereich des Nichtamateurfussballs.<sup>700</sup> So sind beispielsweise schon die vor Saisonbeginn an die Spieloffiziellen erteilten Weisungen – sofern solche überhaupt erlassen werden – regelmässig weit allgemeiner gehalten als im Nichtamateurfussball und lassen den Spieloffiziellen entsprechend einen grösseren Ermessensspielraum. Auch finden im Amateurfussball weit weniger Spielbeobachtungen statt als im Nichtamateurfussball. Der grösste und letztlich auch entscheidende Unterschied ist indes darin zu sehen, dass die zahlreichen für die in der SFL eingesetzten Spieloffiziellen neben ihrer vertraglichen Hauptleistungspflicht auf dem Spielfeld in Form von Weisungen bestehenden Nebenpflichten hinsichtlich Umfang, Intensität sowie Art und Weise des Trainings,<sup>701</sup> Nachbereitung der geleiteten Spiele mittels Videobildern oder hinsichtlich der von den Spieloffiziellen anlässlich ihrer Reisen an die Spielorte einzuhaltenden Modalitäten bis hin zu Kleidungsvorschriften praktisch nicht bestehen. Eine Ausnahme besteht diesbezüglich lediglich in der Verpflichtung

---

fiziellen bestehende Arbeitsverhältnis aufzuheben. Nach hier vertretener Ansicht ist ein solches Vorgehen zumindest unter schweizerischem Recht vor dem Hintergrund, dass dieses vom Prinzip der Kündigungsfreiheit ausgeht (vgl. anstelle vieler STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 336 OR N 2 m.w.H.), nicht weiter zu beanstanden, sofern einer solchen Kündigung nicht ausnahmsweise ein missbräuchlicher Grund in Sinne von Art. 336 OR zugrunde liegt.

<sup>698</sup> Siehe hinten, S. 141 ff.

<sup>699</sup> Sofern jedoch in der SFL eingesetzte Spieloffizielle auch Spielleitungen im Amateurfussball vornehmen, sind diese auch in diesen Spielen als Arbeitnehmer und nicht als Beauftragte tätig (vgl. hierzu die nachfolgenden Ausführungen zur Qualifikation des Rechtsverhältnisses der bei Cup- und Trainingsspielen eingesetzten Spieloffiziellen, hinten S. 124 ff.). Die Entschädigung ist in einem solchen Fall jedoch dieselbe wie bei den ausschliesslich im Amateurfussball eingesetzten Spieloffiziellen.

<sup>700</sup> Vgl. auch KÖHLER, Arbeitnehmerbegriff, S. 179.

<sup>701</sup> Voraussetzung für eine Berücksichtigung der Spieloffiziellen bei der Besetzung der Spiele ist in diesem Zusammenhang lediglich die Erfüllung eines allenfalls obligatorischen Fitness-tests (vgl. Ziff. 28 SSAR).

der Spieloffiziellen zur Teilnahme an den obligatorischen Aus- und Weiterbildungskursen.<sup>702</sup>

Während einige Autoren für das zwischen dem SFV und seinen im Amateurbereich eingesetzten Spieloffiziellen bestehende Auftragsverhältnis von einem Dauerschuldverhältnis ausgehen,<sup>703</sup> handelt es sich dabei nach hier vertretener Ansicht um jeweils einzelne Auftragsverhältnisse, welche durch das jeweilige Aufgebot für ein zu leitendes Spiel sowie das Erscheinen der Spieloffiziellen am Spielort zwecks Vornahme der Spielleitung zustande kommen und mit Zustellung des Spielberichts durch den Spieloffiziellen an den SFV im Anschluss an das geleitete Spiel ihren Abschluss finden. Nicht zu verwechseln sind diese jeweils lediglich eine einzelne Spielleitung umfassenden Auftragsverhältnisse mit dem gleichzeitig zwischen dem SFV und sämtlichen Spieloffiziellen in der Ausstellung des Schiedsrichterausweises und der damit verbundenen Aufnahme auf die offizielle Liste der Spieloffiziellen begründeten Rahmenvertrag sui generis, welcher erst mit dem Rücktritt des Spieloffiziellen von seinem Amt oder dessen Streichung durch SFV von der offiziellen Liste endet.<sup>704</sup>

Mangels Vorliegen eines zwischen dem SFV und den ausschliesslich im Amateurbereich eingesetzten Spieloffiziellen bestehenden Subordinationsverhältnisses als Hauptunterscheidungskriterium zwischen einfachem Auftrag und Arbeitsvertrag stehen sodann auch die übrigen im Rahmen der rechtlichen Einordnung des zwischen dem SFV und den im Nichtamateurbereich eingesetzten Spieloffiziellen als Arbeitsvertrag herangezogenen Unterscheidungskriterien einer für den Amateurbereich hiervor abweichend vorgenommenen Einordnung nicht entgegen. Dasselbe gilt auch für die im Unterschied zum Arbeitnehmer für einen Beauftragten nicht zwingend bestehende persönliche Leistungsverpflichtung,<sup>705</sup> hat dieser doch die im Falle einer vorliegenden Ermächtigung oder Notwendigkeit sowie einem übungsgemäss als zulässig betrachteten Beizug einer Vertretung die Vertragsleistung nicht persönlich zu erbringen.<sup>706</sup> Im Falle der als Beauftragten für den SFV tätigen Spieloffiziellen trifft diese mangels Vorliegen einer entsprechenden Ermächtigung oder Übung demgegenüber selbstverständlich eine persönliche Leistungspflicht.<sup>707</sup>

---

<sup>702</sup> Vgl. Ziff. 28 SSAR.

<sup>703</sup> Siehe vorne, S. 92 f.

<sup>704</sup> Vgl. hierzu vorne, S. 95 ff.

<sup>705</sup> A.M. offenbar KÖHLER, Arbeitnehmerbegriff, S. 172.

<sup>706</sup> Vgl. Art. 398 Abs. 3 OR.

<sup>707</sup> Vgl. auch SCHERRER, Schiedsrichter, S. 255.

## **B) Spiele des Schweizer Cups und Trainingsspiele innerhalb der Schweiz**

### *a) Qualifikation des Rechtsverhältnisses als Arbeitsvertrag*

Selbstverständlich werden die im Nichtamateurfussball eingesetzten Spielloffiziellen durch den SFV nicht nur in den Meisterschaftsspielen der SFL, sondern auch im zweiten Wettbewerb des SFV, dem Schweizer Cup, eingesetzt. Darüber hinaus finden insbesondere während der Saisonvorbereitung im Sommer sowie vor Beginn der Rückrunde im Winter viele Trainingsspiele statt, welche – sofern Clubmannschaften aus der SFL daran beteiligt sind – ebenfalls regelmässig von den auch bei Meisterschaftsspielen der SFL eingesetzten Spielloffiziellen geleitet werden. Daneben finden in der Schweiz relativ häufig auch Trainingsspiele zwischen A-Nationalmannschaften ohne Beteiligung der Schweizer Nationalmannschaft statt,<sup>708</sup> welche von auf der FIFA-Liste<sup>709</sup> aufgeführten und ebenfalls in Meisterschaftsspielen der SFL eingesetzten Spielloffiziellen geleitet werden.

### *aa) Dieselben Rechte und Pflichten wie bei SFL-Spielen*

Neben der Tatsache, dass sich bei Cup- und Trainingsspielen zwischen dem SFV und den Spielloffiziellen bestehenden Vertragsverhältnissen dieselben Parteien wie bei SFL-Spielen gegenüberstehen, sind auch die zwischen diesen Parteien bestehenden Rechte und Pflichten praktisch durchwegs in beiden Fällen identisch. Dies gilt sowohl für die Hauptleistungspflicht der Spielloffiziellen als auch deren Nebenpflichten. Insbesondere sind auch die sich auf die Tätigkeit ausserhalb der eigentlichen Spielleitungen beziehenden Weisungen des SFV an die Spielloffiziellen nicht nur für Spielleitungen in der SFL, sondern auch des Schweizer Cups oder in Trainingsspielen gültig und somit identisch.<sup>710</sup> Auch die Entschädigungen der Spielloffiziellen sind bei Spielen des Schweizer Cups in Abhängigkeit der Ligazugehörigkeit der beteiligten Mannschaften gleich hoch wie bei Meisterschaftsspielen,<sup>711</sup> während sie bei Trainingsspielen tiefer sind.<sup>712</sup>

<sup>708</sup> Trainingsspiele mit Beteiligung der Schweizer A-Nationalmannschaft dürfen in Anwendung von Art. 11 Ziff. 1 Ausführungsbestimmungen FIFA-Statuten nicht von Schweizer Spielloffiziellen, sondern ausschliesslich von einem neutralen Verband angehörigen Spielloffiziellen geleitet werden.

<sup>709</sup> Vgl. hierzu Art. 12 Ziff. 2 Ausführungsbestimmungen FIFA-Statuten, wonach die bei internationalen Spielen eingesetzten Spielloffiziellen auf der FIFA-Liste aufgeführt sein müssen.

<sup>710</sup> Die Weisungsbefugnis des Ressorts Spitzenschiedsrichter gemäss Ziff. 9.3 Geschäftsreglement SK-SFV erstreckt sich nicht nur auf Meisterschaftsspiele der SFL, sondern bezieht sich auf sämtliche in der SFL eingesetzten und damit dem Ressort Spitzenschiedsrichter unterstellten Spielloffiziellen grundsätzlich unabhängig davon, in welcher Spielkategorie diese eingesetzt werden.

<sup>711</sup> Vgl. Art. 12 SFV-Cupreglement.

Einzig in organisatorischer Hinsicht ergeben sich aufgrund des Umstandes, dass die Spiele des Schweizer Cups sowie die Trainingsspiele nicht durch die SFL als Abteilung des SFV, sondern vom SFV als indirektem bzw. im Fall der Trainingsspiele ausschliesslich den beteiligten Clubs als direktem Veranstalter<sup>713</sup> durchgeführt werden, punktuelle Unterschiede. Diese haben jedoch keinerlei Einfluss auf die zwischen den Parteien bestehenden vertraglichen Rechte und Pflichten.

Aufgrund dieser lediglich marginalen Unterschiede hinsichtlich der Rechte und Pflichten der Spieloffiziellen bei Spielen des Schweizer Cups sowie Trainingsspielen im Vergleich zu SFL-Meisterschaftsspielen sind auch diese zwischen dem SFV und den Spieloffiziellen bestehenden Vertragsverhältnisse als Arbeitsverträge zu qualifizieren. Dieser rechtlichen Einordnung steht sodann auch das Fehlen eines schriftlichen Arbeitsvertrags nicht entgegen, gilt doch ein Arbeitsvertrag auch dann als abgeschlossen, wenn der Arbeitnehmer eine Arbeitsleistung erbringt, deren Leistung nach den Umständen nur gegen Lohn zu erwarten ist.<sup>714</sup>

#### *bb) Rechtliche Einordnung in zeitlicher Hinsicht*

In zeitlicher Hinsicht stellt sich die Frage, ob es sich bei diesem Arbeitsverhältnis wie bei demjenigen über die Leitung von Meisterschaftsspielen der SFL um ein unbefristetes oder analog zu den Auftragsverhältnissen im Amateurfussball um ein befristetes Arbeitsverhältnis handelt. Anders als beim Arbeitsvertrag betreffend die Leitung von Meisterschaftsspielen der SFL existiert hierzu wie vorstehend bereits erwähnt keine schriftliche vertragliche Vereinbarung. Vereinzelt wird zwar gefordert, eine Befristung eines Arbeitsverhältnisses müsse klar und unzweideutig vereinbart werden.<sup>715</sup> Selbst in diesem Fall wäre jedoch davon auszugehen, dass eine solche Befristung auch stillschweigend eingegangen werden könnte,<sup>716</sup> sofern der Zeitpunkt der Beendigung für beide Parteien objektiv bestimmbar wäre.<sup>717</sup> Vorliegend ist deshalb durch Auslegung zu ermitteln, ob es sich um ein befristetes oder um einzelne unbefristete Arbeitsverhältnisse handelt, wobei im Zweifelsfall von einem unbefristeten Arbeitsverhältnis auszugehen wäre.<sup>718</sup>

Vor dem Hintergrund, dass im Bereich der Cup- und Trainingsspiele aufgrund des nicht eröffneten sachlichen Anwendungsbereichs der SFL-

---

<sup>712</sup> Vgl. Ziff. 4 SR-Merkblatt.

<sup>713</sup> Vgl. hierzu hinten, S. 345.

<sup>714</sup> Vgl. Art. 320 Abs. 2 OR.

<sup>715</sup> STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 334 OR N 2 m.w.H.

<sup>716</sup> STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 334 OR N 2.

<sup>717</sup> VISCHER/MÜLLER, § 1 N 12; WYLER/HEINZER, S. 495.

<sup>718</sup> WYLER/HEINZER, S. 497 m.w.H.

Anstellungsbedingungen diese als Rechtsgrundlage eines Dauerschuldverhältnisses nicht zur Anwendung gelangen können, erscheint es auf den ersten Blick naheliegend, vom Vorliegen jeweils einzelner, lediglich eine einzige Spielleitung umfassender und somit befristeter Arbeitsverhältnisse auszugehen. Diese Ansicht vermag indes insbesondere einer Prüfung durch den Willen der Parteien nicht standzuhalten. Aufgrund des zwischen den Spielloffiziellen sowie dem SFV bestehenden unbefristeten Arbeitsvertrages hinsichtlich der Leitung von Meisterschaftsspielen in der SFL besteht seitens der Spielloffiziellen mit gutem Grund die Erwartung, dass sie daneben auch regelmässig für die Leitung von in den Meisterschaftspausen stattfindenden Spielen des Schweizer Cups sowie Trainingsspielen berücksichtigt werden. Kein Spielloffizieller wird mit der Erwartung ein solches Spiel leiten, es handle sich dabei um ein einmaliges Aufgebot und er werde danach nicht mehr für die Leitung solcher Spiele berücksichtigt. Dasselbe gilt auch für den SFV. Es ist kaum vorstellbar, dass dessen Schiedsrichterkommission dulden würde, wenn beispielsweise ein Spielloffizieller ihr mitteilen würde, er wolle nur Meisterschaftsspiele der SFL, jedoch keinerlei Cup- oder Trainingsspiele leiten. Damit fehlt es jedoch aus Sicht beider Vertragsparteien ganz offensichtlich am Willen, das Arbeitsverhältnis zu befristen. Sinn und Zweck dieses Vertrages scheint vielmehr zu sein, damit die Leitung einer unbestimmten Anzahl von Spielen innerhalb einer unbefristeten Dauer abzuwickeln.

Daneben könnte auch das Verbot sogenannter *Kettenarbeitsverträge* der Annahme von einzelnen befristeten Arbeitsverhältnissen betreffend die einzelnen Spielleitungen widersprechen. Unter Kettenarbeitsverträgen wird das Aneinanderreihen von mehreren befristeten Verträgen verstanden.<sup>719</sup> Wurde bis vor Kurzem für ein Verbot solcher Kettenarbeitsverträge noch eine Umgehungsabsicht zwingender gesetzlicher Bestimmungen, beispielsweise derjenigen über den Kündigungsschutz,<sup>720</sup> gefordert,<sup>721</sup> wird eine solche nach neuerer Lehre nicht mehr verlangt.<sup>722</sup> Ein unzulässiger Kettenarbeitsvertrag liegt aber in jedem Fall dann vor, wenn für die atypische Gestaltung eines arbeitsvertraglichen Dauerschuldverhältnisses mittels einer Vielzahl von aufeinanderfolgenden, befristeten

---

<sup>719</sup> GEISER/MÜLLER, Nr. 106.

<sup>720</sup> Vgl. Art. 336 ff. OR. Da nur ein unbefristetes Arbeitsverhältnis durch Kündigung endet, nicht jedoch ein befristetes (dieses endet durch Zeitablauf ohne Kündigung, vgl. Art. 334 Abs. 1 OR), sind die zwingenden (vgl. Art. 361 OR) gesetzlichen Bestimmungen zum Kündigungsschutz ex lege nur auf unbefristete Arbeitsverhältnisse anwendbar.

<sup>721</sup> VISCHER/MÜLLER, § 24 N 22; GEISER/MÜLLER, Nr. 106; WYLER/HEINZER, S. 520; STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 334 OR N 7.

<sup>722</sup> STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 334 OR N 7 mit Hinweis auf KRAMER, Art. 19–20 OR N 266 m.w.H.

Arbeitsverträgen kein vernünftiger Grund ersichtlich ist.<sup>723</sup> Im vorliegenden Fall ist gerade kein solcher vernünftiger Grund ersichtlich, was umso mehr zu gelten hat, als der zwischen denselben Parteien bestehende Arbeitsvertrag über die Leitung von Meisterschaftsspielen der SFL explizit als unbefristeter Arbeitsvertrag ausgestaltet ist.<sup>724</sup>

Wie beim Arbeitsvertrag betreffend die Leitung von Meisterschaftsspielen der SFL handelt es sich somit auch bei demjenigen hinsichtlich der Leitung von Spielen des Schweizer Cups sowie Trainingsspielen um einen unbefristeten Arbeitsvertrag, welcher in Analogie zum erstgenannten Arbeitsvertrag mit der ersten Folgeleistung eines Spieloffiziellen für ein Aufgebot zu einem Trainings- oder Cupspiel nach der Promotion in die SFL beginnt und bis zum Rücktritt bzw. einer Relegation aus der SFL durch die Schiedsrichterkommission des SFV dauert.

*b) Keine Gültigkeit der SFL-Anstellungsbedingungen?*

*aa) Einschränkung des sachlichen Geltungsbereichs und Gründe hierfür*

Wie bereits mehrfach erwähnt ist der sachliche Anwendungsbereich der SFL-Anstellungsbedingungen gemäss deren ausdrücklichem Wortlaut auf die offiziellen Meisterschaftsspiele der SFL beschränkt.<sup>725</sup> Dies würde im Ergebnis jedoch bedeuten, dass zwischen den in der SFL eingesetzten Spieloffiziellen und dem SFV jeweils zwei verschiedene Arbeitsverhältnisse bestünden. Eines hätte ausschliesslich die Spielleitungen in der SFL zum Inhalt, wobei sich dessen vertragliche Einzelheiten aus den SFL-Anstellungsbedingungen und subsidiär aus dem Obligationenrecht ergeben würden.<sup>726</sup> Das andere Arbeitsverhältnis hat die Spielleitungen derselben Spieloffiziellen im Schweizer Cup sowie in Trainingsspielen zum Inhalt, wobei sich die Einzelheiten dieses Arbeitsvertrages mangels Vorliegen einer mündlichen oder schriftlichen Vereinbarung ausschliesslich aus den Art. 319 ff. OR ergäben.

Ein wichtiger Grund, weshalb der SFV den sachlichen Geltungsbereich der SFL-Anstellungsbedingungen lediglich auf die Leitung von Meisterschaftsspielen der SFL begrenzte, dürfte bei genauerer Betrachtung bereits aus den Anstellungsbedingungen selber ohne Weiteres ersichtlich werden. In Ziff. 2.6.4 der SFL-Anstellungsbedingungen wird ausdrücklich festgehalten, der SFV gehe davon aus, dass nur bei den regelmässig in der Super League als Schiedsrichter eingesetzten Spieloffiziellen das jährliche Bruttoeinkommen die gesetzliche

---

<sup>723</sup> Vgl. STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 334 OR N 7 m.w.H.; VISCHER/MÜLLER, § 24 N 22 ff.

<sup>724</sup> Siehe vorne, S. 121.

<sup>725</sup> Vgl. Einleitung SFL-Anstellungsbedingungen.

<sup>726</sup> Vgl. Einleitung SFL-Anstellungsbedingungen.



BVG-Schwelle überschreite und entsprechend in der beruflichen Vorsorge versichert werden müsste. Offenbar möchte der SFV also verhindern, dass er für seine in der SFL eingesetzten Spielloffiziellen neben den Arbeitgeberbeiträgen der AHV, ALV, IV und EO<sup>727</sup> sowie den Unfallversicherungsprämien<sup>728</sup> auch noch die Arbeitgeberbeiträge der beruflichen Vorsorge zu leisten hätte. Würden die Spielentschädigungen für Cup- und Trainingsspiele zu denjenigen für die Leitung der SFL-Meisterschaftsspiele addiert, würde wohl nahezu das gesamte Kader der SFL-Spielloffiziellen die erwähnte BVG-Eintrittsschwelle überschreiten, was dem SFV zweifellos einiges an Mehrkosten verursachen würde. Ganz offensichtlich befindet sich der SFV mit seiner Absicht, Spielloffizielle als Arbeitnehmer bzw. dies sich hieraus ergebenden Kosten tunlichst verhindern zu wollen, in guter Gesellschaft anderer nationaler Verbände.<sup>729</sup>

Die Frage drängt sich deshalb auf, ob eine solche rechtliche Konstruktion mit jeweils zwei parallelen Arbeitsverhältnissen zwischen denselben Parteien für praktisch dieselbe Arbeit überhaupt möglich bzw. rechtlich zulässig ist und, falls nicht, welche Konsequenzen sich hieraus ergeben.

#### *bb) Möglichkeit und Zulässigkeit solcher paralleler Arbeitsverträge*

Es steht ausser Frage, dass ein Arbeitnehmer grundsätzlich mehrere Arbeitsverträge eingehen und damit mehrere Tätigkeiten nebeneinander ausüben kann,<sup>730</sup> sieht doch bereits Art. 319 Abs. 2 OR explizit die Möglichkeit der Vereinbarung von Teilzeitarbeit vor. Es ist somit ohne Weiteres möglich und insbesondere vor dem Hintergrund, dass eine Treupflichtverletzung im Sinne von Art. 321a Abs. 3 OR diesfalls zum Vorneherein sowieso nicht befürchtet werden muss, im Grundsatz auch zulässig, dass zwischen einem Arbeitnehmer und demselben Arbeitgeber mehrere Arbeitsverhältnisse bestehen können. Dass zumindest im konkreten Fall indes diese Lösung wenig praxistauglich ist, zeigt sich an folgendem Beispiel: Gemäss Ziff. 3 SFL-Anstellungsbedingungen sind die Spielloffiziellen verpflichtet, sämtliche selbständigen und unselbständigen Erwerbstätigkeiten gegenüber dem SFV zu deklarieren und von ihm genehmigen zu lassen. Dies würde streng genommen dazu führen, dass der SFV im Rahmen der mit seinen Spielloffiziellen bestehenden Arbeitsverträge hinsichtlich der Spielleitungen in der SFL jedem seiner Spielloffiziellen explizit dessen Tätigkeit als Spielloffizier bei Spielen des Schweizer Cups sowie bei Trainingsspielen bewilligen müsste, was doch eher absurd anmutet.

Für die Frage der Zulässigkeit ist zunächst zu klären, ob solche zwischen denselben Parteien bestehende Mehrfacharbeitsverhältnisse nicht als unzulässig

<sup>727</sup> Vgl. Ziff. 2.6.1 SFL-Anstellungsbedingungen.

<sup>728</sup> Vgl. Ziff. 2.6.2 SFL-Anstellungsbedingungen.

<sup>729</sup> Vgl. KÖHLER, Arbeitnehmerbegriff, S. 167 m.w.H.

<sup>730</sup> VISCHER/MÜLLER, § 7 N 6.

Kettenverträge zu qualifizieren wären. Dies scheint jedoch soweit ersichtlich nicht der Fall zu sein. Unzulässige Kettenverträge werden in Lehre und Rechtsprechung lediglich dann angenommen, wenn kein vernünftiger Grund für das atypische Aneinanderreihen von zeitlich befristeten Arbeitsverträgen ersichtlich ist.<sup>731</sup> Demgegenüber wird der parallele Bestand von mehreren Arbeitsverträgen zwischen denselben Parteien mit dem einzigen Ziel der Umgehung zwingender Gesetzesbestimmungen, im konkreten Fall der Verhinderung des Entstehens von sozialversicherungsrechtlichen Ansprüchen des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber, weder von Lehre noch Rechtsprechung unter den Tatbestand der verbotenen Kettenarbeitsverträge subsumiert.<sup>732</sup>

Nach hier vertretener Ansicht sind jedoch solche zwischen denselben Parteien bestehenden Mehrfacharbeitsverhältnisse nur dann rechtlich auch tatsächlich als Einzelverträge zu betrachten, wenn in Analogie zur Rechtslage bei Kettenverträgen für diese atypische Vertragsgestaltung ein vernünftiger Grund ersichtlich ist. Ein solcher könnte beispielsweise dann vorliegen, wenn eine Person bei einem Fussballclub gleichzeitig als Trainer und als Sportchef angestellt ist und für beide Tätigkeiten – aus welchen Gründen auch immer – zwischen den Parteien eine unterschiedliche Vertragsdauer vereinbart wurde.

Im konkreten Fall ist jedoch kein vernünftiger Grund für diese atypische Vertragsgestaltung mittels zweier parallel zwischen denselben Parteien bestehender Arbeitsverträge ersichtlich. Insbesondere ist die Dauer der beiden Arbeitsverträge völlig identisch. Auch der Umstand, dass die Entschädigung für Trainingsspiele in aller Regel von denjenigen für Meisterschafts- und Cupspiele abweicht, stellt nach der hier vertretenen Ansicht noch keinen solchen vernünftigen Grund dar, richtet sich doch die Entschädigung in jedem Fall nach den entsprechenden, vom SFV selber festgelegten Tarifen. Auch im Umstand, dass die vom SFV den Spieloffiziellen für deren Spielleitungen anlässlich von SFL-Meisterschaftsspielen getätigten Lohnzahlungen letztlich von der SFL dem SFV zurückvergütet werden, kann kein solcher vernünftiger Grund erblickt werden. Wie bereits erwähnt, dürfte ein wichtiger Grund für diese atypische Vertragsgestaltung seitens des SFV im Versuch der Umgehung von zwingenden Bestimmungen des Sozialversicherungsrechts liegen.<sup>733</sup> Dass es sich bei einer solchen Gesetzesumgehung nicht um einen vernünftigen Grund für eine solche atypische Vertragsgestaltung handeln kann, bedarf keiner weiteren Erläuterungen. Ein solches Bestehen von zwei Arbeitsverträgen für die Leitung von Meisterschafts-

---

<sup>731</sup> Siehe vorne, S. 126.

<sup>732</sup> Vgl. STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 334 OR N 7; PORTMANN/RUDOLPH, Art. 334 OR N 8; REHBINDER/STÖCKLI, Art. 319 OR N 36; VISCHER/MÜLLER, § 24 N 21 ff.; GEISER/MÜLLER, Nr. 547 ff.; PORTMANN/STÖCKLI, Nr. 801; WYLER/HEINZER, S. 520 f.; WACHTER, S. 30 ff.; STAEHELIN, Art. 334 OR N 4 f.

<sup>733</sup> Siehe vorne, S. 127.

spielen einerseits und die Leitung von Cup- und Trainingsspielen andererseits wäre denn auch geradezu systemwidrig. So ist es beispielsweise undenkbar, dass ein Club mit seinen Spielern für deren Einsatz in verschiedenen Wettbewerben je einzelne Arbeitsverträge abschliessen würde. Im zwingend für Nichtamateurspieler zu verwendenden Arbeitsvertrag<sup>734</sup> wird denn auch explizit festgehalten, dass die Spieler verpflichtet sind, an allen Spielen ihres Clubs teilzunehmen, für welche sie spielberechtigt sind.<sup>735</sup>

### *cc) Rechtsfolgen*

Nach festgestellter Unzulässigkeit dieser atypischen Vertragsgestaltung in Form von zwei Arbeitsverträgen zwischen denselben Parteien ohne Vorliegen eines vernünftigen Grundes stellt sich noch die Frage, welche Rechtsfolgen hieraus abzuleiten sind. Im Falle des unzulässigen Aneinanderreihens von mehreren befristeten Arbeitsverträgen zu einem Kettenvertrag gehen Lehre und Rechtsprechung einhellig davon aus, dass die einzelnen befristeten Arbeitsverträge im Resultat in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis umzudeuten sind.<sup>736</sup> Obwohl es sich beim unzulässigen Bestehen mehrerer Arbeitsverträge zwischen denselben Parteien wie bereits erwähnt nicht um einen Kettenvertrag handelt, kann die Rechtsfolge hier dennoch keine andere sein. Somit sind die zwischen dem SFV und den in der SFL eingesetzten Spielloffiziellen bestehenden zwei Arbeitsverträge in einen einzigen Arbeitsvertrag umzudeuten. Die sachliche Einschränkung der SFL-Anstellungsbedingungen ausschliesslich auf den Meisterschaftsbetrieb der SFL ist somit unzulässig. Vielmehr finden diese entgegen ihrem Wortlaut für sämtliche von den in der SFL eingesetzten Spielloffiziellen für den SFV zu leitenden Spiele, also insbesondere auch für Trainingsspiele und Spiele des Schweizer Cups, Anwendung.

## **2. FIFA- und UEFA-Spiele**

### **A) Internationaler Sachverhalt – anwendbares Recht**

Im Gegensatz zur Rechtsbeziehung zwischen den Spielloffiziellen und deren Nationalverband handelt es sich beim Rechtsverhältnis zwischen den Spielloffiziellen und der FIFA sowie der UEFA grundsätzlich um ein internationales, weil grenzüberschreitendes Verhältnis,<sup>737</sup> welches ein über den schweizerischen Rechtsraum hinausreichendes Element aufweist.<sup>738</sup> Dies gilt grundsätzlich auch

<sup>734</sup> Vgl. Art. 139 Abs. 2 WR-SFV.

<sup>735</sup> Art. 6 Arbeitsvertrag SFV-Nichtamateurspieler.

<sup>736</sup> STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 334 OR N 7; GEISER/MÜLLER, Nr. 106; VISCHER/MÜLLER, § 24 N 23 m.w.H.; WYLER/HEINZER, S. 520 f. m.w.H.

<sup>737</sup> TÄNNLER, Schiedsrichter, S. 18. Vgl. auch SCHNYDER/GROLIMUND, Art. 1 IPRG N 1.

<sup>738</sup> VOLKEN, Art. 1 IPRG N 17.

für das zwischen den internationalen Verbänden sowie den durch diese eingesetzten Spielloffiziellen mit Wohnsitz in der Schweiz, werden diese doch ausschliesslich für Spielleitungen ausserhalb der Schweiz eingesetzt. Lediglich im Rahmen der Schiedsgerichtsbarkeit gelten allfällige Streitigkeiten zwischen den Spielloffiziellen mit Wohnsitz in der Schweiz sowie der FIFA und der UEFA aufgrund der sich ebenfalls in der Schweiz befindenden Sitze dieser beiden internationalen Verbände als nationale Streitigkeiten.<sup>739</sup> Somit ist bei Vorliegen von internationalen Sachverhalten zunächst stets die Frage nach dem auf das zwischen den Spielloffiziellen und der FIFA bzw. der UEFA bestehende Rechtsverhältnis anzuwendende Recht zu beantworten.

*a) Bei UEFA-Spielen*

Die zwischen der UEFA sowie den durch diese mit der Leitung von Spielen eingesetzten Spielloffiziellen bestehende Rechtsbeziehung wird im UEFA-Pflichtenheft explizit schweizerischem Recht unterstellt.<sup>740</sup> Es handelt sich dabei um eine Rechtswahlklausel im Sinne von Art. 116 IPRG. Im Gegensatz zu einer Gerichtsstandsvereinbarung kann eine solche Rechtswahl auch formfrei gültig vereinbart werden. Verlangt wird lediglich die Ausdrücklichkeit der Rechtswahl aus dem Vertrag selber oder deren eindeutige Erkennbarkeit aus den Umständen.<sup>741</sup> Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, ist das UEFA-Pflichtenheft rechtlich einerseits als Verbandsreglement, andererseits und gleichzeitig jedoch auch als allgemeine Vertragsbedingungen zu qualifizieren. Den formellen Anforderungen an eine solche Rechtswahlklausel ist damit mit deren Verankerung im UEFA-Pflichtenheft Genüge getan.

*b) Bei FIFA-Spielen*

Anders als bei der UEFA sucht man in den FIFA-Reglementen vergeblich nach einer solchen Rechtswahlklausel. Für die Bestimmung des auf die Rechtsbeziehung zwischen der FIFA und den von ihr für die Leitung von FIFA-Spielen eingesetzten Spielloffiziellen ist somit auf allgemeine Kollisionsregeln von Art. 117 ff. IPRG abzustellen. Demnach untersteht ein Vertrag bei Fehlen einer Rechtswahl dem Recht des Staates, mit welchem er am engsten zusammenhängt. Dieser engste Zusammenhang wird sodann mit demjenigen Staat vermutet, in welchem die zur Erbringung der charakteristischen Hauptleistung verpflichtete Partei ihren Sitz hat, wobei als solche bei Dienstverträgen die Dienstleistung gilt.<sup>742</sup> Somit würde das zwischen der FIFA und den von ihr für die Leitung von FIFA-Spielen eingesetzten Spielloffiziellen bestehende Vertragsverhältnis stets dem materiellen Recht des Wohnsitzes der Spielloffiziellen unterstehen. Ledig-

<sup>739</sup> Siehe vorne, S. 20.

<sup>740</sup> Ziff. 13 Abs. 1 UEFA-Pflichtenheft.

<sup>741</sup> AMSTUTZ/WANG, Art. 116 IPRG N 36.

<sup>742</sup> Art. 117 Abs. 2 und 3 IPRG.

lich falls dieses Vertragsverhältnis als Arbeitsvertrag zu qualifizieren wäre, käme schweizerisches Recht zur Anwendung.<sup>743</sup>

Dass diese Regelung insbesondere aus Sicht der FIFA unglücklich ist, versteht sich von selbst. Auch aus Sicht der Spielloffiziellen ist es insbesondere mit Blick auf die Rechtssicherheit nicht vorteilhaft, wenn sich das Rechtsverhältnis zwischen ihnen und der FIFA nicht wie dasjenige mit der UEFA nach einem einheitlichen materiellen Recht, sondern nach dem jeweiligen Recht ihres Wohnsitzes richtet. Wie bereits erwähnt, untersteht der Vertrag dem Recht des Staates, mit welchem dieser am engsten zusammenhängt. Diese gesetzliche Vermutung kann jedoch auch widerlegt werden<sup>744</sup> und es stellt sich vorliegend die Frage, ob vor diesem Hintergrund im konkreten Fall die Vermutungsklausel von Art. 117 Abs. 2 IPRG zurückzutreten hat. Ein Abweichen von der Regelanknüpfung kann lediglich dann gerechtfertigt sein, wenn ein anderes Anknüpfungsargument mit dem fraglichen Vertragsverhältnis in einem inneren, notwendigen Zusammenhang steht.<sup>745</sup> Hinsichtlich der Intensität dieses alternativen Anknüpfungsarguments verlangt die herrschende Lehre, dass eine Abweichung der Vermutung immer durch besondere Umstände zu rechtfertigen und deshalb nur dort zulässig sein soll, wo ein Festhalten daran unverhältnismässig erscheinen würde.<sup>746</sup> Demgegenüber wird in der Lehre teilweise auch die Ansicht vertreten, im Einzelfall könnten nur gewichtige Umstände die Vermutung von Art. 117 Abs. 2 IPRG umstossen. Ein in concreto festgestelltes, mehr oder weniger deutliches Übergewicht der Verknüpfung mit einer anderen als von der Regel bezeichneten Rechtsordnung könne nicht genügen, um eine Ausnahme anzunehmen.<sup>747</sup>

Ohne diese Problematik an dieser Stelle allzu sehr zu vertiefen, stellt man rasch fest, dass im konkreten Fall eine Abweichung von der gesetzlichen Vermutung von Art. 117 Abs. 2 IPRG kaum zulässig sein dürfte. Es werden sich kaum Argumente finden lassen, weshalb die Anwendung des materiellen Rechts des Wohnsitzstaates der einzelnen Spielloffiziellen unverhältnismässig sein soll. Insbesondere dürfte das alleinige Interesse der FIFA, sämtliche Verträge mit ihren Spielloffiziellen dem Recht ihres Sitzstaates zu unterstellen, eine solche Anwendung nicht unverhältnismässig erscheinen lassen. Zwar wird soweit ersichtlich in der Lehre<sup>748</sup> auch das Vorliegen eines sogenannten *subjektiven Ausnahmefalls* allgemein als alternatives und von der gesetzlichen Vermutung abweichendes Anknüpfungsargument anerkannt. Ein solcher Fall liegt beispielsweise dann vor, wenn eine an sich objektiv anwendbare Rechtsordnung den

<sup>743</sup> Vgl. Art. 121 Abs. 2 IPRG.

<sup>744</sup> KELLER/KREN KOSTKIEWICZ, Art. 117 IPRG N 24 und 50 m.w.H.

<sup>745</sup> AMSTUTZ/WANG, Art. 117 IPRG N 14 m.w.H.

<sup>746</sup> AMSTUTZ/WANG, Art. 117 IPRG N 14 m.w.H.

<sup>747</sup> KELLER/KREN KOSTKIEWICZ, Art. 117 IPRG N 55 m.w.H.

<sup>748</sup> Siehe hinten, Fn. 749.

Parteien mangels persönlicher Verbundenheit schlicht nicht zuzumuten ist.<sup>749</sup> Doch selbst ein solcher Fall liegt hier nicht vor, handelt es sich doch beim anwendbaren Recht um das Recht des Wohnsitzstaates einer Vertragspartei, mit welchem zumindest diese ohne Weiteres persönlich verbunden sein dürfte.<sup>750</sup>

Es bleibt somit dabei, dass mangels Vorliegen einer Rechtswahl die vertragliche Beziehung zwischen der FIFA und der von ihr für die Leitung von FIFA-Spielen eingesetzten Spieloffiziellen dem materiellen Recht des Staates der Spieloffiziellen untersteht. Lediglich falls diese vertragliche Beziehung als Arbeitsvertrag qualifiziert würde, käme zufolge des in der Schweiz befindlichen FIFA-Sitzes hierauf schweizerisches Recht zur Anwendung. Falls jedoch eine Partei einen konkreten Anspruch aus diesem zwischen der FIFA und der von dieser für die Leitung von FIFA-Spielen eingesetzten Spieloffiziellen bestehenden Vertragsverhältnis vor dem CAS geltend macht, beurteilt dieses diesen materiell nach Schweizer Recht.<sup>751</sup>

## **B) Qualifikation des Rechtsverhältnisses nach schweizerischem Recht**

Wie bei der Qualifikation des zwischen dem SFV und den Spieloffiziellen auf nationaler Ebene bestehenden Rechtsverhältnisses stellt sich auch auf internationaler Ebene die Frage nach der rechtlichen Einordnung des zwischen der FIFA bzw. der UEFA sowie den in ihren Wettbewerben eingesetzten Spieloffiziellen bestehenden Rechtsverhältnisses. Auch auf internationaler Ebene stehen andere Vertragstypen als Arbeitsvertrag oder einfacher Auftrag kaum ernsthaft zur Debatte.

### *a) Unterschiede zum Rechtsverhältnis auf nationaler Ebene*

Das zwischen der UEFA bzw. der FIFA und den in deren Wettbewerben eingesetzten Spieloffiziellen bestehende Rechtsverhältnis unterscheidet sich von demjenigen zwischen dem SFV und den in der SFL eingesetzten Spieloffiziellen vor allem in zweierlei Hinsicht. Einerseits ist die Anzahl Einsätze pro Saison in

---

<sup>749</sup> KELLER/KREN KOSTKIEWICZ, Art. 117 IPRG N 57 m.w.H.; AMSTUTZ/WANG, Art. 117 IPRG N 15 m.w.H.

<sup>750</sup> Gemäss dem FIFA-Reglement bezüglich der Aufnahme von Schiedsrichtern, Schiedsrichterassistenten, Futsal-Schiedsrichtern und Beach-Soccer-Schiedsrichtern in die internationalen Listen (abgedruckt in Refereeing, International Lists 2016, hrsg. von der FIFA, S. 243 ff.) ist es nicht notwendig, dass die von einem Nationalverband für die Aufnahme auf die FIFA-Liste vorgeschlagenen Spieloffiziellen über Staatsbürgerschaft ihres Nationalverbands verfügen (vgl. Art. 4). Sie müssen lediglich seit mindestens zwei Jahren regelmässig in der höchsten Liga ihres Nationalverbands zum Einsatz gekommen sein (vgl. Art. 4 Ziff. 5).

<sup>751</sup> Siehe hierzu hinten, S. 383 ff.

UEFA- und FIFA-Spielen regelmässig deutlich geringer als diejenige auf nationaler Ebene.<sup>752</sup> Andererseits erteilen sowohl die FIFA als auch die UEFA den Spieloffiziellen ausser denjenigen betreffend die unmittelbare Spielleitung selber sowie ihr Verhalten am Spielort im Gegensatz zum SFV praktisch keinerlei Weisungen. So auferlegen insbesondere weder UEFA noch FIFA den Spieloffiziellen derart weitreichende Nebenpflichten in Form von Weisungen betreffend Trainingsgestaltung oder Spielvor- bzw. -nachbereitung anhand von Videobildern. Vielmehr sind die Spieloffiziellen einzig verpflichtet, sich nach bestem Wissen und Gewissen physisch, technisch und psychisch auf ihren Einsatz vorzubereiten.<sup>753</sup> Weder die UEFA noch die FIFA veranstalten sodann irgendwelche theoretischen Prüfungen zum Regelwerk oder praktische Fitnesstests.<sup>754</sup> Voraussetzung für die Berücksichtigung bei der Spielbesetzung durch die UEFA oder die FIFA ist lediglich eine auf Vorschlag des jeweiligen Nationalverbands zu erfolgende Aufnahme auf die FIFA-Liste bzw. ein regelmässiger Einsatz in der höchsten nationalen Spielklasse.<sup>755</sup>

#### *b) Rechtliche Einordnung in zeitlicher Hinsicht*

Für TÄNNLER handelt es sich bei den zwischen der FIFA und den von ihr für die Leitung von FIFA-Spielen eingesetzten Spieloffiziellen bestehenden Rechtsverhältnissen im Gegensatz zu denjenigen zwischen den Nationalverbänden und

<sup>752</sup> Während ein FIFA-Schiedsrichter der UEFA-Elite-Kategorie in einer guten, sprich fehlerfreien Saison von der UEFA maximal für rund sechs bis acht Spiele aufgeboten wird, kann es durchaus sein, dass ein FIFA-Schiedsrichter der UEFA-Third-Kategorie pro Saison nur für ein Spiel von der UEFA berücksichtigt wird. Demgegenüber absolvieren die für die Super League qualifizierten Spieloffiziellen im Durchschnitt pro Saison rund 15 Meisterschaftsspiele in der SFL, dazu kommen zusätzliche Spiele im Schweizer Cup sowie zahlreiche Trainingsspiele (vgl. <<http://www.weltfussball.com/schiedsrichter/sui-super-league>>, besucht Ende Juli 2017).

<sup>753</sup> Vgl. Ziff. 4 Abs. 1 UEFA-Pflichtenheft.

<sup>754</sup> Hierzu gibt es jedoch Ausnahmen. So führt die UEFA jeweils vor Beginn der Gruppenspiele der Champions und Europa League mit den dort eingesetzten Schiedsrichtern der Elite- sowie First-Kategorie einen Fitnesstest durch. Diese Schiedsrichter haben zusätzlich vor Beginn der Rückrunde nochmals einen Fitnesstest bei der UEFA zu bestehen (vgl. <<http://de.uefa.org/protecting-the-game/refereeing/index.html>>, besucht Ende Juli 2017). Vor Endrundenturnieren der A-Nationalmannschaften (Europa- und Weltmeisterschaften) führen sowohl die UEFA als auch die FIFA jeweils eine Reihe von körperlichen und theoretischen Tests mit sämtlichen an diesen Turnieren allenfalls eingesetzten Spieloffiziellen durch, wobei diese Tests einerseits der Vorbereitung auf diese Turniere, andererseits auch der Selektion dienen (vgl. <<http://de.uefa.com/uefaeuro/news/newsid=2318952.html>>, besucht Ende Juli 2017).

<sup>755</sup> Vgl. Ziff. 4 Abs. 2 UEFA-Pflichtenheft.

den in nationalen Spielen eingesetzten Spieloffiziellen um einzelne, lediglich für die Leitung eines Spiels abgeschlossene Vertragsverhältnisse und nicht um Dauerschuldverhältnisse.<sup>756</sup> Er begründet dies damit, die Spieloffiziellen würden auf internationaler Ebene normalerweise spezifisch für die Leitung eines bestimmten Spiels aufgeboten.<sup>757</sup>

Obwohl diese Begründung nicht zu überzeugen vermag, ist im Ergebnis dieser Ansicht dennoch zuzustimmen. Nicht nur bei Spielen der FIFA oder der UEFA, sondern auch bei Spielen in der SFL werden die Spieloffiziellen spezifisch für die Leitung eines Spiels aufgeboten. Es ist in der Verantwortung des Chefs des Ressorts Spitzenschiedsrichter, die nationalen Spiele in der Schweiz mit dem für das jeweilige Spiel am besten geeignetsten Spieloffiziellen zu besetzen.<sup>758</sup> Der Unterschied besteht jedoch vielmehr wie bereits erwähnt in der Regelmässigkeit, mit welcher die Spieloffiziellen mit der Leitung von Spielen der FIFA bzw. der UEFA oder eben in der SFL betraut werden. Während auf nationaler Ebene regelmässig mit einem relativ kleinen Kader an Spieloffiziellen eine ganze Saison mit einer pro Zeitperiode mehr oder weniger regelmässigen Anzahl an Spielen bestritten werden muss, sind die internationalen Wettbewerbe insbesondere der UEFA vor allem während der Qualifikationsphase im Sommer sowie der entscheidenden Phase in der zweiten Saisonhälfte durch das Knock-out-Prinzip geprägt, bei welchem pro Runde jeweils die Hälfte der Mannschaften ausscheidet und sich damit die Anzahl der Spiele grundsätzlich ebenfalls pro Runde um die Hälfte reduziert.<sup>759</sup> Dieser überschaubaren Anzahl von Spielen steht eine grosse Anzahl von hierfür qualifizierten Spieloffiziellen gegenüber, womit die Spieloffiziellen bereits aufgrund der mathematischen Wahrscheinlichkeit im Gegensatz beispielsweise zum Meisterschaftsbetrieb in der SFL nicht davon ausgehen dürfen, für eine bestimmte Anzahl von Spielen oder in einem bestimmten zeitlichen Rhythmus für internationale Wettbewerbsspiele der UEFA oder der FIFA eingesetzt zu werden.<sup>760</sup> Entsprechend ist denn auch seitens der internationalen Verbände kein entsprechender Parteiwille zum Abschluss von Dauerschuldverträgen mit den Spieloffiziellen ersichtlich. Dies gilt neben der FIFA ganz besonders auch für die UEFA, hat doch deren Schiedsrichterkommission in den vergangenen Saisons das Knock-out-Prinzip zunehmend auch bei den Spielbesetzungen dahin gehend eingeführt, als die Spieloffiziellen in einer Saison so lange für UEFA-Spiele eingesetzt werden, wie sie gute bis sehr gute Leistungen erbringen bzw. ab dem Moment, in welchem ihre Leistungen nicht mehr als gut bewertet werden für den Rest der Saison nicht mehr bei der Spielbesetzung berücksichtigt werden.

<sup>756</sup> TÄNNLER, Schiedsrichter, S. 18.

<sup>757</sup> TÄNNLER, Schiedsrichter, S. 18.

<sup>758</sup> Vgl. Ziff. 9.4. Geschäftsreglement SK-SFV.

<sup>759</sup> Vgl. Art. 18 Reglement UEFA CL sowie Art. 17 Reglement der UEFA EL.

<sup>760</sup> Vgl. hierzu auch Ziff. 1 Abs. 2 UEFA-Pflichtenheft.



Entscheidend für Einordnung der zwischen den internationalen Verbänden und den von diesen eingesetzten Spieloffiziellen als einzelne, lediglich für die Leitung eines einzelnen Spiels abgeschlossene Vertragsverhältnisse ist jedoch der Umstand, dass es im Unterschied zur Rechtslage auf nationaler Ebene in der Schweiz zwischen den internationalen Verbänden und den Spieloffiziellen an einem Rahmenvertrag fehlt, auf dessen Basis zwischen den Parteien allenfalls ein Dauerschuldverhältnis abgeschlossen werden könnte. Zudem fehlt im Gegensatz zu den auf nationaler Ebene ein Dauerschuldverhältnis begründenden SFL-Anstellungsbedingungen auf internationaler Ebene eine reglementarische Grundlage, welche auf das Vorliegen eines Dauerschuldverhältnisses schliessen lassen würde.

Im Ergebnis ist somit der in der Lehre geäusserten Ansicht zuzustimmen, wonach es sich bei der Rechtsbeziehung zwischen der FIFA (und im Übrigen auch der UEFA) und den von ihr bei ihren Wettbewerben eingesetzten Spieloffiziellen um einzelne, auf die Leitung eines bestimmten Spiels beschränkte Vertragsverhältnisse und nicht um Dauerschuldverhältnisse handelt. Etwas anderes gilt lediglich dann, wenn die FIFA oder die UEFA Spieloffizielle für die Leitung von Spielen eines ganzen Turniers aufbietet.<sup>761</sup> Auch in diesem Fall endet jedoch das Vertragsverhältnis mit dem Ende des entsprechenden Turniers bzw. demjenigen Zeitpunkt, in welchem für die jeweiligen Spieloffiziellen das Turnier beendet ist. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass die Beantwortung der Frage, ob es sich beim fraglichen Rechtsverhältnis um ein Dauerschuldverhältnis oder um einzelne, lediglich jeweils eine einzige Spielleitung umfassende Rechtsverhältnisse handelt, für sich alleine noch nicht die Antwort, wohl aber ein Indiz zur rechtlichen Qualifikation dieses Rechtsverhältnisses liefert. So kann sich ein Auftragsverhältnis ohne Weiteres über eine gewisse Zeit erstrecken, während ein Arbeitsverhältnis sich ebenso gut auf eine einmalige oder mehrere, voneinander abgegrenzte Arbeitsleistungen beschränken kann.<sup>762</sup>

### c) *Vorliegen eines Subordinationsverhältnisses?*

Das entscheidende Unterscheidungskriterium zwischen Auftrag und Arbeitsvertrag stellt vielmehr das Mass der rechtlichen Unterordnung oder mit anderen Worten die Frage, ob zwischen den Parteien ein Subordinationsverhältnis vorliegt oder nicht, dar. Als eines von mehreren Indizien für das Vorliegen eines Subordinationsverhältnisses wird in Lehre und Rechtsprechung regelmässig das Vorliegen einer zeitlich langen Dauer der Tätigkeit genannt.<sup>763</sup> So hat beispielsweise das Bundesgericht entschieden, das Vorliegen einer annähernd einjährigen

---

<sup>761</sup> TÄNNLER, Schiedsrichter, S. 18.

<sup>762</sup> VISCHER/MÜLLER, § 5 N 23 m.w.H.; a.M. wohl TERCIER/BIERI/CARRON, Nr. 4332.

<sup>763</sup> STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 319 OR N 6 m.w.H.; STAEHELIN, Art. 319 OR N 33 m.w.H.; VISCHER/MÜLLER, § 5 N 20; TERCIER/BIERI/CARRON, Nr. 4332.

Tätigkeit lasse auf ein Arbeitsverhältnis im Sinne von Art. 319 ff. OR schliessen.<sup>764</sup> Allgemein lässt das Vorliegen eines Dauerschuldverhältnisses eher auf einen Arbeitsvertrag schliessen, da gerade bei ihm das Zeitmoment als wesentliches Begriffsmerkmal hervorgehoben wird.<sup>765</sup> Umgekehrt kann eine Beschränkung der Arbeitspflicht auf eine konkrete Arbeitsleistung und demgemäss auf kürzere Zeit als Indiz gewertet werden, dass eine Eingliederung in die Arbeitsorganisation des Auftraggebers nicht beabsichtigt war.<sup>766</sup>

Im Fall des zwischen der FIFA oder der UEFA sowie den von ihr für die Spielleitung eingesetzten Spieloffiziellen bestehenden Rechtsverhältnisses beschränkt sich dieses jeweils grundsätzlich wie bereits erwähnt<sup>767</sup> auf die Leitung eines einzigen Spiels. In zeitlicher Hinsicht ist dieses Rechtsverhältnis somit stets beschränkt, in aller Regel auf drei Tage.<sup>768</sup> Dies im Gegensatz zum auf nationaler Ebene zwischen dem SFV und den von diesem im Nichtamateurfussball eingesetzten Spieloffiziellen bestehenden Rechtsverhältnis, welches in Form eines Dauerschuldverhältnisses ausgestaltet ist.<sup>769</sup> Dies sowie der Umstand, dass im Gegensatz zur Rechtslage auf nationaler Ebene auf internationaler Ebene kein Rahmenvertrag existiert,<sup>770</sup> kann bereits als starkes Indiz gedeutet werden, dass eine Eingliederung der Spieloffiziellen in die Arbeitsorganisation der FIFA und der UEFA nicht beabsichtigt ist und somit kein Subordinationsverhältnis vorliegt. Hierfür spricht insbesondere die bereits erwähnte Tatsache,<sup>771</sup> dass sowohl FIFA als auch UEFA den Spieloffiziellen ausser betreffend die unmittelbare Spielleitung selber sowie ihr Verhalten am Spielort praktisch keinerlei Weisungen erteilen, insbesondere nicht zur Trainingsgestaltung sowie zur Spielvor- und -nachbereitung. Dies führt denn auch dazu, dass die Spieloffiziellen in ihrer Gestaltung der Vorbereitung für das von ihnen zu leitende Spiel in zeitlicher Hinsicht völlig frei sind. Schliesslich sei an dieser Stelle noch erwähnt, dass im Gegensatz zur Tätigkeit als Spieloffizieller in Spielen der SFL bei denjenigen für die UEFA und erst recht bei denjenigen für die FIFA nicht vom Bestehen einer wirtschaftlichen Abhängigkeit ausgegangen werden kann. Dies einerseits aufgrund der deutlich geringeren Anzahl von Spielen, andererseits aufgrund des

---

<sup>764</sup> BGer vom 24. Februar 1997, E. 2c, in: JAR 1998, S. 104 ff., übersetzt in: Pra 1997, Nr. 172.

<sup>765</sup> Urteil des Kantonsgerichts Basel-Landschaft vom 8. Oktober 2002, E. 4a, in: JAR 2003, S. 145 ff.

<sup>766</sup> REHBINDER/STÖCKLI, Art. 319 OR N 50 m.w.H.

<sup>767</sup> Siehe vorne, S. 135 f.

<sup>768</sup> Siehe vorne, S. 86.

<sup>769</sup> Siehe vorne, S. 121.

<sup>770</sup> Siehe vorne, S. 95.

<sup>771</sup> Siehe vorne, S. 134.

gänzlichen Fehlens einer festen, von der Anzahl der geleiteten Spiele unabhängigen Entschädigung.<sup>772</sup>

#### d) Zusammenfassung

Aufgrund dieser Umstände und Indizien liegt nach der hier vertretenen Ansicht bei den zwischen der UEFA bzw. der FIFA und den durch diese mit der Leitung ihrer Wettbewerbsspiele eingesetzten Spieloffiziellen bestehenden Rechtsverhältnissen kein rechtliches Unterordnungsverhältnis in persönlicher, zeitlicher und organisatorischer Hinsicht vor, dessen Mass über das beschränkte Weisungsrecht des Auftraggebers hinausgehen würde. Sofern auf diese Rechtsverhältnisse schweizerisches Recht anwendbar ist,<sup>773</sup> sind sie folglich als Auftragsverhältnisse im Sinne von Art. 394 ff. OR zu qualifizieren.

### 3. Nationale Wettbewerbsspiele sowie internationale Trainingsländerspiele ausserhalb der Schweiz

Der SFV bzw. dessen Schiedsrichterkommission erhält regelmässig Anfragen von anderen Nationalverbänden, in welchen Letztere den SFV um die Entsendung von Spieloffiziellen für die Leitung von speziellen Spielen in deren Meisterschaft oder Cup ersuchen. Daneben werden auch die internationalen Trainingsspiele der A-Nationalmannschaften auf diese Weise mit Spieloffiziellen besetzt. In diesen Fällen schliessen die Spieloffiziellen weder mit dem SFV noch der FIFA oder der UEFA einen Vertrag ab.<sup>774</sup> Ein solcher kommt vielmehr direkt zwischen dem betreffenden ausländischen Verband und den jeweiligen Spieloffiziellen zustande. Dem SFV bzw. dessen Schiedsrichterkommission kommt in diesem Zusammenhang lediglich eine Auswahl- und Vermittlerfunktion zu. Indem der SFV die für eine solche Spielanfrage infrage kommenden Spieloffiziellen aufbietet,<sup>775</sup> wählt er diese einerseits aus und vermittelt sie andererseits an den entsprechenden ausländischen Nationalverband, welcher in der Folge mit diesen Spieloffiziellen direkt oder allenfalls via den SFV die Details der An- und Rückreise sowie der Entschädigung regelt. Bereits aufgrund der fehlenden Entgeltlichkeit scheidet in diesen Fällen das Vorliegen eines Makler-

---

<sup>772</sup> Siehe vorne, S. 133.

<sup>773</sup> Was generell bei Spielen der UEFA, bei Spielen der FIFA jedoch bloss beim Einsatz Schweizer Spieloffizieller der Fall sein dürfte (vgl. hierzu vorne, S. 130 ff. sowie ohne Begründung auch TÄNNLER, Schiedsrichter, S. 17 f.).

<sup>774</sup> Anders jedoch beim zwischen der SFL und der österreichischen Bundesliga bestehenden, regelmässigen Austausch von Spieloffiziellen, auf welchen der zwischen dem SFV und den in der SFL eingesetzten Spieloffiziellen bestehende Arbeitsvertrag explizit Anwendung (vgl. Einleitung SFL-Anstellungsbedingungen) findet.

<sup>775</sup> Vgl. Ziff. 9.4. Geschäftsreglement SK-SFV.

oder Agenturvertrags<sup>776</sup> zwischen dem SFV und den Spieloffiziellen ebenso wie ein Vermittlungsvertrag<sup>777</sup> im Sinne von Art. 8 AVG aus.

Einem solchen zwischen einem ausländischen Nationalverband und schweizerischen Spieloffiziellen abgeschlossenen Vertrag liegt regelmässig ein internationales Verhältnis zugrunde, weshalb das anzuwendende Recht aus den Kollisionsregeln<sup>778</sup> des IPRG ermittelt werden muss.<sup>779</sup> Da das IPRG für Arbeitsverträge eine von den allgemeinen Kollisionsregeln abweichende Spezialregelung<sup>780</sup> getroffen hat, ist zunächst die Frage zu klären, ob es sich beim zu beurteilenden Vertragsverhältnis um ein Arbeitsverhältnis handelt. Die zwischen einem ausländischen Nationalverband und schweizerischen Spieloffiziellen abgeschlossenen Verträge unterscheiden sich in aller Regel von einem solchen zwischen der FIFA bzw. der UEFA und den von diesen mit einer Spielleitung beauftragten Spieloffiziellen nur marginal.<sup>781</sup> In aller Regel dürfte es sich deshalb auch bei einem zwischen einem ausländischen Nationalverband und schweizerischen Spieloffiziellen abgeschlossenen Vertrag um ein Auftragsverhältnis und nicht um einen Arbeitsvertrag handeln. Aus den Kollisionsregeln des IPRG ergibt sich diesfalls die Anwendbarkeit von schweizerischem Recht.<sup>782</sup>

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass auf einen zwischen einem ausländischen Nationalverband und schweizerischen Spieloffiziellen hinsichtlich der Leitung eines nationalen Wettbewerbs- oder internationalen Trainingsländerspiels abgeschlossenen Vertrag regelmässig schweizerisches Auftragsrecht anwendbar sein dürfte. Dabei handelt es sich regelmässig um einen lediglich für die Leitung einer begrenzten Anzahl von Spielen (in aller Regel sogar um ein einziges Spiel) abgeschlossenen und damit befristeten Vertrag.

---

<sup>776</sup> Vgl. Art. 412 Abs. 1 sowie Art. 418g Abs. 1 OR.

<sup>777</sup> Daneben hat das Ziel einer Vermittlungstätigkeit im Sinne des AVG stets der Abschluss eines Arbeitsvertrages im Sinne von Art. 319 ff. OR zu sein (REHBINDER, S. 25). Ein solcher wird im vorliegenden Fall jedoch gerade nicht abgeschlossen.

<sup>778</sup> Art. 117 ff. IPRG.

<sup>779</sup> Art. 1 Abs. 1 lit. b IPRG. Ein schriftlicher Vertrag liegt in solchen Fällen regelmässig ebenso wenig vor wie eine zwischen den Parteien im Sinne von Art. 116 IPRG getroffene Rechtswahl.

<sup>780</sup> Vgl. Art. 121 IPRG.

<sup>781</sup> Insbesondere vergleichbar sind die beiden Rechtsverhältnisse in Bezug auf die vertraglichen Nebenpflichten der Spieloffiziellen in Form von Weisungen des jeweiligen Verbands, wobei diese im Falle einer für einen ausländischen Nationalverband vorgenommenen Spielleitung meist noch in einem im Vergleich zur FIFA und zur UEFA geringeren Ausmass bestehen.

<sup>782</sup> Art. 117 IPRG.

## 4. Zusammenfassung

Auf nationaler Ebene in der Schweiz ist das zwischen dem SFV und den von diesem bei Meisterschaftsspielen der SFL, mithin also im Nichtamateurfussball eingesetzten Spieloffiziellen bestehende Rechtsverhältnis als unbefristetes Arbeitsverhältnis zu qualifizieren, welches mit dem erstmaligen Einsatz eines Spieloffiziellen in der SFL beginnt und bis zu dessen Rückqualifikation aus der SFL bzw. einem Rücktritt des Spieloffiziellen dauert. Dasselbe Arbeitsverhältnis umfasst sodann regelmässig auch Spielleitungen im Rahmen des Schweizer Cups sowie Trainingsspiele innerhalb der Schweiz.

Soweit Spieloffizielle mit Wohnsitz in der Schweiz von den internationalen Verbänden FIFA und UEFA für die Leitung von Spielen in deren Wettbewerben eingesetzt werden, sind diese Rechtsverhältnisse regelmässig als entgeltliche einfache Auftragsverhältnisse einzuordnen. In zeitlicher Hinsicht sind diese Vertragsverhältnisse regelmässig für eine beschränkte Dauer eines einzigen Spiels oder Turniers abgeschlossen und enden mit der Rückkehr der Spieloffiziellen nach vorgenommener Spielleitung an ihren Wohnort.

Soweit der SFV auf Anfragen anderer Nationalverbände Schweizer Spieloffizielle für internationale Trainingsländerspiele oder nationale Wettbewerbsspiele diesen Nationalverbänden vermittelt, bestehen regelmässig lediglich zwischen dem jeweiligen Nationalverband und den vermittelten Spieloffiziellen Vertragsverhältnisse. Hierbei wird es sich in aller Regel ebenfalls um entgeltliche einfache Auftragsverhältnisse handeln. Ein Vertrag zwischen den vermittelten Spieloffiziellen und dem SFV kommt demgegenüber regelmässig nicht zustande. Auch zwischen dem SFV und den durch diesen ausschliesslich im Amateurfussball eingesetzten Spieloffiziellen kommt sodann regelmässig ein Auftragsverhältnis zustande. In beiden Fällen ist dieses in zeitlicher Hinsicht von begrenzter Dauer und endet mit der erbrachten Spielleitung bzw. der Rückkehr der Spieloffiziellen an deren Wohnort.

## **VIII. Ausgewählte rechtliche Konsequenzen dieses im nationalen Spitzenfussball bestehenden Arbeitsverhältnisses**

Nachdem nun festgestellt wurde, dass es sich beim zwischen dem SFV sowie den Spieloffiziellen im nationalen Nichtamateurfussball bestehenden Vertragsverhältnis um ein Arbeitsverhältnis handelt, sollen nun nachfolgend einige spezifische, sich aus dieser Einordnung ergebende Rechtsfolgen aufgezeigt werden. Dabei wird der Fokus nicht auf eine vollständige Abhandlung der sich gesetzlich hieraus ergebenden gegenseitigen Haupt- und Nebenpflichten gelegt,<sup>783</sup> vielmehr soll eine Auswahl einzelner praktisch relevanter und rechtlich interessanter spezifischer Konsequenzen genannt und diskutiert werden, ohne dem Anspruch auf Vollständigkeit genügen zu wollen.<sup>784</sup>

### **1. Lohnfortzahlungspflicht des Verbands bei Wettkampfsperren**

#### **A) Grundsatz: ohne Arbeit kein Lohn**

Grundsätzlich entfällt die Lohnzahlungspflicht des Arbeitgebers nach dem sich letztlich aus Art. 319 Abs. 2 OR ergebenden Grundsatz *ohne Arbeit kein Lohn*, wenn der Arbeitnehmer an der Arbeitsleistung verhindert ist.<sup>785</sup> Dabei ist jedoch zu unterscheiden, ob den Arbeitnehmer an der Verhinderung ein Verschulden trifft oder nicht. Sofern er seiner Arbeitspflicht schuldhafterweise nicht nachkommt, finden die allgemeinen Regeln über die vertragliche Nichterfüllung<sup>786</sup> Anwendung und eine Lohnfortzahlungspflicht des Arbeitgebers besteht zufolge des vorerwähnten Grundsatzes nicht. Falls jedoch der Arbeitnehmer unverschuldeterweise an der Arbeitsleistung verhindert ist, besteht im Rahmen von Art. 324a OR eine Lohnfortzahlungspflicht des Arbeitgebers.<sup>787</sup>

---

<sup>783</sup> Solche finden sich beispielsweise bei GEISER/MÜLLER, Nr. 372 ff.; PORTMANN/STÖCKLI, Nr. 405 ff.; WYLER/HEINZER, S. 133 ff. oder spezifisch für den Sportler als Arbeitnehmer bei REISSNER, S. 18 ff.; WÜTERICH/BREUCKER, S. 137 ff.; RÜSING, S. 31 ff.

<sup>784</sup> Für die Konsequenzen im deutschen Recht vgl. BUHL, S. 380 ff. sowie KÖHLER, Sportschiedsrichter, S. 6 f.

<sup>785</sup> Vgl. anstelle vieler GEISER/MÜLLER, Nr. 420.

<sup>786</sup> Vgl. Art. 97 ff. OR.

<sup>787</sup> VISCHER/MÜLLER, § 12 N 4 ff. m.w.H.

## **B) Unzulässigkeit der Einschränkung der Lohnfortzahlungspflicht auf krankheits- und unfallbedingte Einsatzunfähigkeit**

Gemäss Ziff. 2.6.3 Abs. 1 SFL-Anstellungsbedingungen werden bei krankheits- und unfallbedingter Einsatzunfähigkeit Lohnfortzahlungen geleistet. In Abs. 2 dieser Bestimmung wird präzisierend festgehalten, dass eine Lohnfortzahlung lediglich bei Vorliegen eines Arztzeugnisses gewährt werden könne. Mit dieser Bestimmung wird offensichtlich der Anwendungsbereich der gesetzlichen Regelung von Art. 324a OR eingeschränkt, gemäss welcher nicht nur bei Krankheit und Unfall, sondern aus sämtlichen in der Person des Arbeitnehmers liegenden und diesen unverschuldet an der Arbeitsleistung hindernden Gründen der Arbeitgeber zur Lohnfortzahlung verpflichtet ist. Da es sich bei der Regelung von Art. 324a OR um eine relativ zwingende Bestimmung handelt,<sup>788</sup> ist die durch den SFV in den SFL-Anstellungsbedingungen statuierte Beschränkung der Lohnfortzahlungspflicht auf krankheits- und unfallbedingte Einsatzunfähigkeit gesetzeswidrig und deshalb unbeachtlich.

## **C) Arten von Wettkampfsperren**

Auch die mit dem SFV in einem Arbeitsverhältnis stehenden Spieloffiziellen haben somit in sämtlichen von Art. 324a OR erfassten Fällen Anspruch auf Lohnfortzahlung durch die Arbeitgeberin. Der in der Praxis neben Verletzungen und Krankheiten zweifellos häufigste Grund einer Arbeitsverhinderung von Spieloffiziellen dürfte in einer vom SFV ausgesprochenen Wettkampfsperre liegen. Begrifflich ist unter einer Wettkampfsperre ein seitens des Verbands ausgesprochenes Einsatzverbot zu verstehen.<sup>789</sup> Dogmatisch werden Wettkampfsperren in der Literatur unterschiedlich eingeordnet.<sup>790</sup> So werden sie unter anderem als Vertragsstrafen oder Betriebsbussen gegenüber Sportlern,<sup>791</sup> als kombinierte Sanktionen gegen Sportler und deren Clubs<sup>792</sup> oder als Vereinsausschlüsse auf Zeit vergleichbar einem Lizenzentzug<sup>793</sup> qualifiziert.

Zu unterscheiden ist an dieser Stelle zwischen disziplinarischen und nicht disziplinarischen Wettkampfsperren. Die Schiedsrichterkommission des SFV verfügt gemäss Art. 82 Abs. 4 SFV-Statuten im Falle von Pflichtverletzungen von Spieloffiziellen über die Kompetenz, als Disziplinarmassnahme eine Funktionsperre für eine bestimmte Anzahl Spiele oder eine bestimmte bzw. gar unbe-

---

<sup>788</sup> Vgl. Art. 362 Abs. 1 OR.

<sup>789</sup> Weiterführend zum Begriff der Sperre KLEINER, Fn. 506.

<sup>790</sup> Weiterführend hierzu STEINER, sanctions, S. 97 ff.

<sup>791</sup> BUCHNER, S. 11; FÜLLGRAF, S. 73 f.

<sup>792</sup> KLEINER, Fn. 506.

<sup>793</sup> FUCHS, S. 54.

stimmte Zeit auszusprechen.<sup>794</sup> Neben der Schiedsrichterkommission können auch die Abteilungen des SFV bzw. die Regionalverbände die in ihrem Spielbetrieb tätigen Spieloffiziellen bei Pflichtverletzungen disziplinarisch bestrafen.<sup>795</sup> Weit häufiger als diese disziplinarischen Wettkampfsperren kommen in der Praxis jedoch die nicht disziplinarischen Wettkampfsperren vor. Bei diesen handelt es sich denn auch nicht um Disziplinar massnahmen im Sinne der SFV-Statuten, sondern vielmehr um (teilweise kurzfristige) Anpassungen im Angebot der Spieloffiziellen durch den SFV bzw. dessen Schiedsrichterkommission. Dadurch werden Spieloffizielle, welche aufgrund eines in der Regel spielentscheidenden Fehlentscheides medial kritisiert werden, unter Umständen während einer gewissen Zeit (in der Regel während zwei bis drei Wochen) vorübergehend nicht mehr bei Spielen der Super League oder teilweise der gesamten SFL eingesetzt. Denkbar sind solche nicht disziplinarischen Wettkampfsperren auch für den Fall, dass ein Spieloffizieller einen theoretischen oder praktischen Leistungstest nicht besteht.<sup>796</sup> Da sich die Entlöhnung der Spieloffiziellen primär in Abhängigkeit der geleisteten Einsätze sowie abgestuft nach Kategorie dieser Spiele errechnet, versteht sich von selbst, dass ein Spieloffizieller, welcher aufgrund einer ihm auferlegten Wettkampfsperre während einer gewissen Zeit nur noch für die Leitung von Spielen einer tieferen Liga oder gar nicht mehr eingesetzt wird, entsprechend eine Einkommenseinbusse erleidet. Zu klären ist vorliegend deshalb die Frage, ob der SFV als Arbeitgeber in einem solchen Fall diese Lohn einbusse auch im Rahmen ihrer Lohnfortzahlungspflicht von Art. 324a OR zu kompensieren hat.

## **D) Grund der Arbeitsverhinderung in der Person des Arbeitnehmers**

Die Verhinderung der Arbeitsausübung des Arbeitnehmers muss auf Gründen beruhen, welche in seiner Person liegen. Der Verhinderungsgrund hat folglich ein subjektiver zu sein.<sup>797</sup> Obwohl das Gesetz in Art. 324a Abs. 1 OR als solche Gründe lediglich Krankheit, Unfall, Schwangerschaft, Erfüllung gesetzlicher Pflichten und die Ausübung eines öffentlichen Amtes beispielhaft auführt, be-

<sup>794</sup> So wurde beispielsweise der heutige Chef der FIFA-Schiedsrichterabteilung, Massimo Busacca im Herbst 2009 für drei Spiele gesperrt, nachdem er anlässlich eines Cupspiels ihn beleidigenden Zuschauern den ausgestreckten Mittelfinger gezeigt hatte (vgl. <<http://www.nzz.ch/busacca-sperre-sfv-1.3623529>>, besucht Ende Juli 2017).

<sup>795</sup> Vgl. Art. 82 Abs. 4. SFV-Statuten. Im Falle der SFL liegt die sachliche Zuständigkeit hierfür gemäss Art. 6 Abs. 1 SFL-Disziplinarreglement bei der Disziplinar-kommission.

<sup>796</sup> Vgl. Ziff. 28 SSAR.

<sup>797</sup> WÜTERICH/BREUCKER, Nr. 231; GEISER/MÜLLER, Nr. 428; STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 324a/b OR N 6.



steht die Lohnfortzahlungspflicht für alle Fälle der Verhinderung aus in der Person des Arbeitnehmers liegenden subjektiven Gründen.<sup>798</sup> Eine persönliche Wettkampfsperre eines Spielloffiziellen, sei diese nun disziplinarisch oder nicht disziplinarisch, stellt zweifellos einen solchen subjektiven Verhinderungsgrund im Sinne von Art. 324a Abs. 1 OR dar. Daran vermag auch der Umstand nichts zu ändern, dass eine solche Wettkampfsperre durch den SFV und somit letztlich durch den Arbeitgeber selber ausgesprochen wurde, stehen doch verbandsrechtliche und arbeitsvertragliche Rechtsbeziehungen trotz gegenseitiger Wechselwirkungen grundsätzlich unabhängig nebeneinander.<sup>799</sup> Zwar führen auch die Spielloffiziellen wie die Spieler ihre Tätigkeit unter dem Regime des Verbandsrechts aus. Im Falle einer disziplinarischen Wettkampfsperre ist den betroffenen Spielloffiziellen die Leitung von Pflichtspielen untersagt. Diese verbandsrechtliche Disziplinar massnahme hat jedoch keinen direkten Einfluss auf die arbeitsvertragliche Beziehung zwischen den Parteien und zieht somit auch nicht zwangsläufig den Verlust des Lohnanspruchs nach sich.<sup>800</sup>

## E) Fehlendes Arbeitnehmersverschulden?

### a) Im Allgemeinen

Fraglich ist vielmehr, ob eine solche subjektive Arbeitsverhinderung im Falle einer Wettkampfsperre beim Arbeitnehmer tatsächlich unverschuldet vorliegt, wie dies die gesetzliche Regelung von Art. 324a Abs. 1 OR verlangt. Lehre und Rechtsprechung stellen an diesen Verschuldensbegriff geringere Anforderungen als im allgemeinen Zivilrecht.<sup>801</sup> Jedenfalls soll der Arbeitnehmer seinen Lohnfortzahlungsanspruch nicht schon dann verlieren, wenn er die Folgen seines Verhaltens bei gehöriger Sorgfalt hätte voraussehen können. Ein Verschulden des Arbeitnehmers im Sinne von Art. 324a Abs. 1 OR und somit ein Wegfall des Lohnfortzahlungsanspruchs soll mithin nur im Falle eines offensichtlichen Fehlverhaltens,<sup>802</sup> also bei grober Fahrlässigkeit<sup>803</sup> und Vorsatz, möglich sein.<sup>804</sup>

<sup>798</sup> GEISER/MÜLLER, Nr. 428; STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 324a/b OR N 6.

<sup>799</sup> WÜTERICH/BREUCKER, Nr. 234 m.w.H.

<sup>800</sup> WÜTERICH/BREUCKER, Nr. 234 m.w.H.

<sup>801</sup> VISCHER/MÜLLER, § 12 N 15; GEISER/MÜLLER, Nr. 433.

<sup>802</sup> REHBINDER/StÖCKLI, Art. 324a OR N 16 m.w.H.; STAEHELIN, Art. 324a OR N 24 m.w.H.

<sup>803</sup> A.M. WYLER/HEINZER, S. 225, wonach bei grober Fahrlässigkeit nicht zwingend ein gänzlicher Wegfall, sondern allenfalls auch eine blosser Reduktion des Lohnfortzahlungsanspruchs möglich sein soll. Nach STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 324a/b OR N 29 m.w.H., fällt der Lohnfortzahlungsanspruch bei grober Fahrlässigkeit nie weg, sondern ist regelmässig bloss zu kürzen; gl.M. auch STAEHELIN, Art. 324a OR N 29.

<sup>804</sup> VISCHER/MÜLLER, § 12 N 15.

*b) Bei nicht disziplinarischen Wettkampfsperren im Speziellen*

Aufgrund dieses sehr hoch angelegten Verschuldensmassstabs sind in der Praxis kaum Fälle denkbar, in welchen bei einer ausgesprochenen nicht disziplinarischen Wettkampfsperre dem hiervon betroffenen Spieloffiziellen grobe Fahrlässigkeit oder gar vorsätzliches Verschulden nachgewiesen werden könnte. Es ist nicht davon auszugehen, dass es ein in der SFL und somit im nationalen Spitzenfussball eingesetzter Spieloffizieller geradezu darauf anlegen würde, einen theoretischen oder praktischen Leistungstest vorsätzlich nicht zu bestehen oder sich derart schlecht auf einen solchen Leistungstest vorzubereiten, dass man ihm bei Nichtbestehen den Vorwurf einer grobfahrlässigen Vorgehensweise machen könnte.<sup>805</sup> Ebenso wenig kann generell davon ausgegangen werden, dass ein Spieloffizieller, welcher in einem live am Fernsehen ausgestrahlten Super-League-Spiel eine spielentscheidende Fehlentscheidung getroffen hat und aufgrund dessen allenfalls an den kommenden beiden Spieltagen mit keiner Spielleitung in der höchsten Liga betraut wird, diesen Fehlentscheid grobfahrlässig oder gar vorsätzlich getroffen hat.<sup>806</sup> Aufgrund dessen ist regelmässig davon auszugehen, dass einer durch den SFV gegenüber einem Spieloffiziellen ausgesprochenen nicht disziplinarischen Wettkampfsperre kein Verschulden des Arbeitnehmers im Sinne von Art. 324a Abs. 1 OR zugrunde liegen wird und folglich der betroffene Spieloffizielle bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen in solchen Fällen einen Anspruch auf Lohnfortzahlung gegenüber dem SFV hat.

*c) Bei disziplinarischen Wettkampfsperren im Besonderen*

Etwas anders dürfte sich die Rechtslage indes regelmässig im Falle von disziplinarischen Wettkampfsperren darstellen. Hier wird man nicht umhinkommen, im Einzelfall zu prüfen, ob der Spieloffizielle die disziplinarische Wettkampfsperre schuldhaft, also grobfahrlässig oder vorsätzlich verursacht hat oder nicht.<sup>807</sup>

Die sich in einem solchen Fall regelmässig stellende Frage wird jedoch diejenige nach der Verteilung der Beweislast sein. Ohne an dieser Stelle auf Details eingehen zu wollen, sei erwähnt, dass diese Frage in der Lehre heftig umstritten ist.<sup>808</sup> Nach hier vertreterner Ansicht ist das Fehlen eines Verschuldens im Rahmen von Art. 324a Abs. 1 OR eine anspruchsbegründende und somit gemäss der allgemeinen Regeln zur Verteilung der Beweislast von Art. 8 ZGB vom Arbeitnehmer zu beweisende Tatsache. Anders als beispielsweise in Art. 97 Abs. 1 OR

---

<sup>805</sup> Vgl. hierzu auch TÄNNLER, Schiedsrichter, S. 18.

<sup>806</sup> Vgl. jedoch zu den sich im Falle von solchen bewusst getroffenen Fehlentscheidungen ergebenden zivil- und strafrechtlichen Konsequenzen hinten, S. 193 ff.

<sup>807</sup> Vgl. WÜTERICH/BREUCKER, Nr. 235; REISSNER, S. 21 f.

<sup>808</sup> Vgl. anstelle vieler die ausführlichen Hinweise hierauf bei STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 324a/b OR N 29 in fine sowie REHBINDER/STÖCKLI, Art. 324a OR N 20.

enthält die Gesetzesbestimmung von Art. 324a Abs. 1 OR denn auch keine entsprechende Bestimmung, welcher eine vom Gesetzgeber vorgesehene anderweitige Beweislastverteilung entnommen werden könnte. Demgegenüber auferlegt das Bundesgericht soweit ersichtlich offenbar die Beweislast hinsichtlich des Verschuldens ebenfalls unter Bezugnahme auf Art. 8 ZGB, jedoch ohne weitere Begründung, dem Arbeitgeber.<sup>809</sup>

In der Praxis werden disziplinarische Wettkampfsperren durch den SFV gegenüber den in der SFL eingesetzten Spieloffiziellen hauptsächlich aus zweierlei Gründen ausgesprochen. Einerseits aufgrund von Verstössen gegen Ziff. 33 SSAR, wonach die Spieloffiziellen das Ansehen des Schiedsrichterwesens in der Öffentlichkeit durch vorbildliches Verhalten und Auftreten zu fördern haben,<sup>810</sup> andererseits aus der Verletzung der speziellen, für die SFL geltenden Anreisebestimmungen in zeitlicher Hinsicht. Für beide Fallgruppen ist das Vorliegen sowohl einer grobfahrlässigen oder gar vorsätzlichen als auch einer unverschuldeten, weil nur leichtfahrlässigen Begehungsweise durch den jeweiligen Spieloffiziellen möglich. Einzig bei einer disziplinarischen Wettkampfsperre aufgrund unsportlichen Verhaltens, insbesondere bei Verbalattacken oder unsportlichen Gesten gegenüber Spielern, Teamoffiziellen oder Zuschauern, dürfte stets ein Verschulden im Sinne von Art. 324a Abs. 1 OR und damit verbunden auch eine arbeitsvertragliche Pflichtverletzung vorliegen, welche eine Lohnfortzahlungspflicht des Arbeitgebers regelmässig ausschliessen würde.<sup>811</sup>

## **F) Teilweise Arbeitsverhinderung aufgrund nicht disziplinarischer Wettkampfsperren**

Wenn der Arbeitnehmer sämtliche Anspruchsvoraussetzungen von Art. 324a Abs. 1 OR erfüllt und somit gegenüber dem Arbeitgeber Anspruch auf Lohnfortzahlung hat, ist der Arbeitgeber verpflichtet, dem Arbeitnehmer für eine beschränkte Zeit «den darauf entfallenden Lohn»<sup>812</sup> zu entrichten. In denjenigen Fällen, in welchen ein Spieloffizieller aufgrund einer nicht disziplinarischen Wettkampfsperre anstatt in der höchsten Spielklasse während eines oder mehrerer Spieltage nur noch in der zweithöchsten Spielklasse eingesetzt wird,<sup>813</sup> ist dieser zwar nicht vollständig, jedoch immerhin teilweise an der Arbeitsleistung

<sup>809</sup> BGer 4C.75/2000 vom 16. August 2011, in: JAR 2002, S. 198 ff. (200 f.).

<sup>810</sup> Wobei vor dem Hintergrund des arbeitsrechtlichen Beschäftigungsanspruchs der Spieloffiziellen als Berufssportler überhaupt zweifelhaft erscheint, ob solche Sperren zufolge moralischen Fehlverhaltens überhaupt zulässig sind (vgl. ITTMANN, S. 77 m.w.H.).

<sup>811</sup> Vgl. WÜTERICH/BREUCKER, Nr. 236; SUTTER, S. 227; KIRSCHENHOFER, S. 85 f.

<sup>812</sup> Art. 324a Abs. 1 OR.

<sup>813</sup> Eine solche temporäre Rückstufung wird praktisch nur aufgrund von spielentscheidenden Fehlentscheidungen, welche überdies in den Medien grosse Beachtung gefunden haben, vorgenommen werden.

verhindert, indem er vorübergehend von Einsätzen in der höchsten Spielklasse ausgesperrt ist. Aufgrund der sich aus der Anzahl der geleisteten Einsätze sowie abgestuft nach Kategorie bzw. Liga dieser Einsätze errechneten Entlohnung der Spielloffiziellen sind solche Massnahmen regelmässig mit einer Einkommenseinbusse für den betroffenen Spielloffiziellen verbunden.

*a) Im Allgemeinen*

In der Literatur ist unbestritten, dass ein Arbeitnehmer auch bei reduzierter Arbeitsfähigkeit diese seinem Arbeitgeber anbieten muss. Ebenso unbestritten ist, dass der Arbeitgeber dem reduziert arbeitsfähigen Arbeitnehmer eine andere zumutbare Arbeit zuweisen kann, in diesem Falle jedoch zur vollen Lohnzahlung verpflichtet ist. Die Lohnfortzahlungspflicht des Arbeitgebers entfällt lediglich dann, wenn der Arbeitnehmer die zugewiesene Arbeit trotz Zumutbarkeit ablehnt.<sup>814</sup> Demgegenüber bleibt der Anspruch des Arbeitnehmers auf volle Lohnzahlung auch dann bestehen, wenn er mangels zugewiesener (zumutbarer) Arbeit durch den Arbeitgeber während seiner teilweisen Arbeitsverhinderung überhaupt nicht arbeitet.<sup>815</sup>

*b) Bei disziplinarischen Wettkampfsperren im Speziellen*

Wenn ein Spielloffizieller mit einer solchen nicht disziplinarischen Wettkampfsperre für die höchste Liga belegt und demzufolge für eine gewisse Zeit nur noch für Spielleitungen in der zweithöchsten Liga eingesetzt wird, handelt es sich dabei zweifellos um eine zumutbare Arbeit, wobei die Spielloffiziellen diese bereits aufgrund ihrer verbandsrechtlichen Verpflichtungen gegenüber dem SFV ohne Weiteres anzutreten und den entsprechenden Spielaufgeboten Folge zu leisten haben.<sup>816</sup> Somit steht fest, dass ein aufgrund einer nicht disziplinarischen Wettkampfsperre vorübergehend nicht mehr in der höchsten, sondern stattdessen in der zweithöchsten Liga eingesetzter Spielloffizieller Anspruch auf Fortzahlung des vollen Lohns bzw. Kompensation seiner ihm aufgrund dieser nicht disziplinarischen Wettkampfsperre verursachten Lohneinbusse hat.

*c) Berechnung des Lohnfortzahlungsanspruchs*

Zu klären bleibt letztlich noch, wie dieser volle Lohn bzw. die sich hieraus in diesem Fall ergebende Kompensationszahlung im Falle einer solchen teilweisen Arbeitsverhinderung in der Praxis zu berechnen ist. Grundsätzlich wäre es denkbar, einen aufgrund einer solchen teilweisen Arbeitsverhinderung temporär nur für Spielleitungen in der zweithöchsten Liga eingesetzten Spielloffiziellen hierfür mit dem Ansatz für Spielleitungen der höchsten Liga zu entschädigen.

---

<sup>814</sup> Vgl. anstelle vieler REHBINDER/STÖCKLI, Art. 324a OR N 12.

<sup>815</sup> WYLER/HEINZER, S. 224 m.w.H.; STAEHELIN, Art. 324a OR N 7.

<sup>816</sup> Ziff. 29 SSAR.

Diese Lösung wäre indes zum einen kaum sachgerecht, da auch ein für die höchste Liga qualifizierter Spieloffizieller selten ausschliesslich für Spielleitungen in der höchsten Liga, sondern teilweise auch in der zweithöchsten oder als vierter Offizieller eingesetzt wird. Es wäre deshalb nicht auszuschliessen, dass bei einer solchen Lösung der mit einer nicht disziplinarischen Wettkampfsperre belegte Spieloffizielle im Ergebnis einen höheren Lohn erzielen würde, als wenn er nicht gesperrt und normal im Meisterschaftsbetrieb eingesetzt worden wäre. Zudem enthalten die SFL-Anstellungsbedingungen bereits eine Regelung,<sup>817</sup> wie solche Lohnfortzahlungen zu berechnen sind. Demnach ergibt sich die Höhe der Lohnfortzahlung aufgrund des durchschnittlichen Tageseinkommens des vergangenen Kalenderjahres zuzüglich Pauschalspesen, wobei als Lohnfortzahlung pro Tag eine Entschädigung in Höhe von 120% dieses auf diese Weise errechneten Tageseinkommens ausbezahlt wird.<sup>818</sup> Diese Lösung erscheint nicht nur im Falle einer teilweisen, sondern auch bei einer vollständigen Arbeitsunfähigkeit sachgerecht. So erachtet es denn auch insbesondere das Bundesgericht als zweckmässig, zur Berechnung des Lohnfortzahlungsanspruchs bei variablem Lohn oder Akkordlohn auf den Durchschnitt des Verdienstes vor der Verhinderung abzustellen.<sup>819</sup> Die Vergleichsperiode hat dabei für das Vertragsverhältnis typisch zu sein und soll beispielsweise nicht bloss die Monate einer saisonalen Spitze erfassen.<sup>820</sup> In diesem Sinne erscheint die Wahl des Vorjahres als Vergleichsperiode insbesondere vor dem Hintergrund, dass gerade bei den teilweisen starken Einkommenschwankungen von Spielleitern zwischen Monaten, in welchen die Meisterschaft voll am Laufen ist, und solchen, in welchen bloss einige Trainingsspiele stattfinden, als sachgerecht und steht mit der vorerwähnten bundesgerichtlichen Rechtsprechung ohne Weiteres im Einklang.

Für die konkrete Berechnung des Lohnfortzahlungsanspruchs bei einer teilweisen Arbeitsverhinderung ist somit aufgrund des durchschnittlichen Tageseinkommens des Vorjahres zunächst zu ermitteln, wie hoch der theoretische Lohn des Spieloffiziellen ohne das Vorliegen der ausgesprochenen Wettkampfsperre gewesen wäre, wobei dieser Betrag noch um einen Fünftel zu erhöhen ist.<sup>821</sup> Hiervon ist sodann das effektive Einkommen für die Zeit der Dauer der Wettkampfsperre in Abzug zu bringen. Beim sich aus dieser Berechnung ergebenden Differenzbetrag handelt es sich sodann um den Differenzbetrag, welcher der

<sup>817</sup> Vgl. Ziff. 2.6.3 Abs. 3 f. SFL-Anstellungsbedingungen. Auch wenn diese Regelung wie vorstehend erwähnt lediglich für den in den SFL-Anstellungsbedingungen explizit erwähnten Fall der Lohnfortzahlung bei krankheits- oder unfallbedingter Einsatzunfähigkeit vorgesehen ist, muss diese auch auf den hier erörterten Fall einer teilweisen Arbeitsunfähigkeit entsprechend analog angewendet werden.

<sup>818</sup> Ziff. 2.6.3 Abs. 3 SFL-Anstellungsbedingungen.

<sup>819</sup> STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 324a/b OR N 9 m.w.H.

<sup>820</sup> STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 324a/b OR N 9 m.w.H.

<sup>821</sup> Siehe vorne, Fn. 817.

Arbeitgeber dem Arbeitnehmer zu bezahlen hat, damit Letzterer aufgrund seiner teilweisen Arbeitsverhinderung dennoch seinen Anspruch auf vollen Lohn erfüllt erhält.

## 2. Sachlicher und zeitlicher Kündigungsschutz

Wie alle Arbeitnehmer kommen auch die Spielloffiziellen in den Genuss des gesetzlich zwingend<sup>822</sup> vorgeschriebenen sachlichen und zeitlichen Kündigungsschutzes<sup>823</sup>. Ein zwischen dem SFV und den durch diesen im Nichtamateurbereich eingesetzten Spielloffiziellen abgeschlossener Vertrag endet gemäss Ziff. 2.8 der SFL-Anstellungsbedingungen entweder mit einer Kündigung der Spielloffiziellen unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwei resp. drei Monaten (je nach Ligaqualifikation) oder einer der Kündigung gleichgestellten Rückqualifikation durch den Verband aus der SFL in den Amateurfussball, wobei in Anwendung der zwingenden<sup>824</sup> Bestimmung von Art. 335a Abs. 1 OR auch hierzu eine mindestens gleich lange Frist einzuhalten ist. Eine solche Rückqualifikation in Form einer Kündigung durch den Verband dürfte in aller Regel zufolge unbefriedigender Leistungen oder allenfalls unbefriedigenden Verhaltens vorgenommen und entsprechend kaum mit einem Missbräuchlichkeitsgrund behaftet sein. Daran vermag nach hier vertretener Ansicht auch der Umstand nichts zu ändern, dass eine solche Leistungs- oder Verhaltensbewertung regelmässig nicht oder nur selten anhand objektiver Kriterien überprüfbar sein dürfte.<sup>825</sup> Umgekehrt dürfte auch die Kündigung eines solchen Arbeitsverhältnisses durch die Spielloffiziellen als Arbeitnehmer kaum je mit einer Missbräuchlichkeit behaftet sein.

Im Bereich des zeitlichen Kündigungsschutzes hat der Verband die in Art. 336c Abs. 1 OR zwingend festgehaltenen Sperrfristen zu beachten, während welchen eine ausgesprochene Kündigung nichtig ist und eine bereits laufende Kündigungsfrist stillsteht.<sup>826</sup> Diese Sperrfristen dürften aus Sicht der Spielloffiziellen

---

<sup>822</sup> Vgl. Art. 361 Abs. 1 bzw. Art. 362 Abs. 1 OR.

<sup>823</sup> Diese auch im Gesetz verwendete Terminologie (vgl. Marginale von Art. 336 OR) ist jedoch für sachlichen Kündigungsschutz insofern unzutreffend, als bei Vorliegen eines missbräuchlichen Kündigungsgrunds der Arbeitnehmer nicht vor dieser Kündigung als solcher geschützt wird, sondern lediglich Anspruch auf eine Entschädigung im Sinne von Art. 336a OR hat. Die missbräuchliche Kündigung als solche bleibt jedoch gültig und kann nicht angefochten werden (vgl. anstelle vieler STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 336a OR N 2).

<sup>824</sup> Obwohl diese Bestimmung nicht mehr im Katalog der zwingenden Bestimmungen aufgeführt ist, geht aus deren Formulierung unzweifelhaft hervor, dass die Parteien hiervon lediglich unter der Voraussetzung von Abs. 2 abweichen dürfen (STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 335a OR N 6).

<sup>825</sup> A.M. KÖHLER, Arbeitnehmerbegriff.

<sup>826</sup> Vgl. Art. 336c Abs. 2 OR.

insbesondere aber nicht nur im Falle von Verletzungen von Bedeutung sein.<sup>827</sup> Zu beachten ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass sich die Dauer einer Lohnfortzahlungspflicht des Verbands in Anwendung von Art. 324a Abs. 2 OR nach der in Ziff. 2.6.3 SFL-Anstellungsbedingungen festgeschriebenen Skala richtet.

### 3. Beschäftigungsanspruch

Die Frage, ob im schweizerischen Arbeitsrecht ein allgemeiner Beschäftigungsanspruch besteht, ist umstritten.<sup>828</sup> Die überwiegende Lehre<sup>829</sup> und auch die bundesgerichtliche Rechtsprechung<sup>830</sup> scheinen einen solchen Anspruch jedoch nach wie vor abzulehnen.<sup>831</sup> Demnach ist nach wie vor davon auszugehen, dass der Arbeitgeber als Hauptpflicht dem Arbeitnehmer den Lohn schulde. Sofern er dabei im Gegenzug auf die Annahme der Arbeitsleistung verzichte, sei dies grundsätzlich nicht zu beanstanden.<sup>832</sup>

#### A) Beschäftigungsanspruch aus Akkordlohn

##### a) Bestimmung der Lohnart

Wie bereits mehrfach erwähnt, ergibt sich der Lohn der in der SFL eingesetzten Spielloffiziellen jedoch in erster Linie und hauptsächlich in Abhängigkeit der geleisteten Einsätze. Dabei werden die Einsätze pauschal, abgestuft nach Ligen und Einsatzrolle der Spielloffiziellen, unabhängig vom durch den einzelnen

<sup>827</sup> Insbesondere bei einer im Training oder Spiel erlittenen Verletzung dürfte wohl ausser Frage stehen, dass diesfalls im Sinne von Art. 336c Abs. 1 lit. a OR eine unverschuldete Arbeitsunfähigkeit vorliegt (kritisch demgegenüber SCHÖNTAG, S. 291 ff.)

<sup>828</sup> RUDOLPH/WIESLI, Nr. 15 mit einer umfassenden Übersicht über die Lehrmeinungen; BLESİ, Nr. 168; KLEINER, S. 689 m.w.H., SUTTER, S. 246 mit einer Übersicht über die ältere Literatur in der Schweiz und in Deutschland.

<sup>829</sup> STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 319 OR N 17 m.w.H.; PORTMANN/STÖCKLI, Nr. 426; GEISER/MÜLLER, Nr. 655; DUNAND, Art. 328 OR, N 59; VISCHER/MÜLLER, § 16 N 8; STAEHELIN, Art. 319 OR N 14 m.w.H. auf die deutsche Lehre und Rechtssprechung, welche diesbezüglich eine andere Meinung vertritt; a.M. WYLER/HEINZER, S. 320 f. m.w.H., welche einen solchen allgemeinen Beschäftigungsanspruch aus der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers nach Art. 328 OR ableiten wollen, ebenso REHBINDER/STÖCKLI, Art. 328 OR N 13 m.w.H.

<sup>830</sup> Vgl. die Übersicht über die aktuelle bundesgerichtliche Rechtsprechung zu dieser Frage bei STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 319 OR N 17 sowie BLESİ, Nrn. 171 ff.

<sup>831</sup> Vgl. BLESİ, Nrn. 168 und 171.

<sup>832</sup> STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 319 OR N 17.

Spieloffiziellen eingesetzten Zeitaufwand<sup>833</sup> für Hin- und Rückreise und ebenso unabhängig vom Schwierigkeitsgrad der Spiele und letztlich auch der Leistung der Spieloffiziellen entschädigt.<sup>834</sup> Es handelt sich dabei somit um eine Mischform zwischen einem reinen sich nach der Dauer der Arbeitszeit ohne Rücksicht auf das Ergebnis der Arbeit berechneten Zeitlohn<sup>835</sup> und einem reinen ausschliesslich die geleistete Arbeit unabhängig von der aufgewendeten Zeit vergütenden Leistungslohn.<sup>836</sup>

#### *b) Pflicht zur Arbeitszuweisung bei Akkordlohn*

Wenn ein Arbeitnehmer vertragsgemäss ausschliesslich Akkordlohnarbeit nur für einen einzigen Arbeitgeber leistet, hat ihm dieser genügend Arbeit zuzuweisen.<sup>837</sup> Der Arbeitnehmer hat dabei Anspruch auf so viel Arbeit, wie er bewältigen kann.<sup>838</sup> Als Akkordlohnarbeit im Sinne des Gesetzes gilt dabei jede Art von leistungs- und nicht zeitabhängig bezahlter Arbeit.<sup>839</sup> Auf Mischformen zwischen Akkord- und Zeitlohn ist diese Gesetzesbestimmung lediglich dann anwendbar, wenn das Arbeitsverhältnis durch die Lohnart des Akkords wesentlich geprägt wird,<sup>840</sup> wogegen bei Mischsystemen zwischen Akkord- und Zeitlohn, welche dem Arbeitnehmer ein Mindesteinkommen garantieren, diese Bestimmung zum Vorneherein keine Anwendung findet.<sup>841</sup> Die zusätzliche gesetzliche Voraussetzung der ausschliesslichen Tätigkeit für einen einzigen Arbeitgeber wird in der Lehre auch dann als gegeben angenommen, wenn ein Arbeitnehmer zwar für mehrere Arbeitgeber, aber zu im Voraus bestimmten Zeiten tätig ist.<sup>842</sup> Etwas anderes gilt jedoch für den Fall, dass der Arbeitnehmer für den Arbeitgeber keine bestimmte Zeit reservieren muss, sondern auch noch für andere Arbeitgeber tätig werden kann.<sup>843</sup>

---

<sup>833</sup> Die Spielentschädigung ist gleich hoch, ob ein Spieloffizieller bereits am Vortag des Spiels an den Spielort reist oder ob er am Spieltag selber unter Einhaltung der minimalen zeitlichen Vorgaben am Spielort erscheint. Ebenso wenig ist die Entschädigung in einem Spiel des Schweizer Cups davon abhängig, ob das Spiel 90 Minuten dauert oder allenfalls erst nach 120 Minuten entschieden ist (vgl. Ziff. 2 SFL-Anstellungsbedingungen bzw. Ziff. 4 SR-Merkblatt).

<sup>834</sup> Vgl. Ziff. 2 SFL-Anstellungsbedingungen.

<sup>835</sup> Vgl. hierzu anstelle vieler VISCHER/MÜLLER, § 10 N 51 f.

<sup>836</sup> Vgl. anstelle vieler GEISER/MÜLLER, Nr. 394.

<sup>837</sup> Art. 326 Abs. 1 OR.

<sup>838</sup> GEISER/MÜLLER, Nr. 395.

<sup>839</sup> STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 326 OR N 2.

<sup>840</sup> REHBINDER/STÖCKLI, Art. 326 OR N 4.

<sup>841</sup> REHBINDER/STÖCKLI, Art. 326 OR N 14.

<sup>842</sup> VISCHER/MÜLLER, § 10 N 63.

<sup>843</sup> REHBINDER/STÖCKLI, Art. 326 OR N 16.



Nach der hier vertretenen Ansicht haben die mit dem SFV in einem Arbeitsverhältnis stehenden Spielloffiziellen keinen Anspruch auf Zuweisung von genügend Arbeit gestützt auf Art. 326 Abs. 1 OR. Einerseits handelt es sich aufgrund des den Spielloffiziellen neben der sich in Abhängigkeit der geleisteten Einsätze ausbezahlten Vergütung ausgerichteten Fixums um einen Mischlohn mit einem Mindesteinkommen, auf welchen die Pflicht zur Zuweisung von genügend Arbeit im Sinne dieser Gesetzesbestimmung wie vorstehend erwähnt keine Anwendung findet. Ob die Spielloffiziellen darüber hinaus für ihre Tätigkeit eine bestimmte Zeit reservieren müssen und folglich während dieser Zeit nicht für andere Arbeitgeber tätig sein können, ist ebenfalls fraglich. Während bei Spielen an Wochenenden und Kursen im Allgemeinen wenige Abmeldungen der Spielloffiziellen akzeptiert werden, ist die Toleranz diesbezüglich bei Spielterminen unter der Woche etwas höher. Die Regelung von Ziff. 3 der SFL-Anstellungsbedingungen, wonach andere berufliche, nebenberufliche oder ehrenamtliche Tätigkeiten der Spielloffiziellen unter anderem in Bezug auf deren zeitliches Ausmass dem SFV zu melden und von diesem unter anderem bei Tangieren der Leistungsfähigkeit untersagt werden können, weist jedoch stark darauf hin, dass der SFV als Arbeitgeber von seinen Spielloffiziellen verlangt, eine bestimmte Zeit für Spiele, Kurse und Trainings zu reservieren.

## **B) Beschäftigungsanspruch aus Arbeitsvertrag auf Abruf**

Bei der Arbeit auf Abruf verpflichtet sich der Arbeitnehmer, sich zur Arbeitsleistung bereitzuhalten und auf einseitiges Begehren des Arbeitgebers einen Arbeitseinsatz zu leisten.<sup>844</sup> Bei dieser Form der uneigentlichen Teilzeitarbeit wird die Einsatzzeit nicht aufgrund eines im Voraus festgelegten Arbeitsplans, sondern auf einseitigen Abruf durch den Arbeitgeber geleistet.<sup>845</sup> Ob die Einsätze dabei mit einer gewissen Regelmässigkeit oder bloss sporadisch verlangt werden, ist unerheblich.<sup>846</sup> Hinsichtlich der Vorlaufzeit eines solchen Abrufs zeichnet sich dieser Vertragstyp dadurch aus, dass der Arbeitgeber das Recht hat, den Arbeitnehmer jederzeit und insbesondere auch kurzfristig aufzubieten und der Arbeitnehmer demgegenüber grundsätzlich auch verpflichtet ist, die entsprechenden Arbeitseinsätze zu leisten.<sup>847</sup> Sinn und Zweck dieser kapazitätsorientierten, variablen Arbeitsform ist die Erlangung eines besseren Kosten-Nutzen-Verhältnisses für den Arbeitgeber, da der Arbeitnehmer nur dann zum Einsatz kommt, wenn effektiv auch Arbeit anliegt.<sup>848</sup>

---

<sup>844</sup> VISCHER/MÜLLER, § 7 N 15.

<sup>845</sup> STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 319 OR N 18 m.w.H.

<sup>846</sup> VISCHER/MÜLLER, § 7 N 15.

<sup>847</sup> REHBINDER/STÖCKLI, Art. 319 OR N 35; HARDER, S. 49; STAEHELIN, Art. 319 OR N 58.

<sup>848</sup> REHBINDER/STÖCKLI, Art. 319 OR N 35 m.w.H.

Sofern die Arbeitseinsätze in einem Arbeitsverhältnis auf Abruf mit einer gewissen Regelmässigkeit erfolgt sind, wird in der Lehre überwiegend die Meinung vertreten, der Arbeitnehmer dürfe sich im Rahmen des Vertrauensschutzes auf die Regelmässigkeit des Arbeitsumfangs verlassen.<sup>849</sup> Teilweise wird diesfalls sowie unter der zusätzlichen Voraussetzung der ausschliesslichen Leistung von Abrufarbeit des Arbeitnehmers für einen einzigen Arbeitgeber eine Pflicht zur Zuweisung von Arbeit in analoger Anwendung von Art. 326 Abs. 1 OR angenommen.<sup>850</sup> Während das Bundesgericht einen solchen Vertrauensschutz zumindest während der Kündigungsfrist anerkennt,<sup>851</sup> scheint es einen solchen Anspruch auf Arbeitszuweisung im ungekündigten Arbeitsverhältnis zumindest im Grundsatz abzulehnen.<sup>852</sup>

Selbst wenn man entgegen der bundesgerichtlichen Rechtsprechung mit der überwiegenden Lehre vom Vorliegen eines Anspruchs auf Arbeitszuweisung im bisherigen Umfang bei regelmässigem Einsatz im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses auf Abruf ausgehen würde, könnten die beim SFV angestellten Spielfoffiziellen hieraus dennoch keinen Beschäftigungsanspruch zu ihren Gunsten ableiten. Es steht ausser Frage, dass der SFV als Arbeitgeber der in der SFL eingesetzten Spielfoffiziellen diese für Spieleleitungen anhand ihrer Verfügbarkeit ohne vorgängige einzelne Terminabsprache mit diesen für Spieleleitungen anbietet. Ein Arbeitsverhältnis auf Abruf charakterisiert sich jedoch nicht zuletzt ganz wesentlich dadurch, dass der Arbeitnehmer zumindest während einer gewissen Zeit ausserhalb des Betriebs Rufbereitschaft<sup>853</sup> zu leisten hat, anlässlich welcher er sich für einen allfälligen Einsatz im Betrieb bereithält. Eine solche Rufbereitschaft haben die Spielfoffiziellen jedoch nicht zu leisten, ebenso wenig werden sie regelmässig für kurzfristige Einsätze aufgeboten und falls doch, wird in aller Regel vor Erlass des Aufgebots zunächst ihre Verfügbarkeit geklärt. Schliesslich kann aus dem Umstand, wonach der SFV die Spielfoffiziellen für Spieleleitungen anbietet, auch nicht der Schluss gezogen werden, es handle sich hierbei um eine kapazitätsorientierte, variable Arbeitsform zur Erzielung eines besseren Kosten-Nutzen-Verhältnisses. Vielmehr ist diese Vorgehensweise vergleichbar mit der Erstellung eines Arbeitsplanes in einem Schichtbetrieb, wo jeweils für den kommenden Monat oder die kommende Woche die in der Produktion benötigten

---

<sup>849</sup> REHBINDER/STÖCKLI, Art. 319 OR N 35 m.w.H.; weiterführende Hinweise bei STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 319 OR N 18.

<sup>850</sup> STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 319 OR N 18 m.w.H. A.M. STAEHELIN, Art. 319 OR N 59.

<sup>851</sup> BGE 125 III 65 ff., E. 5.

<sup>852</sup> BGer 8C\_379/2010 vom 28. Februar 2011, E. 1.2.

<sup>853</sup> Teilweise auch als Bereitschaftsdienst oder -zeit bezeichnet, vgl. z.B. VISCHER/MÜLLER, § 7 N 18 ff. Zur (reduzierten) Entschädigungspflicht dieser Rufbereitschaft vgl. anstelle vieler STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 319 OR N 18 m.w.H.

Arbeitsplätze und Funktionen vollständig und in bestmöglicher Weise besetzt werden müssen. Der Umstand, dass der Arbeitgeber den Einsatz seiner Arbeitnehmer in zeitlicher (und teilweise auch örtlicher) Hinsicht koordiniert und damit auch bestimmen kann, ist letztlich Ausfluss des Weisungsrechts<sup>854</sup> des Arbeitgebers. Käme dem Arbeitgeber diese Kompetenz nicht zu, müsste letztlich jede Arbeitsanweisung des Arbeitnehmers in zeitlicher Hinsicht gegenüber dem Arbeitnehmer als Arbeitsvertrag auf Abruf qualifiziert werden.

## **C) Beschäftigungsanspruch eines Sportlers aus Fürsorgepflicht des Arbeitgebers**

### *a) Im Allgemeinen*

Im Gegensatz zu einem allgemeinen Beschäftigungsanspruch wird im schweizerischen Arbeitsrecht durch Lehre<sup>855</sup> und Rechtsprechung<sup>856</sup> ein solcher in speziellen Fällen für Berufsgruppen, bei welchen die Beschäftigung wie beispielsweise im Falle von Berufssportlern auch dem Erhalt der Berufsfähigkeit dient, nahezu einhellig anerkannt. Dieser Beschäftigungsanspruch eines in einem Arbeitsverhältnis stehenden Sportlers wird dabei soweit ersichtlich einhellig auf die in Art. 328 Abs. 1 OR festgehaltene Fürsorgepflicht des Arbeitnehmers gestützt.<sup>857</sup> Fraglich ist jedoch, wie weit dieser Beschäftigungsanspruch tatsächlich geht.

Die schweizerische Literatur ist hinsichtlich der Frage, ob dieser Beschäftigungsanspruch einen Berufssportler neben der Teilnahme am regulären Train-

---

<sup>854</sup> Vgl. Art. 321d Abs. 1 OR.

<sup>855</sup> Vgl. anstelle vieler BLES, Nrn. 182 f. m.w.H und RUDOLPH/WIESLI, Nr. 13 m.w.H.

<sup>856</sup> Der Leading Case (BGE 137 III 303 ff.) hierzu spielte sich am 19. Februar 2006 während der Halbzeitpause in der Garderobe eines Schweizer Fussballstadions anlässlich eines Meisterschaftsspiels der Super League zwischen dem Grasshoppers Club Zürich und Neuenburg Xamax ab, als der damalige Xamax-Trainer Blazevic seinen Captain Barea aufgefordert hatte, bei Freistössen konsequent die Offsidefalle zu stellen. Barea opponierte gegen diese taktische Anweisung, wurde infolgedessen aus der ersten Mannschaft ausgeschlossen, was zu einer fristlosen Kündigung des Spielers und einem Prozess bis vor Bundesgericht führte, vgl. RUDOLPH/WIESLI, Nr. 1 ff. mit Hinweis auf den Sachverhalt von BGE 137 III 303 ff.

<sup>857</sup> VALLONI/PACHMANN, S. 87; GEISER, S. 95; BLES, Nr. 177 m.w.H.; DUNAND, Art. 328 OR N 60; SUTTER, S. 249 mit dem ergänzenden Hinweis, dass ein vertraglicher Ausschluss des Beschäftigungsanspruchs bei einem Sportler nicht zulässig sein dürfte. AEBI-MÜLLER/MORAND, S. 236 weisen zu Recht darauf hin, dass sich dieser Beschäftigungsanspruch nur aus der genannten arbeitsrechtlichen Bestimmung ergeben könne und nicht schon von Art. 28 ZGB abgedeckt werde. Demzufolge besteht dieser Beschäftigungsanspruch grundsätzlich auch nur gegenüber dem Arbeitgeber und nicht einem vertragsfremden Dritten.

ningsbetrieb auch zu einem tatsächlichen Einsatz im Sinne eines tatsächlichen Mitwirkens im Wettkampf berechtigt, geteilter Meinung. BLESi führt hierzu beispielsweise aus, dies sei deshalb nicht der Fall, weil durch die Teilnahme am regulären Trainingsbetrieb die Voraussetzungen für den Erhalt der Fitness und damit für die Berufsfähigkeit grundsätzlich gegeben seien.<sup>858</sup> Klarerweise nicht zulässig wäre demnach jedoch das Abschieben eines Fussballprofis in eine Amateurmansschaft des Clubs,<sup>859</sup> da dieser auf diese Weise seiner Möglichkeit beraubt würde, sich durch gute Trainingsleistungen wieder für Wettkampfeinsätze in der Profimansschaft aufzudrängen.<sup>860</sup> Demgegenüber begründen die Befürworter eines solchen Anspruchs auf Wettkampfeinsätze diesen damit, ein Profisportler müsse nicht nur regelmässig trainieren, sondern ebenso auch tatsächlich Wettkämpfe auf entsprechendem Niveau austragen können, um seine Berufsfähigkeit zu erhalten.<sup>861</sup>

In der deutschen Literatur wird überwiegend die Auffassung vertreten, der Berufssportler sei durch den spezifischen Beschäftigungsanspruch auch vor willkürlichen Nichtnominierungen zum Wettkampf geschützt. Demnach müsse die Auswahlentscheidung eines Trainers regelmässig auf sachgerechten Erwägungen beruhen. Es wäre folglich unzulässig, einen Berufssportler nur deshalb nicht im Wettkampf einzusetzen, um beispielsweise die Ausrichtung einer vertraglich vereinbarte Prämie oder Entschädigung zu umgehen.<sup>862</sup> Insbesondere die neuere deutsche Rechtsprechung ist diesem Ansatz aber nicht gefolgt und vertritt soweit ersichtlich wie ein Teil der schweizerischen Literatur die Ansicht, ein Anspruch auf Einsatz eines Berufssportlers könne aus dem Beschäftigungsanspruch nicht abgeleitet werden, es bestehe lediglich ein Anspruch auf Trainingsteilnahme, welche es dem Berufssportler erlaube, sich für Wettkampfeinsätze aufzudrängen. Etwas anderes könne selbst dann nicht gelten, wenn die Auswahlentscheidung des Trainers nicht auf objektiv nachvollziehbaren Kriterien beruhe, indem beispielsweise durch die Nichtberücksichtigung die Entstehung eines Prämienanspruchs verhindert werden wolle, solange in diesem Verhalten keine sittenwidrige Schädigung zu erblicken sei.<sup>863</sup>

---

<sup>858</sup> Vgl. BLESi, Nrn. 182 f. Ebenfalls vom Beschäftigungsanspruch erfasst dürften in diesem Sinne die Teilnahme an Lehrgängen und der Anspruch auf medizinische und sporttherapeutische Betreuung sein, vgl. REISSNER, S. 36 f.

<sup>859</sup> Vgl. BLESi, Nr. 183 m.w.H.

<sup>860</sup> Vgl. SCHRAMMEL, S. 45.

<sup>861</sup> AEBI-MÜLLER/MORAND, S. 236 m.w.H.

<sup>862</sup> WÜTERICH/BREUCKER, Nr. 296 m.w.H.; RÜSING, S. 32 m.w.H.; ITTMANN, S. 75 ff. m.w.H.

<sup>863</sup> WÜTERICH/BREUCKER, Nrn. 298 f. m.w.H.; FRÖHLICH/SITTARD, S. 262 m.w.H.; HERRICH/MENKE/SCHULZ, S. 188 f. m.w.H.; vgl. hierzu auch REISSNER, S. 37 sowie SCHRAMMEL, S. 44 f., jeweils m.w.H. auf die österreichische Lehre und Rechtsprechung.

Demgegenüber hat das Bundesgericht in seinem bereits erwähnten<sup>864</sup> relativ neuen Leading Case entschieden, dass ein in der höchsten Liga spielender Profifussballer zur Erhaltung seines Wertes auf dem Arbeitsmarkt nicht nur regelmässig mit anderen Spielern seines Niveaus trainieren, sondern darüber hinaus auch regelmässig Spiele auf höchstem Niveau, d.h. in der ersten Mannschaft des Clubs, bestreiten können müsse.<sup>865</sup> Wie ein solcher Anspruch jedoch in der Praxis insbesondere bei einem Profifussballer umgesetzt werden soll, erscheint höchst fraglich. Dies deshalb, weil das Kader einer Mannschaft regelmässig grösser als die pro Spiel maximal einsetzbaren 14 Spieler sein dürfte und es somit einem Club faktisch unmöglich ist, jeden Spieler bei jedem Spiel einzusetzen.<sup>866</sup> Nicht ganz überraschend ist denn auch das Bezirksgericht Dielsdorf im Fall *Salatic* dieser höchstrichterlichen Ansicht nicht gefolgt und hat stattdessen entschieden, der Beschäftigungsanspruch eines Profifussballers ginge lediglich, aber immerhin, mindestens soweit, als dieser von einer Teilnahme an Trainings der ersten Mannschaft nicht ausgeschlossen werden könne. Die Versetzung eines Spielers der ersten Mannschaft in das Nachwuchskader sei zwar grundsätzlich denkbar, falls dieser Spieler den sportlichen Leistungsanforderungen der ersten Mannschaft nicht mehr genüge. Ebenso könne eine disziplinarische Versetzung in besagtes Kader infrage kommen, allerdings nur für einen zeitlich beschränkten Zeitraum.<sup>867</sup> Lediglich im Falle ausserordentlich schwerer Verfehlungen, welche den Betrieb der ersten Mannschaft in hohem Masse stören würden, könnte allenfalls eine unbefristete Versetzung gerechtfertigt sein.<sup>868</sup>

#### b) *Die beim SFV angestellten Spieloffiziellen im Speziellen*

An dieser Stelle ist zunächst darauf hinzuweisen, dass das Verbandsrecht des SFV den Spieloffiziellen aller Kategorien keinen expliziten Anspruch, effektiv für Spieleleitungen berücksichtigt zu werden, einräumt.<sup>869</sup> Dass sich auch die beim SFV angestellten Spieloffiziellen auf den spezifischen arbeitsrechtlichen Beschäftigungsanspruch für Berufssportler berufen können, steht nach hier ver-

<sup>864</sup> Siehe vorne, Fn. 856.

<sup>865</sup> BGE 137 III 303 ff., E. 2.1.2. Demgegenüber verweist DERUNGS, S. 72, auf den Umstand, dass selbst Spieler nach langfristigen Verletzungen und entsprechenden Absenzen vom Training mit der ersten Mannschaft rasch wieder das Niveau erreichen würden, welches sie vor der Verletzung gehabt hätten, und demnach nicht davon auszugehen sein, dass ein Spieler nach einigen Wochen oder gar Monaten Absenz vom Training der ersten Mannschaft eine Einbusse seiner spieltechnischen Fähigkeiten und damit seines Marktwerts erleide.

<sup>866</sup> Vgl. ITTMANN, S. 74.

<sup>867</sup> Urteil des Bezirksgerichts Dielsdorf vom 20. Oktober 2014, E. 2.5.1, in: CaS 4/2014, S. 387 ff.

<sup>868</sup> Urteil des Bezirksgerichts Dielsdorf vom 20. Oktober 2014, E. 2.3.5 f.

<sup>869</sup> Siehe vorne, S. 70 ff. sowie S. 79 f.

treterer Ansicht ohne Weiteres fest. Einerseits dürfte heutzutage kaum mehr ernsthaft bezweifelt werden, dass insbesondere die im Nichtamateurfussball eingesetzten Spieloffiziellen (Spitzen-)Sportler sind. Da diese Spieloffiziellen darüber hinaus mit dem SFV in einem Arbeitsverhältnis stehen, üben sie diesen Sport auch berufsmässig aus. Auch der Umstand, dass es sich dabei praktisch ausnahmslos um eine nebenberufliche Tätigkeit handelt, lässt den spezifischen Anspruch auf effektive Beschäftigung nicht entfallen.<sup>870</sup>

Fraglich ist jedoch, wie weit dieser Beschäftigungsanspruch der Spieloffiziellen in der Praxis effektiv geht. In analoger Anwendung des vorstehend erwähnten neuesten bundesgerichtlichen Leitentscheids<sup>871</sup> müsste man wohl zum Ergebnis gelangen, dass dieser Beschäftigungsanspruch relativ weit zu fassen wäre. Dies könnte im Ergebnis sodann nichts anderes bedeuten, als dass die Spieloffiziellen letztlich Anspruch darauf hätten, in jeder Runde ein Spiel in der höchsten Liga leiten zu können, für welche sie qualifiziert sind. Dies wäre jedoch aus rein praktischen Gründen unmöglich. Aktuell sind in der Schweiz 11 Schiedsrichter<sup>872</sup> und 21 Assistenten<sup>873</sup> für die Super League qualifiziert. Pro Runde werden bei zehn Mannschaften in der höchsten Liga jedoch nur fünf Spiele ausgetragen, was zwangsläufig dazu führt, dass pro Runde sechs Schiedsrichter und zehn Assistenten nicht in der für sie höchsten Liga eingesetzt werden können. Ein vergleichbares Bild ergibt sich auch in der Challenge League. Die Problematik ist somit durchaus vergleichbar mit derjenigen des Kaders einer Profimannschaft, welches regelmässig mehr Spieler umfasst, als pro Spiel effektiv eingesetzt werden können. Auch die Spieloffiziellen unterliegen einem gewissen Verletzungsrisiko, können gewissen Leistungsschwankungen unterworfen oder ganz einfach auch anderweitig nicht für Spielleitungen verfügbar sein, sei es aus beruflichen oder privaten Gründen oder beispielsweise aufgrund eines Einsatzes für die UEFA, FIFA oder einen ausländischen Verband. Somit ist es auch für das Kader der Spieloffiziellen unerlässlich, dass pro Runde eine gewisse Anzahl von Ersatzleuten zur Verfügung steht.

Dieser spezifische Beschäftigungsanspruch kann sich nach hier vertretener Ansicht jedoch auch nicht in Analogie zu einem Teil der schweizerischen Lehre einzig auf das Recht zur Teilnahme an Kursen und Trainings beschränken. Vergleichbar einem Profifussballer ist ein auf höchstem nationalem Niveau tätiger Spieloffizieller zwingend darauf angewiesen, mit einer gewissen Regelmässigkeit Spielleitungen auf höchstem Niveau ausüben zu können. Kein Bearbeiten von Fragebogen zu den Spielregeln und keine Analyse von noch so anspruchsvollen Videosequenzen kann die an die Spieloffiziellen gestellten Anforderun-

---

<sup>870</sup> Vgl. AEBI-MÜLLER/MORAND, S. 236.

<sup>871</sup> Siehe vorne, Fn. 856.

<sup>872</sup> Vgl. <<http://www.sr-union.ch/referees.php>>, besucht Ende Juli 2017.

<sup>873</sup> Vgl. <<http://www.sr-union.ch/assistants.php>>, besucht Ende Juli 2017.

gen eines schwierigen Spiels simulieren, in welchem die Spielloffiziellen gleichzeitig körperlich, geistig und psychologisch Höchstleistungen in der Atmosphäre eines Hexenkessels erbringen müssen. Das Spiel ist denn auch für die Spielloffiziellen das beste Training.<sup>874</sup> Ohne solche regelmässigen Einsätze auf höchstem Niveau würden die Spielloffiziellen genauso wie die Profifussballer letztlich sofort und nachhaltig ihre entsprechenden Qualitäten verlieren.<sup>875</sup> Zu beachten ist in diesem Zusammenhang schliesslich noch, dass aufgrund der nahezu vollständig einsatzbezogenen Entschädigung der Spielloffiziellen die Zahl der tatsächlich geleisteten Einsätze die Höhe der Vergütung praktisch alleine beeinflusst, weshalb die Spielloffiziellen neben dem Interesse am Erhalt ihrer Berufsfähigkeit auch noch ein finanzielles Interesse an regelmässigen Wettkampfeinsätzen haben.

Auch wenn die Spielloffiziellen aus dem arbeitsrechtlichen Beschäftigungsanspruch kein Recht ableiten können, in jeder Meisterschaftsrunde für eine Spielleitung berücksichtigt zu werden, haben sie immerhin Anspruch auf regelmässigen Einsatz in Pflichtspielen auf höchstem für sie möglichem Niveau. Dies selbstverständlich lediglich dann, wenn sie die entsprechenden Voraussetzungen hierfür erfüllen, also insbesondere die periodischen physischen und theoretischen Leistungstests bestanden sowie die Trainingsvorgaben quantitativ und qualitativ erfüllt haben. Diese Einsätze müssen in einer Regelmässigkeit vorliegen, welche den Spielloffiziellen erlaubt, ohne über den normalen Trainingsaufwand hinausgehenden individuellen Zusatzaufwand ihre spezifische Berufsfähigkeit in ihrer jeweiligen Rolle als Spielloffizieller mindestens zu erhalten. Dies bedeutet einerseits, dass die Spielloffiziellen über eine ganze Saison in mehr oder weniger regelmässigen Abständen eingesetzt werden müssen. Es wäre beispielsweise unzulässig, einen Spielloffiziellen in der ersten Saisonhälfte überdurchschnittlich oft, in der zweiten Saisonhälfte dafür überhaupt nicht mehr in der für ihn höchsten Liga einzusetzen. Andererseits haben die Spielloffiziellen auch Anspruch darauf, regelmässig in ihrer spezifischen Rolle eingesetzt zu werden. Ein Schiedsrichter oder Assistent kann seine spezifische Berufsfähigkeit nicht dadurch erhalten, dass er über eine längere Zeit grossmehrheitlich oder gar ausschliesslich als vierter Offizieller oder allenfalls zusätzlicher Schiedsrichterasistent eingesetzt wird. Dabei wird jedoch letztlich immer eine Abwägung der Interessen der Spielloffiziellen, möglichst oft und regelmässig in der höchsten für sie möglichen Liga an Pflichtspielen eingesetzt zu werden, und den Interessen des Verbandes, jedes Spiel mit den hierfür bestmöglich geeigneten Spielloffiziellen zu besetzen, vorzunehmen sein. Diese vom SFV vorgenommene Besetzung der Spiele hat jedoch stets auf sachgerechten Erwägungen zu beru-

---

<sup>874</sup> ITTMANN, S. 76 m.w.H.

<sup>875</sup> Vgl. REISSNER, S. 34 f.

hen.<sup>876</sup> Insbesondere als nicht mehr sachgerecht und deshalb willkürlich müssten aufgrund der einsatzabhängigen Entlohnungsstruktur finanzielle Überlegungen gelten, indem beispielsweise ein Spieloffizieller nur deshalb häufiger eingesetzt würde als ein anderer, um diesem ein höheres Einkommen zu ermöglichen. Eine solche Nichtberücksichtigung bei der Spielbesetzung mit dem Ziel, einen Spiel-offiziellen materiell zu schädigen, müsste überdies klarerweise als sittenwidrige Schädigung und somit als Vertragsverletzung mit Schadenersatzfolgen qualifiziert werden.<sup>877</sup>

Selbstverständlich stünde es den Vertragsparteien grundsätzlich auch offen, eine individuelle Abrede zu treffen, welcher einem oder mehreren Spieloffiziellen einen effektiven Beschäftigungsanspruch einräumen würde.<sup>878</sup> Eine solche Stammpplatzgarantie für Spieloffizielle könnte jedoch vom SFV zum Vorneher ein nur vereinzelt ausgestellt werden, da dieser ansonsten Gefahr laufen würde, aufgrund deren Nichterfüllbarkeit schadenersatzpflichtig zu werden.<sup>879</sup> Darüber hinaus wären solche individuellen vertraglichen Vereinbarungen kaum im Interesse des SFV, da dieser dadurch gezwungen wäre, selbst einen temporär leistungsschwachen Spieloffiziellen zwecks Verhinderung der Herbeiführung einer Vertragsverletzung und damit allenfalls verbundenen Schadenersatzansprüchen einzusetzen.

#### **4. Fehlende Schiedsfähigkeit zwingender Arbeitnehmersprüche im Rahmen der Binnenschiedsgerichtsbarkeit**

Wie von der FIFA zwingend vorgeschrieben, hat der SFV für alle zivilrechtlichen Streitsachen unter anderem zwischen ihm und seinen Funktionären die staatliche Gerichtsbarkeit statutarisch ausgeschlossen und stattdessen das CAS als Schiedsgericht bezeichnet. Eine Ausnahme für arbeitsrechtliche Streitigkeiten ist erst seit Juli 2017 in den SFV-Statuten verankert.<sup>880</sup> Damit allfällige Ansprüche der Spieloffiziellen aus Arbeitsvertrag gegenüber dem SFV vor Inkrafttreten dieser Ausnahmeregelung von diesem Ausschluss der staatlichen Gerichtsbarkeit gültig hätten erfasst sein können, müssten diese Ansprüche im Einzelfall schiedsfähig, also Gegenstand eines Schiedsverfahrens sein können.<sup>881</sup> Da es sich bei dem zwischen dem SFV und seinen angestellten Spieloffi-

---

<sup>876</sup> Vgl. ITTMANN, S. 77.

<sup>877</sup> Vgl. WÜTERICH/BREUCKER, Nr. 299.

<sup>878</sup> Vgl. SUTTER, S. 251 sowie ITTMANN, S. 74 f.

<sup>879</sup> Vgl. ITTMANN, S. 75 m.w.H.

<sup>880</sup> Art. 92 Abs. 1 SFV-Statuten.

<sup>881</sup> Darüber hinaus hätte im konkreten Fall auch noch eine in formeller und materieller Hinsicht gültige vertragliche Schiedsvereinbarung oder eine statutarische Schiedsklausel vorliegen müssen (vgl. hierzu hinten, S. 353 ff.).



ziellen stets um einen rein nationalen Sachverhalt handelt,<sup>882</sup> ist die Frage nach der Schiedsgerichtsbarkeit bestimmter Ansprüche anhand der Verfahrensregeln für die Schiedsgerichtsbarkeit der ZPO zu beantworten.<sup>883</sup> Gemäss Art. 354 ZPO ist sodann jeder Anspruch schiedsfähig, über den die Parteien frei verfügen können. Als frei verfügbar gilt dabei ein Anspruch, auf welchen die Parteien rechtsgültig verzichten oder hierüber mit der Gegenpartei durch Vergleich eine Einigung erzielen können.<sup>884</sup> Die Frage der freien Verfügbarkeit beurteilt sich dabei nach dem auf den Anspruch anwendbaren materiellen Recht.<sup>885</sup>

Gemäss Art. 341 Abs. 1 OR kann der Arbeitnehmer während des Arbeitsverhältnisses und eines Monats nach dessen Beendigung auf Forderungen, die sich aus unabdingbaren Vorschriften des Gesetzes oder aus unabdingbaren Bestimmungen eines Gesamtarbeitsvertrages ergeben, nicht verzichten. Als unabdingbare Gesetzesvorschriften im Sinne dieser Bestimmung gelten sämtliche in Art. 361 und 362 OR aufgezählten relativ und absolut zwingenden Vorschriften des Arbeitsvertragsrechts, daneben aber auch Ansprüche aus dem öffentlichen Recht, welche durch Art. 342 Abs. 2 OR direkt gegenüber dem Arbeitgeber geltend gemacht werden können, sowie letztlich auch Forderungen aus weiteren Rechtsquellen, aus deren Wortlaut selbst ihr zwingender Charakter hervorgeht.<sup>886</sup> Das Bundesgericht hat dabei entschieden, dass diese in Art. 341 Abs. 1 OR statuierte Unverzichtbarkeit als fehlende Verfügbarkeit im Sinne von Art. 5 KSG zu verstehen sei.<sup>887</sup> Da der Gesetzgeber in Art. 354 ZPO als Nachfolgebestimmung von Art. 5 KSG am Kriterium der freien Verfügbarkeit festhielt,<sup>888</sup> sind somit auch unter dem Regime der eidgenössischen ZPO im Binnenverhältnis arbeitsrechtliche Streitigkeiten über unabdingbare Ansprüche eines Arbeitnehmers im Sinne von Art. 341 Abs. 1 OR während der Dauer des Arbeitsverhältnisses und eines Monats nach dessen Beendigung nicht schiedsfähig.<sup>889</sup>

<sup>882</sup> Zum dualen Recht der Schiedsgerichtsbarkeit in der Schweiz vgl. vorne, S. 20.

<sup>883</sup> Vgl. Art. 353 Abs. 1 ZPO i.V.m. Art. 176 Abs. 1 IPRG, zudem liegt kein Vorbehalt im Sinne von Art. 353 Abs. 2 ZPO vor. Während unter dem Geltungsbereich des KSG den Kantonen noch die Kompetenz eingeräumt wurde, arbeitsrechtliche Ansprüche generell der Schiedsgerichtsbarkeit zu entziehen, ist diese Kompetenz durch die Regelung von Art. 354 ZPO weggefallen (vgl. hierzu ausführlich WEBER-STECHER, Art. 354 ZPO, N 24 m.w.H. sowie COURVOISIER/WENGER, Art. 354 ZPO N 19 f.).

<sup>884</sup> COURVOISIER/WENGER, Art. 354 ZPO N 6; WEBER-STECHER, Art. 354 ZPO N 7, vgl. auch STACHER, Art. 354 ZPO N 8 sowie FENNERS, Nr. 581 m.w.H.

<sup>885</sup> COURVOISIER/WENGER, Art. 354 ZPO N 7.

<sup>886</sup> STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 341 OR N 2.

<sup>887</sup> BGE 136 III 467 ff.

<sup>888</sup> Vgl. COURVOISIER/WENGER, Art. 354 OR N 10 m.w.H.; STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, S. 66 f. m.w.H.; HAAS/HOSSFELD, S. 330.

<sup>889</sup> COURVOISIER/WENGER, Art. 354 ZPO N 19a m.w.H.; STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, S. 66 f. m.w.H.; STACHER, Art. 354 ZPO N 17; KLEINER, S. 209 f. m.w.H.

Auch eine zuvor abgeschlossene Schiedsvereinbarung entfaltet für solche Ansprüche des Arbeitnehmers keinerlei Rechtswirkung, selbst wenn ein Schiedsverfahren mehr als einen Monat nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses eingeleitet wird.<sup>890</sup>

Anders als der Arbeitnehmer kann der Arbeitgeber ohne Weiteres gültig auf arbeitsvertragliche Ansprüche gegenüber dem Arbeitnehmer verzichten. Arbeitgeberansprüche sind deshalb im Sinne von Art. 354 ZPO auch ohne Weiteres frei verfügbar und entsprechend vollumfänglich schiedsfähig.<sup>891</sup>

## 5. Öffentlich-rechtlicher Arbeitszeitschutz

### A) Grundsätzliches Verbot von Nacht- und Sonntagsarbeit

Das Arbeitsgesetz statuiert unter anderem ein grundsätzliches Verbot jeglicher Nacht- und Sonntagsarbeit.<sup>892</sup> Als Nachtarbeit gilt dabei die zwischen 23 Uhr und 6 Uhr geleistete Arbeit, wobei die Möglichkeit besteht, diese mit Zustimmung<sup>893</sup> der Arbeitnehmervertretung oder einer Mehrheit der betroffenen Arbeitnehmer um eine Stunde vorzuziehen oder zurückzusetzen.<sup>894</sup> In jedem Fall umfasst das Nachtarbeitsverbot jedoch sieben aneinanderhängende Stunden.<sup>895</sup> Als Sonntagsarbeit gilt demgegenüber Arbeit, welche im Zeitraum zwischen Samstag 23 Uhr und Sonntag 23 Uhr geleistet wird, wobei wie bei der Nachtarbeit die Möglichkeit besteht, mit Zustimmung der Arbeitnehmer diesen Zeitraum um eine Stunde vor- oder nachzuverlegen.<sup>896</sup>

Anders als bei den teilweise dispositiven arbeitsrechtlichen Bestimmungen des Obligationenrechts handelt es sich hierbei um zwingende, öffentlich-rechtliche

---

A.M. WEBER-STECHER, Art. 354 ZPO N 24 f., welcher sich gegen eine generelle Ablehnung der Schiedsfähigkeit solcher Ansprüche ausspricht und stattdessen nur unter gewissen Umständen die Schiedsgerichtsbarkeit ausschliessen will, namentlich dann, wenn das Schiedsverfahren so vereinbart wird, dass die Geltendmachung der Arbeitnehmeransprüche rechtsmissbräuchlich erschwert würde. Kritisch auch OETIKER/HOSTANSKY, S. 204.

<sup>890</sup> STACHER, Art. 354 ZPO N 17; KLEINER, S. 210.

<sup>891</sup> Vgl. COURVOISIER/WENGER, Art. 354 ZPO N 19a; STACHER, Art. 354 ZPO N 17; KLEINER, S. 210.

<sup>892</sup> Art. 16 und 18 ArG.

<sup>893</sup> Anders als bei der Anhörung im Falle von Art. 10 Abs. 1 ArG verfügt die Arbeitnehmerschaft im Falle einer solchen Verschiebung der Grenzen des bewilligungsfreien Arbeitszeitraums um ein echtes Mitentscheidungsrecht (vgl. VON KAENEL, Art. 10 ArG N 20 sowie MÜLLER/MADUZ, Art. 10 ArG N 8).

<sup>894</sup> Art. 10 Abs. 1 ArG e contrario. Vgl. auch STÖCKLI/SOLTERMANN, Art. 16 ArG N 2 m.w.H. sowie MÜLLER/MADUZ, Art. 10 ArG N 7.

<sup>895</sup> STÖCKLI/SOLTERMANN, Art. 16 ArG N 2 m.w.H.

<sup>896</sup> Art. 18 ArG. Vgl. auch STÖCKLI/SOLTERMANN, Art. 18 ArG N 3 f.

Mindestschutzbestimmungen<sup>897</sup> für die Arbeitnehmer, von welchen auch durch vertragliche Übereinkunft nicht gültig zum Nachteil der Arbeitnehmer abgewichen werden kann. Abgesehen von den in den Ausnahmebestimmungen erwähnten Betrieben und Personen ist das Arbeitsgesetz auf alle öffentlichen und privaten Betriebe und deren Angestellte anwendbar. Da sich weder der SFV als Arbeitgeber auf eine Ausnahme vom betrieblichen<sup>898</sup> noch die Spielloffiziellen auf eine Ausnahme vom persönlichen<sup>899</sup> Geltungsbereich des Arbeitsgesetzes berufen können, ist dieses und somit auch das darin festgeschriebene Nacht- und Sonntagsarbeitsverbot grundsätzlich auch auf die mit dem SFV in einem Arbeitsverhältnis stehenden Spielloffiziellen anwendbar.<sup>900</sup>

## B) Fehlen einer sportspezifischen Ausnahmebestimmung

Das Arbeitsgesetz selber enthält einen Vorbehalt, wonach bestimmte Gruppen von Betrieben oder Arbeitnehmern durch Verordnung ganz oder teilweise unter anderem vom Nacht- und Sonntagsarbeitsverbot ausgenommen und entsprechenden Sonderbestimmungen unterstellt werden können, soweit dies mit Rücksicht auf ihre besonderen Verhältnisse notwendig ist.<sup>901</sup> Weiter enthält das Ar-

<sup>897</sup> GEISER/MÜLLER, Nr. 929.

<sup>898</sup> Art. 2 ArG.

<sup>899</sup> Vgl. Art. 3 ArG. In der Lehre wird teilweise diskutiert, ob Sportler allenfalls als Künstler im Sinne von Art. 3 lit. d ArG gelten und somit vom persönlichen Geltungsbereich des Arbeitsgesetzes ausgeschlossen wären. Dies wird jedoch zu Recht verneint (vgl. SUTTER, S. 179). Auch handelt es sich bei den Spielloffiziellen nicht um Arbeitnehmer in einer höheren leitenden Tätigkeit im Sinne von Art. 3 lit. d ArG bzw. Art. 9 ArGV 1, da ihnen hierzu die erforderliche weitreichende Entscheidungsbefugnis fehlt. Wohl können die von ihnen gefällten Entscheide auf dem Spielfeld unter Umständen erhebliche Auswirkungen nicht zuletzt auch finanzieller Art haben; diese ausschliesslich in Anwendung der Spielfeldregeln auf dem Spielfeld getroffenen Entscheidungen haben indes keinerlei Einfluss auf den Gang oder die Struktur des Unternehmens SFV. Zudem repräsentieren die Spielloffiziellen zwar auf dem Platz die oberste Hierarchie, zur obersten Führungshierarchie oder gar Geschäftsleitung des SFV gehören sie deswegen aber dennoch klarerweise nicht (vgl. GEISER, Art. 3 ArG N 22; MÜLLER/MADUZ, Art. 3 ArG N 9; KLEINER, Fn. 391; GINAL, S. 7 f.; KIRSCHENHOFER, S. 50 f.). A.M. wohl MAYER-VORFELDER, S. 45, welcher zumindest im Falle von Profifussballern von leitenden Angestellten im Sinne des deutschen Betriebsverfassungsgesetzes ausgeht. Dies deshalb, weil diese Spieler einerseits «vom Gehaltsgefüge in die Direktionssetage von Daimler-Benz einzuordnen» seien, und andererseits Befugnisse und Entscheidungsmöglichkeiten auf dem Spielfeld hätten, welche, «was die finanzielle Auswirkung anlangt, noch viel bedeutender sein können, als die Entscheidung von einem in der Direktionssetage von Daimler-Benz».

<sup>900</sup> Vgl. auch MÄTZLER, S. 179 sowie SUTTER, S. 179.

<sup>901</sup> Art. 27 Abs. 1 ArG.

beitsgesetz eine nicht abschliessende und ebenso wenig zwingende Auflistung<sup>902</sup> von Betriebsgruppen und Arbeitnehmern, welchen solche Sonderbestimmungen offenstehen sollen.

Es dürfte sodann schwierig sein, die Sportler im Allgemeinen und die Spielloffiziellen im Speziellen unter eine dieser im Arbeitsgesetz aufgelisteten Arbeitnehmergruppen zu subsumieren, wobei dies am ehesten noch bei der genannten Gruppe der Arbeitnehmer möglich wäre, deren Tätigkeit eine häufige Verlegung des Arbeitsplatzes erfordert.<sup>903</sup> Diese Voraussetzung würde bei den Spielloffiziellen grundsätzlich ohne Weiteres vorliegen, werden sie doch faktisch für jedes Spiel wieder an einem anderen Ort eingesetzt. Für genau diese Gruppe hat der Bundesrat jedoch von seiner Verordnungskompetenz bis anhin keinen Gebrauch gemacht.<sup>904</sup>

Obwohl diese besonderen Verhältnisse im Sinne des Arbeitsgesetzes im Sport durchaus vorliegen, hat der Bundesrat auch abweichend von der vorerwähnten Aufzählung keine Sonderregelung für die Arbeitnehmergruppe der Sportler getroffen. Zwar besteht eine solche Sonderregelung<sup>905</sup> mittlerweile für Sport- und Freizeitanlagen. Der Anwendungsbereich hiervon beschränkt sich indes auf diejenigen Arbeitnehmer, welche in Sport- und Freizeitanlagen mit der Bedienung, Betreuung und Anleitung der Kunden sowie mit dem Unterhalt der Anlagen beschäftigt sind.<sup>906</sup> Dies führt zur etwas absurden Rechtslage, dass für den Platzwart, den Ticketverkäufer sowie das Servierpersonal im VIP-Zelt eines SFL-Spiels eine Sonderbestimmung besteht,<sup>907</sup> während demgegenüber für sämtliche Aktiven auf dem Platz, seien es nun Spieler, Trainer oder Spielloffizielle das Nacht- und Sonntagsarbeitsverbot des Arbeitsgesetzes normal gilt.<sup>908</sup>

### **C) Anwendbarkeit des Nacht- und Sonntagsarbeitsverbots**

Dass die Anwendung der Schutzvorschriften des Arbeitsgesetzes, insbesondere des Nacht- und Sonntagsarbeitsverbots, auf den professionellen Sport im Allgemeinen und den Fussballsport im Besonderen in der Realität zu absurden und kuriosen Konsequenzen führen würde, wurde auch in der schweizerischen Lehre

---

<sup>902</sup> Vgl. Art. 27 Abs. 2 ArG sowie SUBILIA, Art. 27 ArG N 5 m.w.H.

<sup>903</sup> Art. 27 Abs. 2 lit. m ArG.

<sup>904</sup> SUBILIA, Art. 27 ArG N 28; SECO-Wegleitung, S. 027–3.

<sup>905</sup> Art. 40 ArGV 2.

<sup>906</sup> Art. 40 Abs. 1 ArGV 2.

<sup>907</sup> Vgl. Art. 40 ArGV 2.

<sup>908</sup> Vgl. auch GEISER, S. 93. Dieser Umstand ist umso erstaunlicher, als offenbar bereits 1984 beim zuständigen Bundesamt der Erlass einer Sonderbestimmung bzw. die Schaffung einer Ausnahme vom betrieblichen oder persönlichen Geltungsbe-  
reich des ArG im Bereich des Profisports geprüft wurde (vgl. MATZLER, S. 180).

erkannt.<sup>909</sup> Die Meinungen darüber, wie dieser Problematik begegnet werde soll, gehen jedoch auseinander. So wird teilweise postuliert, die arbeitsrechtlichen Schutzvorschriften seien im Bereich des professionellen Sports schlicht ausser Acht zu lassen und nicht zu vollziehen, da es letztlich Sache des Gesetzgebers sei, diese Probleme praktischer Art mittels Schaffung einer Ausnahmeregelung im Geltungsbereich oder einer Sonderbestimmung im Sinne von Art. 27 ArG zu lösen.<sup>910</sup> Eine andere Lehrmeinung plädiert demgegenüber für eine Behandlung der professionellen Sportler analog der Vorschriften für Unterhaltungsbetriebe<sup>911</sup>, auch wenn dies vom Inhalt her dem Charakter des sportlichen Wettkampfes nicht voll entsprechen würde.<sup>912</sup> Nach diesen Vorschriften wäre die Durchführung von Wettkämpfen auch ohne behördliche Bewilligung abends und an Sonntagen möglich.<sup>913</sup> Beide Lösungen verdienen indes nach der hier vertretenen Ansicht keine Zustimmung.<sup>914</sup> Weder kann es zulässig sein, einer zwingenden gesetzlichen Norm alleine aufgrund praktischer Probleme bei deren Umsetzung in einem bestimmten Bereich die Anwendung zu versagen, noch lassen sich auch nur die geringsten Anhaltspunkte dazu finden, dass der Bereich des professionellen Sports von einer Ausnahmeregelung aus dem Unterhaltungsbereich miterfasst sein soll. So sind Profisportler unzweifelhaft namentlich weder von der Ausnahmeregelung für Berufstheater<sup>915</sup> (Art. 35 ArGV 2) noch derjenigen für Berufsmusiker (Art. 36 ArGV 2) oder Zirkusbetriebe<sup>916</sup> (Art. 38 ArGV 2) miterfasst.<sup>917</sup> Vielmehr ist das Gegenteil der Fall, wurde doch offenbar bereits vor rund 20 Jahren vom zuständigen Bundesamt die Einführung einer entsprechenden Ausnahmebestimmung geprüft, jedoch – aus welchen Gründen auch

---

<sup>909</sup> SUTTER, S. 179 f.

<sup>910</sup> MÄTZLER, S. 179 f.

<sup>911</sup> Vgl. Art. 35 ff. ArGV 2.

<sup>912</sup> SUTTER, S. 180 m.w.H.

<sup>913</sup> Vgl. z.B. Art. 35 Abs. 1 oder Art. 36 i.V.m. Art. 4 Abs. 1 und 2 ArGV 2.

<sup>914</sup> Vgl. auch KLEINER, S. 129 f. sowie GEISER, S. 90.

<sup>915</sup> Als solche gelten Theaterbetriebe, welche Schauspiel-, Opern-, Operetten-, Ballett- und Musical-Aufführungen veranstalten, wobei in den Geltungsbereich auch andere professionelle Theaterbetriebe wie zum Beispiel Kabarettis fallen (SECO-Wegleitung, S. 235–1).

<sup>916</sup> Zirkusbetriebe unterhalten ihr Publikum gegen Entgelt mit artistischen Programmen, wobei auch Tiere zum Einsatz kommen können (SECO-Wegleitung, S. 238–1).

<sup>917</sup> Wohl mögen gewisse, praktisch ausschliesslich im Fussballsport beschäftigte Schwalbenkönige oder extrovertierte Trainer durchaus über ansehnliche schauspielerische Qualitäten verfügen und das Publikum teilweise durchaus auch mit artistischem Spektakel zu beglücken vermögen. Dennoch wäre der Sinn und Zweck dieser Bestimmungen mit Füssen getreten, würde man die Berufssportler unter eine dieser Ausnahmebestimmungen subsumieren.

immer – nie umgesetzt.<sup>918</sup> Dass der Sport klarerweise auch nach dem Willen des Gesetzgebers vom Arbeitsgesetz erfasst ist, geht sodann auch aus der Regelung von Art. 27 Abs. 1 lit. c ArGV 1 hervor. Demnach liegt doch ein dringendes Bedürfnis als Bewilligungsvoraussetzung vorübergehender Nacht-<sup>919</sup> oder Sonntagsarbeit<sup>920</sup> oder eines vorübergehenden ununterbrochenen Betriebs<sup>921</sup> unter anderem bei Ereignissen kultureller, gesellschaftlicher oder sportlicher Art vor. Damit bleibt jedoch auch keinerlei Raum für eine teleologische Reduktion dieses zwingenden Arbeitszeitschutzes im Bereich des Sports.

Obwohl das deutsche Arbeitszeitgesetz anders als sein schweizerisches Pendant für den Sport zumindest insofern eine Ausnahmeregelung vorsieht, als Arbeitnehmer an Sonn- und Feiertagen bei jeder Sportart mit allen dabei anfallenden und nicht auf einen Werktag verlegbaren Arbeiten beschäftigt werden dürfen,<sup>922</sup> wird auch in der deutschen Lehre grossmehrheitlich die Meinung vertreten, die öffentlich-rechtlichen Arbeitszeitschutzbestimmungen würden nicht auf die Gegebenheiten des Berufssports passen und es wäre wünschenswert, diese Bestimmungen durch weitere Ausnahmebestimmungen an die sportliche Praxis anzupassen.<sup>923</sup> HEINK vertritt demgegenüber die Meinung, dem Gesetzgeber sei bei der Fassung des Arbeitszeitgesetzes kein rechtspolitischer Fehler unterlaufen und dieses sei auch nicht lückenhaft, weshalb eine Lösung de lege ferenda nicht zur Fehlerkorrektur angezeigt, sondern allenfalls wünschenswert sei. Vielmehr seien aus Sicht der jeweiligen Arbeitgeber konkrete Schritte erforderlich, um organisatorisch eine Arbeitszeitsrechtskonformität zu erreichen. Eine Anpassung des Rechts an den Sport und dessen Besonderheiten sei nach der Konzeption des Arbeitszeitgesetzes nicht möglich, vielmehr müsse eine Anpassung des Sports an das geltende Recht gefordert werden.<sup>924</sup>

Auch für das schweizerische Recht ist nach hier vertretener Ansicht davon auszugehen, dass die Schutzvorschriften des Arbeitsgesetzes mangels Vorliegen einer entsprechenden Sonderbestimmung bzw. des Fehlens einer Ausnahme vom persönlichen oder sachlichen Geltungsbereich des Arbeitsgesetzes für den Sport im Allgemeinen und die mit dem SFV in einem Arbeitsverhältnis stehenden Spieloffiziellen im Besonderen ohne Weiteres Anwendung finden und entsprechend auch anzuwenden sind. Etwas anderes könnte erst im Falle einer entsprechenden Revision des Arbeitsgesetzes gelten.

---

<sup>918</sup> Siehe vorne, Fn. 908.

<sup>919</sup> Vgl. Art. 17 Abs. 3 ArG.

<sup>920</sup> Vgl. Art. 19 Abs. 3 ArG.

<sup>921</sup> Vgl. Art. 24 Abs. 3 ArG.

<sup>922</sup> ANZINGER/KOBERSKI, § 10 ArbZG N 49.

<sup>923</sup> ITTMANN, S. 103; WÜTERICH/BREUCKER, Nr. 305; weitere Hinweise bei HEINK, S. 23.

<sup>924</sup> HEINK, S. 199 f.

## D) Konsequenzen hieraus und Durchsetzung

Es sei vorweggenommen, dass die an dieser Stelle vertretene Anwendbarkeit des im Arbeitsgesetz festgeschriebenen grundsätzlichen Verbots von Nacht- und Sonntagsarbeit auf das zwischen dem SFV und Spieloffiziellen bestehende Arbeitsverhältnis nicht dazu führt, dass nun sämtliche Fussballspiele in der Schweiz nur noch werktags zu Bürozeiten durchgeführt werden dürfen. Sowohl vom Verbot der Nacharbeit als auch vom Verbot der Sonntagsarbeit sieht das Arbeitsgesetz selber die Möglichkeit von Ausnahmen vor.

### a) *Ausnahmen vom Verbot der Nacharbeit*

Sowohl Ausnahmen vom Verbot der Nacharbeit als auch solche vom Verbot der Sonntagsarbeit bedürfen einer Bewilligung (Art. 17 Abs. 1 bzw. Art. 19 Abs. 1 ArG). Vorübergehende Nacharbeit wird dabei auf Nachweis eines dringenden Bedürfnisses bewilligt (Art. 17 Abs. 3 ArG). Dasselbe gilt auch für Nacharbeit zwischen 23 Uhr und 24 Uhr (Art. 17 Abs. 4 ArG), wobei wie bereits erwähnt auch eine Verschiebung dieses Verbots um eine Stunde auf 24 Uhr bis 7 Uhr erfolgen kann.<sup>925</sup> Da in der SFL oder auch im Schweizer Cup die Spiele in aller Regel kaum länger als bis 23 Uhr abends dauern, dürfte es in den allermeisten Fällen genügen, eine Bewilligung der Nacharbeit bis 24 Uhr einzuholen. Dass ein solches dringendes Bedürfnis bei einer Sportveranstaltung vorliegen dürfte, wird in Art. 27 Abs. 1 lit. c ArGV 1 explizit festgehalten. Selbst eine Bewilligung für länger dauernde Nacharbeit wäre für den SFV als Arbeitgeber ohne Weiteres erhältlich zu machen. Er hätte nämlich nicht eine Bewilligung für dauernde oder regelmässige Nacharbeit, sondern lediglich eine solche für vorübergehende Nacharbeit zu beantragen. Als vorübergehende Nacharbeit im Sinne von Art. 17 Abs. 3 ArG gilt diejenige, welche bei sporadisch oder periodisch wiederkehrenden Einsätzen nicht mehr als drei Monate pro Betrieb und Kalenderjahr umfasst.<sup>926</sup> Diese drei Monate können dabei aufgeteilt oder zusammenhängend beansprucht werden, wobei es zulässig ist, bis 90 Nächte pro Kalenderjahr und Betrieb zu bewilligen, und zwar verteilt auf das ganze Jahr.<sup>927</sup> Auf diese Weise hätte der SFV sogar die theoretische Möglichkeit, sämtliche Pflichtspiele während der Nacht anzusetzen, ohne dieses Maximum von 90 Tagen ausnutzen zu müssen.<sup>928</sup>

<sup>925</sup> Siehe hierzu vorne, S. 161.

<sup>926</sup> Vgl. Art. 40 Abs. 1 lit. a ArGV 1.

<sup>927</sup> SECO-Wegleitung, S. 140–1.

<sup>928</sup> Sowohl die Meisterschaft der Super League als auch diejenige der Challenge League werden derzeit in 36 Runden ausgetragen (vgl. <<http://www.sfl.ch/superleague/spielplan/saison/>> sowie <<http://www.sfl.ch/challengeleague/spielplan/saison/>>, beide besucht Ende Juli 2017), der Schweizer Cup umfasst derzeit sechs Runden (vgl. Art. 6 Ziff. 1 SFV-Cupreglement).

Die betroffenen Arbeitnehmer müssen für die Leistung von Nachtarbeit ihr ausdrückliches Einverständnis geben.<sup>929</sup> Dieses Einverständnis kann entweder bereits mit dem Arbeitsvertrag vereinbart oder zu einem späteren Zeitpunkt schriftlich durch die betroffenen Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber erklärt werden.<sup>930</sup> Da die SFL-Anstellungsbedingungen weder eine entsprechende Einverständniserklärung der Spieloffiziellen beinhalten noch der SFV als Arbeitgeber über ein unterzeichnetes Exemplar dieser Anstellungsbedingungen jedes seiner angestellten Spieloffiziellen verfügt, käme er nicht umhin, bei den angestellten Spieloffiziellen entsprechende schriftliche Einverständniserklärungen nachzufordern. Bewilligungsinstanz ist der Kanton,<sup>931</sup> wobei die Bewilligung jeweils bei demjenigen Kanton einzuholen wäre, wo entsprechend die Nachtarbeit geleistet wird, d.h. an den jeweiligen Spielorten.<sup>932</sup>

*b) Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit*

Analog zur gesetzlichen Regelung bei Nachtarbeit kann auch vorübergehende Sonntagsarbeit bewilligt werden, sofern ein dringendes Bedürfnis nachgewiesen werden kann. Wie für eine Ausnahme vom Verbot der Sonntagsarbeit ergibt sich dies für eine Sportveranstaltung aus Art. 27 Abs. 1 lit. c ArGV 1. Als *vorübergehend* gilt Sonntagsarbeit jedoch lediglich dann, wenn bei sporadisch vorkommenden Einsätzen nicht mehr als sechs Sonntage inkl. gesetzliche Feiertage pro Betrieb und Kalenderjahr betroffen sind oder diese bei zeitlich befristeten Einsätzen von bis zu drei Monaten einen einmaligen Charakter aufweisen.<sup>933</sup> Es ist offensichtlich, dass jeder Spieloffizielle pro Kalenderjahr weit mehr als sechs Einsätze an Sonntagspielen in der SFL oder im Schweizer Cup leistet, weshalb diese Sonntagsarbeit als dauernde oder regelmässige Sonntagsarbeit im Sinne von Art. 19 Abs. 2 ArG qualifiziert werden muss.<sup>934</sup> Voraussetzung für die Erteilung einer Bewilligung für dauernde oder regelmässig wiederkehrende Sonntagsarbeit ist gemäss dieser Gesetzesbestimmung deren wirtschaftliche oder technische Unentbehrlichkeit. Wirtschaftliche Unentbehrlichkeit liegt dabei dann vor, wenn die Unterbrechung eines Arbeitsverfahrens hohe Zusatzkosten verursachen würde, das angewandte Arbeitsverfahren mit unvermeidlich hohen und im Falle einer Unterbrechung der zu amortisierenden Investitionskosten verbunden ist oder die Konkurrenzfähigkeit gegenüber Ländern mit vergleichbarem sozialem Standard wegen längerer Arbeitszeiten oder anderer Arbeitsbedingungen erheblich beeinträchtigt ist.<sup>935</sup> Es liegt auf der Hand, dass die Durchfüh-

---

<sup>929</sup> Art. 17 Abs. 6 ArG.

<sup>930</sup> STÖCKLI/SOLTERMANN, Art. 17 ArG N 9; MÜLLER/MADUZ, Art. 17 ArG N 21.

<sup>931</sup> Art. 17 Abs. 5 ArG.

<sup>932</sup> Vgl. SECO-Wegleitung, S. 142–2.

<sup>933</sup> Vgl. Art. 40 Abs. 3 ArGV 1.

<sup>934</sup> SECO-Wegleitung, S. 140–2.

<sup>935</sup> Art. 28 Abs. 2 ArGV 1.



rung von Fussballspielen somit weder aus wirtschaftlichen, geschweige denn aus technischen Gründen im Sinne des Arbeitsgesetzes unentbehrlich ist. Der wirtschaftlichen Unentbehrlichkeit gleichgestellt sind sodann aber noch besondere Konsumbedürfnisse, deren Befriedigung im öffentlichen Interesse liegt und nicht ohne Sonntagsarbeit möglich ist. Solche Konsumbedürfnisse sind täglich notwendige und unentbehrliche Waren und Dienstleistungen, deren Fehlen von einem Grossteil der Bevölkerung als wesentlicher Mangel empfunden würde, und bei welchen das Bedürfnis dauernd oder am Sonntag besonders hervortritt.<sup>936</sup> Da es sich dabei grundsätzlich um effektiv täglich benötigte Waren oder Dienstleistungen handeln muss,<sup>937</sup> wird man bei solchen Konsumbedürfnissen im ersten Moment wohl an Betriebe der Energie- und Wasserversorgung oder allenfalls noch Lebensmittelgeschäfte denken, nicht jedoch an die Durchführung von Fussballspielen. Da jedoch bereits viele dieser Konsumbedürfnisse von Sonderbestimmungen für bestimmte Gruppen von Betrieben erfasst werden,<sup>938</sup> sind weitere Betriebe mit vergleichbaren Dienstleistungen oder Warenangeboten mit diesen von Sonderbestimmungen erfassten Betrieben zu vergleichen.<sup>939</sup> Wie bereits erwähnt<sup>940</sup> existiert für die mit der Bedienung, Betreuung und Anleitung der Kunden sowie mit dem Unterhalt der Anlagen beschäftigten Arbeitnehmer eine solche Sonderbestimmung. Explizit erfasst hiervon sind auch Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Spitzensport, so zum Beispiel in Stadien.<sup>941</sup> Der Gesetzgeber scheint somit ohne Weiteres davon auszugehen, dass es einem besonderen Konsumbedürfnis entspricht, sonntags einer Sportveranstaltung im Stadion beiwohnen zu können, weshalb er überhaupt erst diese Ausnahmeregelung geschaffen hat. Da es aber wenig Sinn macht, wenn sonntags zwar das Fussballstadion mitsamt seiner ganzen Infrastruktur geöffnet sein darf, das Arbeitsgesetz indes den Hauptakteuren auf dem Platz eine berufliche Tätigkeit verbietet, muss es möglich sein, sowohl für die Angestellten der beteiligten Clubs als auch für die beim SFV angestellten Spieloffiziellen in Anwendung von Art. 19 Abs. 2 ArG i.V.m. Art. 28 Abs. 3 ArGV 1 eine Sonntagsarbeitsbewilligung erhältlich zu machen.<sup>942</sup>

Auch für die Leistung von Sonntagsarbeit müssen die betroffenen Arbeitnehmer ihr ausdrückliches Einverständnis erteilen, weshalb der SFV auch hierfür mangels Vorliegen eines entsprechenden Erklärungs enthaltenden unterzeichneten schriftlichen Arbeitsvertrags bei seinen angestellten Spieloffiziellen eine solche

---

<sup>936</sup> Art. 28 Abs. 3 ArGV 1.

<sup>937</sup> Vgl. SECO-Wegleitung, S. 128–4.

<sup>938</sup> Vgl. Art. 15 ff. ArGV 2.

<sup>939</sup> SECO-Wegleitung, S. 128–4.

<sup>940</sup> Siehe vorne, Fn. 906.

<sup>941</sup> SECO-Wegleitung, S. 240–1.

<sup>942</sup> Zur Bewilligungspflicht von Sonntagsarbeit für Sportler vgl. auch GEISER, S. 92.

einzufordern hätte.<sup>943</sup> Anders als im Falle der lediglich vorübergehenden Nachtarbeit ist das zuständige Bundesamt (SECO) für die Bewilligung von dauernder oder regelmässig wiederkehrender Sonntagsarbeit zuständig.<sup>944</sup>

Erwähnt sei an dieser Stelle noch, dass das Gesetz den sonntags beschäftigten Arbeitnehmern den Anspruch einräumt, innert zweier Wochen wenigstens einmal einen ganzen Sonntag als wöchentlichen Ruhetag zur Verfügung zu haben.<sup>945</sup> Somit wäre es also nicht zulässig, die Spieloffiziellen an zwei Sonntagen in Folge für eine Spielleitung einzusetzen.

### c) Lohnzuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit

Arbeitnehmer, welche vorübergehend Nachtarbeit leisten, haben Anspruch auf einen Lohnzuschlag von mindestens 25 Prozent für die während der Nacht erbrachte Arbeitsleistung.<sup>946</sup> Als *vorübergehend* gilt die Nachtarbeit für den einzelnen Arbeitnehmer dann, wenn dieser in weniger als 25 Nächten pro Kalenderjahr zum Einsatz gelangt.<sup>947</sup> Dieser Lohnzuschlag kann weder zum Vorneherein durch Vereinbarung ausgeschlossen, noch kann auf ihn später während des Arbeitsverhältnisses verzichtet werden. Ebenso wenig ist für die Entstehung des Anspruchs auf Lohnzuschlag entscheidend, ob seitens des Arbeitgebers für die Nachtarbeit eine Bewilligung eingeholt wurde oder nicht.<sup>948</sup>

Gemäss der gesetzlichen Konzeption des Arbeitsgesetzes ist Arbeitnehmern, welche Sonntagsarbeit leisten, ein Lohnzuschlag von 50 Prozent zu bezahlen. Dies gilt jedoch nur im Falle von vorübergehender Sonntagsarbeit, wogegen die beim SFV angestellten Spieloffiziellen nicht vorübergehende, sondern vielmehr dauernde und regelmässig wiederkehrende Sonntagsarbeit leisten. Anders als im Falle von vorübergehender Sonntagsarbeit hat der Arbeitnehmer keinen Anspruch auf einen 50-prozentigen Lohnzuschlag, sondern lediglich Anspruch auf Ausgleichung durch Freizeit von gleicher Dauer sowie allenfalls einen zusätzlichen Ersatzruhetag, falls die Sonntagsarbeit länger als fünf Stunden gedauert hat.<sup>949</sup> In der Lehre wird hinsichtlich der Frage der Entlohnung dieser Ersatzruhe einhellig die Meinung vertreten, diese sei mangels abweichender Einzel- oder Kollektivvereinbarung zu verneinen, da diese nur ein Ausgleich für die Sonntagsruhe sei, während welcher kein Lohnanspruch entstehe.<sup>950</sup> Die SFL-Anstellungsbedingungen enthalten keine solche Einzelvereinbarung. Würde man

---

<sup>943</sup> Art. 19 Abs. 5 ArG.

<sup>944</sup> Art. 19 Abs. 4 ArG.

<sup>945</sup> Art. 20 Abs. 1 ArG.

<sup>946</sup> Vgl. Art. 17b Abs. 1 ArG sowie Art. 33 ArGV 1.

<sup>947</sup> Vgl. Art. 31 Abs. 1 ArGV 1.

<sup>948</sup> STÖCKLI/SOLTERMANN, Art. 17b ArG N 1; MÜLLER/MADUZ, Art. 17b ArG N 2.

<sup>949</sup> Art. 20 Abs. 2 ArG; vgl. MÜLLER/MADUZ, Art. 20 ArG N 5.

<sup>950</sup> MÜLLER/MADUZ, Art. 20 ArG N 6; STÖCKLI/SOLTERMANN, Art. 20 ArG N 4.

der in der einhelligen Lehre vertretenen Meinung folgen, ergäbe sich hieraus die Konsequenz, dass die Entlohnung der Sonntagsarbeit leistenden Spielloffiziellen exakt gleich hoch wäre wie diejenige der samstags im Einsatz stehenden Spielloffiziellen. Der Unterschied würde alleine darin bestehen, dass die am Sonntag eingesetzten Spielloffiziellen gegenüber dem SFV zusätzlich einen theoretischen Anspruch auf Freizeit von gleicher Dauer bzw. allenfalls Ersatzruhe hätten. Dieser Anspruch ist deshalb nur ein theoretischer, weil jeder Spielloffizielle in der Praxis zwischen zwei Spielen regelmässig einige Tage Pause hat, in welchen er seine ihm zustehende Freizeit oder Ersatzruhe beziehen kann. Damit die vom Gesetzgeber vorgesehene Kompensation der durch die Sonntagsarbeit erlittenen Nachteile in familiärer, kultureller und sozialer Hinsicht<sup>951</sup> im Falle der sonntags eingesetzten Spielloffiziellen nicht gänzlich obsolet wird, bieten sich grundsätzlich zwei mögliche Lösungsvarianten an. Entweder müsste dieser Anspruch auf Ausgleich durch Freizeit bzw. Ersatzruhe gegenüber dem SFV als Arbeitgeber insoweit verstanden werden, als der SFV verpflichtet wäre, dafür zu sorgen, dass die sonntags eingesetzten Spielloffiziellen die ihnen hierdurch zustehende Freizeit bzw. Ersatzruhe bei ihrem zivilen Arbeitgeber beziehen können, was letztlich eine Lohnausgleichszahlung des SFV gegenüber dem zivilen Arbeitgeber der Spielloffiziellen zur Folge hätte. Eine andere Möglichkeit wäre, der gemäss Gesetzessystematik nur im Falle vorübergehender Sonntagsarbeit bestehende Anspruch auf einen 50-prozentigen Lohnzuschlag analog aus Billigkeitsgründen auch in diesem speziellen Fall der dauernden oder regelmässig wiederkehrenden Sonntagsarbeit zuzusprechen. Rein aus Gründen der Praktikabilität dürfte die letztgenannte Lösung wohl deutlich einfacher zu handhaben sein. Auch dieser Lohnzuschlag, welcher wie derjenige für Nachtarbeit unabhängig vom Vorliegen einer Bewilligung geschuldet ist, kann weder vorgängig durch Vereinbarung ausgeschlossen werden, noch kann der Arbeitnehmer während des Arbeitsverhältnisses gültig darauf verzichten.<sup>952</sup>

#### d) *Durchsetzung dieser Ansprüche*

Werden dem Arbeitgeber durch öffentlich-rechtliche Vorschriften Verpflichtungen auferlegt, so steht dem Arbeitnehmer diesbezüglich ein zivilrechtlicher Erfüllungsanspruch zu.<sup>953</sup> Somit können die vorerwähnten Ansprüche auf Lohnzuschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit mangels Schiedsfähigkeit ohne Weiteres an einem Zivilgericht eingeklagt werden.<sup>954</sup> Daneben könnten die Spielloffiziellen vor einem Zivilgericht auch auf Erfüllung ihres Anspruchs auf Durchsetzung der Sonntagsruhe innert zwei Wochen klagen oder sich gar gegen jegliche

<sup>951</sup> STÖCKLI/SOLTERMANN, Art. 18 ArG N 1 m.w.H.

<sup>952</sup> MÜLLER/MADUZ, Art. 19 ArG N 9.

<sup>953</sup> Vgl. Art. 342 Abs. 2 OR.

<sup>954</sup> GEISER/MÜLLER, Nr. 973.

Nacht- und Sonntagsarbeit mangels Vorliegen einer öffentlich-rechtlichen Bewilligung zur Wehr setzen.<sup>955</sup>

Zu beachten ist in diesem Zusammenhang noch die Verjährung. Forderungen aus dem Arbeitsverhältnis von Arbeitnehmern verjähren gemäss Art. 128 Ziff. 3 OR nach fünf Jahren. Als solche Forderungen gelten alle, welche die erbrachte Leistung abgilt, wozu neben dem Grundlohn beispielsweise auch Lohnzuschläge für Nacht- oder Sonntagsarbeit zu zählen sind.<sup>956</sup> Somit könnten die beim SFV angestellten Spielformalisten gegenüber diesem für die letzten fünf Jahre die nicht ausgerichteten Zuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit zurückfordern.

## 6. Ferienanspruch und -lohn

Wie alle Arbeitnehmer haben auch die mit dem SFV in einem Arbeitsverhältnis stehenden Spielformalisten den ihnen gesetzlich zwingend zustehenden Anspruch auf Ferien.<sup>957</sup> Dieser Anspruch ist doppelter Natur. Einerseits wird dem Arbeitnehmer hierdurch zusammenhängende Freizeit von mehreren Tagen zwecks Erholung eingeräumt, andererseits beinhaltet der gesetzliche Ferienanspruch auch die Fortsetzung der Lohnzahlung, um dem Arbeitnehmer überhaupt wirtschaftlich zu ermöglichen, sich dem Erholungszweck zu widmen.<sup>958</sup>

### A) Ferienanspruch

Fraglich ist im Zusammenhang mit dem Ferienanspruch bei Sportlern regelmässig, inwieweit der Arbeitgeber im Hinblick auf die konkrete Ausgestaltung und Geltendmachung des Ferienanspruchs Grenzen setzen kann. Anders als offenbar im deutschen Recht<sup>959</sup> bestimmt nach schweizerischem Arbeitsrecht grundsätzlich der Arbeitgeber den Zeitpunkt der Ferien des Arbeitnehmers. Er hat hierzu jedoch den Arbeitnehmer anzuhören und soll auf dessen Wünsche Rücksicht nehmen, soweit dies mit den Interessen des Betriebs vereinbar ist.<sup>960</sup> Zwar kann weder den SFL-Anstellungsbedingungen noch den übrigen Verbandsreglementen eine Beschränkung dahin gehend entnommen werden, wonach die Spielformalisten lediglich in der pflichtspielfreien Zeit Ferien beziehen könnten.<sup>961</sup> Trotzdem wäre es nach hier vertretener Auffassung zulässig, wenn der Verband als

---

<sup>955</sup> Vgl. STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 342 OR N 6.

<sup>956</sup> Vgl. STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 341 OR N 8 m.w.H.

<sup>957</sup> Vgl. Art. 329a i.V.m. Art. 362 Abs. 1 OR.

<sup>958</sup> STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 329a OR N 2 m.w.H.

<sup>959</sup> Vgl. HAAS/MARTENS, S. 158 m.w.H.

<sup>960</sup> Art. 329c Abs. 2 OR.

<sup>961</sup> Vgl. insbesondere Ziff. 2.7 SFL-Anstellungsbedingungen. Demgegenüber wird in den AVB zum Arbeitsvertrag für Nichtamateurspieler der Clubs des SFV ausdrücklich festgehalten, dass diese in der spielfreien Zeit bezogen werden müssen (vgl. Art. 26 SFV-AVB).

Arbeitgeber den Spieloffiziellen im Einzelfall, beispielsweise während der Schlussphase der Meisterschaft, einen Ferienwunsch zufolge betrieblicher Notwendigkeit ablehnen würde. Eine generelle und pauschale Ablehnung jeglicher Ferienwünsche während der laufenden Meisterschaft wäre demgegenüber nach hier vertretener Auffassung nicht zulässig.<sup>962</sup>

Insbesondere bei Mannschaftssportlern scheint es offensichtlich ein weitverbreitetes Phänomen zu sein, sie während der trainingsfreien Zeit in der Sommer- und allenfalls Winterpause mit einem persönlichen Trainingsplan auszurüsten. Auch die mit dem SFV in einem Arbeitsverhältnis stehenden Spieloffiziellen haben sich während des ganzen Jahres, also insbesondere auch während der wettkampffreien Zeit, an die für die jeweilige Woche erstellten Trainingspläne zu halten bzw. diese zu befolgen.<sup>963</sup> Dies ist nach hier vertretener Ansicht jedoch insbesondere vor dem Hintergrund der Ferien als Erholungszweck<sup>964</sup> problematisch. Wie sich eine vom Arbeitgeber ständig erwartete Erreichbarkeit mit elektronischen Geräten nicht nur in Notfällen sich nicht mit dem Ferienbezug vereinbaren lässt,<sup>965</sup> muss dasselbe nach hier vertretener Ansicht auch für ein dem Arbeitnehmer gleichsam als *Hausaufgabe* in die Ferien mitgegebenes Trainingsprogramm gelten. Zwar kann von den Spieloffiziellen wie auch von einem professionellen Mannschaftssportler erwartet werden, dass er seine Gesundheit und körperliche Fitness während der Ferien nicht derart vernachlässigt, dass er beispielsweise übergewichtig wieder zur Arbeit erscheinen würde. Die Befolgung eines vorgegebenen Trainingsprogramms während der Ferien ist nach hier vertretener Ansicht mit dem Ferienbezug indes nicht vereinbar und entsprechend auch nicht zulässig.

## B) Ferienlohn

Hinsichtlich des den Spieloffiziellen zustehenden Ferienlohns wird in Ziff. 2.7 der SFL-Anstellungsbedingungen festgehalten, sämtliche den Spieloffiziellen ausbezahlten Entschädigungen würden 8,33% Ferien- und Feiertagsentschädigung beinhalten. Allgemein ist der Ferienlohn so zu bestimmen, dass der Arbeitnehmer gleich viel erhält, wie wenn er während der Ferienzeit gearbeitet hätte.<sup>966</sup> Es ist deshalb grundsätzlich nicht zulässig, den Lohn für die Ferienzeit in die regulären Lohnzahlungen einzurechnen bzw. diesen zuzuschlagen. Lediglich bei sehr unregelmässigen Arbeitsleistungen wird in der Rechtsprechung eine solche Einrechnung des Ferienlohns in die regulären Lohnzahlungen akzeptiert. Dies jedoch unter den kumulativen Voraussetzungen, dass der auf die Feri-

---

<sup>962</sup> Vgl. auch HAAS/MARTENS, S. 158.

<sup>963</sup> Siehe hierzu vorne, S. 117.

<sup>964</sup> STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 329a OR N 6 m.w.H.

<sup>965</sup> Vgl. STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, a.a.O.

<sup>966</sup> PORTMANN/RUDOLPH, Art. 329d OR, N 3 m.w.H.

en entfallende Lohnanteil sowohl im Vertrag selber als auch in jeder einzelnen Lohnabrechnung ausdrücklich separat ausgewiesen werden muss.<sup>967</sup> Die Voraussetzung der unregelmässigen Arbeitsleistung dürfte im Falle der Spieloffiziellen ohne Weiteres erfüllt sein und mit Ziff. 2.7 der SFL-Anstellungsbedingungen besteht auch eine von der Rechtsprechung geforderte schriftliche Vertragsbestimmung. Damit sich der SFV als Arbeitgeber indes vor dem Risiko von allfälligen, grundsätzlich auf fünf Jahre zurück<sup>968</sup> geltend zu machenden Doppelzahlungen des Ferienlohns befreien könnte, müsste er zusätzlich auf jeder den Spieloffiziellen ausgehändigten Lohnabrechnung den Ferienlohn nochmals gesondert ausweisen.

## **7. Möglichkeit der freiwilligen BVG-Versicherung bei Mehrfachbeschäftigung**

Wie bereits erwähnt,<sup>969</sup> geht der SFV davon aus, dass nur die regelmässig in der Super League als Schiedsrichter eingesetzten Spieloffiziellen mit ihrem Bruttoeinkommen die obligatorische BVG-Eintrittsschwelle erreichen würden. Dass diese Annahme indes auf einer nach hier vertretenen Ansicht unzulässigen, weil ohne Vorliegen eines vernünftigen Grunds vorgenommenen, atypischen Vertragsgestaltung beruht, wurde ebenfalls bereits erörtert.<sup>970</sup>

Selbst wenn diese Annahme für gewisse Spieloffiziellen dennoch zutreffen würde, hätten diese die Möglichkeit, sich freiwillig dem BVG-Obligatorium zu unterstellen. Untersteht nämlich ein Arbeitnehmer bereits der obligatorischen Versicherung für eine Beschäftigung, so sieht das Gesetz die Möglichkeit vor, eine oder gar mehrere weitere Teilzeitbeschäftigungen bei dieser Vorsorgeeinrichtung versichern zu lassen, sofern deren Reglement dies zulässt.<sup>971</sup> Falls das Reglement der Vorsorgeeinrichtung diese Möglichkeit der Versicherung nicht vorsieht, bleibt dem Arbeitgeber die Möglichkeit, sich der Auffangeinrichtung anzuschliessen.<sup>972</sup> Der Arbeitnehmer kann sich grundsätzlich jederzeit dafür entscheiden, sich einer solchen Versicherung zu unterstellen. Aus der Natur der beruflichen Vorsorge ergibt sich jedoch, dass ein Beitritt nicht rückwirkend erfolgen kann, da eine solche Rückwärtsversicherung unzulässig wäre.<sup>973</sup>

---

<sup>967</sup> STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 329d OR N 9 m.w.H.

<sup>968</sup> Gemäss Art. 128 Ziff. 3 OR beträgt die Verjährungsfrist für Arbeitnehmerforderungen fünf Jahre.

<sup>969</sup> Siehe vorne, S. 127.

<sup>970</sup> Siehe hierzu vorne, S. 130.

<sup>971</sup> Vgl. Art. 46 Abs. 2 BVG; STAUFFER, Nr. 613.

<sup>972</sup> Art. 46 Abs. 2 BVG.

<sup>973</sup> GEISER/SENTI, Art. 46 BVG N 18 m.w.H.

Obwohl grundsätzlich der Arbeitnehmer für die Beitragsleistung verantwortlich und somit auch alleiniger Beitragsschuldner ist, hat er einen Anspruch gegenüber dem Arbeitgeber auf Ausrichtung der Hälfte derjenigen Beiträge, welche auf den von diesem bezogenen Lohn entfallen.<sup>974</sup> Zwar trifft den Arbeitnehmer eine Informationspflicht gegenüber dem Arbeitgeber hinsichtlich dessen Beitritts zur freiwilligen Versicherung, ein Einverständnis des Arbeitgebers ist hierfür jedoch nicht notwendig.<sup>975</sup> Das Gesetz selber sieht darüber hinaus noch die Möglichkeit vor, dass die Vorsorgeeinrichtung auf Begehren des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber das Inkasso für die Rückerstattung seiner Beiträge übernimmt.<sup>976</sup> Beitragsschuldner gegenüber der Vorsorgeeinrichtung bleibt indes in jedem Fall der Arbeitnehmer.<sup>977</sup>

Aufgrund der vorstehend beschriebenen Rechtslage bestünde für die beim SFV angestellten Spieloffiziellen ohne Weiteres die Möglichkeit, sich für den hierfür bezogenen Lohn freiwillig im Sinn von Art. 46 Abs. 2 BVG versichern zu lassen. Voraussetzung hierfür wäre, dass sie für dieses Arbeitsverhältnis nicht unter das BVG-Obligatorium fallen,<sup>978</sup> was aufgrund der nach der hier vertretenen Ansicht unzulässigen Berechnung des massgeblichen Einkommens durch den SFV bei den allermeisten Spieloffiziellen der Fall sein dürfte. Entsprechend hätten sie auch einen Anspruch gegenüber dem SFV auf Übernahme dieser hälftigen Beiträge. Da es sich hierbei um Lohnnebenkosten handelt, können diese wie die Zuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit innert fünf Jahren eingefordert und nötigenfalls auf dem Zivilprozessweg durchgesetzt werden.<sup>979</sup> Anders als bei den Zuschlägen für Nacht- und Sonntagsarbeit können zufolge der Unmöglichkeit eines rückwirkenden Vertragseintritts diese jedoch nicht für die letzten fünf Jahre, sondern frühestens ab dem Zeitpunkt der Unterstellung gefordert werden. Ob die Beitragspflicht des Arbeitgebers dabei erst nach erfolgter Information durch den Arbeitnehmer über die freiwillige Unterstellung oder allenfalls auch rückwirkend ab dem Zeitpunkt der effektiven Unterstellung gefordert werden kann, ist umstritten.<sup>980</sup>

---

<sup>974</sup> Art. 46 Abs. 3 BVG.

<sup>975</sup> GEISER/SENTI, Art. 46 BVG N 37 f.; STAUFFER, Nr. 618.

<sup>976</sup> Art. 46 Abs. 4 BVG.

<sup>977</sup> GEISER/SENTI, Art. 46 BVG N 27; vgl. auch STAUFFER, Nr. 616.

<sup>978</sup> GEISER/SENTI, Art. 46 BVG N 9.

<sup>979</sup> GEISER/SENTI, Art. 46 BVG N 42 f.

<sup>980</sup> Einer solchen Rückwirkung zustimmend GEISER/SENTI, Art. 46 BVG N 38; a.M. STAUFFER, Nr. 615.

## **8. Fürsorgepflicht des Arbeitgebers – insbesondere Schutz bei persönlichkeitsverletzenden Medienkam- pagnen**

### **A) Rechtliche Grundlagen**

Gemäss Art. 328 Abs. 1 OR hat der Arbeitgeber im Arbeitsverhältnis unter anderem die Persönlichkeit des Arbeitnehmers zu achten und zu schützen. Er hat dabei nicht nur selber persönlichkeitsverletzende Eingriffe zu unterlassen, sondern den Arbeitnehmer auch vor Übergriffen Dritter in vielfältiger Weise zu schützen.<sup>981</sup> Er hat dabei unter anderem zum Schutz der persönlichen Integrität der Arbeitnehmer alle Massnahmen zu treffen, welche nach der Erfahrung notwendig, dem Stand der Technik anwendbar und den Verhältnissen des Betriebs angemessen sind.<sup>982</sup> Den Arbeitgeber treffen also keineswegs nur Unterlassungspflichten, vielmehr hat er auch die Pflicht, zum Schutz seiner Arbeitnehmer aktiv tätig zu werden.<sup>983</sup> Art. 328 OR stellt insofern das arbeitsvertragliche Pendant zu Art. 28 ZGB dar,<sup>984</sup> als diese Bestimmung zwar die Vorschrift von Art. 28 ZGB konkretisiert, einem Arbeitnehmer indes keinen über das allgemeine Persönlichkeitsrecht hinausgehenden Schutz einräumt.<sup>985</sup>

### **B) Medienkampagnen gegen Spieloffizielle**

Ausgehend vom weitverbreiteten Grundsatz, wonach der beste Schiedsrichter stets derjenige sei, welcher während eines Spiels gar nicht wahrgenommen werde,<sup>986</sup> erscheinen die Spielleiter in erster Linie dann in den Medien, wenn ihre Entscheidungen zu Diskussionen Anlass geben. Dabei stehen die Schiedsrichter

---

<sup>981</sup> Vgl. STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 328 OR N 3; GEISER/MÜLLER, Nr. 454.

<sup>982</sup> Vgl. Art. 328 Abs. 2 OR.

<sup>983</sup> Vgl. PORTMANN/STÖCKLI, Nr. 416; SUTTER, S. 235. Demgegenüber kann aus Art. 28 ZGB selber kein solcher Anspruch auf aktives Tätigwerden abgeleitet werden. Diese Bestimmung hat lediglich negatorischen Charakter, vgl. AEBI-MÜLLER/MORAND, S. 236 m.w.H.; BRÜCKNER, Nr. 405.

<sup>984</sup> PORTMANN/STÖCKLI, Nr. 414; VISCHER/MÜLLER, § 16 N 2. Dabei ist aber zu beachten, dass sich die beiden Bestimmungen nicht nur hinsichtlich ihres sachlichen Anwendungsbereichs, sondern auch ihres Charakters unterscheiden (vgl. hierzu vorne, Fn. 983).

<sup>985</sup> BETTEX, S. 58; STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 328 OR N 2; a.M. WYLER/HEINZER, S. 314 m.w.H.

<sup>986</sup> Vgl. zum Beispiel die Berichterstattung im Anschluss an den Schweizerischen Cupfinal 2014 zwischen dem FC Zürich und dem FC Basel (<<http://www.tagesanzeiger.ch/sport/fussball/Rote-Karten-rote-Koepfe/story/22490325>>, besucht Ende Juli 2017), in welchem den Spieloffiziellen in der Verlängerung eine spielbeeinflussende Fehlentscheidung unterlief und dementsprechend auch medial hohe Wellen schlug.



im Vergleich zu den Assistenten, den vierten sowie allenfalls fünften und sechsten Offiziellen ungleich stärker im Blickfeld der Medien. Beispiele, in welchen Spieloffizielle nach diskutablen Entscheidungen während Tagen oder gar Wochen in den Medien präsent sind, gibt es sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene zuhauf. An dieser Stelle sollen beispielhaft nur zwei solcher Kampagnen Erwähnung finden:

In der 90. Minute des Viertelfinalspiels der Europameisterschaft 2000 zwischen England und Portugal annullierte der Schweizer Schiedsrichter Urs Meier das vermeintliche Siegestor des Engländers Sol Campbell aufgrund eines Foulspiels seines Mitspielers John Terry. England verlor dieses Spiel schliesslich im Elfmeterschiessen und schied aus dem Turnier aus. Die englischen Boulevardzeitungen veranstalteten eine beispiellose Hasskampagne, im Rahmen deren unter anderem auch die E-Mail-Adresse sowie die private Wohnadresse des Schiedsrichters publik gemacht wurden. In der Folge erreichten diesen unzählige Hass-E-Mails und Morddrohungen, sodass er vorübergehend unter Polizeischutz stand und an einem sicheren Ort untergebracht werden musste.<sup>987</sup>

Anlässlich des Meisterschaftsspiels der Super League zwischen dem BSC Young Boys Bern und dem FC Sion vom 13. März 2016 entschieden die Spieloffiziellen nach einem Zweikampf im Strafraum der Gastmannschaft zwischen Torhüter Andris Vanins und dem Berner Angreifer Miralem Sulejmani fälschlicherweise auf Strafstoss und Platzverweis für den Torhüter, während die Fernsehbilder das Verhalten des Angreifers als Simulation entlarvten. Zudem ging der ganzen Situation noch eine ungeahndete Abseitsstellung des Angreifers voraus. In der Folge führte die grösste Schweizer Boulevardzeitung, welche Schiedsrichter Sascha Amhof bereits schon ein halbes Jahr zuvor unverhohlen als «die grösste Tomate der Schweiz»<sup>988</sup> betitelt hatte, befeuert durch die wiederholten, mehrtägigen verbalen Angriffe des Präsidenten des FC Sion eine einwöchige Kampagne gegen Schiedsrichter Sascha Amhof, welche aufgrund dessen Einsatzes in der österreichischen Bundesliga eine Woche später sowie eines erneut umstrittenen Entscheids im Spiel SCR Altach gegen den SV Gröding auch noch eine Fortsetzung in der österreichischen Boulevardpresse fand.<sup>989</sup>

<sup>987</sup> Vgl. <<http://www.spiegel.de/sport/fussball/nicht-gegebenes-tor-morddrohung-gegen-schweizer-em-schiri-a-306507.html>> sowie <<http://www.sueddeutsche.de/sport/interview-im-jura-war-alles-ruhig-1.302190>>, beide besucht Ende Juli 2017.

<sup>988</sup> Vgl. <<http://www.blick.ch/sport/fussball/superleague/so-entscheidet-schiri-amhof-basel-gc-die-groesste-tomate-der-schweiz-id4337771.html>>, besucht Ende Juli 2017.

<sup>989</sup> Vgl. anstelle vieler <<http://www.blick.ch/sport/fussball/wir-werden-permanent-benachteiligt-so-rechtfertigt-cc-seinen-belohnungs-irrsinn-id4807931.html>> sowie <<http://www.blick.ch/sport/fussball/superleague/dieses-mal-in-oesterreich-schon-wieder-verpfeift-schiri-amhof-ein-spiel-id4825871.html>>, beide besucht Ende Juli 2017.

## C) Persönlichkeitsschutz von Sportlern im Allgemeinen

Damit die Frage geklärt werden kann, welche Massnahmen der SFV als Arbeitgeber im Rahmen seiner Fürsorgepflicht zum Schutz sowie zur Achtung der Persönlichkeit seiner angestellten Spieloffiziellen zu ergreifen hat, ist zunächst zu klären, wie weit die Persönlichkeit eines Sportlers im Allgemeinen und eines Spieloffiziellen im Speziellen geschützt ist.<sup>990</sup>

### a) *Der Sportler als öffentliche Person*

Die Persönlichkeitsrechte stehen jedem Menschen zu und sind höchstpersönliche, absolute Abwehrrechte, welche der einzelnen Person Schutz in ihren wesentlichen Eigenschaften gewähren.<sup>991</sup> Weder ist die Zahl der Persönlichkeitsrechte begrenzt, noch bestehen diese aus einer Summe genau bestimmter Einzelrechte.<sup>992</sup> In der Literatur wird jedoch im Sinne einer Gliederung ganz allgemein zwischen der physischen, der affektiven und der sozialen Persönlichkeit unterschieden.<sup>993</sup> Jeder Mensch erhält dadurch einen Freiraum, in welchem er seine Persönlichkeit entfalten kann.<sup>994</sup> Diese personale Selbstentfaltung kann insbesondere auch die eigene Darstellung in der Öffentlichkeit betreffen.<sup>995</sup> Gerade im professionellen Sport kommt den Persönlichkeitsrechten eine besonders hohe Bedeutung zu, ist doch die Persönlichkeit von Sportlern besonders gefährdet. Einerseits war und ist mit dem stetigen Ansteigen der Entlohnung der Sportler nach wie vor auch eine gewisse Tendenz zur körperlichen Überbeanspruchung

<sup>990</sup> Da wie vorstehend erwähnt Art. 328 OR das arbeitsrechtliche Pendant zu Art. 28 ZGB darstellt, soll an dieser Stelle lediglich untersucht werden, inwiefern die Persönlichkeit eines Sportlers durch Art. 28 ZGB geschützt ist. Nicht näher eingegangen wird auf den sich allenfalls aus Sondernormen (z.B. Art. 29 Abs. 2 ZGB oder Art. 3 lit. a UWG) oder Sondergesetzen (z.B. DSG, OHG oder URG) ergebenden, über Art. 28 ZGB hinausgehenden Persönlichkeitsschutz, da dieser gegenüber dem Arbeitgeber im Rahmen von Art. 328 OR nicht geltend gemacht werden kann.

<sup>991</sup> Vgl. MÄTZLER, S. 163 m.w.H.

<sup>992</sup> RIEMER, Nr. 29; vgl. auch HAAS/DRALLÉ, S. 108.

<sup>993</sup> Vgl. anstelle vieler BUCHER, Persönlichkeitsschutz, Nr. 439. Ein Schutz der wirtschaftlichen Persönlichkeit als solcher (nicht aber der wirtschaftlichen Verwertung der einer Person kraft des Persönlichkeitsrechts zustehenden Selbstentfaltung, vgl. HAAS/DRALLÉ, S. 109 m.w.H. sowie LOEF, S. 121 f. m.w.H.) fehlt demgegenüber in der schweizerischen Rechtsordnung (vgl. HAUSHEER/AEBI-MÜLLER, Nr. 10.15 sowie ausführlich KRAFT, S. 71 ff.). Das Recht eines Profisportlers, eine wirtschaftliche Tätigkeit seiner Wahl auszuüben, welche es ihm ermöglicht, Mittel zur Sicherung seiner Existenz zu erzielen, stellt jedoch einen Teilgehalt des durch Art. 28 ZGB geschützten Persönlichkeitsrechts dar (vgl. Entscheid Nr. C1 11 182 des Kantonsgerichts Wallis vom 16. November 2011, E. 5a.aa, in: CaS 4/2011, S. 359 ff.).

<sup>994</sup> VALLONI/PACHMANN, S. 96.

<sup>995</sup> NAM, S. 26; DEGENHART, S. 361 m.w.H.

sowie zum Missbrauch der Sportler als Spekulationsobjekte zu beobachten.<sup>996</sup> Andererseits ist das Zusammenspiel zwischen den Sportlern, den Medien und der Öffentlichkeit überhaupt erst Voraussetzung für die gesellschaftliche Dimension des Sports, wobei den Medien in diesem Zusammenspiel die Vermittlungsrolle von Informationen an die breite Öffentlichkeit zukommt.<sup>997</sup>

Sofern ein Sportler effektiv auch an Sportveranstaltungen teilnimmt oder mit Sportveranstaltungen in einen engen Zusammenhang gebracht werden kann, gilt er als Person des öffentlichen Bereichs und damit grundsätzlich als öffentliche Person.<sup>998</sup> Als solche nimmt er eine Beachtung der Öffentlichkeit zumindest in Kauf<sup>999</sup> und hat damit zu rechnen, dass sich die Öffentlichkeit allenfalls nicht nur mit seinen Leistungen, sondern auch mit seiner Person beschäftigt.<sup>1000</sup> Dennoch stehen auch die Persönlichkeitsgüter eines Sportlers unter dem Schutz des Persönlichkeitsrechts. Aufgrund des Umstandes, dass ein Sportler als öffentliche Person gilt, ergeben sich zwischen diesen Persönlichkeitsgütern und der Tätigkeit der Massenmedien Spannungsverhältnisse, welche sich insbesondere im Bereich der Rechtsgüter der Privatsphäre, der Geheimsphäre, dem Anspruch auf das eigene Bild sowie der Ehre manifestieren. Diese Spannungsverhältnisse sollen nachfolgend kurz beleuchtet werden.

#### b) *Die Privatsphäre des Sportlers*

Die Privatsphäre eines Menschen umfasst alle Tatbestände, welche das Eigenleben einer Person betreffen, sich nicht in der Öffentlichkeit abspielen und deshalb nicht allgemein wahrnehmbar sind.<sup>1001</sup> Es handelt sich dabei um «all jene Le-

<sup>996</sup> Vgl. SUTTER, S. 235 m.w.H.

<sup>997</sup> Vgl. FÄHNDRICH, S. 33.

<sup>998</sup> MANAI, Nr. 128 ff.; FÄHNDRICH, S. 38. Ein solcher Öffentlichkeitswert kann ausserhalb der Teilnahme an Sportveranstaltungen auch in der Person des Sportlers selber begründet sein, indem sich ein Öffentlichkeitsinteresse aufgrund einer regelmässigen Teilnahme an Sportveranstaltungen über einen gewissen Zeitraum einstellt (vgl. DERSELBE, a.a.O.).

<sup>999</sup> Was bei einem nicht prominenten Normalbürger demgegenüber gerade nicht der Fall sein dürfte (vgl. anstelle vieler HAUSHEER/AEBI-MÜLLER, Nr. 12.122).

<sup>1000</sup> FÄHNDRICH, S. 38 f.; vgl. auch MANAI, Nr. 157.

<sup>1001</sup> Vgl. FÄHNDRICH, S. 9 und 11. Dieser Autor bezeichnet den hier in Abgrenzung zur Geheimsphäre verwendeten Begriff der Privatsphäre als «Privatsphäre im engeren Sinn», da für ihn der Begriff der Privatsphäre als Oberbegriff sowohl die Privatsphäre im engeren Sinn als auch die Geheimsphäre umfasst (vgl. DERSELBE, S. 9 ff.). Demgegenüber gehen geht die neuere Literatur und Rechtsprechung in Anlehnung an das deutsche Recht von der (ursprünglich von HUBMANN entwickelten, vgl. DERSELBE, S. 268 ff.) sogenannten *Drei-Sphären-Theorie* aus, wonach das Leben eines jeden Menschen sich in drei Lebenssphären abspielt: dem Geheimbereich als innerstem Kreis, der Privatsphäre als mittlerem Kreis und der Öffentlichkeitsphäre als äusserstem Kreis (vgl. anstelle vieler BRÜCKNER, Nr. 482 sowie

bensäusserungen [...], die der einzelne mit einem begrenzten, ihm relativ nah verbundenen Personenkreis teilen will, so mit Angehörigen, Freunden und Bekannten, jedoch nur mit diesen».<sup>1002</sup>

Auch einem Sportler als öffentliche Person ist zur Entfaltung seiner Persönlichkeit ein ausreichendes Mass an privatem Freiraum zuzugestehen. Das Interesse des Sportlers an der Wahrung seiner Privatsphäre kollidiert jedoch mit dem öffentlichen Interesse der Medien an Meinungsäusserung und Information, deren Aufgabe es letztlich ist, die Öffentlichkeit über Sportveranstaltungen zu informieren. Dass sich dabei die Berichterstattung nicht alleine auf den Wettkampf und die Resultatübermittlung beschränken muss, steht ausser Frage. Auch wenn eine solche Berichterstattung der Medien das Umfeld eines Sportlers mit-erfassen darf, so steht diesem trotzdem das Recht zu, über einen Lebensbereich zu verfügen, welchen die Öffentlichkeit nichts angeht.<sup>1003</sup> Sofern ein die individuellen Interessen des betroffenen Sportlers übersteigendes öffentliches Interesse an der Kenntnis privater Tatsachen vorliegt, sind die Medien indessen berechtigt, in die Privatsphäre des Sportlers einzugreifen. Ein solches Interesse liegt insbesondere dann vor, wenn Tatsachen aus der Privatsphäre im Zusammenhang mit seiner öffentlichen Tätigkeit stehen und damit ebenfalls von öffentlichem Interesse werden.<sup>1004</sup> In eine solche Interessenabwägung sind verschiedene Faktoren miteinzubeziehen. Während die Privatsphäre eines Sportlers beispielsweise in seinem privaten Umfeld vollumfänglich geschützt ist, wird die Sportstätte räumlich dem Gemeinbereich zugeordnet, in welchem die Medien ihre Beobachtungen grundsätzlich weiterverbreiten dürfen.<sup>1005</sup> Das Informationsinteresse der Öffentlichkeit ist sodann auch abhängig vom Aktualitätswert eines Ereignisses. Während eine ursprüngliche Berichterstattung über private Tatsachen im Zusammenhang mit einem aktuellen Sportanlass noch einem berechtigten öffentlichen Interesse entsprechen kann, kann das private Interesse des Sportlers das öffentliche Interesse im Verlaufe der Zeit an der fortgesetzten medialen Verbreitung solcher privater Tatsachen überwiegen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn eine solche Tatsache von der Öffentlichkeit bereits vergessen wurde und lediglich durch die Medien wieder in Erinnerung gerufen wird.<sup>1006</sup> Das Vorliegen eines die privaten Interessen eines Sportlers an der Wahrung seiner Pri-

---

MANAI, Nr. 149 ff.; zur Kritik am Konzept der Sphärentheorie insbesondere im Zusammenhang mit der Medienfreiheit vgl. ausführlich LOEF, S. 135 ff.)

<sup>1002</sup> BUCHER, Persönlichkeitsschutz, Nr. 453 mit Hinweis auf BGE 97 II 97 ff. sowie JÄGGI, S. 226a. Vgl. auch RIEMER, Personenrecht, Nr. 352.

<sup>1003</sup> FÄHNDRICH, S. 40 ff. Ausführlich zur brisanten Thematik, ob und in welchem Umfang über das Privatleben von Sportlern in den Medien berichtet werden darf, DÖRR, S. 138 ff.

<sup>1004</sup> FÄHNDRICH, S. 42 f.

<sup>1005</sup> FÄHNDRICH, S. 45 f.

<sup>1006</sup> FÄHNDRICH, S. 47 f.

vatsphäre übersteigenden öffentlichen Interesses ist somit im Wesentlichen anhand folgender Faktoren zu prüfen: am Zusammenhang der Tatsache aus dem Privatleben mit dem Sport, an dessen Aktualitätsgehalt und an der Intensität der Beziehung dieser privaten Tatsache zur gegenwärtigen sportlichen Situation.<sup>1007</sup>

*c) Die Geheimsphäre des Sportlers*

Geheime oder intime Angelegenheiten einer Person bilden deren Geheimsphäre. Es handelt sich dabei um Tatsachen, Lebensvorgänge oder Beziehungen, welche nach dem Willen eines Menschen dem Wissen und der Kenntnis aller anderen Personen entzogen sind und nur besonders vertrauten Menschen offenstehen sollen.<sup>1008</sup> Die Geheimsphäre erfasst einen engeren Bereich als die Privatsphäre,<sup>1009</sup> wobei die Grenze von jedem Menschen individuell bestimmt wird.<sup>1010</sup>

Eine Veröffentlichung dieser Tatsachen entgegen dem Willen der betroffenen Person stellt grundsätzlich stets eine Verletzung der Geheimsphäre dieser Person dar.<sup>1011</sup> Anders als für die Privatsphäre dürfte im Bereich der Geheimsphäre eines Sportlers kaum je ein derart wichtiges öffentliches Interesse vorliegen, welches die Enthüllung eines Geheimnisses durch die Medien zu rechtfertigen vermag.<sup>1012</sup> In diesem Punkt unterscheidet sich die Rechtsposition eines Sportlers somit nicht von derjenigen einer Privatperson.

*d) Das Recht des Sportlers am eigenen Bild*

Das Recht am eigenen Bild erlaubt es jedem Menschen, die unbefugte erkenntliche Nachbildung der eigenen Person zu untersagen.<sup>1013</sup> Geschützt ist demnach die Freiheit des Abgebildeten, darüber zu entscheiden, ob und unter welchen Umständen ein Bild von ihm verwendet werden darf.<sup>1014</sup> Wie die Privat- und Geheimsphäre als solche unterstehen auch Bilder aus der Privat- und Geheimsphäre von Sportlern dem Schutz des Persönlichkeitsrechts. Entsprechend ist denn auch die Veröffentlichung von Bildern aus der Privatsphäre von Sportlern bei Vorliegen eines die privaten Interessen des Sportlers überwiegenden öffentlichen Interesses zulässig, während ein solches öffentliches Interesse für die Veröffentlichung von Bildern aus dem Geheimbereich kaum je gegeben sein dürfte. Damit bleibt noch die Frage zu klären, inwiefern die Veröffentlichung

---

<sup>1007</sup> FÄHNDRICH, S. 101.

<sup>1008</sup> JÄGGI, S. 227a m.w.H.; BAUMANN, Personenrecht, Nr. 12.2.3.

<sup>1009</sup> Vgl. BUCHER, Persönlichkeitsschutz, Nr. 456.

<sup>1010</sup> DESCHENAUX/STEINAUER, Nr. 561.

<sup>1011</sup> FÄHNDRICH, S. 52.

<sup>1012</sup> FÄHNDRICH, S. 53.

<sup>1013</sup> FÄHNDRICH, S. 21 mit Hinweis auf RIKLIN, S. 216.

<sup>1014</sup> BÄCHLI, S. 71.

von Bildern öffentlicher Auftritte und Wettkampfteilnahmen dem Persönlichkeitsschutz unterliegt.

Grundsätzlich dürfen Bilder von Sportlern im Rahmen deren Wettkampfausübung ohne Weiteres in den Medien verbreitet werden. Das Verhalten des Sportlers auf dem Wettkampffeld ist zumindest geeignet, die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, was den Sportler überhaupt erst zu einer öffentlichen Person macht. Somit nimmt er mit der Teilnahme am Wettkampf ohne Weiteres mindestens in Kauf, dass sich die Medien mit ihm auch fotografisch oder filmisch befassen, wobei er insbesondere auch damit rechnen muss, dass diese Bilder einem noch viel grösseren Personenkreis als bloss den am Wettkampfort vor Ort anwesenden Zuschauern gezeigt werden.<sup>1015</sup> Lediglich in Ausnahmefällen kann vom Grundsatz der Rechtmässigkeit von Bildaufnahmen anlässlich von Wettkämpfen und öffentlichen Auftritten von Sportlern abgewichen werden. Eine solche Ausnahme liegt dann vor, wenn im Rahmen eines sportlichen Wettkampfs oder eines öffentlichen Auftritts eine Tatsache bildlich festgehalten wird, welche rechtlich als Bestandteil der Privat- oder Geheimsphäre des betroffenen Sportlers qualifiziert werden muss.<sup>1016</sup> Während die Publikation dieser Bilder im ersten Fall bei Vorliegen eines überwiegenden öffentlichen Interesses zulässig ist, wäre sie im zweiten Fall stets als rechtswidrig zu betrachten. Ebenfalls rechtswidrig ist die Veröffentlichung von anlässlich der Wettkampfausübung aufgenommenen Bildern von Sportlern, welche diese in ihrer Ehre beeinträchtigen. Das Vorliegen einer Ehrverletzung orientiert sich dabei daran, ob dieses Bild geeignet erscheint, bei seinen Adressaten objektiv eine Verminderung der Wertschätzung des betroffenen Sportlers hervorrufen zu können.<sup>1017</sup> Dabei sind nicht zuletzt auch die Modalitäten der Aufnahme, beispielsweise Format, Platzierung, Zeitlupe, Wiederholung etc. in die Beurteilung miteinzubeziehen.<sup>1018</sup> Ebenfalls im Grundsatz unzulässig ist die Verwendung von Bildern eines Sportlers, wenn diese zu reinen Werbezwecken eingesetzt werden und das Informationsinteresse der Öffentlichkeit hinter den Erwerbsinteressen zurücktritt, ohne dass der betroffene Sportler am Ertrag einer solchen Vermarktung beteiligt wird bzw. eine entsprechende Einwilligung des Sportlers vorliegt.<sup>1019</sup>

---

<sup>1015</sup> Vgl. FÄHNDRICH, S. 103 und 107 sowie KRAFT, S. 41. Ob ein Sportler mit der Teilnahme an einem Wettkampf die stillschweigende Einwilligung in eine Persönlichkeitsverletzung gibt oder er sich damit zum Vorneherein dem Anwendungsbe-  
reich des Persönlichkeitsschutzes entzieht, kann an dieser Stelle offengelassen werden. Weiterführend hierzu TRACHSLER, S. 143 m.w.H.; RIKLIN, S. 226 m.w.H.

<sup>1016</sup> FÄHNDRICH, S. 108 f.

<sup>1017</sup> FÄHNDRICH, S. 110 m.w.H.

<sup>1018</sup> Vgl. FÄHNDRICH, S. 111 ff.

<sup>1019</sup> Vgl. anstelle vieler FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, 4. Teil, N 207 ff. m.w.H.; SCHERRER/MURESAN/LUDWIG, S. 267 f.

Durch Einräumung von Nutzungsrechten ist dagegen die kommerzielle Verwertung des Bildes möglich.<sup>1020</sup>

### e) *Exkurs: Beschränkte Eigenvermarktung der Spieloffiziellen*

Ein Sportler kann indes nicht nur die Ausübung seines Rechts am eigenen Bild, sondern auch die Ausübung weiterer Bestandteile seines Persönlichkeitsrechts Dritten übertragen und diesen damit gestatten, diese zu vermarkten. Übertragen werden kann indes stets nur die Ausübung eines solchen Rechts, nie die Persönlichkeitsrechte selber.<sup>1021</sup> An dieser Stelle soll in aller Kürze der Frage nachgegangen werden, inwieweit es den Spieloffiziellen überhaupt erlaubt ist, sich als Werbeträger selber zu vermarkten, oder wie weit sie diese Vermarktungsrechte gültig an Verbände abgetreten haben.<sup>1022</sup>

#### aa) *Verwendung des Dresses der Spieloffiziellen*

Zunächst wäre es grundsätzlich denkbar, dass die Spieloffiziellen als Werbeträger in Ausübung ihrer Tätigkeit auf dem Fussballplatz bzw. im Stadion selber eingesetzt werden. Die FIFA erlaubt ihren Mitgliedverbänden bei nationalen Spielen das Anbringen von Werbung auf den Trikots der Spieloffiziellen.<sup>1023</sup> Diese Werbung ist sowohl inhaltlich<sup>1024</sup> als auch hinsichtlich deren Grösse<sup>1025</sup> beschränkt. Auch in der Verwendung der mit dieser Werbung generierten Mittel sind die Mitgliederverbände nicht frei. Diese haben gemäss ausdrücklicher Anordnung der FIFA in das Schiedsrichterwesen des jeweiligen Mitgliedverbandes zu fliessen. Auf nationaler Ebene wird in den SFV-Ausführungsbestimmungen zur Regel 5 der IFAB-Spielregeln lediglich festgehalten, dass der Zentralvorstand für Spiele im Zuständigkeitsgebiet des SFV Werbung auf den Trikots der Spieloffiziellen erlauben kann. Aufgrund dieser Bestimmung sowie der Verpflichtung der Spieloffiziellen, an Verbands- und Trainingsspielen sowie Kursen die zur Verfügung gestellte Ausrüstung zu tragen,<sup>1026</sup> geht indes klarerwise hervor, dass es den Spieloffiziellen auf nationaler Ebene nicht erlaubt ist, auf ihren Trikots individuell Werbung anzubringen.

Für internationale Spiele der UEFA und der FIFA ergibt sich das Verbot der Spieloffiziellen, individuell auf ihren Trikots Werbung anzubringen, bereits aus dem in den Statuten von FIFA und UEFA enthaltenen Vorbehalt, wonach diese

<sup>1020</sup> NAGEL, S. 58 m.w.H.; AEBI-MÜLLER/MORAND, S. 241 f.; ENGLISCH, S. 51 f. m.w.H. Weiterführend hierzu MORAND, Schranken, Nr. 238 ff.

<sup>1021</sup> Vgl. WÜTERICH/BREUCKER, Nr. 326 m.w.H.

<sup>1022</sup> Weiterführend hierzu NAM, S. 57 ff.

<sup>1023</sup> Art. 15 FIFA SR-Reglement.

<sup>1024</sup> Vgl. Art. 15 Ziff. 1 FIFA SR-Reglement, wonach Werbung für Tabak, Alkohol, Casinos sowie politische, religiöse oder rassistische Slogans verboten ist.

<sup>1025</sup> Vgl. Art. 15 Ziff. 2 FIFA SR-Reglement.

<sup>1026</sup> Vgl. Ziff. 27 SSAR.

Verbände sämtliche kommerziellen Rechte an ihren Wettbewerben besitzen und auch verbreiten.<sup>1027</sup> Sowohl bei UEFA- als auch bei FIFA-Spielen haben die Spieloffiziellen ausschliesslich die von den jeweiligen Verbänden zur Verfügung gestellte, offizielle Ausrüstung zu tragen. Dies nicht nur während, sondern auch bereits vor dem Spiel<sup>1028</sup> bzw. gar anlässlich eines am Vortag des Spiels im Stadion durchzuführenden Trainings.<sup>1029</sup> Während bei FIFA-Wettbewerben die Ausrüstung der Spieloffiziellen grundsätzlich gänzlich werbefrei bleiben muss,<sup>1030</sup> wäre für UEFA-Spiele das Anbringen von Sponsorenwerbung auf den Dressen der Spieloffiziellen grundsätzlich möglich,<sup>1031</sup> wobei selbstredend nur die UEFA selber entsprechende Verträge abschliessen dürfte und nicht die Spieloffiziellen selber.<sup>1032</sup>

*bb) Verwendung persönlicher Gegenstände*

Weiter wäre es denkbar, dass die Spieloffiziellen zwar nicht auf ihren Trikots, jedoch auf persönlichen Gegenständen, welche sie nicht für die Spielleitung als solche, jedoch vor oder nach einem Spiel auf dem Weg zum und vom Spielort, mithin also während der Arbeitszeit, benötigen oder tragen, Werbung anbringen. Zu denken ist beispielsweise an Werbeaufdrucke auf den Sporttaschen oder Zivilkleidern, Regenschirmen, Autos etc. Während solche Werbung auf nationaler Ebene mangels Vorliegen eines entsprechenden Vorbehalts des alleinigen Besitzes und Verbreitungsrechts sämtlicher kommerzieller Rechte sowie anderslautender Reglementsbestimmungen grundsätzlich<sup>1033</sup> erlaubt ist, untersagen die FIFA und die UEFA für ihre Spiele solche Werbung durch die Spieloffiziellen kategorisch.<sup>1034</sup>

Obwohl solche Verbandsvorschriften die Spieloffiziellen um eigene Werbe- und damit auch Verdienstmöglichkeiten bringen, dürften diese wohl zulässig sein. Insbesondere sind die finanziellen Interessen der Verbände (FIFA, UEFA, SFV) an einer eigenen Vermarktung der von ihnen organisierten Wettbewerbe höher zu gewichten als die eigenen finanziellen Interessen der einzelnen Spieloffiziellen, da erst die Popularität der von diesen Verbänden organisierten Wettbewerbe den in diesen eingesetzten Spieloffiziellen überhaupt erst die Gelegenheit bieten, öffentlich wahrgenommen zu werden und sich dadurch selber als Werbeträger

<sup>1027</sup> Vgl. Art. 67 Ziff. 1 FIFA-Statuten sowie Art. 47 f. UEFA-Statuten.

<sup>1028</sup> Vgl. Ziff. 33.2 FIFA-Ausrüstungsreglement sowie Ziff. 8 UEFA-Pflichtenheft.

<sup>1029</sup> Vgl. UEFA-Guidelines, S. 11

<sup>1030</sup> Vgl. Art. 58 FIFA-Ausrüstungsreglement.

<sup>1031</sup> Vgl. Art. 63 Abs. 4 UEFA-Ausrüstungsreglement.

<sup>1032</sup> Vgl. Art. 63 Abs. 3 UEFA-Ausrüstungsreglement.

<sup>1033</sup> Etwas anderes gilt lediglich dann, wenn die fraglichen Gegenstände anstelle der im Sinne von Ziff. 27 SSAR zur Verfügung gestellten Ausrüstungsgegenstände verwendet werden.

<sup>1034</sup> Vgl. vorne, S. 183.



zu vermarkten. Sofern die Spieloffiziellen auf ihren Trikots Werbung für einen Verbandssponsor anzubringen haben, ist zumindest dann von einer stillschweigenden Einwilligung der Spieloffiziellen in diese beschränkte Verwertung ihrer Persönlichkeitsrechte auszugehen, wenn die Spieloffiziellen an den hierdurch generierten Werbeeinnahmen des Verbandes partizipieren.<sup>1035</sup>

*cc) Eigenvermarktung im privaten Bereich*

Schliesslich stellt sich die Frage, inwiefern es den Spieloffiziellen erlaubt ist, sich ausserhalb ihrer Tätigkeit, also während ihrer Freizeit in ihrem privaten Lebensbereich, selber privat zu vermarkten. Weder die FIFA oder die UEFA auf internationaler noch der SFV auf nationaler Ebene haben diesbezüglich explizite Beschränkungen erlassen. Fraglich ist jedoch, ob es sich bei solchen privaten Werbetätigkeiten von Spieloffiziellen allenfalls um bewilligungspflichtige Nebentätigkeiten im Sinne der SFL-Anstellungsbedingungen<sup>1036</sup> handeln würde.<sup>1037</sup> Selbst wenn man von einer solchen Bewilligungspflicht ausgehen würde, hätte der SFV als Arbeitgeber zur Verweigerung einer solchen Einwilligung ein schützenswertes Interesse nachzuweisen. Ein solches dürfte jedoch in den seltensten Fällen vorliegen,<sup>1038</sup> weshalb die Spieloffiziellen selbst bei Vorliegen einer Bewilligungspflicht regelmässig einen Anspruch auf Erteilung einer sol-

<sup>1035</sup> Vgl. zum Ganzen HAAS/MARTENS, S. 220 ff.; ITTMANN, S. 140 ff.; NAGEL, S. 60. Eine solche Partizipation findet für die von den Spieloffiziellen bei SFL-Spielen getragene Werbung eine Unfallversicherers (vgl. hierzu <<https://www.suva.ch/de/de/die-suva/news-und-medien/medien/2007/10/09/die-suva-engagiert-sich-fuer-fairplay-im-ballsport>>, besucht Ende Juli 2017) zwar zumindest indirekt statt, indem zumindest ein Teil dieser Werbeeinnahmen dem Schiedsrichterwesen zugutekommt. Teilweise wird in der Literatur die Meinung vertreten, eine solche Übertragung der Nutzungsrechte könne lediglich im Fall einer nennenswerten Vergütung durch den Arbeitgeber als vom Arbeitnehmer gewollt angenommen werden. Im Falle einer nur geringfügigen Vergütung sei demgegenüber davon auszugehen, dass der Sportler neben dem unmittelbaren Erfolg der sportlichen Leistung auch noch Nutzungsrechte auf den Arbeitgeber übertragen wolle (vgl. WÜTERICH/BREUCKER, Nr. 343). Die Anforderung der FIFA, dass die gesamten hierdurch generierten Mittel in das Schiedsrichterwesen fliessen sollen (vgl. Art. 15 Ziff. 4 FIFA SR-Reglement), wird jedoch durch den SFV klarerweise nicht erfüllt.

<sup>1036</sup> Vgl. Ziff. 3 SFL-Anstellungsbedingungen.

<sup>1037</sup> Vgl. auch MORAND, Schranken, Nr. 454.

<sup>1038</sup> Als schützenswertes Interesse des SFV, welches die Verweigerung einer Bewilligung rechtfertigen würde, könnten wohl höchstens negative Auswirkungen auf eigene Sponsoren (Konkurrenzwerbung) oder eine Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit sowie Unabhängigkeit der Spieloffiziellen geltend gemacht werden (vgl. auch ITTMANN, S. 143 ff., WÜTERICH/BREUCKER, Nr. 350, ENGLISCH, S. 61 f. sowie MORAND, Schranken, Nr. 454).

chen Bewilligung hätten.<sup>1039</sup> Die Grenzen der Zulässigkeit einer solchen privaten Vermarktung von Spieloffiziellen sind jedoch immer dort zu ziehen, wo mittels solcher Werbung die Reglemente der verschiedenen Verbände verletzt werden.<sup>1040</sup>

*f) Die Einwilligung des Sportlers in eine Persönlichkeitsverletzung*

Fraglich ist, inwiefern eine Einschränkung der Persönlichkeitsrechte eines Sportlers mittels dessen Einwilligung gerechtfertigt werden kann.<sup>1041</sup> Eine solche Einwilligung ist rechtswirksam und schliesst eine Berufung des betroffenen Sportlers auf den Persönlichkeitsschutz aus, sofern diese freiwillig erfolgt, widerrufbar und in Bezug auf die Persönlichkeitsverletzung genügend konkretisiert und bestimmbar, mit anderen Worten in ihren Folgen überschau- und voraussehbar ist.<sup>1042</sup> Die Einwilligung hat dabei jedoch stets in den Grenzen von Art. 27 ZGB zu erfolgen, ansonsten sie als unwirksam betrachtet werden muss.<sup>1043</sup> Eine solche Einwilligung kann auch konkludent erfolgen, indem ein Sportler beispielsweise freiwillig gegenüber der Presse Details aus seinem Privatleben preisgibt oder sich für eine Homestory zur Verfügung stellt.<sup>1044</sup> Ein Sportler kann sowohl in einen Eingriff in seine Privat- oder Geheimsphäre<sup>1045</sup> als auch in einen Eingriff in seine Ehre einwilligen. Unzulässig ist es demgegenüber, in der Verhaltensweise eines Sportlers, welcher regelmässig die Öffentlichkeit bzw. die Medien zur Verwirklichung der eigenen Interessen sucht, eine generelle Einwilligung für beliebige Berichterstattungen aus dem Privat- und Geheimbereich dieses Sportlers anzunehmen.<sup>1046</sup>

---

<sup>1039</sup> Vgl. HAAS/MARTENS, S. 222.

<sup>1040</sup> Nicht zulässig wäre demnach beispielsweise eine Verletzung der politischen Neutralität des SFV (vgl. Art. 3 Abs. 1 SFV-Statuten), indem ein Spieloffizieller im offiziellen Schiedsrichtertrikot sowie dem Verbandseblem für eine politische Partei Werbung machen würde. Ebenso wäre es unzulässig, wenn ein Spieloffizieller beispielsweise mit dem Logo der UEFA Champions League oder der FIFA-Weltmeisterschaft in einer Werbekampagne auftreten würde, da dies eine Verletzung der exklusiven Vermarktungsrechte dieser Verbände an deren Wettbewerben darstellen würde.

<sup>1041</sup> Ausführlich zu den Voraussetzungen einer gültigen Einwilligung in eine Persönlichkeitsverletzung HAAS, Einwilligung, Nrn. 247 ff.

<sup>1042</sup> Vgl. VALLONI/PACHMANN, S. 96; FÄHNDRICH, S. 48 f.; SCHMID, S. 135.

<sup>1043</sup> Vgl. anstelle vieler AEBI-MÜLLER, Nr. 216 ff. m.w.H.; HAAS, Einwilligung, Nrn. 794 ff.

<sup>1044</sup> Vgl. FÄHNDRICH, S. 49 f.; HAUSHEER/AEBI-MÜLLER, Nr. 12.18.

<sup>1045</sup> Vgl. FÄHNDRICH, S. 48 ff. sowie S. 53 f.; HAAS, Einwilligung, Nrn. 841 f.

<sup>1046</sup> FÄHNDRICH, S. 51 f.

## D) Die Ehrverletzung des Sportlers im Besonderen

### a) Zum Begriff der zivilrechtlich geschützten Ehre

Anders als der strafrechtliche schützt der zivilrechtliche Ehrbegriff<sup>1047</sup> nicht nur die Geltung des Menschen als sittliche Person, sondern auch das gesellschaftliche, berufliche und wirtschaftliche Ansehen einer Person.<sup>1048</sup> Während durch das Strafrecht lediglich der menschlich-sittliche Bereich der Ehre geschützt ist, schützt das Zivilrecht darüber hinaus auch noch den sozialen Bereich der Ehre.<sup>1049</sup> Unterschieden wird dabei zwischen der sogenannten *inneren* und der *äusseren* Ehre, wobei es sich bei Ersterer um die Gesamtheit aller moralischen Werte handelt, welche ein Mensch innehat, während es bei Letzterer um die Beurteilung eines Menschen durch seine Mitmenschen hinsichtlich seiner sittlichen Werte und somit um deren Respektierung in ihrem sozialen Umfeld geht.<sup>1050</sup> Weiter kann begrifflich zwischen der allgemeinen Ehre und der Sonderehre unterschieden werden. Während die allgemeine Ehre Wertmassstäbe setzt, welche bei jedem Menschen angewendet werden können, stehen und fallen Sonderehren durch besondere Umstände beim Betroffenen.<sup>1051</sup> Solche Sonderehren liegen bei einem Sportler vor. Von ihm wird unter anderem die Einhaltung besonderer Verhaltensweisen wie Sportlichkeit oder Fairness erwartet, ebenso erfüllt er in gewissem Masse auch eine Vorbildfunktion. Wird einem Sportler deshalb unsportliches oder rücksichtsloses Verhalten vorgeworfen, kann dies ehrverletzenden Charakter aufweisen, während derselbe Vorwurf gegen einen Nichtsportler in aller Regel eine deutlich geringere Dimension aufweisen sollte.<sup>1052</sup>

### b) Ehrverletzung mittels Verbreitung einer Tatsachenbehauptung

Bei der Tatsachenbehauptung handelt es sich um eine objektiv überprüfbare Aussage, mittels welcher wahre Tatsachen, die den Betroffenen belasten, an Dritte mitgeteilt werden.<sup>1053</sup> Wahre Tatsachenbehauptungen über einen Sportler sind grundsätzlich ohne Weiteres rechtmässig, während unwahre Tatsachenbehauptungen demgegenüber stets widerrechtlich sind.<sup>1054</sup> Dennoch können auch

<sup>1047</sup> Für eine ausführliche Literaturübersicht zum zivilrechtlichen Ehrbegriff vgl. FÄHNDRICH, S. 15 ff.

<sup>1048</sup> FÄHNDRICH, S. 17 m.w.H.; BUCHER, Persönlichkeitsrecht, Nr. 468; BAUMANN, Personenrecht, Nr. 12.3.2.

<sup>1049</sup> Vgl. HAUSHEER/AEBI-MÜLLER, Nr. 12.93.

<sup>1050</sup> Vgl. BUCHER, Persönlichkeitsrecht, Nr. 468 m.w.H.; FÄHNDRICH, S. 18 m.w.H.; DESCHENAUX/STEINAUER, Nr. 558 m.w.H.

<sup>1051</sup> FÄHNDRICH, S. 19 m.w.H.

<sup>1052</sup> FÄHNDRICH, S. 55 f.

<sup>1053</sup> FÄHNDRICH, S. 57 f. m.w.H.

<sup>1054</sup> Dabei ist jedoch nicht jede unwahre Behauptung eine Persönlichkeitsverletzung.

wahre Tatsachenbehauptungen unzulässig sein, nämlich dann, wenn diese einen widerrechtlichen Zweck verfolgen. Dies ist generell dann der Fall, wenn die Tatsachenbehauptung keinen genügenden Zusammenhang mit dem ausgeübten Sport aufweist. Demgegenüber dürfen wahre Fakten aus dem Sport durch die Medien ohne Weiteres der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Dasselbe gilt auch für wahre Tatsachen über die Person des Sportlers, sofern diese genügenden Sachbezug zum sportlichen Geschehen aufweisen. Ein widerrechtlicher Zweck, welcher eine an sich wahre Tatsachenbehauptung über einen Sportler als unzulässige Persönlichkeitsverletzung erscheinen lässt, liegt überdies auch dann vor, wenn die Verbreitung der wahren Tatsachenbehauptung in der alleinigen Absicht erfolgt, den Sportler in Misskredit zu bringen und ihm hierdurch zu schaden.<sup>1055</sup>

*c) Ehrverletzung mittels Verbreitung eines Werturteils*

Im Bereich der – im persönlichkeitschutzrelevanten Zusammenhang stets negativen<sup>1056</sup> – Werturteile ist zwischen reinen und gemischten Werturteilen zu unterscheiden. Mit reinen Werturteilen wird ohne Bezug auf beweistaugliche Tatsachen eine Geringschätzung oder Missachtung ausgedrückt, während gemischte Werturteile eine Wertung des Autors über eine Tatsache wiedergeben.<sup>1057</sup> Während reine Werturteile im Grundsatz zulässig sind, sofern sie sich nicht einer unangemessenen Form bedienen, völlig unsachlich sind und damit unnötig verletzend ausfallen,<sup>1058</sup> muss die Zulässigkeit von gemischten Werturteilen differenziert betrachtet werden.

Wie die Tatsachenbehauptung als solche ist auch ein auf unwahren Tatsachen beruhendes gemischtes Werturteil widerrechtlich. Entspricht die behauptete Tatsache demgegenüber der Wahrheit, kann deren Wertung des Autors vom Publikum jederzeit nachgeprüft werden. Durch die Wahrheit der tatsächlichen Grundlage kann deshalb selbst eine unzutreffende Wertung geheilt werden, weshalb auch eine einseitige und unobjektive Wertung einer wahren Tatsache im Grundsatz als zulässig erachtet wird. Voraussetzung hierfür ist aber, dass ein derartiges Werturteil überhaupt noch als solches erkennbar ist und damit die

---

Eine solche kann erst angenommen werden, wenn die Behauptung ein gewisses Mass an Falschinformation erreicht. Bei kleineren Ungenauigkeiten ist dies gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung regelmässig nicht der Fall (vgl. HAUSHEER/AEBI-MÜLLER, Nr. 12.110).

<sup>1055</sup> Vgl. zum Ganzen FÄHNDRICH, S. 61 ff.

<sup>1056</sup> HAUSHEER/AEBI-MÜLLER, Nr. 12.106.

<sup>1057</sup> FÄHNDRICH, S. 69; HAUSHEER/AEBI-MÜLLER, Nr. 12.106.

<sup>1058</sup> HAUSHEER/AEBI-MÜLLER, Nr. 12.107 mit Hinweis auf BGE 71 II 194; RIEMER, Personenrecht, Nr. 343a m.w.H., HEERMANN, Haftung, Nr. 507. Demgegenüber gehen FÄHNDRICH, S. 69, RIKLIN, S. 176, SCHUMACHER, S. 123 sowie HOTZ, S. 56 f. m.w.H., im Grundsatz von der Widerrechtlichkeit reiner Werturteile aus.

Möglichkeit einer Überprüfung der tatsächlichen Grundlage noch offensteht, beim Publikum also nicht gleichzeitig auch eine falsche Tatsachenvorstellung erweckt wird.<sup>1059</sup> Letzteres dürfte vor allem dort der Fall sein, wo dem Publikum der dem Werturteil zugrunde liegende Sachverhalt gar nicht bekannt ist. In solchen Fällen ist eine Wertung soweit erlaubt, als sie «auf Grund des mitgeteilten Sachverhalts vertretbar ist und wenn sie durch ihre Form nicht unnötig verletzt».<sup>1060</sup> Ist eine Überprüfung des dem Werturteil zugrunde liegenden Sachverhalts nicht nur dem Publikum, sondern auch dem Autor nicht möglich, stellt sich auch die Frage der Vertretbarkeit nicht. In einem solchen Fall ist eine Wertung so lange zulässig, als damit beim Publikum nicht unwahre Tatsachenvorstellungen über bestimmte, auf die Wahrheit überprüfbare Tatsachen hervorgerufen werden.<sup>1061</sup>

Die Sportberichterstattung zeichnet sich geradezu durch Wertungen aus, mittels welchen das Handeln und die Leistungen von Sportlern in den Medien kritisch durchleuchtet werden. Eine solche kritische Berichterstattung durch die Medien ist im Grundsatz ohne Weiteres erlaubt. Die Sportler haben damit ganz einfach zu leben.<sup>1062</sup> Ein Sportler als öffentliche Person hat jedoch nicht nur mediale Kritik an seiner Leistung im Rahmen seiner Sportausübung, sondern auch Kritik an seiner Person und allenfalls gar an seinen privaten Verhältnissen zu erdulden, sofern Letztere für den Sport von grosser Wichtigkeit sind und nicht aus anderen Gründen rechtswidrig erscheinen.<sup>1063</sup> Auch ein Sportler muss sich jedoch keineswegs jegliche Art medialer Kritik gefallen lassen. Die Schranke der Widerrechtlichkeit wird einerseits bei auf unwahren Tatsachen beruhenden Werturteilen, andererseits auch bei richtiger Tatbestandsgrundlage, aber aufgrund des Sachverhalts nicht vertretbaren, unnötig verletzenden oder beleidigende Angriffe enthaltenden Werturteilen überschritten.<sup>1064</sup> Zu differenzieren ist bei der Frage der Zulässigkeit medialer Kritik darüber hinaus auch hinsichtlich des Objekts der Kritik sowie deren sprachlicher Eigenart. Sofern die persönliche Kritik an einem Sportler auf eine konkrete sportliche Leistung hinweist, wird deren Substanz eines solchen persönlichen Angriffs relativiert, weshalb eine tiefer greifende Kritik zulässig sein kann als im Falle einer leistungsunabhängigen Wertung. Ebenso kann mediale Kritik an einem Sportler häufig zu Übertreibungen, bildhaften Darstellungen und kalauerischem Sprachgebrauch neigenden Äusserungen relativiert werden, da dieser Sprachgebrauch vom Durchschnittspublikum ohne Weiteres erkannt wird. Dennoch ist die Grenze des Erlaubten auch in einem solchen Fall bei einer durch den Sachverhalt nicht mehr vertretbaren

---

<sup>1059</sup> Vgl. zum Ganzen FÄHNDRICH, S. 71 f.

<sup>1060</sup> RIEMER, Presse, S. 224 m.w.H.

<sup>1061</sup> FÄHNDRICH, S. 74.

<sup>1062</sup> FÄHNDRICH, S. 75 f.; SUTTER, 239 f.

<sup>1063</sup> FÄHNDRICH, S. 76.

<sup>1064</sup> FÄHNDRICH, S. 78 f.

Wertung oder einer unnötigen Verletzung des Sportlers überschritten.<sup>1065</sup> Absolute Grenze und gemeinsame Schranke jeder Wertung ist letztlich aber stets die Menschenwürde als unantastbarer Kernbereich der menschlichen Ehre.<sup>1066</sup> Auch eine Einwilligung in eine Ehrverletzung ist deshalb zwar grundsätzlich möglich, jedoch nur unter Wahrung der Menschenwürde des einwilligenden Sportlers.<sup>1067</sup>

### **E)      Umfang der Fürsorgepflicht des SFV bei Medienkampagnen gegen seine angestellten Spielloffiziellen**

Aufgrund der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers ergeben sich unter Berücksichtigung des vorstehend festgestellten Umfangs des Persönlichkeitsschutzes eines Sportlers im Zusammenhang mit öffentlich, namentlich in den Medien geäusserten Unmutskundgebungen gegenüber seinen angestellten Spielloffiziellen die nachfolgenden, konkreten Pflichten des SFV als Arbeitgebers.

#### *a)      Unzulässige Kritik durch den Arbeitgeber selber*

Zunächst ist es dem SFV untersagt, sich abfällig über persönliche Eigenschaften der Spielloffiziellen oder deren Leistungen gegenüber Dritten, insbesondere gegenüber der Presse, zu äussern.<sup>1068</sup> Der Massstab von Art. 328 OR ist dabei tiefer als derjenige von Art. 28 ZGB. So kann eine Äusserung des Arbeitgebers in der Presse allenfalls im Rahmen von Art. 28 ZGB noch zulässig, jedoch trotzdem bereits ein unzulässiger Verstoss gegen die arbeitsrechtliche Fürsorgepflicht sein. In einem solchen Fall könnte der betroffene Spielloffizielle aus Art. 328 Abs. 1 OR einen Anspruch auf Unterlassung und Berichtigung sowie allenfalls auch einen Anspruch auf Schadenersatz aus Art. 97 OR gegenüber dem SFV ableiten.<sup>1069</sup>

Wird ein Spielloffizieller vom SFV in sachlicher Art und Weise wegen offensichtlicher von diesem getroffenen Fehlentscheidungen kritisiert, stellt dies weder eine Verletzung der Persönlichkeit noch eine Verletzung der Fürsorgepflicht dar. Daran vermag in der Regel auch der Umstand, dass eine solche Kritik über die Medien erfolgt, nichts zu ändern. Die Begründung einer auf diesem Weg

---

<sup>1065</sup> Vgl. zum Ganzen FÄHNDRICH, S. 80 f. m.w.H.

<sup>1066</sup> Vgl. FÄHNDRICH, S. 79.

<sup>1067</sup> Vgl. HAAS, Einwilligung, Nr. 844. Zur Zulässigkeit einer Einwilligung in eine Ehrverletzung vgl. auch RIEMER, Personenrecht, Nr. 372. Demgegenüber ist für SCHUMACHER, S. 161 und EGGER, Art. 27 ZGB, N 33, eine Einwilligung in eine Ehrverletzung stets unzulässig.

<sup>1068</sup> KLEINER, S. 687 m.w.H.

<sup>1069</sup> Vgl. SUTTER, S. 238 f.; REHBINDER/STÖCKLI, Art. 328 OR N 20 ff. Ein Unterlassungs- bzw. Berichtigungsanspruch gegenüber den betroffenen Medien aus Art. 28a Abs. 1 Ziff. 2 bzw. Art. 28g Abs. 1 ZGB scheidet in einem solchen Fall mangels Vorliegen einer Persönlichkeitsverletzung jedoch aus.

erfolgten Kritik an einer schlechten, weil fehlerhaften Leistung darf jedoch lediglich auf Tatsachen beschränkt werden, welche mit der Leistung in einem direkten Zusammenhang stehen. Wird sie demgegenüber mit privaten Gründen des Spielloffiziellen begründet, stellt dies klarerweise eine Verletzung der Fürsorgepflicht, allenfalls auch eine Persönlichkeitsverletzung durch den Arbeitgeber dar.<sup>1070</sup>

#### *b) Unzulässige Kritik durch Dritte*

In den allermeisten Fällen wird die öffentliche Kritik an den Spielloffiziellen jedoch nicht durch den SFV, sondern regelmässig durch betroffene Spieler und Clubverantwortliche über die Medien bzw. die Medien selber geäussert. Sofern es sich dabei um eine vorstehend beschriebene, unzulässige Kritik handelt, trifft den SFV als Arbeitgeber die Pflicht, in «einem zumutbaren Umfang Gegenmassnahmen»<sup>1071</sup> zu ergreifen.<sup>1072</sup> Ergreift er diese Schutzmassnahmen nicht oder nur ungenügend, so wird er Schadenersatz-<sup>1073</sup> und allenfalls gar genugtuungspflichtig<sup>1074</sup>.

#### *c) Exkurs: Handlungspflicht des Auftraggebers bei unzulässiger Kritik durch Dritte*

Soweit das zwischen den Spielloffiziellen und dem jeweiligen Verband bestehende Auftragsrecht Anwendung findet, können sich die Spielloffiziellen gegenüber ihrem Auftraggeber nicht auf die arbeitsrechtliche Fürsorgepflicht berufen. Die gesetzlichen Pflichten des Auftraggebers gegenüber dem Beauftragten beschränken sich auf den Ersatz dessen Verwendungen und Auslagen sowie bei

<sup>1070</sup> Vgl. SUTTER, S. 240.

<sup>1071</sup> SUTTER, S. 240.

<sup>1072</sup> Vgl. STAEHELIN, Art. 328 OR, N 7, mit Hinweis auf das Urteil des Arbeitsgerichts der Stadt Bern vom 2. November 1987, in: JAR 1990, S. 124 f.

<sup>1073</sup> Vgl. PORTMANN/RUDOLPH, Art. 328 OR N 7. Da sich der SFV im Falle der Verletzung seiner Schutzpflichten in Annahmeverzug befindet, könnte der betroffene Spielloffizielle grundsätzlich auch die Arbeit verweigern, während der SFV lohnzahlungspflichtig bleiben würde, wobei die Lohnhöhe in Analogie zu Ziff. 2.6.3 SFL-Anstellungsbedingungen berechnen werden müsste. Aufgrund des Umstandes, dass für die beim SFV angestellten Spielloffiziellen überdies eine Beschäftigungspflicht besteht (siehe vorne, S. 156 ff.), könnten diese die Durchsetzung der Schutzpflichten gar auf dem zivilen Klageweg verlangen (vgl. STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 328 OR N 19 m.w.H.).

<sup>1074</sup> Das Vorliegen einer Persönlichkeitsverletzung alleine begründet indes noch keinen Genugtuungsanspruch. Hierfür ist das Vorliegen einer objektiven Schwere sowie einer beim Spielloffiziellen eingetretenen, ausreichend starken moralischen Unbill notwendig, welche den Erhalt einer Genugtuung als legitim erscheinen lässt, vgl. STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 328 OR N 19 m.w.H.

Verschulden zusätzlich auf Ausrichtung von Schadenersatz.<sup>1075</sup> Falls vereinbart oder üblich, hat der Beauftragte überdies Anspruch auf eine Vergütung.<sup>1076</sup>

Die Vertragspflichten des Auftraggebers werden im Gesetz indes nur unvollkommen geregelt. Aus Art. 2 Abs. 1 ZGB ergeben sich zusätzliche ungeschriebene Nebenpflichten, worunter namentlich die sogenannten Schutzpflichten zu zählen sind, welche sich nach Treu und Glauben aus jedem Vertragsverhältnis ergeben und bei Verletzung nach den Grundsätzen der positiven Vertragsverletzung zu einer Schadenersatzpflicht des Auftraggebers führen.<sup>1077</sup> Da in einem Auftragsverhältnis anders als in einem Arbeitsverhältnis weder ein persönliches Abhängigkeitsverhältnis noch eine derart enge Beziehung zwischen den Parteien besteht, lassen sich die arbeitsvertraglichen Fürsorge- und Schutzpflichten nicht unbeschrieben über Art. 2 Abs. 1 ZGB auf das Auftragsrecht übertragen. Anerkannt ist in der Lehre immerhin, dass der Auftraggeber alles Zumutbare zu unternehmen hat, um den Beauftragten vor Schaden zu bewahren.<sup>1078</sup> Den Auftraggeber treffen also zumindest dann besondere Schutzpflichten, wenn der Auftrag mit besonderen Gefahren verbunden ist, welche nur er, nicht aber der Beauftragte kennt.<sup>1079</sup>

Soweit die Gefahr droht, dass ein beauftragter Spielloffizieller von Dritten über die Massenmedien in unzulässiger Weise kritisiert wird, hat der auftraggebende Verband zumindest dafür zu sorgen, dass beim Spielloffiziellen kein Schaden eintritt, andernfalls er diesen nach dem Gesagten zu ersetzen hat. Ein solcher Schaden dürfte einem Spielloffiziellen jedoch regelmässig erst dann entstehen, wenn dieser in seiner Ehre und damit in seiner Persönlichkeit verletzt wird. Somit steht einem beauftragten Spielloffiziellen erst, aber immerhin, im Falle einer im Zusammenhang mit seiner Auftragsausführung erfolgten ehr- und damit persönlichkeitsverletzenden Kritik eines Dritten gegenüber dem auftraggebenden Verband ein Schadenersatz- und allenfalls Genugtuungsanspruch zu. Gegenüber dem Schädiger selber besteht in einem solchen Fall selbstredend ein direkter Schadenersatzanspruch gestützt auf Art. 28a Abs. 3 ZGB bzw. Art. 41 Abs. 1 OR. Erfolgt die ehr- und damit persönlichkeitsrechtsverletzende Kritik demgegenüber durch den Auftraggeber selber, wird dieser direkt aus Art. 402 Abs. 2 OR dem Beauftragten schadenersatzpflichtig. In einem solchen Fall dürfte seitens des Auftraggebers auch der Tatbestand des Verschuldens regelmässig gegeben sein.<sup>1080</sup>

---

<sup>1075</sup> Vgl. Art. 402 OR.

<sup>1076</sup> Art. 394 Abs. 3 OR.

<sup>1077</sup> FELLMANN, Art. 402 OR N 153 m.w.H.

<sup>1078</sup> WEBER, Basler Kommentar, Art. 402 OR N 12 m.w.H.

<sup>1079</sup> FELLMANN, Art. 402 OR N 154 f. m.w.H.; PARASTANDEH-CHEHR, S. 109.

<sup>1080</sup> FELLMANN, Art. 402 OR N. 137.





### 3. Kapitel: Haftungsfragen rund um die Spieloffiziellen

#### I. Einleitung

Fehlentscheidungen von Spieloffiziellen liegen in der Natur der Sache, sind quasi fussballimmanent, denn wo Menschen handeln, ist eine falsche Entscheidung nie völlig ausgeschlossen.<sup>1081</sup> Daran vermag weder eine gründliche Ausbildung, ständige Fortbildung, die umsichtige Auswahl der Spieloffiziellen für die zu besetzenden Spiele noch intensives Coaching oder ständige Leistungsüberprüfung theoretischer und praktischer Natur etwas zu ändern. Ebenso wenig führt eine vollständige Professionalisierung der Spieloffiziellen zur Verbannung sämtlicher Fehlentscheidungen aus den Stadien. Die Schwierigkeit für die Spieloffiziellen liegt insbesondere darin, dass sie anders als der staatliche Richter die tatsächlichen Grundlagen ihrer Entscheidung nicht nach und nach durch die Vorbringen der Parteien und eigener Abklärungen ermitteln, sondern in einer Momentaufnahme einzig aufgrund eigener Beobachtungen innert kürzester Zeit den Sachverhalt festzustellen, hierauf das Recht anzuwenden haben und dabei regelmässig gleichzeitig noch unter einem grossen Druck sämtlicher Beteiligter sowie der Zuschauer stehen.<sup>1082</sup> Die allermeisten Fehler ereignen sich dabei erfahrungsgemäss bei der Sachverhaltsfeststellung und nur selten bei der Rechtsanwendung.<sup>1083</sup>

Fehlentscheidungen von Spieloffiziellen berühren die Emotionen der zahlreichen Fans der betroffenen Mannschaften, insbesondere wenn eine Fehlentscheidung zu einer sportlichen Niederlage und allenfalls gar zum Verpassen eines sportlichen Ziels wie Aufstieg, Ligaerhalt, Qualifikation für einen internationalen Wettbewerb oder Verbleib in einem solchen führt.<sup>1084</sup> Solche Fehlentscheidungen können sodann auch gravierende wirtschaftliche Auswirkungen einerseits für die beteiligten Clubs bzw. Nationalverbände haben, indem beispielsweise Mindesteinnahmen oder gar Teilnahme- und Siebprämien aus einem internationalen Wettbewerb ebenso ausbleiben wie die damit einhergehenden Einnahmen aus der Verwertung der Medienrechte oder auch der Abschluss neuer, lukrativer

---

<sup>1081</sup> Vgl. HILPERT, Fehlentscheidungen, Teil II N 22 und 26; HEERMANN, Haftung, Nr. 530.

<sup>1082</sup> HILPERT, Fehlentscheidungen, Teil II N 24; vgl. auch KUHN, S. 116.

<sup>1083</sup> Vgl. hierzu vorne, S. 30 ff.

<sup>1084</sup> Vgl. HEERMANN, Fehlverhalten, S. 46 f.

Sponsoringverträge. Andererseits sind auch die einzelnen Spieler von diesen wirtschaftlichen Auswirkungen betroffen, werden sie doch dadurch der Möglichkeit beraubt, sich beispielsweise in einem internationalen Wettbewerb oder in einer höheren Liga zu präsentieren und dadurch neue, lukrative Verträge bei demselben oder einen lukrativen Transfer zu einem anderen Club sowie gegebenenfalls gar private Werbeverträge abzuschließen. Solche Fehlentscheide können damit zu eigentlichen Dominoeffekten führen, welche mit zunehmender Kommerzialisierung der entsprechenden Wettbewerbe noch verstärkt werden.<sup>1085</sup>

Beispiele solcher Fehlentscheide mit entsprechenden wirtschaftlichen Folgen gab es auch in jüngerer Vergangenheit einige:

Am 11. Dezember 2013 spielten der FC Schalke 04 und der FC Basel am letzten Spieltag in der Gruppenphase der UEFA Champions League um den Einzug in die Achtelfinals. Während dem FC Basel ein Unentschieden gereicht hätte, benötigte Schalke zwingend einen Sieg, um die nächste Runde zu erreichen. In der 51. Spielminute wurde Schalke beim Stand von 1:0 ein Freistoss zugesprochen, welcher hoch in den Basler Strafraum gespielt wurde. Dort standen insgesamt vier Schalker Spieler im Abseits. Einer dieser Spieler war Joel Matip, welcher den Ball im Tor von Basel unterbrachte. Die Spielloffiziellen gaben das Tor, Schalke gewann das Spiel mit 2:0 und zog in die Achtelfinals der UEFA Champions League ein, während Basel aufgrund dieser Niederlage ausschied.<sup>1086</sup>

Im Viertelfinalspiel der EM 2012 zwischen England und der Ukraine erzielte der Ukrainer Marko Devic in der 62. Spielminute den vermeintlichen Ausgleichstreffer zum 1:1. Obwohl der Ball die Torlinie bereits überschritten hatte, als der englische Verteidiger John Terry den Ball mit einer akrobatischen Einlage zurück ins Feld brachte, gaben die Spielloffiziellen das Tor nicht. Das Spiel endete mit 1:0 für England, welches sich dadurch für den Halbfinal qualifizierte, während die Ukraine aus dem Turnier ausschied.<sup>1087</sup>

Am 15. April 2012 standen sich der FC Winterthur und der FC Basel im Halbfinal des Schweizer Cups gegenüber. Kurz vor der Pause beim Stand von 0:0 stoppte der Basler Torhüter Sommer seinen Gegenspieler Kuzmanovic innerhalb des 16-Meter-Raumes regelwidrig, was mit einem Penalty sowie einer Roten Karte an die Adresse des Basler Torhüters hätte geahndet werden müssen. Die Spielloffiziellen liessen das Spiel jedoch weiterlaufen. Der FC Basel gewann das Spiel mit 2:1 und zog in den Final des Schweizer Cups ein, der FC Winterthur schied aus.<sup>1088</sup>

<sup>1085</sup> Vgl. HEERMANN, Fehlverhalten, S. 47 sowie KUMMER, S. 64.

<sup>1086</sup> Vgl. <<http://www.spiegel.de/sport/fussball/champions-league-schalke-nach-sieg-gegen-basel-im-achtelfinale-a-938547.html>>, besucht Ende Juli 2017.

<sup>1087</sup> Vgl. <<http://www.spiegel.de/sport/fussball/em-2012-england-zieht-nach-sieg-gegen-ukraine-ins-viertelfinale-ein-a-839844.html>>, besucht Ende Juli 2017.

<sup>1088</sup> Vgl. <<http://www.20min.ch/sport/fussball/story/Winterthur-hofft-auf-weiteren->

Am 18. November 2010 trugen die Nationalmannschaften von Frankreich und Irland in Paris das Play-off-Rückspiel für die Qualifikation zur Weltmeisterschaft 2010 in Südafrika aus. Weil Frankreich das Hinspiel in Irland 1:0 gewonnen hatte, Irland nach Ablauf der ordentlichen Spielzeit aber ebenfalls mit 1:0 führte, kam es zur Verlängerung. In der 103. Minute passte Thierry Henry den Ball mit der Hand zu seinem Mitspieler William Gallas, welcher in der Folge ein irreguläres Tor zum 1:1-Endstand erzielte, womit sich Frankreich für die Weltmeisterschaft qualifizierte. Da das Hinspiel in Irland mit 0:1 für Frankreich geendet hatte, wäre es bei einem Spielausgang von 0:1 für Irland nach 120 Minuten zu einem Penaltyschiessen um die WM-Qualifikation gekommen.<sup>1089</sup>

Aufgrund der teilweise gravierenden Auswirkungen solcher Fehlentscheide erstaunt es nicht, dass Exponenten der betroffenen Clubs oder Nationalverbände teilweise in Erwägung ziehen, die entsprechenden Spieloffiziellen sowie Verbände für die behaupteten Verluste zur Verantwortung zu ziehen. So fühlte sich beispielsweise der FC Sion bzw. dessen Präsident in seinem Vorhaben, die Saison 2006/2007 auf einem für die UEFA Champions League berechtigten Platz abzuschliessen, durch die SFL bzw. der in deren Meisterschaftsspielen eingesetzten Spieloffiziellen gehindert. Er kündigte deshalb vorsorglich nach Abschluss der Vorrunde Ende 2006 über die Medien an, wegen eklatanter Schiedsrichter-Fehler würde der Club dieses Ziel allenfalls verpassen, weshalb er für diesen Fall die fehlbaren Schiedsrichter sowie die SFL mit «Millionenklagen» eindecken würde.<sup>1090</sup> Nach einem spielentscheidenden Fehlentscheid der Spieloffiziellen im verlorenen Meisterschaftsspiel der Super League bei den Berner Young Boys vom 13. März 2016 drohte derselbe Präsident desselben Vereins erneut, die betreffenden Spieloffiziellen sowohl mit einer Strafanzeige als auch mit Betreibungen in Millionenhöhe einzudecken,<sup>1091</sup> wobei es auch diesmal selbstredend bei einer Ankündigung blieb. Demgegenüber liess es der Präsident des österreichischen Zweitligisten First Vienna FC offensichtlich nicht bei einer blossen Androhung bleiben, sondern reichte gegen einen Schiedsrichter bei der

---

Coup-im-Cup-24046533>, besucht Ende Juli 2017.

<sup>1089</sup> Vgl. HILPERT, Geschichte, S. 472 sowie <<http://www.spiegel.de/sport/fussball/wm-playoffs-frankreich-sichert-sich-wm-teilnahme-nach-skandalor-a-662056.html>>, besucht Ende Juli 2017.

<sup>1090</sup> Vgl. Mitteilung in CaS 4/2006, S. 610. Obwohl der FC Sion die UEFA-Champions-League-Qualifikation letztlich verpasste, blieben die angedrohten Klagen aus. Immerhin konnte sich der FC Sion mit dem dritten Platz in der Saisonstabschlusstabelle für den damaligen UEFA-Cup qualifizieren (vgl. <<http://fussballdaten.de/schweiz/2007>>, besucht Ende Juli 2017), wofür jedoch während der gesamten Saison nicht weniger als fünf verschiedene Trainer bei der ersten Mannschaft notwendig waren, was selbst für den FC Sion eine leicht überdurchschnittliche Anzahl ist (vgl. <<http://www.weltfussball.com/teams/fc-sion/9>>, besucht Ende Juli 2017).

<sup>1091</sup> Siehe hierzu vorne, S. 176.

Staatsanwaltschaft Strafanzeige zufolge eines von diesem aberkannten Tors ein.<sup>1092</sup>

Deutlich lauter wird der Ruf nach einer zivilrechtlichen und vor allem auch strafrechtlichen Haftung der beteiligten Spieloffiziellen indes regelmässig dann, wenn sich herausstellt, dass sich die Fehlentscheidungen der Spieloffiziellen nicht zufällig und ungewollt, sondern vorsätzlich ereignet haben, die Spiele also durch die Spieloffiziellen manipuliert wurden.<sup>1093</sup> Der wohl bekannteste Fall<sup>1094</sup> hierzu hat sich vor wenigen Jahren in Deutschland abgespielt und wurde als *Hoyzer-Affäre* bekannt.

In der Vorrunde der Saison 2004/2005 manipulierten die deutschen Schiedsrichter Robert Hoyzer und Dominik Marks teilweise in Zusammenarbeit mit Spielern eine Reihe von Spielen der 2. Bundesliga, des DFB-Pokals sowie der Regionalliga. Die Manipulationsinstruktionen erhielten sie dabei von einem kriminellen Grosswetter sowie dessen Brüdern. Im Rahmen der sportrechtlichen Aufarbeitung dieser Affäre wurden indessen lediglich zwei Spiele neu angesetzt. Ein besonders stark manipuliertes Spiel des DFB-Pokals (SC Paderborn – Hamburger SV) konnte nicht mehr neu angesetzt werden, da im Zeitpunkt der Entdeckung der Manipulation der Pokalwettbewerb bereits mehrere Runden weiter fortgeschritten war.<sup>1095</sup>

Daneben war auch Italien in den Jahren 2006 bis 2010 von einem Wettskandal betroffen, in welchen unter anderem auch eine Reihe von Spieloffiziellen involviert waren.<sup>1096</sup> Ein in der Öffentlichkeit wenig beachteter Fall einer Spielmanipulation mit Beteiligung eines Spieloffiziellen hat sich vor nicht allzu langer Zeit auch anlässlich eines Spiels in der Schweiz abgespielt, wobei sich Folgendes zutrug:

Am vierten Spieltag der UEFA Europa League der Saison 2009/2010 standen sich am 5. November 2009 der FC Basel und ZSKA Sofia gegenüber. Basel gewann dieses Spiel mit 3:1, wobei das zweite Basler Tor mittels Penalty erfolgte,

<sup>1092</sup> Vgl. <<http://www.blick.ch/sport/fussball/international/weil-er-tor-aberkannte-oesi-klub-zieht-ref-vor-den-staatsanwalt-id2736917.html>>, besucht Ende Juli 2017.

<sup>1093</sup> KUMMER, S. 64 f. hat die Möglichkeit, dass ein Spieloffizieller vorsätzlich ein Spiel manipulieren könnte, noch mehr als «Gedankenspiel denn möglicher Sachverhalt» bezeichnet und damit als kaum realistisch eingeschätzt.

<sup>1094</sup> Korruption im Sport ist dabei nicht ein ausschliessliches Phänomen des Fussballs (vgl. PROBERT, S. 143 ff. mit einer Auflistung von Beispielen ausserhalb des Fussballs).

<sup>1095</sup> Vgl. zum Ganzen KOCH, Wettskandal, S. 40 ff. sowie HILPERT, Geschichte, S. 460 f. Zum strafrechtlichen Aspekt der Hoyzer-Affäre vgl. ZIEHER, S. 26 ff. sowie TRUNZ, S. 265 ff.

<sup>1096</sup> HILPERT, Geschichte, S. 462; vgl. überdies LUDWIG, Sanktionspraxis, S. 190 ff.; HEILEMANN, S. 86 ff.; FERRAGINA, S. 19 ff. sowie S. 119 ff. mit Übersichten zu weiterer Fälle auf nationaler und internationaler Ebene.

welcher sich beim Betrachten der Fernsehbilder als Fehlentscheid erwies. Eine tatsächliche Manipulation durch den ukrainischen Schiedsrichter Oleg Oriekhov konnte durch die UEFA trotz ganz offensichtlich zwischen dem Schiedsrichter und verschiedenen Mitgliedern von Wettsyndikaten bestehenden Kontakten sowie dem Umstand, dass dem Schiedsrichter für die Manipulation dieses Spiels auch Geld angeboten worden war, nicht nachgewiesen werden.<sup>1097</sup> Das Ganze hatte zur Folge, dass das Spiel zwar nicht wiederholt, der ukrainische Schiedsrichter jedoch aufgrund der unterlassenen Meldung<sup>1098</sup> dieses Bestechungsversuches lebenslänglich von sämtlichen Fussballaktivitäten im Zuständigkeitsbereich der UEFA ausgeschlossen wurde.<sup>1099</sup>

Darüber hinaus sind auch weitere Tatbestände denkbar, welche eine Haftung der Spieloffiziellen zumindest möglich erscheinen lassen. Zu denken ist beispielsweise an eine durch einen Spieler aufgrund der Beschaffenheit des Spielfelds, eines äusseren Einflusses oder eines nicht geahndeten Foulspiels eines Gegenspielers verursachte Verletzung. Denkbar wäre auch eine direkt durch die Spieloffiziellen mittels physischer Einwirkung auf einen am Spiel beteiligten Spieler verursachte Verletzung. Sowohl aufseiten der Schadensverursacher als auch aufseiten der Geschädigten kommt eine Vielzahl von Akteuren in Betracht, überdies existiert auch eine Vielzahl möglichen Haftungsgrundlagen,<sup>1100</sup> sodass diese Problematik an dieser Stelle nicht abschliessend untersucht werden kann. Die Prüfung einer allfälligen zivilrechtlichen sowie strafrechtlichen Haftung der Spieloffiziellen für Schäden von Clubs oder Spielern soll dabei auf die folgenden drei Fallgruppen eingegrenzt werden:

Fallgruppe 1: Verletzungen von Spielern aufgrund direkter physischer Einwirkungen durch die Spieloffiziellen.

Fallgruppe 2: Verletzungen von Spielern aufgrund regeltechnisch und/oder disziplinarisch nicht geahндeter Foulspiele sowie ungenügender Ausrüstungs- oder

---

<sup>1097</sup> Das Geld wurde dem Schiedsrichter nicht für Spielmanipulationen zwecks eines bestimmten Ausgangs des Spiels angeboten. Vielmehr hatten die Mitglieder der Wettsyndikate darauf gewettet, dass in der zweiten Halbzeit des Spiels mindestens zwei Tore fallen würden (vgl. LUDWIG, Match-fixing, S. 146). Es handelte sich somit hier um den klassischen Fall einer sogenannten *Ereignis- oder Sonderwette* (vgl. hierzu MÜLLER-METGE, S. 118 f. m.w.H.). Für einen kurzen einführenden Blick in die Welt der Sportwetten vgl. SPÖRING, KOERL, S. 13 ff. sowie TRUNZ, S. 21 ff.

<sup>1098</sup> Diese Meldepflicht (vgl. hierzu vorne, S. 87) wird von HAAS als eigentliche *Berufspflicht* der Spieloffiziellen, deren Verletzung im Sinne einer Beweiserleichterung letztlich einer Spielmanipulation gleichgesetzt werde, bezeichnet (DERSELBE, Spielmanipulationen, S. 214 ff. mit Hinweis auf CAS 2010/A/2172, Nr. 70 ff.).

<sup>1099</sup> Vgl. zum Ganzen LUDWIG, Sanktionspraxis, S. 194 f.

<sup>1100</sup> Vgl. anstelle vieler THALER, Haftung, S. 61 ff. sowie ZIEHER, S. 29 ff.

Spielfeldkontrolle bzw. -überwachung durch die Spieloffiziellen.<sup>1101</sup>

Fallgruppe 3: Vermögensschäden bei Wettbewerbsteilnehmern aufgrund von spielentscheidenden Fehlentscheiden durch die Spieloffiziellen.

---

<sup>1101</sup> Terminologisch wird hier unter der *Spielfeldkontrolle* die vor dem Spiel durch die Spieloffiziellen durchzuführende Überprüfung des Zustands des Spielfelds sowie dessen Umgebung verstanden, während unter der *Spielfeldüberwachung* die während der Dauer des Spiels konstant bei den Spieloffiziellen vorhandene Sensibilität auf mögliche äussere Einflüsse zu verstehen ist, bei deren Vorliegen das Spiel allenfalls zum Schutz der Beteiligten zu unterbrechen wäre, sei es wegen einer im Verlaufe des Spiels eingetretenen Unbespielbarkeit des Spielfelds oder anderweitiger Einflüsse (vgl. zum Ganzen vorne, S. 74 f.).

## II. Zivilrechtliche Haftung der Spielfunktionären

### 1. Anwendbares Recht bei internationalen Sachverhalten

#### A) Haftung aus Vertrag

Hinsichtlich des im Rahmen der vertraglichen Haftung anwendbaren materiellen Rechts bei internationalen Sachverhalten kann ganz allgemein auf die entsprechenden Ausführungen zum auf die Verträge mit internationalem Sachverhalt anwendbaren Recht verwiesen werden.<sup>1102</sup> Demnach sind Haftungsansprüche aus dem zwischen der UEFA und der von dieser mit der Leitung von Spielen beauftragten Spielfunktionären bestehenden Vertragsverhältnis zufolge Vorliegens einer Rechtswahlklausel nach Schweizer Recht zu beurteilen. Nach dem Recht des Wohnsitzstaats der Spielfunktionären sind demgegenüber Haftungsansprüche aus dem zwischen diesen sowie der FIFA aus den Verträgen hinsichtlich der Übernahme von Spielleitungen für FIFA-Spiele zu beurteilen. Lediglich im Falle eines Wohnsitzes der Spielfunktionären in der Schweiz ergibt sich mangels Vorliegen einer Rechtswahlklausel aufgrund der Kollisionsregeln des IPRG die Anwendbarkeit von Schweizer Recht. Ebenfalls aus den Kollisionsregeln des IPRG ergibt sich sodann die Beurteilung allfälliger Haftungsansprüche aus einem zwischen einem ausländischen Nationalverband und den von diesem mit einer Spielleitung beauftragten Spielfunktionären mit Wohnsitz in der Schweiz bestehenden Vertragsverhältnis nach Schweizer Recht.

Abschliessend zu erwähnen sei im Zusammenhang mit dem auf die Beurteilung von vertraglichen Haftungsansprüchen anwendbaren Recht noch, dass es den Parteien in Anwendung von Art. 116 Abs. 3 IPRG grundsätzlich jederzeit möglich ist, einvernehmlich eine Rechtswahl zu treffen bzw. zu ändern. Insbesondere kann eine solche Rechtswahl im Hinblick auf oder gar während eines laufenden Prozesses zulässig vorgenommen werden,<sup>1103</sup> wobei eine getroffene oder geänderte Rechtswahl jeweils auf den Zeitpunkt des Vertragsschlusses zurückwirkt.<sup>1104</sup>

---

<sup>1102</sup> Siehe hierzu vorne, S. 130 ff.

<sup>1103</sup> AMSTUTZ/WANG, Art. 116 IPRG N 49 m.w.H.; KELLER/KREN KOSTKIEWICZ, Art. 116 IPRG N 76 m.w.H.

<sup>1104</sup> AMSTUTZ/WANG, Art. 116 IPRG N 50 m.w.H.; KELLER/KREN KOSTKIEWICZ, Art. 116 IPRG N 77 m.w.H.



## **B) Haftung aus unerlaubter Handlung**

### *a) Keine Wirkung der vertraglichen Rechtswahlklausel*

Anders als für vertragliche Haftungsansprüche ist den Parteien im Rahmen eines internationalen Sachverhalts für zivilrechtliche Ansprüche aus unerlaubter Handlung eine Rechtswahl nur unter sehr eingeschränkten Voraussetzungen erlaubt. Eine solche kann nach Art. 132 IPRG nur nach Eintritt des schädigenden Ereignisses getroffen werden, wobei zur Frage der formellen Gültigkeit die entsprechenden Vorschriften der vertraglichen Rechtswahl analog anzuwenden sind.<sup>1105</sup> Auch kann eine Rechtswahl nicht unbeschränkt getroffen werden, vielmehr lässt die Bestimmung von Art. 132 IPRG einzig die Wahl des am Gerichtsort gültigen Rechts zu.

Bekanntlich besteht auf internationaler Ebene einzig für das zwischen der UEFA und der von dieser eingesetzten Spieloffiziellen bestehende Vertragsverhältnis eine Rechtswahlklausel.<sup>1106</sup> Vor dem Hintergrund der im ausservertraglichen Bereich nur sehr eingeschränkten Zulässigkeit solcher Rechtswahlklauseln kommt dieser indes keinerlei Bedeutung zu. Einerseits bezieht sich diese gemäss deren ausdrücklichem Wortlaut alleine auf das UEFA-Pflichtenheft und damit die zwischen der UEFA und den Spieloffiziellen bestehende Vertragsbeziehung. Deliktische Haftpflichtansprüche von bzw. gegenüber Dritten sind hiervon klarerweise nicht erfasst. Andererseits handelt es sich dabei um eine regelmässig vor Eintritt eines allfälligen mit der Spielleitung der Spieloffiziellen zusammenhängenden Schadenereignisses, sodass die Gültigkeitsvoraussetzung von Art. 132 IPRG ohnehin nicht erfüllt wäre.

### *b) Bestimmung des anwendbaren Rechts anhand der Kollisionsregeln des IPRG*

Somit ist das auf ausservertragliche Haftpflichtansprüche sowohl für die zwischen der FIFA bzw. der UEFA und den von diesen eingesetzten Spieloffiziellen als auch allfällige zwischen ausländischen Nationalverbänden mit Schweizer Spieloffiziellen bestehenden Vertragsverhältnissen anwendbare Recht anhand der Kollisionsregeln des IPRG zu ermitteln. Gemäss Art. 133 Abs. 2 IPRG ist das Recht desjenigen Staats anwendbar, in welchem die unerlaubte Handlung begangen wurde, sofern Schädiger und Geschädigter ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht in demselben Staat haben. Tritt der Erfolg in demselben Staat ein, in welchem die unerlaubte Handlung auch begangen wurde, so ist das Recht des Staats anwendbar, in welchem der Erfolg eintritt, sofern der Schädiger mit Ein-

---

<sup>1105</sup> UMBRICH/RODRIGUEZ/KRÜSI, Art. 133 IPRG N 5 m.w.H.; HEINI, Art. 132 IPRG N 5 m.w.H.

<sup>1106</sup> Siehe hierzu vorne, S. 131.

tritt des Erfolgs in diesem Staat rechnen musste. Falls zwischen dem Schädiger und dem Geschädigten ein Vertragsverhältnis besteht, sind in Anwendung von Art. 133 Abs. 3 IPRG auch die haftpflichtrechtlichen Ansprüche aus unerlaubten Handlungen nach dem auf das Vertragsverhältnis anzuwendenden materiellen Recht zu beurteilen.

Während als Handlungsort derjenige gilt, an welchem der Schädiger eine für den Erfolg wesentliche Ursache setzt,<sup>1107</sup> gilt als Erfolgsort derjenige, an welchem sich das unmittelbar betroffene Rechtsgut sich zur Zeit der Verletzung befindet.<sup>1108</sup> Dies ist regelmässig dort, «wo die erste unmittelbare Einwirkung auf das durch den Tatbestand einer Deliktsgeschichte geschützte Rechtsgut stattgefunden hat».<sup>1109</sup> Während bei Körperverletzungsdelikten der Erfolg in aller Regel gerade am Ort der Handlung bzw. Unterlassung<sup>1110</sup> eintreten dürfte, liegt der Erfolgsort bei reinen Vermögensschäden regelmässig dort, wo sich die konkret verletzten Vermögenswerte im Moment der unerlaubten Handlung befinden. Da ein solcher Standort jedoch häufig nicht eindeutig auszumachen ist, wird als Erfolgsort regelmässig der Sitz des Geschädigten vermutet.<sup>1111</sup>

Im Zusammenhang mit den vorerwähnten Fallgruppen wird sodann der Schädigungserfolg von unerlaubten Handlungen in Form von Körperverletzungsdelikten regelmässig am Ort des Spiels eintreten, währenddem der Erfolgsort von Vermögensdelikten sich regelmässig am Ort des Sitzes des geschädigten Wettbewerbsteilnehmers bzw. allenfalls am Wohnsitz des Geschädigten befinden dürfte. Hieraus ergibt sich bei Schädigungen zufolge von Körperverletzungsdelikten die Anwendbarkeit des materiellen Rechts am Spielort, während bei reinen Vermögensschäden demgegenüber regelmässig das materielle Recht am Sitz bzw. Wohnsitz des Geschädigten anwendbar sein dürfte. Etwas anderes gilt lediglich dann, falls zwischen den Parteien bereits ein einer anderen Rechtsordnung unterliegendes Vertragsverhältnis besteht oder sie nach erfolgtem Schädigungseintritt eine gültige Rechtswahl des am Gerichtsort anwendbaren Rechts<sup>1112</sup> getroffen haben.

---

<sup>1107</sup> HEINI, Art. 133 IPRG, N 11.

<sup>1108</sup> UMBRICHT/RODRIGUEZ/KRÜSI, Art. 129 IPRG N 25 m.w.H.

<sup>1109</sup> BGE 125 III 103 ff., E. 2b aa.

<sup>1110</sup> Vgl. UMBRICHT/RODRIGUEZ/KRÜSI, Art. 129 IPRG N 21 m.w.H.; HEINI, Art. 133 IPRG N 12 m.w.H.

<sup>1111</sup> UMBRICHT/RODRIGUEZ/KRÜSI, Art. 129 IPRG N 28 m.w.H.; HEINI, Art. 133 IPRG N 10 m.w.H.

<sup>1112</sup> Hierbei dürfte es sich im Falle der Spieloffiziellen als Beklagte in Anwendung von Art. 129 IPRG insoweit regelmässig um Schweizer Recht handeln, als die Spieloffiziellen ihren Wohnsitz effektiv in der Schweiz haben.

## 2. Vertragliche Haftung der Spielloffiziellen gegenüber dem Verband

### A) Der Schaden im Speziellen

Obwohl in erster Linie die Wettbewerbsteilnehmer mit der Leistung der Spielloffiziellen in Berührung kommen und von deren Handlungen sowie Entscheidungen unmittelbar betroffen sind,<sup>1113</sup> liegt sowohl zwischen den Spielloffiziellen und den an den von diesen geleiteten Spielen beteiligten Clubs oder Nationalverbänden als auch zwischen den Spielloffiziellen und den einzelnen an den von diesen geleiteten Spielen beteiligten Spielern regelmässig kein Vertragsverhältnis vor.<sup>1114</sup> Ein solches besteht wie vorstehend dargestellt regelmässig einzig zwischen den Spielloffiziellen und den wettbewerbsveranstaltenden Verbänden. Dementsprechend besteht auch eine vertragliche Haftung der Spielloffiziellen grundsätzlich lediglich gegenüber dem jeweiligen Verband.<sup>1115</sup> Insbesondere bei Schadensereignissen der vorstehend genannten Fallgruppen dürfte in aller Regel eine solche vertragliche Haftung der Spielloffiziellen gegenüber dem Verband jedoch bereits mangels Vorliegen eines Schadens seitens des Verbands ausscheiden. Ein solcher Schaden dürfte dem Verband demgegenüber regelmässig dann entstehen, wenn er zufolge Nichterscheins der Spielloffiziellen zum Spiel dieses neu ansetzen<sup>1116</sup> oder aufgrund eines nach einer falschen Spielregelanwendung erhobenen Protests gegen die Spielwertung dieses wiederholt werden muss. Während im Falle des Nichterscheins ein Verschulden der Spielloffiziellen regelmässig vorliegen dürfte, wird die Verschuldensfrage bei falschen Spielregelanwendungen im Folgenden noch zu klären sein.<sup>1117</sup> Darüber hinaus dürfte ein Schaden des Verbands auch regelmässig lediglich dann vorliegen, wenn der Verband als Wettbewerbsveranstalter seinerseits allenfalls gegenüber einem betroffenen Wettbewerbsteilnehmer aufgrund des Verhaltens seiner eingesetzten Spielloffiziellen haftpflichtrechtlich in Anspruch genommen wird.<sup>1118</sup>

---

<sup>1113</sup> KUHN, S. 105.

<sup>1114</sup> Vgl. auch TÄNNLER, Schiedsrichter, S. 18 f.; WEBER, Strukturen, S. 480; ZEN-RUFFINEN, Nr. 1193; SCHÖNTAG, S. 261.

<sup>1115</sup> Zur Frage, ob ausnahmsweise dennoch eine vertragliche Haftung der Spielloffiziellen direkt auch gegenüber den Wettbewerbsteilnehmern besteht, vgl. hinten, S. 220 ff.

<sup>1116</sup> Vgl. auch RÜSING, S. 48 f.

<sup>1117</sup> Siehe hinten, S. 204.

<sup>1118</sup> So geschehen beispielsweise im Fall *Hoyzer*, in welchem der DFB als Vertragspartner des Schiedsrichters gegenüber diesem einen Schadenersatzanspruch geltend gemacht hatte, welcher als Schadensposten unter anderem den durch den DFB aufgrund eines durch den Schiedsrichter manipulierten Spiels geschädigten Clubs bezahlten Schadenersatz enthielt (vgl. HEERMANN, Fehlverhalten, Fn. 65 sowie DERSELBE, Haftung, Fn. 1080 m.w.H.). Ein solcher Anspruch wird denn auch von der

Bestand bzw. Höhe eines allfälligen Schadens des Verbands sind nach der herrschenden Differenztheorie mittels Vergleichs von dessen gegenwärtigem Vermögensstand mit dem hypothetischen Vermögen ohne Eintritt des schädigenden Ereignisses zu ermitteln.<sup>1119</sup> Die Ermittlung und vor allem Substanziierung des im konkreten Einzelfall eingetretenen Schadens kann sich jedoch unter Umständen als schwierig erweisen.<sup>1120</sup> Dies gilt insbesondere für die Geltendmachung von entgangenem Gewinn der Clubs oder Nationalverbände oder auch der einzelnen Spieler, sei es durch Einnahmen aus weiteren, aufgrund von Fehlentscheidungen der Spielfunktionären verpassten Spielen, durch ausbleibende Verwirklichung eines gewinnbringenden Spielertransfers oder nicht verwirklichter, lukrativer Sponsoringverträge, sofern nicht bereits ein konkretes Angebot eines Sponsors vorliegt.<sup>1121</sup> Probleme können sich darüber hinaus auch bei der Schadensermittlung von Gesundheitsschädigungen im Zusammenhang mit allfälligen Vorschädigungen der verletzten Spieler ergeben. So können solche Vorschädigungen namentlich den Schaden selber aufgrund von Vorprägungen oder auch den Heilungsverlauf negativ beeinflussen. Trotzdem ist grundsätzlich auch in solchen Fällen der medizinische Befund vor und nach dem schädigenden Ereignis zu vergleichen, wobei jede Verschlimmerung der Verletzung und Verlängerung des verletzungsbedingten Arbeitsausfalls eine Folge des schädigenden Ereignisses darstellt und demnach auch eine spezifische Schadensneigung des Verletzten den Schädiger nicht zu entlasten vermag.<sup>1122</sup>

## B) Die Vertragsverletzung im Speziellen

### a) *Allgemeines zur Vertragsverletzung*

Eine vertragliche Pflichtverletzung besteht entweder in der Verletzung einer Hauptleistungspflicht oder der Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht.<sup>1123</sup> Die Verletzung einer vertraglichen Hauptleistungspflicht liegt vor, wenn der Schuldner die für ein bestimmtes Vertragsverhältnis charakteristische Leistung

---

schweizerischen Lehre und Rechtsprechung als selbstverständlich anerkannt (GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 2892 m.w.H., vgl. auch VON TUHR/PETER, S. 110).

<sup>1119</sup> Vgl. HUGUENIN, Nr. 867 ff.; SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 14.03; GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 2848.

<sup>1120</sup> Vgl. HEERMANN, Haftung, Nr. 538; ITTMANN, S. 196; HAAS/REIMANN, S. 52. Zur Frage, inwiefern zur Bestimmung des entgangenen Gewinns auch bloss hypothetisch in Zukunft ohne Eintritt des schädigenden Ereignisses abgeschlossene neue Arbeits- und Sponsoringverträge berücksichtigt werden sollen und damit eine Abkehr vom bisherigen *Alles-oder-Nichts-Prinzip* vorgenommen werden soll, vgl. HEERMANN, a.a.O., Nr. 651 f.

<sup>1121</sup> Vgl. HEERMANN, Haftung, Nr. 538.

<sup>1122</sup> HEERMANN, Haftung, Nr. 627 m.w.H.; vgl. auch SCHÖNTAG, S. 265.

<sup>1123</sup> SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 67.01 m.w.H.; HUGUENIN, Nr. 846; GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 2625.

nicht in der vertraglich vereinbarten Qualität erbringt, was bei Arbeits- und Dienstleistungsverträgen regelmässig dann der Fall ist, wenn die geschuldete Leistung nicht mit der notwendigen Sorgfalt ausgeführt wird.<sup>1124</sup> Als Nebenpflichten gelten demgegenüber jene Vertragspflichten, welche keine vertraglichen Hauptpflichten darstellen. Diese können sich aufgrund einer vertraglichen Vereinbarung oder aus dem Gesetz ergeben, häufig fehlt es indes an beidem, weshalb diese Nebenpflichten meist aus dem Grundsatz von Treu und Glauben, teilweise auch aus dem rechtsgeschäftlichen Vertrauensprinzip oder vereinzelt aus der Figur des einheitlichen gesetzlichen Schutzverhältnisses<sup>1125</sup> abgeleitet werden.<sup>1126</sup> Als vertragliche Nebenpflichten gelten sowohl die sogenannten Nebenleistungspflichten als auch die Obhuts- und Schutzpflichten.<sup>1127</sup> Während die Nebenleistungspflichten primär den Eintritt des mit dem Vertrag bezweckten Erfolgs sichern sollen, schützen die Obhuts- und Schutzpflichten den Gläubiger vor Beeinträchtigungen seiner körperlichen Integrität, seines Eigentums sowie seines Vermögens.<sup>1128</sup>

#### *b) Fehlentscheidungen im Speziellen*

Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, besteht die sich aus den Regeln 5 und 6 der IFAB-Spielregeln ergebende Hauptleistungspflicht der Spieloffiziellen darin, im von ihnen geleiteten Spiel den Spielregeln zwecks Durchführung eines fairen Wettkampfs Geltung zu verschaffen.<sup>1129</sup> Dabei haben die Spieloffiziellen auf den von ihnen subjektiv wahrgenommenen und bewerteten Sachverhalt die geltenden Spielregeln anzuwenden. Soweit die Spielregeln korrekt nach bestem Wissen und Gewissen auf diesen von den Spieloffiziellen subjektiv wahrgenommenen Sachverhalt angewendet werden, fehlt es demnach selbst dann an einer Pflichtverletzung seitens der Spieloffiziellen, wenn diesen bei der Wahrnehmung des ihrer Regelanwendung zugrunde liegenden Sachverhalts ein Fehler unterlaufen ist.<sup>1130</sup> Eine Pflichtverletzung liegt demgegenüber immer dann vor, wenn die Spieloffiziellen auf den von ihnen subjektiv festgestellten Sachverhalt

<sup>1124</sup> HUGUENIN, Nr. 98 sowie 847 f.; GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 2627 f.; SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 67.03 ff.

<sup>1125</sup> Vgl. hierzu GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 117a m.w.H.

<sup>1126</sup> HUGUENIN, Nr. 99; GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 2641; vgl. auch SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 67.07.

<sup>1127</sup> In der Lehre kann weder hinsichtlich der typologischen noch der terminologischen Erfassung dieser Nebenpflichten eine Einheitlichkeit festgestellt werden, vgl. hierzu SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 67.08 f., HUGUENIN, Nr. 100 ff., GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 2642 ff.

<sup>1128</sup> SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 67.08 f.; vgl. auch GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 2643, sowie HUGUENIN, OR, N 100.

<sup>1129</sup> Siehe vorne, S. 74 f.

<sup>1130</sup> Vgl. auch BLOS, S. 311.

die Spielregeln falsch anwenden.<sup>1131</sup> Es wäre also falsch, eine mit Fehlentscheidungen versehene Spielleitung pauschal als vertragliche Pflichtverletzung zu qualifizieren, ist doch für jeden einzelnen Fehlentscheid zu unterscheiden, ob diesem eine falsche Sachverhaltswahrnehmung oder eine falsche Spielregelanwendung zugrunde liegt. Im ersten Fall<sup>1132</sup> liegt seitens der Spieloffiziellen keine Verletzung ihrer vertraglichen Hauptleistungspflicht vor, wogegen im zweiten Fall<sup>1133</sup> eine solche Pflichtverletzung gegeben ist.<sup>1134</sup>

### c) Kontrollen und Überwachung im Speziellen

Die Geltungsverschaffung der Spielregeln als Hauptleistungspflicht der Spieloffiziellen beinhaltet sodann auch die Kontrolle der Ausrüstung der Spieler auf deren Vereinbarkeit mit der Regel 4, die Verpflichtung, das Spiel bei Eingriffen von aussen zu unterbrechen, vorübergehend auszusetzen oder ganz abzubrechen, sowie die Verpflichtung, den Zustand des Spielfelds vor dem Spiel zu kontrollieren und auch während des Spiels laufend zu überwachen. Auch diese nach hier vertretener Ansicht ebenfalls zu den Hauptleistungspflichten zu zählenden Kontroll- und Überwachungspflichten der Spieloffiziellen bezwecken in erster Linie die Durchführung eines regulären und fairen Wettkampfs und erst in zweiter Linie den Schutz der am Spiel teilnehmenden Spieler vor Verletzungen.<sup>1135</sup> Dies ergibt sich auch direkt aus den in der Regel 5 der IFAB-Spielregeln enthaltenen Ausführungen betreffend die *Haftung von Spieloffiziellen*, gemäss welchen eine solche für Verletzungen von Spielern zufolge von Entscheidungen der Spieloffiziellen unter anderem hinsichtlich der Fragen, ob der Zustand des Spielfelds oder seiner Umgebung ein reguläres Spiel zulässt, ob das Spiel aus irgendeinem Grund abzubrechen ist, ob die von den Spielern benützte Ausrüstung spieltauglich ist, ausgeschlossen wird. Eine Verletzung dieser Kontroll- und Überwachungspflichten liegt demnach nicht bereits dann vor, wenn sich ein Spieler zufolge eines von den Spieloffiziellen als regelkonform tolerierten Aus-

<sup>1131</sup> Vgl. auch WEBER, Strukturen, S. 479, wonach die Spieloffiziellen bei regelwidrigem Einwirken auf den Spielablauf (was nicht anderes als eine falsche Regelanwendung sein kann) ihre vertragliche Hauptleistungspflicht verletzen würden.

<sup>1132</sup> Hierbei handelt es sich auch um einen sogenannten *Tatsachenentscheid*, vgl. hierzu vorne, S. 30 ff.

<sup>1133</sup> Hierbei handelt es sich um einen sogenannten *Regelverstoß*, vgl. hierzu vorne, S. 33 ff.

<sup>1134</sup> A.M. REDELL, S. 52 f., welcher selbst im Falle einer falschen Sachverhaltswahrnehmung eine vertragliche Pflichtverletzung annehmen will. Er begründet dies damit, dass das Treffen von falschen Tatsachenentscheidungen durch die Spieloffiziellen nicht mit der Intention des Verbands einhergehe, einen den Fussballregeln entsprechenden Spielbetrieb zu gewährleisten. Das Treffen von falschen Tatsachenentscheidungen durch die Spieloffiziellen sei demnach ein Verhalten, welches vom Verband in dieser Form nicht gewünscht sei.

<sup>1135</sup> Siehe hierzu vorne, S. 74 f.; vgl. auch KUHN, S. 106 m.w.H.

rüstungsgegenstands oder als beispielbar eingestuften Spielfelds verletzt. Eine solche Pflichtverletzung kann vielmehr erst dann angenommen werden, wenn die Kontroll- und Überwachungspflichten durch die Spielloffiziellen nicht oder nicht gehörig vorgenommen werden.

Dabei ist jedoch zu beachten, dass sich zwar hinsichtlich der von den Spielern zu tragenden Ausrüstung in Regel 4 der IFAB-Spielregeln zum Teil detaillierte Anordnungen finden, welche Ausrüstungsgegenstände erlaubt sind und welche nicht. Demgegenüber finden sich weder in den Spielregeln noch den entsprechenden Weisungen der wettbewerbsveranstaltenden Verbände konkrete, von den Spielloffiziellen anzuwendende Kriterien, wann ein Spielfeld oder dessen Umgebung ein reguläres Spiel zulassen oder wann ein Spiel wegen äusserer Einflüsse zu unterbrechen oder gar abzubrechen wäre.<sup>1136</sup> Insbesondere auch die in diesem Zusammenhang immer wieder gehörten Kriterien, wonach der Ball auf dem Spielfeld rollen und aufspringen können müsse,<sup>1137</sup> finden sich nicht in den einschlägigen Verbandsreglementen. Den Spielloffiziellen ist deshalb solchen durch die Spielregeln nicht näher konkretisierten Entscheidungen für die Beurteilung der Frage, ob der Zustand des Spielfelds oder seiner Umgebung ein reguläres Spiel zulässt bzw. ob sich dieser Zustand im Verlaufe des Spiels derart verschlechtert, dass das Spiel deswegen abgebrochen werden müsste, ein weiter Ermessensspielraum zuzugestehen. Dabei ist jede aufgrund der konkreten Situation noch vertretbare Entscheidung als angemessen zu erachten<sup>1138</sup> und es ist entsprechend von einer gehörigen Erfüllung der Kontroll- und Überwachungspflicht der Spielloffiziellen auszugehen.

#### d) *Direkte physische Einwirkungen auf Spieler im Speziellen*

Im Allgemeinen handelt es sich bei der im Rahmen eines Vertragsverhältnisses regelmässig bestehenden Verpflichtung, die Rechtsgüter des jeweils anderen Vertragspartners wie Leib und Leben und Eigentum nicht zu gefährden und zu schützen um sogenannte Obhuts- und Schutzpflichten, welche zu den vertragli-

<sup>1136</sup> Einzig hinsichtlich der Beschaffenheit der Eckfahnen sowie der Sicherheit der Tore (Verankerung im Boden) finden sich punktuelle Regelungen in Regel 4 der IFAB-Spielregeln. In den SFV-Ausführungsbestimmungen zur Regel 5 wird zudem ergänzend festgehalten, ein Spiel sei bei Dunkelheit, Nebel, Sturmwind, Schneegestöber, Hagelschlag, Gewitter mit Blitz oder heftigem Regen mit anschliessender Überflutung des Spielfelds vorzeitig abzubrechen (vgl. Ziff. 1 lit. c SR-Merkblatt). Auch ein Todesfall eines am Spiel beteiligten Aktiven oder auf das Spielfeld eingedrungene Zuschauer bei gleichzeitiger Unmöglichkeit der Wiederherstellung der Ordnung innert einer von den Spielloffiziellen angesetzten Frist haben demnach zu einem vorzeitigen Spielabbruch zu führen.

<sup>1137</sup> Vgl. <<http://www.nzz.ch/sport/fussball/cup-viertelfinal-in-buochs-verschoben-1.18494968>>, besucht Ende Juli 2017; vgl. auch BLOS, S. 313.

<sup>1138</sup> Vgl. auch BLOS, S. 310.

chen Nebenpflichten zu zählen sind und entsprechend lediglich zwischen den Vertragsparteien gelten.<sup>1139</sup> Wie bereits an anderer Stelle<sup>1140</sup> erwähnt, beinhaltet die seitens der Spielloffiziellen gegenüber dem wettbewerbsveranstaltenden Verband bestehende Hauptleistungspflicht der Durchsetzung der Spielregeln zwecks Durchführung eines fairen Wettkampfs auch den Schutz der körperlichen Integrität der ihrer Regelungsgewalt unterstellten Personen, namentlich auch der am von ihnen geleiteten Spiel teilnehmenden Spieler der beiden Mannschaften. Eine aufgrund einer direkten physischen Einwirkung eines Spielloffiziellen bei einem Spieler hervorgerufene Beeinträchtigung von dessen körperlicher Integrität stellt demnach ohne Weiteres eine vertragliche Pflichtverletzung der Spielloffiziellen gegenüber dem wettbewerbsveranstaltenden Verband dar.

### C) Das Verschulden im Speziellen

Sofern seitens der Spielloffiziellen eine vertragliche Pflichtverletzung vorliegt, wird ein Verschulden nach Art. 97 Abs. 1 OR vermutet. Die Spielloffiziellen können sich jedoch mittels Erbringung des sogenannten Exkulpationsbeweises von einer Haftung befreien, indem sie nachweisen, dass sie für die fragliche Pflichtverletzung kein Verschulden trifft.<sup>1141</sup> Grundsätzlich reicht jede Art von Verschulden zur Begründung einer Haftung bei Vorliegen einer vertraglichen Pflichtverletzung aus.<sup>1142</sup> Eine Reihe gesetzlicher Spezialvorschriften statuiert jedoch Haftungsmilderungen oder macht eine Haftung von einer qualifizierten Form des Verschuldens abhängig.<sup>1143</sup>

#### a) *Der Sorgfaltsmassstab im Arbeitsverhältnis*

Der Arbeitnehmer haftet grundsätzlich für jedes Verschulden,<sup>1144</sup> also für Absicht bzw. Vorsatz,<sup>1145</sup> grobe, mittlere und auch leichte Fahrlässigkeit, wobei bei Letzterer die Schadenersatzpflicht regelmässig deutlich reduziert wird und bei schadensgeneigter Arbeit, d.h. bei beruflichen Tätigkeiten, welche erfahrungsgemäss eine erhöhte Gefahr der Schädigung des Arbeitgebers in sich bergen,<sup>1146</sup>

<sup>1139</sup> GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 2643.

<sup>1140</sup> Siehe vorne, S. 74 f.

<sup>1141</sup> Vgl. auch SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 22.30; HUGUENIN, OR, Nr. 893; GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 2980 ff.

<sup>1142</sup> Art. 99 Abs. 1 OR; HUGUENIN, N 897; SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 22.23; GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 2976.

<sup>1143</sup> SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 22.23 ff.

<sup>1144</sup> Vgl. Art. 321e Abs. 1 OR.

<sup>1145</sup> Anders als im Strafrecht sind die Begriffe *Absicht* und *Vorsatz* im Zivilrecht gleichbedeutend. Vorsätzlich handelt demnach, wer einen Schädigungserfolg herbeiführen will oder diesen zumindest in Kauf nimmt (vgl. KESSLER, Art. 41 OR N 45 m.w.H.; FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 558; ROBERTO, Nr. 07.22).

<sup>1146</sup> STAEHELIN, Art. 321e OR N 23.



in der Regel ganz entfällt.<sup>1147</sup> Als leichtfahrlässig gilt das Nichtbeachten einer Tatsache, welche bei genauerem Überlegen hätte beachtet werden müssen.<sup>1148</sup> Bei mittlerer<sup>1149</sup> Fahrlässigkeit findet in aller Regel eine Reduktion der Haftung im Sinne einer den konkreten Umständen angemessenen Schadensaufteilung statt, wogegen bei grober Fahrlässigkeit, also dem Ausserachtlassen elementarer Vorsichtsregeln,<sup>1150</sup> und erst recht bei Vorsatz, eine Haftungsreduktion regelmässig ausgeschlossen ist.<sup>1151</sup>

Das Verschulden eines Arbeitnehmers im Falle einer Schlechterfüllung ist anhand des in der Sonderregelung von Art. 321e Abs. 2 OR festgeschriebenen Sorgfaltsmassstabs zu beurteilen.<sup>1152</sup> Der Umfang der Sorgfalt bestimmt sich demnach in erster Linie nach den von den Parteien getroffenen Vereinbarungen, und die Sorgfalt ist erbracht, soweit die erbrachte Leistung mit der vereinbarten Leistung in qualitativer und quantitativer Hinsicht übereinstimmt.<sup>1153</sup> Da insbesondere die Qualität der zu erbringenden Arbeit vertraglich praktisch nie näher umschrieben ist, muss das Mass der Sorgfalt gemäss der gesetzlichen Regelung anhand des Berufsrisikos, des Bildungsgrads und der Fachkenntnisse des Arbeitnehmers sowie der Kenntnisse des Arbeitgebers hinsichtlich der Fähigkeiten und Eigenschaften seines Arbeitnehmers konkretisiert werden.<sup>1154</sup>

In diesem Sinne richtet sich der Sorgfaltsmassstab der Spieloffiziellen grundsätzlich nach diesen allgemeinen arbeitsvertraglichen Vorschriften, was konsequenterweise grundsätzlich zur Folge hätte, dass mangels Vorliegen einer Haf-

---

<sup>1147</sup> STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 321c OR N 2; STAEHELIN, Art. 321e OR N 22 ff. m.w.H.

<sup>1148</sup> Zum Begriff der *leichten Fahrlässigkeit* vgl. KESSLER, Art. 41 OR N 50 m.w.H.; FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 566; REY, Nrn. 863 ff.; ROBERTO, Nr. 07.25; BREHM, Art. 41 OR N 199 f.

<sup>1149</sup> Als *mittlere* oder *gewöhnliche Fahrlässigkeit* gilt nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung ein Verschulden, das weder als leicht zu qualifizieren ist noch bereits den Grad grober Fahrlässigkeit erreicht hat (vgl. FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 565 m.w.H.; REY, Nrn. 860 ff.; BREHM, Art. 41 OR N 198 f.).

<sup>1150</sup> Zum Begriff der *groben Fahrlässigkeit* vgl. KESSLER, Art. 41 OR N 49 m.w.H.; FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 564; REY, Nrn. 857 ff.; ROBERTO, Nr. 07.24; BREHM, Art. 41 OR N 197a ff.

<sup>1151</sup> Vgl. STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 321c OR N 2 m.w.H. Diese Schadenersatzbemessung beruht letztlich ebenfalls auf der Regelung von Art. 321e Abs. 2 OR, welche damit einerseits Haftungsmassstab, andererseits Bemessungsgrösse für den Schadenersatz darstellt (vgl. REHBINDER/STÖCKLI, Art. 321e OR N 19 m.w.H.).

<sup>1152</sup> REHBINDER/STÖCKLI, Art. 321e OR N 19.

<sup>1153</sup> STAEHELIN, Art. 321e OR N 4.

<sup>1154</sup> Vgl. STAEHELIN, Art. 321e OR N 4 sowie REHBINDER/STÖCKLI, Art. 321e OR N 19 m.w.H.

tungserleichterung des Arbeitnehmers die Spielloffiziellen gegenüber dem arbeitgebenden Verband für sämtliche bei diesem eingetretenen bzw. geltend gemachten Schäden zufolge ihrer in den vorerwähnten Fallgruppen<sup>1155</sup> getätigten und gleichzeitig als vertragliche Pflichtverletzungen zu qualifizierenden Handlungen oder Unterlassungen haftbar gemacht werden könnten. Es fragt sich indes, ob dieser sehr weit erscheinende grundsätzliche Haftungsumfang vor dem Hintergrund der Besonderheiten des zwischen den Spielloffiziellen und dem Verband bestehenden Rechtsverhältnisses im Allgemeinen und dem Arbeitsvertrag im Besonderen nicht eingeschränkt werden muss, was nachfolgend zu prüfen sein wird.

*aa) Sorgfaltsmassstab bei einem Sportler im Allgemeinen*

Zunächst stellt sich dabei die Frage, ob sich aus dem Umstand, dass die Arbeitsleistung der Spielloffiziellen letztlich in einer sportlichen Tätigkeit besteht, Rückschlüsse auf den anzuwendenden Sorgfaltsmassstab gezogen werden können. Dies ist indes zu verneinen. Ist ein Sportler als Arbeitnehmer seiner Arbeitspflicht zwar nachgekommen, hat dabei aber eine mangelhafte Leistung abgeliefert, ist diese aus Sicht des Arbeitgebers im Einzelfall aufgrund des jeweiligen vertraglichen Leistungsinhalts zu bewerten. Es ist dabei konkret zu beurteilen, ob der Sportler sich bei Ausübung seiner Tätigkeit bestmöglich angestrengt und seine geschuldete Leistung insbesondere bei Wettkämpfen mit voller Einsatzbereitschaft sowie der nötigen Konzentration und Motivation erbracht hat.<sup>1156</sup> Zu berücksichtigen ist dabei auch, dass im Bereich des Sports stets mit psychischen und physischen Leistungsschwankungen gerechnet werden muss.<sup>1157</sup> Zudem ist es in der Regel sehr schwierig, die tatsächliche Leistungsfähigkeit eines Sportlers mit der ihm bestmöglichen zu vergleichen. Eine unterdurchschnittliche sportliche Leistung wird deshalb nur dann als schuldhaft Schlechtleistung bewertet werden können, wenn ein fehlender Leistungswille objektiv erkennbar oder der in der jeweiligen Sportart erforderliche Leistungsmindeststandard für jedermann sichtbar unterschritten ist.<sup>1158</sup> Ein solcher Fall könnte bei einem Spielloffiziellen beispielsweise dann vorliegen, wenn er durch unsoliden Lebenswandel, zu denken ist etwa an übermässigen Alkoholkonsum oder chronischen Schlafmangel, auffällt und aufgrund dessen die objektiv erwartete Leistung in einem Spiel nicht abrufen kann.<sup>1159</sup>

An dieser Stelle ist indes darauf hinzuweisen, dass die Spielloffiziellen zwar zweifellos Sportler sind, ihre arbeitsvertragliche Hauptleistung indes nicht primär in der Erbringung einer sportlichen Leistung, sondern in der Durchsetzung

---

<sup>1155</sup> Siehe vorne, S. 197 f.

<sup>1156</sup> Vgl. auch AEBI-MÜLLER/RÜFENACHT, S. 125.

<sup>1157</sup> RÜSING, S. 49.

<sup>1158</sup> ITTMANN, S. 192.

<sup>1159</sup> Siehe RÜSING, S. 50.

der Spielregeln während des von ihnen geleiteten Spiels besteht. Ihre vertragliche Verpflichtung besteht demnach nicht alleine darin, sich im von ihnen geleiteten Spiel bestmöglich anzustrengen und ihre Tätigkeit mit vollster Konzentration und Motivation zu erbringen. Selbst wenn sie sich bestmöglich anstrengen, liegt eine vertragliche Pflichtverletzung vor, wenn sie auf den von ihnen während des Spiels wahrgenommenen Sachverhalt die Spielregeln falsch anwenden. Eine Beschränkung der vertraglichen Haftung auf Schäden, welche in Ausübung einer durch objektiv erkennbaren mangelnden Leistungswillen oder in für jedermann sichtbarer Unterschreitung des erforderlichen Leistungsmindeststandards geprägten Spielleitung entstanden sind, rechtfertigt sich demnach für die Spieloffiziellen nicht.

*bb) Ausschluss der Fahrlässigkeitshaftung aufgrund Preisrichtertätigkeit*

In der deutschen Lehre wird teilweise die Meinung vertreten, der Haftungsmassstab der Spieloffiziellen sei analog derjenigen eines Preisrichters zu bestimmen. Dieser hafte innerhalb des Kernbereichs seiner Tätigkeit lediglich nach § 826 BGB.<sup>1160</sup> Gemäss dieser Bestimmung ist dem anderen zum Ersatz des Schadens verpflichtet, wer in einer gegen die guten Sitten verstossenden Weise diesem vorsätzlich Schaden zufügt. Demnach haftet ein Preisrichter nach deutschem Recht ausschliesslich für vorsätzliches Handeln, während selbst eine grobfahrlässige Handlung keine Haftung zu begründen vermag.<sup>1161</sup> Begründet wird diese analoge Anwendung des Haftungsmassstabs für Preisrichter damit, die Spieloffiziellen seien im Rahmen des zwischen ihnen und dem jeweiligen Verband bestehenden Rechtsverhältnisses als Preisrichter tätig. Der fachliche Kernbereich ihrer preisrichterlichen Tätigkeit umfasse dabei alle ihre Pflichten, welche nicht zu den blossen Vorbereitungshandlungen zu zählen seien.<sup>1162</sup>

Während der schweizerischen Rechtsordnung keine Hinweise auf die Art und den Inhalt des Preisrichtervertrags zu entnehmen sind,<sup>1163</sup> wird in Art. 10 Ziff. 1 der SIA-Ordnung 142 für Architektur- und Ingenieurwettbewerbe festgehalten, die Preisrichter seien Beauftragte des Wettbewerbsorganisations.<sup>1164</sup> Auch dieser Bestimmung kann indes keine Antwort zur Frage nach dem Haftungsmassstab von Preisrichtern entnommen werden. In der schweizerischen Lehre wird hierzu teilweise die Ansicht vertreten, falls die begangene Sorgfaltspflichtverletzung in einem Missverhältnis zum geforderten Schadenersatz stehe, solle dem Wettbewerbsteilnehmer auch im Falle eines gestützt auf Art. 97 OR gegenüber dem

<sup>1160</sup> KUHN, S. 111 m.w.H.

<sup>1161</sup> Vgl. SPRAU, § 826 BGB N 10 m.w.H.

<sup>1162</sup> KUHN, S. 111 m.w.H.

<sup>1163</sup> Weder Art. 8 OR noch Art. 55 VöB können diesbezüglich weitere Hinweise entnommen werden.

<sup>1164</sup> A.M. ULRICH, SIA, S. 251, welcher mit Hinweis auf HÜRLIMANN, Nr. 1434 einen Preisrichtervertrag eher als Werkvertrag qualifiziert.

Veranstalter geltend gemachten Schadenersatzanspruchs nur ein dem effektiven Verschulden entsprechender, reduzierter Schadenersatz zuerkannt werden.<sup>1165</sup> Der auf diesem Gebiet ebenfalls nur spärlich vorhandenen Rechtsprechung kann sodann immerhin entnommen werden, dass dem Preisrichter eine gewisse rechtliche Nähe zum Gerichtsexperten attestiert wird.<sup>1166</sup> Für die vertragliche Haftung des Gerichtsexperten<sup>1167</sup> wird in der Lehre die Meinung vertreten, dieser könne nur bei grobem Verschulden, also bei grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz, haftungsrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Dies mit der Begründung, eine Expertise könne nur bei offenkundiger Unrichtigkeit bzw. qualifizierten Verfahrensfehlern angefochten werden, weshalb dem Experten durch diesen begangene Fehler auch nur dann zur Last gelegt werden könnten, wenn sie eine offenkundige Unrichtigkeit oder Unbilligkeit der Expertise bewirken würden.<sup>1168</sup>

Es scheint wenig überzeugend, die vertragliche Haftung der Spielloffiziellen aus dem zwischen diesen und dem wettbewerbsveranstaltenden Verband bestehenden Arbeitsvertrag einzig durch analoge Anwendung der in der Lehre vertretenen Haftungsbeschränkung eines Preisrichters ebenfalls zu beschränken. Einerseits vermag die teilweise in der deutschen Lehre vertretene Auffassung, die Spielloffiziellen seien auf dem Platz als Preisrichter tätig, nicht zu überzeugen. Anders als ein Preisrichter, welcher verschiedene Leistungen zu beurteilen, zu bewerten und diese Leistungen letztlich in einer Rangliste zu erfassen hat, ermöglichen die Spielloffiziellen den beiden Mannschaften auf dem Platz lediglich einen möglichst sportlichen und fairen Wettbewerb, indem sie für die Einhaltung der Spielregeln besorgt sind. Sie bewerten dabei weder die Leistungen der beiden Mannschaften noch diejenige der einzelnen Spieler. Der Wettbewerb wird im Rahmen des durch die Spielloffiziellen ermöglichten sportlich fairen Rahmens einzig zwischen den beiden Mannschaften ausgetragen. Darüber hinaus wäre auch fraglich, welche Haftungsreduktion überhaupt analog angewendet werden sollte. Während der Preisrichter nach deutschem Recht lediglich für Vorsatzhandlungen haftet, sind die Ansichten hierzu in der schweizerischen Lehre wie vorstehend dargestellt nicht derart einheitlich.<sup>1169</sup> Schliesslich ist in diesem Zusammenhang zu beachten, dass mit einer analogen Anwendung der Haftungserleichterung des Preisrichters ein aus dem Auftrags- und teilweise

---

<sup>1165</sup> Vgl. ULRICH, Architektenvertrag, S. 224 mit Hinweis auf Pra 1992, Nr. 185, E. 2 sowie WEBER, Sorgfaltswidrigkeit, S. 56 f.

<sup>1166</sup> So hat das Verwaltungsgericht des Kantons Luzern im Urteil Nr. V 03 308 vom 7. Januar 2004 festgehalten, die Stellung der Preisrichter in einem Projektwettbewerb komme im Hinblick auf allfällige Ausstandsgründe derjenigen von Gerichtsexperten sehr nahe (BR 2/2004, S. 60, Ziff. 2).

<sup>1167</sup> Dieser dürfte im Allgemeinen als Werkvertrag zu qualifizieren sein, vgl. HÜRLIMANN, Nr. 1594.

<sup>1168</sup> Vgl. HÜRLIMANN, Nr. 1595 m.w.H.

<sup>1169</sup> Siehe vorne, S. 210 f.

dem Werkvertragsrecht hergeleiteter Haftungsmaßstab auf das Arbeitsrecht übertragen würde, was angesichts des Umstands, dass ein Beauftragter grundsätzlich nicht für dieselbe Sorgfalt haftet wie ein Arbeitnehmer, sowieso problematisch wäre.

*cc) Ausschluss der Haftung für leichte Fahrlässigkeit aufgrund Schiedsrichtertätigkeit nach ZPO*

In der deutschen Lehre wird teilweise auch eine Anwendung der zur Haftung des ZPO-Schiedsrichters entwickelten Grundsätze auf die vertragliche Haftung der Spielloffiziellen gegenüber dem Verband diskutiert. Der ZPO-Schiedsrichter soll durch Subsumtion des Tatbestands unter die anzuwendende Rechtsnorm entscheiden können und nicht durch eine weitreichende potenzielle Haftung in seiner Entscheidung beschränkt werden. Der ZPO-Schiedsrichter haftet nur dann, wenn die durch ihn begangene Pflichtverletzung gleichzeitig die Erfüllung einer Straftat darstellt.<sup>1170</sup> Obwohl eingeräumt wird, dass sich die Position des ZPO-Schiedsrichters nur eingeschränkt mit derjenigen der Spielloffiziellen vergleichen lasse, solle indes auch deren Amtsführung nicht durch allzu strenge Haftungsregeln eingeschränkt werden, weshalb eine Haftung für Fahrlässigkeit auszuschließen sei.<sup>1171</sup>

Nach einhelliger Auffassung handelt es sich beim zwischen den involvierten Parteien und dem ZPO-Schiedsrichter bestehenden Rechtsverhältnis um einen Vertrag *sui generis* mit auftragsähnlicher Grundlage.<sup>1172</sup> Die Haftung richtet sich dabei grundsätzlich nach den Regeln des Auftragsrechts,<sup>1173</sup> wobei allgemein anerkannt wird, dass die ZPO-Schiedsrichter wie auch die staatlichen Richter eine gewisse Immunität genießen, sodass eine Haftung nur bei absichtlicher oder grobfahrlässiger Pflichtverletzung infrage kommt.<sup>1174</sup>

Auch wenn eine Haftungsbeschränkung für grobfahrlässige oder vorsätzliche Pflichtwidrigkeiten auf die Haftung der Spielloffiziellen gegenüber dem jeweiligen Verband im Ergebnis Zustimmung verdient, so vermag auch hier deren Begründung, nämlich die analoge Anwendung der Haftungsregeln für den ZPO-Schiedsrichter auf die Spielloffiziellen, nicht zu überzeugen. Auch wenn sich die Tätigkeit der Spielloffiziellen nicht gänzlich von derjenigen der ZPO-Schiedsrichter unterscheidet, indem auch sie letztlich eine Rechtsfindung mittels Subsumtion der von ihnen erkannten Tatbestände unter die Spielregeln durchführen, ist sie dennoch nicht mit ihr zu vergleichen. Im Unterschied zum ZPO-Schiedsrichter entscheiden die Spielloffiziellen keine Rechts-, sondern Wett-

<sup>1170</sup> Vgl. KUHN, S. 112 mit Hinweis auf § 839 Abs. 2 BGB.

<sup>1171</sup> KUHN, S. 112 f.

<sup>1172</sup> HABEGGER, Art. 364 ZPO N 5 m.w.H.; GRUNDMANN, Art. 364 ZPO N 8 m.w.H.

<sup>1173</sup> Vgl. Art. 398 OR.

<sup>1174</sup> HABEGGER, Art. 364 ZPO N 9c f. m.w.H.; GRUNDMANN, Art. 364 ZPO N 20.

kampfstreitigkeiten.<sup>1175</sup> Darüber hinaus ist auch in diesem Zusammenhang zu beachten, dass die Haftungsbeschränkung der ZPO-Schiedsrichter unter dem Auftragsrecht entwickelt wurde, während an dieser Stelle der Sorgfaltsmassstab für die Spieloffiziellen im Rahmen ihrer Haftung als Arbeitnehmer bestimmt werden soll.<sup>1176</sup>

*dd) Verschuldensmassstab bei falscher Regelanwendung*

Nach hier vertretener Ansicht ist hinsichtlich des Verschuldens im Falle von durch Spieloffizielle begangene Pflichtverletzungen zwischen Fällen falscher Regelanwendungen, nicht oder lediglich ungenügend vorgenommener Kontroll- und Überwachungspflichten sowie direkter physischer Einwirkungen auf die Spieler zu unterscheiden. Sofern die Vertragsverletzung der Spieloffiziellen in einer falschen Regelanwendung liegt, ist demnach ein haftungsbegründendes Verschulden der Spieloffiziellen lediglich dann anzunehmen, wenn diese falsche Regelanwendung durch die Spieloffiziellen bewusst erfolgt ist.<sup>1177</sup> Wie im Rahmen der an anderer Stelle<sup>1178</sup> folgenden Ausführungen zur ausservertraglichen Haftung noch zu zeigen sein wird, ist im Bereich sportlicher Betätigung an die im Verkehr erforderliche Sorgfalt ein besonderer, durch die Eigenart und die damit verbundenen sporttypischen Gefahren und Risiken geprägter Sorgfaltsmassstab anzuwenden.<sup>1179</sup> Sofern dem zwischen den Parteien bestehenden Vertrag kein Hinweis auf einen zwischen den Parteien hiervon abweichenden Umfang der zu erbringenden Sorgfalt entnommen werden kann, ist nach hier vertretener Ansicht sodann davon auszugehen, dass ein solcher sportarttypischer Sorgfaltsmassstab auch im Rahmen der vertraglichen Haftung Anwendung findet. Die in diesem Zusammenhang zur Bestimmung des sportartspezifischen Sorgfaltsmassstabs zu berücksichtigenden Eigenarten der Tätigkeit der Spieloffiziellen bestehen in erster Linie in der Tatsache, dass die Spieloffiziellen ihre Entscheidungen während des Spiels aus der Situation heraus ad hoc und meist innert Sekunden treffen müssen und dabei zusätzlich auch unter beträchtlichem Druck der beteiligten Spieler, Teamoffiziellen und Zuschauer stehen.<sup>1180</sup> Das Risiko, dass die Spieloffiziellen in einem hektischen Spiel einer falschen Regelanwendung unterliegen, besteht demnach ohne Weiteres. Entsprechend dürfen

---

<sup>1175</sup> Vgl. KUHN, S. 68.

<sup>1176</sup> Zwar haftet der Beauftragte nicht für dieselbe Sorgfalt wie der Arbeitnehmer, jedoch bestimmt sich die Haftung in beiden Fällen nach denselben Regeln (siehe hinten, S. 216).

<sup>1177</sup> Gl.M. im Ergebnis auch KUHN, S. 113; KUMMER, S. 65; TÄNNLER, Schiedsrichter, S. 19; SCHERRER, Schiedsrichter, S. 256, HEERMANN, Fehlverhalten, S. 59; EUFE, S. 12 sowie BLOS, S. 311.

<sup>1178</sup> Siehe hinten, S. 233 ff.

<sup>1179</sup> KUHN, S. 116.

<sup>1180</sup> KUHN, S. 116.

einerseits die Spieloffiziellen bei der Übernahme ihrer Tätigkeit davon ausgehen, sich nicht für unbewusst getroffene Fehlentscheidungen im Allgemeinen und unbewusst falsche Regelanwendungen im Besonderen haftungsrechtlich gegenüber ihrem Vertragspartner verantworten zu müssen.<sup>1181</sup> Andererseits entspricht eine solche Haftungsbeschränkung auf bewusste falsche Regelanwendungen auch dem Interesse des jeweils wettbewerbsveranstaltenden Verbands, welcher nicht zuletzt im Hinblick auf eine allfällige Rückgriffhaftung durch die am von den Spieloffiziellen geleiteten Spiel beteiligten Clubs, Nationalverbände oder gar deren Spieler hieran ein Interesse hat. Auch Letztere müssen im Übrigen davon ausgehen, dass den Spieloffiziellen aufgrund der besonderen Umstände ihrer Tätigkeit Fehlentscheidungen unterlaufen werden.<sup>1182</sup>

*ee) Verschuldensmassstab bei Verletzung der Kontroll- und Überwachungspflicht*

Zur Bestimmung des Verschuldensmassstabs im Rahmen der Verletzung von Kontroll- und Überwachungspflichten der Spieloffiziellen ist sodann zwischen unzureichenden Kontrollen der Ausrüstung der Spieler sowie des Spielfelds inklusive dessen Umgebung vor dem Spiel einerseits und unzureichender Überwachung des Spielfelds sowie allfälliger, einen Unterbruch oder Abbruch des Spiels notwendig machender äusserer Einflüsse während der Dauer des Spiels andererseits zu differenzieren. Wie im Falle einer von den Spieloffiziellen während des Spiels erfolgten falschen Regelanwendung liegt ein Verschulden der Spieloffiziellen nach hier vertretener Ansicht auch im Falle einer Verletzung der Überwachungspflicht während der Dauer des Spiels lediglich dann vor, wenn diese und damit eine mit ihr einhergehende Schädigung der am Spiel beteiligten Spieler von den Spieloffiziellen bewusst erfolgte. Auch die Einschätzung und Beurteilung eines allfälligen, einen Unterbruch oder gar Abbruch des Spiels notwendig machenden äusseren Einflusses hat von den Spieloffiziellen während des Spiels in aller Regel ad hoc und ohne die Möglichkeit der Vornahme weiterer Sachverhaltsabklärungen zu erfolgen. Bei dieser Entscheidung stehen die Spieloffiziellen ebenfalls unter einem beträchtlichen Druck der beteiligten Spieler und Teamoffiziellen sowie auch der Zuschauer. Die für die Bestimmung des sportartspezifischen Sorgfaltsmassstabs zu berücksichtigenden Eigenarten der Tätigkeit der Spieloffiziellen sowie die damit verbundenen Risiken sind somit hinsichtlich ihrer Überwachungspflicht während des Spiels durchaus vergleichbar mit ihrer Verpflichtung zur korrekten Regelanwendung und Durchsetzung, sodass sich auch die Anwendung desselben Sorgfaltsmassstabs geradezu aufdrängt.

---

<sup>1181</sup> Vgl. auch KUMMER, S. 65.

<sup>1182</sup> Vgl. auch KUHN, S. 113.

Anders als im Rahmen ihrer während des laufenden Spiels auszuübenden Anwendung und Durchsetzung der Spielregeln sowie gleichzeitig noch vorzunehmenden Überwachung allfälliger, einen Unterbruch oder gar Abbruch des Spiels notwendig machender äusserer Einflüsse befinden sich die Spieloffiziellen im Rahmen ihrer vor dem Spiel durchzuführenden Ausrüstungskontrollen der Spieler sowie der Kontrolle des Spielfelds inklusive dessen Umgebung nicht in einer eigentlichen Wettkampfsituation. Insbesondere sind sie weder zeitlich noch durch eine allenfalls aufgrund des Verhaltens der Spieler oder Zuschauer aufgeheizte oder gehässige Stimmung hinsichtlich der Vornahme der vorerwähnten Kontrollen unter Druck. Entsprechend rechtfertigt sich hinsichtlich dieser durchwegs vor Spielbeginn durchzuführenden Kontrollen die Anwendung eines reduzierten Sorgfaltsmassstabs nicht. Vielmehr haften die Spieloffiziellen nach hier vertretener Ansicht im Falle einer Verletzung ihrer vor Spielbeginn bestehenden Kontrollpflichten für jegliches Verschulden. Wie bereits im Rahmen der vorstehenden Ausführungen zur Verletzung der Kontroll- und Überwachungspflicht erwähnt,<sup>1183</sup> steht den Spieloffiziellen indes für die Beurteilung der Frage, ob der Zustand des Spielfelds oder dessen Umgebung ein reguläres Spiel zulässt, mangels Erwähnung konkreter Beurteilungskriterien in den Spielregeln ein weiter Ermessensspielraum zu, sodass die Annahme einer vertraglichen Pflichtverletzung nur sehr zurückhaltend bzw. bei Überschreiten dieses weiten Ermessensspielraums zu erfolgen hat.

*ff) Verschuldensmassstab bei direkten physischen Einwirkungen auf Spieler*

Schliesslich ist auch für die Bestimmung des Verschuldens der Spieloffiziellen bei allfälligen, von diesen zufolge direkter physischer Einwirkungen auf die Spieler bei diesen verursachten Verletzungen zu differenzieren. Sofern eine solche Einwirkung und damit auch eine entsprechende Pflichtverletzung durch die Spieloffiziellen während des laufenden Spiels erfolgen, ist ein Verschulden wieder lediglich im Falle einer von den Spieloffiziellen bewusst erfolgten Einwirkung anzunehmen. Wie nachfolgend<sup>1184</sup> noch zu zeigen sein wird, bringt die Tätigkeit der Spieloffiziellen auf dem Spielfeld die sportarttypische Gefahr und das Risiko mit, während des Spiels mit einem Spieler beispielsweise zusammenzustossen, woraus ohne Weiteres entsprechende Verletzungsfolgen resultieren können. Demgegenüber besteht dieses sportarttypische Risiko ausserhalb des laufenden Spiels nicht, weshalb im Falle einer dort erfolgten physischen Einwirkung der Spieloffiziellen auf Spieler die Spieloffiziellen wiederum für jegliches Verschulden haften.

---

<sup>1183</sup> Siehe hierzu vorne, S. 205 f.

<sup>1184</sup> Siehe hierzu hinten, S. 249.



### *b) Der Sorgfaltsmassstab im Auftragsverhältnis*

Nach der gesetzlichen Regelung haftet der Beauftragte «im Allgemeinen für die gleiche Sorgfalt wie der Arbeitnehmer» für die sorgfältige Ausführung des ihm übertragenen Geschäfts.<sup>1185</sup> Dieser Verweis ist indes lediglich dahin gehend zu verstehen, dass die erforderliche Sorgfalt wie im Arbeitsvertragsrecht nach den konkreten Verhältnissen des jeweiligen Auftrags auszurichten ist. Der Beauftragte haftet nicht für die gleiche Sorgfalt wie der Arbeitnehmer, sondern lediglich nach denselben Regeln. Das Mass der Sorgfalt bestimmt sich demnach auch für den Beauftragten nach dem jeweiligen Auftragsverhältnis unter Berücksichtigung seines Bildungsgrades, seiner Fähigkeiten und Fachkenntnisse sowie der Kenntnisse des Auftraggebers hiervon.<sup>1186</sup>

Wie der Arbeitnehmer haftet auch der Beauftragte grundsätzlich für jedes Verschulden.<sup>1187</sup> Der Beauftragte haftet somit wie der Arbeitnehmer auch bei leichter Fahrlässigkeit, wobei ein objektiv ausserordentlich leichtes Verschulden des Beauftragten im Rahmen der Schadenersatzbemessung als Reduktionsgrund zu berücksichtigen ist.<sup>1188</sup> Für die Bestimmung des Sorgfaltsmassstabs der vom wettbewerbsveranstaltenden Verband mit der Vornahme von Spielleitungen beauftragten Spieloffiziellen bedeutet dies konkret, dass die Interessenlagen der beteiligten Parteien unabhängig von der rechtlichen Qualifikation des zwischen den Spieloffiziellen und dem jeweiligen Verband bestehenden Vertragsverhältnisses vollkommen identisch sind, weshalb für den konkret im Falle der einzelnen Pflichtverletzungen anzuwendenden Sorgfalts- bzw. Verschuldensmassstab an dieser Stelle auf die entsprechenden Ausführungen und Erläuterungen im Rahmen eines Arbeitsvertrags verwiesen werden kann.<sup>1189</sup>

## **D) Der Kausalzusammenhang im Speziellen**

Das Kriterium des Kausalzusammenhangs dient dazu, eine Ausuferung der Verantwortlichkeit für ein Schadensereignis zu verhindern.<sup>1190</sup> Der natürliche Kausalzusammenhang mit seiner sine-qua-non-Formel ist dabei alleine für die Unterscheidung zwischen für die Haftpflicht begründenden relevanten Ursachen und irrelevanten Ursachen nicht geeignet, da eine einmal in Gang gesetzte Kausalkette sich unter Umständen beliebig weit fortsetzen und überdies eine Vielzahl von natürlich kausalen Ursachen haben kann.<sup>1191</sup> Die erforderliche Haftungsbeschränkung erfolgt deshalb zunächst mittels der Adäquanzttheorie, nach

---

<sup>1185</sup> Vgl. Art. 398 Abs. 1 OR.

<sup>1186</sup> FELLMANN, Art. 398 OR N 483 f.

<sup>1187</sup> FELLMANN, Art. 398 OR N 504.

<sup>1188</sup> FELLMANN, Art. 398 OR N 511.

<sup>1189</sup> Siehe vorne, S. 207 ff.

<sup>1190</sup> Vgl. GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 2948.

<sup>1191</sup> HUGUENIN, Nr. 1920.

welcher eine Ursache nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge und der allgemeinen Lebenserfahrung geeignet sein muss, einen Erfolg nach der Art des eingetretenen herbeizuführen.<sup>1192</sup> Aufgrund der in der Rechtsprechung erkennbaren Tendenz zur eher grosszügigen Anwendung des Adäquanzkriteriums wurden in der Lehre zusätzliche Kriterien zur Eingrenzung der ersatzfähigen Schäden entwickelt. Hierzu ist unter anderem auch die Berücksichtigung von rechtmässigem Alternativverhalten zu zählen.<sup>1193</sup> Darunter wird der Einwand des Schädigers verstanden, der im konkreten Fall eingetretene Schaden wäre auch dann eingetreten, wenn der Schädiger nicht gegen seine Vertragspflicht verstossen hätte.<sup>1194</sup> Insbesondere<sup>1195</sup> im Bereich des Vertragsrechts wird die Berufung auf rechtmässiges Alternativverhalten mittlerweile auch von der bundesgerichtlichen Rechtsprechung anerkannt.<sup>1196</sup>

Grundsätzlich dürfte die Zurechenbarkeit von beim wettbewerbsorganisierenden Verband eingetretenen Schäden aufgrund von Pflichtverletzungen der Spielloffiziellen zufolge direkter physischer Einwirkungen auf die Spieler sowie infolge spielentscheidender Fehlentscheidungen bei Wettbewerbsteilnehmern eingetretenen Vermögensschäden regelmässig gegeben sein. Bei Schäden zufolge von Spielerverletzungen aufgrund regeltechnisch und/oder disziplinarisch nicht geahndeter Foulspele sowie ungenügender Ausrüstungs- und Spielfeldkontrolle bzw. -überwachung ist jedoch zu differenzieren: Im Falle der Missachtung der Kontroll- und Überwachungspflichten dürfte der (hypothetische) Kausalzusammenhang ebenfalls regelmässig gegeben sein und die Spielloffiziellen dürften sich ebenso regelmässig nicht auf ein rechtmässiges Alternativverhalten berufen können. Sofern seitens eines am Spiel beteiligten Clubs, Nationalverbands oder Spielers gegenüber dem wettbewerbsorganisierenden Verband jedoch wegen einer aufgrund eines regeltechnisch und/oder disziplinarisch nicht geahndeten Foulspele eingetretenen Verletzung eines Spielers ein Schaden geltend gemacht wird, werden sich die betroffenen Spielloffiziellen regelmässig auf ein rechtmässiges Alternativverhalten berufen können, falls in einem solchen Fall die durch die Spielloffiziellen begangene Pflichtverletzung überhaupt als kausal für den eingetretenen Schaden erachtet werden kann. Die Spielloffiziellen haben regelmässig nur geringe präventive Möglichkeiten, auf das Verhalten der Spieler

---

<sup>1192</sup> Vgl. anstelle vieler SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 19.03.

<sup>1193</sup> Vgl. GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 2952 ff.; SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 19.06 ff.

<sup>1194</sup> Vgl. anstelle vieler REY, Nr. 644 m.w.H.

<sup>1195</sup> Auch für die deliktische Haftung anerkennt das Bundesgericht die Berufung auf rechtmässiges Alternativverhalten, allerdings nur, sofern dieser Entlastungsbeweis strikt erbracht wird (siehe hinten, S. 266).

<sup>1196</sup> GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 2956 m.w.H.; SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 21.06. m.w.H.

einzuwirken.<sup>1197</sup> Eine vollständige Verhinderung von Regelwidrigkeiten und Verletzungen dürfte einzig durch einen Spielabbruch möglich sein,<sup>1198</sup> wobei ein solcher nur in ganz speziellen, in den IFAB-Spielregeln abschliessend genannten Fällen zulässig ist.<sup>1199</sup> Entsprechend wird man aufgrund der begrenzten Einflussmöglichkeiten der Spieloffiziellen in der Mehrzahl aller Fälle nicht von einer Gefahrenvermeidungsmöglichkeit der Spieloffiziellen ausgehen können. Eine solche Möglichkeit dürfte lediglich dann bestehen, wenn die Spieloffiziellen wiederholte und schwerwiegende Regelverstösse, welche zu einer Gefährdung der Gegenspieler führen, regeltechnisch und disziplinarisch nicht bestrafen und sich im weiteren Fortgang des Spiels diese Gefahr effektiv auch verwirklicht.<sup>1200</sup>

Aufgrund der Tatsache, dass die Spieloffiziellen in aller Regel nur geringe präventive Möglichkeiten zur Verhinderung von Regelübertretungen der am Spiel beteiligten Spieler haben und insbesondere auch die regeltechnische und/oder disziplinarische Sanktion einer solchen Regelübertretung diese weder ungeschehen macht noch eine dabei erlittene Verletzung heilt, werden sich die Spieloffiziellen im Falle der Geltendmachung von vertraglichen Schadenersatzansprüchen zufolge von Spielerverletzungen nach nicht geahndeten Regelübertretungen regelmässig auf rechtmässiges Alternativverhalten berufen und damit einen Schadenersatzanspruch abwehren können, sofern in einem solchen Fall überhaupt ein Kausalzusammenhang vorliegen sollte.

## E) Fazit

Zusammenfassend kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass eine vertragliche Haftung der Spieloffiziellen gegenüber dem wettbewerbsveranstaltenden Verband für die im Rahmen dieser Arbeit untersuchten Fallgruppen von Schadensereignissen in aller Regel bereits aufgrund des Fehlens eines Schadens beim Verband ausscheiden dürfte. Ein solcher wird lediglich dann vorliegen, wenn ein geschädigter Club, Nationalverband oder Spieler gegenüber dem wettbewerbsorganisierenden Verband eigene Schäden geltend macht.

Eine aufgrund einer direkten physischen Einwirkung von Spieloffiziellen bei einem Spieler hervorgerufene Verletzung stellt stets eine Pflichtverletzung dar.

---

<sup>1197</sup> HEERMANN, Haftung, Nr. 540.

<sup>1198</sup> KUHN, S. 116.

<sup>1199</sup> So darf der Schiedsrichter das Spiel gemäss Regel 5 der IFAB-Spielregeln lediglich im Falle von äusseren Einflüssen abbrechen, so beispielsweise wenn der Zustand des Spielfelds, seiner Umgebung oder die Wetterbedingungen eine Fortsetzung des Spiels nicht mehr zulassen oder wenn ein von einem Zuschauer geworfener Gegenstand einen Spieloffiziellen, Spieler oder Teamoffiziellen trifft und nach Ansicht des Schiedsrichters eine Fortsetzung des Spiels nicht mehr zu verantworten ist.

<sup>1200</sup> KUHN, S. 126 f.

Im Falle einer Fehlentscheidung der Spielloffiziellen liegt demgegenüber eine solche lediglich dann vor, wenn die Spielloffiziellen auf den von ihnen wahrgenommenen Sachverhalt die Spielregeln falsch anwenden (Regelverstoss). Ein auf einem Wahrnehmungsfehler beruhender Fehlentscheid (Tatsachenentscheid) begründet demgegenüber keine Pflichtverletzung. Im Bereich der Kontroll- und Überwachungspflichten ist im Falle einer ungenügenden Ausrüstungskontrolle der Spieler eine Pflichtverletzung stets dann anzunehmen, wenn die Spielloffiziellen ihre Kontrollpflicht nicht oder nur ungenügend wahrnehmen und in der Folge Spieler durch im Sinne von Regel 4 der IFAB-Spielregeln nicht zugelassene Ausrüstungsgegenstände verletzt werden. Mangels Vorliegen konkreter Anhaltspunkte in den Spielregeln hinsichtlich der Frage, wann der Zustand eines Spielfelds bzw. dessen Umgebung ein regelkonformes Spiel zulässt, kommt den Spielloffiziellen hierbei ein grosser Ermessensspielraum zu. Eine Pflichtverletzung ist dabei lediglich dann anzunehmen, wenn eine anhand der konkreten Situation erfolgte Entscheidung zur Durchführung eines Spiels nicht mehr als angemessen betrachtet werden kann.

Ein Verschulden kann im Falle einer falschen Spielregelanwendung seitens der Spielloffiziellen lediglich dann angenommen werden, wenn eine solche bewusst erfolgte. Derselbe Verschuldensmassstab ist auch bei Verletzungen von Spielern aufgrund von direkten physischen Einwirkungen durch die Spielloffiziellen während des laufenden Spiels sowie zufolge einer Verletzung der während des Spiels bestehenden Überwachungspflicht hinsichtlich des Spielfelds bzw. dessen Umgebung oder allfälliger äusserer Einflüsse, welche eine Unterbrechung oder einen Abbruch des Spiels notwendig machen würden, anzuwenden. Für alle übrigen Pflichtverletzungen haften die Spielloffiziellen für jegliches Verschulden, wobei es sich hierbei im Rahmen der vorstehend gebildeten Fallgruppen<sup>1201</sup> lediglich noch um die den Spielloffiziellen vor Spielbeginn obliegenden Ausrüstungs- und Spielfeldkontrollen handelt.

Die Zurechenbarkeit solcher zufolge von Pflichtverletzungen eingetretener Schäden dürfte mit Ausnahme von Verletzungen von Spielern zufolge regeltechnisch und/oder disziplinarisch nicht geahndeter Foulspele keine Probleme bereiten. Im Falle letztgenannter Verletzungen von Spielern dürften sich die Spielloffiziellen indes wohl regelmässig erfolgreich auf ein rechtmässiges Alternativverhalten berufen können, wodurch die Zurechnung eines solchen Schadens ebenso regelmässig entfallen dürfte.

---

<sup>1201</sup> Siehe vorne, S. 197 f.

### 3. Vertragliche Haftung der Spielloffiziellen gegenüber Wettbewerbsteilnehmern zufolge Vertrags mit Schutzwirkung für Dritte

Aufgrund des bereits erwähnten Umstands,<sup>1202</sup> dass die Wettkampfteilnehmer mit der Leistung der Spielloffiziellen in Berührung kommen, wird in der deutschen Literatur teilweise die Meinung vertreten, beim zwischen den Spielloffiziellen und dem jeweiligen Verband bestehenden Vertragsverhältnis handle es sich um einen Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte, weshalb sich die Spielloffiziellen bei Verletzung der sich aus diesem Vertragsverhältnis ergebenden Pflichten direkt gegenüber den geschützten Dritten schadenersatzpflichtig machen könnten.<sup>1203</sup> Obwohl mittlerweile auch in der schweizerischen Lehre ein gewisses Interesse am im deutschen Recht bereits seit Jahrzehnten anerkannten Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte auszumachen ist, wird die Anwendung dieses gesetzlich nicht geregelten Rechtsinstituts für das schweizerische Recht noch immer sehr kontrovers diskutiert<sup>1204</sup> und vom Bundesgericht nicht anerkannt.<sup>1205</sup> Dies mit der Begründung, anstelle einer Ausdehnung der vertraglichen Haftung auf vertragsfremde Dritte könne dasselbe Ergebnis auch mittels einer sachgerechten Weiterentwicklung der Deliktshaftung erreicht werden.<sup>1206</sup> Sofern in der schweizerischen Lehre ein Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte anerkannt wird, haben für eine hieraus abgeleitete «quasikontraktuelle»<sup>1207</sup> Haftung folgende Voraussetzungen erfüllt zu sein: Der Dritte muss von einer Schlechtleistung ebenso betroffen (sprich geschädigt) sein wie der Gläubiger selbst, wofür er sich in Leistungsnähe befinden muss; seitens des Gläubigers der vertraglichen Leistung hat ein schutzwürdiges Interesse am Einbezug des Dritten in den vertraglichen Haftungsbereich zu bestehen; diese beiden vorgenannten Tatsachen müssen für den Schuldner erkennbar sein und schliesslich haben die übrigen Voraussetzungen der entsprechend heranzuziehenden, vertraglichen Haftungsnorm erfüllt zu sein.<sup>1208</sup> Es wird deshalb nachfolgend anhand der vorstehend aufgezählten Tatbestandselemente zu klären sein, ob aus dem zwischen dem jeweili-

---

<sup>1202</sup> Siehe vorne, S. 202.

<sup>1203</sup> Vgl. KUHN, S. 105 ff.; HEERMANN, Fehlverhalten, S. 54 ff.; DERSELBE, Schiedsrichter, S. 6 f.; DERSELBE, Haftung, Nr. 538.

<sup>1204</sup> SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 87.04 f.; HUGUENIN, Nr. 1573; GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 3915, mit einer Übersicht über die Lehrmeinungen in Fn. 52, eine solche findet sich auch bei MOSER, S. 86, Fn. 22.

<sup>1205</sup> Vgl. HUGUENIN, Nr. 1575 m.w.H.

<sup>1206</sup> SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 87.05; konkret für die Haftung der Spielloffiziellen BONDOLLAZ, Nr. 1074.

<sup>1207</sup> HUGUENIN, Nr. 1585.

<sup>1208</sup> SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 87.04; HUGUENIN, Nr. 1586 ff.; GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 3913.

gen Verband und den Spieloffiziellen bestehenden Vertragsverhältnis eine Haftung zugunsten Dritter abgeleitet werden kann und wie weit der Kreis dieser Dritten diesfalls zu ziehen wäre.

### A) Leistungsnähe der Wettbewerbsteilnehmer

Das Tatbestandselement der Leistungsnähe setzt voraus, dass die Vertragsleistung des Schuldners auch den Schutz des Dritten mitbezweckt bzw. mindestens auch dem Dritten zugutekommt.<sup>1209</sup> Demgegenüber fehlt es an einer solchen Leistungsnähe, wenn der Dritte lediglich durch Zufall in den Gefahr- bzw. Nutzenbereich des Vertrages gerät.<sup>1210</sup> Im Falle eines von Spieloffiziellen geleiteten Spiels kommen neben dem Verband, dessen ordentlicher Spielbetrieb durch die Spieloffiziellen sichergestellt werden soll, auch die mit ihren Mannschaften am Spiel teilnehmenden Clubs oder Nationalverbände mit der Hauptleistungspflicht der Spieloffiziellen in Berührung.<sup>1211</sup> Diese besteht bekanntlich in der Geltungsveranschaffung der Spielregeln zwecks Durchführung eines fairen Wettkampfs.<sup>1212</sup> Dies gilt darüber hinaus ohne Weiteres auch für die einzelnen am jeweiligen Spiel beteiligten Spieler der beiden Mannschaften.<sup>1213</sup> Das besondere Näheverhältnis ergibt sich für die am jeweiligen Wettbewerb teilnehmenden Club- oder Nationalverbände bzw. deren Mannschaften mit deren Zulassung durch den veranstaltenden Verband.<sup>1214</sup> Dasselbe gilt auch für die einzelnen Spieler der am jeweiligen Wettbewerb teilnehmen Mannschaften, benötigen doch diese regelmäßig ebenfalls eine Zulassung bzw. Lizenz des Verbands zur Teilnahme am Wettkampfbetrieb.<sup>1215</sup> Eine Leistungsnähe zur vertraglichen Hauptleistungspflicht der Spieloffiziellen besteht nach hier vertretener Ansicht darüber hinaus auch bei sämtlichen anderen zu demselben Wettbewerb zugelassenen Teilnehmern sowie deren Spielern. Auch diese ergibt sich direkt aus deren Zulassung bzw. Lizenzierung für den entsprechenden Wettbewerb.

---

<sup>1209</sup> HUGUENIN, Nr. 1586 m.w.H.

<sup>1210</sup> Anders bei der Drittschadensliquidation, bei welcher der Schadenseintritt bei einem Dritten auch auf Zufall beruhen kann (vgl. HUGUENIN, Nr. 1586).

<sup>1211</sup> KUHN, S. 106 m.w.H.; vgl. auch PFISTER, S. 73.

<sup>1212</sup> Siehe vorne, S. 74 f.

<sup>1213</sup> Vgl. SCHÖNTAG, S. 264.

<sup>1214</sup> KUHN, S. 106 m.w.H., vgl. auch SÖGÜT, S. 129. A.M. HEERMANN, Haftung, Nr. 538, wonach sich ein derartiges Näheverhältnis direkt aus den Pflichten der Spieloffiziellen ableiten lassen müsste, was nach der hier vertretenen Auffassung indes eine zu enge Auslegung dieses Tatbestandsmerkmals darstellt.

<sup>1215</sup> Vgl. Art. 136 Abs. 1 WR-SFV; weiterführend hierzu KLEINER, S. 135 ff.

## B) Schutzwürdiges Interesse des Gläubigers am Einbezug des Dritten in den Haftungsbereich

### a) Das Tatbestandsmerkmal im Allgemeinen

Das Tatbestandselement des schutzwürdigen Interesses des Gläubigers am Einbezug des Dritten in den Haftungsbereich löste das frühere, sogenannte «*Wohl und Wehe*»-Kriterium ab.<sup>1216</sup> Dieses war dann erfüllt, wenn den Vertragsgläubiger eine gesetzliche oder zumindest vertragliche Fürsorgepflicht gegenüber dem Dritten traf, er mit anderen Worten für das «Wohl und Wehe» des Dritten verantwortlich war. Gefordert war demnach ein objektivierbares Interesse am Einbezug des Dritten.<sup>1217</sup> Es gibt indes auch andere Konstellationen, in welchen der Gläubiger ihm nahestehende Personen in den vertraglichen Schutzbereich mit einbeziehen will. Das Tatbestandsmerkmal des schutzwürdigen Interesses des Gläubigers am Einbezug des Dritten in den vertraglichen Haftungsbereich stellt deshalb nunmehr auf den Parteiwillen ab.<sup>1218</sup> Der Umfang der vertraglichen Schutzwirkung zugunsten des Dritten ist somit nicht unbegrenzt, sondern nach dem Vertragszweck, dem Verhältnis des Dritten zum Leistungsgegenstand sowie nach dessen objektivem Schutz- und Sicherheitsbedürfnis zu bestimmen.<sup>1219</sup> Dabei ist eine Haftung des Schuldners für Schäden des Dritten nur dann anzunehmen, wenn dies dem Sinn und Zweck des Vertrags und den Grundsätzen von Treu und Glauben entspricht.<sup>1220</sup> An einem solchen objektiven Schutzbedürfnis des Dritten fehlt es demnach zum Vorneherein dann, wenn diesem eigene vertragliche Ansprüche zustehen, welche denselben oder zumindest einen gleichwertigen Inhalt haben wie diejenigen Ansprüche, die ihm über eine Einbeziehung in den Schutzbereich des Vertrags zukämen.<sup>1221</sup>

### b) Interesse des Verbands am Schutz der körperlichen Integrität der Spieler

Den IFAB-Spielregeln kann entnommen werden, dass der wettbewerbsveranstaltende Verband ohne Zweifel ein Interesse am körperlichen Schutz der an den einzelnen Spielen teilnehmenden Mannschaften bzw. deren einzelnen Spielern

<sup>1216</sup> HUGUENIN, Nr. 1587 m.w.H.

<sup>1217</sup> Vgl. KELLER, S. 10 m.w.H.; HUGUENIN, Nr. 1587 ff. m.w.H.; GAUCH/SCHLUEP et al., Nr 3914 m.w.H.

<sup>1218</sup> Vgl. HUGUENIN, Nr. 1591 m.w.H.

<sup>1219</sup> KELLER, S. 10 m.w.H.

<sup>1220</sup> KUHN, S. 108 m.w.H.

<sup>1221</sup> BHGZ 133, S. 173. Die Meinung von KELLER, S. 11, wonach eine Schutzbedürftigkeit des Dritten lediglich dann entfalle, wenn er entweder gegenüber dem Gläubiger oder gegenüber dem Schuldner vertragliche Ansprüche habe, ist somit zu eng; gl.M. auch PAPADIMITROPOULOS, S. 95 m.w.H.; PLÖTNER, S. 86 m.w.H., oder LIEBMANN, S. 119 m.w.H.

hat. So sind die Spielloffiziellen im Rahmen ihrer Kontroll- und Überprüfungspflicht unter anderem verpflichtet, für die Beseitigung von Mängeln des Spielfelds besorgt zu sein, die Ausrüstung der einzelnen Spieler auf die Gefährdung anderer oder auch der betreffenden Spieler selber zu untersuchen oder auch bei ernsthaften Verletzungen der Spieler dafür zu sorgen, dass eine schnelle Versorgung gewährleistet werden kann.<sup>1222</sup> Man könnte sich darüber hinaus die Frage stellen, ob solche Regeln neben deren primärem Zweck des Gesundheitsschutzes der einzelnen Spieler nicht auch noch einen sekundären Zweck, nämlich die möglichst gute Erhaltung der Kampfkraft einer Mannschaft für künftige Spiele aufweisen könnten. Eine solche Interpretation der Spielregeln ginge jedoch zu weit, weshalb eine vertragliche Schutzwirkung zugunsten der am Spiel beteiligten Clubs bzw. Nationalverbände für die ihren Spielern während eines Spiels zugefügte Personenschäden abzulehnen ist. Dies gilt erst recht für eine theoretisch ebenfalls denkbare Schutzwirkung solcher Regelungen zugunsten anderer an demselben Wettbewerb teilnehmenden Clubs oder Nationalverbände sowie im Speziellen für deren einzelne Spieler.

*c) Schutz der beteiligten Mannschaften vor Spiel- und Wettbewerbsmanipulationen*

Aufgrund ihrer vertraglichen Hauptleistungs- und Nebenpflichten<sup>1223</sup> haben sich die Spielloffiziellen auch jeglicher Handlungen im Zusammenhang mit Spielmanipulationen zu enthalten sowie sämtliche Kenntnisse allfälliger Manipulationshandlungen oder -versuche Dritter umgehend an die zuständigen Verbandsbehörden weiterzuleiten. Neben der Integrität des sportlichen Wettbewerbs sowie der einzelnen Spiele im Allgemeinen<sup>1224</sup> haben diese Regelungen klarerweise auch zum Ziel, die Wettbewerbsteilnehmer vor Spiel- und Wettbewerbsmanipulationen zu schützen. So haben solche Manipulationen durch die Spielloffiziellen einerseits regelmässig<sup>1225</sup> eine Wiederholung des betreffenden Spiels zur Folge,<sup>1226</sup> andererseits treffen die Spielloffiziellen diesfalls auch drastische diszipli-

---

<sup>1222</sup> Vgl. auch KUHN, S. 106 f. m.w.H.; SCHÖNTAG, S. 263 f. m.w.H.

<sup>1223</sup> Während es sich bei der Verpflichtung der Spielloffiziellen, die ihnen übertragenen Spielleitungen unparteilich und neutral vorzunehmen, um einen Teilgehalt ihrer vertraglichen Hauptleistungspflicht handelt, ist die Meldepflicht hinsichtlich allfälliger gegen die Integrität des sportlichen Wettbewerbs verstossender Handlungen, mit welchen die Spielloffiziellen konfrontiert wurden oder von welchen sie Kenntnis erhalten haben, als Nebenpflicht zu qualifizieren.

<sup>1224</sup> Vgl. hierzu beispielsweise Art. 25 FIFA-Ethikreglement, Art. 12 Abs. 2 UEFA-RPO oder Art. 13<sup>bis</sup> RPO-SFV.

<sup>1225</sup> Dies jedoch lediglich dann, wenn der entsprechende Wettbewerb noch nicht abgeschlossen worden ist (vgl. Art. 12 Abs. 3 UEFA-RPO sowie Art. 15 Ziff. 8 FIFA-Reglement WM 2018).

<sup>1226</sup> Vgl. Art. 12 Abs. 3 UEFA-RPO oder Art. 58 WR-SFV.



narische Konsequenzen.<sup>1227</sup> Bereits daraus kann deshalb nach der hier vertretenen Ansicht ohne Weiteres ein schutzwürdiges Interesse des wettbewerbsveranstaltenden Verbands an der Ausweitung des Schutzbereichs bzw. der Haftung der Spielloffiziellen für durch deren Manipulationshandlungen bei den am betroffenen Spiel beteiligten Clubs oder Nationalverbänden eingetretenen Schäden abgeleitet werden.<sup>1228</sup> Einer solchen Einschätzung steht auch der Umstand, dass seitens der Spielloffiziellen gegenüber den Wettbewerbsteilnehmern keine Vermögenserhaltungspflicht besteht, nicht entgegen. Ein Interesse des Verbands an der Ausweitung des Schutzbereichs bzw. der Haftung besteht sodann auch für allfällige Schäden von nicht an einem manipulierten Spiel selber, jedoch an demselben Wettbewerb bzw. in derselben Gruppe oder Liga teilnehmenden Clubs oder Nationalverbänden. Eine Ausweitung dieser Haftung auch auf die einzelnen Spieler dieser betroffenen Mannschaften würde indes zu weit führen. Dasselbe muss schliesslich auch für die Haftung der Spielloffiziellen für allfällige Schäden gelten, welche den an von diesen geleiteten Spielen beteiligten Wettbewerbsteilnehmern aufgrund unbewusst erfolgter falscher Regelanwendungen der Spielloffiziellen entstanden sind. Da die Bestimmungen der primären Leistungspflicht einzig den Vertragsparteien überlassen sind,<sup>1229</sup> wäre es unzulässig, den Schuldner gegenüber einem Dritten für ein Verhalten haftbar zu machen, welches gegenüber dem Gläubiger keine Haftung auslöst. Der Dritte kann demzufolge lediglich in denjenigen sachlichen Haftungsbereich miteinbezogen werden, welcher auch zwischen dem Gläubiger und dem Schuldner besteht. Er kann nicht mehr Rechte als der Vertragspartner haben. Mit anderen Worten ist der Drittschutz hinsichtlich seines Inhalts sowie seiner Grenzen nach stets vom Hauptschuldverhältnis abhängig.<sup>1230</sup> Im Rahmen eines Vertrags mit Schutzwirkung zugunsten Dritter kann folglich lediglich der persönliche Anwendungsbereich der Haftung des Schuldners erweitert werden, nämlich auf die Person des Dritten, nicht jedoch der sachliche Anwendungsbereich, verstanden als vertraglich zwischen dem Gläubiger und Schuldner vereinbarter Haftungsumfang.

<sup>1227</sup> Vgl. Art. 62 Ziff. 2 FIFA-Disziplinarreglement, Art. 6 Abs. 2 und 3 UEFA-RPO sowie Art. 80 Abs. 1 lit. f SFV-Statuten bzw. Art. 24 Abs. 1 lit. f RPO-SFV.

<sup>1228</sup> Gl.M., indes ohne nähere Begründung auch REDELL, S. 107 f.; a.M. KUHN, S. 109; HEERMANN, Haftung, Nr. 538; DERSELBE, Fehlverhalten, S. 55, wonach sich ein solches schutzwürdiges Interesse alleine aus den vertraglichen Pflichten der Spielloffiziellen ableiten lassen müsste. Auch PFISTER, S. 74 f. lehnt die Annahme einer Schutzpflicht des Verbands gegenüber den Vermögensinteressen der einzelnen Wettbewerbsteilnehmer ab. Er sieht hierfür in den Verbandsreglementen keinerlei Anhaltspunkte und hält die Vermögensinteressen der Wettbewerbsteilnehmer für «reine Reflexe aus der Teilnahme am Sportbetrieb».

<sup>1229</sup> Vgl. KUHN, S. 107 m.w.H.

<sup>1230</sup> KUHN, S. 110; LIEBMANN, S. 120 m.w.H.

*d) Zusammenfassung*

Im Sinne eines Zwischenfazit kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass mit Blick auf den Schutz der körperlichen Integrität der einzelnen, am Spiel beteiligten Spieler, ein schutzwürdiges Interesse des wettbewerbsveranstaltenden Verbands zur Ausdehnung der vertraglichen Haftung der jeweiligen, mit der Spielleitung betrauten Spielloffiziellen auch gegenüber diesen Spielern besteht. Kein solches schutzwürdiges Interesse besteht demgegenüber für die einzelnen Clubs oder Nationalverbände, welchen diese Spieler angehören. Mit Blick auf den Schutz vor Spielmanipulationen der an einem Wettbewerb beteiligten Clubs oder Nationalverbände ist sodann zu differenzieren: Ein schutzwürdiges Interesse des Verbands an der Erweiterung der Haftung der mit der Spielleitung betrauten Spielloffiziellen besteht gegenüber sämtlichen am jeweiligen Wettbewerb beteiligten Clubs oder Nationalverbänden. Kein solches schutzwürdiges Interesse besteht demgegenüber für die Ausdehnung der Haftung der Spielloffiziellen auf die einzelnen Spieler dieser Mannschaften.

Selbst für diese vorgenannten Fälle, in welchen seitens des Verbands ein schutzwürdiges Interesse an der Erweiterung der vertraglichen Haftung der Spielloffiziellen zugunsten der Wettbewerbsteilnehmer bejaht wurde, wäre ein solches dennoch abzulehnen, wenn seitens dieser Dritten selber kein Schutzbedürfnis vorliegen würde. Voraussetzung für das Vorliegen eines solchen Schutzbedürfnisses ist sodann das Fehlen eigener vertraglicher Haftungsansprüche der Wettbewerbsteilnehmer, welche im konkreten Einzelfall denselben oder zumindest einen gleichwertigen Inhalt wie diejenigen, welche ihnen über eine Einbeziehung in den Schutzbereich des zwischen dem wettbewerbsveranstaltenden Verband und den von diesem mit der Spielleitung betrauten Spielloffiziellen zukämen, aufweisen würden. Ob sich diese eigenen Haftungsansprüche der Wettbewerbsteilnehmer dabei gegen eine Partei dieses Vertrags oder einen Dritten richten, ist demgegenüber unerheblich.<sup>1231</sup> Dabei ist jedoch nicht auf den abstrakten Bestand eines solchen vertraglichen Haftungsanspruchs abzustellen, sondern vielmehr im konkreten Einzelfall zu prüfen, ob ein solcher vertraglicher Schadenersatzanspruch des Dritten mit mindestens gleichwertigem Inhalt im konkreten Einzelfall effektiv auch durchgesetzt werden kann.<sup>1232</sup> Im Falle der einzelnen Spieler werden diese zwar regelmässig mit ihrem Club in einem Arbeitsverhältnis<sup>1233</sup> stehen. Es scheint jedoch unrealistisch, dass die Spieler im Falle einer in einem Spiel erlittenen Verletzung gegenüber ihrem Club oder gar ihrem Nationalverband erfolgreich einen über die Lohnfortzahlung hinausgehenden Schadenersatzanspruch, beispielsweise für einen entgangenen Transfer zu einem anderen Top-Club mit entsprechend höherem Salär, geltend machen

<sup>1231</sup> HEERMANN, Fehlverhalten, S. 56.

<sup>1232</sup> Vgl. hierzu PAPADIMITROPOULOS, S. 95 ff. m.w.H.

<sup>1233</sup> Vgl. anstelle vieler KLEINER, S. 51 ff.

können. Ein solcher Schadenersatzanspruch dürfte in aller Regel bereits am fehlenden Verschulden des Clubs oder Nationalverbands scheitern.<sup>1234</sup> Wie an anderer Stelle noch zu zeigen sein wird, verfügen demgegenüber zumindest die am jeweiligen Wettbewerb beteiligten Clubs oder Nationalverbände im Falle von durch Spielmanipulationen der Spieloffiziellen entstandenen Schäden aufgrund der Zurechnungsnorm von Art. 101 Abs. 1 OR im Grundsatz regelmässig über einen vertraglichen Schadenersatzanspruch gegenüber dem wettbewerbsveranstaltenden Verband, sofern im konkreten Einzelfall sämtliche Haftungsvoraussetzungen erfüllt sind.<sup>1235</sup> Während somit für die einzelnen Spieler das Vorliegen eines schutzwürdigen Interesses des wettbewerbsveranstaltenden Verbands an der Ausdehnung der vertraglichen Haftung der Spieloffiziellen nicht bereits generell mit einer fehlenden Schutzbedürftigkeit abgelehnt werden kann, dürfte es an einer solchen fehlenden Schutzbedürftigkeit seitens der am Wettbewerb teilnehmenden Clubs oder Nationalverbände aufgrund eines in aller Regel bestehenden, direkten vertraglichen Schadenersatzanspruchs gegenüber dem wettbewerbsveranstaltenden Verband regelmässig fehlen.

### C) Erkennbarkeit für den Schuldner

Dieses Tatbestandsmerkmal ist erfüllt, soweit für den Vertragsschuldner sowohl die Leistungsnähe als auch das besondere schutzwürdige Interesse des Gläubigers am Einbezug des Dritten in die vertragliche Haftung des Dritten erkennbar ist.<sup>1236</sup> Dem Schuldner muss folglich erkennbar und entsprechend kalkulierbar sein, welchen dem Gläubiger nahestehenden Drittpersonen er allenfalls haftbar werden könnte.<sup>1237</sup> Diese Erkennbarkeit muss jedoch nicht soweit gehen, dass dem Schuldner gar die Zahl oder die Namen der geschützten Personen bekannt sein müssten.<sup>1238</sup>

Für die Spieloffiziellen ist das Bestehen einer Leistungsnähe zwischen dem wettbewerbsorganisierenden Verband sowie der an diesem Wettbewerb teilnehmenden Mannschaften und den einzelnen Spielern ohne Weiteres erkennbar. Dasselbe gilt auch für den Bestand eines schutzwürdigen Interesses des spiel- bzw. wettbewerbsorganisierenden Verbands in den vorstehend erläuterten Fällen.<sup>1239</sup> Diese Erkennbarkeit ergibt sich für die Spieloffiziellen einerseits aus den von ihnen während des Spiels anzuwendenden und durchzusetzenden Spielregeln, welche neben der Ermöglichung der Durchführung eines fairen Wett-

---

<sup>1234</sup> Vgl. auch KLEINER, S. 687 f.

<sup>1235</sup> Siehe hinten, S. 282 ff.

<sup>1236</sup> HUGUENIN, Nr. 1592.

<sup>1237</sup> HUGUENIN, Nr. 1594.

<sup>1238</sup> KELLER, S. 11 m.w.H.

<sup>1239</sup> A.M. HEERMANN, Haftung, Nr. 538, welcher eine Erkennbarkeit sowohl der Leistungsnähe als auch des Drittschutzinteresses des Verbands insbesondere für reine Vermögensschäden ablehnt.

kampfs auch den Schutz der am Spiel teilnehmenden Spieler bezwecken. Hinsichtlich des Schutzes der Wettbewerbsteilnehmer vor Spielmanipulationen ergibt sich diese Erkennbarkeit andererseits aus den entsprechenden, den Spielfunktionären in diesem Zusammenhang durch die einschlägigen Verbandsreglemente auferlegten, vertraglichen Nebenpflichten.<sup>1240</sup> Für die Spielfunktionären ist denn auch erkennbar, dass die regelmässig begrenzte Anzahl der an von ihnen geleiteten Spielen teilnehmenden Spieler bzw. der am entsprechenden Wettbewerb teilnehmenden Clubs oder Nationalverbände zum Kreis der geschützten Dritten gehört, sodass sie keinem unüberschaubaren und unkalkulierbaren Haftungsrisiko ausgesetzt sind.<sup>1241</sup>

Abzulehnen ist demgegenüber die teilweise in der deutschen Lehre vertretene Ansicht, eine Erkennbarkeit der Leistungsnähe sowie des schutzwürdigen Interesses an der Haftungserweiterung sei für die Spielfunktionären lediglich dann gegeben, wenn ein am Spiel beteiligter Spieler aufgrund einer Entscheidung der Spielfunktionären einen körperlichen Schaden erfahre und der Club des Spielers als dessen Arbeitgeber hieraus einen Vermögensschaden erleide.<sup>1242</sup> Soweit die Erkennbarkeit des schutzwürdigen Interesses an einer Haftungserweiterung alleine auf Verletzungen der am Spiel teilnehmenden Spieler eingeschränkt wird, ist die Ansicht zu eng.

## **D) Vorliegen der spezifischen Haftungsvoraussetzungen**

### *a) Im Allgemeinen*

Neben diesen spezifischen Tatbestandsvoraussetzungen, welche dem geschädigten Dritten trotz fehlender vertraglicher Parteistellung im Grundsatz die Möglichkeit zur Geltendmachung quasikontrakтуeller Haftungsansprüche einräumen, müssen zur effektiven Zuspicherung solcher Schadenersatzansprüche auch die übrigen Voraussetzungen der entsprechend im konkreten Einzelfall heranzuziehenden Haftungsnorm erfüllt sein. Je nachdem, mit welchem Verband im konkreten Einzelfall ein Vertragsverhältnis besteht, kommen als Haftungsnorm entweder Art. 321e OR im Falle eines Arbeitsvertrags oder Art. 398 OR im Falle eines einfachen Auftrags infrage. Die Haftungsvoraussetzungen sind indes grundsätzlich im einen wie im andern Fall dieselben. Gefordert ist das Vorliegen einer Vertragsverletzung durch den Spielfunktionären, eines Schadens beim Dritten, eines Verschuldens des Spielfunktionären sowie eines kausalen Zusammen-

---

<sup>1240</sup> A.M. SÖGÜT, S. 129 f., wonach die Spielfunktionären davon ausgehen dürften, dass ihre Schutzpflichten nur gegenüber den am von ihnen geleiteten Spiel teilnehmenden Spielern bestünden.

<sup>1241</sup> Vgl. auch KUHN, S. 107 m.w.H. sowie im Ergebnis auch REDELL, S. 108.

<sup>1242</sup> Vgl. HEERMANN, Fehlverhalten, S. 56.

hangs<sup>1243</sup> zwischen der durch den Spielloffiziellen begangenen Vertragsverletzung und dem beim Dritten eingetretenen Schaden.

*b) Zum Schaden im Besonderen*

In der deutschen Literatur wird teilweise die Meinung vertreten, eine Haftung der Spielloffiziellen aus einem Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter könne sich nicht auf reine Vermögensschäden erstrecken.<sup>1244</sup> Im Unterschied zu den in der Rechtsprechung bis anhin anerkannten Fällen zielt die vertraglich geschuldete Pflicht der Spielloffiziellen nicht darauf ab, die Vermögensinteressen der am Wettkampf Beteiligten zu schützen. Anders als beispielsweise die Pflichten eines Rechtsanwalts, Steuerberaters oder Sachverständigen dienen die den Spielloffiziellen obliegenden Pflichten ausschliesslich dem Schutz der Integritätsinteressen der Teilnehmer. Darüber hinaus bestehe keine vertragliche Pflicht der Spielloffiziellen, auch für den Schutz der Vermögensinteressen der Beteiligten zu sorgen. Eine solche könne sodann auch nicht aus dem Verbandsregelwerk abgeleitet werden. Selbst wenn bei den an einem Wettbewerb teilnehmenden Spielern und Mannschaften kommerzielle Motive im Vordergrund stünden, bestünde auch im Profisport keine Pflicht der Spielloffiziellen zum Schutz der Vermögensinteressen der Wettbewerbsteilnehmer. Vielmehr müssten die durch den Wettkampf betroffenen Vermögensinteressen der Teilnehmer als «reine Reflexe aus der Teilnahme am Sportbetrieb» bezeichnet werden.<sup>1245</sup>

Diese Meinung ist ganz allgemein und mit Blick auf das schweizerische Recht im Besonderen abzulehnen. Es dürfte soweit unbestritten sein, dass sich im heutigen professionellen Fussballsport als Club oder Nationalverband nicht nur mit Zuschauereinnahmen, Vermarktungsrechten und Spielertransfers, sondern nicht zuletzt unter Umständen auch mit Preisgeldern, Rang- oder Siegprämien viel Geld verdienen lässt. Folglich hat jeder Sieg und jede Niederlage, der Abschluss eines Wettbewerbs auf einem bestimmten Rang, ein allfälliger Auf- oder Abstieg oder auch das Erreichen einer weiteren Stufe eines Wettbewerbs bzw. umgekehrt ein vorzeitiges Ausscheiden aus einem solchen für einen Club oder Nationalverband entsprechende direkte finanzielle Folgen in Form von mehr, weniger oder gar nicht ausbezahlten Sieg- oder Rangprämien. Daneben führt auch jedes dieser Ereignisse zu entsprechenden indirekten finanziellen Folgen, beispielsweise zu mehr oder weniger Zuschauereinnahmen beim nächsten Heimspiel, der Möglichkeit, besser dotierte oder zusätzliche Werbeverträge abzuschliessen, und Ähnlichem. Es erscheint deshalb auch nicht mehr zeitgemäss,

---

<sup>1243</sup> HEERMANN, Haftung, Nr. 538 will in dieser Haftungsvoraussetzung «eine kaum überwindbare Hürde» für die Anspruchsdurchsetzung erkennen. Vgl. auch DERSELBE, Fehlverhalten, S. 57 f.

<sup>1244</sup> A.M. wohl HEERMANN, Fehlverhalten, S. 57.

<sup>1245</sup> Vgl. zum Ganzen KUHN, S. 108 ff. m.w.H. sowie HEERMANN, Schiedsrichter, S. 7.

die durch den Wettkampf berührten Vermögensinteressen der beteiligten Clubs oder Nationalverbände auf «reine Reflexe aus der Teilnahme am Sportbetrieb» zu reduzieren. Dies wird beispielsweise alleine schon aus dem Umstand ersichtlich, dass sämtliche am Meisterschaftsbetrieb der Super League teilnehmenden Clubs zwingend in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft, deren Geschäftstätigkeit regelmässig und typischerweise mit einer Gewinnerzielungsabsicht verbunden ist,<sup>1246</sup> organisiert sein müssen.<sup>1247</sup> Auch den mittlerweile sehr ausführlichen, von den verschiedenen Verbänden erlassenen Bestimmungen zum Schutz der Integrität der Wettbewerbe kann zumindest nicht gänzlich der Zweck abgesprochen werden, einen gewissen Schutz der Vermögensinteressen der Wettbewerbsteilnehmer gewährleisten zu wollen. Obwohl auch nach hier vertretener Ansicht die Spieloffiziellen grundsätzlich keine Vermögensschutspflicht gegenüber den an den von ihnen geleiteten Spielen teilnehmenden Spielern und Mannschaften haben, wäre es dennoch geradezu unbillig, eine vertragliche Haftung der Spieloffiziellen für reine Vermögensschäden von Wettbewerbsteilnehmern zufolge bewusster,<sup>1248</sup> spielentscheidender Fehlentscheidungen nicht zuzulassen. Dies gilt umso mehr, als auch der Schutz der Integritätsinteressen der am Spiel beteiligten Spieler weder Endzweck noch eigentliche vertragliche Hauptleistungspflicht der Spieloffiziellen, sondern vielmehr einen notwendigen Teilgehalt ihrer effektiven Hauptleistungspflicht, nämlich der Geltungsverschaffung der Spielregeln zwecks Ermöglichung eines fairen Wettkampfs, darstellt.<sup>1249</sup>

Im schweizerischen Vertragsrecht geht der Schadenersatzanspruch im Falle einer Nicht- oder Schlechterfüllung stets auf den Ersatz des positiven Vertragsinteresses.<sup>1250</sup> Dieser erfasst sowohl den Wert der ausgebliebenen Leistung bzw. der beim Vertragspartner herbeigeführten Vermögensverminderung als auch weitere hierdurch verursachte Folgeschäden sowie allfällige Schadenersatzforderungen Dritter.<sup>1251</sup> Neben diesem positiven Schaden umfasst das positive Vertragsinteresse auch einen allfälligen entgangenen Gewinn.<sup>1252</sup> Ob es sich dabei um Personen, Sach- oder reine Vermögensschäden handelt, ist im schweizerischen Vertragsrecht aufgrund der Schadensberechnung anhand der Differenztheorie<sup>1253</sup> deshalb irrelevant.<sup>1254</sup> Eine Beschränkung des Schadens auf das

---

<sup>1246</sup> Vgl. MEIER-HAYOZ/FORSTMOSER, § 4 N 11.

<sup>1247</sup> Vgl. Art. 12 Abs. 1 SFL-Statuten.

<sup>1248</sup> Im Falle unbewusster Fehlentscheidungen fehlt es bekanntlich ja bereits an einem Verschulden der Spieloffiziellen (siehe vorne, S. 213 f.), was eine Haftung ohnehin ausschliessen würde.

<sup>1249</sup> Siehe vorne, S. 74 f.

<sup>1250</sup> Vgl. Art. 97 Abs. 1 OR.

<sup>1251</sup> HUGUENIN, Nr. 873; SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 68.06; GAUCH/SCHLUEP et al., Nr 2900.

<sup>1252</sup> HUGUENIN, Nr. 873; GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 2898 ff.

<sup>1253</sup> Der Schaden wird dabei definiert als unfreiwillige Verminderung des Gläubiger-

negative Interesse, also lediglich den Ersatz von Aufwendungen und Kosten, welche im Vertrauen auf einen Vertrag und dessen richtige Erfüllung entstanden sind, sind einzig bei einem nachträglichen Wegfall des Vertrages, nicht jedoch bei der Geltendmachung eines vertraglichen Schadenersatzanspruchs möglich.<sup>1255</sup>

Wie bereits mehrfach erwähnt, wird bei der Rechtsfigur des Vertrags mit Schutzwirkung zugunsten Dritter lediglich der vertragliche Schutzbereich und damit dessen Haftung auf einen oder mehrere vertragsfremde Dritte erweitert. Da im Rahmen einer vertraglichen Haftung reine Vermögensschäden zu ersetzen sind, hat dies folglich auch im Falle einer Erweiterung dieser Haftung auf Dritte zu gelten. Damit steht fest, dass die Spieloffiziellen im Falle einer Haftung aufgrund eines Vertrags mit Schutzwirkung zugunsten Dritter auch im Falle einer reinen Vermögensschädigung des allenfalls geschützten Clubs oder Nationalverbands von diesen auf das positive Vertragsinteresse belangt werden können. Selbst in der deutschen Literatur wird nunmehr soweit ersichtlich mit Hinweis auf die reichhaltige Rechtsprechung ein Ersatz reiner Vermögensschäden im Rahmen einer Haftung aufgrund eines Vertrags mit Schutzwirkung zugunsten Dritter anerkannt.<sup>1256</sup>

## E) Fazit

Selbst wenn man entgegen der bundesgerichtlichen Rechtsprechung die Rechtsfigur des Vertrags mit Schutzwirkung für Dritte auch für das schweizerische Recht anerkennt, besteht eine vertragliche Haftung der Spieloffiziellen gestützt hierauf im Grundsatz lediglich für bei Spielern zufolge von Verletzungen verursachten Schäden aufgrund direkter physischer Einwirkungen oder regeltechnisch und/oder disziplinarisch nicht geahnter Foulspele sowie ungenügender Ausrüstungs- oder Spielfeldkontrolle bzw. -überwachung durch die Spieloffiziellen, mithin also Schäden der Fallgruppen<sup>1257</sup> 1 und 2. Dies jedoch selbstverständlich lediglich dann, wenn auch die übrigen Haftungsvoraussetzungen an der im konkreten Einzelfall zur Anwendung kommenden Anspruchsnorm erfüllt sind. In diesem Zusammenhang dürfte in aller Regel wie bereits an anderer Stelle erwähnt die Zurechnung von zufolge von Verletzungen verursachten Schäden aufgrund regeltechnisch und/oder disziplinarisch nicht geahnter Foulspele

---

vermögens, welche in einer Abnahme der Aktiven, einer Zunahme der Passiven oder in entgangenem Gewinn besteht. Er entspricht der Differenz zwischen dem gegenwärtigen Vermögen und dem Stand, den das Vermögen ohne das schädigende Ereignis hätte (siehe vorne, Fn. 1119).

<sup>1254</sup> Vgl. auch SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 14.17.

<sup>1255</sup> Vgl. HUGUENIN, Nr. 874; GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 2900.

<sup>1256</sup> Vgl. LIEBMANN, S. 73 ff. m.w.H.; PAPADIMITROPOULOS, S. 25 m.w.H.; PLÖTNER, S. 33 f. m.w.H.

<sup>1257</sup> Siehe vorne, S. 197 f.

aufgrund fehlender Kausalität entfallen.<sup>1258</sup> Eine Haftung der Spielloffiziellen für Schäden zufolge Vertrags mit Schutzwirkung für Dritte gegenüber den am jeweiligen Wettbewerb teilnehmenden Clubs oder Nationalverbände besteht aufgrund des bei Letzteren regelmässig fehlenden schutzwürdigen Interesses am Einbezug in den Haftungsbereich zufolge eines regelmässig bestehenden, eigenen Haftungsanspruchs dieser Wettbewerbsteilnehmer gegenüber dem wettbewerbsveranstaltenden Verband demgegenüber nicht.<sup>1259</sup>

#### **4. Vertraglicher Haftungsanspruch der Wettbewerbsteilnehmer gegenüber Spielloffiziellen aus Drittschadensliquidation**

Sofern wie im vorliegenden Fall der zur Geltendmachung von Schadenersatz berechnete Vertragspartner sowie der effektiv Geschädigte nicht ein und dieselbe Person sind, könnte auch die Rechtsfigur der Drittschadensliquidation zur Anwendung kommen.<sup>1260</sup> Diese aus dem deutschen Recht stammende<sup>1261</sup> und dort auch für verschiedene Fallgruppen angewandte,<sup>1262</sup> in der schweizerischen Lehre und Rechtsprechung indes umstrittene<sup>1263</sup> Rechtsfigur soll denn auch dazu dienen, dass ein Vertragsgläubiger, welcher selbst keinen Schaden erlitten hat, den durch den Vertragspartner pflichtwidrig verursachten Schaden eines Dritten geltend machen kann. Begründet wird dies mit Billigkeitserwägungen, indem der grundlose Fortfall einer vertraglichen Haftung verhindert werden solle. Der Schuldner der vertraglichen Leistung soll dabei nur für das Interesse des Dritten aufkommen, welches an die Stelle des normalerweise vorhandenen eigenen Interesses des Gläubigers getreten ist. Diese Haftung des Schuldners gegenüber dem geschädigten Dritten soll selbst dann bestehen, wenn sich der Dritte zur Liquidation seines Schadens auch an den Gläubiger halten könnte, da das Vor-

---

<sup>1258</sup> Siehe hierzu vorne, S. 218.

<sup>1259</sup> PFISTER, S. 74 lehnt demgegenüber eine Haftung der Spielloffiziellen nach den Grundsätzen des Vertrags mit Schutzwirkung für Dritte ganz generell ab. Dies deshalb, weil diese Konstruktion ihre Grundlage im Grundsatz von Treu und Glauben finde und es somit auch darauf ankommen solle, ob die zusätzliche Haftung dem Schuldner – im konkreten Fall also den Spielloffiziellen – nach den ganzen Umständen, insbesondere nach der Gestaltung des Vertrags, zumutbar ist. Im Falle der Spielloffiziellen sei die Übernahme eines solchen zusätzlichen Risikos nicht zumutbar.

<sup>1260</sup> Vgl. auch HEERMANN, Fehlverhalten, Fn. 25 sowie SCHERRER, Schiedsrichter, S. 256.

<sup>1261</sup> KELLER, S. 47.

<sup>1262</sup> Vgl. KELLER, S. 48 m.w.H.

<sup>1263</sup> Vgl. SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 14.26; HUGUENIN, Nr. 1601; GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 2886; KELLER, S. 62.



liegen einer derartigen Drittbeziehung blosser Zufall sei.<sup>1264</sup> Dogmatisch beruht die Figur der Drittschadensliquidation auf einer Zession des vertraglichen Schadenersatzanspruchs an den Dritten.<sup>1265</sup>

Vom in der schweizerischen Lehre und Rechtsprechung ebenfalls umstrittenen Rechtsinstitut des Vertrags mit Schutzwirkung zugunsten Dritter grenzt sich die Figur der Drittschadensliquidation durch die Merkmale der Risikohäufung und Risikoverlagerung ab. Demnach umfasst die Drittschadensliquidation lediglich Fälle, in welchen ein Schaden anstatt bei einem verletzten Vertragspartner bei einem Dritten entsteht. Es findet also lediglich eine Risikoverlagerung vom verletzten Vertragspartner zum geschädigten Dritten statt, wobei diese Verlagerung auf ausserhalb des Vertragsverhältnisses liegenden Umständen beruht. Demgegenüber führt ein Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter zu einer Risikovermehrung, da neben dem Vertragspartner des Schädigers auch Drittpersonen geschädigt werden können. Die Gefährdung des Dritten ergibt sich dabei nicht aufgrund äusserer Faktoren, sondern alleine aus dem Vertragsverhältnis.<sup>1266</sup>

Wie bereits im Rahmen der Ausführungen zur vertraglichen Haftung der Spieloffiziellen gegenüber dem wettbewerbsveranstaltenden Verband erwähnt,<sup>1267</sup> ist es durchaus denkbar, dass sich aus einem solchen Vertragsverhältnis Schadenersatzansprüche des Verbands gegenüber den Spieloffiziellen ergeben können. Deshalb sowie aufgrund der ebenfalls bereits festgestellten Tatsache, dass seitens des Verbands für gewisse Eventualitäten gar ein schutzwürdiges Interesse am Einbezug der Dritten in den vertraglichen Haftungsbereich besteht, liegt im Falle von durch Spieloffizielle aufgrund von Verletzungen ihrer Vertragspflichten herbeigeführten Drittschädigungen von Wettbewerbsteilnehmern nicht eine zufällige Schadensverlagerung, sondern vielmehr eine Risikoeerweiterung vor. Sowohl der wettbewerbsveranstaltende Verband als auch die Wettbewerbsteilnehmer laufen Gefahr, aufgrund solcher Pflichtverletzungen von Spieloffiziellen geschädigt zu werden. Somit kann die Rechtsfigur der Drittschadensliquidation in jedem Fall auf das zwischen einem Verband sowie den von diesen für Spielleitungen eingesetzten Spieloffiziellen bestehende Rechtsverhältnis selbst dann keine Anwendung finden, wenn diese Rechtsfigur entgegen der in der schweizerischen Lehre und Rechtsprechung herrschenden Meinung dennoch Anerkennung finden würde.

---

<sup>1264</sup> Vgl. zum Ganzen KELLER, S. 52 m.w.H.

<sup>1265</sup> Vgl. HUGUENIN, Nr. 1600 m.w.H. Teilweise wird auch die Meinung vertreten, dass dem Geschädigten ein eigener vertraglicher Anspruch gegen den Schuldner bestehen soll (vgl. WEBER, Berner Kommentar, Art. 97 OR N 307 m.w.H.; VON THUR/ESCHER, S. 113).

<sup>1266</sup> Vgl. zum Ganzen KELLER, S. 64 f. m.w.H.

<sup>1267</sup> Siehe vorne, S. 202.

## 5. Deliktische Haftung der Spielloffiziellen gegenüber Wettbewerbsteilnehmern

Aufgrund der bereits mehrfach erwähnten Tatsache, dass zwischen den Spielloffiziellen sowie den an von diesen geleiteten Spielen beteiligten Clubs oder Nationalverbänden und deren Spielern kein Vertragsverhältnis und damit grundsätzlich auch keine Grundlage für eine vertragliche Haftung der Spielloffiziellen diesen Personen gegenüber besteht, kommt der Frage, wann bzw. unter welchen Voraussetzungen eine ausservertragliche Haftung der Spielloffiziellen diesen Personen gegenüber besteht, eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Die primäre Funktion des ausservertraglichen Haftpflichtrechts besteht denn auch im Schadensausgleich, indem der vom Geschädigten erlittene Schaden auf den schädigenden Dritten abgewälzt wird.<sup>1268</sup> Voraussetzung hierfür ist indes, dass die entsprechenden Haftungsvoraussetzungen erfüllt sind. Diese ergeben sich im vorliegenden Fall mangels Vorliegen einer Spezialnorm aus Art. 41 Abs. 1 OR, der Grundnorm des ausservertraglichen Haftpflichtrechts.<sup>1269</sup> Eine Haftung setzt demnach kumulativ das Bestehen eines Schadens, einer Widerrechtlichkeit der Schädigung, eines kausalen Zusammenhangs zwischen der schädigenden Handlung und dem Schaden sowie ein Verschulden des Schädigers voraus.<sup>1270</sup>

### A) Der Schaden im Speziellen

Auch im Rahmen des ausservertraglichen Haftpflichtrechts definiert sich der Begriff des Schadens als eine im wirtschaftlichen Sinne unfreiwillige Vermögenseinbusse, welche in einer Verminderung der Aktiven, einer Vermehrung der Passiven oder in entgangenem Gewinn bestehen kann. Der Schaden entspricht somit der Differenz zwischen dem gegenwärtigen Vermögensstand und dem Stand, welcher das Vermögen ohne das schädigende Ereignis hätte.<sup>1271</sup> Die Schwierigkeiten hinsichtlich der Substanziierung sowie der Ermittlung des Schadens sind im Rahmen der ausservertraglichen Haftung grundsätzlich diesel-

---

<sup>1268</sup> REY, Nr. 12 m.w.H.; WERRO, responsabilité, Nr. 2; ROBERTO, Nr. 02.64.

<sup>1269</sup> KESSLER, Art. 41 OR, N 1a m.w.H.

<sup>1270</sup> Nach Ansicht von ROBERTO, Nr. 03.11 ff. sowie Nr. 22.05, sollen die massgeblichen Haftungsvoraussetzungen umstritten sein. Insbesondere ist seiner Meinung nach das Vorliegen eines Schadens keine Haftungsvoraussetzung, sondern vielmehr eine Rechtsfolge der Haftung, indem der Geschädigte vom Haftpflichtigen diesen Betrag fordern könne. Anstelle des Schadens hat seiner Ansicht nach vielmehr eine *Rechtsgutsverletzung* vorzuliegen. Soweit ersichtlich bestehen in der übri- gen Lehre und auch in der Rechtsprechung indes keinerlei Zweifel darüber, dass das Vorliegen eines Schadens eine Haftungsvoraussetzung der Delikthaftung im Sinne von Art. 41 Abs. 1 OR darstellt (vgl. anstelle vieler KESSLER, Art. 41 OR N 3 ff.; REY, Nr. 150; WERRO, responsabilité, Nr. 42 ff.).

<sup>1271</sup> Vgl. anstelle vieler REY, Nrn. 151 ff. m.w.H. sowie vorne, Fn. 1119.

ben wie im Rahmen der vertraglichen Haftung, weshalb an dieser Stelle auf die bereits dort gemachten Ausführungen verwiesen werden kann.<sup>1272</sup>

## **B) Die Widerrechtlichkeit im Speziellen**

Als widerrechtlich gilt nach herrschender Lehre und Rechtsprechung eine Verhaltensweise, mit welcher gegen geschriebene oder ungeschriebene Verhaltensverbote und -gebote der Rechtsordnung und somit gegen eine allgemeine gesetzliche Pflicht verstossen wird.<sup>1273</sup> Ein schädigendes Verhalten ist nach dieser objektiven Widerrechtlichkeitstheorie<sup>1274</sup> demnach einerseits dann widerrechtlich, wenn dadurch ein von der Rechtsordnung geschütztes absolutes Recht verletzt wird.<sup>1275</sup> Andererseits kann die Widerrechtlichkeit auch in einem Verhalten begründet sein, mittels welchem gegen eine besondere Verhaltensnorm verstossen wird, welche den Schutz vor Schäden in der Art des eingetretenen bezweckt.<sup>1276</sup> Zu den vorstehend erwähnten, absolut geschützten Rechtsgütern zählen Leib und Leben, das Recht auf psychische Integrität, Eigentum, Besitz, beschränkte dingliche Rechte und Immaterialgüterrechte.<sup>1277</sup> Nicht darunter zu zählen ist demgegenüber das Vermögen, weshalb ein sogenannter reiner Vermögensschaden haftpflichtrechtlich lediglich, aber immerhin, dann geschützt ist, wenn ein Verstoß gegen eine besondere, den Vermögensschutz bezweckende Norm vorliegt.<sup>1278</sup>

Grundsätzlich können nicht nur schädigende Handlungen, sondern auch Unterlassungen widerrechtlich sein. Dies jedoch nur dann, wenn eine Pflicht zum Handeln besteht. Eine solche wiederum besteht nicht generell. Vielmehr ist stets zu prüfen, ob eine solche Handlungspflicht im konkreten Einzelfall besteht. Solche Handlungspflichten können sich grundsätzlich aus sämtlichen Rechtsgebieten ergeben. Als haftpflichtrechtlich relevante Handlungspflichten gelten sie

---

<sup>1272</sup> Siehe vorne, S. 203.

<sup>1273</sup> Vgl. anstelle vieler REY, Nr. 670 m.w.H.; ROBERTO, Nr. 04.26; WERRO, responsabilité, Nr. 297 m.w.H.

<sup>1274</sup> Demgegenüber ist nach der subjektiven Widerrechtlichkeitstheorie ein schädigendes Verhalten stets widerrechtlich, sofern der Schädiger nicht befugt war, in die Rechtsgüter des Betroffenen einzugreifen (FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 281 m.w.H.; REY, Nr. 677 m.w.H.).

<sup>1275</sup> REY, Nr. 683; WERRO, responsabilité, Nr. 305; KESSLER, Art. 41 OR N 31; FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 291.

<sup>1276</sup> REY, Nr. 698; WERRO, responsabilité, Nr. 308; KESSLER, Art. 41 OR N 31; FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 291.

<sup>1277</sup> REY, Nrn. 686 ff.; FELLMANN/KOTTMANN, Nrn. 292 ff.; WERRO, responsabilité, Nr. 305; KESSLER, Art. 41 OR N 33.

<sup>1278</sup> REY, Nr. 698; FELLMANN/KOTTMANN, Nrn. 299 f.; WERRO, responsabilité, Nr. 305; KESSLER, Art. 41 OR N 34.

indes lediglich dann, wenn sie den Interessen des Geschädigten dienen, indem sie zu dessen Gunsten eine Schutzpflicht begründen.<sup>1279</sup>

Falls sich der Schädiger für sein Handeln auf einen Rechtfertigungsgrund berufen kann, ist damit die Widerrechtlichkeit seiner Handlung ausgeschlossen und er hat für die finanziellen Folgen seines Eingriffs keinen Schadenersatz zu leisten.<sup>1280</sup> Neben den gesetzlich<sup>1281</sup> geregelten Rechtfertigungsgründen der Notwehr, des Notstands sowie der Selbsthilfe ist in der Praxis vor allem der Rechtfertigungsgrund der Einwilligung des Verletzten in die schädigende Handlung von Bedeutung. Obwohl die Einwilligung des Verletzten nach der gesetzlichen Regelung von Art. 44 Abs. 1 OR nur als Herabsetzungsgrund für die Haftung vorgesehen ist, sind sich Lehre und Rechtsprechung einig, dass auch mit einer gültigen Einwilligung des Verletzten in die schädigende Handlung die Rechtswidrigkeit und damit auch jede Schadenersatzpflicht zu entfallen hat.<sup>1282</sup> Gültig ist eine Einwilligung dann, wenn sie ihrerseits nicht rechts- oder sittenwidrig und damit nichtig<sup>1283</sup> ist.<sup>1284</sup>

#### a) Geltungsverschaffung der Spielregeln als Handlungspflichten

Im Falle einer direkten physischen Einwirkung der Spielloffiziellen auf die am von ihnen geleiteten Spiel beteiligten Spieler mit Verletzungsfolgen liegt regelmässig ein Personenschaden vor. Eine solche Einwirkung ist somit ohne Weiteres stets auch widerrechtlich.<sup>1285</sup> Sowohl im Falle einer Verletzung eines Spielers aufgrund eines durch die Spielloffiziellen nicht geahndeten Foulspiels durch einen Gegenspieler als auch im Falle einer Verletzung eines Spielers aufgrund ungenügender Ausrüstungs- oder Spielfeldkontrollen bzw. -überwachung durch die Spielloffiziellen handelt es sich demgegenüber um Fälle, in welchen zum Vorneherein lediglich eine Haftung aus Unterlassen infrage kommen kann. Eine Haftung der Spielloffiziellen kann entsprechend nur dann infrage kommen, wenn diese aufgrund ihrer besonderen Stellung Handlungspflichten gegenüber dem Beteiligten treffen würde, sie es aber unterlassen hätten, diesen Pflichten nachzukommen.<sup>1286</sup> Es stellt sich deshalb die Frage nach dem Vorhandensein einer

---

<sup>1279</sup> Vgl. zum Ganzen FELLMANN/KOTTMANN, Nrn. 345 ff.; REY, Nr. 602 f.; KESSLER, Art. 41 OR N 37; ROBERTO, Nrn. 04.78 ff.

<sup>1280</sup> REY, Nr. 757; FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 350; ROBERTO, Nr. 04.118; WERRO, responsabilité, Nr. 348.

<sup>1281</sup> Vgl. Art. 52 OR.

<sup>1282</sup> Vgl. FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 380; REY, Nr. 763; THALER, Haftung, S. 126 m.w.H.

<sup>1283</sup> Vgl. hierzu Art. 20 Abs. 1 OR.

<sup>1284</sup> REY, Nr. 762 m.w.H.; ROBERTO, Nr. 04.136; WERRO, responsabilité, Nr. 380.

<sup>1285</sup> Vgl. THALER, Haftung, S. 120 sowie 124; ZEN-RUFFINEN, Nr. 1181; ZEDER, S. 78; KLEIN, S. 158.

<sup>1286</sup> Vgl. auch KUHN, S. 138.

Handlungspflicht der Spielloffiziellen, welche dem Schutz der körperlichen Integrität der Spieler in den vorgenannten Fällen dient.

*aa) Verbandsregeln als Quellen von Handlungspflichten*

Bekanntlich enthalten das Verbandsrecht im Allgemeinen und die IFAB-Spielregeln im Besonderen Bestimmungen, welche den Schutz der körperlichen Integrität der am Spiel beteiligten Spieler gewährleisten sollen. Es stellt sich deshalb die Frage, ob sich solche haftpflichtrechtlich relevanten Handlungspflichten<sup>1287</sup> überhaupt aus dem Verbandsrecht ergeben können. Wie bereits erwähnt, können sich diese aus Normen sämtlicher Rechtsgebiete ergeben. Voraussetzung ist indes, dass diese Normen eine Garantenstellung des Haftpflichtigen begründen. Er hat also mit anderen Worten dafür einzustehen, dass der durch die Norm missbilligte Erfolg nicht eintritt.<sup>1288</sup> In diesem Sinne können sich solche Handlungspflichten auch aus Normen oder allgemein anerkannten Regelungen privater Organisationen oder gar aus ungeschriebenem Recht ergeben.<sup>1289</sup> Demnach kommen als Quellen von haftpflichtrechtlich relevanten Handlungspflichten folglich auch ohne weitere Verbandsregeln infrage.<sup>1290</sup>

*bb) Schutzpflicht der Spielloffiziellen zugunsten der körperlichen Integrität der am Spiel beteiligten Spieler*

Wie bereits an anderer Stelle dargestellt, verfolgen die IFAB-Spielregeln in erster Linie den Zweck, die Chancengleichheit der Wettkampfbeteiligten sicher-

<sup>1287</sup> Teilweise werden diese Handlungspflichten insbesondere im deutschen Recht auch als Verkehrssicherungspflichten bezeichnet (vgl. KESSLER, Art. 41 OR N 19a; KUHN, S. 122; SPRAU, § 823 BGB N 45).

<sup>1288</sup> FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 347; KESSLER, Art. 41 OR N 37.

<sup>1289</sup> FELLMANN/KOTTMANN, Art. 41 OR N 19a sowie 37 m.w.H. A.M. SCHÖNTAG, S. 266 i.V.m. S. 248 f. m.w.H. wonach eine solche Handlungspflicht in einem formellen Gesetz im staatsrechtlichen Sinn begründet zu sein habe. Entsprechend lehnt er die Spielregeln sowie das Verbandsrecht als Quelle solcher Handlungspflichten ab.

<sup>1290</sup> Vgl. auch SPRAU, § 823 BGB N 57; KUHN, S. 123; a.M. SCHÖNTAG, siehe Fn. 1289. Nicht zu verwechseln mit solchen Handlungspflichten, welche eine Widerrechtlichkeit bei Unterlassungen begründen können, sind demgegenüber die sogenannten Schutzpflichten, deren Verletzung auch bei reinen Vermögensschäden eine Widerrechtlichkeit begründet. Die Definition solcher widerrechtlichkeitsbegründenden Schutznormen bei reinen Vermögensschäden muss im Gegensatz zu widerrechtlichkeitsbegründenden Handlungspflichten bei Unterlassungsdelikten regelmässig enger ausfallen, da reine Vermögensschäden lediglich punktuell deliktischen Schutz genießen. Entsprechend sind Verbandsregeln als private Regelwerke nicht zu den Schutznormen, welche im konkreten Einzelfall bei deren Verletzung eine Widerrechtlichkeit auch reiner Vermögensschäden herbeiführen könnten, zu zählen (vgl. SPRAU, § 823 BGB N 57; SCHÖNTAG, S. 267; ROBERTO, Nr. 04.42).

zustellen. Darüber hinaus dienen sie auch dem Schutz der körperlichen Integrität der Wettbewerbsteilnehmer.<sup>1291</sup> Eine Schutzpflicht der Spielloffiziellen zugunsten der körperlichen Integrität der am von ihnen geleiteten Spiel teilnehmenden Spieler kann sich somit einzig aus den IFAB-Spielregeln ergeben. Diese kann indes nicht so weit gehen, als damit jegliche Beeinträchtigung der körperlichen Integrität zu verhindern wäre. Bereits die für ein Fussballspiel geradezu charakteristische kämpferische Auseinandersetzung der Spieler miteinander auf dem Spielfeld bringt ein gewisses Grundrisiko an Verletzungen mit.<sup>1292</sup> Die Schutzpflicht der Spielloffiziellen kann deshalb nicht zum Inhalt haben, bereits dieses Grundrisiko auszuschliessen. Sie sind vielmehr lediglich, aber immerhin, verpflichtet, eine über diese durchschnittliche, fussballimmanente Verletzungsgefahr hinausgehende Gefährdung zu verhindern. Die Schutzpflicht der Spielloffiziellen besteht also nicht in einer absoluten Risikovermeidungspflicht, sondern vielmehr in einer relativen Pflicht, eine Risikoerhöhung im Verhältnis zum durchschnittlichen, fussballimmanenten Verletzungsrisiko zu verhindern. Weitere bzw. darüber hinausgehende Schutzmassnahmen können die Spieler als Gefährdete weder erwarten noch wären solche Massnahmen den Spielloffiziellen zumutbar.<sup>1293</sup>

Wie die Schutzpflicht der Spielloffiziellen zugunsten der körperlichen Integrität der am Spiel teilnehmenden Spieler ergeben sich sodann auch die den Spielloffiziellen zur Wahrnehmung dieser Schutzpflichten obliegenden Handlungspflichten direkt aus den IFAB-Spielregeln. Es liegt auf der Hand, dass diese Handlungspflichten nicht weiter gehen können als die gegenüber dem wettbewerbsveranstaltenden Verband bestehenden Vertragspflichten der Spielloffiziellen. Analog dieser vertraglichen Pflichten der Spielloffiziellen bestehen die den Spielloffiziellen obliegenden Handlungspflichten einerseits darin, während des laufenden Spiels auf den von ihnen subjektiv wahrgenommenen Sachverhalt die geltenden Spielregeln anzuwenden. Andererseits haben sie vor dem Spiel die Ausrüstung der Spieler auf deren Vereinbarkeit mit der Regel 4 der IFAB-Spielregeln sowie das Spielfeld hinsichtlich dessen Bspielbarkeit zu kontrollieren und während des Spiels laufend zu überwachen.

Solche vom Spielfeld ausgehende Gefährdungen können beispielsweise ein gefrorenes oder durch Nässe aufgeweichtes Terrain, nahe am Spielfeld befindliche Gegenstände<sup>1294</sup>, extrem tiefe oder hohe Temperaturen<sup>1295</sup> oder letztlich

---

<sup>1291</sup> Siehe vorne, S. 74 f.

<sup>1292</sup> Vgl. auch KUHN, S. 125.

<sup>1293</sup> Vgl. auch KUHN, S. 125.

<sup>1294</sup> Beispielsweise zu nahe am Spielfeld aufgestellte Fernsehkameras, Abschränkungen oder auch Ersatztore.

<sup>1295</sup> Gemäss inoffizieller Empfehlung der UEFA sollten Spiele bis zu Minimaltemperaturen von –15 Grad durchgeführt werden. Eine Regelung, bis zu welchen Maximal-

auch wiederholt von Zuschauern auf das Spielfeld geworfene Gegenstände sein. Als Gefährdungen, welche von der Ausrüstung der Spieler selber ausgehen, kommen beispielsweise präparierte oder nicht richtig festgeschraubte Stollen, das Tragen von Schmuckgegenständen oder die Verwendung einer harten und deshalb für die Gegenspieler eine Gefahr darstellende Schutzausrüstung<sup>1296</sup> infrage.

Im Rahmen ihrer Handlungspflicht der Geltungsverschaffung der Spielregeln haben die Spieloffiziellen während des Spiels dafür besorgt zu sein, dass die am Spiel teilnehmenden Spieler die Spielregeln einhalten. In den Spielregeln wird dabei festgehalten, welche Konsequenzen solche Regelübertretungen für die einzelnen Spieler haben: Begeht ein Spieler einen Regelverstoss lediglich fahrlässig, so ist einzig die Mannschaft des betreffenden Spielers mit einer regeltechnischen Strafe, d.h. mit einem direkten Freistoss oder Strafstoß, allenfalls auch mit einem indirekten Freistoss, zu bestrafen.<sup>1297</sup> Sofern ein Regelverstoss rücksichtslos begangen wird, tritt neben eine regeltechnische Strafe gegen die Mannschaft des fehlbaren Spielers noch eine disziplinarische Strafe gegen den Spieler persönlich in Form einer Verwarnung.<sup>1298</sup> Falls ein Spieler einen Regelverstoss mit übertriebener Härte begeht und dabei eine Verletzung eines anderen Spielers in Kauf nimmt, wird der fehlbare Spieler direkt vom Spiel ausgeschlossen und darf im gleichen Spiel nicht mehr ersetzt werden.<sup>1299</sup> Trotz dieser sich aus den IFAB-Spielregeln ergebenden Sanktionen regeltechnischer und disziplinarischer Art im Falle der Missachtung der Spielregeln haben die Spieloffiziellen regelmässig nur geringe präventive Möglichkeiten, auf das Verhalten der Spieler einzuwirken.<sup>1300</sup>

Teilweise wird deshalb in der Lehre die Meinung vertreten, diese nur begrenzte Möglichkeit der Einflussnahme der Spieloffiziellen auf das Verhalten der Spieler müsse zwangsläufig zur Folge haben, dass den Spieloffiziellen auch nur eine begrenzte Handlungspflicht zur Verhinderung von Verletzungen der Spieler untereinander zukäme. Dies vor dem Hintergrund, dass Handlungspflichten der Spieloffiziellen ganz generell nur zum Schutz vor solchen Gefahren bestehen könnten, deren Eintritt durch Ergreifung zumutbarer und geeigneter Schutzmas-

---

temperaturen ein Spiel durchgeführt werden kann, besteht indes nicht (vgl. hierzu weiterführend auch DE MARÉES, S. 252 ff. m.w.H.).

<sup>1296</sup> Hierbei handelt es sich meist um Ausrüstungsgegenstände, mittels welchen die Spieler bereits vor vollständiger Heilung einer Verletzung wieder an Spielen teilnehmen können, beispielsweise spezielle Hand- oder Armschoner zum Schutz eines gebrochenen Handgelenks oder Unterarms oder Gesichtsmasken zum Schutz einer gebrochenen Nase oder des Jochbeins.

<sup>1297</sup> Vgl. Regeln 12 und 14 der IFAB-Spielregeln.

<sup>1298</sup> Vgl. Regel 12 der IFAB-Spielregeln.

<sup>1299</sup> Vgl. Regel 12 der IFAB-Spielregeln.

<sup>1300</sup> Siehe vorne, S. 218.

snahmen überhaupt verhindert werden könnte.<sup>1301</sup> Entsprechend vertreten die Anhänger dieser Lehre denn auch die Ansicht, eine Handlungspflicht der Spielloffiziellen bestehe lediglich zur Kontrolle und Überwachung des Spielfelds sowie allenfalls der Ausrüstung der Spieler, nicht jedoch zur Einhaltung der Spielregeln durch die am Spiel beteiligten Spieler.<sup>1302</sup> Dieser Meinung kann nach hier vertretener Ansicht nicht gefolgt werden. Dass die IFAB-Spielregeln mitunter auch den Schutz der am Spiel beteiligten Spieler vor Verletzungen bezwecken, wurde bereits an anderer Stelle erläutert.<sup>1303</sup> Entsprechend werden denn die Spielloffiziellen von den jeweiligen Verbänden für deren Wettbewerbe auch stets wieder durch entsprechende Weisungen aufgefordert, dem Schutz der Spieler eine hohe bzw. regelmässig gar höchste Priorität einzuräumen.<sup>1304</sup> Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Spieler physisch immer stärker und auch schneller werden, womit das Spiel selber ebenfalls stets schneller wird, womit auch das Verletzungsrisiko für die Spieler entsprechend steigt. Unbestritten ist demgegenüber der Umstand, dass die den Spielloffiziellen während eines laufenden Spiels zur Verfügung stehenden Mittel nur unzureichend geeignet sind, eine Erhöhung des Risikos der am Spiel teilnehmenden Spieler, durch andere Spieler verletzt zu werden, gänzlich auszuschliessen.<sup>1305</sup> Selbst wenn die Spielloffiziellen in einem Spiel dieses bei sämtlichen auch nur ansatzweise gefährlichen Zweikämpfen unterbrechen würden, könnte nicht garantiert werden, dass sich ein Spieler nicht doch plötzlich zu einer gefährlichen Aktion mit Verletzungsfolgen für seinen Gegenspieler hinreissen lassen könnte. Es ist indes keineswegs so, dass die den Spielloffiziellen zur Verfügung stehenden Instrumente zum Vorneherein und stets untauglich wären, eine Erhöhung des Verletzungsrisikos durch andere am Spiel teilnehmenden Spieler zu verhindern. Insbesondere von Spielloffiziellen im professionellen Fussball darf in aller Regel erwartet werden, dass es ihnen gelingt, auch ein ruppiges und hart geführtes Spiel

---

<sup>1301</sup> Vgl. zum Ganzen KUHN, S. 126 f.; HEERMANN, Haftung, Nr. 540; DERSELBE, Fehlverhalten, S. 62 m.w.H.

<sup>1302</sup> Vgl. KUHN, S. 126.

<sup>1303</sup> Siehe vorne, S. 74 f.

<sup>1304</sup> Vgl. hierzu beispielsweise <<http://de.uefa.org/protecting-the-game/refereeing/news/newsid=2355485.html>>, besucht Ende Juli 2017.

<sup>1305</sup> Anders präsentiert sich die Situation demgegenüber hinsichtlich der den Spielloffiziellen obliegenden Verpflichtung zur Ausrüstungs- und Spielfeldkontrolle bzw. -überwachung. Gelangen die Spielloffiziellen vor oder während des Spiels zur Erkenntnis, dass die Sicherheit der Spieler zufolge äusserer Einflüsse nicht mehr gewährleistet ist, sind sie verpflichtet, das Spiel zu unterbrechen oder ganz abzubrechen. Sofern aus Sicht der Spielloffiziellen die Ausrüstung eines Spielers für diesen selber oder für andere Spieler auf dem Spielfeld eine Gefahr darstellen könnte und entsprechend nicht den Vorgaben der Regel 4 der IFAB-Spielregeln entspricht, sind die Spielloffiziellen verpflichtet, diesem Spieler die Teilnahme am Spiel zu untersagen (siehe vorne, S. 74).



durch eine psychologisch geschickte Spielleitung wieder in ruhigere Bahnen lenken zu können. So bestehen seitens der Spieloffiziellen unter Umständen durchaus Möglichkeiten, die körperliche Integrität der Spieler durch eine berechenbare, klare und konsequente Linie in der Spielleitung zumindest indirekt zu schützen. Entsprechend kann die Unterlassung einer Handlungspflicht durch die Spieloffiziellen insbesondere darin erblickt werden, wenn sie wiederholte und schwerwiegende Regelverstöße nicht mit den hierfür in den IFAB-Spielregeln vorgesehenen regeltechnischen und disziplinarischen Konsequenzen ahnden und sich aufgrund dieser Nachlässigkeit im weiteren Fortgang des Spiels noch weitere solche Regelverstöße mit Verletzungsfolgen ereignen.<sup>1306</sup>

Zusammenfassend ist somit festzuhalten, dass sich sowohl eine Schutzpflicht der Spieloffiziellen für die körperliche Integrität der am von ihnen geleiteten Spiel teilnehmenden Spieler als auch die sich zur Erfüllung dieser Schutzpflicht den Spieloffiziellen obliegenden Handlungspflichten in Form der Geltungsveranschaffung der Spielregeln direkt aus den IFAB-Spielregeln selber ergeben, wobei diese Handlungspflichten einerseits in der Anwendung der Spielregeln auf den von den Spieloffiziellen wahrgenommenen Sachverhalt, andererseits aus der Vornahme von Ausrüstungs- und Spielfeldkontrollen sowie -überwachung bestehen. Sofern die Spieloffiziellen einer im konkreten Einzelfall bestehenden Handlungspflicht nicht nachkommen und durch diese Unterlassung der Schutzpflicht Spieler in ihrer körperlichen Integrität geschädigt werden, ist eine solche Unterlassung als widerrechtlich zu qualifizieren.

*cc) Handlungspflichten aufgrund vorangegangenen Verhaltens?*

In der Lehre wird teilweise auch die Meinung vertreten, eine Handlungspflicht der Spieloffiziellen bei Verletzungen von Spielern aufgrund regeltechnischer und/oder disziplinarischer nicht geahndeter Foulspiele sowie ungenügender Ausrüstungs- oder Spielfeldkontrolle bzw. -überwachung könne sich aus dem sogenannten *Gefahrensatz* ergeben.<sup>1307</sup> Lehre und Rechtsprechung verstehen unter diesem Begriff den Grundsatz, dass derjenige, welcher einen Zustand schafft, der einen anderen schädigen könnte, sämtliche zur Vermeidung eines Schadens erforderlichen Vorsichtsmassnahmen zu treffen hat.<sup>1308</sup> Obwohl im schweizerischen Recht nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung eine Verletzung dieses Gefahrensatzes lediglich eine Sorgfaltspflichtverletzung und damit ein Verschulden begründet, besteht in der Lehre eine weitgehende Einigkeit darüber, dass der Gefahrensatz bei einer Vertragsverletzung durch Unterlassen auch eine Handlungspflicht und damit bei dessen Verletzung eine Widerrechtlichkeit die-

<sup>1306</sup> Vgl. auch KUHN, S. 127 m.w.H. sowie PFISTER, S. 68 ff.

<sup>1307</sup> Vgl. ZEN-RUFFINEN, Nr. 1194; SCHÖNTAG, S. 251 ff.

<sup>1308</sup> FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 579 m.w.H.; REY, Nr. 756 m.w.H.; ROBERTO, Nr. 04.89; BONDALLAZ, Nr. 1047 ff. m.w.H.; KESSLER, Art. 41 OR N 38.

ser Unterlassung begründen kann.<sup>1309</sup> Als Ersatz für eine fehlende Schutznorm beim Vorliegen reiner Vermögensschäden kann der Gefahrensatz indes nicht herangezogen werden.<sup>1310</sup>

Nach hier vertretener Ansicht ist eine mögliche Verletzung des Gefahrensatzes im vorliegenden Fall wenig geeignet, eine Handlungspflicht und damit eine Widerrechtlichkeit einer allfälligen Unterlassung der Spieloffiziellen zu begründen. Es sind regelmässig nicht die Spieloffiziellen selber, welche bei einer mangelhaften Kontrolle oder Überwachung des Spielfelds oder der Ausrüstung der Spieler eine Gefahr für die übrigen am Spiel teilnehmenden Spieler schaffen.<sup>1311</sup> Vielmehr werden diese Gefahren durch eine nicht konforme Ausrüstung verwendenden Spieler selber bzw. die direkten Veranstalter<sup>1312</sup> des Spiels, welche die Spielstätte zur Verfügung stellen bzw. bestimmen, in welchem Stadion das Spiel ausgetragen wird, geschaffen. Auch bei durch nicht geahndete Regelübertretungen hervorgerufenen Verletzungen von Gegenspielern sind es regelmässig nicht die Spieloffiziellen, welche die Gefahr als solche schaffen. Die Spieloffiziellen unterlassen bei solchen Schadensereignissen lediglich, aber immerhin, ihnen im Zusammenhang mit diesen durch Dritten geschaffenen Gefahren obliegende Schutzpflichten.<sup>1313</sup> Da indes wie vorstehend dargestellt bereits solche Unterlassungen im konkreten Einzelfall eine Widerrechtlichkeit begründen können, kann nach hier vertretener Ansicht eine haftpflichtrechtlich relevante Handlungspflicht nicht aus dem Gefahrensatz abgeleitet werden.

b) *Verletzung einer Schutznorm bei Vermögensschäden von Wettbewerbsteilnehmern aufgrund von spielentscheidenden Fehlentscheidungen durch die Spieloffiziellen*

Wenn aufgrund eines spielentscheidenden Fehlentscheids von Spieloffiziellen einem Wettbewerbsteilnehmer ein Schaden entsteht, beispielsweise aufgrund ausbleibender Prämien, Startgelder, besser dotierter Arbeits- oder Werbeverträgen, liegt beim Geschädigten stets ein sogenannter *reiner Vermögensschaden* vor.<sup>1314</sup> Damit ein solcher als widerrechtlich und im Rahmen des ausservertraglichen Haftpflichtrechts ersatzfähig gilt, muss sich der Geschädigte auf eine

---

<sup>1309</sup> FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 581 m.w.H.; DIESELBEN, Nr. 348; REY, Nr. 756 m.w.H.; KESSLER, Art. 41 OR N 37 m.w.H.

<sup>1310</sup> FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 581 m.w.H.; KESSLER, Art. 41 OR N 38 m.w.H.

<sup>1311</sup> Etwas anderes gilt wohl einzig im speziellen Fall, in dem eine Gefahr durch höhere Gewalt verursacht wird (z.B. ein herannahendes Gewitter), die Spieloffiziellen das Spiel nicht rechtzeitig unterbrechen und dadurch die Spieler auf dem Platz einer Gefahr aussetzen (vgl. hierzu auch SCHÖNTAG, S. 253.).

<sup>1312</sup> Siehe hierzu hinten, S. 345.

<sup>1313</sup> Vgl. auch SCHÖNTAG, S. 253 f.

<sup>1314</sup> Vgl. auch KUHN, S. 127.

Schutznorm berufen können, welche den Schutz vor einer Schädigung in der Art der eingetretenen bezweckt.<sup>1315</sup>

Als Schutzgesetze kommen grundsätzlich Normen aus sämtlichen Rechtsgebieten infrage, sofern diese ein besonderes Verhalten gebieten oder verbieten, dessen Zweck darin besteht, das Vermögen einzelner Personen oder Personengruppen gegenüber konkreten Schädigungen zu schützen.<sup>1316</sup> Solche Normen finden sich häufig im Strafrecht oder im öffentlichen Verwaltungsrecht, gelegentlich auch im Privat-, Betreibungs- und Konkursrecht sowie im Prozessrecht.<sup>1317</sup> Keine Schutznormen bilden demgegenüber nach einhelliger Auffassung vertragliche Verpflichtungen und private Regelwerke, worunter insbesondere auch von privaten Verbänden aufgestellte Normen zu zählen sind.<sup>1318</sup>

Im Rahmen der vorstehenden Ausführungen zum Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte wurde bereits dargestellt, dass die einschlägigen Verbandsregeln den Schutz der an einem Wettbewerb teilnehmenden Clubs oder Nationalverbände vor Spielmanipulationen bezwecken.<sup>1319</sup> Da solche Verbandsregeln indes von Anfang an gar nicht als potenzielle Schutznormen infrage kommen können, muss nach allfälligen anderen Rechtsquellen Ausschau gehalten werden. Als mögliche Schutznormen<sup>1320</sup> aus dem Strafrecht kommen im Falle von Fehlentscheidungen durch Spieloffizielle in erster Linie die Tatbestände des Betrugs,<sup>1321</sup> der arglistigen Vermögensverschiebung oder der Veruntreuung infrage. Wie die an anderer Stelle vorgenommene Prüfung gezeigt hat,<sup>1322</sup> erfüllen Spieloffizielle, welche zum Nachteil einer Mannschaft bewusst einen spielentscheidenden Fehlentscheid treffen, welcher bei einem Wettbewerbsteilnehmer einen Vermögensschaden hervorruft, zumindest den Tatbestand der arglistigen Vermögensver-

<sup>1315</sup> Siehe hierzu vorne, S. 234. Die Tatsache, dass die Spieloffiziellen alleine durch eine falsche Entscheidung einen Wettbewerbsteilnehmer im Vermögen geschädigt haben, begründet für sich alleine noch nicht die Widerrechtlichkeit dieser Handlung (a.M. KUMMER, S. 65).

<sup>1316</sup> REY, Nr. 705; ROBERTO, Nr. 04.32; FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 302; WERRO, responsabilité, Nr. 308; KESSLER, Art. 41 OR N 34; SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 50.19.

<sup>1317</sup> Vgl. REY, Nrn. 706 ff. mit Beispielen; ROBERTO, Nrn. 04.38 ff. m.w.H.; FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 301; WERRO, responsabilité, Nr. 309 m.w.H.; KESSLER, Art. 41 OR N 34a f.; HONSELL/ISENRING/KESSLER, § 4 N 27 mit Beispielen; SCHWENZER, Obligationenrecht, Nrn. 50.20 f. mit Beispielen.

<sup>1318</sup> ROBERTO, Nr. 04.42; KESSLER, Art. 41 OR N 34a; REY, Nr. 713; SCHÖNTAG, S. 267 m.w.H.; SPRAU, § 823 BGB N 57 m.w.H.

<sup>1319</sup> Siehe hierzu vorne, S. 223 f.

<sup>1320</sup> Vgl. SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 50.20 m.w.H.; HONSELL/ISENRING/KESSLER, § 4 N 27 m.w.H.

<sup>1321</sup> Vgl. auch HEERMANN, Schiedsrichter, S. 11.

<sup>1322</sup> Siehe hinten, S. 325 ff.

schiebung nach Art. 151 StGB. Somit sind solche reinen Vermögensschäden als widerrechtlich zu qualifizieren und im Rahmen der ausservertraglichen Haftung ersatzfähig.

*c) Ausschluss der Rechtswidrigkeit durch Einwilligung*

*aa) Keine konkludente Einwilligung in Verletzung der körperlichen Integrität durch Wettkampfteilnahme*

Eine spezielle Bedeutung kommt der Einwilligung als Rechtfertigungsgrund und damit als Ausschlussgrund der Widerrechtlichkeit einer Schädigung im Bereich des Sports zu. Obwohl grundsätzlich auch derjenige, welcher eine gewisse Gefahr auf sich nimmt, regelmässig einen Schaden vermeiden will und demnach keineswegs auf Schadenersatzansprüche zum Vorneherein verzichtet, wird insbesondere bei Sportunfällen den Sportlern oft unterstellt, durch Teilnahme an einem Wettkampf konkludent<sup>1323</sup> und generell in eine mögliche Schädigung durch eine Verletzung der physischen Integrität eingewilligt zu haben.<sup>1324</sup> Trotz dem Umstand, dass sich Sportler durch ihre Teilnahme an einem Wettkampf oft einem erhöhten Unfallrisiko aussetzen, wird das Vorliegen einer generellen Einwilligung in Schädigungen der körperlichen Integrität aufgrund einer Wettkampfteilnahme in der Lehre grossmehrheitlich abgelehnt.<sup>1325</sup> Etwas anderes gilt lediglich dann, wenn die Beeinträchtigung der körperlichen Integrität wie beispielsweise bei Kampfsportarten das eigentliche Ziel der jeweiligen Sportart ist oder eine vorsätzliche Herbeiführung einer solchen unter Einhaltung der jeweiligen Spielregeln zumindest in Kauf genommen wird.<sup>1326</sup>

Die Meinung, wonach aus einer Wettkampfteilnahme grundsätzlich keine Einwilligung in allfällige Körperverletzungen abgeleitet werden könne, verdient auch nach der hier vertretenen Ansicht Zustimmung. Eine rechtfertigende Einwilligung hat sich sowohl auf eine konkrete Verletzungshandlung als auch auf

<sup>1323</sup> Kritisch zur Frage, ob ein Sportler überhaupt stillschweigend in eine Verletzung der körperlichen Integrität bindend einwilligen kann, BADDELEY, sportif, S. 206 f.

<sup>1324</sup> FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 386 m.w.H.; REY, Nr. 771 m.w.H.; KOCH/KRÄMER, S. 305 f. m.w.H.; SCHÖNTAG, S. 270 f. m.w.H.; vgl. z.B. WERRO, responsabilité, Nr. 403; ZEN-RUFFINEN, Nr. 1182.

<sup>1325</sup> Vgl. FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 386; REY, Nr. 772; ROBERTO, Nr. 04.138 m.w.H.; HOTIN, S. 121; HEERMANN, Haftung, Nr. 81 m.w.H.; GÖTZ, S. 144 ff. m.w.H.; KAISER, Interessen, Nr. 505 f. m.w.H.; KUHN, S. 131 m.w.H.; KLETEČKA, S. 106 f.; BREHM, Art. 41 OR N 64; THALER, Haftung, S. 139 sowie S. 132 ff. mit einer Übersicht über weitere Lehrmeinungen.

<sup>1326</sup> SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 50.39; REY, Nr. 772; ROBERTO, Nr. 04.138; HOTIN, S. 121 m.w.H.; THALER, Haftung, S. 136; vgl. auch HAAS/MARTENS, S. 183; KUHN, S. 133 m.w.H.; kritisch demgegenüber ZEDER, S. 75 f., welche auch bei Kampfsportarten lediglich eine konkludente Einwilligung in leichte Körperverletzungen annimmt.

den durch diese Handlung herbeigeführten Schaden zu beziehen.<sup>1327</sup> Dabei ist der subjektive Wille des Betroffenen zu berücksichtigen. Für die Anwendung eines objektivierten Massstabs im Sinne einer allgemeingültigen Zustimmungsfiktion bleibt demgegenüber kein Raum. In der Praxis wird es denn auch regelmässig so sein, dass ein Sportler sich erst dann mit einer Verletzung befassen wird, wenn diese bereits eingetreten ist. Bei einer Verletzung durch einen Gegenspieler handelt es sich naturgemäss regelmässig um ein ungewisses zukünftiges Ereignis. Wenn ein Sportler jedoch gar nicht weiss bzw. nicht wissen kann, ob und falls ja was für eine Verletzung ihm durch wen zugefügt wird, kann er auch keine rechtsgültige, konkrete Einwilligung in ein bestimmtes Verletzungsereignis abgeben.<sup>1328</sup> Bis zum Zeitpunkt des Verletzungseintritts wird er deshalb regelmässig darauf vertrauen, dass ihm bei der Sportausübung nichts passieren wird.<sup>1329</sup> Es wäre lebensfremd, davon auszugehen, ein Sportler nehme mit der Wettkampfteilnahme alle möglichen Risiken von Verletzungen in Kauf, und ihm hieraus eine abstrakte Zustimmung zu unbestimmten, nicht konkret voraussehbaren Gefahren der Wettkampfteilnahme zu unterstellen.<sup>1330</sup> Somit kann aus einer Wettkampfteilnahme eines Sportlers regelmässig keine stillschweigende und generelle Einwilligung in eine Verletzungshandlung sowie eine hierdurch entstandene Verletzung seiner körperlichen Integrität vorliegen.

Damit ist indes nicht ausgeschlossen, dass grundsätzlich im Einzelfall die Widerrechtlichkeit einer im Rahmen eines sportlichen Wettkampfs zugefügten Verletzung der körperlichen Integrität nicht doch aufgrund einer Einwilligung des verletzten Sportlers entfallen kann. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass seitens des verletzten Sportlers eine konkrete Zustimmung zu einem bestimmten Eingriff in die körperliche Integrität sowie dessen Folgen gegenüber dem Schädiger vorliegt. Der Nachweis einer solchen Einwilligung dürfte dem Verletzer in der Praxis indes höchst selten gelingen.<sup>1331</sup>

*bb) Exkurs: Widerrechtlichkeit einer ohne Verletzung der Spielregeln erfolgten Schädigung der körperlichen Integrität*

Daran ändert im Übrigen auch die Tatsache nichts, dass eine Schädigung der körperlichen Integrität des Sportlers durch einen Wettkampfgegner auch ohne Missachtung der Spielregeln oder lediglich im Falle deren leichtfahrlässigen

<sup>1327</sup> THALER, Haftung, S. 128 und 135; ZEDER, S. 20; vgl. auch GÖTZ, S. 143 m.w.H., sowie KAISER, Interessen, Nr. 506 m.w.H.

<sup>1328</sup> Vgl. THALER, Haftung, S. 138; HEERMANN, Haftung, Nr. 81; GÖTZ, S. 145 f. m.w.H.

<sup>1329</sup> THALER, Haftung, S. 136 und 138; GÖTZ, S. 143 m.w.H.; KLEIN, S. 162 m.w.H.; KLETEČKA, S. 106 m.w.H.

<sup>1330</sup> Vgl. auch THALER, Haftung, S. 142; KLEIN, S. 162 f. m.w.H.; SCHÖNTAG, S. 271 m.w.H.

<sup>1331</sup> Vgl. THALER, Haftung, S. 139.

Missachtung eintreten kann. Wenn ein Sportler regelmässig darauf vertraut, dass er bei der Sportausübung keine Verletzung davonträgt, so ist es für ihn ebenso regelmässig völlig unbedeutend, ob eine dennoch eingetretene und in diesem Sinne unerwartete Verletzung Folge einer regelwidrigen Intervention ist oder nicht. An einer generellen Einwilligung in eine Verletzung fehlt es in jedem Fall.<sup>1332</sup> Eine solche wäre zum Ausschluss der Widerrechtlichkeit jedoch zwingend notwendig, da nach hier vertretener Ansicht auch die Einhaltung der Spielregeln die Rechtswidrigkeit einer Verletzung nicht nur der körperlichen Integrität, sondern auch des Vermögens im Falle des Vorliegens einer entsprechenden Schutzbestimmung nicht ausschliesst.<sup>1333</sup> Nach dem Grundsatz der Einheit der Rechtsordnung entfällt zwar wie im Strafrecht auch im Zivilrecht die Widerrechtlichkeit, wenn jemand eine Handlung begeht, welche gesetzlich erlaubt ist.<sup>1334</sup> Als Quelle solcher Erlaubnisse kommt grundsätzlich die gesamte Rechtsordnung infrage, nicht nur das Straf- oder Zivilrecht.<sup>1335</sup> Anders als die staatliche Rechtsordnung haben Spielregeln demgegenüber jedoch klarerweise keine hoheitliche Geltung,<sup>1336</sup> ebenso wenig besteht ein staatlicher Einfluss auf den Inhalt von Spielregeln, ein solcher ist vielmehr regelmässig explizit ausgeschlossen und unerwünscht.<sup>1337</sup> Mangels dieser hoheitlichen Geltung der Spielregeln ist ein Ausschluss der Rechtswidrigkeit lediglich aufgrund des Umstands, dass die schädigende Handlung nach den Spielregeln eines privaten Verbandes erlaubt war, abzulehnen.<sup>1338</sup> Daran vermag auch der Umstand nichts zu ändern,

<sup>1332</sup> Vgl. THALER, Haftung, S. 137.

<sup>1333</sup> A.M. GÖTZ, S. 145 m.w.H.; ROBERTO, Nr. 04.138; KAISER, Interessen, Nrn. 507 f. m.w.H.; ZEN-RUFFINEN, Nr. 1182 m.w.H.; SEEBACHER, S. 140 m.w.H.; KUHN, S. 132 f.; KLETEČKA, S. 109 f.; vgl. auch KLEIN, S. 166 f. m.w.H. Diese inhaltlichen Differenzen haben ihren Ursprung im Wesentlichen in den unterschiedlichen Widerrechtlichkeitstheorien, welche an dieser Stelle nur in aller Kürze erläutert werden sollen. Während nach der hier vertretenen objektiven Widerrechtlichkeitstheorie eine Handlung dann als widerrechtlich zu qualifizieren ist, wenn sie einen Erfolg im Sinne einer Schädigung eines absolut geschützten Rechtsguts verursacht (Erfolgsunrecht), knüpft die Widerrechtlichkeit bei der subjektiven Theorie an eine Verletzung von Verhaltenspflichten an (Verhaltensunrecht). Die vorgenannten Autoren vertreten die letztgenannte Ansicht. Da diese Autoren die Verhaltenspflichten im Sport durch die Spielregeln konkretisiert sehen, muss es ihrer Ansicht nach konsequenterweise bei einem Verhalten im Einklang mit den Spielregeln zwingend auch am Vorliegen der Widerrechtlichkeit fehlen.

<sup>1334</sup> KESSLER, Art. 52 OR N 23a; vgl. auch die explizite Regelung für das Strafrecht in Art. 14 StGB.

<sup>1335</sup> Vgl. SEELMANN, Art. 14 StGB N 3.

<sup>1336</sup> Siehe vorne, S. 21 ff.; vgl. auch HEERMANN, Haftung, Nr. 85 m.w.H.

<sup>1337</sup> Vgl. auch Art. 14 Ziff. 1 lit. i FIFA-Statuten.

<sup>1338</sup> Vgl. auch KLETEČKA, S. 111 f. m.w.H., sowie ZEDER, S. 78, welche eine Legitimation einer Körperverletzung durch Einhaltung von Spielregeln im Ergebnis ebenfalls ablehnen. Analog zur fehlenden hoheitlichen Geltung der Sportregeln wird

dass in der Schweiz der Bund sogar einen verfassungsmässigen Auftrag zur Sportförderung hat.<sup>1339</sup> Schliesslich wird sich ein Sportler auch nicht mit Hinweis auf seine Berufspflichten darauf berufen können, seine im Einklang mit den Spielregeln stehenden Handlungen seien auch bei der Verursachung von an sich widerrechtlichen Schädigungen dennoch gerechtfertigt.<sup>1340</sup>

*cc) Keine Einwilligung in die Gefahr der Sportart*

Teilweise wird in der Lehre die Meinung vertreten, wenn eine Wettkampfteilnahme schon keine implizite Einwilligung in erlittene Körperverletzungen enthalte, so sei darin wenigstens eine Einwilligung in die Gefahren der jeweiligen Sportart zu erblicken.<sup>1341</sup> Auch diese Ansicht ist indes abzulehnen.<sup>1342</sup> Einerseits hätte auch eine solche Einwilligung einzelfallbezogen und individualisierend ermittelt zu werden und könnte nicht mittels einer objektivierten, allgemeinen Zustimmungsfiktion konstruiert werden. Andererseits würde mit einer solchen Einwilligung seitens der wettkampfteilnehmenden Sportler kein Einverständnis in irgendwelche Verletzungen der körperlichen Integrität vorliegen. Diese hätte vielmehr lediglich die Bedeutung, Handlungen zu gestatten, welche aufgrund ihrer Gefährlichkeit unerlaubt wären.<sup>1343</sup> Ein Rechtswidrigkeitsausschluss von Verletzungen der körperlichen Integrität könnte hieraus zum Vorneherein nicht abgeleitet werden.

*dd) Keine Einwilligung in eine Vermögensschädigung*

Obwohl über Vermögensrechte im Gegensatz zu einer Verletzung der körperlichen Integrität in weitgehender Weise gültig verfügt werden kann,<sup>1344</sup> stellt eine Wettkampfteilnahme eines Sportlers wenn schon keine generelle Einwilligung in eine Verletzung der körperlichen Integrität klarerweise erst recht keine generelle Einwilligung in eine Vermögensschädigung dar. Dasselbe gilt entsprechend analog auch für die am Spiel beteiligten Clubs oder Nationalverbände.

*ee) Zusammenfassung*

In der Wettkampfteilnahme eines Sportlers ist somit regelmässig keine konkludente und generelle Einwilligung weder in eine Verletzung der körperlichen

---

gemäss herrschender Lehre und bundesgerichtlicher Rechtsprechung auch ein Verhalten, welches lediglich aufgrund eines internen Dienstreglements ohne Aussenwirkung erlaubt ist, nicht als rechtmässig qualifiziert (vgl. SEELMANN, Art. 14 StGB N 3 und 6 m.w.H.).

<sup>1339</sup> Vgl. Art. 68 BV; vgl. zum Ganzen auch THALER, Haftung, S. 181.

<sup>1340</sup> Vgl. SEELMANN, Art. 14 StGB, N 13 m.w.H.

<sup>1341</sup> Vgl. THALER, Haftung, S. 137; GÖTZ, S. 142 ff. m.w.H.; KLEIN, S. 163 ff. m.w.H.

<sup>1342</sup> Vgl. auch KLETEČKA, S. 106 f. m.w.H.

<sup>1343</sup> THALER, Haftung, S. 137.

<sup>1344</sup> FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 382; REY, Nr. 765.

Integrität noch in eine Vermögensschädigung zu erblicken. Dies unabhängig davon, ob einer solchen Verletzungshandlung gleichzeitig auch eine Verletzung der Spielregeln zugrunde liegt oder nicht. Die Spieloffiziellen können sich folglich hinsichtlich keiner der drei untersuchten Fallgruppen<sup>1345</sup> von Schädigungen erfolgreich auf eine fehlende Widerrechtlichkeit ihrer Handlungen bzw. Unterlassungen zufolge vorliegender Einwilligung der Geschädigten berufen.

d) *Kein Ausschluss der Rechtswidrigkeit aufgrund sportgerechten Verhaltens*

Teilweise wird insbesondere in der deutschen Literatur und Rechtsprechung auch die Meinung vertreten, eine im Rahmen der Sportausübung herbeigeführte Schädigung könne auch ohne Vorliegen einer Einwilligung des Geschädigten rechtmässig erfolgen.<sup>1346</sup> Abgestellt wird dabei auf ein sogenannt *sportgerechtes Verhalten*,<sup>1347</sup> wobei dieses letztlich der ursprünglich aus dem Strafrecht stammenden Rechtsfigur der Sozialadäquanz entsprechen dürfte.<sup>1348</sup> Hat sich ein Sportler im Rahmen der Wettkampfausübung sportgerecht verhalten, so soll demnach die Rechtswidrigkeit einer allfälligen hieraus erfolgten Schädigung entfallen.<sup>1349</sup> Zur Beantwortung der Frage, wann sich ein Sportler im Rahmen der Wettkampfausübung sportgerecht verhält, greift diese Meinung indes wiederum auf die Sportregeln zurück. Demnach verhält sich ein Sportler sportgerecht, wenn er in seiner Verhaltensweise nicht gegen die Regeln der entsprechenden Sportart verstösst.<sup>1350</sup> Teilweise wird gar die Meinung vertreten, dass selbst

---

<sup>1345</sup> Siehe vorne, S. 197 f.

<sup>1346</sup> Vgl. ZEDER, S. 73 m.w.H.

<sup>1347</sup> Vgl. HEERMANN, Haftung, Nr. 83 m.w.H.; HEERMANN/GÖTZE, S. 42 f. m.w.H. Die Terminologie ist jedoch nicht einheitlich. Einige Autoren verwenden in diesem Zusammenhang auch den Begriff der Rechtsfigur des *Handelns auf eigene Gefahr* bzw. der *acceptation du risque* (vgl. ZEN-RUFFINEN, Nr. 1182 m.w.H.; MOREILLON, S. 9 m.w.H.). In der schweizerischen Lehre ist indes eine mehrheitliche Übereinstimmung dahin gehend auszumachen, dass die Rechtsfigur des Handelns auf eigene Gefahr bzw. der *acceptation du risque* ihren Platz auf der Verschuldensebene hat (vgl. THALER, Haftung, S. 142; ZEDER, S. 77; FELLMANN/ KOTTMANN, Nr. 2437; REY, Nrn. 410 und 771; ROBERTO, Nr. 33.06 f.; SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 16.10 ff.; BREHM, Art. 44 OR N 9 ff.; a.M. GÖTZ, S. 165, gemäss welcher die Rechtsfigur des Handelns auf eigene Gefahr grundsätzlich auf allen Ebenen des haftungsbegründenden Tatbestands Relevanz haben kann, sowie WERRO, *responsabilité*, Nr. 1215, gemäss welchem die Rechtsfigur der *acceptation du risque* sowohl einen Rechtfertigungsgrund als auch einen Schuldreduktionsgrund darstellen könne. Gl.M. auch KESSLER, Art. 52 OR N 22a).

<sup>1348</sup> Vgl. SCHÖNTAG, S. 272 ff. sowie KLEIN, S. 165 f. m.w.H.

<sup>1349</sup> GÖTZ, S. 149 m.w.H.; ZEDER, S. 73 m.w.H.

<sup>1350</sup> Vgl. GÖTZ, S. 149; HEERMANN, Haftung, Nr. 83; HEERMANN/GÖTZE, S. 43 f. m.w.H.



Schädigungen, welche aufgrund einer lediglich leichten Regelverletzung entstanden seien, noch ein sportgerechtes Verhalten darstellen würden. Solche leichten Regelübertretungen seien als jederzeit vorkommende, sportspezifische Besonderheiten zu qualifizieren und würden demnach ebenfalls noch keine Widerrechtlichkeit zu begründen vermögen.<sup>1351</sup>

Abgesehen davon, dass nach hier vertretener Ansicht die Verursachung einer Körperverletzung in einem sportlichen Wettkampf unabhängig von der Frage, ob einer solchen Verletzungshandlung gleichzeitig auch eine Verletzung der Spielregeln zugrunde liegt, als widerrechtlich erachtet wird,<sup>1352</sup> trägt diese Theorie vom sportgerechten Verhalten auch der Tatsache kaum Rechnung, dass eine klare Abgrenzung zwischen regelgerechtem und regelwidrigem Verhalten in der Praxis unter Umständen zu grossen Schwierigkeiten führen kann. Trotz detaillierteren Weisungen und Instruktionen verfügen die Spieloffiziellen, welche letztlich über das Vorliegen einer Regelwidrigkeit zu entscheiden haben, hierbei nach wie vor über einen beträchtlichen Beurteilungs- und Ermessensspielraum. Dieser ermöglicht es ihnen zwar, den Umständen im konkreten Einzelfall angemessen Rechnung zu tragen, führt aber auch dazu, dass eine scharfe Abgrenzung zwischen regelgerechtem und regelwidrigem Verhalten oftmals nur schwerlich oder überhaupt nicht möglich ist.<sup>1353</sup> Entsprechend wäre auch die Festlegung des sportgerechten Verhaltens im konkreten Einzelfall durch den Richter mit denselben bzw. wohl noch grösseren Schwierigkeiten verbunden.

Nach hier vertretener Ansicht ist die Theorie vom sportgerechten Verhalten als Rechtsfertigungsgrund deshalb abzulehnen und sämtliche in Rahmen der Sportausübung bei anderen Wettkampfteilnehmern verursachten Schädigungen sind unabhängig davon, ob diese Handlungen gleichzeitig auch eine Verletzung der Spielregeln darstellen oder nicht, als widerrechtlich zu qualifizieren. Die Spieloffiziellen können sich folglich auch bei einer aufgrund eines regeltechnisch und/oder disziplinarisch nicht geahndeten Foulspiels erfolgten Verletzung eines Spielers dann nicht mit Hinweis auf eine fehlende Widerrechtlichkeit von der Haftung befreien, wenn es sich dabei um eine lediglich leichte Regelverletzung handelte.

---

<sup>1351</sup> Vgl. KAISER, Interessen, Nrn. 507 f.; SEEBACHER, S. 140 f. m.w.H.; SCHÖNTAG, S. 274 m.w.H.

<sup>1352</sup> Siehe vorne, S. 247.

<sup>1353</sup> KUHN, S. 131.

### C) Das Verschulden im Speziellen

#### a) *Allgemeines zum Verschulden im Rahmen der ausservertraglichen Haftung*

Die ausservertragliche Haftung gemäss Art. 41 Abs. 1 OR setzt neben der Existenz eines Schadens und eines widerrechtlichen Verhaltens weiter das Vorliegen eines Verschuldens des potenziell Haftpflichtigen voraus. Die überwiegende Lehre sowie die Rechtsprechung gehen dabei von einem objektivierten Verschuldensbegriff aus. Massstab für die ein Verschulden kennzeichnende Verhaltensweise ist das Durchschnittsverhalten. Demnach gilt als objektiv schuldhaft ein Verhalten, welches vom unter den gegebenen Umständen angebrachten Durchschnittsverhalten des sorgfältigen Normalbürgers abweicht.<sup>1354</sup> Wie im Rahmen der vertraglichen Haftung hat ein Schädiger auch im Bereich der ausservertraglichen Haftung grundsätzlich für jedes Verschulden einzustehen, sei es nun für Vorsatz, grobe, mittlere oder auch leichte Fahrlässigkeit.<sup>1355</sup> Bei lediglich leichter Fahrlässigkeit steht dem Richter indes regelmässig die Möglichkeit offen, den Schadenersatz in Anwendung von Art. 43 Abs. 1 OR zu reduzieren.<sup>1356</sup>

#### b) *Zum Verschulden bei Sportverletzungen zufolge vorsätzlicher oder grobfahrlässiger Regelverstösse*

Im Gegensatz zu den Spielern nehmen zwar die Spieloffiziellen nicht aktiv am von ihnen geleiteten Spiel teil. Dennoch nehmen sie nicht eine passive, betrachtende Rolle ein, sondern sind in das Geschehen auf dem Spielfeld integriert.<sup>1357</sup> Aus ihrer Verpflichtung, sich in unmittelbarer Nähe des jeweils aktuellen Spielgeschehens aufzuhalten, resultiert sodann auch für die Spieloffiziellen ein als spieltypisch zu bezeichnendes Teilnahmerisiko, welches sich nicht zuletzt in einer Verletzung eines Spielers aufgrund eines während des laufenden Spiels erfolgten Zusammenstosses mit einem Spieloffiziellen manifestieren kann.<sup>1358</sup> Im Folgenden sollen deshalb zunächst die im Rahmen der ausservertraglichen Haftung von Sportlern untereinander anwendbaren Verschuldensgrundsätze bzw. -massstäbe dargestellt werden, bevor im Anschluss daran die Frage nach

<sup>1354</sup> REY, Nr. 834 m.w.H.; WERRO, responsabilité, Nr. 261; FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 533; BREHM, Art. 41 OR N 172 ff.; SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 22.03; WERRO, responsabilité, Nr. 261.

<sup>1355</sup> FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 567; REY, Nr. 865; WERRO, responsabilité, Nr. 293.

<sup>1356</sup> Vgl. anstelle vieler KESSLER, Art. 41 OR N 10 m.w.H.

<sup>1357</sup> Vgl. hierzu die Anweisungen an die Spieloffiziellen hinsichtlich deren Position und Bewegung auf dem Spielfeld im praktischen Leitfaden für die Spieloffiziellen in den IFAB-Spielregeln.

<sup>1358</sup> KUHN, S. 128.

einer allfälligen analogen Anwendung dieser Verschuldensgrundsätze auch auf die Spieloffiziellen geklärt werden soll.

Während das Bundesgericht soweit ersichtlich ganz generell zur Frage des Verschuldens im Rahmen der zivilrechtlichen Haftung von Sportlern untereinander keine erkennbare Praxis entwickelt hat,<sup>1359</sup> ist in der Literatur die Ansicht weitgehend unbestritten, dass eine Haftung von Sportlern untereinander zumindest für Körperschädigungen, welche aufgrund von grobfahrlässigen oder absichtlichen Verstössen gegen die Spielregeln verursacht wurden, ohne weitere Einschränkungen besteht.<sup>1360</sup> Dies gilt nach überwiegender Ansicht auch für Schädigungen, welche ihre Ursache in einem in der jeweiligen Sportart regelmässig vorkommenden Regelverstoss finden.<sup>1361</sup> Auch ein allfälliger Haftungsausschluss für vorsätzliches oder grobfahrlässiges Verhalten in den Ausschreibungsunterlagen für Sportveranstaltungen oder Wettkampfbedingungen bzw. den Teilnahmebedingungen würde hieran nichts zu ändern vermögen. Zwar sind solche Haftungsbeschränkungen grundsätzlich zulässig und können nicht nur für vertragliche, sondern auch für deliktische Ansprüche vorgenommen werden. Darüber hinaus besteht gar die Annahme, dass sich eine vertragliche Haftungsfreizeichnung auch auf deliktische Ansprüche beziehen soll.<sup>1362</sup> Solche Haftungsfreizeichnungen sind von Gesetzes wegen jedoch für vorsätzliche und grobfahrlässige Verhaltensweisen ausgeschlossen.<sup>1363</sup>

### *c) Zum Verschulden bei Sportverletzungen ohne Regelverstoss*

Eine grosse Einigkeit in der Lehre besteht auch darüber, dass eine im Rahmen einer von den Spielregeln der jeweiligen Sportart erlaubten Handlung einem Wettkampfteilnehmer zugefügte Verletzung auf der Verschuldensebene zu einem Haftungsausschluss führen soll.<sup>1364</sup> Es besteht indes eine kaum mehr zu

<sup>1359</sup> Vgl. THALER, Haftung, S. 200 sowie DERSELBE, Weltmeistertitel, S. 181 m.w.H. auf einzelne Entscheide.

<sup>1360</sup> Vgl. KUHN, S. 134 f.; ZEDER, S. 78; ZEN-RUFFINEN, Nr. 1186; FELLMANN/ KOTTMANN, Nr. 2443 m.w.H.

<sup>1361</sup> KUHN, S. 134; KLEIN, S. 175 f. m.w.H.; a.M. GRUNSKY, Sportregeln, S. 29, sowie THALER, Haftung, S. 191 m.w.H.

<sup>1362</sup> WIEGAND, Art. 100 OR N 3 m.w.H.

<sup>1363</sup> Vgl. Art. 100 Abs. 1 OR.

<sup>1364</sup> Vgl. KLEIN, S. 168; HEERMANN, Haftung, Nr. 92; KUHN, S. 132 m.w.H.; ZEDER, S. 77 m.w.H.; ZEN-RUFFINEN, Nr. 1186; HILPERT, Geschichte, S. 378; GÖTZ, S. 151 m.w.H.; BREHM, Art. 41 OR N 221 m.w.H.; HAAS/MARTENS, S. 180; KAISER, Interessen, Nr. 510; FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 2442 m.w.H.; WERRO, responsabilité, Nr. 1216 m.w.H. Nach Meinung von THALER (vgl. DERSELBE, Haftung, S. 195 sowie S. 201; DERSELBE, Weltmeistertitel, S. 188 m.w.H. sowie DERSELBE, Sportregeln, S. 163) sind demgegenüber Haftungsansprüche bei Missachtung des Respekts vor den Rechtsgütern von sportlichen Kontrahenten auch ohne

überblickende Flut von Argumenten, Theorien sowie dogmatischen und praktischen Ansätzen zur Begründung eines solchen Haftungsausschlusses,<sup>1365</sup> weshalb an dieser Stelle nur einzelne dieser Begründungen punktuell und ohne jeglichen Anspruch auf Vollständigkeit erwähnt werden sollen.<sup>1366</sup>

Eine Mehrheit der Autoren vertritt die Ansicht, im Falle einer Schädigung ohne Verletzung der einschlägigen Spielregeln liege gar keine Verletzung einer Sorgfaltspflicht vor. Zur Bestimmung des Verhaltens, welches von den Beteiligten erwartet werden dürfe, seien im Sport klarerweise die Regeln der jeweiligen Sportart heranzuziehen. Jeder ausübende Sportler erwarte sodann, dass diese Spielregeln beachtet würden. Sofern ein Verhalten regelkonform sei, könne diese demnach keine deliktische Haftung auslösen, da es bereits an einer Verhaltenspflichtverletzung und somit an einem Verschulden fehle.<sup>1367</sup>

Demgegenüber vertreten andere Autoren die Ansicht, eine Haftung für eine ohne Regelverstoss begangene Verletzung sei deshalb abzulehnen, weil der Verletzte durch seine Teilnahme an der Sportausübung die Verwirklichung sporttypischer Risiken billigend in Kauf genommen habe, indem er sich ohne triftigen Grund und in Kenntnis der besonderen Umstände, welche für ihn eine konkrete Gefahrenlage begründen könnte, in eine Situation drohender Eigengefährdung begeben habe.<sup>1368</sup> Während insbesondere in der deutschen Rechtsprechung die Geltendmachung derartiger Haftpflichtansprüche als Verstoss gegen den Grundsatz von Treu und Glauben bzw. als *venire contra factum proprium* qualifiziert wird,<sup>1369</sup> lehnt die schweizerische Lehre in solchen Fällen eine Haftung überwiegend zufolge Handelns auf eigene Gefahr<sup>1370</sup> ab und begründet einen Haftungsausschluss letztlich mit dem Vorliegen einer Einwilligung im

---

formelle Spielregelverletzung möglich.

<sup>1365</sup> Vgl. auch die Auflistung bei THALER, Weltmeistertitel, S. 179. Für eine rechtsvergleichende Übersicht der dogmatischen Begründungen der Haftungsfreistellungstheorien im Sport vgl. DERSELBE, Haftung, S. 165 ff. sowie DERSELBE, Weltmeistertitel, S. 179 ff. Für Hinweise auf a.M. vgl. KLEIN, S. 173.

<sup>1366</sup> Für Ausführungen zu weiteren dogmatischen Ansätzen eines Haftungsausschlusses vgl. GÖTZ, S. 130 ff. sowie THALER, Haftung, S. 124 ff.

<sup>1367</sup> Vgl. zum Ganzen KUHN, S. 132 f.; GRUNSKY, Sportunfälle, S. 109; HEERMANN, Haftung, Nr. 92; KLEIN, S. 168 f. m.w.H.; BREHM, Art. 41 OR N 221 m.w.H.; KAISER, Interessen, Nr. 510 m.w.H.; ZEDER, S. 77; OFTINGER/STARK, § 16 N 250; vgl. auch zahlreiche weitere Hinweise bei GÖTZ, Fn. 514.

<sup>1368</sup> HAAS/MARTENS, S. 180; HILPERT, Geschichte, S. 378 m.w.H.; vgl. GÖTZ, S. 164 m.w.H.; FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 2442 m.w.H.; REY, Nr. 411; WERRO, responsabilité, Nr. 1216 m.w.H.

<sup>1369</sup> Vgl. HILPERT, Geschichte, S. 378 m.w.H.; KUHN, S. 131 m.w.H.; GÖTZ, S. 170 ff. m.w.H.; THALER, Haftung, S. 162 m.w.H.

<sup>1370</sup> Vgl. zum Begriff sowie dessen dogmatischer Einordnung ausführlich GÖTZ, S. 164 ff. sowie THALER, Haftung, S. 139 ff.

Sinne von Art. 44 Abs. 1 OR.<sup>1371</sup> Zu unterscheiden ist eine solche Einwilligung von einer rechtfertigenden, die Widerrechtlichkeit einer Schädigung ausschliessenden Einwilligung, welche im Rahmen von Sportverletzungen ja gerade regelmässig nicht vorliegt.<sup>1372</sup> In der Literatur wird eine solche Einwilligung dann auch häufig als sogenannt unechte Einwilligung bezeichnet.<sup>1373</sup> Diese unechte Einwilligung unterscheidet sich im Bereich der Haftung von Sportlern untereinander von einer die Rechtswidrigkeit beseitigenden, echten Einwilligung dadurch, dass ein am Wettkampf teilnehmender Sportler nicht generell in eine Schädigung einwilligt, sondern eine solche gerade vermeiden will. Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, wird ein Sportler bis zum Eintritt einer Verletzung regelmässig darauf vertrauen, dass er von einer solchen verschont bleiben wird.<sup>1374</sup> Trotzdem muss dieser Meinung nach insbesondere ein an Wettkämpfen einer Kontaktsportart teilnehmender Sportler damit rechnen, dass er aufgrund von fahrlässigem Verhalten anderer Wettkampfteilnehmer möglicherweise in seiner körperlichen Integrität geschädigt werden könnte. Entsprechend muss sich ein Sportler auch bewusst sein, dass er sich durch den Wettkampf einem erhöhten Verletzungsrisiko aussetzt, womit er zwangsläufig mit seiner Wettkampfteilnahme das allgemeine Verletzungsrisiko der entsprechenden Sportart akzeptiert, auch wenn er eine Schädigung seiner körperlichen Integrität regelmässig vermeiden will.<sup>1375</sup> In einem solchen Verhalten ist nach Ansicht dieser Autoren eine Einwilligung im Sinne von Art. 44 Abs. 1 OR zu erblicken.

d) *Zum Verschulden bei Sportverletzungen zufolge leicht(fahrlässig)er Regelverstösse*

Wie für Schädigungen ohne Verstoss gegen die Spielregeln anerkennt die herrschende Lehre auch für Schädigungen von Sportlern untereinander bei Sportarten, in welchen körperliche Kontakte das Ziel sind oder mit dieser Sportart zumindest unvermeidbar zusammenhängen, zufolge leicht(fahrlässig)er Verstösse gegen die Spielregeln einen Haftungsausschluss<sup>1376</sup> bzw. zumindest eine Haf-

<sup>1371</sup> FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 2442 m.w.H.; REY, Nr. 411; WERRO, responsabilité, Nr. 1216; vgl. auch BREHM, Art. 44 OR N 11 ff. m.w.H.; KESSLER, Art. 52 OR N 21.

<sup>1372</sup> Siehe hierzu vorne, S. 243 ff.

<sup>1373</sup> Vgl. KESSLER, Art. 44 OR N 4; FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 2436; REY, Nr. 409; BREHM, Art. 44 OR N 7.

<sup>1374</sup> Siehe vorne, S. 244.

<sup>1375</sup> Vgl. auch BREHM, Art. 44 OR N 10 ff. m.w.H.; FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 2442 f.; REY, Nr. 411; SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 16.11.

<sup>1376</sup> KUHN, S. 135 m.w.H.; SCHÖNTAG, S. 273 f. m.w.H.; KLEIN, S. 174 f. m.w.H.; ZENRUFFINEN, Nr. 1187; HAAS/MARTENS, S. 180 ff.; KAISER, Interessen, Nr. 510; DERSELBE, Spannungsverhältnis, S. 199; BREHM, Art. 41 OR N 221.

tungsreduktion.<sup>1377</sup> Wie im Rahmen der vorstehenden Ausführungen zum Haftungsausschluss von Schädigungen ohne Regelverstoss wird auch hier nur punktuell auf die entsprechenden Begründungen eingegangen.

Nach Ansicht einer Mehrheit der Autoren fehlt es nicht nur bei einer unter Einhaltung der Spielregeln erfolgten Schädigung an einem Verschulden, sondern auch im Falle eines lediglich leichten bzw. leichtfahrlässigen Verstosses gegen die Spielregeln. Auch bei noch so fairen Verhaltensweisen könnten leichte Regelverletzungen nicht immer vermieden werden, weshalb solche Verletzungen nicht als fahrlässig zu qualifizieren seien.<sup>1378</sup> Fahrlässiges Handeln könne vielmehr nur dann angenommen werden, wenn ein sorgfältiger Sportler den Eintritt der Verletzung bei seiner Spielweise hätte voraussehen und abwenden können. Dies sei insbesondere dann nicht der Fall, wenn ein Spieler in einem kampfbetonten Spiel innerhalb von einem Sekundenbruchteil gezwungen sei, eine Entscheidung zu treffen.<sup>1379</sup> An einem fahrlässigen Verhalten fehle es seitens des Verletzten auch dann, wenn ihm aufgrund der Hektik des Spiels sowie seines Spieleifers ein Gefahr vermeidendes Verhalten nicht zugemutet werden könne.<sup>1380</sup>

Für andere Autoren handelt demgegenüber ein Sportler grundsätzlich auch dann fahrlässig und damit schuldhaft, wenn er geringfügig gegen die Spielregeln der jeweiligen Sportart verstösst. Dieser Ansicht nach verzichtet zwar ein Sportler regelmässig nicht auf den Schutz seiner körperlichen Integrität, setzt sich aber dennoch einem erhöhten Unfallrisiko aus. Entsprechend gehen diese Autoren von einem Handeln auf eigene Gefahr bzw. einer Einwilligung des verletzten Sportlers im Sinne von Art. 44 Abs. 1 OR aus. Anders als im Falle des regelgerechten Verhaltens des Schädigers fällt ein Schadenersatzanspruch indes bei einer leicht(fahrlässig)en Regelverletzung nicht vollständig dahin, sondern wird im Rahmen von Art. 44 Abs. 1 OR lediglich gekürzt.<sup>1381</sup>

---

<sup>1377</sup> A.M. HEERMANN, Haftung, Nr. 92 m.w.H. sowie ZEN-RUFFINEN, Nr. 1185 m.w.H., wonach eine auf einer Spielregelverletzung basierende Verletzung der körperlichen Integrität eines anderen Wettkampfteilnehmers in jedem Fall auch ein Verschulden impliziere; vgl. hierzu jedoch auch die Anmerkung von FRITZWEILER in SpuRt 4/1998, S. 157 f.

<sup>1378</sup> KUHN, S. 135 m.w.H.; HEERMANN, Haftung, Nr. 92 m.w.H.; HEERMANN/GÖTZE, S. 45 m.w.H.; KAISER, Interessen, Nr. 510 m.w.H.; DERSELBE, Spannungsverhältnis, S. 199; ZEN-RUFFINEN, Nr. 1187 m.w.H.

<sup>1379</sup> Vgl. KLEIN, S. 169 f. m.w.H.

<sup>1380</sup> HAAS/MARTENS, S. 180 f. m.w.H.

<sup>1381</sup> Vgl. SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 16.11 m.w.H.; ZEDER, S. 79 m.w.H.; FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 2443 m.w.H.; WERRO, responsabilité, Nr. 1216 m.w.H.; KESSLER, Art. 52 OR N 21 m.w.H.; vgl. auch BREHM, Art. 44 OR N 13 m.w.H.

Für THALER sind demgegenüber die Spielregeln für die Verschuldensfrage entgegen dem ersten Anschein letztlich gar nicht so entscheidend. Seiner Ansicht nach sind weder die Art der sportlichen Sanktionierung eines Verhaltens noch die Schwere der Spielregelübertretung letztlich hinreichende Kriterien zur Bestimmung des Verschuldens. Immerhin gesteht er den Spielregeln trotzdem eine Rolle als «gewichtige Orientierungsmarken» im Rahmen der Verschuldensprüfung bei Sportverletzungen ein.<sup>1382</sup> Als sachgerechte Grundlage für die Bemessung des sporttypischen Sorgfaltsmassstabs, welcher jeweils für eine ganz konkrete Spielsituation zu bestimmen sei,<sup>1383</sup> ist stattdessen nach Ansicht dieses Autors der «mustergültige tüchtige und gewissenhafte Sportsmann», der sogenannte «reasonable sportsman» als durchschnittlicher Vertreter einer sportlichen Disziplin heranzuziehen.<sup>1384</sup> Den Spielregeln soll dabei die Rolle einer Orientierungshilfe zukommen, jedoch sind seiner Ansicht nach auch sämtliche weiteren Eigenheiten der jeweiligen sportlichen Tätigkeit in Erwägung zu ziehen.<sup>1385</sup> Haftungsbegründend soll eine sportliche Aktion nach Ansicht von THALER dann sein, wenn sie Folge eines abnormen Wettkampfverhaltens ist, mittels welchem die Grenzen des erlaubten Risikos überschritten werden.<sup>1386</sup> Der Grad der im sportlichen Wettkampf wechselseitig anzuwendenden Sorgfalt orientiert sich seiner Ansicht nach also am gemeinsam gewollten Gefahreneiveau.<sup>1387</sup> Mit anderen Worten liegt dieser Ansicht nach ein Verschulden dann vor, wenn der Geschädigte mit dem Verhalten des Schädigers vernünftigerweise nicht rechnen musste oder konnte<sup>1388</sup> und dieses Verhalten seitens des Schädigers zumutbar vermeidbar gewesen wäre.<sup>1389</sup> THALER greift somit letztlich auch auf die Konzeption des Handelns auf eigene Gefahr bzw. der *acceptation du risque* zurück, leitet hieraus indes nicht über die gesetzliche Regelung von Art. 44 Abs. 1 OR einen Haftungsausschluss für leichte Fahrlässigkeit ab, sondern benutzt diese vielmehr zur Konkretisierung der Grenze zwischen sorgfaltspflichtwidrigem schuldhaftem sowie sorgfältigem und entsprechend schuldlosem Handeln.<sup>1390</sup> Selber bezeichnet er seine Überlegungen als eine objektive, sportadäquate und «im Rahmen der gängigen Tatbestandselemente liegende zivil- und strafrechtli-

---

<sup>1382</sup> Vgl. zum Ganzen THALER, Haftung, S. 192;

<sup>1383</sup> THALER, Weltmeistertitel, S. 189 m.w.H.; DERSELBE, Sportregeln, S. 163 f.

<sup>1384</sup> THALER, Haftung, S. 203 m.w.H.; vgl. auch OFTINGER/STARK, § 16 N 250a.

<sup>1385</sup> THALER, Haftung, S. 205 m.w.H.

<sup>1386</sup> THALER, Haftung, S. 205 f.

<sup>1387</sup> THALER, Haftung, S. 206 f. m.w.H.

<sup>1388</sup> Vgl. THALER, Haftung, S. 206; vgl. auch BREHM, Art. 41 OR N 221.

<sup>1389</sup> DERSELBE, Weltmeistertitel, S. 190 m.w.H.

<sup>1390</sup> Vgl. auch THALER, Haftung, S. 151 f. und S. 206 ff.; DERSELBE, Weltmeistertitel, S. 188 ff.; DERSELBE, Sportregeln, S. 163 f.

che Betrachtungsweise», die nicht auf besondere Rechtsfiguren angewiesen sei, welche im Lichte der Realien ohnehin konstruiert wirken würde.<sup>1391</sup>

e) *Eigene Stellungnahme zum Verschulden bei Sportverletzungen*

Nach hier vertretener Ansicht fehlt es im Falle einer Verletzung zufolge einer in Einklang mit den Spielregeln stehenden Handlung regelmässig an einem Verschulden seitens des Schädigers. Der herrschenden Lehre ist darüber hinaus insofern zuzustimmen, als auch *normale* Spielregelverletzungen, welche mit dem Spielfluss praktisch untrennbar verbunden, insofern unvermeidbar und letztlich meist derart harmlos sind, als diese nur bei einer seltenen und unglücklichen Verkettung von Umständen zu Verletzungen führen, mangels Vorliegen einer Sorgfaltspflichtverletzung seitens des Schädigers nicht zu einer deliktischen Haftung führen sollen.<sup>1392</sup> Die in diesem Zusammenhang von der herrschenden Lehre angewandte Differenzierung nach der Schwere oder Geringfügigkeit der Spielregelverletzung erweist sich indes – wie noch zu zeigen sein wird<sup>1393</sup> – als letztlich wenig hilfreich. Dogmatisch ergibt sich dieser Haftungsausschluss für solche *normalen* Spielregelverletzungen bereits aus dem Verschuldensbegriff selber. Wie bereits an anderer Stelle kurz erwähnt, handelt nach dem gemäss herrschender Lehre und Rechtsprechung angewendeten, objektivierten Verschuldensbegriff schuldhaft, wer einen Schaden dadurch herbeiführt, dass er die durchschnittliche Sorgfalt nicht anwendet, welche eine hypothetische Normalperson unter den erkennbaren konkreten Umständen eigen gewesen wäre.<sup>1394</sup> Diese durchschnittliche Sorgfalt ist dabei unter Berücksichtigung der konkreten Situation sowie des Verkehrskreises, welchem der Schädiger zuzurechnen ist, zu bestimmen. Entsprechend hat ein Wettkampfsportler diejenige Sorgfalt anzuwenden, welche von einem mit durchschnittlichen Fähigkeiten und Kenntnissen ausgestatteten Vertreter der betreffenden Athletengruppe in der fraglichen Situation erwartet werden kann.<sup>1395</sup> Als letztlich entscheidendes Kriterium ist somit die Erkennbarkeit der Schädigung aufseiten des Schädigers sowie deren Vorhersehbarkeit aufseiten des Geschädigten zu erblicken. Kann der Schädiger erkennen, dass sein Verhalten durch die konkrete Spielsituation nicht gedeckt und nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge und der allgemeinen Lebenserfahrung geeignet ist, die körperliche Integrität des Gegners über das in der Natur der Sportart gelegene spieltypische Risiko hinaus zusätzlich zu ge-

<sup>1391</sup> THALER, Anmerkungen, S. 491.

<sup>1392</sup> Vgl. auch THALER, Haftung, S. 190 f.

<sup>1393</sup> Siehe hinten, S. 256.

<sup>1394</sup> Siehe vorne, S. 249 sowie THALER, Haftung, S. 196 m.w.H.

<sup>1395</sup> THALER, Haftung, S. 196 m.w.H.; vgl. auch BREHM, Art. 41 OR N 221; KLEIN, S. 173 m.w.H.; KUHN, S. 135 m.w.H.; HILPERT, Geschichte, S. 378 m.w.H.; GÖTZ, S. 151; KLETEČKA, S. 111; THALER, Sportregeln, S. 163 f.; DERSELBE, Weltmeistertitel, S. 189 m.w.H.



fährden, indem dieser eine solche Gefährdung mit eigenen Mitteln nicht meistern kann, hat er sein Verhalten unter Berücksichtigung der Zumutbarkeit entsprechend anzupassen.<sup>1396</sup> Tut er dies nicht und hat der Geschädigte mit einem solchen Verhalten des Schädigers vernünftigerweise in der konkreten Situation auch nicht zu rechnen,<sup>1397</sup> liegt ein Verschulden vor.

Als alleiniges Abgrenzungskriterium zwischen sorgfältigem und schuldhaftem Handeln des Schädigers taugt somit weder die Schwere der beim Geschädigten eingetretenen Verletzung,<sup>1398</sup> die Art der sportlichen Sanktionierung des Verhaltens noch die Regelmässigkeit, mit welcher solche Verletzungen in der jeweiligen Sportart vorkommen bzw. herbeigeführt werden.<sup>1399</sup> Ebenfalls nicht als Abgrenzungskriterien eignen sich nach hier vertretener Ansicht sodann auch die Schwere oder Geringfügigkeit einer Regelverletzung oder die Bedeutung einer verletzten Spielregel. Selbst der Verschuldensgrad des Schädigers hinsichtlich des von ihm begangenen Regelverstosses für sich alleine lässt noch keinen Rückschluss darauf zu, ob der Schädiger eine Sorgfaltspflichtverletzung begangen hat oder nicht.<sup>1400</sup> Letztlich ist vielmehr darauf abzustellen, ob die «sportartkennzeichnenden Grenzen»<sup>1401</sup> eines Eingriffs in die körperliche Integrität noch eingehalten wurden. Solange dies bejaht werden kann, liegt nach hier vertretener Auffassung kein schuldhaftes Handeln des Schädigers vor. Zur Ermittlung dieser im Einzelfall durch die Wettkampfteilnehmer hinzunehmenden Gefahren sind primär die Spielregeln der jeweiligen Sportart heranzuziehen. Sie sind jedoch nicht unmittelbar verbindlich für die Feststellung der sportspezifischen Grenzen von Eingriffen in die körperliche Integrität, ihnen kommt im Rahmen der Analyse des von einem in einer konkreten Situation zu erwartenden *reasonable sportsman* indes eine wichtige Indizfunktion zu.<sup>1402</sup>

---

<sup>1396</sup> Vgl. auch THALER, Haftung, S. 211 f.

<sup>1397</sup> Vgl. auch THALER, Haftung, S. 211 m.w.H. sowie DERSELBE, Weltmeistertitel, S. 190 m.w.H.

<sup>1398</sup> A.M. LOOSCHELDERS, S. 272, wonach auf das Ausmass der Gefahr für die Gesundheit des verletzten Spielers abzustellen sei. Falls eine Verletzung sowohl durch regelgerechtes als auch durch regelwidriges Spiel verursacht werden könne, liege aufseiten des Schädigers kein oder nur ein leichtfahrlässiges Verschulden vor. Falls jedoch eine Verletzung bei regelkonformem Spiel vermieden werden könnte, so treffe den Schädiger hierfür ein Verschulden und er habe für eine solche Verletzung zu haften.

<sup>1399</sup> Vgl. auch THALER, Haftung, S. 208 f. sowie DERSELBE, Weltmeistertitel, S. 192 m.w.H.

<sup>1400</sup> Vgl. auch THALER, Haftung, S. 208 f. m.w.H.; vgl. auch GRUNSKY, Sportregeln, S. 28 f.

<sup>1401</sup> THALER, Haftung, S. 191.

<sup>1402</sup> Vgl. auch THALER, Haftung, S. 210 m.w.H.

Aus den vorerwähnten Gründen sollte nach hier vertretener Ansicht im Rahmen des Verschuldens bei Sportverletzungen auf die Abgrenzung zwischen leichten bzw. geringfügigen Regelüberschreitungen und groben Regelüberschreitungen, unverschuldeten, fahrlässigen oder vorsätzlichen Regelüberschreitungen sowie Kombinationen hieraus ganz allgemein verzichtet werden. Dies gilt im Besonderen für den Fussballsport, sucht man doch in den IFAB-Spielregeln vergebens nach einer Unterscheidung zwischen einer leichten bzw. geringfügigen und einer anderweitigen Spielregelverletzung. Die IFAB-Spielregeln kennen lediglich regelgerechtes und regelwidriges Verhalten, eine weitere Abstufung fehlt.<sup>1403</sup> Zudem impliziert gemäss Regel 12 der IFAB-Spielregeln jede Regelübertretung ein Verschulden. Eine Handlung, welche nach den IFAB-Spielregeln zwar als Foulspiel zu taxieren wäre, hinsichtlich welcher dem Täter indes keinerlei Vorwurf gemacht werden kann, ist nach Regel 12 der IFAB-Spielregeln von den Spielloffiziellen nicht als solches zu qualifizieren.<sup>1404</sup> Eine Abgrenzung zwischen leichten und anderweitigen Regelverletzungen wäre deshalb mit in der Praxis kaum zu lösenden Abgrenzungsproblemen verbunden,<sup>1405</sup> währenddem ein Abstellen auf den Verschuldensgrad aufgrund der vorerwähnten Tatsache, dass eine Regelverletzung im Fussballsport bereits per definitionem ein Verschulden impliziert, ebenfalls wenig sinnvoll erscheint.

---

<sup>1403</sup> Vgl. auch Regel 12 der IFAB-Spielregeln.

<sup>1404</sup> Gemäss Regel 12 IFAB-Spielregeln verursacht ein Spieler einen direkten Freistoss für das gegnerische Team, wenn er eines der sieben abschliessend aufgezählten Vergehen nach Einschätzung der Spielloffiziellen fahrlässig, rücksichtslos oder brutal begeht (weiterführend hierzu hinten, S. 258 ff.). Handelt ein Spieler demnach nicht mindestens fahrlässig im Sinne der IFAB-Spielregeln, wird der Spieler bzw. dessen Mannschaft demnach nicht mit einem Freistoss bestraft, es liegt entsprechend gar kein Foulspiel im Sinne der IFAB-Spielregeln vor.

<sup>1405</sup> So bleiben denn auch die allermeisten der sich auf diese Abgrenzung berufenden Autoren eine Antwort auf die Frage, was unter einem geringfügigen bzw. leichten Regelverstoss zu verstehen sei, schuldig. Die wenigen Versuche einer Definition dieses insbesondere im Fussballsport gar nicht existierenden Begriffs sind denn auch wenig überzeugend. So liegt beispielsweise für FLEISCHER, S. 789 m.w.H. ein leichter Regelverstoss im Fussball lediglich bei bloss gefährlichem Spiel vor. Dies hätte jedoch zur Konsequenz, dass jedes noch so harmlose und ohne jegliche Verletzungsabsicht begangene Foulspiel als haftungsbegründend qualifiziert werden müsste, da gefährliches Spiel im Sinne der Spielregeln lediglich dann vorliegt, wenn kein Körperkontakt stattfindet (vgl. Regel 12 Ziff. 2 der IFAB-Spielregeln). Entsprechend wird gefährliches Spiel mangels Vorliegen eines Körperkontakts auch regeltechnisch bloss mit einem indirekten Freistoss sanktioniert. Aus bloss gefährlichem Spiel ohne das gleichzeitige Vorliegen eines Foulspiels kann also schon per definitionem mangels Körperkontakt gar keine Verletzung eines Gegenspielers verursacht werden (gl.M. auch THALER, Haftung, S. 260 m.w.H.).

Nach hier vertretener Ansicht ist deshalb auch die Meinung abzulehnen, ein Haftungsausschluss für Sportschäden als Folge einer geringfügigen oder leichten Regelverletzung sei dogmatisch über Art. 44 Abs. 1 OR zufolge Vorliegens einer Einwilligung abzuleiten. Dies gilt umso mehr, als die herrschende Lehre einen vollständigen Haftungsausschluss für Sportverletzungen im Rahmen von Art. 44 Abs. 1 OR ausdrücklich nur bei Einhaltung der Spielregeln, nicht aber bei einem Verstoß gegen die Spielregeln gewähren will.<sup>1406</sup>

f) *Exkurs: Ermittlung der sportarttypischen Sorgfaltspflichten im Fussballsport*

Obwohl die Bestimmung der sportarttypischen Sorgfaltspflichten, deren Einhaltung vom *reasonable sportsman* verlangt werden kann, grundsätzlich für jede konkrete Spielsituation einzeln zu beurteilen ist und die Spielregeln wie bereits erwähnt lediglich einen ersten – wenn auch wichtigen – Anknüpfungspunkt für die Bestimmung der fussballtypischen Sorgfaltspflicht in einer konkreten Situation darstellen,<sup>1407</sup> soll an dieser Stelle dennoch der Versuch unternommen werden, ausgehend von den IFAB-Spielregeln eine generell-abstrakte Regelung zur Feststellung der fussballspezifischen Grenzen von Eingriffen in die körperliche Integrität zu entwickeln, deren Überschreiten durch den Schädiger das Vorliegen eines fussballspezifischen Verschuldens implizieren soll. Selbstverständlich hat der Richter jedoch im Einzelfall stets eine Würdigung der konkreten Umstände vorzunehmen.<sup>1408</sup> Letztlich helfen die IFAB-Spielregeln auch deshalb gar nicht in jedem Fall weiter, weil sie teilweise zu unbestimmt sind, deshalb nicht jeden Sachverhalt zu erfassen vermögen und letztlich auch gar nicht auf Haftungsfragen ausgerichtet sind.<sup>1409</sup>

aa) *Allgemeines zur Regel 12 der IFAB-Spielregeln*

Begeht ein Spieler während des laufenden Spiels auf dem Spielfeld einen der in Regel 12 der IFAB-Spielregeln abschliessend aufgezählten Foultatbestände,<sup>1410</sup>

<sup>1406</sup> Siehe hierzu vorne, Fn. 1371.

<sup>1407</sup> Hieran vermag auch der Umstand nichts zu ändern, dass den Fussballspielregeln gegenüber anderen Regelwerken anderer Sportarten teilweise eine erhöhte *Richtigkeitsgewähr* nachgesagt wird. Allenfalls vermag eine qualifizierte Regelübertretung sachlich zu einer erhöhten Indizwirkung für das Vorliegen einer Sorgfaltswidrigkeit führen (vgl. hierzu THALER, Haftung, S. 254 m.w.H., sowie DERSELBE, Weltmeistertitel, S. 178 m.w.H.).

<sup>1408</sup> Vgl. auch THALER, Haftung, S. 184; DERSELBE, Weltmeistertitel, S. 179; DERSELBE, Sportregeln, S. 165; HAAS/MARTENS, S. 181; HILPERT, Geschichte, S. 379 m.w.H.

<sup>1409</sup> THALER, Haftung, S. 256; DERSELBE, Weltmeistertitel, S. 178 f.

<sup>1410</sup> Treten oder versuchtes Treten, Beinstellen oder versuchtes Beinstellen, Anspringen, Rempeln, Schlagen oder versuchtes Schlagen, Stossen, Tackling mit dem Fuss oder Angriff mit einem anderen Körperteil.

wird seine Mannschaft regeltechnisch mit einem direkten Freistoss – oder, falls sich der Tatort im eigenen Strafraum befindet, mit einem Strafstoß – bestraft.<sup>1411</sup> Je nach Art der Begehungsweise eines solchen Foulspiels wird der Spieler allenfalls zusätzlich persönlich noch mit einer disziplinarischen Strafe belegt. Geht ein Spieler rücksichtslos in einen Zweikampf und verursacht dabei ein Foulspiel, wird er mit einer Verwarnung bestraft, ein brutal begangenes Foulspiel führt demgegenüber zu einem direkten Ausschluss. Falls im Rahmen eines Zweikampfs ein Foulspiel bloss fahrlässig begangen wird, entfällt eine disziplinarische Strafe.<sup>1412</sup> Die Regel 12 der IFAB-Spielregeln enthält auch Definitionen zu den einzelnen Begehungsweisen von Foulspielen. Fahrlässigkeit liegt demnach vor, «wenn ein Spieler unachtsam, unbesonnen und unvorsichtig in einen Zweikampf geht». Der Fahrlässigkeitsbegriff in den IFAB-Spielregeln ist somit nicht identisch mit demjenigen der staatlichen Rechtsordnung.<sup>1413</sup> Falls ein Spieler «ohne Rücksicht auf die Gefahr oder die Folgen für einen Gegner handelt», liegt Rücksichtslosigkeit vor. Übertriebene Härte oder brutales Spiel liegt schliesslich bei einem Spieler vor, welcher «übertrieben hart vorgeht und die Sicherheit des Gegners gefährdet».<sup>1414</sup> Aufgrund des Umstands, dass die Spieloffiziellen neben der Beurteilung, ob in einer Aktion überhaupt ein Foulspiel vorliegt, diesfalls auch noch dessen Begehungsweise zu evaluieren und allenfalls entsprechend disziplinarisch zu bestrafen haben, ihnen für diese Beurteilung in aller Regel jedoch lediglich wenige Sekunden zur Verfügung stehen und sie deshalb nicht wie beispielsweise ein staatlicher Richter hierzu den Schädiger oder allfällige Zeugen befragen oder gar umfassend begutachten lassen können, haben die Verbände objektive Kriterien entwickelt, anhand welcher die Begehungsweise eines Foulspiels durch die Spieloffiziellen zu eruieren sind. Es handelt sich dabei um folgende Kriterien<sup>1415</sup>:

1. Intensität des Zweikampfverhaltens;
2. Geschwindigkeit, mit welcher der Spieler in den Zweikampf geht;
3. Bestehen einer Möglichkeit, den Ball fair zu spielen;
4. Verletzungsgefahr für den angegriffenen Spieler;
5. Einsatz der Stollen gegen den angegriffenen Spieler.

---

<sup>1411</sup> Vgl. Regel 12 IFAB-Spielregeln.

<sup>1412</sup> Vgl. Regel 12 IFAB-Spielregeln.

<sup>1413</sup> Vgl. auch THALER, Haftung, S. 255 m.w.H. sowie DERSELBE, Weltmeistertitel, S. 178.

<sup>1414</sup> Vgl. zum Ganzen Regel 12 IFAB-Spielregeln.

<sup>1415</sup> Vgl. UEFA-Guidelines, S. 28.

*bb) «Fahrlässige» Foulspiele im Speziellen*

Bei den im Sinne von Regel 12 der IFAB-Spielregeln als fahrlässig zu qualifizierenden Foulspielen wird es sich regelmässig um solche von eher geringer Intensität handeln, bei welchen in Zweikampfsituationen – oft auf kleinem Raum – um den Ball gekämpft wird. Ein Fussballer muss jedoch ohne Weiteres erwarten und entsprechend auch akzeptieren,<sup>1416</sup> dass sein Gegenspieler im Kampf um den Ball solche Foulspiele begehen wird, weshalb ein solches Verhalten auch nicht dem Gebot der sorgfältigen Sportsausübung nach dem Massstab eines vernünftigen Sportsmannes zuwiderläuft. Einem im Sinne von Regel 12 der IFAB-Spielregeln fahrlässig begangenen Foulspiel wird deshalb zivilrechtlich regelmässig noch keine Sorgfaltswidrigkeit zugrunde liegen. Neben einer ausbleibenden disziplinarischen Sanktion des Schädigers wird dieser auch für eine allfällige, durch ein solches Foulspiel beim Geschädigten verursachte Verletzung dessen körperlicher Integrität nicht zivilrechtlich haftbar gemacht werden können.

*cc) «Brutale» Foulspiele im Speziellen*

Demgegenüber steht ausser Frage, dass bei einem mit übertriebener Härte im Sinne von Regel 12 der IFAB-Spielregeln begangenen Foulspiel regelmässig auch ein sportarttypisches Verschulden vorliegen dürfte. Da die Inkaufnahme einer Verletzung des Gegenspielers die Begehungsweise eines Zweikampfs mit übertriebener Härte gerade definiert,<sup>1417</sup> sind in der Praxis kaum Fälle denkbar, in welchen bei einem derart geführten Zweikampf, welcher beim Geschädigten zu einer Verletzung seiner körperlichen Integrität führt, kein Verschulden vorliegen könnte. Überdies wird auch bereits aus dem Wortlaut der Definition, wonach die von einem Spieler in einem Zweikampf eingesetzte Härte nicht *übermässig* sein darf, ersichtlich, dass ein solches Verhalten gerade nicht mehr der sportarttypischen Sorgfalt entspricht, welche von einem *reasonable sportsman* erwartet werden kann, indem in einem solchen Fall durch eine übermässig harte Spielweise das in der Natur des Fussballsports gelegene, unvermeidliche spieltypische Risiko erheblich vergrössert wird.

Unzulässig und demnach als übermässige Härte sind dabei zunächst sämtliche Interventionen zu qualifizieren, bei deren Einleitung bereits klar erscheint, dass lediglich der Gegenspieler getroffen werden wird und somit keine Möglichkeit besteht, den Ball regelkonform spielen zu können.<sup>1418</sup> Darüber hinaus sind Interventionen auch dann als übermässig hart im Sinne der Regel 12 FIFA-Spielregel zu qualifizieren, wenn die Möglichkeit, hierdurch an den Ball zu kommen, für den Täter zwar grundsätzlich nicht aussichtslos ist, eine solche Intervention

---

<sup>1416</sup> Vgl. auch THALER, Haftung, S. 253.

<sup>1417</sup> Vgl. Regel 12 der IFAB-Spielregeln.

<sup>1418</sup> Vgl. auch THALER, Weltmeistertitel, S. 190 sowie DERSELBE, Sportregeln, S. 165.

jedoch deshalb vom Gegenspieler nicht erwartet werden musste, weil sie mit völlig unverhältnismässigem Körpereinsatz oder in offensichtlich und erkennbar gefährlicher Weise ausgeführt wurde.<sup>1419</sup> Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn eine Aktion mit derart hoher Geschwindigkeit und Intensität vorgetragen wurde, dass für den Gegenspieler ein hohes Verletzungsrisiko insbesondere deshalb bestand, weil der Täter für seine Intervention die Stollen seiner Schuhe einsetzte und folglich keine Möglichkeit bestand, in einer fairen (im Sinne einer den Spielregeln entsprechenden)<sup>1420</sup> Art und Weise in Ballbesitz zu gelangen.<sup>1421</sup> Dies ergibt sich aus Regel 12 der IFAB-Spielregeln selber, wonach im Bereich der feldverweismwürdigen Vergehen zwischen groben bzw. brutalen Foulspielen und Tätlichkeiten zu unterscheiden ist. Während grobe bzw. brutale Foulspiele wie bereits erwähnt Vergehen sind, welche von einem Spieler in Anwendung übertriebener Härte im Zweikampf, d.h. bei laufendem Spiel im Kampf um den Ball, begangen werden, liegt demgegenüber eine Tätlichkeit vor, wenn ein Spieler einen Gegner abseits des Balls übermässig hart oder brutal attackiert.<sup>1422</sup> Sofern also zum Vorneherein keine Möglichkeit besteht, den Ball überhaupt spielen zu können, liegt im Sinne von Regel 12 der IFAB-Spielregeln kein grobes oder brutales Foulspiel, sondern eine Tätlichkeit vor.<sup>1423</sup> Sofern ein Vergehen demgegenüber während des laufenden Spiels im Kampf um den Ball erfolgt, ist im konkreten Einzelfall anhand der vorerwähnten Kriterien<sup>1424</sup> zu prüfen, ob das Foulspiel als brutal im Sinne der Regel 12 der IFAB-Spielregeln zu qualifizieren ist.

Ergänzend sei an dieser Stelle noch festgehalten, dass die übrigen in Regel 12 der IFAB-Spielregeln genannten Tatbestände von feldverweismwürdigen Vergehen<sup>1425</sup> in aller Regel kein fussballtypisches Verschulden implizieren dürften.<sup>1426</sup>

---

<sup>1419</sup> Vgl. auch Urteil des Amtsgerichts Ettenheim vom 14. Juni 1991, in: NJW-RR 1992, S. 353 f. (S. 353).

<sup>1420</sup> Klassische Fälle hierfür sind das hohe Bein oder eine Attacke mit beiden gestreckten Beinen auf den von Gegenspieler geführten Ball. Eine solche Spielweise ist nach Regel 12 IFAB-Spielregeln jedoch nicht zulässig und dem gegnerischen Team ist ein indirekter Freistoss zuzusprechen. Weiter wäre es auch denkbar, dass ein Spieler mit einem Fuss den Ball spielt, während er mit dem anderen einen Schlag oder Tritt gegenüber dem ballführenden Gegenspieler ausführt. Auch ein solches Verhalten ist nicht zulässig und mit einem direkten Freistoss für die gegnerische Mannschaft zu bestrafen.

<sup>1421</sup> A.M. offenbar THALER, welcher kein Verschulden annehmen will, wenn es für den Schädiger lediglich wahrscheinlich aussichtslos gewesen ist, durch seinen Einsatz an den Ball zu kommen (vgl. DERSELBE, Weltmeistertitel, S. 190 sowie DERSELBE, Sportregeln, S. 164; zustimmend demgegenüber DERSELBE, Haftung, S. 257).

<sup>1422</sup> Vgl. Regel 12 der IFAB-Spielregeln.

<sup>1423</sup> Vgl. hierzu einige Beispiele bei THALER, Haftung, S. 211.

<sup>1424</sup> Siehe vorne, S. 259.

<sup>1425</sup> Es handelt sich dabei um das Verhindern eines Tors oder Vereiteln einer offen-

Dies gilt im Besonderen auch für den Tatbestand des Verhinderns eines Tores oder Vereitels einer offensichtlichen Torchance durch ein Vergehen, welches mit Freistoss oder Strafstoss zu ahnden ist. Etwas anderes gilt jedoch selbstverständlich dann, wenn ein solches Vergehen brutal bzw. mit übertriebener Härte begangen wurde.

*dd) «Rücksichtslose» Foulspiele im Speziellen*

Geht ein Spieler ohne jede Rücksicht auf die Gefahr oder die Folgen seines Einsteigens in einen Zweikampf, wird die Rücksichtslosigkeit regelmässig darin bestehen, dass er eine begonnene Aktion auch noch dann zu Ende führt, wenn für ihn aus dem Verlauf der Situation erkennbar sein muss, dass er den Ball nicht mehr spielen kann und stattdessen den Gegner treffen wird. Grundsätzlich ist es zwar für einen Fussballer regelmässig voraussehbar, dass er gefoult wird und hierdurch eine Schädigung der körperlichen Integrität erleiden kann.<sup>1427</sup> Er muss dabei nicht nur damit rechnen, dass ein Foulspiel im eigentlichen Kampf um den Ball von einem Gegenspieler begangen wird, sondern auch, dass er von einem Gegenspieler mittels Zurückreissen oder einen eher harmlosen Foulspiels wie beispielsweise Beinstellen gestoppt wird, wenn er auf andere Weise nicht mehr aufzuhalten ist.<sup>1428</sup> Nicht erwarten muss ein Fussballer von einem durchschnittliche Fähigkeiten und Kenntnisse aufweisenden Gegner demgegenüber, dass dieser in einem Zweikampf trotz der klaren Erkennbarkeit der Tatsache, dass ein Ball nicht mehr spielbar ist, mit derselben Intensität (mit welcher er ursprünglich den Ball spielen wollte) seine geplante Aktion durchzieht und damit anstelle des Balles absichtlich den Gegner trifft. Bei solchen rücksichtslosen Foulspielen ist nach hier vertretener Ansicht ein fussballtypisches Verschulden ebenfalls gegeben, womit auch in solchen Fällen eine zivilrechtliche Haftbarkeit des Täters besteht.

Ergänzend sei an dieser Stelle noch festgehalten, dass die übrigen, in Regel 12 der IFAB-Spielregeln genannten Tatbestände von verwarnungswürdigen Verge-

---

sichtlichen Torchance durch absichtliches Handspiel oder um ein Vergehen, welches mit Freistoss oder Strafstoss zu ahnden ist; Anspucken eines Gegners oder einer anderen Person; anstössige, beleidigende oder schmähende Äusserungen und/oder Gebärden; zweite Verwarnung im selben Spiel (vgl. Regel 12 IFAB-Spielregeln).

<sup>1426</sup> Vgl. auch THALER, Haftung, S. 191.

<sup>1427</sup> Vgl. auch OFTINGER/STARK, § 16 N 250a.

<sup>1428</sup> Vgl. auch THALER, Haftung, S. 191. In einer solchen Situation dürfte der Täter disziplinarisch häufig mit einer Verwarnung (für taktisches Foul zur Verhinderung eines aussichtsreifen Angriffs, vgl. 12 IFAB-Spielregeln) oder gar mit einem Feldverweis (sofern damit eine offensichtliche Torchance zunichtegemacht wurde, vgl. Regel 12 IFAB-Spielregeln) bestraft werden.

hen regelmässig kein fussballtypisches Verschulden implizieren und deshalb grundsätzlich auch keine zivilrechtliche Haftung nach sich ziehen dürften.

g) *Analoge Anwendung dieses Verschuldensmassstabs auf Schädigungshandlungen von Spieloffiziellen*

Vor dem bereits erwähnten Hintergrund, dass die Spieloffiziellen im Fussballsport durch deren Integration in das Geschehen auf dem Spielfeld ähnlichen Gefahren ausgesetzt sind wie die Spieler selber und solche Gefahren auch in ähnlicher Art und Weise verursachen können,<sup>1429</sup> scheint eine analoge Anwendung der vorstehend dargestellten sporttypischen Sorgfaltspflichten auch auf die Spieloffiziellen gerechtfertigt.<sup>1430</sup> Jedoch rechtfertigt sich eine Anwendung dieses sportartspezifischen Sorgfaltssmassstabs auf die Spieloffiziellen nur dann, wenn diese im Rahmen ihrer Tätigkeit als Sportler und Spielleiter während des laufenden Spiels einen Schaden verursachen. Das sportartspezifische Risiko verwirklicht sich zudem lediglich bei direkten physischen Kontakten der Spieloffiziellen mit den Spielern auf dem Spielfeld, mithin also bei Schäden der Fallgruppe<sup>1431</sup> 1. Ein solcher liegt beispielsweise dann vor, wenn die Spieloffiziellen mit Spielern unabsichtlich oder unvermeidbar zusammenstossen und diese dadurch verletzen.<sup>1432</sup> Schlägt demgegenüber ein Spieloffizieller aus Verärgerung über einen Spieler diesem beim Vorbeigehen auf dem Spielfeld die Faust ins Gesicht, stellt dies keine Verwirklichung eines sportartspezifischen Risikos dar.

In der Literatur wird darüber hinaus die Ansicht vertreten, wie die Haftung für Handlungen sei auch diejenige für Unterlassungen aufgrund der Besonderheiten des Amtes der Spieloffiziellen auszuschliessen. In diesem Sinne seien den Spieloffiziellen auch spieltypische Fehlentscheidungen zuzugestehen, sodass sie insoweit von der deliktischen Haftung freigestellt würden.<sup>1433</sup> Diese Meinung verdient im Grundsatz Zustimmung. Dogmatisch ergibt sich nach hier vertretener Ansicht die Begründung auch hierfür direkt aus dem Verschuldensbegriff selber. So kann auch bei einem optimal ausgebildeten, trainierten und auf ein Spiel vorbereiteten Spieloffiziellen erfahrungsgemäss nicht ausgeschlossen werden, dass dieser eine Spielsituation aufgrund der Hektik des Wettkampfverlaufs oder aus anderen Gründen falsch beurteilt.<sup>1434</sup> Solche Fehlentscheidungen sind denn auch von den am Spiel beteiligten Spielern und Clubs bzw. Nationalver-

---

<sup>1429</sup> KUHN, S. 135 f.

<sup>1430</sup> Vgl. auch KUHN, S. 136, SCHÖNTAG, S. 274 f. sowie PFISTER, S. 65.

<sup>1431</sup> Siehe vorne, S. 197 f.

<sup>1432</sup> Vgl. auch SCHÖNTAG, S. 275.

<sup>1433</sup> KUHN, S. 138, vgl. auch SCHÖNTAG, S. 274. Kritisch demgegenüber HEERMANN, Fehlverhalten, S. 58 ff. m.w.H.

<sup>1434</sup> Vgl. auch KUHN, S. 138 m.w.H.



bänden insofern vorhersehbar, als diesen ein Wahrnehmungsfehler und damit ein unbewusster Fehler der Spieloffiziellen zugrunde liegt. Demgegenüber muss es jedem durchschnittlich vernünftigen Spieloffiziellen im Profifussball ohne Weiteres erkennbar sein, dass eine bewusste Falschbeurteilung von Spielsituationen im Sinne einer falschen Regelanwendung unter Umständen sowohl bei den am Spiel beteiligten Spielern als auch bei deren Mannschaften bzw. Clubs oder Nationalverbänden zu einer Vermögensschädigung führen kann. Ein solches Verhalten der Spieloffiziellen ist denn auch für die betroffenen Spieler bzw. deren Clubs oder Nationalverbände nicht voraussehbar und entspricht nicht demjenigen, welches von einem *reasonable match official* erwartet werden kann. In diesem Sinne fehlt es nicht nur bei Verletzungen von Spielern aufgrund direkter physischer Einwirkungen der Spieloffiziellen, sondern auch bei Vermögensschäden von Wettbewerbsteilnehmern aufgrund von spielentscheidenden Fehlentscheidungen der Spieloffiziellen nach hier vertretener Ansicht regelmässig dann an einem Verschulden, wenn die entsprechenden Handlungen oder Unterlassungen, welche letztlich zur Schädigung geführt haben, durch die Spieloffiziellen unbewusst erfolgt sind.

Bei Schadensereignissen der Fallgruppe<sup>1435</sup> 2 ist demgegenüber zu differenzieren. Sofern es sich dabei um Schäden aufgrund regeltechnisch und/oder disziplinarisch nicht geahndeter Foulspele handelt, rechtfertigt sich eine analoge Anwendung des vorerwähnten sportartspezifischen Sorgfaltsmassstabs ohne Weiteres, liegen doch auch diesen Schadensereignissen letztlich von den Spieloffiziellen getroffene Fehlentscheidungen zugrunde. Sofern es sich auch hierbei um Wahrnehmungsfehler und damit unbewusst erfolgte Fehlentscheidungen handelt, fehlt es entsprechend auch hier an einem Verschulden der Spieloffiziellen für diese infolge dieser Fehlentscheidungen allenfalls eingetretenen Verletzungen. Demgegenüber handelt es sich bei Verletzungen von Spielern aufgrund ungenügender Ausrüstungs- oder Spielfeldkontrollen gerade nicht um eine Verwirklichung von sportarttypischen Risiken. Solche von den Spieloffiziellen vor dem Spiel pflichtwidrig ungenügend oder gar nicht vorgenommene Kontrollen sind von den Spielern nicht zu erwarten und entsprechend haben sie auch nicht damit zu rechnen, aus diesem Grund eine Verletzung zu erleiden. Folglich stellen solche vor dem Spiel pflichtwidrig<sup>1436</sup> mangelhaft oder gar nicht vorgenom-

---

<sup>1435</sup> Siehe vorne, S. 197 f.

<sup>1436</sup> Auch an dieser Stelle ist jedoch darauf hinzuweisen, dass den Spieloffiziellen – im Gegensatz zur Frage, welche Ausrüstungsgegenstände der Spieler zugelassen sind – mangels Vorliegen konkreter Hinweise in den Spielregeln hinsichtlich der Frage, wann der Zustand eines Spielfelds bzw. dessen Umgebung ein regelkonformes Spiel zulässt, ein grosser Ermessensspielraum zu. Entsprechend ist auch hier eine Pflichtwidrigkeit lediglich dann anzunehmen, wenn eine anhand der konkreten Situation erfolgte Entscheidung zur Durchführung eines Spiels nicht mehr als angemessen erachtet werden muss (vgl. hierzu vorne, S. 214 f.).

mene Kontrollen der Spielloffiziellen regelmässig ein Verschulden dar, die Anwendung eines sportartspezifischen Sorgfaltsmassstabs ist in diesen Fällen nicht angezeigt. Im Falle einer Verletzung der den Spielloffiziellen während der Dauer des Spiels obliegenden Überwachungspflicht ist indes eine Anwendung dieses sportarttypischen Sorgfaltsmassstabs wiederum angezeigt. Wie bereits an anderer Stelle ausgeführt, hat die Einschätzung und Beurteilung eines allfälligen, einen Unterbruch oder Abbruch des Spiels notwendig machenden äusseren Einflusses von den Spielloffiziellen während des Spiels in aller Regel ad hoc und ohne die Möglichkeit weiterer Sachverhaltsabklärungen zu erfolgen. Entsprechend sind die für die Bestimmung des anzuwendenden Sorgfaltsmassstabs zu berücksichtigenden Eigenarten der Tätigkeit der Spielloffiziellen sowie die damit verbundenen Risiken hinsichtlich ihrer Überwachungspflicht während des Spiels vergleichbar mit ihrer Verpflichtung zur korrekten Regelanwendung und -durchsetzung, sodass die Anwendung dieses sportarttypischen Sorgfaltsmassstabs auch hierauf als logische Konsequenz erscheint. Somit ist ein Verschulden der Spielloffiziellen nach hier vertretener Ansicht im Falle einer Verletzung ihrer Überwachungspflicht während der Dauer des Spiels lediglich dann anzunehmen, wenn diese und damit eine mit ihr einhergehende Schädigung der am Spiel teilnehmenden Spieler durch die Spielloffiziellen bewusst erfolgte.

Abzulehnen ist demnach nach hier vertretener Ansicht auch die Meinung, die Modifikation des Verschuldensmassstabs zugunsten der Spielloffiziellen liege bereits in den Ausführungen betreffend die *Haftung von Spielloffiziellen*<sup>1437</sup> der Regel 5 der IFAB-Spielregeln begründet.<sup>1438</sup> Dogmatisch ist in einem ersten Schritt anhand des in der konkreten Situation anwendbaren Sorgfaltsmassstabs zunächst festzustellen, ob überhaupt ein Verschulden vorliegt. Erst bei einem festgestellten Verschulden stellt sich in einem zweiten Schritt sodann die Frage nach dem Vorhandensein eines vertraglichen Haftungsausschluss. Das Vorliegen eines allfälligen vertraglichen Haftungsausschlusses hat damit keinerlei Einfluss auf die Bestimmung des Verschuldens bzw. des Sorgfaltsmassstabs im Rahmen der deliktischen Haftung der Spielloffiziellen.<sup>1439</sup>

## D) Der Kausalzusammenhang im Speziellen

Wie die Zurechenbarkeit von beim wettbewerbsveranstaltenden Verband eingetretenen Schäden aufgrund von Pflichtverletzungen der Spielloffiziellen dürfte auch die Kausalität von durch Spieler, Clubs oder Nationalverbände zufolge von Verletzungen von Spielern aufgrund direkter physischer Einwirkungen durch die Spielloffiziellen erlittenen Schäden sowie erlittenen Vermögensschäden von Wettbewerbsteilnehmern aufgrund spielentscheidender Fehlentscheidungen

---

<sup>1437</sup> Siehe hierzu hinten, S. 271 ff.

<sup>1438</sup> Vgl. HEERMANN, Fehlverhalten, S. 60.

<sup>1439</sup> Vgl. auch SCHÖNTAG, S. 285.

durch die Spieloffiziellen regelmässig ohne Weiteres vorliegen. Demgegenüber ist wie im Falle der vertraglichen Haftung auch bei deliktischen Schädigungen zufolge von Verletzungen von Spielern aufgrund regeltechnisch und/oder disziplinarisch nicht geahндeter Foulspele sowie ungenügender Ausrüstungs- oder Spielfeldkontrolle bzw. -überwachung zu differenzieren: Im Falle von Schädigungen von Spielern aufgrund ungenügender Ausrüstungs- oder Spielfeldkontrolle bzw. -überwachung durch die Spieloffiziellen dürfte der (hypothetische)<sup>1440</sup> Kausalzusammenhang ebenfalls regelmässig vorliegen. Sofern jedoch ein Spieler aufgrund eines nicht geahндeten und sanktionierten Foulspele eine Verletzung erleidet und hieraus entweder dem Spieler selber oder dessen Club bzw. Nationalverband ein Schaden entsteht, werden sich die betreffenden Spieloffiziellen auch im Rahmen der deliktischen Haftung regelmässig auf ein rechtmässiges Alternativverhalten berufen können, wobei es in diesen Fällen bereits am Vorliegen eines natürlichen Kausalzusammenhangs fehlen dürfte.<sup>1441</sup> Der Entlastungsbeweis des pflichtgemässen Alternativverhaltens hat nach herrschender Rechtsprechung im ausservertraglichen Haftpflichtrecht jedoch strikt erbracht zu werden und gilt dann als gescheitert, wenn sich im konkreten Fall ergibt, dass der Schaden auch bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt möglicherweise eingetreten wäre.<sup>1442</sup> Für weitere Ausführungen zum Kausalzusammenhang kann auf die diesbezüglichen Ausführungen zur vertraglichen Haftung verwiesen werden.<sup>1443</sup>

## E) Fazit

In diesem Zusammenhang sind es hauptsächlich die Haftungsvoraussetzungen der Widerrechtlichkeit sowie des Verschuldens, die für das Bestehen einer ausservertraglichen Haftung der Spieloffiziellen gegenüber Wettbewerbsteilnehmern fraglich sind und zu Diskussionen Anlass geben. Sowohl eine direkte physische Einwirkung der Spieloffiziellen auf einen Spieler mit Verletzungsfolgen

<sup>1440</sup> Aufgrund der Tatsache, dass es sich bei diesen Schädigungstatbeständen um Unterlassungen handelt, ist der Beweis eines Kausalzusammenhangs zwischen einem entstandenen Schaden und einer vorangehenden Unterlassung gar nicht möglich. Es ist deshalb auf die Figur des hypothetischen Kausalzusammenhangs abzustellen (vgl. hierzu BREHM, Art. 41 OR N 119 m.w.H.; KESSLER, Art. 41 OR N 18 f. m.w.H.; FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 409 f.; WERRO, responsabilité, Nr. 207; REY, Nr. 599 ff.; SCHÖNTAG, S. 269 f.). Zum hiervon abweichenden Begriff der hypothetischen Kausalität, verstanden als Reserveursache eines Schadenseintritts, vgl. SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 21.04 ff.; ROBERTO, Nr. 06.17 ff.; WERRO, responsabilité, Nr. 201; REY, Nr. 604 ff.

<sup>1441</sup> Vgl. KESSLER, Art. 41 OR N 29a m.w.H. sowie BREHM, Art. 41 OR N 149h; zur Zulässigkeit der Berufung auf pflichtgemässes Alternativverhalten im ausservertraglichen Haftpflichtrecht vgl. auch Art. 55 Abs. 1 OR in fine.

<sup>1442</sup> KESSLER, Art. 41 OR N 29a m.w.H.;

<sup>1443</sup> Siehe vorne, S. 216 f.

als auch eine Verletzung eines Spielers aufgrund eines durch die Spieloffiziellen nicht geahndeten Foulspiels oder einer ungenügenden Ausrüstungs- oder Spielfeldkontrolle bzw. -überwachung ist als widerrechtlich zu qualifizieren. Während sich diese im ersten Fall direkt aus dem durch die Spieloffiziellen durch Handeln verursachten Personenschaden ergibt, ergibt sich diese im zweiten Fall direkt aus den IFAB-Spielregeln, welche den Spieloffiziellen einerseits eine Schutzpflicht für die körperliche Integrität der am von ihnen geleiteten Spiel teilnehmenden Spieler, andererseits eine Handlungspflicht zur Geltungverschaffung ebendieser Spielregeln auferlegen. Auch die Schädigung von Wettbewerbsteilnehmern aufgrund von spielentscheidenden Fehlentscheidungen ist, sofern eine solche Schädigung vorsätzlich erfolgt, aufgrund der Strafbarkeit einer solchen Handlung und damit der Verletzung einer Schutznorm ebenfalls widerrechtlich, auch wenn beim geschädigten Wettbewerbsteilnehmer diesfalls ausschliesslich ein reiner Vermögensschaden vorliegen dürfte. Da in der Wettkampfteilnahme eines Spielers bzw. Clubs oder Nationalverbands nach hier vertretener Auffassung darüber hinaus regelmässig auch keine Einwilligung in eine Verletzung der körperlichen Integrität oder in eine Vermögensschädigung erblickt werden kann, können sich die Spieloffiziellen somit hinsichtlich keiner der untersuchten Fallgruppen erfolgreich auf eine fehlende Widerrechtlichkeit berufen.

In Anwendung eines sportarttypischen Sorgfaltsmassstabs fehlt es sowohl bei Verletzungen von Spielern aufgrund direkter physischer Einwirkungen der Spieloffiziellen als auch bei Vermögensschäden von Wettbewerbsteilnehmern aufgrund von spielentscheidenden Fehlentscheidungen der Spieloffiziellen regelmässig dann an einem Verschulden, wenn diese Handlungen oder Unterlassungen, welche letztlich zur Schädigung führten, durch die Spieloffiziellen unbewusst erfolgt sind. Dasselbe gilt auch hinsichtlich des Verschuldens der Spieloffiziellen im Falle der Verletzung von Spielern aufgrund ungenügender Spielfeldüberwachung während des Spiels oder aufgrund nicht geahндeter Foulspiele, wobei es im letzten Fall darüber hinaus unabhängig vom Verschulden der Spieloffiziellen regelmässig sowieso am Vorliegen eines Kausalzusammenhangs fehlen dürfte. In diesen Fällen besteht somit kein ausservertraglicher Haftungsanspruch gegenüber den Spieloffiziellen. Demgegenüber ist bei pflichtwidrig mangelhaft vorgenommenen oder gänzlich unterlassenen Ausrüstungs- und Spielfeldkontrollen durch die Spieloffiziellen vor Spielbeginn, welche zu Verletzungen von Spielern führen, ein Verschulden der Spieloffiziellen und damit eine ausservertragliche Haftung gegeben.

## **6. Haftung aus sittenwidriger Schädigung bei vorsätzlichen Spielmanipulationen**

### **A) Subsidiarität gegenüber Deliktshaftung**

Zur Leistung von Schadenersatz verpflichtet ist gemäss Art. 41 Abs. 2 OR auch derjenige, welcher einem anderen in einer gegen die guten Sitten verstossenden Weise absichtlich Schaden zufügt. Dabei wird im Vergleich zur deliktischen Haftung von Art. 41 Abs. 1 OR die objektive Haftungsvoraussetzung der Widerrechtlichkeit durch diejenige eines Verstosses gegen die Sitten ersetzt.<sup>1444</sup> Eine Haftung wegen sittenwidriger Schädigung kommt jedoch bloss dann infrage, wenn die Schädigung nicht im Sinne von Art. 41 Abs. 1 OR widerrechtlich ist. Gegenüber der deliktischen Haftung ist eine Haftung wegen sittenwidriger Schädigung also stets subsidiär.<sup>1445</sup> Weiter eingeschränkt wird die Anwendung dieser Haftungsnorm aufgrund der bereits aus deren Wortlaut ersichtlichen Tatsache, dass eine sittenwidrige Schädigung stets absichtlich, also mit Vorsatz, herbeigeführt werden muss. Eine bloss fahrlässige sittenwidrige Schädigung ist demgegenüber ausgeschlossen.<sup>1446</sup>

### **B) Zum Begriff der guten Sitten**

Eine Definition des Begriffs der guten Sitten enthält die Gesetzesbestimmung nicht. Nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung handelt sittenwidrig, wer gegen die herrschende Moral und damit gegen das allgemeine Anstandsgefühl oder gegen die der Gesamtrechtsordnung immanenten ethischen Prinzipien und Wertmassstäbe verstösst.<sup>1447</sup> Damit steht fest, dass der Begriff der guten Sitten einem gesellschaftlichen Wandel unterliegt und vom jeweils herrschenden Gerechtigkeitsgefühl mitbestimmt wird.<sup>1448</sup> Die praktische Bedeutung des Haftungstatbestands der sittenwidrigen Schädigung ist indes gering. Einerseits sind die meisten schützenswerten Interessen auch im Bereich der reinen Vermögensschäden von Rechtsnormen erfasst, deren Verletzung die Widerrechtlichkeit

---

<sup>1444</sup> REY, Nr. 792; BREHM, Art. 41 OR N 239.

<sup>1445</sup> Vgl. FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 395 m.w.H.; ROBERTO, Nr. 04.144 m.w.H.; WERRO, responsabilité, Nr. 406 m.w.H.; REY, Nr. 795; BREHM, Art. 41 OR N 236 m.w.H.

<sup>1446</sup> FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 400 m.w.H.; SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 51.04 m.w.H.; REY, Nr. 798 m.w.H.; KESSLER, Art. 41 OR N 42 m.w.H.; WERRO, responsabilité, Nr. 409 m.w.H.; a.M. BREHM, Art. 41 OR N 243 ff. m.w.H., wonach eine Ersatzpflicht lediglich bei voller Absicht und bei Bewusstsein der Sittenwidrigkeit, nicht jedoch lediglich bei Vorsatz oder gar Eventualvorsatz besteht.

<sup>1447</sup> FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 397 m.w.H.

<sup>1448</sup> Vgl. auch FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 398 m.w.H.; REY, Nr. 793 m.w.H.; BREHM, Art. 41 OR N 241 m.w.H.

begründet.<sup>1449</sup> Andererseits wird diese Haftungsnorm in der Praxis auch nur in Ausnahmefällen und mit grösster Zurückhaltung angewendet.<sup>1450</sup> Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Anwendung dieser Haftungsnorm nicht zu einer Aushöhlung des Erfordernisses der Rechtswidrigkeit führen soll.<sup>1451</sup> Nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung ist denn auch trotz der Existenz dieses Haftungstatbestands keine allgemeine Verpflichtung zu einem Handeln nach hohen ethischen Massstäben anzunehmen. Vielmehr wolle die Rechtsordnung nur ein ethisches Minimum gewährleisten. Art. 41 Abs. 2 OR erfasse deshalb in erster Linie die Schikane, weshalb gegen die guten Sitten im Sinne dieser Bestimmung in erster Linie ein Verhalten verstosse, welches nicht der Wahrung eigener Interessen diene, sondern primär darauf abziele, andere zu schädigen.<sup>1452</sup>

In der Lehre wird diese zurückhaltende und enge Anwendung der Haftung zufolge sittenwidrigen Verhaltens teilweise kritisiert.<sup>1453</sup> So sei für den Fall, dass der Schädiger eigene Interessen verfolge, weiter zu fragen, ob diese schutzwürdig seien oder nicht. Selbst falls eine Schutzwürdigkeit der eigenen Interessen des Schädigers vorliege, könne eine Sittenwidrigkeit beim Einsatz nicht angebrachter Mittel vorliegen.<sup>1454</sup> Ebenfalls sittenwidrig sei sodann ein rechtmässiges Verhalten des Schädigers, wenn dieses im Verhältnis zum verursachten Schaden sehr ungünstig sei und damit das eigene Interesse des Schädigers an der schädigenden Handlung wenn auch nicht gänzlich inexistent, so doch zumindest unbedeutend sei.<sup>1455</sup>

### **C) Enger Anwendungsbereich bei Schädigungen durch Spieloffizielle**

Aufgrund der Subsidiarität des Ersatzanspruchs aus sittenwidriger Schädigung gegenüber demjenigen aus einem widerrechtlich zugefügten Schaden sowie der Tatsache, dass den Schadensereignissen der Fallgruppen 1 und 2<sup>1456</sup> regelmässig eine Körperverletzung zugrunde liegt, muss zum Vorneherein einzig bei Schadensereignissen der Fallgruppe 3, also bei Vermögensschäden von Wettbe-

---

<sup>1449</sup> REY, Nr. 796 m.w.H.

<sup>1450</sup> FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 398 m.w.H.; vgl. auch BREHM, Art. 41 OR N 235 m.w.H.

<sup>1451</sup> Vgl. auch ROBERTO, Nr. 04.145.

<sup>1452</sup> BGE 124 III 297 ff., E. 5e; vgl. auch BREHM, Art. 41 OR N 242 m.w.H.; KESSLER, Art. 41 OR N 43 m.w.H.; ROBERTO, Nr. 04.145.

<sup>1453</sup> So wurden in der Literatur beispielsweise Fallgruppen entwickelt, in welchen eine sittenwidrige Schädigung vorliegen soll (vgl. hierzu REY, Nr. 799 ff.; BREHM, Art. 41 OR N 245 ff.; WERRO, responsabilité, Nr. 410 ff.; SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 51.05 ff.).

<sup>1454</sup> KESSLER, Art. 41 OR N 43.

<sup>1455</sup> OFTINGER/STARK, § 16 N 216.

<sup>1456</sup> Siehe vorne, S. 197 f.

werbsteilnehmern aufgrund von spielentscheidenden Fehlentscheidungen der Spieloffiziellen das Vorliegen einer sittenwidrigen Schädigung überhaupt geprüft werden. Und selbst dies lediglich dann, wenn seitens der Spieloffiziellen eine solche Schädigung vorsätzlich herbeigeführt wurde. Da sich die Spieloffiziellen mit einem solchen Verhalten jedoch gleichzeitig auch regelmässig strafbar machen,<sup>1457</sup> muss eine solche Handlung zufolge der Verletzung eines Schutzgesetzes als widerrechtlich im Sinne von Art. 41 Abs. 1 OR qualifiziert werden, was den Tatbestand einer sittenwidrigen Schädigung nach Art. 41 Abs. 2 OR wiederum ausschliesst.

Entgegen der teilweise in der deutschen Literatur vertretenen Ansicht, wonach bei vorsätzlichen Fehlentscheidungen von Spieloffiziellen Schadenersatzansprüche der Betroffenen gegenüber den fehlbaren Spieloffiziellen aus sittenwidriger Schädigung bestehen sollen,<sup>1458</sup> sind solche Ansprüche nach schweizerischem Recht im Grundsatz selbst dann abzulehnen, wenn solche vorsätzlich getroffenen Fehlentscheide keinen Straftatbestand erfüllen und damit keine Widerrechtlichkeit begründen würden. Insbesondere in Fällen von Spielmanipulationen mittels bewusst erfolgter falscher Regelanwendungen durch die Spieloffiziellen handeln diese stets primär in eigenem Interesse. Es kann also keine Rede davon sein, dass ein solches Verhalten der Spieloffiziellen primär oder gar ausschliesslich darauf abzielen würde, andere zu schädigen bzw. zu schikanieren. Etwas anderes könnte lediglich für Fälle gelten, in welchen ein Spieloffizieller aus eigenem Antrieb bewusst eine oder mehrere falsche Regelanwendungen zum Nachteil einer Mannschaft trifft, beispielsweise aufgrund einer persönlichen Antipathie gegen einen Spieler oder einen Mannschaftsoffiziellen der benachteiligten Mannschaft oder aufgrund einer persönlichen Sympathie für einen bestimmten Spieler, Mannschaftsoffiziellen oder gar den Club oder den Nationalverband der bevorteilten Mannschaft.

---

<sup>1457</sup> Siehe hierzu hinten, S. 325 ff.

<sup>1458</sup> Vgl. WEBER, Strukturen, S. 479 f. m.w.H.; HEERMANN, Haftung, Nr. 543; DERSELBE, Fehlverhalten, S. 64 m.w.H.; DERSELBE, Schiedsrichter, S. 11 m.w.H., REDELL, S. 90 ff. Obwohl die entsprechende Bestimmung von § 826 BGB praktisch denselben Wortlaut wie Art. 41 Abs. 2 OR aufweist, hat sich diese aufgrund ihrer weiten Interpretation im deutschen Recht als deliktsrechtliche Generalklausel zu einem eigentlichen Auffangtatbestand zur deliktischen Erfassung von Vermögensinteressen entwickelt (vgl. SPRAU, § 826 BGB N 1; THALER, Haftung, S. 80 m.w.H.).

### III. Haftungsausschluss und Haftungsfreistellung

#### 1. Ausführungen betreffend die Haftung von Spielloffiziellen in der Regel 5 der IFAB-Spielregeln

In Regel 5 der IFAB-Spielregeln finden sich unter anderem auch Ausführungen betreffend die Haftung von Spielloffiziellen,<sup>1459</sup> gemäss welcher die Spielloffiziellen für eine von einem Spieler, Offiziellen oder Zuschauer erlittene Verletzung, einen Schaden an Eigentum irgendwelcher Art, einem von einer Person, einem Club, einer Gesellschaft, einem Verband oder einer anderen Organisation erlittenen Verlust, welcher aufgrund eines im Einklang mit den Spielregeln oder dem normalen Vorgehen bei der Leitung und Kontrolle eines Spiels getroffenen Entscheids entstanden ist oder entstanden sein kann, nicht haftbar gemacht werden können.

Dieser Haftungsausschluss kann Entscheide einschliessen,

- ob der Zustand des Spielfelds oder seiner Umgebung oder die Wetterbedingungen ein Spiel zulassen oder nicht;
- ein Spiel aus welchem Grund auch immer abubrechen;
- ob die auf dem Feld während des Spiels benutzten Ausrüstungsteile oder der Ball spieltauglich sind;
- die Partie wegen Störung durch Zuschauer oder irgendeines Problems auf den Zuschauerrängen zu unterbrechen oder nicht;
- die Partie zu unterbrechen oder nicht, um einen verletzten Spieler zur Behandlung vom Platz bringen zu lassen;
- zu verlangen, dass ein verletzter Spieler zur Behandlung vom Platz gebracht wird;
- einem Spieler das Tragen bestimmter Kleidungs- und Ausrüstungsteile zu gestatten oder zu verbieten;

---

<sup>1459</sup> Vor den auf die Saison 2016/2017 weltweit in Kraft getretenen, vollständig überarbeiteten IFAB-Spielregeln (vgl. hierzu <<http://www.theifab.com/history/laws>>, besucht Ende Juli 2017) bildeten diese Ausführungen als *Entscheidung 1 des IFAB zur Regel 5* bereits mit identischem Wortlaut Bestandteil der offiziellen FIFA-Spielregeln.



- (soweit es in deren Zuständigkeit liegt) Personen (einschliesslich der Team- und Stadionverantwortlichen, Sicherheitsverantwortlichen, Fotografen und anderen Medienvertreter) den Aufenthalt in der Nähe des Spielfelds zu gestatten oder nicht;
- die sie in Übereinstimmung mit den Fussballregeln oder ihren Pflichten treffen, die sich aus den Bestimmungen der FIFA, einer Konföderation, eines Mitgliedverbands oder einer Liga ergeben, welche für ein Spiel gelten.<sup>1460</sup>

## 2. Geltungsbereich, Auslegung und Rechtsfolgen der Entscheidung

### A) Geltungsbereich

Als Teil der IFAB-Spielregeln bilden diese Ausführungen zur Haftung der Spieloffiziellen einen Bestandteil der Reglemente der FIFA, welche deren Mitglieder einzuhalten haben, die überdies verpflichtet sind, diese gegenüber den eigenen Mitgliedern durchzusetzen.<sup>1461</sup> Aufgrund der mitgliedschaftlichen Unterwerfung der einzelnen Clubs sowie deren Spieler unter die Verbandsregeln haben diese Ausführungen und damit der darin festgehaltene Haftungsausschluss auch Wirkung gegenüber einzelnen Clubs oder Nationalverbänden sowie deren Spielern hinsichtlich allfälliger Schadenersatzansprüche gegenüber Spieloffiziellen.<sup>1462</sup> Mit anderen Worten erstreckt sich der Anwendungsbereich dieses Haftungsausschlusses auf sämtliche vorstehend behandelten zivilrechtlichen Haftungsansprüche gegenüber Spieloffiziellen. Demgegenüber findet dieser Haftungsausschluss auf allenfalls bestehende strafrechtliche Verantwortlichkeiten der Spieloffiziellen<sup>1463</sup> aufgrund des gesetzlich vorgeschriebenen Verfolgungszwangs<sup>1464</sup> der Strafbehörden zum Vorneherein keine Anwendung.

<sup>1460</sup> Vgl. zum Ganzen Regel 5 der IFAB-Spielregeln.

<sup>1461</sup> Vgl. Art. 14 Ziff. 1 FIFA-Statuten.

<sup>1462</sup> Vgl. auch BLOS, S. 309, wonach es sich bei dieser Entscheidung «um einen verbandsseitig getroffenen und für alle Fussball-Akteure in Europa verbindlichen Beschluss handelt».

<sup>1463</sup> Siehe hierzu hinten, S. 305 ff.

<sup>1464</sup> Vgl. Art. 7 Abs. 1 StPO.

## B) Auslegung und Rechtsfolgen

### a) Erfassung von Personen- und reinen Vermögensschäden

Während der erste Absatz dieser Ausführungen den eigentlichen Haftungsausschluss enthält, werden im zweiten Absatz nicht abschliessend mögliche Beispiele von Entscheidungen aufgezählt, für welche eine Haftung der Spielloffiziellen ausgeschlossen sein soll.<sup>1465</sup> Der Haftungsausschluss erstreckt sich gemäss dessen Wortlaut sowohl auf Personen- als auch reine Vermögensschäden, welche Spielern, Clubs oder Verbänden aufgrund von Entscheidungen der Spielloffiziellen entstehen.<sup>1466</sup> Damit sind grundsätzlich sämtliche in dieser Arbeit untersuchten Fallgruppen<sup>1467</sup> von Schädigungen von diesem Haftungsausschluss erfasst.

### b) Anwendbarkeit des Haftungsausschlusses bei Tatsachenentscheidungen

Dem Wortlaut dieser Ausführungen kann eine nicht unwesentliche Einschränkung entnommen werden. Erfasst werden sollen hiervor nicht sämtliche Entscheidungen der Spielloffiziellen, sondern nur diejenigen, welche «aufgrund eines im Einklang mit den Spielregeln oder dem normalen Vorgehen bei der Leitung und Kontrolle des Spiels getroffenen Entscheids entstanden» sind. Dies bedeutet konkret, dass eine Haftung der Spielloffiziellen immer dann ausgeschlossen ist, wenn sich diese an die ihnen auferlegten Rechte und Pflichten halten. Bei Entscheidungen, welche durch die Spielregeln, Reglemente oder Weisungen nicht zwingend vorgegeben sind, ist den Spielloffiziellen demnach ein weiter Ermessensspielraum zuzugestehen, wobei jede vertretbare Entscheidung als angemessen und damit im Sinne der Entscheidung als im Rahmen des bei der Leitung und Kontrolle Üblichen anzusehen ist.<sup>1468</sup> Dies ergibt sich nicht nur aus dem Wortlaut der Ausführungen, sondern darüber hinaus auch aus dem Umstand, dass die Unanfechtbarkeit von Tatsachenentscheiden nicht durch eine zivilrechtliche Haftbarkeit der Spielloffiziellen hierfür unterlaufen werden darf.<sup>1469</sup>

Damit bezieht sich dieser in Regel 5 der IFAB-Spielregeln festgeschriebene Haftungsausschluss zugunsten der Spielloffiziellen grundsätzlich auf sämtliche von diesen gefällten Tatsachenentscheiden in einem Spiel. Obwohl er keinerlei Einschränkung zum Verschuldensgrad der Spielloffiziellen enthält, kann sich dieser Haftungsausschluss klarerweise nicht auf bewusst von den Spielloffiziel-

---

<sup>1465</sup> Vgl. auch BLOS, S. 309.

<sup>1466</sup> Vgl. auch BLOS, S. 311 ff.

<sup>1467</sup> Siehe vorne, S. 197 f.

<sup>1468</sup> Vgl. BLOS, S. 310 f.

<sup>1469</sup> BLOS, S. 310.

len herbeigeführte falsche Tatsachenentscheidungen beziehen. Abgesehen davon, dass ein von einem Spieloffiziellen bewusst getroffener falscher Tatsachenentscheid gleichzeitig auch einen Regelverstoss darstellt und insofern wiederum vom Anwendungsbereich der Haftungsfreistellung ausgeschlossen ist, wäre ein solcher Haftungsausschluss auch von Gesetzes wegen unwirksam. Gemäss Art. 100 Abs. 1 OR kann bei Vertragsabschlüssen die Haftung für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit nicht im Voraus ausgeschlossen werden. Ein Haftungsausschluss ist seiner Natur nach regelmässig ein Rechtsgeschäft.<sup>1470</sup> Als Verträge im Sinne dieser Gesetzesbestimmung gelten neben dem zwischen den Spieloffiziellen und dem jeweiligen Verband bestehenden Arbeits- oder Auftragsverhältnis<sup>1471</sup> auch solche, welche ihren Entstehungsgrund im Zivilgesetzbuch finden,<sup>1472</sup> also beispielsweise ein vereinsrechtliches, mittelbares oder unmittelbares Mitgliedschaftsverhältnis zwischen Spielern, Clubs und dem wettbewerbsveranstaltenden Verband.<sup>1473</sup> Vorsätzlich oder grobfahrlässig von den Spieloffiziellen verschuldete Schädigungen werden somit auch von dem in Regel 5 der IFAB-Spielregeln enthaltenen Haftungsausschluss nicht erfasst.<sup>1474</sup>

*c) Keine Anwendung des Haftungsausschlusses bei Regelverstössen*

Nicht erfasst vom Haftungsausschluss sind gemäss dessen Wortlaut Entscheide, welche von den Spieloffiziellen in Missachtung der Spielregeln, Reglemente oder Weisungen gefällt wurden.<sup>1475</sup> Hierunter sind nach hier vertretener Ansicht zum einen diejenigen Fälle zu zählen, in welchen die Spieloffiziellen bewusst die Spielregeln falsch auf den von ihnen während des Spiels wahrgenommenen Sachverhalt anwenden und somit bewusst einen Fehlentscheid treffen. Wie bereits mehrfach erwähnt, besteht die Hauptpflicht der Spieloffiziellen darin, den Spielregeln in dem von ihnen geleiteten Spiel Geltung zu verschaffen.<sup>1476</sup> Wendet ein Spieloffizieller die Spielregeln auf einen von ihm wahrgenommenen Sachverhalt indes bewusst falsch an, ist darin eine vertragliche Pflichtverletzung gegenüber dem wettbewerbsveranstaltenden Verband und somit ein Regel-

---

<sup>1470</sup> SCHÖNTAG, S. 285 m.w.H.

<sup>1471</sup> Siehe hierzu vorne, S. 140.

<sup>1472</sup> WEBER, Berner Kommentar, Art. 100 OR N 37.

<sup>1473</sup> Vgl. auch BLOS, S. 312 m.w.H. sowie KUHN, S. 137 m.w.H.

<sup>1474</sup> Zum gleichen Ergebnis gelangen andere Autoren auch durch analoge Anwendung des deutschen AGB-Rechts, wonach Bestimmungen in AGB unwirksam sind, falls der Vertragspartner den Verwender dieser entgegen dem Gebot von Treu und Glauben unangemessen benachteiligt (vgl. KUHN, S. 137 m.w.H. sowie BLOS, S. 307 f. m.w.H.).

<sup>1475</sup> Vgl. auch BLOS, S. 311.

<sup>1476</sup> Siehe vorne, S. 74 f.

verstoss durch den Spieloffiziellen zu erblicken, welcher vom Haftungsausschluss nicht erfasst sein kann.<sup>1477</sup>

Zum andern sind zu den durch die Spieloffiziellen begangenen Regelverstössen auch unbewusst erfolgte falsche Spielregelanwendungen, sogenannte *regeltechnische Fehler*<sup>1478</sup> zu zählen. Muss beispielsweise ein Spiel aufgrund eines Protestes einer beteiligten Mannschaft zufolge einer fehlerhaften Spielregelanwendung wiederholt werden und entsteht dem wettbewerbsveranstaltenden Verband hieraus ein Schaden, könnten sich die betroffenen Spieloffiziellen nach hier vertretener Ansicht nicht auf diesen Haftungsausschluss berufen. Da diesem Haftungsausschluss keinerlei Anhaltspunkte zum Verschuldensmassstab entnommen werden, ist deshalb grundsätzlich davon auszugehen, dass der Haftungsausschluss selbst bei lediglich leichtfahrlässig herbeigeführten Regelverstössen durch die Spieloffiziellen zur Anwendung gelangt.<sup>1479</sup>

#### d) *Bedeutung des Haftungsausschlusses in der Praxis*

##### aa) *Im Allgemeinen*

Der in der Regel 5 der IFAB-Spielregeln festgeschriebene Haftungsausschluss findet grundsätzlich auf sämtliche Tatsachenentscheidungen der Spieloffiziellen unabhängig von deren Verschulden Anwendung. Nicht erfasst von diesem Haftungsausschluss sind demgegenüber von Spieloffiziellen begangene Regelverstösse. Dies ebenfalls unabhängig vom Verschulden der Spieloffiziellen. In beiden Fällen greifen jedoch Korrekturmechanismen ein. Aufgrund der gesetzlichen Regelung von Art. 100 Abs. 1 OR ist ein Haftungsausschluss für grobfahrlässig oder vorsätzlich verursachte Schädigungen unwirksam. Andererseits ist eine Haftung der Spieloffiziellen auch im Falle von Regelverstössen zufolge des

---

<sup>1477</sup> Vgl. auch REDELL, S. 59 f.

<sup>1478</sup> Siehe hierzu vorne, S. 33 ff.

<sup>1479</sup> Demgegenüber geht BLOS, S. 311 davon aus, dass ein fahrlässiger Regelverstoss der Spieloffiziellen vom Haftungsausschluss erfasst sei. Es handle sich dabei stets um unbewusste Fehler der Spieloffiziellen, weshalb ein Handeln nach bestem Wissen und Gewissen die normale Vorgehensweise sei. Diese Ansicht ist jedoch abzulehnen. Ein Haftungsausschluss zufolge eines mit dem normalen Vorgehen bei der Leitung eines Spiels im Einklang stehenden Entscheids der Spieloffiziellen ist lediglich in Fällen möglich, welche durch die Spielregeln, Reglemente oder Weisungen nicht explizit geregelt werden. Im Falle eines regeltechnischen Fehlers der Spieloffiziellen liegt eine solche Regelung jedoch gerade vor, wurde von diesen jedoch falsch angewendet. Auch nach Ansicht von REDELL, S. 63 ff. sind unbewusste Regelverstösse der Spieloffiziellen vom Haftungsausschluss erfasst. Er begründet dies im Wesentlichen damit, dass es an der Klassifizierung eines unbewussten Regelverstosses als unsportliches Verhalten nach den Verbandsregelwerken fehlen würde, weshalb eine Haftung der Spieloffiziellen hierfür nicht vorgesehen und entsprechend auch nicht gewollt sei.

auf die Tätigkeit der Spielloffiziellen anzuwendenden, sportartspezifischen Sorgfalts- bzw. Verschuldensmassstabs sowohl im Rahmen der vertraglichen als auch der deliktischen Haftung stets dann ausgeschlossen, wenn solche Regelverstösse durch die Spielloffiziellen unbewusst erfolgen.<sup>1480</sup>

Im Ergebnis kommt damit dem in der Regel 5 der IFAB-Spielregeln enthaltenen Haftungsausschluss in der Praxis nur geringe Bedeutung zu. Einerseits vermögen falsche Tatsachenentscheidungen zufolge von Wahrnehmungsfehlern zum Vorneherein keine vertragliche Pflichtverletzung der Spielloffiziellen zu begründen.<sup>1481</sup> Andererseits kommt sowohl eine vertragliche als auch eine deliktische Haftung der Spielloffiziellen aufgrund des durch diese während des Spiels anzuwendenden, sportartspezifischen Sorgfalts- bzw. Verschuldensmassstabs lediglich im Falle von bewusst begangenen Regelverstössen zur Anwendung.<sup>1482</sup>

*bb) Bei Schadensereignissen der Fallgruppe 2 im Speziellen*

Eine praktische Bedeutung kommt dem Haftungsausschluss demnach lediglich dort zu, wo dieser sportartspezifische Sorgfalts- bzw. Verschuldensmassstab gerade keine Anwendung findet, konkret im Falle von Verletzungen von Spielern zufolge unterlassener oder ungenügender Ausrüstungs- oder Spielfeldkontrollen durch die Spielloffiziellen vor dem Spiel.<sup>1483</sup> Auch für diese Fälle ist sodann wiederum zwischen Regelverstössen und Wahrnehmungsfehlern zu unterscheiden. Verletzen die Spielloffiziellen die ihnen durch die Spielregeln auferlegten Kontrollpflichten, indem sie diese pflichtwidrig nicht oder nur ungenügend wahrnehmen, ist ein solches Verhalten als Regelverstoss zu qualifizieren, auf welchen der Haftungsausschluss keine Anwendung finden kann. Führen die Spielloffiziellen demgegenüber vor dem Spiel diese ihnen durch die Spielregeln auferlegten Kontrollen ordnungsgemäss und nach bestem Wissen und Gewissen durch, übersehen dabei aber unbewusst eine Gefahrenquelle, liegt ein Wahrnehmungsfehler vor, auf welchen der Haftungsausschluss Anwendung findet. Wie bereits erwähnt,<sup>1484</sup> kommt den Spielloffiziellen mangels Vorliegen konkreter Beurteilungskriterien, wann ein Spielfeld oder dessen Umgebung ein reguläres Spiel zulassen oder ein Spiel wegen äusserer Einflüsse zu unterbrechen oder abbrechen ist, im Gegensatz zur Ausrüstungskontrolle bei den Spielern ein weiter Ermessensspielraum zu.<sup>1485</sup>

---

<sup>1480</sup> Siehe vorne, S. 213 f. sowie S. 263 ff.; vgl. auch TÄNNLER, Schiedsrichter, S. 19 sowie SCHÖNTAG, S. 119 m.w.H.

<sup>1481</sup> Siehe vorne, S. 204.

<sup>1482</sup> Siehe vorne, S. 213 f. sowie S. 263 ff.

<sup>1483</sup> Siehe vorne, S. 214 f. sowie S. 263 ff.

<sup>1484</sup> Siehe vorne, S. 206 f.

<sup>1485</sup> Vgl. auch BLOS, S. 313.

Abschliessend kann somit festgehalten werden, dass Schäden im Falle von Verletzungen von Spielern zufolge unterlassener oder ungenügender Ausrüstungs- oder Spielfeldkontrollen durch die Spieloffiziellen lediglich dann nicht von diesem Haftungsausschluss erfasst werden, wenn diese von den Spieloffiziellen im Sinne einer Regelverletzung bewusst pflichtwidrig oder gar nicht durchgeführt worden sind.<sup>1486</sup>

### **3. Haftungsfreistellung**

#### **A) Allgemeines**

Da die Spieloffiziellen unter sehr eingeschränkten Voraussetzungen nicht nur gegenüber dem wettbewerbsveranstaltenden Verband selber, sondern auch gegenüber den Wettbewerbsteilnehmern schadenersatzpflichtig werden können, stellt sich die Frage, ob die Spieloffiziellen in solchen Fällen vom wettbewerbsveranstaltenden Verband eine Haftungsfreistellung verlangen können. Bestand und Umfang eines solchen Freistellungsanspruchs richten sich nach dem zwischen den Parteien bestehenden Vertragsverhältnis.

#### **B) Freistellungsanspruch im Arbeitsverhältnis**

Die Spieloffiziellen als Arbeitnehmer haben im Falle ihrer haftpflichtrechtlichen Inanspruchnahme einen Anspruch gegenüber ihrem Arbeitgeber, durch diesen von geltend gemachten Ansprüchen freigehalten zu werden, soweit sie als Arbeitnehmer nicht nach den Grundsätzen von Art. 321e OR selber für den Schaden aufzukommen haben.<sup>1487</sup> Für den Schaden selber aufzukommen haben die Spieloffiziellen bekanntlich dann, wenn sie einen solchen Schaden bzw. die mit diesem einhergehende Pflichtverletzung bewusst verursacht haben.<sup>1488</sup> Da jedoch eine haftungsrechtliche Inanspruchnahme der Spieloffiziellen durch Dritte ausser im Falle einer pflichtwidrig mangelhaft vorgenommenen oder gänzlich unterlassenen Ausrüstungs- oder Spielfeldkontrolle überhaupt nur bei bewusst erfolgten Schädigungshandlungen oder -unterlassungen möglich ist, kommt dem Freistellungsanspruch zumindest im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses nur eine marginale Bedeutung zu.

#### **C) Freistellungsanspruch im Auftragsverhältnis**

Gemäss Art. 402 Abs. 2 OR haftet der Auftraggeber dem Beauftragten für den aus dem Auftrage erwachsenen Schaden. Dies allerdings gemäss ausdrücklichem Wortlaut dieser Gesetzesbestimmung lediglich dann, wenn der Auftragge-

---

<sup>1486</sup> Vgl. auch BLOS, S. 313.

<sup>1487</sup> STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 321e OR N 5; PORTMANN/RUDOLPH, Art. 321e OR N 24.

<sup>1488</sup> Siehe vorne, S. 218 f. sowie S. 266 f.

ber nicht zu beweisen vermag, dass der Schaden ohne sein Verschulden entstanden ist. Diese Regelung steht im Widerspruch zu derjenigen, welche der Gesetzgeber bei der Geschäftsführung ohne Auftrag gewählt hat.<sup>1489</sup> Um eine Besserstellung des Geschäftsführers ohne Auftrag gegenüber dem Beauftragten zu korrigieren, hat der Auftraggeber gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung dem Beauftragten einen Schaden deshalb auch dann zu ersetzen, wenn ihn an dessen Entstehung kein Verschulden trifft. Dies jedoch explizit nur im Falle eines unentgeltlichen Auftrags.<sup>1490</sup> Im Falle eines entgeltlichen Auftrags erachtet das Bundesgericht demgegenüber eine weniger strenge Haftung des Auftraggebers als gerechtfertigt, da derjenige, welcher ein Geschäft gegen Vergütung übernehme, auch das mit dessen Ausführung verbundene Risiko zu tragen habe.<sup>1491</sup> Etwas anderes gilt lediglich dann, wenn die Eingehung der Gefahr im alleinigen Interesse des Auftraggebers erfolgte. Falls also die Ausführung des Auftrags notwendigerweise mit besonderen, lediglich dem Ausführenden drohenden Risiken verbunden ist, hat der Auftraggeber den dem Beauftragten entstandenen Schaden unabhängig vom Vorliegen eines eigenen Verschuldens als Verwendungsersatz im Sinne von Art. 402 Abs. 1 OR zu ersetzen.<sup>1492</sup>

Damit stellt sich die Frage, ob die Tätigkeit von beauftragten Spielloffiziellen nicht regelmässig gerade mit solchen besonderen, lediglich diesen drohenden Risiken verbunden ist und deshalb der auftraggebende Verband die Spielloffiziellen auch ohne Vorliegen eines eigenen Verschuldens von gegenüber diesen direkt geltend gemachten Schadenersatzansprüchen zu befreien hätte. Während in der deutschen Literatur eine solche Haftungsfreistellung soweit ersichtlich – wenn auch mit einer anderen dogmatischen Begründung<sup>1493</sup> – bejaht wird, ist

---

<sup>1489</sup> Gemäss Art. 422 Abs. 1 OR hat der Geschäftsherr dem Geschäftsführer nach richterlichem Ermessen Ersatz zu leisten. Eine Verletzung vertraglicher Pflichten kommt dabei im Rahmen der Geschäftsführung ohne Auftrag mangels Vorliegen eines Vertragsverhältnisses zum Vorneherein nicht infrage (vgl. FELLMANN, Art. 402 OR N 139 m.w.H.).

<sup>1490</sup> FELLMANN, Art. 402 OR, N 140 m.w.H.; HUGUENIN, Nr. 3290; HONSELL, S. 335 f. m.w.H.; WEBER, Basler Kommentar, Art. 402 OR N 14 m.w.H. A.M. WERRO, mandat, Nr. 692, wonach die strenge Regelung von Art. 402 Abs. 2 OR ausschliesslich auf den unentgeltlichen Auftrag Anwendung finden soll, während für den entgeltlichen Auftrag Art. 328 OR analog anzuwenden sei.

<sup>1491</sup> FELLMANN, Art. 402 OR N 141 m.w.H. Demgegenüber vertritt WERRO, mandat, Nr. 684 ff. die Meinung, im Falle eines entgeltlichen Auftrags sei nicht die Regelung von Art. 402 Abs. 2 OR anzuwenden, vielmehr sei diejenige des Arbeitsrechts aus Art. 328 OR analog heranzuziehen.

<sup>1492</sup> FELLMANN, Art. 402 OR N 147 m.w.H.

<sup>1493</sup> So wird der Anspruch auf Haftungsfreistellung insbesondere damit begründet, aufgrund des durch die Spielloffiziellen mit der Übernahme einer Spielleitung eingegangenen Risikos müssten die arbeitsrechtlichen Grundsätze zum Haftungsausgleich auch im Auftrags- bzw. Geschäftsbesorgungsverhältnis herangezogen wer-

zumindest nach schweizerischem Recht ein solcher Freistellungsanspruch im Rahmen eines wie in casu vorliegenden, entgeltlichen Auftragsverhältnisses abzulehnen. Im Gegensatz zum Arbeitnehmer, welcher seine Tätigkeit weisungsgebunden auszuführen hat, geht der entgeltlich Beauftragte ein solches Mandat in aller Regel aus Verdienstinteresse ein. Anders als der Arbeitnehmer ist er abgesehen von allfälligen Vorschriften des Auftraggebers nach Art. 397 OR in der Ausführung des Auftrags und damit in der Vertragserfüllung an keine Weisungen gebunden.<sup>1494</sup> Konsequenterweise hat er demgegenüber jedoch auch das mit der Ausübung des Auftrags verbundene Risiko selber zu tragen. Dies selbst dann, wenn er seine Aufgabe vertragsgemäss und sorgfältig erfüllt.<sup>1495</sup> Etwas anderes kann demnach auch für einen beauftragten Spielloffiziellen nicht gelten.

Zu beachten ist in diesem Zusammenhang noch, dass ein allfälliger Schadenersatzanspruch des Beauftragten gegenüber seinem Auftraggeber sowieso nur im Falle fehlenden Verschuldens des Beauftragten zum Thema werden könnte. Dies bedeutet, dass der Beauftragte seinen Pflichten aus dem Auftragsverhältnis bis zum Schadenseintritt vertrags- und weisungsgemäss nachgekommen sein muss.<sup>1496</sup> Selbst wenn man also analog zur Meinung in der deutschen Literatur entgegen der hier vertretenen Ansicht einen Freistellungsanspruch der Spielloffiziellen gegenüber ihrem auftraggebenden Verband auch im Anwendungsbereich des schweizerischen Auftragsrechts ohne Vorliegen eines eigenen Verschuldens annehmen wollte, würde die Durchsetzung eines solchen Anspruchs letztlich am seitens der Spielloffiziellen vorliegenden, diesen gegenüber eine Geltendmachung direkter Haftungsansprüche überhaupt erst ermöglichenden Verschulden scheitern.

#### 4. Zusammenfassung

Für die untersuchten Fallgruppen kommt dem in Regel 5 der IFAB-Spielregeln enthaltenen Haftungsausschluss lediglich im Falle der Verletzung von Spielern zufolge unterlassener oder ungenügender Ausrüstungs- oder Spielfeldkontrollen eine praktische Bedeutung zu. Nehmen die Spielloffiziellen diese Kontrollpflichten pflichtwidrig nicht oder nur ungenügend vor, ist ein solches Verhalten nicht durch den Haftungsausschluss gedeckt. Dieser kann lediglich dann zur Anwendung kommen und eine grundsätzlich bestehende zivilrechtliche Haftung der Spielloffiziellen ausschliessen, wenn diese die ihnen durch die IFAB-Spielregeln

---

den, um einen angemessenen Risikoausgleich zwischen den Vertragspartnern zu gewährleisten (vgl. KUHN, S. 140; HEERMANN, Haftung, Nr. 544; DERSELBE, Fehlverhalten, S. 65; PFISTER, S. 80 f.).

<sup>1494</sup> Vgl. anstelle vieler HONSELL, S. 323 sowie HUGUENIN, Nr. 3237.

<sup>1495</sup> Vgl. auch FELLMANN, Art. 402 OR N 152 m.w.H.

<sup>1496</sup> FELLMANN, Art. 402 OR N 166 m.w.H.; WERRO, mandat, Nr. 688 m.w.H.



auferlegten Kontrollpflichten hinsichtlich Spielfeld sowie Ausrüstung der Spieler ordnungsgemäss nach bestem Wissen und Gewissen durchführen, dabei jedoch unbewusst eine Gefahrenquelle übersehen.

Auch die sich aus dem zwischen den Spieloffiziellen und dem wettbewerbsveranstaltenden Verband bestehenden Rechtsverhältnis allenfalls aus Arbeitsvertrags- oder Auftragsrecht ableitbaren Freistellungsansprüche der Spieloffiziellen dem Verband gegenüber spielen praktisch keine Rolle. Während für eine Anwendbarkeit des Freistellungsanspruchs aus Auftrag zum Vorneherein keine konkrete Anwendungsmöglichkeit besteht, kann derjenige aus Arbeitsvertrag lediglich in demjenigen Ausnahmefall allenfalls praktische Anwendung finden, in welchem die Spieloffiziellen zwar die ihnen vor Spielbeginn obliegende Ausrüstungs- oder Spielfeldkontrolle pflichtwidrig mangelhaft vorgenommen haben und sich diese Gefahr in der Folge verwirklicht, diese Unterlassung jedoch weder grobfahrlässig noch absichtlich erfolgte.

## IV. Haftung von Verbänden und Club für das Verhalten der Spielfunkziellen

Ohne an dieser Stelle näher auf die Qualifikation des zwischen dem jeweils wettbewerbsveranstaltenden Verbands und den an diesem Wettbewerb teilnehmenden Clubs oder Nationalverbänden einzugehen, steht ausser Frage, dass ein solches unmittelbares Vertragsverhältnis, welches letztlich auf einem mitgliedschaftlichen Verhältnis beruht, besteht.<sup>1497</sup> Demgegenüber dürfte zwischen den einzelnen Spielern der Clubs oder Nationalverbände und dem jeweils wettbewerbsveranstaltenden Verband in aller Regel kein direktes Vertragsverhältnis, sondern lediglich ein mittelbares mitgliedschaftliches Verhältnis bestehen.<sup>1498</sup> Der wettbewerbsveranstaltende Verband überträgt die Spielleitung und damit partiell auch die Erfüllung seiner Vertragspflichten gegenüber den Wettbewerbsteilnehmern an die Spielfunkziellen, welche entweder im Rahmen eines Arbeitsvertrags oder eines Auftrags für diesen tätig werden.<sup>1499</sup> Da die Spielfunkziellen nicht als Organ des Verbands tätig werden und damit eine Haftung nach Art. 55 Abs. 2 ZGB zum Vorneherein nicht infrage kommt, hängt das Bestehen von Schadenersatzansprüchen der Wettbewerbsteilnehmer gegenüber dem Verband davon ab, ob die Spielfunkziellen als Hilfspersonen des Verbands im Sinne von Art. 55 Abs. 1 bzw. Art. 101 Abs. 1 OR tätig werden und ihr Verschulden dem Verband entsprechend – im Falle der am vom Verband veranstalteten Wettbewerb teilnehmenden Clubs oder Nationalverbände über Art. 101 Abs. 1 OR, im Falle der Spieler dieser Clubs oder Nationalverbände über Art. 55 Abs. 1 OR – zugerechnet werden kann.<sup>1500</sup> Fraglich ist in diesem Zusammenhang überdies, ob allenfalls auch der Club, für welchen ein Spielfunkzieller gemeldet ist, für dessen schädigende Handlungen einzustehen hat.

---

<sup>1497</sup> Vgl. auch KUHN, S. 113; HAAS/MARTENS, S. 197; EUFE, S. 12.

<sup>1498</sup> Siehe vorne, S. 38.

<sup>1499</sup> Siehe vorne, S. 140 f.

<sup>1500</sup> Vgl. auch KUHN, S. 115; WYLER, S. 179; HEERMANN, Fehlverhalten, S. 52 f. m.w.H.; DERSELBE, Schiedsrichter, S. 6; FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, 3. Teil N 76.

## **1. Die Spieloffiziellen als Hilfspersonen des Verbands im Sinne von Art. 101 Abs. 1 OR**

### **A) Haftungsanwendung unabhängig von der Qualifikation des Schuldverhältnisses**

Gemäss Art. 101 Abs. 1 OR hat derjenige, welcher die Erfüllung einer Schuldspflicht durch eine Hilfsperson wie beispielsweise Arbeitnehmer vornehmen lässt, dem andern den Schaden zu ersetzen, den die Hilfsperson in der Ausübung ihrer Verrichtung verursacht hat. Damit stellt sich zunächst die Frage, ob neben den vom wettbewerbsveranstaltenden Verband als Arbeitnehmer eingesetzten Spieloffiziellen auch diejenigen als Hilfspersonen im Sinne dieser Gesetzesbestimmung gelten, welche als Beauftragte eingesetzt werden.

EUFE vertritt in diesem Zusammenhang die Meinung, die Spieloffiziellen seien diesfalls nicht als Hilfspersonen, sondern vielmehr als Substituenten zu qualifizieren.<sup>1501</sup> Der Substituent sei im Gegensatz zur Hilfsperson bei der Ausübung seiner Tätigkeit selber nicht uneingeschränkt an die Weisungen des Auftraggebers gebunden und damit dem Kontrollbereich des Geschäftsherrn entzogen. In diesem Sinne könne der wettbewerbsveranstaltende Verband auf die Entscheidungen der Spieloffiziellen im Spielverlauf nicht einwirken, auch wenn das Handeln der Spieloffiziellen durch die geltenden Spielregeln in den Grundzügen festgelegt sei. Entsprechend erscheine es unbillig, dem Verband eine Haftung für einen ausserhalb seiner Kontrolle stehenden Bereich aufzubürden, weshalb im Falle eines vom Verband beauftragten Spieloffiziellen die Hilfspersonenhaftung nicht zur Anwendung gelangen solle.<sup>1502</sup>

Würde es sich bei den beauftragten Spieloffiziellen tatsächlich um vom wettbewerbsveranstaltenden Verband eingesetzte Substituenten und nicht um dessen Hilfspersonen handeln, würde eine Haftung des Verbands auch nach schweizerischem Recht nur für die gehörige Sorgfalt bei der Auswahl und Instruktion der Spieloffiziellen bestehen.<sup>1503</sup> Für das Auftragsrecht besteht somit grundsätzlich die Notwendigkeit, zwischen Hilfspersonen des Beauftragten und dessen Substituenten zu unterscheiden, da sich deren Haftung entweder aus Art. 101 Abs. 1 oder Art. 399 Abs. 2 OR ergibt.<sup>1504</sup> In Lehre und Rechtsprechung stehen bei dieser Abgrenzung die Kriterien der Selbständigkeit bei der Verrichtung der Aufgabe sowie der Interessenlage im Zentrum. In aller Kürze kann hierzu festgehalten werden, dass im Auftragsrecht im Falle einer befugten Übertragung der

---

<sup>1501</sup> EUFE, S. 13 f.

<sup>1502</sup> Vgl. zum Ganzen EUFE, S. 13 f.

<sup>1503</sup> Vgl. Art. 399 Abs. 2 OR.

<sup>1504</sup> Vgl. auch GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 3059.

Erfüllung eines Auftrags auf einen Dritten zur selbständigen Erledigung im Interesse des Auftraggebers von einer Substitution auszugehen ist.<sup>1505</sup>

Im Falle der zwischen dem wettbewerbsveranstaltenden Verband und den Spielloffiziellen bestehenden Auftragsverhältnisse scheidet jedoch die Möglichkeit, dass es sich bei den Spielloffiziellen um Substituenten des Verbands anstelle von Hilfspersonen handeln könnte, zum Vorneherein aus. Damit eine solche Substitution überhaupt infrage kommen könnte, müsste es sich bei diesem Auftragsverhältnis seinerseits um eine befugte Geschäftsübertragung des Beauftragten (also des wettbewerbsveranstaltenden Verbands) auf Dritte (die Spielloffiziellen) im Sinne von Art. 399 Abs. 2 OR handeln.<sup>1506</sup> Eine solche liegt indes klarerweise nicht vor, vielmehr ist es so, dass das Auftragsverhältnis zwischen dem wettbewerbsveranstaltenden Verband als Auftraggeber und den Spielloffiziellen als Beauftragten besteht. Eine Verpflichtung des Verbands zur Durchführung eines bestimmten Wettbewerbs ergibt sich regelmässig einzig aus dessen Statuten oder Reglementen und damit letztlich aus einem mitgliedschaftlichen Verhältnis. Ein Auftragsverhältnis, beispielsweise mit den an einem Wettbewerb teilnehmenden Clubs, welches den wettbewerbsveranstaltenden Verband zur Organisation dieses Wettkampfs und damit zur Übertragung der Aufgabe der Spielleitung an die Spielloffiziellen gegenüber den teilnehmenden Clubs verpflichten würde, besteht demgegenüber regelmässig nicht.<sup>1507</sup>

Obwohl das Gesetz in Art. 101 Abs. 1 OR lediglich die Arbeitnehmer sowie die Hausgenossen explizit als Hilfspersonen nennt, spielt die juristische Qualifikation der Beziehung zwischen Schuldner und Hilfsperson für die Rechtsfolge dieser Bestimmung keine Rolle. Insbesondere ist es für die Annahme einer Haftung des Schuldners für die Handlung von dessen Hilfsperson unerheblich, ob Letztere zum Schuldner in einem Subordinationsverhältnis steht oder nicht. Daran vermag insbesondere auch der Umstand nicht zu ändern, dass die Spielloffiziellen in der Erfüllung ihrer Aufgabe eine relativ unabhängige Stellung einnehmen.<sup>1508</sup> Entscheidend ist einzig, dass der Schuldner die Hilfsperson bewusst zur Mitwirkung bei der Erfüllung der Schuldpflicht einsetzt,<sup>1509</sup> was bei einem vorliegenden Vertragsverhältnis etwelcher Art ausser Frage stehen dürfte. Der wettbewerbsveranstaltende Verband kann somit für die von ihm im Rahmen sowohl eines Arbeits- als auch eines Auftragsverhältnisses eingesetzten Spiellof-

<sup>1505</sup> Ausführlich hierzu GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 3061 f. m.w.H.; SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 23.06 m.w.H.; WEBER, Berner Kommentar, Art. 101 OR N 62 ff. m.w.H.

<sup>1506</sup> Vgl. auch WEBER, Berner Kommentar, Art. 101 OR N 60 m.w.H.

<sup>1507</sup> A.M. offenbar EUFE, S. 13.

<sup>1508</sup> Vgl. auch KUHN, S. 115.

<sup>1509</sup> GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 3027 f. m.w.H.; WIEGAND, Art. 101 OR N 7 m.w.H.; SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 23.04.; WEBER, Berner Kommentar, Art. 101 OR N 74 f. m.w.H.; HAAS/MARTENS, S. 197.

fiziellen grundsätzlich im Rahmen der Hilfspersonenhaftung von Art. 101 Abs. 1 OR belangt werden, sofern die weiteren Haftungsvoraussetzungen vorliegen.

## **B) Verrichtung einer Schuldpflicht**

Gemäss Art. 101 Abs. 1 OR hat der Geschäftsherr die Hilfsperson zur Erfüllung einer Schuldpflicht oder der Ausübung eines Rechts aus einem Schuldverhältnis beizuziehen. Die Hilfsperson wird deshalb auch oft als Erfüllungsgehilfen bezeichnet.<sup>1510</sup> Der Rechtsgrund einer solchen Schuldpflicht ist für die Haftungsbegründung unerheblich. Entscheidend ist vielmehr, dass der Geschäftsherr nur im Rahmen eines bestehenden Schuldverhältnisses haftet, nicht jedoch im ausservertraglichen Bereich.<sup>1511</sup>

Wie bereits erwähnt, besteht zwischen dem wettbewerbsveranstaltenden Verband und den jeweiligen Wettbewerbsteilnehmern regelmässig ein mitgliederschaftliches Verhältnis.<sup>1512</sup> Aus diesem mitgliederschaftlichen Verhältnis wird der Verband letztlich auch verpflichtet, den regelgerechten Wettkampfbetrieb sicherzustellen.<sup>1513</sup> Indem die Spieloffiziellen in Erfüllung dieser dem Verband gegenüber den Wettbewerbsteilnehmern bestehenden Verbindlichkeit zur ordnungsgemässen Wettkampfleitung tätig werden,<sup>1514</sup> werden sie letztlich vom Verband zur Erfüllung einer Schuldpflicht beigezogen. Mangels Vorliegen eines Vertragsverhältnisses zwischen dem wettbewerbsveranstaltenden Verband und den einzelnen hierbei von den Wettbewerbsteilnehmern eingesetzten Spielern fehlt es demgegenüber bei von Spielern selbständig gegen den Verband geltend gemachten Schadenersatzansprüchen bereits am Bestand einer solchen Schuldpflicht, weshalb sich eine Haftung des Verbands in diesen Fällen nicht aus Art. 101 Abs. 1, sondern allenfalls aus 55 Abs. 1 OR ergeben kann.<sup>1515</sup>

## **C) Funktioneller Zusammenhang**

Den Tatbestand von Art. 101 Abs. 1 OR erfüllen nur Schädigungen, welche von der Hilfsperson in Erfüllung der Schuldpflicht oder in Ausübung eines Rechts aus dem Schuldverhältnis dem Gläubiger verursacht werden. Erforderlich ist

---

<sup>1510</sup> GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 3030; WEBER, Berner Kommentar, Art. 101 OR N 5; SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 23.02; WIEGAND, Art. 101 OR N 6.

<sup>1511</sup> WIEGAND, Art. 101 OR N 5. Vgl. auch GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 3030 f. sowie SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 23.07 f.

<sup>1512</sup> Siehe vorne, S. 281.

<sup>1513</sup> Vgl. auch KUHN, S. 114. So wird beispielsweise in Art. 17 Abs. 5 SFV-Statuten die Verpflichtung der Abteilungen und Regionalverbände des SFV festgehalten, eigene Meisterschafts- und Cupbetriebe zu organisieren und zu überwachen.

<sup>1514</sup> Vgl. auch KUHN, S. 115; HEERMANN, Fehlverhalten, S. 65; SÖGÜT, S. 126 f.

<sup>1515</sup> Siehe hierzu hinten, S. 287 ff.

deshalb ein funktioneller Zusammenhang dergestalt, wonach die schädigende Handlung der Hilfsperson zugleich eine Nicht- der Schlechterfüllung der Schuldpflicht des Geschäftsherrn aus seiner Verpflichtung gegenüber dem Geschädigten darstellt. Umstritten ist sodann, ob der Geschäftsherr auch für Handlungen der Hilfsperson einzustehen hat, welche dieser lediglich bei Gelegenheit der Verrichtung verübt, wobei dies soweit ersichtlich insbesondere in der neuen Lehre bejaht wird.<sup>1516</sup> Somit wird der Geschäftsherr selbst im Falle vorsätzlicher Schädigungshandlungen der Hilfsperson haftbar, falls das Vertragsverhältnis eine solche Handlung ermöglicht hat.<sup>1517</sup>

Gegenüber den Wettbewerbsteilnehmern sind nach der neueren, eine extensive Anwendung des funktionellen Zusammenhangs befürwortenden Lehre damit grundsätzlich Schädigungen durch Spielloffizielle nach sämtlichen hier behandelten Fallgruppen<sup>1518</sup> als in Erfüllung der Schuldpflicht im Sinne von Art. 101 Abs. 1 OR verursacht zu qualifizieren. Eine Einschränkung dieser Haftung ergibt sich indes aus den nachfolgenden Ausführungen zum Verschulden.<sup>1519</sup>

#### **D) Verschulden: hypothetische Vorwerfbarkeit**

Im Rahmen des Verschuldens wird für die Zurechnung des Verhaltens einer Hilfsperson an den Geschäftsherrn nach herrschender Auffassung verlangt, dass die Handlung der Hilfsperson auch dem Schuldner vorzuwerfen wäre, falls er diese selbst vorgenommen hätte.<sup>1520</sup> Für diejenigen Fälle, in welchen der Geschäftsherr eine Hilfsperson einsetzt, welche über ein höheres Mass an Sachkunde als der Geschäftsherr selber verfügt, bedeutet dies, dass eine Verschuldenszurechnung grundsätzlich selbst dann entfallen würde, falls die Hilfsperson aufgrund ihrer weiter gehenden Qualifikation ein Verschulden treffen würde. Falls sich jedoch aus dem Rechtsverhältnis zwischen dem Gläubiger und dem Schuldner ergibt, dass durch den Schuldner eine Fachperson beizuziehen ist, hat der Schuldner für diejenige Sorgfalt einzustehen, welche die Fachperson zu

---

<sup>1516</sup> Vgl. WEBER, Berner Kommentar, Art. 101 OR N 117 ff.; SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 23.09. A.M. GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 3034 ff., relativierend jedoch in Nr. 3037.

<sup>1517</sup> SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 23.09; WEBER, Berner Kommentar, Art. 101 OR N 124 m.w.H.

<sup>1518</sup> Siehe vorne, S. 197 f.

<sup>1519</sup> A.M. HEERMANN (DERSELBE, Schiedsrichter, S. 8, DERSELBE, Haftung, Nr. 545, sowie DERSELBE, Fehlverhalten, S. 66 f.), wonach eine Haftung des Verbands für schuldhaftes Verhalten der Spielloffiziellen nur bei Gelegenheit der Schuldpflichterfüllung nicht bestehen soll.

<sup>1520</sup> GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 3039 m.w.H.; SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 23.10. m.w.H.; WEBER, Berner Kommentar, Art. 101 OR N 133 m.w.H.; WIEGAND, Art. 101 OR N 13 m.w.H.

erbringen imstande ist.<sup>1521</sup> Als Referenzmassstab hat somit in solchen Fällen diejenige Sorgfalt zu gelten, welche nach dem Vertrauensprinzip für jede einzelne Teilverrichtung als versprochen angesehen werden darf, was in aller Regel die objektiv verstandene Sorgfalt einer tauglichen Hilfsperson sein dürfte. Dies bedeutet im Ergebnis, dass der Geschäftsherr bei dieser Fallkonstellation für das Verschulden der Hilfsperson haftet.<sup>1522</sup>

Es steht ausser Frage, dass der wettbewerbsveranstaltende Verband mit der Übertragung der Spielleitungen auf die Spielloffiziellen im vorstehend erläuterten Sinn regelmässig Fachpersonen zur partiellen Erfüllung seiner Verpflichtung zwecks Sicherstellung des regelgerechten Wettkampfablaufs beizieht. Dies schon alleine deshalb, weil die Nationalverbände gemäss den entsprechenden Vorgaben der internationalen Verbände für die Aus- und insbesondere regelmässige Weiterbildung, die Qualifikation sowie letztlich auch die Auswahl und den Einsatz der Spielloffiziellen verantwortlich sind.<sup>1523</sup> In diesem Sinne kann ein Verschulden bzw. eine Sorgfaltspflichtverletzung nur dann dem Verband zugerechnet werden, wenn eine solche auch bei den Spielloffiziellen als Hilfspersonen vorliegt.<sup>1524</sup> Dies führt im Ergebnis dazu, dass wie die Haftung der Spielloffiziellen dem Verband gegenüber<sup>1525</sup> auch diejenige des Verbands gegenüber den am von ihm veranstalteten Wettbewerb teilnehmenden Clubs oder Nationalverbänden für Schädigungshandlungen von Spielloffiziellen aufgrund unbewusst erfolgter Pflichtverletzungen grundsätzlich ausgeschlossen sein muss.<sup>1526</sup> Etwas anderes gilt lediglich im Falle von Verletzungen der den Spielloffiziellen vor Spielbeginn obliegenden Ausrüstungs- und Spielfeldkontrollen, für welche eine Haftung der Spielloffiziellen selber gegenüber dem Verband und somit auch des Verbands gegenüber den am von ihm veranstalteten Wettbewerb teilnehmenden Clubs oder Nationalverbänden für jegliches Verschulden anzunehmen ist.<sup>1527</sup>

## E) Vorliegen der übrigen Haftungsvoraussetzungen

Die Bestimmung von Art. 101 Abs. 1 OR bildet nach überwiegender Ansicht keine eigene Anspruchsgrundlage für Schadenersatz, sondern stellt lediglich

<sup>1521</sup> WEBER, Berner Kommentar, Art. 101 OR N 141 m.w.H.; SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 23.11 m.w.H.; GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 3044 m.w.H.; WIEGAND, Art. 101 OR N 14 m.w.H.

<sup>1522</sup> GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 3048; SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 23.11a. Vgl. hierzu im Übrigen auch § 278 BGB.

<sup>1523</sup> Vgl. auch Art. 3 und 5 UEFA-Konvention sowie Art. 5 lit. c und Art. 17 lit. a FIFA SR-Reglement.

<sup>1524</sup> Vgl. auch KUHN, S. 116.

<sup>1525</sup> Siehe hierzu vorne, S. 213 f.

<sup>1526</sup> Vgl. auch KUHN, S. 116 sowie EUFE, S. 12.

<sup>1527</sup> Siehe hierzu vorne, S. 214 f.

eine Zurechnungsnorm für das Verhalten eines Dritten dar.<sup>1528</sup> Damit eine Haftung des Geschäftsherrn, im vorliegenden Fall des wettbewerbsveranstaltenden Verbands, für das schuldhafte Verhalten der von diesem eingesetzten Spielloffiziellen effektiv entsteht, müssen somit auch noch die weiteren Tatbestandsvoraussetzungen der vertraglichen Haftung, insbesondere ein Schaden sowie ein Kausalzusammenhang, vorliegen.<sup>1529</sup> Hinsichtlich des Vorliegens eines Schadens kann auf die entsprechenden Ausführungen zur vertraglichen Haftung der Spielloffiziellen gegenüber dem Verband hingewiesen werden.<sup>1530</sup> Hinsichtlich des Kausalzusammenhangs ist auch im Rahmen der Hilfspersonenhaftung darauf hinzuweisen, dass sich auch der Verband wie die Spielloffiziellen auf den Grundsatz des rechtmässigen Alternativverhaltens<sup>1531</sup> berufen kann. Wenn demnach die Verletzung eines Spielers im Allgemeinen nicht als kausale Folge eines regeltechnisch und/oder disziplinarisch durch die Spielloffiziellen nicht geahndeten Foulspiels bewertet wird und eine Haftung der Spielloffiziellen folglich entfällt, muss dies entsprechend auch für die Haftung des Verbands zufolge diesem zugerechneten Verhaltens der Spielloffiziellen gelten.<sup>1532</sup>

## **2. Die Spielloffiziellen als Hilfspersonen des Verbands im Sinne von Art. 55 Abs. 1 OR**

### **A) Allgemeines zur Geschäftsherrenhaftung**

Für den ausservertraglichen Bereich statuiert Art. 55 Abs. 1 OR eine Haftpflicht des Geschäftsherrn für den Schaden, welcher seine Hilfsperson in Ausübung ihrer dienstlichen oder geschäftlichen Verrichtung verursacht hat. Der Geschäftsherr kann sich dabei durch den Nachweis gehöriger Sorgfalt von der Haftpflicht befreien. Auch bei der Geschäftsherrenhaftung nach Art. 55 Abs. 1 OR müssen neben deren spezifischen Voraussetzungen die allgemeinen Haftungsvoraussetzungen vorliegen, d.h. ein Schaden, die Widerrechtlichkeit der Schädigung sowie ein natürlicher und adäquater Kausalzusammenhang zwischen dem Schaden und der Verhaltensweise der Hilfsperson.<sup>1533</sup> Für die Ausführungen zum Schaden sowie zum Kausalzusammenhang bzw. zur möglichen

---

<sup>1528</sup> SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 23.02; WIEGAND, Art. 101 OR N 2 m.w.H.; WEBER, Berner Kommentar, Art. 101 OR N 4 m.w.H. A.M. GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 3070 f. Demgegenüber bildet die Regelung von Art. 55 Abs. 1 OR im ausservertraglichen Bereich eine eigene Anspruchsgrundlage für die Haftung des Geschäftsherrn (vgl. SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 23.12).

<sup>1529</sup> Vgl. auch HEERMANN, Haftung, Nr. 545 sowie DERSELBE, Fehlverhalten, S. 67.

<sup>1530</sup> Siehe vorne, S. 202 f.

<sup>1531</sup> Siehe hierzu vorne, S. 217.

<sup>1532</sup> Vgl. auch KUHN, S. 116.

<sup>1533</sup> REY, Nr. 902 m.w.H.; SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 23.14; KESSLER, Art. 55 OR N 6 m.w.H.



Berufung der Spielloffiziellen auf rechtmässiges Alternativverhalten kann deshalb an dieser Stelle auf die entsprechenden Ausführungen im Rahmen der Abhandlung zur ausservertraglichen Haftung der Spielloffiziellen verwiesen werden.<sup>1534</sup>

## **B) Verhältnis zwischen Geschäftsherrn und Hilfsperson**

Geschäftsherr im Sinne von Art. 55 Abs. 1 OR ist, wer eine Geschäftsbesorgung durch eine Hilfsperson ausführen lässt, welche zu ihm in einem Subordinationsverhältnis steht. Das Vorliegen eines solchen Subordinationsverhältnisses ist deshalb erforderlich, weil eine Sorgfaltspflicht des Geschäftsherrn bezüglich Auswahl, Instruktion und Überwachung besteht.<sup>1535</sup> Eine solche wiederum ist lediglich dann sinnvoll, wenn die Hilfsperson tatsächlich verpflichtet ist, die Weisungen des Geschäftsherrn zu befolgen.<sup>1536</sup> Die rechtliche Qualifikation des zwischen dem Geschäftsherrn und seiner Hilfsperson bestehenden Verhältnisses ist zur Bestimmung der Frage, ob zwischen diesen effektiv ein Subordinationsverhältnis vorliegt, nicht massgebend.<sup>1537</sup> Entscheidend ist vielmehr die tatsächliche Befugnis zur Erteilung von Weisungen und zur Ausübung der Aufsicht.<sup>1538</sup> Im Falle eines zwischen den Parteien bestehenden Arbeitsverhältnisses liegt ein solches Subordinationsverhältnis indes bereits von Gesetzes wegen vor.<sup>1539</sup> Demgegenüber fehlt es regelmässig an einem Subordinationsverhältnis, wenn die Hilfsperson in der Verrichtung ihrer Tätigkeit selbständig ist und eigenen Entscheidungsspielraum besitzt, selbst wenn sie im Einzelfall nach Weisungen des Geschäftsherrn handelt.<sup>1540</sup>

Soweit zwischen dem wettbewerbsveranstaltenden Verband und den von diesem eingesetzten Spielloffiziellen ein Arbeitsverhältnis besteht, ist somit ohne Weiteres vom Vorliegen eines Subordinationsverhältnisses von Gesetzes wegen auszugehen. Eine genauere Analyse der Weisungs- und Aufsichtsbefugnis durch den Verband erübrigt sich in diesen Fällen. Etwas anderes gilt jedoch für diejenigen Fälle, in welchen das zwischen dem Verband und den Spielloffiziellen bestehende Vertragsverhältnis als Auftrag zu qualifizieren ist.

Die in einem Auftragsverhältnis für den Verband tätigen Spielloffiziellen sind unter anderem hinsichtlich ihres Einsatzortes, ihrer Bindung an die Spielregeln

<sup>1534</sup> Siehe vorne, S. 216 ff.

<sup>1535</sup> Siehe hierzu hinten, S. 291.

<sup>1536</sup> Vgl. zum Ganzen REY, Nr. 903 m.w.H.; SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 23.15 m.w.H.; KESSLER, Art. 55 OR N 7 m.w.H.

<sup>1537</sup> REY, Nr. 904; SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 23.16; KESSLER, Art. 55 OR N 8; FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 757 m.w.H.

<sup>1538</sup> SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 23.16.

<sup>1539</sup> KESSLER, Art. 55 OR, N 7 m.w.H.; FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 757 m.w.H.

<sup>1540</sup> SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 23.16.

sowie sämtlicher weiterer Reglemente und Weisungen des jeweiligen Verbands diesem gegenüber weisungsgebunden.<sup>1541</sup> Zumindest teilweise wird in der Lehre für professionelle Sportler jedoch die Meinung vertreten, diese stünden zwar grundsätzlich sehr wohl in einem Subordinationsverhältnis zu deren Club, während eines Spiels fehle es indes an diesem Subordinationsverhältnis, da weder der Veranstalter noch der Club eine praktische Eingriffsmöglichkeit bei einer allfälligen Schadensverursachung durch die Sportler hätten.<sup>1542</sup> Diese Ansicht ist indes generell und für die Spielloffiziellen im Besonderen abzulehnen. Zwar räumen die IFAB-Spielregeln den Spielloffiziellen bekanntlich eine uneingeschränkte Befugnis zur Durchsetzung der Spielregeln ein.<sup>1543</sup> Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, erweist sich diese Befugnis bei näherer Betrachtung indes bei Weitem nicht so uneingeschränkt, wie aufgrund des Wortlauts der IFAB-Spielregeln vermutet werden könnte. Neben diesen selber enthalten auch die von den Schiedsrichterkommissionen der einzelnen Verbände vor Beginn einer neuen Saison regelmässig zuhanden der Spielloffiziellen erlassenen Weisungen verbindliche Anordnungen, wie die IFAB-Spielregeln möglichst einheitlich auszulegen und umzusetzen sind.<sup>1544</sup> Der den Spielloffiziellen hierbei noch verbleibende Entscheidungsspielraum geht somit regelmässig nie so weit, dass sie lediglich in Einzelfällen Weisungen des Verbands als Geschäftsherr zu befolgen hätten. Die Situation der im professionellen Fussballsport eingesetzten Spielloffiziellen ist somit nicht vergleichbar mit derjenigen von beauftragten Anwälten, Architekten oder Bauunternehmern, welche selbständig tätig werden, einen umfassenden eigenen Entscheidungsspielraum hinsichtlich der Ausführung ihrer Tätigkeit haben und lediglich im Einzelfall nach Weisungen des Auftraggebers zu handeln haben.<sup>1545</sup> Die mit der Leitung von internationalen Spielen beauftragten Spielloffiziellen stehen somit im Sinne von Art. 55 Abs. 1 OR mit dem jeweils auftraggebenden Verband in einem Subordinationsverhältnis. Von einer selbständigen Verrichtung einer Tätigkeit der Spielloffiziellen sowie einem ihnen dabei zukommenden, umfassenden eigenen Entscheidungsspielraum kann mithin keine Rede sein.<sup>1546</sup> Hieran vermag auch der Umstand nichts

---

<sup>1541</sup> HEERMANN, Haftung, Nr. 547; DERSELBE, Schiedsrichter, S. 11; vgl. ausführlich hierzu auch vorne, S. 136 f.

<sup>1542</sup> Vgl. BREHM, Art. 55 OR N 8 m.w.H.

<sup>1543</sup> Vgl. Regel 5 der IFAB-Spielregeln.

<sup>1544</sup> Siehe vorne, S. 114 ff.

<sup>1545</sup> Vgl. auch SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 23.16 sowie BREHM, Art. 55 OR N 10 m.w.H.; KESSLER, Art. 55 OR N 10 m.w.H.

<sup>1546</sup> A.M. offenbar ZEN-RUFFINEN, Nr. 1149 sowie FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 758, welche das Vorliegen eines Subordinationsverhältnisses im Sinne von Art. 55 Abs. 1 OR im Fall eines einfachen Auftrags offenbar generell ablehnen.

zu ändern, dass eine praktische Einflussmöglichkeit des auftraggebenden Verbands während des von den Spieloffiziellen geleiteten Spiels nicht besteht.<sup>1547</sup>

### C) Funktioneller Zusammenhang

Wie im Falle der Hilfspersonenhaftung von Art. 101 Abs. 1 OR verlangt auch eine Haftung nach Art. 55 Abs. 1 OR eine durch die Hilfsperson herbeigeführte Schädigung in Ausübung deren dienstlicher oder geschäftlicher Verrichtung. Auch hier ist somit ein funktioneller Zusammenhang zwischen Schadenszufügung und geschäftlicher Verrichtung erforderlich.<sup>1548</sup> Anders als im Falle der Hilfspersonenhaftung nach Art. 101 Abs. 1 OR geht die überwiegende Lehre im Rahmen der Geschäftsherrenhaftung von Art. 55 Abs. 1 OR vom Fehlen eines funktionellen Zusammenhangs aus, falls die Hilfsperson die Schädigung lediglich bei Gelegenheit der Verrichtung verübt hat. Ein bloss örtlicher und zeitlicher Zusammenhang mit der geschäftlichen Verrichtung reicht demnach für eine Haftungsbegründung nicht aus. Der Geschäftsherr soll vielmehr lediglich dann und insoweit haften, als die Hilfsperson für ihn im Rahmen der ihm aufgetragenen Verrichtung tätig wird.<sup>1549</sup> Ein derart bestehender funktioneller Zusammenhang fällt auch dann nicht mehr dahin, wenn die Hilfsperson Weisungen des Geschäftsherrn zuwiderhandelt, Kompetenzen überschreitet oder gar vorsätzlich Schädigungen herbeiführt.<sup>1550</sup>

Bei sämtlichen im Rahmen der vorliegenden Arbeit behandelten Fallgruppen<sup>1551</sup> handelt es sich um Schädigungshandlungen der Spieloffiziellen, welche diese nicht nur bei Gelegenheit der Verrichtung ihrer Hilfspersonentätigkeit verüben, sondern vielmehr durchwegs um solche, welche die Spieloffiziellen in direkter Ausübung ihrer Tätigkeit auf dem Spielfeld verursachen. Da ein bestehender funktioneller Zusammenhang auch durch ein grobfahrlässig oder gar vorsätzlich herbeigeführtes Schadenereignis nicht wegfällt, hat der jeweils wettbewerbsveranstaltende Verband auch in Anwendung von Art. 55 Abs. 1 OR grundsätzlich für sämtliche Fallgruppen von schädigenden Handlungen der Spieloffiziellen

<sup>1547</sup> Vgl. auch HEERMANN, Haftung, Nr. 547 sowie DERSELBE, Schiedsrichter, S. 11. A.M. EUFE, S. 15.

<sup>1548</sup> REY, Nr. 912 m.w.H.; SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 23.19; BREHM, Art. 55 OR N 21 m.w.H.; KESSLER, Art. 55 OR N 13 m.w.H.; FELLMANN/ KOTTMANN, Nr. 762 m.w.H.

<sup>1549</sup> SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 23.20 m.w.H.; REY, Nr. 914 m.w.H.; KESSLER, Art. 55 OR N 13 m.w.H.; BREHM, Art. 55 OR N 23 ff. m.w.H.; a.M. HONSELL/ISENRING/KESSLER, § 13 N 16, wonach der Geschäftsherr im Rahmen seiner Haftung von Art. 55 Abs. 1 OR im Gegensatz zu derjenigen nach Art. 101 Abs. 1 OR auch für nur bei Gelegenheit verübte unerlaubte Handlungen haften soll.

<sup>1550</sup> REY, Nrn. 913 und 923 m.w.H.; SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 23.19 m.w.H.; BREHM, Art. 55 OR N 25 ff. m.w.H.; KESSLER, Art. 55 OR N 13 m.w.H.

<sup>1551</sup> Siehe vorne, S. 197 f.

gegenüber den einzelnen am von ihnen geleiteten Spiel teilnehmenden Spielern unabhängig von deren Verschulden einzustehen.

### **D) Irrelevanz der Schuldlosigkeit der Hilfsperson**

Eine ausservertragliche Haftung des Verbands für die von den Spielloffiziellen verursachten Schäden gegenüber den einzelnen an dem von ihnen geleiteten Spiel teilnehmenden Spielern bestünde nach dem Gesagten somit selbst in denjenigen Fällen, in welchen eine deliktische Haftung der Spielloffiziellen selber diesen Spielern gegenüber aufgrund einer unbewusst erfolgten widerrechtlichen Schädigung nicht bestehen würde.<sup>1552</sup> Anders als bei einer Haftung nach Art. 101 Abs. 1 OR, wo im Falle des Beizugs einer fachkundigen Hilfsperson deren Verschulden dem Geschäftsherrn angerechnet wird, kann sich der Geschäftsherr im Rahmen von Art. 55 Abs. 1 OR nicht mit dem Hinweis auf fehlendes Verschulden der Hilfsperson von der Haftung befreien. Vielmehr haftet der Geschäftsherr selbst dann, wenn die Hilfsperson kein Verschulden trifft.<sup>1553</sup> Ebenso wenig erforderlich für eine Haftung des Geschäftsführers ist im Übrigen ein Verschulden seinerseits.<sup>1554</sup> Eine Relativierung der Strenge dieser ausservertraglichen Haftung des Verbands für die deliktischen Handlungen der von ihm in seinen Wettbewerben eingesetzten Spielloffiziellen kann sich möglicherweise noch aus dem Entlastungsbeweis ergeben, welcher dem Verband als Geschäftsherrn offensteht.

### **E) Entlastungsbeweis**

#### *a) Zum Entlastungsbeweis im Allgemeinen*

Nach Art. 55 Abs. 1 OR kann sich der Geschäftsherr mit dem Nachweis von seiner Haftung befreien, dass er alle nach den Umständen gebotene Sorgfalt angewendet hat, um einen Schaden der eingetretenen Art zu verhindern, oder dass der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt eingetreten wäre. Der traditionelle Sorgfaltsbeweis bezieht sich dabei auf die Sorgfalt in der Auswahl (*cura in eligendo*), der Instruktion (*cura in instruendo*) sowie der Überwachung (*cura in custodiendo*) der Hilfsperson. Daneben hat der Geschäftsherr überdies auch nachzuweisen, dass er die Hilfsperson mit geeignetem Werkzeug und Material ausgerüstet sowie seinen Betrieb zweckmässig organisiert hat.<sup>1555</sup>

---

<sup>1552</sup> Siehe hierzu vorne, S. 263 ff.

<sup>1553</sup> BREHM, Art. 55 OR N 40a m.w.H. Vgl. auch REY, Nr. 921 m.w.H.; KESSLER, Art. 55 OR N 14; HONSELL/ISENRING/KESSLER, § 13 N 18 m.w.H.

<sup>1554</sup> BREHM, Art. 55 OR N 38 m.w.H.; REY, Nr. 921 m.w.H.

<sup>1555</sup> SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 23.23 m.w.H.; HONSELL/ISENRING/KESSLER, § 13 N 20 m.w.H.; KESSLER, Art. 55 OR N 18 ff. m.w.H.; FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 785 m.w.H. Ausführlich zu den einzelnen Sorgfaltspflichten REY, Nr. 927 ff.;

*b) Entlastung im Grundsatz regelmässig möglich*

Seitens des SFV besteht schon seit geraumer Zeit ein funktionierendes System der Ausbildung, permanenten Fortbildung und Überwachung sowie der Qualifikation sämtlicher Spieloffizieller, speziell indes des Nachwuchses sowie derjenigen Spieloffiziellen, welche in der SFL und damit im professionellen Wettbewerb eingesetzt werden. Verantwortlich für die Umsetzung im Bereich der in der SFL eingesetzten Spieloffiziellen ist die Schiedsrichterkommission des SFV.<sup>1556</sup> Die Vorgaben hinsichtlich Aus- und Fortbildung, Überwachung sowie Qualifikation der Spieloffiziellen finden sich teilweise auch in den Reglementen der UEFA und der FIFA.<sup>1557</sup> Damit haben die internationalen Verbände ihrerseits eine gewisse Gewähr, dass die von ihnen für deren Wettbewerbe eingesetzten Spieloffiziellen bereits über ein Mindestmass an Fachkompetenz verfügen, welche für die Leitung der zu besetzenden Spiele erforderlich ist. Darüber hinaus veranstalten die UEFA und die FIFA auch eigene Weiterbildungen für die regelmässig in ihren Wettbewerben eingesetzten Spieloffiziellen. Somit ist ohne Weiteres davon auszugehen, dass sich der wettbewerbsveranstaltende Verband jeweils regelmässig zumindest hinsichtlich der drei traditionellen Sorgfaltspflichten entlasten kann.<sup>1558</sup>

Darüber hinaus enthalten die Reglemente der UEFA und der FIFA auch Minimalanforderungen betreffend die Organisation des Schiedsrichterwesens in den einzelnen Nationalverbänden.<sup>1559</sup> Die UEFA und die FIFA selber verfügen in diesem Bereich ohnehin über professionelle Strukturen, mittlerweile gilt dies auch für den SFV.<sup>1560</sup> Somit wird den Verbänden regelmässig auch der Sorgfaltsbeweis hinsichtlich des Vorliegens einer zweckmässigen Organisation der Arbeit und des Betriebs gelingen.<sup>1561</sup>

---

FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 787 ff.; BREHM, Art. 55 OR N 55 ff. m.w.H.

<sup>1556</sup> Siehe vorne, S. 79.

<sup>1557</sup> Vgl. Art. 18 f. FIFA SR-Reglement sowie Anhang B UEFA-Konvention.

<sup>1558</sup> Vgl. auch HEERMANN, Haftung, Nr. 549; DERSELBE, Fehlverhalten, S. 70 f.; DERSELBE, Schiedsrichter, S. 12 sowie REDELL, S. 156 ff.

<sup>1559</sup> Vgl. Anhang A UEFA-Konvention sowie Art. 4 ff. FIFA SR-Reglement.

<sup>1560</sup> Siehe hierzu vorne, S. 79.

<sup>1561</sup> Mangels Herstellung oder Vertriebs eines Produkts, welches einen Schaden verursachen könnte, entfällt zum Vorneherein auch die einen Teilbereich dieser Sorgfalt bildende Pflicht zur Vornahme einer die Sicherheit gewährenden Endprüfung (FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 810 ff. m.w.H., vgl. auch BREHM, Art. 55 OR N 78 m.w.H. sowie KESSLER, Art. 55 OR N 22 m.w.H.) vorzunehmen.

c) *Pflicht des Verbands zur flächendeckenden Bereitstellung technischer Hilfsmittel und zum Einsatz von zusätzlichen Schiedsrichterassistenten?*<sup>1562</sup>

aa) *Übersicht über neuere Hilfsmittel der Spieloffiziellen*<sup>1563</sup>

Neben dem während der Spiele zu tragenden Dress sowie weiteren Ausrüstungsgegenständen werden die Spieloffiziellen von den Verbänden auch mit technischen Hilfsmitteln ausgestattet. So stehen den Spieloffiziellen mittlerweile sowohl bei Spielen in der SFL als auch auf internationaler Ebene bei Spielen der UEFA und der FIFA praktisch durchwegs Kommunikationssysteme zur Verfügung, damit die Spieloffiziellen während des Spiels miteinander verbal kommunizieren und auf diese Art schnell und einfach Informationen austauschen können.<sup>1564</sup> Ebenso kommt in immer mehr nationalen und internationalen Wettbewerben der Vanishing-Spray zwecks Markierung des Ausführungsortes sowie des Standorts der Mauer bei Freistößen zur Anwendung.<sup>1565</sup> Schliesslich wird in den IFAB-Spielregeln den einzelnen Verbänden nunmehr auch die Möglichkeit eingeräumt, die sogenannte Torlinientechnologie einzusetzen, welche die Spieloffiziellen bei deren Entscheidung, ob ein Tor erzielt wurde, unterstützt.<sup>1566</sup> Derzeit wird die Torlinientechnologie in den im Rahmen der vorliegenden Arbeit behandelten Wettbewerben lediglich bei den FIFA- und den UEFA-

---

<sup>1562</sup> Weiterführend zur vorliegend mangels Relevanz nicht näher erörterten Frage, inwiefern ein Verband allenfalls auch verpflichtet sein könnte, weitere technische Hilfsmittel (insbesondere den Videobeweis) zwecks unmittelbarer Unterstützung oder Kontrolle der Spieloffiziellen einzusetzen, GÖTZE/LAUTERBACH, S. 146 f., SÖGÜT, S. 146 f. m.w.H. sowie HEERMANN, Fehlverhalten, S. 71 ff., wobei eine solche Verpflichtung im Ergebnis aufgrund eines fehlenden mitgliedschaftlichen Anspruchs auf Änderungen von Reglementen von den genannten Autoren letztlich verneint wird. Demgegenüber bejaht REDELL, S. 177 ff. eine solche Verpflichtung des Verbands im Rahmen einer vertraglichen Neben- bzw. Rücksichtnahmepflicht gegenüber den Wettbewerbsteilnehmern, wobei sich eine solche Verpflichtung nach Ansicht dieses Autors darüber hinaus auch aus einer Treue- und Förderpflicht des Verbands gegenüber seinen Mitgliedern ergibt.

<sup>1563</sup> Weiterführend zu den verschiedenen menschlichen und technischen Hilfsmitteln der Spieloffiziellen auch STRIGEL, Überprüfung, S. 80 ff.

<sup>1564</sup> Gemäss einem hierzu erlassenen IFAB-Protokoll dürfen mit diesem Kommunikationssystem lediglich die Spieloffiziellen untereinander verbunden werden. Zudem darf die Kommunikation weder aufgezeichnet noch ausgestrahlt werden (vgl. HEERMANN, Fehlverhalten, S. 75).

<sup>1565</sup> Aktuell wird der Vanishing-Spray auf nationaler Ebene bei SFL-Spielen sowie auf internationaler Ebene in der UEFA Champions und Europa League ab der Gruppenphase, bei internationalen Endrundenturnieren sowie den Qualifikationsspielen hierzu eingesetzt.

<sup>1566</sup> Vgl. Regel 1 Ziff. 11 IFAB-Spielregeln.

Turnieren auf Aktivstufe sowie in der Gruppen- sowie K.-o.-Phase der UEFA Champions League eingesetzt.<sup>1567</sup> Zudem hat eine erste Versuchsphase zur Einführung des Videobeweises erst kürzlich begonnen.<sup>1568</sup> Neben diesen technischen Hilfsmitteln sehen die Spielregeln auch die Möglichkeit vor, zusätzliche Schiedsrichterassistenten neben den Toren zur Überwachung der Torlinie sowie der Strafräume einzusetzen, was in einigen internationalen Wettbewerben bereits der Fall ist.<sup>1569</sup>

Es stellt sich deshalb die Frage, ob ein Entlastungsbeweis eines Verbands allenfalls schon scheitern könnte, wenn dieser in einem von ihm veranstalteten Wettbewerb den Spielloffiziellen die in den Spielregeln selber vorgesehenen Hilfsmittel technischer Art (Torlinientechnologie) oder durch zusätzliche Schiedsrichterassistenten vorenthält. Dies insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass der Verband, anders als die Spielloffiziellen selber, grundsätzlich auch für leichtfertlässiges bzw. gänzlich fehlendes Verschulden seiner eingesetzten Spielloffiziellen haftet, mithin also selbst für Schäden aufgrund ohne das Vorliegen einer Schädigungsabsicht getroffener Fehlentscheidungen.<sup>1570</sup> Anders als die Spielloffiziellen kann sich der Verband in solchen Fällen auch nicht auf den in Regel 5 der IFAB-Spielregeln festgeschriebenen Haftungsausschluss berufen.

*bb) Kausalzusammenhang zwischen Drittschädigung sowie mangelhaftem Material und/oder Werkzeug*

In Lehre und Rechtsprechung wird im Zusammenhang mit der Sorgfaltspflicht des Geschäftsherrn, seiner Hilfsperson geeignetes Material und Werkzeug zur Verfügung zu stellen, lediglich festgehalten, dass die Bereitstellung einer Ausrüstung zur gefahrlosen Aufgabenerfüllung unerlässlich sei.<sup>1571</sup> Teilweise wird diese Pflicht des Geschäftsherrn in der Literatur auch als Teilbereich der Instruktionspflicht verstanden.<sup>1572</sup> Sinn und Zweck der Instruktionspflicht ist regelmässig, eine Gefährdung von Drittpersonen oder fremder Güter auszuschliessen. Entsprechend hat sich die Instruktion der Hilfsperson durch den Geschäftsherrn nach den Schwierigkeiten der von dieser auszuführenden Aufgaben zu

<sup>1567</sup> Vgl. <<http://www.spiegel.de/sport/fussball/torlinientechnik-kommt-bei-der-em-2016-zum-einsatz-a-1073462.html>>, besucht Ende Juli 2017.

<sup>1568</sup> Vgl. hierzu <<http://de.fifa.com/about-fifa/news/y=2016/m=1/news=ifab-abm-moves-towards-introducing-video-assistance-experiments-2754344-2754366.html>>, besucht Ende Juli 2017.

<sup>1569</sup> Siehe hierzu auch vorne, S. 4 f. Aktuell werden diese zusätzlichen Schiedsrichterassistenten in der UEFA Champions und Europa League ab der Gruppenphase, in den UEFA-Endrundenturnieren ab Stufe U-21 sowie in den Qualifikationsspielen für die Europameisterschaftsendrunde eingesetzt.

<sup>1570</sup> Vgl. hierzu vorne, S. 291.

<sup>1571</sup> FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 800; BREHM, Art. 55 OR N 90 m.w.H.

<sup>1572</sup> So insbesondere DESCHENAUX/TERCIER, § 9 N 57.

richten. Wird die Arbeit jedoch einem Spezialisten anvertraut, welcher seine Aufgabe besser versteht als der Geschäftsherr selber, kann dieser von der Vornahme von Instruktionen dispensiert werden.<sup>1573</sup> Der Geschäftsherr hat seiner Hilfsperson Material und Werkzeug somit dergestalt zur Verfügung zu stellen, dass die Aufgabenerfüllung durch die Hilfsperson ohne Schädigung von Drittpersonen oder fremden Vermögenswerten möglich ist.

cc) *Verpflichtung zum Einsatz der Torlinientechnologie bzw. von zusätzlichen Schiedsrichterassistenten im Besonderen*

Im Allgemeinen ist es auch im hier näher untersuchten professionellen Fussballsport ohne Weiteres möglich und verhält es sich auch in den allermeisten Fällen so, dass ein Spiel von drei oder vier<sup>1574</sup> Spielfunktionären ohne die Inanspruchnahme der Torlinientechnologie oder die Unterstützung durch zwei zusätzliche Schiedsrichterassistenten geleitet werden kann, ohne dass ein Wettbewerbsteilnehmer durch die Spielfunktionären geschädigt wird. Dennoch sind einzelne spezifische Konstellationen denkbar, in welchen eine finanzielle Schädigung eines Wettbewerbsteilnehmers aufgrund von spielentscheidenden Fehlentscheidungen der Spielfunktionären einzig mangels verfügbarer Torlinientechnologie oder Einsatzes von zusätzlichen Schiedsrichterassistenten entstehen könnte. Es dürfte sich hierbei indes regelmässig einzig um Fehlentscheidungen betreffend Tor / nicht Tor dergestalt handeln, dass die Spielfunktionären auf Tor erkennen, ohne dass der Ball die Torlinie vollständig überquert hat, oder umgekehrt einem Tor die Anerkennung versagen, obwohl der Ball die Torlinie für die Spielfunktionären nicht sichtbar vollständig überquert hat.<sup>1575</sup> Solche Fehlentscheidungen und sich hieraus allfällig ergebende Schädigungen könnten mittels Einsatz der Torlinientechnologie oder zusätzlicher, auf der Torlinie befindlicher Schiedsrichterassistenten mit an Sicherheit grenzender (im Falle der Torlinientechnologie) bzw. sehr hoher (im Falle des Einsatzes zusätzlicher Schiedsrichterassistenten) Wahrscheinlichkeit verhindert werden.<sup>1576</sup> In solchen spezifischen Fällen von Fehl-

<sup>1573</sup> Vgl. zum Ganzen BREHM, Art. 55 OR N 65 m.w.H.

<sup>1574</sup> Siehe hierzu vorne, S. 5.

<sup>1575</sup> Für die Überwachung der Torlinie sind bei einem Spiel ohne den Einsatz von zusätzlichen Schiedsrichterassistenten die Assistenten an der Seitenlinie verantwortlich. Ausser bei einem Strafstoss oder unmittelbar nach der Ausführung eines Eckballs befinden sich diese indes praktisch nie auf der Höhe der Torlinie, sondern vielmehr auf gleicher Höhe mit dem zweitletzten Verteidiger (vgl. die Anweisungen an die Position der Schiedsrichterassistenten im praktischen Leitfaden für Spielfunktionäre der IFAB-Spielregeln). Die Entscheidung, ob in knappen Situationen der Ball nun effektiv die Torlinie überschritten hat, ist deshalb umso schwieriger zu entscheiden, je weiter der Schiedsrichterassistent von der Grundlinie entfernt ist, und auch zunehmend fehleranfällig.

<sup>1576</sup> Im Falle von zusätzlichen Schiedsrichterassistenten ist es selbstredend – anders als beim Einsatz der Torlinientechnologie – noch immer möglich, dass dieser einem



entscheidungen hat somit der wettbewerbsveranstaltende Verband den Spieloffiziellen die eine Schädigung des Dritten verhindernden Hilfsmittel vorenthalten, sodass ein Entlastungsbeweis des Verbands bei einer solchen speziellen Konstellation grundsätzlich scheitern dürfte. Aufgrund der finanziellen Mittel, welche sowohl im professionellen Fussballgeschäft in der Schweiz und erst recht auf internationaler Ebene generiert werden, wäre zumindest die Einführung von zusätzlichen Schiedsrichterassistenten in sämtlichen im Rahmen der vorliegenden Arbeit untersuchten Wettbewerben den jeweiligen Verbänden ohne Weiteres auch zumutbar.

Auch an dieser Stelle ist indes darauf hinzuweisen, dass eine Haftung des Verbands für solche Fehlentscheide nur bei Vorliegen der übrigen Haftungsvoraussetzungen bestehen kann. So dürfte sich insbesondere die Ermittlung und Substanziierung eines beim betroffenen Wettbewerbsteilnehmer eingetretenen Vermögensschadens selbst im Falle eines solchen spezifischen Fehlentscheids regelmässig als schwierig erweisen. Abgesehen davon müsste überdies aufgrund des Vorliegens eines reinen Vermögensschadens sowie mangels Verletzung einer anderweitigen Schutznorm das Verhalten der Spieloffiziellen gleichzeitig auch den Tatbestand einer Strafnorm erfüllen, ansonsten die Haftungsvoraussetzung der Widerrechtlichkeit nicht gegeben wäre. Für Schäden zufolge von Verletzungen von Spielern kann die Möglichkeit, dass ein Entlastungsbeweis des Verbands an der Sorgfaltspflicht zur Bereitstellung geeigneten Materials und Werkzeugen scheitern könnte, im Übrigen zum Vorneherein ausgeschlossen werden. Es sind schlichtweg keine Situationen denkbar, in welchen Verletzungen von Spielern durch den Einsatz von zusätzlichen Schiedsrichterassistenten oder den Einsatz der Torlinientechnologie verhindert werden könnten.

#### *d) Zum Beweis der fehlenden Kausalität im Besonderen*

Neben dem Nachweis der Erfüllung der vorerwähnten Sorgfaltspflichten kann sich der Geschäftsherr nach Art. 55 Abs. 1 OR auch noch durch den Nachweis von der Haftung befreien, dass der Schaden auch bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt eingetreten wäre. Dieser Beweis dient letztlich der Verneinung des Kausalzusammenhangs zwischen der Unsorgfalt des Geschäftsherrn und dem

---

Wahrnehmungsfehler unterliegt. Die Chance, dass eine ruhig am optimalen Standort stehende Person korrekt beurteilen kann, ob ein Ball die Torlinie überschritten hat oder nicht, ist indes um ein Vielfaches höher, als wenn ein ständig in Bewegung befindlicher Schiedsrichterassistent aus einer Position möglicherweise mehr als 10–20 Meter von der Torlinie entfernt diese Beurteilung vornehmen muss. Soweit ersichtlich ist denn auch bis jetzt in sehr wenigen Fällen in wichtigen Spielen einem zusätzlichen Schiedsrichterassistenten ein solcher Wahrnehmungsfehler unterlaufen (siehe vorne, S. 194), während die Liste solcher Fehler an Spielen ohne Einsatz von zusätzlichen Schiedsrichterassistenten demgegenüber eine ansehnliche Länge aufweisen würde.

eingetretenen Schaden.<sup>1577</sup> Ein solcher fehlender Kausalzusammenhang kann sich in zwei Konstellationen ergeben: Entweder hat sich die Hilfsperson so verhalten, wie wenn der Geschäftsherr seine Sorgfaltspflichten erfüllt hätte, oder die Hilfsperson hätte den Schaden auch dann verursacht, wenn der Geschäftsherr seine Pflicht erfüllt hätte.<sup>1578</sup> Letztgenannter Fall liegt insbesondere dann vor, wenn die Handlung der Hilfsperson derart unvorhersehbar war, dass auch die weitestgehende Sorgfalt des Geschäftsherrn diesen Tatbestand nicht erfasst hätte.<sup>1579</sup>

Wie bereits erwähnt wird dem Verband der Entlastungsbeweis hinsichtlich der drei traditionellen Sorgfaltspflichten betreffend Auswahl, Instruktion und Überwachung sowie hinsichtlich der Sorgfaltspflicht betreffend zweckmässige Betriebs- und Arbeitsorganisation regelmässig gelingen. Dies gilt im Grundsatz auch für diejenigen Fälle, in welchen die Spielloffiziellen vorsätzlich einen Fehlentscheid und damit einen Vermögensschaden bei den am von ihnen geleiteten Spiel teilnehmenden Spielern, Clubs oder Nationalverbänden herbeiführen. In einem solchen Fall wird es sich zum einen regelmässig so verhalten, dass sich ein Spielloffizieller unabhängig von der Wahrnehmung der Sorgfaltspflichten durch den wettbewerbsveranstaltenden Verband nicht von seinem Vorsatz zum Treffen von Fehlentscheidungen wird abbringen lassen. Zum andern dürfte ein solches Verhalten eines Spielloffiziellen regelmässig nicht vorhersehbar sein, sodass eine solche Handlung eines Spielloffiziellen auch in Anwendung grösster Sorgfalt des Verbands nicht hätte verhindert werden können. Etwas anderes dürfte lediglich dann gelten, wenn dem betreffenden Verband Indizien vorliegen, welche bei diesem ernsthafte Zweifel an der Zuverlässigkeit und Integrität eines Spielloffiziellen hätten hervorrufen müssen. In einem solchen Fall würde die Sorgfaltspflicht hinsichtlich Auswahl und Überwachung der Spielloffiziellen eine aktive Überwachung des betreffenden Spielloffiziellen gebieten.<sup>1580</sup>

---

<sup>1577</sup> REY, Nr. 943 m.w.H.; BREHM, Art. 55 OR N 92 m.w.H.; KESSLER, Art. 55 OR N 23 m.w.H.; FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 807 m.w.H.

<sup>1578</sup> REY, Nr. 944 ff.; BREHM, Art. 55 OR N 93; FELLMANN/KOTTMANN, Nr. 808 m.w.H.

<sup>1579</sup> BREHM, Art. 55 OR N 93.

<sup>1580</sup> Vgl. hierzu auch HEERMANN, Schiedsrichter, S. 12 m.w.H.

### 3. Haftung des Clubs für schädigende Handlungen der Spielloffiziellen

#### A) Pflicht des Clubs zum Bereitstellen von Spielloffiziellen

Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, besteht zwischen den einzelnen Spielloffiziellen sowie deren jeweiligen Clubs ein mitgliedschaftliches Verhältnis, wobei die Vereinssatzungen regelmässig keine besonderen Vorschriften hinsichtlich ihrer Tätigkeit als Spielloffizielle enthalten.<sup>1581</sup> Die einzelnen Clubs sind ihrerseits gegenüber dem SFV verpflichtet, diesem eine genügende Anzahl qualifizierter Spielloffizieller bereitzustellen.<sup>1582</sup> Darüber hinaus ist jeder Club verpflichtet, einen Schiedsrichter-Verantwortlichen zu stellen und dieser dem Regionalverband zu melden.<sup>1583</sup> Mit dem Bereitstellen der vom Regionalverband festgelegten Anzahl<sup>1584</sup> von Spielloffiziellen hat der Club seine Pflicht gegenüber dem SFV hinsichtlich des Schiedsrichterwesens bereits erfüllt. Die Ausbildung, Qualifikation, Weiterbildung sowie den Entscheid darüber, ob und in welchen und Ligen die Spielloffiziellen sodann eingesetzt werden, obliegt einzig und alleine dem SFV.

#### B) Keine Anwendung der Hilfspersonen- und Geschäftsherrenhaftung

##### a) *Fehlen eines Schuldverhältnisses*

Für die Anwendung der Hilfspersonenhaftung von Art. 101 Abs. 1 OR fehlt es bereits an einem Schuldverhältnis zwischen dem Club, welcher einen konkreten Spielloffiziellen dem Verband bereitstellt, sowie einem von diesem in einem Spiel geschädigten Wettbewerbsteilnehmer. Ein mitgliedschaftliches Verhältnis der einzelnen Clubs besteht lediglich zum SFV, nicht jedoch zu den anderen Clubs. In diesem Sinne fehlt es bereits an der Grundvoraussetzung zur Anwendbarkeit der Hilfspersonenhaftung.

##### b) *Keine Ausübung einer Schuldpflicht*

Zwar wäre es durchaus denkbar, dass der Verband die von geschädigten Wettbewerbsteilnehmern gegen ihn geltend gemachten Schadenersatzansprüche seinerseits gegenüber dem den fehlbaren Spielloffiziellen stellenden Club geltend machen möchte. Auch in einem solchen Fall käme eine Anwendung von Art. 101 Abs. 1 OR nicht infrage. Anders als im Falle des wettbewerbsveranstal-

---

<sup>1581</sup> Siehe vorne, S. 67 f.

<sup>1582</sup> Vgl. Art. 121 Abs. 1 WR-SFV.

<sup>1583</sup> Vgl. Art. 122 WR-SFV.

<sup>1584</sup> Vgl. Art. 121 Abs. 2 WR-SFV.

tenden Verbands, dessen Pflicht gegenüber den einzelnen Wettbewerbsteilnehmern in der ordnungsgemässen Organisation und Durchführung des Wettbewerbs besteht, haben die einzelnen Clubs dem Verband lediglich eine gewisse Anzahl von Spielloffiziellen bereitzustellen. In diesem Sinne erfüllt ein durch den Verband mit einer Spielleitung beauftragter Spielloffizieller lediglich eine eigene Schuldspflicht gegenüber dem Verband, nicht jedoch gleichzeitig noch eine Schuldspflicht seines Clubs gegenüber dem Verband. Entsprechend handelt es sich im Falle einer Schädigung von Wettbewerbsteilnehmern durch die Spielloffiziellen denn auch nicht um eine Schlechterfüllung durch deren Clubs. Hieran vermag auch die Tatsache nichts zu ändern, dass die von den Clubs dem Verband zur Sicherstellung des Spielbetriebs bereitzustellenden Spielloffiziellen im Sinne von Art. 121 Abs. 1 SFV-Wettspielreglement *qualifiziert* zu sein brauchen. Damit wird lediglich zum Ausdruck gebracht, dass die von den Clubs bereitgestellten Spielloffiziellen körperlich und geistig in der Lage sein müssen, den Schiedsrichtergrundkurs erfolgreich zu absolvieren, um danach als Spielloffizielle eingesetzt werden zu können.<sup>1585</sup> Eine Verpflichtung der Clubs, nur überdurchschnittlich talentierte Spielloffizielle dem Verband zur Verfügung zu stellen, kann hieraus demgegenüber nicht abgeleitet werden. Dies ergibt sich bereits aus dem Umstand, dass die Aus- und Weiterbildung, die Qualifikation und der Einsatz der Spielloffiziellen in der alleinigen Verantwortung des Verbands liegen.

### c) *Keine Vornahme einer Geschäftsbesorgung*

Eine Haftung des einen Spielloffiziellen stellenden Clubs für die von diesem im Rahmen eines von ihm geleiteten Spiels verursachten Schädigungen kann sich sodann auch nicht aus Art. 55 Abs. 1 OR ergeben. Aufgrund der alleinigen Verpflichtung des Clubs, dem Verband geeignete Spielloffizielle zur Verfügung zu stellen, fehlt es zum Vorneherein an einer Geschäftsherrenstellung der Clubs.<sup>1586</sup> Die von den einzelnen Clubs gestellten Spielloffiziellen nehmen deshalb für diese weder gegenüber dem Verband noch gegenüber den Wettbewerbsteilnehmern Geschäftsbesorgungen vor.

## C) **Reglementarische Haftung der Clubs**

Wie eine Haftung nach Art. 55 Abs. 1 sowie Art. 101 Abs. 1 OR scheidet auch eine solche nach Art. 55 Abs. 2 ZGB des die Spielloffiziellen bereitstellenden Clubs für dessen Schädigungshandlungen im Rahmen der von diesem geleiteten Spiele aus. Da sie in ihrer Funktion als Spielloffizielle weder effektiv noch in

---

<sup>1585</sup> Nur wenn ein Spielloffizieller erfolgreich den Grundkurs sowie drei Probespiele absolviert, wird er auf die offizielle Liste der SFV-Schiedsrichter aufgenommen und zählt im Sinne von Art. 121 Abs. 1 WR-SFV zum Kontingent seines Clubs (vgl. Ziff. 7 SSAR).

<sup>1586</sup> Siehe hierzu vorne, S. 288.

entscheidender Weise an der Willensbildung im Club teilhaben,<sup>1587</sup> scheidet eine rechtliche Qualifikation als faktisches Cluborgan zum Vorneherein aus.<sup>1588</sup> Damit könnte sich eine Haftung des Clubs für die von ihm dem SFV zur Verfügung gestellten Spielloffiziellen lediglich noch aus einer rechtsgeschäftlichen bzw. reglementarischen Grundlage ergeben.

In Ziff. 34 SSAR wird unter der Marginalie «Haftung des Vereins» festhalten, jeder Verein sei für die Handlungen der durch diesen dem Verband gemeldeten Spielloffiziellen verantwortlich.<sup>1589</sup> Im zweiten Satz wird ausgeführt, der Club hafte neben dem Spielloffiziellen solidarisch für die Bezahlungen von Bussen und Kosten, welche einem Spielloffiziellen auferlegt würden. Betrachtet man nur den ersten Satz dieser Reglementsbestimmung, könnte man den Eindruck gewinnen, damit habe der SFV eine Grundlage für Schadenersatzansprüche geschädigter Clubs sowie deren Spielern gegen den Club der schädigenden Spielloffiziellen geschaffen. Eine solche Interpretation ist indes aus verschiedenen Gründen verfehlt. Zum einen enthält der zweite Satz dieser Bestimmung beispielhaft fest, für welche Arten von Handlungen eines Spielloffiziellen dessen Club einzustehen hat. Es wird sich dabei lediglich um solche handeln, für welche die Spielloffiziellen vom SFV mit einer Busse als Disziplinarstrafe belegt werden.<sup>1590</sup> Sinn und Zweck dieser Bestimmung dürfte denn auch in erster Linie ein vereinfachtes Inkasso für solche monetären Disziplinarstrafen sein, indem neben dem einzelnen Spielloffiziellen als lediglich mittelbares Mitglied des SFV auch dessen Club als Verbandsmitglied zu dessen Schuldner wird. Für eine solche Interpretation dieser Reglementsbestimmung spricht im Weiteren auch, dass von den gesamthaft rund 4600<sup>1591</sup> der beim SFV gelisteten Spielloffiziellen nur knapp 50<sup>1592</sup> in der SFL und damit im professionellen Fussball tätig sind. Hauptanwendungsbereich des SSAR ist somit der Bereich des Amateurfussballs. Im Amateurbereich werden indes allfällige Schädigungshandlungen der Spielloffiziellen nach den hier behandelten Fallgruppen<sup>1593</sup> – wenn aus solchen Handlungen im Amateurbereich überhaupt Schäden entstehen – im Gegensatz zum professionellen Fussball lediglich in geringer Höhe auftreten. In diesem Zu-

<sup>1587</sup> Vgl. vorne, S. 67.

<sup>1588</sup> Zur Frage, ob die Spielloffiziellen als faktische Organe der sie für die Spielleitungen einsetzenden Verbände qualifiziert werden können, siehe vorne, S. 68 f.

<sup>1589</sup> Darüber hinaus wird auch in Art. 9 Abs. 1 SFV-RPO unter der Marginalie «Verantwortung» festgehalten, dass die Clubs unter anderem für das Verhalten ihrer Mitglieder und Funktionäre disziplinarisch verantwortlich seien.

<sup>1590</sup> Vergleiche hierzu beispielsweise den unter Ziff. 5 des IFV-Leistungstarifs aufgeführten Katalog von möglichen Disziplinarstrafen gegen Spielloffizielle.

<sup>1591</sup> Dies ergab eine entsprechende Nachfrage beim Referee Departement des SFV.

<sup>1592</sup> Vgl. Jahresbericht SFV 2016, S. 41 <<http://org.football.ch/Ueber-uns/Der-SFV/Jahresberichte/jahresbericht-2016.aspx>>, besucht Ende Juli 2017.

<sup>1593</sup> Siehe hierzu vorne, S. 197 f.

sammenhang ist sodann zu beachten, dass das SSAR im Jahre 2001 in Kraft gesetzt wurde, mithin also zu einer Zeit, als mit dem Fall *Hoyzer*<sup>1594</sup> die erste im professionellen Fussballsport auch einer breiten Öffentlichkeit bekannt gewordene aktive Verwicklung von Spielloffiziellen in Spielmanipulationen noch einige Jahre in der Zukunft lag und entsprechend auch seitens des SFV kaum ein Bewusstsein zur Notwendigkeit einer solchen Regelung bestanden haben dürfte. Schliesslich ist in diesem Zusammenhang noch darauf hinzuweisen, dass die IFAB-Spielregeln selber in der Entscheidung 1 des IFAB zur Regel 5 ausdrücklich einen Haftungsausschluss für von Spielloffiziellen aufgrund regelgerechten Verhaltens verursachte Schädigungen enthalten.<sup>1595</sup> Es wäre deshalb mehr als widersprüchlich, wenn stattdessen der den schädigenden Spielloffiziellen bereitstellende Club im Sinne einer eigentlichen Kausalhaftung für sämtliches Verhalten seines Spielloffiziellen unabhängig von dessen Verschulden einzustehen hätte.

Auch in den Reglementen der UEFA sowie der FIFA finden sich Bestimmungen zur Verantwortlichkeit der Clubs für das Verhalten ihrer Mitglieder. Gemäss Art. 8 UEFA-RPO können Clubs oder Nationalverbände mit Disziplinarmassnahmen belegt und zur Befolgung von Weisungen verpflichtet werden, wenn Mitglieder des Clubs, welche in dessen Auftrag eine Funktion ausüben, sich aus den Statuten oder Reglementen der UEFA ergebende Verhaltensregeln verletzen. Dies gilt selbst dann, wenn dem Club der Nachweis gelingt, dass ihn für das Verhalten seines Mitglieds kein Verschulden trifft. In Art. 15 Ziff. 4 des FIFA-Disziplinarreglements wird zudem festgehalten, dass die Clubs und Nationalverbände solidarisch für die ihren Offiziellen auferlegten Geldstrafen haften. Beide Bestimmungen regeln damit lediglich die disziplinarische Verantwortlichkeit der Clubs bzw. Nationalverbände für die von diesen den internationalen Verbänden gestellten Spielloffiziellen. Eine Haftung des Clubs für von einem durch diesen gestellten Spielloffiziellen verursachten Schaden kann aus den vorgenannten Bestimmungen sodann klarerweise nicht abgeleitet werden. Dasselbe gilt auch für den Nationalverband, welchem der betreffende Spielloffizielle angehört.

#### **4. Haftungsfreizeichnung durch den Verband**

##### **A) Zulässigkeit und Schranken von Haftungsfreizeichnungen im Allgemeinen**

Im Rahmen der Privatautonomie ist es den Parteien eines Schuldverhältnisses grundsätzlich ohne Weiteres möglich, die vertragliche Haftung des Schuldners zu beschränken oder auszuschliessen. Unabdingbare Voraussetzung einer gälti-

---

<sup>1594</sup> Siehe hierzu vorne, S. 196.

<sup>1595</sup> Siehe hierzu vorne, S. 271 ff.

gen Haftungsfreizeichnung ist indes in jedem Fall das Vorliegen einer entsprechenden vertraglichen Vereinbarung, wobei eine solche auch in Allgemeinen Geschäftsbedingungen enthalten sein kann, sofern diese tatsächlich Vertragsbestandteil geworden sind.<sup>1596</sup> Auch die ausservertragliche Haftung ist grundsätzlich einer vertraglichen Wegbedingungen zugänglich, wobei im konkreten Einzelfall jedoch durch Auslegung zu ermitteln ist, ob eine Freizeichnungsklausel auch die Haftung aus unerlaubter Handlung erfassen soll.<sup>1597</sup> Die ausservertragliche Haftung der Hilfsperson gegenüber dem geschädigten Gläubiger sowie die Haftung des Schuldners für die Auswahl, Instruktion und Überwachung der Hilfsperson vermag eine vertraglich vereinbarte Haftungsfreizeichnung indes nicht auszuschliessen.<sup>1598</sup>

Neben spezifischen Beschränkungen in Spezialgesetzen<sup>1599</sup> sowie punktuell im besonderen Teil des Obligationenrechts<sup>1600</sup> finden sich die gesetzlichen Schranken der Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen in den gesetzlichen Regelungen von Art. 100 sowie Art. 101 Abs. 2 und 3 OR. Demnach ist eine Haftungsfreizeichnung für eigenes Verschulden bei grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz unzulässig (Art. 100 Abs. 1 OR). Demgegenüber kann die Haftung für Hilfspersonen grundsätzlich sogar in Fällen von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit wegbedungen werden (Art. 101 Abs. 2 OR). Weiter eingeschränkt wird die vertragliche Haftungsbeschränkung dann, wenn der Verzichtende im Dienste des andern steht oder die Haftung der Verantwortlichkeit aus dem Betrieb eines obrigkeitlich konzessionierten Gewerbes folgt.<sup>1601</sup> Eine Freizeichnung für eigenes Verschulden ist diesfalls nicht möglich (Art. 100 Abs. 2 OR), während die Haftung für Hilfspersonen lediglich für leichte Fahrlässigkeit wegbedungen werden kann (Art. 101 Abs. 3 OR).<sup>1602</sup> Schliesslich ist eine Haftungsbeschränkung oder gar ein Haftungsausschluss in Anwendung von Art. 27 Abs. 2 ZGB für Schädigungen der körperlichen Integrität ausgeschlossen.<sup>1603</sup>

<sup>1596</sup> Vgl. GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 3077 ff. m.w.H.; SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 24.01 m.w.H.

<sup>1597</sup> SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 24.02 m.w.H.

<sup>1598</sup> WEBER, Berner Kommentar, Art. 101 OR N 167 m.w.H.

<sup>1599</sup> Vgl. hierzu GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 3093 m.w.H.

<sup>1600</sup> Vgl. hierzu SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 24.10 ff. m.w.H.

<sup>1601</sup> Sinn und Zweck dieser weiter gehenden gesetzlichen Beschränkung der Haftungsfreizeichnung ist der Schutz der sozial und ökonomisch abhängigen Partei im Rahmen eines vorliegenden Machtungleichgewichts, wobei es sich dabei formal meist, indes keineswegs zwingend um ein Subordinationsverhältnis handelt (vgl. WEBER, Berner Kommentar, Art. 100 OR N 101 ff.).

<sup>1602</sup> Vgl. zum Ganzen auch SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 24.05 f.

<sup>1603</sup> GAUCH/SCHLUEP et al., Nr. 3094 m.w.H.; SCHWENZER, Obligationenrecht, Nr. 24.14 m.w.H.; WEBER, Berner Kommentar, Art. 100 OR N 152 m.w.H.

## B) Fehlen einer Haftungsfreizeichnung in concreto

Anders als beispielsweise die Verbandsreglemente des DFB<sup>1604</sup> enthalten sowohl die Statuten und Reglemente des SFV bzw. der SFL als auch diejenigen der FIFA und der UEFA soweit ersichtlich keine Haftungsbeschränkungsbestimmungen. Selbst wenn eine solche haftungsbeschränkende Norm zu einem späteren Zeitpunkt Eingang in die Reglemente der genannten Verbände finden sollte, könnte damit eine allfällige Haftung des Verbands für von dessen Spieloffiziellen deliktisch verursachte Schädigungen nicht wegbedungen werden. Demgegenüber wäre die Wegbedingung einer allfälligen vertraglichen Haftung des Verbands für die von ihm als Hilfspersonen eingesetzten Spieloffiziellen damit grundsätzlich selbst für grobfahrlässig oder vorsätzlich verursachte Schädigungen möglich. Hierzu wird in der deutschen Lehre teilweise die Ansicht vertreten, solche in Regelwerken von Sportverbänden enthaltenen Haftungsfreizeichnungen seien als allgemeine Geschäftsbedingungen zu qualifizieren, welche im Falle von Personenschäden überhaupt keine und im Falle von reinen Vermögensschäden lediglich eine Haftungsbeschränkung für leichte Fahrlässigkeit enthalten dürften, was entsprechend auch für das Verhalten von eingesetzten Erfüllungsgehilfen gelte.<sup>1605</sup> Nach schweizerischem Recht sind in Anwendung von Art. 8 UWG allgemeine Geschäftsbedingungen lediglich dann unbeachtlich, wenn sie «in Treu und Glauben verletzender Weise zum Nachteil der Konsumentinnen und Konsumenten ein erhebliches und ungerechtfertigtes Missverhältnis zwischen vertraglichen Rechten und vertraglichen Pflichten vorsehen». Allgemeine Geschäftsbedingungen im Sinne dieser Bestimmung kommen in verschiedensten Erscheinungsformen vor und bilden den Gegenbegriff zu vertraglichen Individualabreden. Entsprechend gelten auch Reglemente eines Verbands als allgemeine Geschäftsbedingungen im Sinne von Art. 8 UWG.<sup>1606</sup> Als Konsument im Sinne dieser Gesetzesbestimmung gilt eine natürliche Person, welche einen Vertrag für ihre persönlichen oder familiären Bedürfnisse abschliesst. Wer demgegenüber einen Vertrag zu gewerblichen oder beruflichen Zwecken abschliesst, gilt nicht als Konsument im Sinne von Art. 8 UWG. Dasselbe gilt unabhängig vom Zweck des Vertrags auch dann, wenn ein Vertrag von einer juristischen Person abgeschlossen wird.<sup>1607</sup> Somit steht ausser Frage, dass eine allfällige Wegbedingung der vertraglichen Haftung des Verbands für die

<sup>1604</sup> Vgl. hierzu KUHN, S. 117; HEERMANN, Haftung, Nr. 550; DERSELBE, Fehlverhalten, S. 68 f. und 71 m.w.H.; DERSELBE, Schiedsrichter, S. 10; EUFE, S. 10 f. m.w.H.; REDELL, S. 82. Die Anwendbarkeit dieser reglementarischen Haftungsfreizeichnungsbestimmungen auf eine allfällige Haftung des DFB für das Verhalten von Spieloffiziellen wird von den vorgenannten Autoren praktisch durchwegs abgelehnt.

<sup>1605</sup> Vgl. KUHN, S. 117 sowie HAAS/MARTENS, S. 190.

<sup>1606</sup> Vgl. THOUVENIN, Art. 8 UWG N 2 f. m.w.H.

<sup>1607</sup> Vgl. THOUVENIN, Art. 8 UWG N 82 ff. m.w.H.



von diesem eingesetzten Spieloffiziellen auch vor dem Hintergrund von Art. 8 UWG ohne Weiteres möglich wäre.

## 5. Zusammenfassung

Aufgrund der Qualifikation der Spieloffiziellen als Hilfspersonen des wettbewerbsveranstaltenden Verbands haftet Letzterer gegenüber den am von ihm veranstalteten Wettbewerb teilnehmenden Clubs oder Nationalverbänden in Anwendung der Zurechnungsnorm von Art. 101 Abs. 1 OR stets dann für den von ihm eingesetzten Spieloffiziellen verursachten Schaden, wenn hierfür auch eine Haftung der Spieloffiziellen ihm gegenüber besteht. Es handelt sich mithin also um Schäden aufgrund von Verletzungen von Spielern zufolge bewusster direkter physischer Einwirkungen der Spieloffiziellen oder der Verletzung der diesen obliegenden Überwachungspflicht hinsichtlich des Spielfelds und dessen Umgebung, Vermögensschäden zufolge bewusster, spielentscheidender falscher Spielregelanwendungen sowie letztlich Verletzungen von Spielern zufolge Nichteinhaltung der den Spieloffiziellen vor Spielbeginn obliegenden Ausrüstungs- und Spielfeldkontrollen, wobei eine Haftung im letzten Fall für sämtliches Verschulden der Spieloffiziellen besteht. Demgegenüber dürfte in der Praxis eine haftungsrechtliche Inanspruchnahme des Verbands für deliktisches Verhalten der Spieloffiziellen gestützt auf Art. 55 Abs. 1 OR regelmässig am sogenannten Entlastungsbeweis scheitern, welcher vom Verband aufgrund der angewendeten Sorgfalt in der Auswahl, Instruktion und Überwachung der Spieloffiziellen regelmässig zu erbringen sein dürfte.

Eine Haftung des Clubs, zu welchem ein Spieloffizieller in einem Mitgliedschaftsverhältnis steht und für welchen dieser beim Verband gemeldet ist, besteht regelmässig nicht. Hierfür sind weder die gesetzlichen Voraussetzungen der Hilfspersonen- oder Geschäftsherrenhaftung erfüllt, noch bestehen entsprechende reglementarische Bestimmungen, auf welche eine solche Haftung gestützt werden könnte.

## V. Strafrechtliche Haftung der Spielloffiziellen

Das staatliche Strafrecht findet auch im Bereich des Sports Anwendung. Entsprechend haben die staatlichen Strafverfolgungsbehörden auch bei strafrechtlich relevanten Handlungen aktiv zu werden, welche sich auf dem Spielfeld während eines Fussballspiels zugetragen haben.<sup>1608</sup> Somit können auch Handlungen der Spielloffiziellen in Ausübung ihrer Tätigkeit auf dem Spielfeld von strafrechtlicher Relevanz sein und es ist sodann im Folgenden abzuklären, inwiefern dies auf Schädigungshandlungen der Spielloffiziellen im Rahmen der für die vorliegende Arbeit gebildeten Fallgruppen<sup>1609</sup> zutrifft.

### 1. Anwendbares Recht bei internationalen Sachverhalten

Das schweizerische Strafrecht geht vom Grundsatz des Territorialitätsprinzips aus.<sup>1610</sup> Demnach ist diesem unterworfen, wer in der Schweiz ein Verbrechen oder Vergehen begeht.<sup>1611</sup> Als Begehungsort eines Verbrechens oder Vergehens gilt dabei derjenige, an welchem der Täter ein solches ausführt oder er pflichtwidrig untätig bleibt, sowie derjenige, an welchem der Erfolg eingetreten ist.<sup>1612</sup> Als *Ausführung* wird dasjenige menschliche Verhalten verstanden, welches dem objektiven Tatbestand entspricht,<sup>1613</sup> wogegen unter dem Begriff des *Erfolgs* nach neuerer Bundesgerichtspraxis eine räumlich und zeitlich vom Täterverhalten getrennte, indes dem Täter zuzurechnende und zu den Tatbestandsmerkmalen gehörende Veränderung der Aussenwelt zu verstehen ist.<sup>1614</sup>

Ein vom Ort der Ausführung allenfalls abweichender Ort des Erfolgsintritts kommt bei den nachfolgend im Rahmen der einzelnen Fallgruppen<sup>1615</sup> von durch Spielloffizielle verursachten Körperverletzungsdelikten indes zum Vorneherein nicht infrage, tritt doch der Erfolg, bei Körperverletzungsdelikten verstanden als Einwirkung auf das Tatobjekt,<sup>1616</sup> regelmässig an Ort und Stelle der Verletzungshandlung, mithin also am Spielort ein. Etwas anderes könnte demgegen-

---

<sup>1608</sup> HAAS/MARTENS, S. 206; TÄNNLER, Schiedsrichter, S. 19; vgl. auch SCHÖNTAG, S. 214.

<sup>1609</sup> Siehe hierzu vorne, S. 197 f.

<sup>1610</sup> Vgl. anstelle vieler POPP/KESHELAVA, Art. 3 StGB N 1 m.w.H. sowie VEST, Art. 3 StGB N 1 m.w.H.

<sup>1611</sup> Art. 3 Abs. 1 StGB.

<sup>1612</sup> Art. 8 Abs. 1 StGB.

<sup>1613</sup> POPP/KESHELAVA, Art. 8 StGB N 4; VEST, Art. 8 StGB N 2 m.w.H.

<sup>1614</sup> POPP/KESHELAVA, Art. 8 StGB N 9 m.w.H.; VEST, Art. 8 StGB N 6 m.w.H.

<sup>1615</sup> Siehe vorne, S. 197 f.

<sup>1616</sup> Vgl. STRATENWERTH, § 9 N 14.

über bei Vermögensdelikten gelten, ist doch durchaus denkbar, dass der vermögensrechtlich relevante Erfolg einer im Rahmen eines Spiels erfolgten Schädigungshandlung nicht am Spielort, sondern beispielsweise vielmehr am hiervon abweichenden Sitz des betroffenen Wettbewerbsteilnehmers eintritt.<sup>1617</sup> Zwar ist aufgrund der vorerwähnten neueren Praxis des Bundesgerichts, wonach als Erfolg nach Art. 8 StGB nur der im Tatbestand umschriebene Aussenerfolg anzusehen ist, ein solcher bei reinen Tätigkeitsdelikten und damit einer Reihe nicht unbedeutender Vermögensdelikte gar nicht möglich.<sup>1618</sup> Dennoch hat das Bundesgericht seit der Änderung seiner Rechtsprechung zum Erfolgsbegriff diese insofern wieder korrigiert, als bei Bereicherungsdelikten auch der Ort, an welchem der Täter sich letztlich bereichert, als Erfolgsort angesehen wird.<sup>1619</sup> Tritt die Bereicherung demnach im Sinne eines sogenannten *Beendigungserfolgs*<sup>1620</sup> in der Schweiz ein, unterliegt der Täter dem schweizerischen Strafrecht.

Somit sind die Strafbestimmungen des schweizerischen Strafgesetzbuchs auf von Spieloffiziellen verübte Straftaten bei internationalen Sachverhalten lediglich dann anwendbar, wenn diese Straftaten entweder zufolge des in der Schweiz befindlichen Spielorts in der Schweiz begangen wurden oder – sofern es sich dabei um Vermögensdelikte handelt, welche im Tatbestand eine Bereicherungsabsicht verlangen – die Bereicherung bei einem Spieloffiziellen oder einem allfälligen Dritten in der Schweiz eintritt.<sup>1621</sup>

## 2. Körperverletzungsdelikte durch Handeln

Bei der rechtlichen Qualifikation von durch Spieloffizielle während des Wettkampfs bei Spielern verursachten Körperverletzungen rechtfertigt sich aufgrund der wie im Rahmen der ausservertraglichen, zivilrechtlichen Haftung bestehenden Parallelen zur strafrechtlichen Behandlung von unter Spielern anlässlich von Wettkämpfen verursachten Sportverletzungen, diese dort entwickelten Grundsätze in diese Überlegungen miteinzubeziehen.<sup>1622</sup>

---

<sup>1617</sup> Vgl. beispielsweise den bei CASSANI, Wirtschaftsdelikte, S. 251 skizzierten Fall.

<sup>1618</sup> VEST, Art. 8 StGB N 6 m.w.H.; CASSANI, Wirtschaftsdelikte, S. 251. Kritisch hierzu ARZT, Erfolgsdelikt, S. 173 ff.

<sup>1619</sup> CASSANI, Wirtschaftsdelikte, S. 255 ff.

<sup>1620</sup> VEST, Art. 8 StGB N 6 m.w.H.

<sup>1621</sup> Ob und gegebenenfalls mit welchen Staaten für die hier infrage kommenden Straftatbestände internationale Abkommen im Sinne von Art. 6 StGB bzw. weitere Gründe im Sinne von Art. 7 StGB vorliegen, welche eine Unterwerfung von weiteren Ausländern unter das schweizerische Strafrecht erlauben, wird an dieser Stelle offengelassen.

<sup>1622</sup> Vgl. auch SCHÖNTAG, S. 220.

## A) Strafbarkeit von Verletzungshandlungen von Sportlern untereinander

### a) *Eingeschränkte strafrechtliche Verantwortlichkeit*

Wie bei der Beurteilung der zivilrechtlichen Haftung stellt sich auch im Strafrecht die Frage, wo die Grenze zwischen unerlaubten Körperverletzungen und erlaubter sportlicher Wettkampftätigkeit zu ziehen ist.<sup>1623</sup> Auch für die strafrechtliche Haftung von Sportlern untereinander vertritt die überwiegende Lehre und auch das Bundesgericht die Ansicht, eine solche habe immer dann zu entfallen, wenn es an einer Verletzung der Spielregeln gänzlich fehle oder die Spielregeln nur leicht verletzt worden seien, es sich mithin also um normale Fouls handle. Demgegenüber soll eine strafrechtliche Haftung unter Sportlern für solche Verletzungen unbeschränkt bestehen, welchen eine schwere oder vorsätzliche Regelverletzung zugrunde liegt.<sup>1624</sup>

### b) *Gründe für Einschränkungen der Strafbarkeit – Übersicht über die Lehre und Praxis*

Bei den in der Lehre und Rechtsprechung angeführten Gründen für die auf schwere oder vorsätzliche Regelverletzungen beschränkte Strafbarkeit für Sportverletzungen besteht ähnlich wie im Rahmen der Einschränkung der deliktischen Haftung im Zivilrecht ein breites Angebot, weshalb diese hier nur vereinzelt und punktuell wiedergegeben werden sollen.

Nach einem Teil der Lehre soll in der Wettkampfteilnahme eines Sportlers regelmässig eine Einwilligung in die Verletzung seiner körperlichen Integrität erblickt werden können.<sup>1625</sup> Entsprechend fehlt es dieser Ansicht nach bei Verletzungen, welche unter Einhaltung der Spielregeln oder bei deren lediglich leichter Verletzung entstanden sind, regelmässig an der Widerrechtlichkeit einer solchen Verletzungshandlung.<sup>1626</sup> Nach anderer Ansicht ergeben sich die Einschränkungen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit bei Sportverletzungen nicht über eine fingierte Einwilligung, sondern vielmehr über den Tatbestand

---

<sup>1623</sup> Vgl. auch HAAS/MARTENS, S. 207.

<sup>1624</sup> HAAS/MARTENS, S. 207; KAISER, Interessen, Nrn. 415 und 421 ff. m.w.H.; DERSELBE, Spannungsverhältnis; BGE 134 IV 26 ff., E. 3.2.5; SCHÖNTAG, S. 222 f.; ZEN-RUFFINEN, Nr. 1173 ff.; SCHMITT, S. 201 ff.; ZIEHER, S. 36; HOTIN, S. 124; KOCH/KRÄMER, S. 306; RÖTH/BERKEMEIER, Vor Art. 122 StGB N 22; STRATENWERTH/JENNY/BOMMER, § 3 N 15; SEELMANN, Vor Art. 14 StGB N 15.

<sup>1625</sup> STRATENWERTH/JENNY/BOMMER, § 3 N 15; FINGERHUT, Vor Art. 122 StGB N 8; vgl. auch HAAS/MARTENS, S. 208; FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, 8. Teil N 79 ff.; ZIEHER, S. 36 m.w.H.; KOCH/KRÄMER, S. 305 f. m.w.H.; SCHILD, S. 76 f. m.w.H.

<sup>1626</sup> Vgl. auch BGE 121 IV 249 ff., E. 4. sowie BGE 134 IV 26 ff., E. 3.2.5 m.w.H.

nach den Grundsätzen der Sozialadäquanz<sup>1627</sup>, des erlaubten Risikos oder des selbst verantwortenden Handelns auf eigene Gefahr.<sup>1628</sup> HÄHLE verwendet in diesem Zusammenhang auch den Begriff der *normativen Verantwortungszuweisung*, wobei eine Sportverletzung im Wesentlichen dann straflos sei, wenn sie Folge des vom verletzten Sportler eingegangenen Risikos und demzufolge nicht Folge exzessiver Verhaltensweise des Verletzenden sei.<sup>1629</sup>

In Abkehr seiner bisherigen Praxis, in welcher es sich soweit ersichtlich stets auf die Einwilligungskonzeption gestützt hatte, nahm das Bundesgericht in seiner sportrechtlichen Rechtsprechung zuletzt Bezug auf das Kriterium des *sportspezifischen Grundrisikos im Einzelfall*.<sup>1630</sup> In diesem Zusammenhang führte es in einem neueren Entscheid<sup>1631</sup> zur Strafbarkeit eines Eishockeyspielers für ein von diesem gegen den Rücken eines Gegenspielers ausgeführten Checks aus, für die Abgrenzung unerlaubter von noch tolerierten Risiken sei auf die im jeweiligen Wettkampf anwendbaren Spielregeln zurückzugreifen. Sämtlichen Lehrmeinungen sei denn auch gemeinsam, dass bei Realisierung des sportartspezifischen Grundrisikos von einer strafrechtlichen Ahndung abgesehen werden solle. Zu diesem Grundrisiko gehörten auch die mit körperbetonten Mannschaftssportwettkämpfen zwangsläufig einhergehenden «normalen» Fouls und Verletzungen. Je krasser indes die dem körperlichen Schutz der Spieler dienenden Regeln verletzt würden, desto weniger könne von der Verwirklichung eines spieltypischen Risikos ausgegangen werden.<sup>1632</sup>

Nach Meinung von KOCH/KRÄMER ist die dogmatische Begründung dieser Haftungsbeschränkung nur von untergeordneter Bedeutung. Ihrer Ansicht nach ist es insbesondere für den Fussballsport vielmehr entscheidend, anhand nachvoll-

<sup>1627</sup> Unter dem Begriff der *Sozialadäquanz* wird eine Auslegungshilfe verstanden, welche sozialübliche Handlungen, die zwar von abstrakt formulierten Straftatbeständen wörtlich erfasst werden, sinnvollerweise indes nicht gemeint sein können, von einem Straftatbestand ausschliessen. Damit ist auch immer der Gedanke verbunden, dass sich nicht jede über das allgemeine Lebensrisiko hinausgehende Gefährdung anderer verbieten lässt, sondern nur die Einhaltung eines bestimmten Mindestmasses an Sorgfalt und Rücksichtnahme gefordert werden kann (vgl. anstelle vieler STRATENWERTH/JENNY/BOMMER, § 9 N 37 f. m.w.H.).

<sup>1628</sup> SCHMITT, S. 200 ff.; HOTIN, S. 122 f.; SCHILD, S. 101 ff.; ROTH/BERKEMEIER, Vor Art. 122 StGB N 22; SEELMANN, Vor Art. 14 StGB N 15; DONATSCH/TAG, S. 256 f. und 261; DONATSCH, Gedanken, S. 425; vgl. auch BGE 134 IV 26 ff., E. 3.2.5 m.w.H.; ZIEHER, S. 37 f. m.w.H.; HAAS/MARTENS, S. 208; KOCH/KRÄMER, S. 305 m.w.H. sowie ausführlich KLEIN, S. 185 ff. m.w.H.

<sup>1629</sup> HÄHLE, S. 236.

<sup>1630</sup> THALER, Anmerkungen, S. 491.

<sup>1631</sup> Fall *Miller/McKim*, BGE 134 IV 26 ff. vom 24. Oktober 2007.

<sup>1632</sup> BGE 134 IV 26 ff., E. 3.2.5 in fine; vgl. auch Entscheidung des Oberlandesgerichts Innsbruck vom 29. Oktober 2013, in: SpuRt 6/2014, S. 249 ff. (S. 251).

ziehbarer und lebensnaher Kriterien zu praxisgerechten Ergebnissen zu kommen. Dabei stellen sie die Kriterien der Intensität, der Vorwerfbarkeit sowie der Üblichkeit in den Vordergrund. Weil insbesondere im Fussballsport anders als im täglichen Leben intensive körperliche Kontakte geradezu Teil des Spiels seien, solle das Strafrecht zum Vorneherein nur solche Eingriffe in die körperliche Integrität bestrafen, welche den Geschädigten in der Fortsetzung des Spiels zumindest beeinträchtigen würden. Dies sei regelmässig lediglich bei sogenannten feldverweiswürdigen Foulspielen der Fall, d.h. bei solchen, welche nach den Spielregeln eine Rote Karte rechtfertigen würden. Falls es bei einem Foulspiel zu einem Verletzungserfolg im Sinne des Strafrechts komme, liege bei jedem foulenden Spieler regelmässig mindestens ein fahrlässiges Verhalten vor. Vorsatz oder Fahrlässigkeit alleine könnten die Vorwerfbarkeit einer Straftat indes noch nicht begründen. Die Vorwerfbarkeit eines Foulspiels könne vielmehr nur unter Berücksichtigung der situationsbedingten Besonderheiten festgestellt werden. Aus der Definition des Begriffs der übermässigen Härte als Inkaufnahme einer Verletzung des Gegenspielers müsse sodann gefolgert werden, dass die Spielregeln für lediglich fahrlässig herbeigeführte Verletzungen grundsätzlich keinen Feldverweis vorsehen würden, weshalb auch eine Strafwürdigkeit solcher Verletzungen zu entfallen habe. Nach Ansicht von KOCH/KRÄMER kann es sodann selbst bei einer mittels eines feldverweiswürdigen Foulspiels vorsätzlich herbeigeführten Körperverletzung eines Gegenspielers noch an der Strafbarkeit des Schädigers fehlen. Dies dann, wenn es sich dabei im Rahmen des Fussballs zwar um ein verbotenes, aber übliches und deshalb rein intern zu behandelndes Vorgehen handle. Dies sei beispielsweise dann der Fall, wenn ein Spieler mit gestrecktem Bein in einen Gegner hineinrutsche, um diesen vom Ball zu trennen. Ganz allgemein solle demnach die strafrechtliche Sanktionierung solcher sporttypischer Spielszenen unterbleiben, da damit tief in die üblichen Abläufe eines Fussballspiels eingegriffen würde.<sup>1633</sup>

KLEIN ist deshalb der Meinung, die Problematik der Haftungsbeschränkung im Sport sei im Rahmen der Sorgfaltspflichtverletzung zu lösen. Damit könne dieses Problem ohne grössere dogmatische Irrwege und ohne Einführung von neuen Tatbestandsausschluss- oder Rechtfertigungsgründen gelöst werden.<sup>1634</sup> Als Sorgfaltsmassstab ist nach Meinung von KLEIN sodann der erfahrene und umsichtige Sportler heranzuziehen, wobei zur Beantwortung der Frage, was ein erfahrener und umsichtiger Sportler zu berücksichtigen habe, primär auf die Spielregeln abzustellen sei. Diese würden die Eigenart der jeweiligen Sportart und damit auch das durch den Sport gesetzte Risiko, welchem sich die Wettkampfteilnehmer bewusst aussetzten, beschreiben.<sup>1635</sup> Strafrechtlich relevant

---

<sup>1633</sup> Vgl. zum Ganzen KOCH/KRÄMER, S. 306 ff.

<sup>1634</sup> KLEIN, S. 212.

<sup>1635</sup> KLEIN, S. 216 ff.

sind dieser Ansicht nach jedoch nur diejenigen Teile der Spielregeln, welche tatsächlich den Schutz der Gesundheit der Wettkampfteilnehmer bezwecken. Dies sei im Fussball lediglich bei groben Foulspielen der Fall, welche nach den Spielregeln mit einem Feldverweis zu bestrafen seien.<sup>1636</sup> Entscheidend für das Vorliegen eines solchen verletzungsrelevanten Regelverstosses ist dieser Ansicht nach weder die Entscheidung der Spieloffiziellen noch eine allfällige Sperre in einem Sportstrafverfahren, sondern lediglich eine vom Strafgericht im Einzelfall vorzunehmende Prüfung, allenfalls unter Zuhilfenahme von regelkundigen Gutachtern.<sup>1637</sup> Irrelevant ist dieser Ansicht nach sowohl die Frage, ob ein Sportler in Ausübung seiner Verletzungshandlung einen leichten oder groben Regelverstoss begangen hat, als auch diejenige, ob dieser Regelverstoss vorsätzlich begangen wurde oder nicht.<sup>1638</sup>

### c) *Eigene Stellungnahme*

Der überwiegenden Lehre sowie der herrschenden Bundesgerichtsrechtsprechung ist soweit zuzustimmen, als Verletzungen aufgrund von im Einklang mit den Spielregeln stehenden Verhaltensweisen nicht zu einer Strafbarkeit des Verletzers führen können. Dies gilt nach hier vertretener Ansicht auch für sogenannt «normale» Spielregelverletzungen, welche mit dem Spielfluss praktisch untrennbar verbunden und deshalb unvermeidbar und letztlich meist auch harmlos sind. Wie für die deliktische Haftung ist jedoch auch im Rahmen der strafrechtlichen Haftung nicht auf die Kriterien der Schwere oder Geringfügigkeit bzw. der Absicht, mit welcher ein Sportler eine Spielregel verletzt, abzustellen.<sup>1639</sup> Während sich der deliktische Haftungsausschluss für im Einklang mit den Spielregeln erfolgte Handlungen bzw. normale Spielregelverletzungen dogmatisch aus dem Verschuldensbegriff selber ergibt,<sup>1640</sup> ist der Ausschluss einer strafrechtlichen Haftung für solche Handlungen letztlich aus dem Tatbestand des Fahrlässigkeitsdelikts abzuleiten. Diesen erfüllt, wer ein Verbrechen oder Vergehen, sofern im Gesetz ausdrücklich vorgesehen, fahrlässig begeht.<sup>1641</sup> Nach der Legaldefinition von Art. 12 Abs. 3 StGB handelt fahrlässig, wer die Folge seines Verhaltens aus pflichtwidriger Unvorsichtigkeit nicht bedenkt oder darauf keine Rücksicht nimmt. Pflichtwidrig ist die Unvorsichtigkeit dann, wenn der Täter die Vorsicht nicht beachtet, zu der er nach den Umständen und nach seinen persönlichen Verhältnissen verpflichtet ist. Strafbarkeitsvoraussetzung ist also wie bei der Prüfung des Verschuldens im Rahmen der aussservertraglichen,

---

<sup>1636</sup> KLEIN, S. 222.

<sup>1637</sup> KLEIN, S. 228.

<sup>1638</sup> KLEIN, S. 220 ff.

<sup>1639</sup> Vgl. auch KLEIN, S. 219 ff.

<sup>1640</sup> Siehe vorne, S. 255.

<sup>1641</sup> Art. 12 Abs. 1 StGB.

zivilrechtlichen Haftung letztlich die Verletzung einer Sorgfaltpflicht.<sup>1642</sup> Fraglich ist sodann, ob zur Bestimmung dieser Sorgfaltpflicht wie im Zivilrecht<sup>1643</sup> ein objektiver oder aber ein individueller Sorgfaltsmassstab anzuwenden ist. Nach dem Wortlaut von Art. 12 Abs. 3 StGB sind neben den persönlichen Verhältnissen als individuelles Kriterium auch die gegebenen Umstände und damit objektive Kriterien zu berücksichtigen.<sup>1644</sup> Auch in Lehre und Rechtsprechung besteht hinsichtlich dieser Frage keine Einigkeit. Während ein Teil der Lehre den Sorgfaltsmassstab, verstanden als Minimalstandard von Fähigkeiten zur Beherrschung von Risiken,<sup>1645</sup> nach objektiven Kriterien und damit generell bemessen will,<sup>1646</sup> ist nach einem anderen Teil der Lehre von einem individualisierenden Massstab auszugehen.<sup>1647</sup> Da es sich bei Sportverletzungen nicht um atypische ungewöhnliche Tatumstände, sondern vielmehr um eine typische Problemlage im allgemeinen sozialen Kontext handelt, ist hierfür auch weniger ein individueller, sondern vielmehr ein generalisierender objektivierter Massstab gefordert, welcher für den gesamten Bereich der jeweiligen Sportart Geltung erlangt.<sup>1648</sup> Im Übrigen scheint auch die für die Anwendung eines individuellen Massstabs entstehende Lehre die Existenz genereller minimaler Sorgfaltpflichten anzuerkennen,<sup>1649</sup> weshalb zur Bestimmung dieser generellen Sorgfaltpflichten nach hier vertretener Ansicht auch im Strafrecht auf das hypothetische Verhalten einer Normalperson unter den erkennbaren konkreten Umständen abzustellen ist,<sup>1650</sup> wobei die persönlichen Verhältnisse des Täters, insbesondere dessen soziale Stellung und Berufsbildung, entsprechend zu berücksichtigen sind.<sup>1651</sup> Auch im Rahmen der zivilrechtlichen Haftung ist jedoch die Sorgfaltpflicht nicht gänzlich abstrahiert zu bestimmen, sind dabei doch sowohl die

---

<sup>1642</sup> Vgl. auch DONATSCH/TAG, S. 331 f.; SEELMANN/GETH, Nr. 455; STRATENWERTH, S. 494 ff.; NIGGLI/MAEDER, Art. 12 StGB N 98 f.

<sup>1643</sup> Siehe hierzu vorne, S. 249. Demgegenüber fehlt im deutschen Recht eine Legaldefinition des Fahrlässigkeitsbegriffs, weshalb dort für die Bemessung des Sorgfaltsinhalts auf das Zivilrecht zurückgegriffen und entsprechend der dort verwendete objektive Sorgfaltsmassstab herangezogen wird (DONATSCH, Sorgfaltsbemessung, S. 132; vgl. auch KLEIN, S. 212 ff.).

<sup>1644</sup> Vgl. auch DONATSCH, Sorgfaltsbemessung, S. 130.

<sup>1645</sup> DONATSCH/TAG, S. 345.

<sup>1646</sup> Vgl. DONATSCH/TAG, S. 345; vgl. auch DONATSCH, Sorgfaltsbemessung, S. 130 ff. m.w.H.

<sup>1647</sup> Vgl. SEELMANN/GETH, Nr. 467; STRATENWERTH, § 16 N 13; NIGGLI/MAEDER, Art. 12 StGB N 99 f.

<sup>1648</sup> KLEIN, S. 215 m.w.H.

<sup>1649</sup> Vgl. hierzu STRATENWERTH, § 16 N 13.

<sup>1650</sup> Vgl. auch DONATSCH, Sorgfaltsbemessung, S. 130 f.

<sup>1651</sup> DONATSCH, Sorgfaltsbemessung, S. 131 sowie DERSELBE, Gedanken, S. 429.



konkrete Situation als auch der Verkehrskreis des Schädigers in diese Beurteilung miteinzubeziehen.<sup>1652</sup>

Somit hat ein Wettkampfsportler auch aus strafrechtlicher Sicht mindestens diejenige Sorgfalt anzuwenden, welche von einem mit durchschnittlichen Fähigkeiten und Kenntnissen ausgestatteten Vertreter der betreffenden Athletengruppe in der fraglichen Situation erwartet werden kann.<sup>1653</sup> Die Bestimmung der sportarttypischen Sorgfaltspflichten dieses *reasonable sportsman* im Allgemeinen bzw. des erfahrenen, umsichtigen Fußballers<sup>1654</sup> im Speziellen hat im konkreten Einzelfall somit im Strafrecht nach denselben Kriterien zu erfolgen wie im Zivilrecht, weshalb an dieser Stelle grundsätzlich auf die entsprechenden, bereits im Rahmen der Bestimmung der zivilrechtlichen Sorgfaltspflichten von Sportlern gemachten Ausführungen verwiesen werden kann.<sup>1655</sup> Entscheidendes Kriterium hier wie dort ist letztlich die Erkennbarkeit der Schädigung aufseiten des Täters sowie deren Vorhersehbarkeit aufseiten des Opfers.<sup>1656</sup> Nach hier vertretener Ansicht sind deshalb auch im Rahmen des Strafrechts für die Bestimmung der sportarttypischen Sorgfaltspflichten eines *reasonable sportsman* im Allgemeinen bzw. eines erfahrenen, umsichtigen Fußballers im Speziellen wie bei der Beurteilung einer zivilrechtlichen Haftung in erster Linie die Spielregeln der jeweiligen Sportart heranzuziehen. Primär hieraus sind die im Einzelfall durch die Wettkampfteilnehmer hinzunehmenden Gefahren sowie die sportartspezifischen Grenzen von Eingriffen in die körperliche Integrität zu ermitteln.<sup>1657</sup>

Auch für die generelle Feststellung der sich primär aus den IFAB-Spielregeln ergebenden, fussballtypischen Grenzen von Eingriffen in die körperliche Integrität, deren Überschreitung durch den Täter die Verletzung einer Sorgfaltspflicht und damit das Vorliegen einer strafrechtlich relevanten Fahrlässigkeit impliziert, kann an dieser Stelle auf die entsprechenden, im Rahmen der deliktischen Haftung angestellten Überlegungen verwiesen werden. Entsprechend ist ganz allgemein bei fahrlässigen Foulspielen im Sinne von Regel 12 der IFAB-Spielregeln keine Sorgfaltspflichtverletzung und damit letztlich auch keine strafrechtliche Haftbarkeit des Täters anzunehmen, während demgegenüber sowohl

---

<sup>1652</sup> Siehe hierzu vorne, S. 249.

<sup>1653</sup> Vgl. hierzu vorne, S. 255 ff.; ausführlich KLEIN, S. 216 ff.

<sup>1654</sup> Vgl. KLEIN, S. 216.

<sup>1655</sup> Siehe hierzu vorne, S. 255 ff.

<sup>1656</sup> Siehe vorne, S. 255; vgl. auch THALER, Anmerkungen, S. 491.

<sup>1657</sup> Vgl. zum Ganzen vorne, S. 255 m.w.H. sowie KLEIN, S. 218. Unzutreffend ist nach hier vertretener Ansicht demnach die Meinung von KOCH/KRÄMER, S. 307, wonach jedem foulenden Spieler ohne Berücksichtigung der Besonderheiten des Sports regelmäßig zumindest ein Fahrlässigkeitsvorwurf gemacht werden müsse, soweit es zu einem Verletzungserfolg im Sinne des Strafrechts komme.

bei rücksichtslosen<sup>1658</sup> als auch bei mit übermässiger Härte im Sinne von Regel 12 der IFAB-Spielregeln begangenen Foulspielen eine Sorgfaltspflichtverletzung und damit grundsätzlich auch eine strafrechtliche Haftung des Täters vorliegt.

Diese generell-abstrakte Regelung zur Feststellung der fussballspezifischen Grenzen von Eingriffen in die körperliche Integrität bedarf jedoch auch im Bereich des Strafrechts einer gewissen Relativierung. Selbstverständlich hat der Richter wie bei der Prüfung einer allfälligen deliktischen Haftung auch hier eine konkrete Würdigung des Einzelfalls vorzunehmen.<sup>1659</sup> So kann sich beispielsweise trotz festgestellter objektiver Sorgfaltspflichtverletzung eine Strafflosigkeit des Täters mangels subjektiver Sorgfaltspflichtverletzung ergeben, wobei allerdings ein allfälliges Übernahmeverschulden wiederum zu berücksichtigen wäre.<sup>1660</sup> Andererseits kann sich ein Spieler bei Vorliegen eines Verletzungsvorsatzes auch einer vorsätzlichen Körperverletzung strafbar machen, sofern er damit die fussballspezifische Grenze von Eingriffen in die körperliche Integrität des Verletzten überschreitet,<sup>1661</sup> mit anderen Worten also rücksichtslos oder mit übertriebener Härte im Sinne von Regel 12 der IFAB-Spielregeln in einen Zweikampf steigt.<sup>1662</sup> Vorsätzlich handelt dabei ein Spieler bereits dann, wenn er im Sinne der Legaldefinition des Eventualvorsatzes die Verwirklichung seiner

---

<sup>1658</sup> Unzutreffend ist nach hier vertretener Ansicht auch der Einwand von KOCH/ KRÄMER, S. 306, wonach aus dem Umstand, dass die Spielregeln nur brutale bzw. mit übermässiger Härte begangene Foulspiele mit einem Feldverweis ahnden würden, geschlossen werden müsse, bei sämtlichen anderen (d.h. insbesondere bei rücksichtslosen Foulspielen) gingen die Spieler davon aus, dass ihre Sanktionierung durch die besondere Form der Spielfortsetzung und die gegebenenfalls auszusprechende Verwarnung abgegolten sei und es keiner zusätzlichen Sanktionierung durch das Strafrecht bedürfe.

<sup>1659</sup> Vgl. auch KLEIN, S. 227 f.

<sup>1660</sup> Vgl. anstelle vieler KLEIN, S. 227 m.w.H.

<sup>1661</sup> Vgl. auch THALER, Anmerkungen, S. 491.

<sup>1662</sup> So wurde der damalige Spieler des FC Aarau, *Sandro Wieser*, nach einem im Meisterschaftsspiel der Super League vom 9. November 2014 gegen den FC Zürich für ein an seinem Gegenspieler mit übertriebener Härte begangenes Foulspiel und einer damit einhergehenden, schweren Knieverletzung nach einer Strafanzeige von der zuständigen Staatsanwaltschaft mittels Strafbefehl wegen (eventual-) vorsätzlicher, einfacher Körperverletzung verurteilt. Aufgrund einer hiergegen eingereichten Einsprache erwuchs diese Verurteilung jedoch nicht in Rechtskraft (vgl. BRÄGGER/NOLTE, S. 215 sowie ANDEREGG, S. 210 m.w.H.). In der Folge wurde die Strafanzeige jedoch zurückgezogen und der Spieler freigesprochen (vgl. <<https://www.blick.ch/sport/fussball/challengeleague/19-monate-nach-horror-foul-an-yapi-fcz-zieht-klage-gegen-wieser-zurueck-id5313297.html>>, besucht Ende Juli 2017).

Tat für möglich hält und in Kauf nimmt.<sup>1663</sup> In Kauf nimmt eine Verletzung eines Gegenspielers, wer eine für die konkrete Sportart und in der konkreten Spielsituation waghalsige bzw. hochgradig risikoträchtige Aktion begeht. Insbesondere ein professioneller Sportler wird in aller Regel um mögliche Verletzungsfolgen solcher Aktionen wissen und darf deshalb nicht auf deren Ausbleiben vertrauen.<sup>1664</sup> Obwohl ein brutales bzw. mit übermässiger Härte begangenes Foulspiel im Sinne der IFAB-Spielregeln in diesen selber dadurch definiert wird, dass ein Spieler bei einer solchen Begehungsweise die Sicherheit eines Gegners gefährdet,<sup>1665</sup> kann hieraus nicht unbeschadet auf das Vorliegen eines Verletzungsvorsatzes im strafrechtlichen Sinn geschlossen werden. Dies schon alleine aufgrund der Tatsache, dass die in den IFAB-Spielregeln verwendeten Begriffe nicht im gesetzestechnischen Sinn zu verstehen sind.<sup>1666</sup>

## B) Strafbarkeit der Spieloffiziellen

Wie bereits erwähnt sind auch die Spieloffiziellen in das Geschehen auf dem Spielfeld integriert und gelten in diesem Sinne als «Sportteilnehmer»<sup>1667</sup>, weshalb grundsätzlich eine analoge Anwendung der vorstehend erläuterten sportarttypischen Sorgfaltspflichten auch im Rahmen der strafrechtlichen Haftung auf die Spieloffiziellen gerechtfertigt erscheint.<sup>1668</sup> So verwirklicht sich das sportartspezifische Risiko bei direkten physischen Kontakten der Spieloffiziellen mit Spielern auf dem Spielfeld insbesondere dann, wenn diese mit den Spielern im Eifer des Spiels unabsichtlich oder unvermeidbar zusammenstossen, beispielsweise durch Rückwärtslaufen.<sup>1669</sup> Mit solchen spieltypischen physischen Kontakten mit Spieloffiziellen haben die Spieler regelmässig zu rechnen,<sup>1670</sup> diese sind für sie entsprechend voraussehbar. Sofern ein Spieloffizieller jedoch beispielsweise einen Spieler aufgrund des Verlusts seiner Selbstbeherrschung oder Verärgerung schlägt oder gewollt mit einem Spieler kollidiert in der Absicht, diesen zu verletzen, stellt dies klarerweise keine Verwirklichung eines tatbe-

<sup>1663</sup> Vgl. Art. 12 Abs. 2 StGB; kritisch ANDEREGG, S. 211, welche eine (eventual-) vorsätzliche Tatbegehung lediglich bei Vorliegen eines «gewissen Verletzungserfolgs» annehmen will, worunter diese Autorin die Erfüllung des objektiven Tatbestands einer schweren Körperverletzung im Sinne von Art. 122 StGB versteht.

<sup>1664</sup> THALER, Anmerkungen, S. 491 mit Hinweis auf BGE 134 IV 26 ff.

<sup>1665</sup> Siehe vorne, S. 260 ff.

<sup>1666</sup> THALER, Haftung, S. 255 m.w.H.; DERSELBE, Weltmeistertitel, S. 178 m.w.H.; KLEIN, S. 52.

<sup>1667</sup> SCHILD, S. 129.

<sup>1668</sup> Siehe vorne, S. 249; vgl. auch SCHILD, S. 129; SCHÖNTAG, S. 224 f.; TÄNNLER, Schiedsrichter, S. 19.

<sup>1669</sup> Vgl. SCHILD, S. 129; ZIEHER, S. 39; BLANC, S. 173; ZEN-RUFFINEN, Nr. 1192.

<sup>1670</sup> Vgl. SCHÖNTAG, S. 225.

standsausschliessenden sportartspezifischen Risikos dar.<sup>1671</sup> Sofern die übrigen Strafbarkeitsvoraussetzungen erfüllt sind, ist ein solches, über das spieltypische Risiko hinausgehendes Verhalten der Spieloffiziellen als fahrlässige<sup>1672</sup> oder bei nachgewiesenem Verletzungsvorsatz auch als vorsätzliche<sup>1673</sup> Körperverletzung zu qualifizieren.

### 3. Körperverletzungsdelikte durch Unterlassen

Sowohl im Falle einer Verletzung eines Spielers aufgrund eines nicht geahndeten Foulspiels durch einen Gegenspieler als auch bei einer Verletzung eines Spielers aufgrund ungenügender Platz- oder Ausrüstungskontrollen bzw. -überwachung durch die Spieloffiziellen kommt zum Vorneherein lediglich eine Strafbarkeit der Spieloffiziellen aus Unterlassen infrage. Es handelt sich dabei um ein sogenannt unechtes Unterlassungsdelikt, da die Unterlassung, anders als im Falle der echten Unterlassungsdelikte, nicht ausdrücklich Gegenstand des Tatbestands ist.<sup>1674</sup> Für die Deliktshaftung des Zivilrechts konnte im Rahmen der Ausführungen zur Widerrechtlichkeit bereits festgestellt werden, dass die Spieloffiziellen eine aus den Spiel- und Verbandsregeln abgeleitete grundsätzliche Pflicht zum Schutz der körperlichen Integrität der am Spiel beteiligten Spieler dahin gehend trifft, eine über die durchschnittliche fussballimmanente Verletzungsgefahr hinausgehende Gefährdung zu verhindern.<sup>1675</sup> Dabei trifft die Spieloffiziellen einerseits die Pflicht, eine Erhöhung der Verletzungsgefahr für die Spieler durch Kontrollen und Überwachung des Spielfelds sowie der Ausrüstung der Spieler zu verhindern. Andererseits trifft sie auch die Pflicht, regelwidriges Verhalten zu ahnden und soweit als möglich zu unterbinden, um damit den Schutz der körperlichen Integrität der Spieler zu gewährleisten.<sup>1676</sup> Es stellt sich deshalb vorliegend die Frage, ob die Spieloffiziellen nicht nur zivilrechtlich, sondern auch strafrechtlich als Garant für die Schadenabwehr einzustehen haben und sie somit eine entsprechende Handlungspflicht trifft.

#### A) Spieloffizielle als Garanten

##### a) Zur Garantenstellung im Allgemeinen

Nach der gesetzlichen Regelung von Art. 11 StGB ist in strafrechtlich relevanter Weise pflichtwidrig untätig, wer die Gefährdung oder Verletzung eines straf-

---

<sup>1671</sup> Vgl. ZIEHER, S. 38 f.; SCHÖNTAG, S. 225; TÄNNLER, Schiedsrichter, S. 19; ZEN-RUFFINEN, Nr. 1192.

<sup>1672</sup> Vgl. SCHÖNTAG, S. 244;

<sup>1673</sup> Vgl. SCHÖNTAG, S. 225 f.

<sup>1674</sup> SEELMANN, Art. 11 StGB N 1; STRATENWERTH, § 14 N 4.

<sup>1675</sup> Siehe hierzu vorne, S. 236 ff.

<sup>1676</sup> Siehe hierzu vorne, S. 236 ff.

rechtlich geschützten Rechtsguts nicht verhindert, obwohl er aufgrund seiner Rechtsstellung (Garantenstellung) dazu verpflichtet wäre. Eine solche Verpflichtung kann sich namentlich aufgrund des Gesetzes, eines Vertrags, einer freiwillig eingegangenen Gefahrengemeinschaft oder durch Schaffung einer Gefahr ergeben. Diese im Gesetz namentlich aber nicht abschliessend aufgezählten Rechtsstellungen wurden in der Lehre schon lange vor deren gesetzlichen Kodifikation diskutiert und sind sehr umstritten.<sup>1677</sup> Häufig wird deshalb in der Lehre der Grund für Garantenpflichten auf zwei Grundpositionen zurückgeführt. Zum einen auf besondere Schutzpflichten für bestimmte Rechtsgüter (Obhutspflichten), zum andern auf die Verantwortlichkeit für bestimmte Gefahrenquellen (Sicherungspflichten).<sup>1678</sup> Unbestritten ist demgegenüber, dass sich diese Garantenstellung aus einer Rechtspflicht ergeben muss. Bloss allgemein umschriebene Obliegenheiten oder gar moralische Gebote sind für eine Bestrafung nicht ausreichend.<sup>1679</sup> Andererseits stellen nicht alle zivilrechtlichen Handlungspflichten gleichzeitig auch strafrechtlich relevante Garantenpflichten dar.<sup>1680</sup> Dies insbesondere deshalb, weil sich die Aufgabe des Strafrechts zumindest auf der Grundlage eines liberalen Rechtsbegriffs darauf zu beschränken hat, lediglich die fundamentale Freiheitssphäre vor Eingriffen und Verletzungen zu schützen, wogegen zivilrechtliche Handlungspflichten zufolge sozial- und wirtschaftspolitischer Überlegungen nicht selten zwecks Ausdehnung einer Schadenskompensation die Aspekte der Verhaltenshaftung sowie des individuellen Verantwortungsnachweises vernachlässigen.<sup>1681</sup> Handlungspflichten können demnach nur dann strafrechtlich relevant sein, wenn sie sich auf ein Verletzungsverbot zurückführen lassen.<sup>1682</sup> Entscheidend für das Vorliegen einer Obhutspflicht ist sodann, ob das Verhalten des Obhutsverpflichteten geeignet war, Vertrauen auf eine Gefahrenabwehr entstehen zu lassen, und ob faktisch ein solches Vertrauen, welches eigene Sicherungsmassnahmen überflüssig erscheinen liess, effektiv auch bestand.<sup>1683</sup>

<sup>1677</sup> SEELMANN, Art. 11 StGB N 34 m.w.H.; TRECHSEL, S. 250 f.; DONATSCH/TAG, S. 312 ff.; STRATENWERTH, § 14 N 11 ff.

<sup>1678</sup> SEELMANN, Art. 11 StGB N 35 m.w.H.; TRECHSEL, S. 250; DONATSCH/TAG, S. 311; STRATENWERTH, § 14 N 11.

<sup>1679</sup> SEELMANN, Art. 11 StGB N 11 m.w.H.; DONATSCH/TAG, S. 312.

<sup>1680</sup> SEELMANN, Art. 11 StGB N 36; TRECHSEL, S. 254; ausführlich GRÜNEWALD, S. 29 ff. sowie S. 119 ff.

<sup>1681</sup> GRÜNEWALD, S. 124 f. m.w.H.

<sup>1682</sup> Vgl. auch SEELMANN/GETH, Nr. 296 m.w.H.

<sup>1683</sup> SEELMANN, Art. 11 StGB N 39; GRÜNEWALD, S. 138 m.w.H.; vgl. auch SEELMANN/GETH, Nr. 297 ff. m.w.H.

*b) Garantenstellung der Spielloffiziellen*

Im Falle der Spielloffiziellen könnte sich eine Garantenstellung in erster Linie aus dem zwischen diesen sowie dem wettbewerbsveranstaltenden Verband bestehenden Vertragsverhältnis ergeben,<sup>1684</sup> eine direkte Vertragsbeziehung zwischen den Spielloffiziellen sowie den einzelnen Wettbewerbsteilnehmern besteht ja bekanntlich nicht.<sup>1685</sup> Damit ein Vertragsverhältnis eine Garantenstellung zu begründen vermag, muss dieses regelmässig die Pflicht zur Verhütung von Rechtsgutsbeeinträchtigungen der fraglichen Art zum Inhalt haben. Der Schutz des betroffenen Rechtsguts muss dabei grundsätzlich die vertragliche Hauptpflicht oder zumindest dessen wesentlichen Inhalt darstellen.<sup>1686</sup> Eine vertragliche Nebenpflicht wird demgegenüber lediglich dann eine Garantenstellung zu begründen vermögen, wenn sie selbständige Bedeutung beansprucht.<sup>1687</sup> Dies ist insbesondere bei Pflichten akzessorischer Natur, beispielsweise gerichtet auf Auskunft, Sorgfalt oder Rücksichtnahme, regelmässig nicht der Fall.<sup>1688</sup> Unerheblich für die Entstehung einer Garantenstellung aus Vertrag ist demgegenüber, ob die Vereinbarung direkt zwischen dem vertraglich verpflichteten und dem Träger des zu schützenden Rechtsguts besteht oder Sicherungspflichten einem Dritten übertragen wurden.<sup>1689</sup>

Obwohl die vertragliche Hauptleistungspflicht der Spielloffiziellen bekanntlich in erster Linie darin besteht, den Spielregeln Geltung zu verschaffen und die Durchführung eines fairen Spiels zu ermöglichen, haben sie hierbei auch für den Schutz der ihrer Regelungsgewalt unterstellten Spieler und Teamoffiziellen

---

<sup>1684</sup> Nach hier vertretener Ansicht ginge es zu weit, sämtliche an einem Spiel beteiligten Spieler und Spielloffizielle als freiwillig eingegangene Gefahrengemeinschaft im Sinne von Art. 11 Abs. 2 lit. c StGB zu qualifizieren (a.M. ZIEHER, S. 35). Eine solche liegt nach einhelliger Ansicht lediglich dann vor, wenn bzw. soweit sich die Angehörigen dieser Gemeinschaft ausdrücklich oder konkludent zusammengefunden haben, um drohende Gefahren durch den Zusammenschluss zu minimieren bzw. besser zu bestehen. Keine Gefahrengemeinschaft sind Gemeinschaften, welche nicht zum Zweck der Bewältigung von Gefahrensituationen eingegangen sind, worunter auch zufällige Gefahrengemeinschaften zu zählen sind (vgl. zum Ganzen DONATSCH/TAG, S. 317; STRATENWERTH, § 14 N 23; TRECHSEL, S. 253 f.). Durch die Teilnahme an einem Fussballspiel setzen sich die beteiligten Spieler demgegenüber jedoch gerade bewusst einer erhöhten Gefährdung durch die Gegenspieler aus (siehe hierzu vorne, S. 243).

<sup>1685</sup> Siehe hierzu vorne, S. 202.

<sup>1686</sup> DONATSCH/TAG, S. 316 m.w.H.; STRATENWERTH, § 14 N 16 m.w.H.; TRECHSEL, S. 252.

<sup>1687</sup> STRATENWERTH, § 14 N 16; CASSANI, Art. 11 StGB N 35 m.w.H.

<sup>1688</sup> STRATENWERTH, § 14 N 16 m.w.H.

<sup>1689</sup> DONATSCH/TAG, S. 315 f.

besorgt zu sein.<sup>1690</sup> Im Rahmen dieser Verpflichtung haben sie jedoch nicht jegliche Beeinträchtigung der körperlichen Integrität der Spieler, sondern lediglich eine über die durchschnittliche fussballimmanente Verletzungsgefahr der Spieler hinausgehende Gefährdung zu verhindern.<sup>1691</sup> Der Schutz der körperlichen Integrität der Spieler ist denn auch ein zentrales Anliegen der wettbewerbsveranstaltenden Verbände<sup>1692</sup> und die von den Spieloffiziellen zu gewährleistende Einhaltung der Spielregeln hat nicht zuletzt zum Ziel, die Spieler vor unnötigen Gefährdungen und Verletzungen zu schützen bzw. solche Vergehen gegen die Spielregeln entsprechend zu sanktionieren.<sup>1693</sup> Dies gilt insbesondere auch für die Pflicht der Spieloffiziellen, vor Beginn des Spiels sowohl die Beschaffenheit des Spielfelds als auch die Ausrüstung der Spieler zu prüfen. Es kann mithin also keine Rede davon sein, der Schutz der körperlichen Integrität der Spieler stelle lediglich eine akzessorische Nebenverpflichtung der Spieloffiziellen dar.

Zu beachten ist in diesem Zusammenhang überdies, dass die Spieler oft nur geringe Möglichkeiten des Selbstschutzes haben und entsprechend auf den Schutz der Spieloffiziellen angewiesen sind.<sup>1694</sup> Seitens der Spieler besteht denn auch regelmässig ein berechtigtes Vertrauen in die Spieloffiziellen, dass diese ihren vorerwähnten Schutzpflichten ihnen gegenüber nachkommen.<sup>1695</sup> Im Bewusstsein dieser Schutzpflicht der Spieloffiziellen setzen sich die Spieler sodann den Gefahren einer Spielteilnahme aus im Wissen darum, dass die Spielregeln ihnen praktisch keine Möglichkeiten bieten, sich selbst zu schützen. Diese Aufgabe kommt insofern den Spieloffiziellen zu, als diese regelwidriges Verhalten regeltechnisch und disziplinarisch zu bestrafen haben. Damit steht fest, dass seitens der Spieloffiziellen eine besondere Schutzpflicht (Obhutspflicht) für das Rechtsgut der körperlichen Integrität der Spieler und damit eine Garantenpflicht besteht,<sup>1696</sup> soweit eine über die fussballimmanente Verletzungsgefahr hinausgehende Gefährdung der Spieler vorliegt.

## **B) Vorwurfsidentität**

Gemäss Art. 11 Abs. 3 StGB ist, wer pflichtwidrig untätig bleibt, gestützt auf den entsprechenden Tatbestand nur dann strafbar, wenn ihm nach den Umständen der Tat derselbe Vorwurf gemacht werden kann, wie wenn er die Tat durch ein aktives Tun begangen hätte. Wie dieses eher vage Kriterium verstanden

---

<sup>1690</sup> Siehe hierzu vorne, S. 74 f.

<sup>1691</sup> Siehe hierzu vorne, S. 237.

<sup>1692</sup> Siehe hierzu vorne, S. 239.

<sup>1693</sup> Vgl. auch ZIEHER, S. 36 m.w.H.

<sup>1694</sup> KUHN, S. 125.

<sup>1695</sup> Vgl. auch SCHÖNTAG, S. 251.

<sup>1696</sup> Vgl. im Ergebnis auch SCHILD, S. 129 f.; TÄNNLER, Schiedsrichter, S. 19; SCHÖNTAG, S. 260. A.M. ZIEHER, S. 35 f.

werden soll, scheint unklar zu sein.<sup>1697</sup> Entsprechend gehen denn auch die Meinungen in der Literatur zum Sinn und Zweck dieser Bestimmung weit auseinander. Während gewisse Autoren der Ansicht sind, diese Bestimmung solle nur den Handlungsunwert einer Tat betreffen und damit die Frage klären, welchen Vorwurf einem Täter gemacht werden könne,<sup>1698</sup> ist diese Bestimmung für andere Autoren zur Prüfung der Frage des Vorliegens einer Garantenstellung heranzuziehen.<sup>1699</sup>

*a) Tatbestandsmässigkeit der Verletzungshandlung*

Hinsichtlich der Strafbarkeit von Spielfoffiziellen für Körperverletzungsdelikte durch Unterlassungen im Sinne von Verletzungen von Spielern aufgrund regeltechnisch und/oder disziplinarisch nicht geahндeter Foulspele oder ungenügender Ausrüstungs- oder Spielfeldkontrolle bzw. -überwachung kann in diesem Zusammenhang festgehalten werden, dass eine solche jedenfalls dann nicht bestehen kann, wenn es bereits an der Tatbestandsmässigkeit des Verhaltens des die Verletzung begehenden Spielers fehlt.<sup>1700</sup> An einer solchen Tatbestandsmässigkeit fehlt es bekanntlich dann, wenn der verletzende Spieler in der konkreten Spielsituation mindestens diejenige Sorgfalt angewendet hat, welche von einem mit durchschnittlichen Fähigkeiten und Kenntnissen ausgestatteten, erfahrenen und umsichtigen Fussballer in dieser konkreten Situation hätte erwartet werden dürfen, was bei regelgerechtem Verhalten oder lediglich fahrlässig im Sinne von Regel 12 der IFAB-Spielregeln begangenen Foulspele der Fall sein dürfte.<sup>1701</sup>

*b) Grundsätzlich analoge Anwendung des sportartspezifischen Sorgfaltsmassstabs auch auf Unterlassungen*

Darüber hinaus erscheint insbesondere im Lichte von Art. 11 Abs. 3 StGB nach hier vertretener Ansicht auch eine analoge Anwendung des im Rahmen der zivilrechtlichen Haftung angewendeten, sportartspezifischen Sorgfalts- bzw. Verschuldensmassstabs<sup>1702</sup> auf die strafrechtliche Haftung der Spielfoffiziellen für Unterlassungen als grundsätzlich gerechtfertigt.<sup>1703</sup> Dies bedeutet konkret, dass

---

<sup>1697</sup> Vgl. anstelle vieler JEAN-RICHARD-DIT-BRESSEL, Art. 11 StGB N 21 sowie TRECHSEL, S. 262.

<sup>1698</sup> Vgl. SEELMANN, Art. 11 StGB N 90 m.w.H.

<sup>1699</sup> Vgl. DONATSCH/TAG, S. 327 m.w.H.

<sup>1700</sup> Vgl. auch ZIEHER, S. 36 sowie BLOS, S. 312.

<sup>1701</sup> Siehe hierzu vorne, S. 312.

<sup>1702</sup> Siehe hierzu vorne, S. 263 ff.

<sup>1703</sup> Vgl. auch SCHILD, S. 130 m.w.H., a.M. offenbar SCHÖNTAG, S. 245. Selbst wenn man diesem Autor folgend eine Anwendung dieses fussballspezifischen Sorgfaltsmassstabs auf die strafrechtliche Haftung der Spielfoffiziellen gänzlich ablehnen würde, müsste eine Strafbarkeit für Verletzungen von Spielern zufolge regeltechnisch und/oder disziplinarisch nicht geahндeter Foulspele letztlich aufgrund feh-



eine Strafbarkeit der Spieloffiziellen für Verletzungen von Spielern zufolge regeltechnisch und/oder disziplinarisch nicht geahndeter Foulspele nur dann infrage kommt, wenn ein Spieloffizieller über die fussballspezifischen Grenzen von hinzunehmenden Eingriffen in die körperliche Integrität hinausgehende Regelverstösse nicht unterbindet und damit bewusst in Kauf nimmt, dass Spieler im Fortgang des Spiels durch denselben oder andere Gegenspieler weiter entsprechend attackiert werden, sodass diese Attacken letztlich in einer Körperverletzung zu enden haben.<sup>1704</sup> Sofern den Spieloffiziellen die Kontrolle über ein Spiel indes unabsichtlich entgleitet, weil sie beispielsweise zu Beginn eine zu grosszügige Linie in der Foulbeurteilung gewählt haben und dadurch mehrere Spieler verletzungsbedingt ausscheiden, können sie hierfür jedoch nicht strafrechtlich belangt werden. Mit anderen Worten haben die Spieler regelmässig damit zu rechnen, dass die Spieloffiziellen in einer hektischen Zweikampfsituation ein Foulspiel nicht als solches erkennen bzw. nicht oder nur ungenügend im Sinne der Spielregeln disziplinarisch sanktionieren. Ebenso haben sie mit der Möglichkeit zu rechnen, dass ein Spiel eine gewisse Eigendynamik annehmen und den Spieloffiziellen die Kontrolle über dieses Spiel mehr oder weniger entgleiten kann. Sie haben aber nicht damit zu rechnen, dass die Spieloffiziellen trotz erkennbarer Foulspele diese regeltechnisch und/oder disziplinarisch nicht sanktionieren, weil sie beispielsweise einem bestimmten Spieler – aus welchen Gründen auch immer – eine regelwidrige «Abreibung» durch einen Gegenspieler geradezu gönnen. Eine solche bewusste Unterlassung durch die Spieloffiziellen stellt klarerweise keine Verwirklichung eines tatbestandsausschliessenden sportartspezifischen Risikos dar, weshalb ein solches Verhalten der Spieloffiziellen bei Vorliegen der übrigen Strafbarkeitsvoraussetzung als Körperverletzung durch Unterlassen zu qualifizieren wäre.<sup>1705</sup>

Eine analoge Anwendung des im Rahmen der zivilrechtlichen Haftung angewendeten sportartspezifischen Sorgfalts- bzw. Verschuldensmassstabs ist sodann auch auf allfällige strafrechtlich relevante Unterlassungen der den Spieloffiziellen während der Dauer des Spiels obliegenden Überwachungspflicht angezeigt. Wie bereits im Rahmen der Ausführungen zur zivilrechtlichen Haftung erwähnt, sind die für die Bestimmung des anzuwendenden Sorgfaltsmassstabs zu berücksichtigenden Eigenarten der Tätigkeit der Spieloffiziellen sowie die damit verbundenen Risiken hinsichtlich ihrer Überwachungspflicht während des Spiels vergleichbar mit ihrer Verpflichtung zur korrekten Regelanwendung und Durchsetzung, sodass die Anwendung dieses sportartspezifischen Sorgfaltsmassstabs auch auf die Einschätzung und Beurteilung eines äusseren Einflusses, welcher einen Unterbruch oder Abbruch des Spiels notwendig macht, als logi-

---

lender hypothetischer Kausalität doch entfallen (vgl. hierzu hinten, S. 322).

<sup>1704</sup> Vgl. auch ZIEHER, S. 35 f.

<sup>1705</sup> Vgl. auch ZIEHER, S. 35 f.

sche Konsequenz erscheint. Entsprechend ist auch aus strafrechtlicher Sicht im Falle einer Verletzung dieser Überwachungspflicht ein tatbestandsbegründendes Verschulden der Spielloffiziellen lediglich dann anzunehmen, wenn eine solche Unterlassung durch die Spielloffiziellen bewusst erfolgte und eine damit einhergehende Körperverletzung der Spieler bewusst in Kauf genommen wurde.

c) *Ausnahmsweise keine Anwendung des sportartspezifischen Sorgfaltsmassstabs*

Demgegenüber ist eine analoge Anwendung dieses sportartspezifischen bzw. fussballspezifischen Sorgfalts- bzw. Verschuldensmassstabs auf die strafrechtliche Haftung der Spielloffiziellen für Verletzungen von Spielern zufolge vor Spielbeginn ungenügend oder gar nicht erfolgter Ausrüstungs- und Spielfeldkontrollen wie für die zivilrechtliche Haftung nicht angezeigt. Während Verletzungen der Spieler aufgrund unabsichtlicher Zusammenstösse mit den Spielloffiziellen ebenso wie die unabsichtliche Nichtahndung regeltechnischer und/oder disziplinarischer Natur von Foulspielen oder auch eine während des Spiels durch die Spielloffiziellen unbewusst erfolgte, falsche Einschätzung eines einen Unterbruch oder gar Abbruch des Spiels notwendig machenden äusseren Einflusses vorhersehbar sind, müssen Verletzungen aufgrund ungenügender, durch die Spielloffiziellen vor dem Spiel durchzuführender Kontrollen von den Spielern demgegenüber gerade nicht erwartet werden.<sup>1706</sup> Es handelt sich hierbei denn auch nicht um die Verwirklichung eines sportartspezifischen Risikos, weshalb sich die Spielloffiziellen für solche pflichtwidrigen Unterlassungshandlungen grundsätzlich auch dann strafrechtlich zu verantworten haben, wenn diese Kontrollen nicht absichtlich, sondern lediglich aus pflichtwidriger Unvorsichtigkeit nicht oder ungenügend durchgeführt wurden.

Im Zusammenhang mit diesen vor Spielbeginn durchzuführenden Ausrüstungs- und Spielfeldkontrollen ist sodann auch für die strafrechtliche Haftung der Spielloffiziellen darauf hinzuweisen, dass sich hinsichtlich der von den Spielern zu tragenden Ausrüstungsgegenstände in Regel 4 der IFAB-Spielregeln teilweise detaillierte Anordnungen finden, wogegen weder den Spielregeln selber noch den konkretisierenden Weisungen der wettbewerbsveranstaltenden Verbände konkrete Kriterien, wann ein Spielfeld oder dessen Umgebung ein reguläres Spiel zulassen, entnommen werden kann. Die Entscheidung, ob ein Spielfeld als beispielbar einzustufen ist oder nicht, wird deshalb im Einzelfall durch die Spielloffiziellen ausser in ganz eindeutigen Fällen<sup>1707</sup> nach Zweckmässigkeitsgedan-

---

<sup>1706</sup> Vgl. auch SCHÖNTAG, S. 245.

<sup>1707</sup> Beispielsweise im Falle eines vereisten oder unter Wasser stehenden Spielfelds, eines Gewitters mit Blitz einschlag (vgl. auch SCHILD, S. 129), auf dem Spielfeld oder in dessen unmittelbaren Nähe befindlicher und die körperliche Integrität der Beteiligten gefährdender Fremdgegenstände (Scherben oder Ähnliches, vgl. auch

ken zu treffen sein, wobei ihnen auch aus strafrechtlicher Sicht ein Ermessensspielraum zustehen wird.<sup>1708</sup> Eine Pflichtwidrigkeit und damit letztlich eine strafbare Unterlassung wird den Spielfoffiziellen hinsichtlich Spielfeldkontrolle demnach lediglich dann vorzuwerfen sein, wenn sie diesen Ermessensspielraum missachten<sup>1709</sup> oder diese Kontrollen gänzlich unterlassen.

### C) Ursachen- bzw. Kausalzusammenhang

Es steht jedoch ausser Frage, dass die Spielfoffiziellen auch im Rahmen ihrer strafrechtlichen Verantwortlichkeit nicht für alles einzustehen haben, was die Spieler während eines Spiels anstellen. Wie das Zivilrecht kennt auch das Strafrecht hierfür geeignete Korrektive,<sup>1710</sup> worunter insbesondere das Kriterium des hypothetischen Kausalzusammenhangs zu zählen ist. Nach der von der herrschenden Lehre sowie der bundesgerichtlichen Rechtsprechung hierzu vertretenen *Wahrscheinlichkeitstheorie* ist dieser Zusammenhang im Rahmen eines Unterlassungsdelikts dann gegeben, wenn die gebotene Handlung nicht hinzugegacht werden kann, ohne dass der Erfolg höchstwahrscheinlich entfiel.<sup>1711</sup> Im Falle von Körperverletzungen zufolge ungenügender Ausrüstungs- oder Spielfeldkontrolle bzw. -überwachung wird man allgemein davon ausgehen können, dass die Vornahme einer entsprechend gebotenen Kontrolle bzw. Überprüfung des Spielfelds oder der Ausrüstung den Körperverletzungserfolg höchstwahrscheinlich hätte abwenden können, sodass die Unterlassung der Spielfoffiziellen als kausal für den eingetretenen Verletzungserfolg zu betrachten ist.<sup>1712</sup> Im Falle von über das fussballspezifische Risiko hinausgehenden Körperverletzungen von Spielern aufgrund nicht geahndeter Foulspele ist wie im Rahmen der Ausführungen zur zivilrechtlichen Haftung<sup>1713</sup> auch für das Strafrecht festzuhalten, dass die präventiven Einwirkungsmöglichkeiten der Spielfoffiziellen auf das Verhalten der Spieler nur gering sind. Eine von den Spielfoffiziellen zu verantwortende, kausale Unterlassung dürfte demnach auch in strafrechtlicher Sicht lediglich dann vorliegen, wenn die Spielfoffiziellen wiederholte, über die fussballspezifischen Grenzen hinausgehende Regelverstösse regeltechnisch und

---

SCHÖNTAG, S. 257) oder zufolge Zuschauerausschreitungen wiederholt auf das Spielfeld geworfener Gegenstände (Feuerwerkskörper oder Ähnliches).

<sup>1708</sup> Vgl. auch SCHÖNTAG, S. 254 sowie TÄNNLER, Schiedsrichter, S. 19.

<sup>1709</sup> SCHÖNTAG, S. 254.

<sup>1710</sup> ZIEHER, S. 36.

<sup>1711</sup> Vgl. anstelle vieler DONATSCH/TAG, S. 326 m.w.H.; TRECHSEL, S. 260 f. m.w.H. Zur dieser Wahrscheinlichkeitstheorie entgegenstehenden sogenannten *Risikoerhöhungstheorie* vgl. anstelle vieler STRATENWERTH, § 14 N 36 m.w.H.

<sup>1712</sup> Vgl. auch SCHÖNTAG, S. 255.

<sup>1713</sup> Siehe hierzu vorne, S. 216 ff. sowie HEERMANN, Haftung, Nr. 1833.

disziplinarisch nicht bestrafen und sich im weiteren Fortgang des Spiels diese Gefahr in Form des Eintritts einer Körperverletzung verwicklicht.<sup>1714</sup>

## D) Vorsatz und Erkennbarkeit

Wie beim Handlungsdelikt sind auch beim unechten Unterlassungsdelikt sowohl eine vorsätzliche als auch eine fahrlässige Tatbegehung möglich. Letztere ist allerdings wie beim Handlungsdelikt nur dort strafbar, wo eine entsprechende Strafnorm besteht.

### a) *Inkaufnahme des tatbestandsmässigen Erfolgs*

Der für eine Vorsatztat erforderliche Unterlassungsvorsatz erfordert wissensseitig neben der Kenntnis der Handlungspflicht bzw. der Garantenstellung, der Tatmacht sowie der hypothetischen Kausalität auch das Wissen um die Gefahr, dass der tatbestandsmässige Erfolg eintreten könnte, und um die Möglichkeit des Täters, diesen abzuwenden.<sup>1715</sup> Willensseitig ist für die Annahme eines Unterlassungsvorsatzes erforderlich, dass der Täter in Kenntnis aller objektiven Tatbestandselemente beschlossen hat, nichts zur Rettung des gefährdeten Rechtsguts zu unternehmen und dabei den Eintritt des tatbestandsmässigen Erfolgs mindestens in Kauf nimmt.<sup>1716</sup> Sofern der Täter die erfolgsabwendende Handlung indes im Vertrauen darauf unterlässt, dass schon nichts passieren werde, so fehlt es am Vorsatz und liegt allenfalls eine fahrlässige Tatbegehung vor.<sup>1717</sup>

Im Falle der Spielloffiziellen bedeutet dies für den Fall der unterlassenen regeltechnischen und/oder disziplinarischen Ahndung von Foulspielen, dass eine vorsätzliche Körperverletzung durch Unterlassen lediglich dann vorliegen kann, wenn die Spielloffiziellen erkennbare Foulspiele als solche nicht ahnden und dabei mindestens in Kauf nehmen, dass Spieler im Fortgang des Spiels fortgesetzt und in einer über die fussballspezifischen Grenzen von hinzunehmenden Eingriffen in die körperliche Integrität hinausgehenden Weise attackiert werden und hierbei eine Körperverletzung erleiden könnten. Vertrauen die Spielloffiziellen demgegenüber darauf, dass diese in Kauf genommenen regelwidrigen Attacken bei den betroffenen Spielern keine strafrechtlich relevanten Körperverletzungen hervorrufen, kommt lediglich noch eine Strafbarkeit wegen fahrlässiger Körperverletzung durch Unterlassen infrage.

---

<sup>1714</sup> Vgl. auch KUHN, S. 126 f.

<sup>1715</sup> STRATENWERTH, § 14 N 42; SCHÖNTAG, S. 256 m.w.H.; vgl. auch DONATSCH/TAG, S. 327 f.; TRECHSEL, S. 261.

<sup>1716</sup> DONATSCH/TAG, S. 329.

<sup>1717</sup> STRATENWERTH, § 14 N 46.

### *b) Erkennbarkeit der Gefährdung*

Unabdingbare Voraussetzung sowohl eines vorsätzlichen als auch eines fahrlässigen Unterlassungsdelikts ist die Erkennbarkeit des Eintritts der tatsächlichen Umstände, welche die Garantenpflicht des Täters überhaupt erst auslösen.<sup>1718</sup> Im Falle der Spieloffiziellen bedeutet dies konkret, dass eine Strafbarkeit sowohl wegen vorsätzlicher als auch wegen fahrlässiger Körperverletzung durch Unterlassen zum Vorneherein nicht infrage kommt, wenn diese eine Gefährdung der körperlichen Integrität der Spieler über das fußballspezifische Risiko hinaus gar nicht erkennen. Dies ist im Rahmen von Spielerverletzungen aufgrund regeltechnisch und/oder disziplinarisch nicht geahndeter Foulspele sowie ungenügender Ausrüstungs- oder Spielfeldkontrolle bzw. -überwachung einerseits dann der Fall, wenn die Spieloffiziellen während des Spiels an den Spielern begangene Fouls nicht als solche erkennen und diese entsprechend regeltechnisch nicht mit einem Freistoss oder Strafstoss sanktionieren. Dasselbe gilt auch dann, wenn die Spieloffiziellen Foulspele zwar als solche erkennen, ihnen dabei aber entgeht, dass diese mit einer über die von den Spielern hinzunehmenden fußballspezifischen Intensität, mit anderen Worten rücksichtslos oder mit übertriebener Härte ausgeführt wurde und entsprechend fälschlicherweise auf eine disziplinarische Sanktionierung solcher Foulspele mit einer Verwarnung oder einem Ausschluss verzichten. Andererseits fehlt es an einer solchen Erkennbarkeit der Gefährdung der körperlichen Integrität der Spieler über das fußballspezifische Risiko hinaus auch dann, wenn die Spieloffiziellen im Rahmen ihrer vor dem Spiel durchgeführten Kontrolle des Spielfelds sowie der Ausrüstung entsprechende Gefahrenquellen auf oder im Umfeld des Spielfelds bzw. an der Ausrüstung der Spieler gar nicht erkennen.

Zu beachten ist in diesem Zusammenhang noch die gesetzliche Regelung von Art. 13 Abs. 2 StGB, gemäss welcher der Täter dennoch wegen fahrlässiger Begehung der Tat strafbar ist, wenn er den Tatbestandsirrtum bei pflichtgemässer Vorsicht hätte vermeiden, mit anderen Worten den Eintritt der tatsächlichen Umstände, welche die Garantenpflicht auslösen, hätte erkennen können.<sup>1719</sup> In diesem Zusammenhang scheint zur Bestimmung der von den Spieloffiziellen zur Irrtumsvermeidung anzuwendenden Sorgfalt im Falle der Verletzung von Spielern aufgrund von regeltechnisch und/oder disziplinarisch nicht geahndeter Foulspele oder der unzureichend wahrgenommenen Überprüfungspflicht des Spielfelds sowie dessen Umgebung während des Spiels wiederum eine analoge Anwendung des an anderer Stelle entwickelten sportartspezifischen Sorgfalts-

---

<sup>1718</sup> DONATSCH/TAG, S. 368 f.; STRATENWERTH, § 14 N 41 sowie § 17 N 3 m.w.H.

<sup>1719</sup> Einem Tatbestandsirrtum im Sinne von Art. 13 StGB unterliegt entgegen dessen Wortlaut nicht nur, wer sich positiv falsche Vorstellungen über den Sachverhalt macht. Es genügt bereits das Fehlen der richtigen Vorstellung, also die blosser Unkenntnis eines Tatbestandsmerkmals (SEELMANN, Art. 13 StGB N 10).

massstabs angezeigt.<sup>1720</sup> Entsprechend wäre demnach eine Sorgfaltspflichtverletzung der Spielloffiziellen lediglich dann anzunehmen, wenn diese die fraglichen Foulspiele als solche erkannt, jedoch aus einer irgendwie gearteten Absicht regeltechnisch und/oder disziplinarisch dennoch nicht geahndet bzw. das von ihnen geleitete Spiel trotz einer erkannten Gefährdung der Spieler nicht unterbrochen bzw. abgebrochen haben. Demgegenüber ist zur Bestimmung der zur Irrtumsvermeidung anzuwendenden Sorgfalt im Falle der Verletzung von Spielern aufgrund ungenügender, vor dem Spiel vorzunehmender Spielfeld- und Ausrüstungskontrollen die Anwendung eines sportartspezifischen Sorgfaltsmassstabs wiederum nicht angezeigt, da es sich hierbei nicht um die Verwirklichung sportartspezifischer Risiken handelt.

#### 4. Vermögensdelikte

Im Falle von bei Wettbewerbsteilnehmern aufgrund von spielentscheidende<sup>1721</sup> Fehlentscheidungen herbeigeführter Vermögensschäden steht nach aktueller<sup>1722</sup> Rechtslage eine Strafbarkeit der Spielloffiziellen wegen Betrugs

---

<sup>1720</sup> Siehe hierzu vorne, S. 263 ff.

<sup>1721</sup> Insbesondere im Falle von Spielmanipulationen aufgrund des Wetteinsatzes von Dritten ist häufig kein bestimmtes und erst recht kein positives Ergebnis für die unterstützende Mannschaft notwendig, um die Zwecke des Dritten erfüllen zu können (siehe hierzu vorne, Fn. 1097). Damit überhaupt ein Vermögensdelikt zulasten der Spielteilnehmer oder gegebenenfalls dem wettbewerbsveranstaltenden Verband vorliegt, müssen die von den Spielloffiziellen getroffenen Fehlentscheide demgegenüber das Resultat des von ihnen geleiteten Spiels zwingend beeinflussen. Eine solche Beeinflussung hat sich jedoch nicht gezwungenermaßen im Entscheid über Sieg oder Niederlage einer Mannschaft zu widerspiegeln, sondern kann sich je nach Ausgangslage (Tabellensituation, Resultat eines allfälligen Hinspiels) auch im Torverhältnis niederschlagen.

<sup>1722</sup> Im Entwurf eines neuen Geldspielgesetzes (vgl. hierzu BBl 2015, S. 8535 ff.) ist auch eine Revision des Sportförderungsgesetzes geplant, im Zuge welcher dieses insbesondere mit der Schaffung eines Tatbestands der Wettkampfmanipulation (Art. 25a E-SpoFöG) ergänzt werden soll. Zweck dieser Bestimmung ist in erster Linie der Schutz der Integrität des Sports, nicht aber derjenige des Vermögens von Sportveranstaltern und Wettanbietern (vgl. auch RAUCH/SCHÖNENBERGER, Nr. 34). Strafbar machen soll sich dabei unter anderem, wer an einem Sportwettkampf, auf dem Sportwetten angeboten werden, eine Funktion ausübt und für die Verfälschung des Ablaufs dieses Sportwettkampfs für sich oder eine Drittperson einen nicht gebührenden Vorteil fordert, sich versprechen lässt oder annimmt (vgl. Art. 25a Abs. 2 E-SpoFöG). Bei diesem neuen Straftatbestand würde es sich demnach um ein echtes Sonderdelikt handeln, wobei hiervon unter anderen auch die Spielloffiziellen erfasst würden (vgl. auch RAUCH/SCHÖNENBERGER, Nr. 35 sowie TRUNZ, S. 256 f. m.w.H.). Weiterführend zum Ganzen RAUCH/SCHÖNENBERGER, Nrn. 30 ff.; MUDRY/MANGEAT, Nrn. 38 ff. sowie Botschaft Geldspielgesetz, S. 8512 ff.

(Art. 146 StGB), arglistiger Vermögensverschiebung (Art. 151 StGB), Veruntreuung (Art. 138 StGB) oder Bestechlichkeit (Art. 322<sup>quater</sup> bzw. Art. 322<sup>novies</sup> StGB) im Vordergrund. Bereits an dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass es sich bei sämtlichen dieser vorerwähnten und im Folgenden zu behandelnden Straftatbeständen um Vorsatzdelikte handelt. Eine bloss fahrlässige Begehung dieser Tatbestände ist somit mangels entsprechender Fahrlässigkeitsstrafnormen nicht strafbar.<sup>1723</sup> Darüber hinaus verlangen die Tatbestände des Betrugs sowie der Veruntreuung zusätzlich noch das Vorliegen einer Eigen- oder Drittbereicherungsabsicht.<sup>1724</sup> Eine Strafbarkeit der Spieloffiziellen für Vermögensschäden von Wettbewerbsteilnehmern aufgrund von Fehlentscheidungen kommt deshalb zum Vorneherein lediglich dann infrage, wenn diese Fehlentscheidungen von den Spieloffiziellen bewusst herbeigeführt wurden.

### **A) Strafbarkeit wegen Betrugs nach Art. 146 StGB**

Den objektiven Tatbestand des Betrugs nach Art. 146 Abs. 1 StPO erfüllt, wer in der Absicht, sich selber oder einen anderen unrechtmässig zu bereichern, jemanden durch Vorspiegelung oder Unterdrückung von Tatsachen arglistig irreführt oder ihn in seinem Irrtum arglistig bestärkt und so den Irrenden zu einem Verhalten bestimmt, wodurch dieser sich selbst oder einen anderen am Vermögen schädigt. Indem Spieloffizielle bewusst im Rahmen eines ihnen zur Leitung übertragenen Spiels einen oder mehrere Fehlentscheide treffen, könnte dieser Verhaltensweise grundsätzlich eine strafbare Betrugshandlung sowohl zum Nachteil der an diesem Spiel beteiligten Clubs oder Nationalverbände als auch deren Spieler zugrunde liegen. Ebenfalls denkbar wäre ein Betrug zum Nachteil des mit den Spieloffiziellen in einem Vertragsverhältnis stehenden Verbands.

#### *a) Betrug zum Nachteil der am Spiel beteiligten Spieler*

##### *aa) Arglistige Täuschung*

Als Täuschung gilt jedes Verhalten, welches darauf gerichtet ist, bei einem anderen eine von der Wirklichkeit abweichende Vorstellung hervorzurufen, sei dies durch Mittel der Sprache, durch Gesten oder auch durch konkludentes Verhalten.<sup>1725</sup> Aufgrund der Tatsache, dass die Spieloffiziellen reglementarisch und vertraglich verpflichtet sind, im von ihnen geleiteten Spiel den Spielregeln nach bestem Wissen und Gewissen Geltung zu verschaffen, besteht seitens sämtlicher am Spiel beteiligter Akteure regelmässig die berechtigte Erwartung, dass die Spieloffiziellen dieser Verpflichtung auch entsprechend nachkommen. Konkret zielt diese Erwartung dahin, dass die Spieloffiziellen die sich auf dem Spielfeld

---

<sup>1723</sup> Vgl. Art. 12 Abs. 1 StGB.

<sup>1724</sup> Vgl. auch ARZT, Art. 146 StGB N 193 ff. sowie NIGGLI/RIEDO, Art. 138 StGB N 113 ff.

<sup>1725</sup> Vgl. anstelle vieler CRAMERI, Art. 146 StGB, N 2 m.w.H.

zutragenden Tatsachen nach bestem Wissen und Gewissen erkennen, unter die in den Spielregeln festgeschriebenen Tatbestände subsumieren und die sich hieraus ebenfalls aus den Spielregeln ergebenden Rechtsfolgen durchsetzen. Falls die Spielloffiziellen jedoch eine in den Spielregeln vorgesehene Rechtsfolge ohne das Vorliegen des hierzu notwendigen Sachverhalts zur Anwendung bringen, erzeugen sie hinsichtlich des Vorliegens bzw. der Wahrnehmung dieses Sachverhalts bei den am Spiel beteiligten Spielern einen Irrtum.<sup>1726</sup>

Neben der Täuschung als solcher dürfte bei bewussten Fehlentscheidungen der Spielloffiziellen auch regelmässig eine Arglist vorliegen. Gemäss ständiger bundesgerichtlicher Rechtsprechung liegt Arglist nicht nur dann vor, wenn der Täter sich zur Täuschung besonderer Machenschaften bedient, sondern auch dann, wenn er bloss falsche Angaben im Sinne einer einfachen Lüge macht, deren Überprüfung jedoch dem Getäuschten nicht oder nur mit besonderer Mühe möglich oder nicht zumutbar ist.<sup>1727</sup> Eine Überprüfung der durch die Spielloffiziellen auf dem Spielfeld tatsächlich wahrgenommenen Ereignisse wird den einzelnen Spielern sodann schon deshalb weder möglich noch zumutbar sein, da es sich bei der effektiven Wahrnehmung des sich auf dem Spielfeld zugetragenem Sachverhalts um eine sogenannte innere Tatsache<sup>1728</sup> handelt,<sup>1729</sup> welche durch die Spielloffiziellen mit ihrem Entscheid gegen aussen wiedergegeben wird.

#### *bb) Vermögensschädigung*

Trotz dieser im Falle von bewussten Fehlentscheidungen durch die Spielloffiziellen bei den am Spiel beteiligten Spielern hervorgerufenen arglistigen Täuschung fehlt es in der Folge regelmässig an einer gestützt auf diesen Irrtum getroffene schädigende Vermögensdisposition.<sup>1730</sup> Zwar kann eine solche Vermögensdisposition grundsätzlich auch in der Nichtgeltendmachung eines Anspruchs bestehen.<sup>1731</sup> Entsprechend könnte eine solche Vermögensschädigung grundsätzlich darin gesehen werden, dass die Spieler darauf verzichten, gegen die Wertung des fraglichen Spiels vorzugehen und eine Spielwiederholung zu fordern. Dies wäre grundsätzlich möglich, handelt es sich doch bei einer bewussten Fehlentscheidung der Spielloffiziellen regelmässig nicht um einen Tatsachenentscheid, sondern aufgrund des Umstands, dass die Spielloffiziellen auf den von ihnen festgestellten Sachverhalt die Spielregeln falsch anwenden, vielmehr um einen

---

<sup>1726</sup> Vgl. auch WEBER, Strukturen, S. 470 m.w.H.; KOMOROWSKI/BREDEMEIER, S. 181; ZIEHER, S. 32. A.M. offenbar KOCH, Betrug, S. 168 f.

<sup>1727</sup> Vgl. anstelle vieler ARZT, Art. 146 StGB N 63 m.w.H.

<sup>1728</sup> Vgl. hierzu ARZT, Art. 146 StGB N 37 f.

<sup>1729</sup> Vgl. auch CRAMERI, Art. 146 StGB N 9 m.w.H.

<sup>1730</sup> WEBER, Strukturen, S. 470 m.w.H.; a.M. offenbar SCHÖNTAG, S. 216; ZIEHER, S. 33.

<sup>1731</sup> ARZT, Art. 146 StGB N 130; CRAMERI, Art. 146 StGB N 15.



Regelverstoss.<sup>1732</sup> Den einzelnen Spielern kommt indes gar keine Befugnis zu, rechtswirksam gegen die Wertung eines Spiels Einspruch einzulegen.<sup>1733</sup> Diese kommt einzig dem am Spiel teilnehmenden und betroffenen Club oder Nationalverband zu.<sup>1734</sup>

Eine Vermögensverfügung kann indes auch zum Schaden eines Dritten erfolgen.<sup>1735</sup> Insofern wäre es grundsätzlich denkbar, dass der allenfalls getäuschte Club oder Nationalverband in der Nichtgeltendmachung seines Anspruchs auf Ansetzung eines Wiederholungsspiels damit eine Vermögensverfügung zulasten seiner Spieler vornimmt. Betrugsrelevante Verfügungen über Drittvermögen setzen indes regelmässig das Vorliegen eines Näheverhältnisses zwischen dem irrenden Verfügenden und dem geschädigten Vermögensinhaber voraus, welches entweder in einer Verfügungsbefugnis des Irrenden oder in einer faktischen Nähe im Sinne der sogenannten *Lagertheorie*<sup>1736</sup> bestehen kann.<sup>1737</sup> Sowohl an der Verfügungsmacht über das Vermögen seiner Spieler als auch über ein solches faktisches Näheverhältnis im Sinne der Lagertheorie zu seinen Spielern wird es seitens des allenfalls getäuschten Clubs oder Nationalverbands indes regelmässig fehlen.<sup>1738</sup>

b) *Betrug zum Nachteil der am Spiel beteiligten Clubs oder Nationalverbände*

aa) *Arglistige Täuschung*

Zunächst stellt sich im Rahmen der Prüfung des Vorliegens einer allfälligen arglistigen Täuschung die Frage, ob seitens der Spielloffiziellen eine solche Täuschungshandlung nur gegenüber den unmittelbar am Spiel beteiligten Spielern oder auch gegenüber dem die Mannschaft stellenden Club oder Nationalverband als solchem erfolgt. Dies wird in der Literatur teilweise verneint mit der Begründung, es fehle diesfalls an einer für eine Täuschungshandlung erforderlichen, hinreichend konkreten Kommunikationsbeziehung zwischen Spielloffiziel-

<sup>1732</sup> Vgl. hierzu vorne, S. 30 ff.

<sup>1733</sup> WEBER, Strukturen, S. 470 m.w.H.; KOMOROWSKI/BREDEMEIER, S. 182.

<sup>1734</sup> Vgl. Art. 50 Abs. 1 WR-SFV sowie Art. 56 Abs. 1 UEFA-RPO. Der Umstand, dass gemäss diesen Bestimmungen der Protest formell durch den Mannschaftskapitän und damit einem Spieler gegenüber dem Schiedsrichter erklärt werden muss, ändert nichts an der Tatsache, dass es sich hierbei letztlich um eine Erklärung im Namen des betroffenen Clubs oder Nationalverbands handelt.

<sup>1735</sup> ARZT, Art. 146 StGB N 137; CRAMER, Art. 146 StGB N 18.

<sup>1736</sup> Der Verfügende hat dabei derart im Lager des Geschädigten zu stehen, dass der Charakter des Betrugs als Selbstschädigungsdelikt gewahrt bleibt (ARZT, Art. 146 StGB N 138 m.w.H.).

<sup>1737</sup> ARZT, Art. 146 StGB N 138 m.w.H.

<sup>1738</sup> Vgl. auch FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, 8. Teil N 173.

len und Club- bzw. Verbandsverantwortlichen.<sup>1739</sup> Dieser Meinung ist nach hier vertretener Ansicht nicht zu folgen. Wie bereits erwähnt, gilt als Täuschung jedes Verhalten, welches darauf gerichtet ist, bei einem andern eine von der Wirklichkeit abweichende Vorstellung hervorzurufen. Ein solches Verhalten kann nicht nur durch Sprache und Gesten, sondern auch konkludent erfolgen.<sup>1740</sup> In diesem Sinne besteht nicht nur seitens der am Spiel beteiligten Spieler eine berechtigte Erwartung, dass die Spieloffiziellen den Spielregeln nach bestem Wissen und Gewissen Geltung verschaffen. Vielmehr dürfen auch die am Spiel beteiligten Clubs bzw. Nationalverbände sowie der mit den Spieloffiziellen in einem Vertragsverhältnis stehende, wettbewerbsveranstaltende Verband nach hier vertretener Ansicht regelmässig davon ausgehen, dass die Spieloffiziellen diese zentrale und für ihre Akzeptanz als unparteiische Leiter des durch sie zu leitenden Spiels unabdingbare Pflicht der Neutralität stets erfüllen.<sup>1741</sup>

*bb) Vermögensschädigung*

Wie bereits erwähnt, stünde den am Spiel beteiligten Clubs oder Nationalverbänden im Falle bewusst getroffener Fehlentscheidungen der Spieloffiziellen die Möglichkeit offen, gegen die Wertung des fraglichen Spiels vorgehen und eine Spielwiederholung fordern zu können.<sup>1742</sup> In einem Verzicht auf das Recht zur Anfechtung der Spielwertung zufolge der durch die Spieloffiziellen hervorgerufenen Täuschung kann seitens der Clubs oder Nationalverbände im Gegensatz zu deren Spielern ohne Weiteres eine Vermögensdisposition erblickt werden.<sup>1743</sup>

Vollendet ist die Betrugshandlung jedoch erst mit dem Eintritt eines effektiven Vermögensschadens.<sup>1744</sup> In der Lehre wird hierzu teilweise die Meinung vertreten, ein Vermögensschaden sei zumindest immer dann anzunehmen, wenn der benachteiligte Club oder Nationalverband aufgrund der bewussten Fehlentscheidung der Spieloffiziellen aus dem entsprechenden Wettbewerb ausscheide. Demgegenüber sei bei Ligaspielen, in welchen solche Fehlentscheidungen nicht unmittelbar zum Ausscheiden aus dem Wettbewerb führten, kein Schaden anzunehmen, da den Clubs oder Nationalverbänden aus der blossen Tabellensituation kein Schaden erwachse.<sup>1745</sup> Diese Meinung ist nach hier vertretener Ansicht gleich in doppelter Hinsicht unzutreffend. Einerseits kann nach Beendigung eines Wettbewerbs die Tabellensituation sehr wohl in finanzieller Hinsicht relevant sein. So berechtigen gewisse Tabellenplatzierungen in den nationalen Meisterschaften beispielsweise zur Teilnahme an den finanziell lukrativen Clubwett-

<sup>1739</sup> FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, 8. Teil N 169; WEBER, Strukturen, S. 471.

<sup>1740</sup> Siehe vorne, S. 326 sowie ARZT, Art. 146 StGB N 42.

<sup>1741</sup> Gl.M. auch KOMOROWSKI/BREDEMEIER, S. 181.

<sup>1742</sup> Siehe hierzu vorne, S. 327.

<sup>1743</sup> A.M. offenbar ZIEHER, S. 33.

<sup>1744</sup> CRAMERI, Art. 146 StGB N 20.

<sup>1745</sup> Vgl. WEBER, Strukturen, S. 471; FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, 8. Teil N 171.

bewerben der UEFA, was den teilnehmenden Clubs erhebliche Mehreinnahmen beschert.<sup>1746</sup> Darüber hinaus kann eine bessere Tabellenplatzierung am Ende eines Wettbewerbs durchaus auch anderweitig Einfluss auf die finanzielle Situation eines Clubs oder Nationalverbands haben, beispielsweise durch tabellenplatzbezogene Ausschüttungen von Fernsehgeldern oder durch Einnahmen aus Sponsoring, welche nach einer erfolgreichen Spielzeit regelmässig höher sein dürften als nach einer sportlich schlechten. In diesem Sinne kann einem Club oder Nationalverband auch aus einer blossen Tabellenplatzierung durchaus ein Schaden entstehen, wobei sich diesfalls möglicherweise die Frage nach dessen Substanziierung und dessen rechtsgenügendem Beweis stellen kann. Andererseits ist auch an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass die infolge der Täuschung durch die Spieloffiziellen erfolgte Vermögensdisposition der betroffenen Clubs oder Nationalverbände lediglich darin bestand, die Wertung des betroffenen Spiels anzufechten und eine Wiederholung dieses Spiels zu verlangen. Anders als beispielsweise die Gewinnchancen bei Lotterien und Glücksspielen, welche gegen Entgelt erworben werden, demnach einen Marktwert aufweisen und entsprechend als Vermögenswert anerkannt sind, kann eine Siegeschance in einem Fussballspiel nicht erworben werden und verfügt demnach auch nicht über einen Marktwert.<sup>1747</sup> Zwar sind nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung auch hinreichend gesicherte Anwartschaften unter den wirtschaftlichen Vermögensbegriff zu subsumieren.<sup>1748</sup> Die im Zusammenhang mit einem Wiederholungsspiel erhofften wirtschaftlichen Einnahmen setzen indes in aller Regel voraus, dass das Spiel mit einem bestimmten Resultat endet. Vor Beginn des Spiels besteht indes regelmässig keine betrugsrechtlich relevante Wahrscheinlichkeit, dass eine Mannschaft ein bestimmtes Resultat erreichen wird, sodass es letztlich auch aufseiten der von bewussten Fehlentscheidungen durch Spieloffizielle betroffenen Clubs oder Nationalverbänden an einer Vermögensschädigung fehlt.<sup>1749</sup>

<sup>1746</sup> Diese Einnahmen insbesondere aus der Teilnahme an der UEFA Champions League sind derart hoch, dass beispielsweise der Borussia Dortmund zur Abfederung allfälliger Ausfälle dieser Einnahmen im Falle einer ausbleibenden Qualifikation für die UEFA Champions League gar eine Versicherung abgeschlossen hat. Auch Vereine aus Spanien sollen solche Versicherungen abgeschlossen haben, während diese in England verboten sind (vgl. <<http://www.sueddeutsche.de/sport/champions-league-dortmund-kassiert-millionen-fuer-den-misserfolg-1.2450210>>, besucht Ende Juli 2017).

<sup>1747</sup> KOMOROWSKI/BREDEMEIER, S. 182 m.w.H.

<sup>1748</sup> CRAMERI, Art. 146 StGB N 20 m.w.H.

<sup>1749</sup> Vgl. auch KOMOROWSKI/BREDEMEIER, S. 182.

*cc) Bereicherungsabsicht*

Selbst wenn man entgegen dieser Ansicht davon ausgehen würde, bei den betroffenen Clubs oder Nationalverbänden liege entweder in der Chance auf Erlangung einer vermögenswerten Rechtsposition durch den Verbleib in einem Wettbewerb bzw. dem Erreichen einer bestimmten Tabellenplatzierung oder allfälliger zusätzlicher Einnahmen aus einem Wiederholungsspiel dennoch eine Vermögensschädigung vor,<sup>1750</sup> müsste zwischen diesem eingetretenen Schaden und der Bereicherung durch den Täuschenden oder einen Dritten ein innerer Zusammenhang bestehen, welcher schlagwortartig regelmässig als sogenannte *Stoffgleichheit* bezeichnet wird. Die Bereicherung muss dabei die Kehrseite des beim Opfer eingetretenen Schadens sein, wobei letztlich entscheidend ist, dass die Bereicherung nicht aus einem anderen als dem Opfervermögen erfolgt.<sup>1751</sup>

Sofern die Spielloffiziellen mit der Vornahme von bewussten Fehlentscheidungen die Absicht verfolgt haben, sich selbst und allfälligen Hintermännern im Rahmen einer mit diesen abgesprochenen Manipulation des Spiels einen unrechtmässigen Vermögensvorteil zu verschaffen, dürfte der von den Spielloffiziellen erstrebte Vermögensvorteil regelmässig in Gestalt einer Beteiligung an einem Wettgewinn der Hintermänner bestehen. Eine Stoffgleichheit zwischen diesem Vermögensvorteil und dem bei den von dieser Spielmanipulation betroffenen Clubs oder Nationalverbänden eingetretenen Vermögensschaden besteht dabei regelmässig nicht.<sup>1752</sup>

Denkbar wäre grundsätzlich auch, dass ein Spielloffizieller ein Spiel nicht mit Selbstbereicherungsabsicht, sondern mit Drittbereicherungsabsicht zugunsten eines am Spiel beteiligten Clubs oder Nationalverbands bewusst manipuliert. Doch auch in diesem Fall dürfte es regelmässig am Erfordernis der Stoffgleichheit fehlen. Auch bei dieser Konstellation ist sodann nicht ersichtlich, inwiefern eine Bereicherung eines spielbeteiligten Clubs oder Nationalverbands aus dem Vermögen des andern erfolgt sein soll.<sup>1753</sup>

*c) Betrug zum Nachteil des wettbewerbsveranstaltenden Verbands*

Nicht nur seitens der am Spiel direkt beteiligten Spieler, Clubs oder Nationalverbände, sondern auch seitens des jeweils wettbewerbsveranstaltenden Verbands besteht regelmässig die Erwartung, dass die Spielloffiziellen im Rahmen der ihnen übertragenen Spielleitungen den Spielregeln nach bestem Wissen und Gewissen Geltung verschaffen. Dies gilt seitens des Verbands umso mehr, als

<sup>1750</sup> Vgl. WEBER, Strukturen, S. 471; KOMOROWSKI/BREDEMEIER, S. 182.

<sup>1751</sup> CRAMERI, Vor Art. 137 StGB m.w.H. N 13 m.w.H.; ARZT, Art. 146 StGB N 194 m.w.H.

<sup>1752</sup> WEBER, Strukturen, S. 471; KOMOROWSKI/BREDEMEIER, S. 183; FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, 8. Teil N 172; HEILEMANN, S. 147; ZIEHER, S. 33.

<sup>1753</sup> Vgl. auch KOMOROWSKI/BREDEMEIER, S. 183.

dieser mit den Spielloffiziellen ja regelmässig noch in einem Vertragsverhältnis steht, dessen Hauptleistungspflicht seitens der Spielloffiziellen gerade in dieser nach bestem Wissen und Gewissen vorzunehmenden Spielleitung besteht.<sup>1754</sup> Sofern die Spielloffiziellen in einem Spiel bewusst Fehlentscheidungen treffen, fehlt es am Willen zur gehörigen Erfüllung dieses mit dem Verband bestehenden Vertragsverhältnisses. Diese Täuschung hinsichtlich der durch die Spielloffiziellen dem Verband vertraglich versprochenen und diesem effektiv abgelieferten Leistung führt beim Verband zu einem Irrtum und gestützt hierauf zu einer im Ergebnis letztlich ungerechtfertigten<sup>1755</sup> Ausrichtung der vertraglich vereinbarten Vergütung an die Spielloffiziellen.<sup>1756</sup> Ein Vermögensschaden liegt diesfalls seitens des Verbands ohne Weiteres vor. Ein solcher könnte sich darüber hinaus auch aus der Unterlassung des Verbands zur Geltendmachung von Haftungsansprüchen gegenüber den Spielloffiziellen ergeben.<sup>1757</sup>

Hinsichtlich des Vorliegens einer Bereicherungsabsicht wird in der Literatur teilweise die Ansicht vertreten, eine solche liege mangels Stoffgleichheit nicht vor, da es den Spielloffiziellen in diesen Fällen lediglich darum gehe, die ihnen im Falle einer Spielmanipulation ausgelobte Belohnung zu kassieren. Der vertragliche Vergütungsanspruch sei diesfalls lediglich mittelbare Folge des seitens der Spielloffiziellen auf die ausgelobte Belohnung gerichteten Verhaltens und stelle sich insofern nicht als absichtlich erstrebtes Ziel ihrer Handlungen dar.<sup>1758</sup> Nach hier vertretener Ansicht ist demgegenüber davon auszugehen, dass es den Spielloffiziellen in solchen Fällen zumindest *auch* auf die vertragliche Vergütung durch den Verband ankommen dürfte.<sup>1759</sup> Darüber hinaus ist auch an dieser Stelle zu bedenken, dass eine Spielmanipulation durch die Spielloffiziellen grundsätzlich nicht nur mit Selbstbereicherungsabsicht, sondern auch mit Drittbereicherungsabsicht zugunsten eines am Spiel teilnehmenden Clubs oder Nationalverbands bewusst vorgenommen werden kann. In diesen Fällen wird man erst recht nicht mehr ernsthaft behaupten können, der vertragliche Vergütungsanspruch sei nicht erstrebtes Ziel der Spielloffiziellen.

<sup>1754</sup> Siehe hierzu vorne, S. 74 f.

<sup>1755</sup> Unabhängig von der Qualifikation des Vertrags zwischen den Spielloffiziellen und dem Verband als Arbeitsvertrag oder einfacher Auftrag ist dem Verband die Verrechnung eines allfälligen Lohn- (vgl. hierzu Art. 323b Abs. 2 OR) bzw. Honoraranspruchs im Falle einer vorsätzlich erfolgten Schlechterfüllung stets im vollen Umfang möglich (für den Honoraranspruch vgl. FELLMANN, Art. 394 OR N 52 ff.).

<sup>1756</sup> Vgl. auch WEBER, Strukturen, S. 472; KOMOROWSKI/BREDEMEIER, S. 183; FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, 8. Teil N 186; HEILEMANN, S. 148 f.; REDELL, S. 89 f.

<sup>1757</sup> WEBER, S. 473.

<sup>1758</sup> Vgl. KOMOROWSKI/BREDEMEIER, S. 183 m.w.H.

<sup>1759</sup> Gl.M. auch WEBER, Strukturen, S. 472; FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, 8. Teil N 168; HEILEMANN, S. 148 f.

*d) Exkurs: Betrug zum Nachteil des Wettveranstalters*

Lediglich am Rande sei ausserhalb der an dieser Stelle abgehandelten Fallgruppen<sup>1760</sup> von Schädigungshandlungen noch erwähnt, dass im Falle einer Manipulation eines geleiteten Spiels zugunsten des Wetteinsatzes eines Dritten mittels bewusster Fehlentscheidungen der Spielloffiziellen auch noch eine Strafbarkeit der Spielloffiziellen wegen Betrugs zum Nachteil des Wettanbieters in Betracht kommt.<sup>1761</sup> So hat der deutsche Bundesgerichtshof Schiedsrichter Robert Hoyzer im Zusammenhang mit den von ihm manipulierten Spielen wegen Beihilfe zum Betrug verurteilt.<sup>1762</sup> Dies im Wesentlichen mit der Begründung, dass beim Abschluss einer Sportwette beide Seiten davon ausgehen dürften, dass der Wettgegenstand nicht manipuliert sei und dass durch ebensolche Manipulationen das Wettisiko zuungunsten des Wettanbieters verschoben werde, wodurch diesem ein erheblicher Schaden entstünde.<sup>1763</sup> Dieses Urteil wurde in der Literatur aus verschiedenen Gründen kritisiert, worauf an dieser Stelle indes ebenfalls nicht weiter eingegangen werden soll.<sup>1764</sup> In diesem Zusammenhang sei lediglich darauf hingewiesen, dass das Bundesstraengericht im Rahmen zweier Urteile<sup>1765</sup> aus dem Jahre 2012 in gegen mehrere in der Challenge League tätige Profifussballer geführten Strafverfahren feststellte, dass einzig ein Mensch, nicht aber ein Computer im Rahmen eines Betrugs arglistig getäuscht werden könne.<sup>1766</sup> Da die Wetten auf die durch die Beschuldigten manipulierten Spiele im Internet platziert worden und allfällige, hinter den Wettportalen stehende und für die Abwicklung der Wetten allenfalls erforderliche Personen nicht zu identifizieren waren, lag aus Sicht des Bundesstraengerichts ein Betrug nach Art. 146 StGB nicht vor. Auch andere Tatbestände, insbesondere der Missbrauch einer Datenverarbeitungsanlage nach Art. 147 StGB, waren aus Sicht des Bundesstraengerichts nicht erfüllt.<sup>1767</sup> Anders als durch den Bundesgerichtshof unter deutschem Recht im Fall *Hoyzer* entschieden, entfällt nach schweizerischem Recht demnach eine Strafbarkeit der Spielloffiziellen wegen Betrugs zum Nachteil des

---

<sup>1760</sup> Siehe hierzu vorne, S. 197 f.

<sup>1761</sup> Vgl. auch FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, 8. Teil N 165 ff.; HEILEMANN, S. 146 f.

<sup>1762</sup> Urteil des BGH vom 15. Dezember 2006, in: NJW 11/2007, S. 782 ff.; vgl. auch WEBER, Strukturen, S. 473 ff.

<sup>1763</sup> LUDWIG, Spielmanipulationen, S. 158; vgl. auch KOMOROWSKI/BREDEMEIER, S. 183 f. m.w.H.

<sup>1764</sup> Weiterführend hierzu WEBER, Strukturen, S. 476 ff. m.w.H.; KRÜGER/HILBERT/WENGENROTH, S. 190 ff.; MÜLLER-METGE, S. 120 ff.; weitere Hinweise bei HEERMANN, Fehlverhalten, Fn. 62, sowie ZIEHER, Fn. 12.

<sup>1765</sup> Urteile des Bundesstraengerichts SK.2012.21 und SK.2011.33 vom 13. November 2012, Ersteres in: CaS 2/2013, S. 158 ff.

<sup>1766</sup> Urteil des Bundesstraengerichts SK.2012.21, E. 2.4.

<sup>1767</sup> Urteil des Bundesstraengerichts SK.2012.21, E. 2.5.

Wettanbieters im Falle einer Manipulation eines von ihnen geleiteten Spiels zugunsten des Wetteinsatzes eines Dritten regelmässig dann, wenn die fraglichen Wetteinsätze im Internet platziert wurden und allfällige, hinter diesen Onlineportalen stehende und für die Abwicklung der Wetten allenfalls erforderlichen Personen nicht zu identifizieren sind.<sup>1768</sup>

## **B) Strafbarkeit wegen arglistiger Vermögensverschiebung nach Art. 151 StGB**

Soweit die Erfüllung des Betrugstatbestands einzig am Vorliegen einer Selbst- oder Drittbereicherungsabsicht der Spieloffiziellen scheitert, sämtliche objektiven Tatbestandselemente eines Betrugs demgegenüber jedoch vorliegen, findet immerhin regelmässig der Tatbestand der arglistigen Vermögensschädigung Anwendung. Dieser Tatbestand wurde denn auch als eigentlicher Auffangtatbestand zum Betrug konzipiert.<sup>1769</sup> Insbesondere liegt eine arglistige Vermögensschädigung auch dann vor, wenn beim Täter zwar eine Bereicherungsabsicht grundsätzlich gegeben ist, es sich dabei aber um einen im Sinne von Art. 146 StGB nicht stoffgleichen Vermögensvorteil handelt.<sup>1770</sup> Subjektiv verlangt aber auch der Tatbestand der arglistigen Vermögensschädigung das Vorliegen eines Vorsatzes aufseiten des Täters.<sup>1771</sup> Entsprechend findet auch dieser Straftatbestand lediglich insofern auf Fehlentscheidungen der Spieloffiziellen Anwendung, als diese bewusst herbeigeführt worden sein müssen, wogegen eine bloss fahrlässige Begehung auch bei diesem Tatbestand eine Strafbarkeit ausschliesst. Schliesslich ist an dieser Stelle noch darauf hinzuweisen, dass es sich beim Tatbestand der arglistigen Vermögensschädigung im Gegensatz zu den übrigen im Rahmen des vorliegenden Kapitels behandelten Straftatbeständen um ein sogenanntes Antragsdelikt handelt. Ein entsprechender Strafantrag ist sodann vom primären Opfer, d.h. dem in seinem Vermögen effektiv Geschädigten,<sup>1772</sup> innert dreier Monate ab Kenntnis der Person des Täters geltend zu machen.<sup>1773</sup>

<sup>1768</sup> Vgl. auch BROGLIA, S. 17 f. Demgegenüber scheint nach Ansicht von HEILEMANN, S. 138 f. selbst bei einer nicht über ein Onlineportal abgewickelten Wette der Betrugstatbestand nicht gegeben zu sein, da im Zeitpunkt der Manipulation kein Irrtum beim Angestellten des Wettveranstalters hervorgerufen werde, welcher zu einer vermögensschädigenden Handlung Verfügung aufseiten des Wettanbieters führe. Hierfür seien noch weitere Zwischenhandlungen erforderlich.

<sup>1769</sup> ARZT, Art. 151 StGB N 1.

<sup>1770</sup> ARZT, Art. 151 StGB N 6 m.w.H.; CRAMERI, Art. 146 StGB N 7.

<sup>1771</sup> CRAMERI, Art. 151 StGB N 4.

<sup>1772</sup> ARZT, Art. 151 StGB N 8; vgl. auch JEAN-RICHARD-DIT-BRESSSEL, Art. 30 StGB N 1 m.w.H.

<sup>1773</sup> Vgl. auch Art. 31 StGB.

### C) Strafbarkeit wegen Veruntreuung nach Art. 138 StGB

Damit den Spielloffiziellen im Falle von bewusst getroffenen Fehlentscheidungen und dadurch bei den Wettbewerbsteilnehmern eingetretenen Vermögensschäden eine strafrechtlich relevante Veruntreuung vorgeworfen werden könnte, müssten die Spielloffiziellen einer entsprechenden Vermögensbetreuungspflicht unterliegen. Eine derartige Pflicht ist sowohl in der Missbrauchs- als auch in der Treubruchvariante Voraussetzung einer Strafbarkeit wegen Veruntreuung.<sup>1774</sup> Nach langjähriger bundesgerichtlicher Rechtsprechung besteht eine solche Vermögensbetreuungspflicht dann, wenn jemand einen Vermögenswert mit der Verpflichtung empfängt, diesen in bestimmter Weise im Interesse eines anderen zu verwenden, insbesondere zu verwahren, zu verwalten oder abzuliefern.<sup>1775</sup> Eine derartige Verpflichtung besteht seitens der Spielloffiziellen indes weder gegenüber dem wettbewerbsveranstaltenden Verband noch den am von ihnen geleiteten Spiel teilnehmenden Clubs oder Nationalverbänden bzw. deren Spielern.<sup>1776</sup> Hieran vermag auch die Tatsache nichts zu ändern, dass seitens des wettbewerbsveranstaltenden Verbands regelmässig ein Interesse an der Ausweitung des Schutzbereichs bzw. der Haftung der Spielloffiziellen für durch deren allfällige Manipulationshandlungen bei den am Spiel beteiligten Clubs oder Nationalverbänden eingetretenen Schäden besteht.<sup>1777</sup>

### D) Strafbarkeit wegen Bestechlichkeit nach Art. 322<sup>quater</sup> bzw. Art. 322<sup>novies</sup> StGB

Sofern Spielloffizielle in einem von ihnen geleiteten Spiel bewusste Fehlentscheidungen vor dem Hintergrund treffen, dass ihnen hierfür von Wettbewerbsteilnehmern oder Dritten eine Belohnung in Aussicht gestellt wurde, steht allenfalls eine Strafbarkeit wegen Bestechlichkeit im Raum. Je nach geschütztem Rechtsgut könnte sich die Strafbarkeit dabei entweder aus Art. 322<sup>quater</sup> StGB (schützt die Sachlichkeit der Verwaltung)<sup>1778</sup> oder Art. 322<sup>novies</sup> StGB (schützt die Integrität des privaten Sektors)<sup>1779</sup> ergeben.

#### a) *Bestechlichkeit nach Art. 322<sup>quater</sup> StGB*

Den objektiven Tatbestand von Art. 322<sup>quater</sup> StGB erfüllt unter anderem, wer als Schiedsrichter im Zusammenhang mit seiner amtlichen Tätigkeit für eine pflichtwidrige oder eine im Ermessen stehende Handlung oder Unterlassung für

<sup>1774</sup> KOMOROWSKI/BREDEMEIER, S. 181.

<sup>1775</sup> NIGGLI/RIEDO, Art. 138 StGB N 40 m.w.H.; CRAMERI, Art. 138 StGB N 4 m.w.H.

<sup>1776</sup> Vgl. auch KOMOROWSKI/BREDEMEIER, S. 181; ZIEHER, S. 33; HEILEMANN, S. 140, S. 147 und S. 172.

<sup>1777</sup> Siehe hierzu vorne, S. 222 ff.

<sup>1778</sup> PIETH, Art. 322<sup>ter</sup> StGB N 57.

<sup>1779</sup> Vgl. Botschaft Korruptionsstrafrecht, S. 3599.



sich oder einen Dritten einen nicht gebührenden Vorteil fordert, sich versprechen lässt oder annimmt. Als Schiedsrichter im Sinne dieses Straftatbestands gelten jedoch ausschliesslich ausserstaatliche, von den Prozessparteien bestimmte private Richter zur Entscheidung von Zivilstreitigkeiten. Unparteiische bei Sportveranstaltungen gehören demnach klarerweise nicht dazu.<sup>1780</sup>

*b) Bestechlichkeit nach Art. 4a Abs. 1 lit. a i.V.m. Art. 23 Abs. 1 aUWG*

Bis zur am 1. Juli 2016 erfolgten Einführung des Straftatbestands der privaten Bestechlichkeit im Strafgesetzbuch durch Art. 322<sup>novies</sup> StGB enthielt lediglich das Lauterkeitsrecht in Art. 4a Abs. 1 lit. a i.V.m. Art. 23 Abs. 1 aUWG einen Straftatbestand, welcher die Bestechlichkeit von Privaten unter Strafe stellte. Mit Einführung von Art. 322<sup>novies</sup> StGB wurde diese Bestimmung nunmehr vom Begriff des unlauteren Wettbewerbs losgelöst, ins Strafgesetzbuch überführt und gleichzeitig in ein Offizialdelikt umgewandelt. Entsprechend findet sich in der aktuellen Version von Art. 23 UWG, welcher bestimmt, welche unlauteren Handlungen strafrechtliche Folgen haben, kein Hinweis mehr auf Art. 4a UWG.<sup>1781</sup> Da jedoch der Wortlaut der neuen Bestimmung von Art. 322<sup>novies</sup> StGB fast genau jenem von Art. 4a UWG entspricht bzw. jenem nachgebildet wurde, sind die nachfolgenden Ausführungen zu dieser Bestimmung für das Verständnis des neuen Straftatbestands von Art. 322<sup>novies</sup> StGB dennoch von Relevanz.

*aa) Anwendbarkeit des UWG*

Dem UWG untersteht gemäss dessen Art. 2 nur dasjenige Verhalten, welches sich auf das Verhältnis zwischen Mitbewerbern oder zwischen Anbietern und Abnehmern auswirkt. Die Anwendbarkeit des UWG setzt demnach das Vorliegen einer wettbewerbsrelevanten Handlung voraus, worunter gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung jede objektive Eignung zur Wettbewerbsbeeinflussung zu verstehen ist.<sup>1782</sup> Vor Inkrafttreten der Bestimmung von Art. 322<sup>novies</sup> StGB bzw. der damit verbundenen Änderung von Art. 23 UWG stellte sich deshalb aus strafrechtlicher Sicht konkret die Frage, inwiefern aufgrund von bestochenen Spieloffiziellen manipulierte Fussballspiele den Erfolg gewinnstrebigster Unternehmen im Kampf um Abnehmer verbesserten oder verminderten.<sup>1783</sup> Wie bereits schon an anderer Stelle erwähnt, können Fehlentscheidungen von Spieloffiziellen sowohl für die am Spiel beteiligten Clubs oder Nationalverbände als

<sup>1780</sup> PIETH, Art. 322<sup>ter</sup> StGB N 17; JEAN-RICHARD-DIT-BRESSEL, Vor Art. 322<sup>ter</sup> StGB N 3; vgl. auch HEILEMANN, S. 138 sowie ZIEHER, S. 29 f.

<sup>1781</sup> Vgl. auch Botschaft Korruptionsstrafrecht, S. 3610.

<sup>1782</sup> HILTY, Art. 1 UWG N 33 m.w.H.

<sup>1783</sup> GFELLER, S. 128 m.w.H.

auch deren Spieler enorme wirtschaftliche Auswirkungen zeitigen.<sup>1784</sup> Vor diesem Hintergrund sind Spielmanipulationen zufolge bewusster Fehlentscheidungen von Spielloffiziellen im professionellen Fussballsport durchaus als Wettbewerbshandlungen zu qualifizieren, welche bei entsprechender Wettbewerbsrelevanz der Manipulation auch eine Anwendbarkeit des UWG zulassen.<sup>1785</sup>

*bb) Strafbarkeit wegen Bestechlichkeit*

Unlauter im Sinne von Art. 4a Abs. 1 lit. a UWG handelt, wer unter anderem als Arbeitnehmer oder Auftraggeber im privaten Sektor im Zusammenhang mit seiner dienstlichen oder geschäftlichen Tätigkeit für eine pflichtwidrige oder eine im Ermessen stehende Handlung oder Unterlassung für sich oder einen Dritten einen nicht gebührenden Vorteil fordert, sich versprechen lässt oder annimmt. Vor dem Hintergrund, dass die Spielloffiziellen zum jeweils wettbewerbsveranstaltenden Verband regelmässig in einem Arbeits- oder Auftragsverhältnis stehen, kommen sie als Täter einer passiven Privatbestechung ohne Weiteres infrage.<sup>1786</sup>

Als Tatmittel der passiven Bestechung nennt das Gesetz ein Fordern, Annehmen oder Sichversprechenlassen eines ungebührlichen Vorteils. Ein Vorteil kann dabei materieller oder auch immaterieller Art sein. Ersterer stellt den Bestochenen in wirtschaftlicher oder rechtlicher Sicht besser, während Letzterer zu einer beruflichen oder gesellschaftlichen Besserstellung führt.<sup>1787</sup> Nicht gebührend ist ein solcher Vorteil immer dann, wenn der Bestochene hierauf keinen Anspruch hat.<sup>1788</sup> Als Gegenleistung für die Zuwendung dieses ungebührlichen Vorteils hat der Bestochene sodann eine pflichtwidrige oder im Ermessen stehende Handlung vorzunehmen. Pflichtwidrig ist ein Verhalten, wenn der Bestochene eine Handlung vornimmt, welche er im Innenverhältnis zu seinem Geschäftsherrn nicht vornehmen dürfte.<sup>1789</sup>

Wie bereits schon mehrfach erwähnt, liegt seitens der Spielloffiziellen eine solche Pflichtverletzung im Rahmen ihrer vertraglichen Beziehungen zum wettbewerbsveranstaltenden Verband regelmässig dann vor, wenn sie den Spielregeln nicht nach bestem Wissen und Gewissen Geltung verschaffen, sondern stattdessen den sich auf dem Spielfeld zugetragen Sachverhalt bewusst in unzutreffender Art und Weise unter die in den Spielregeln vorgesehenen Tatbestände

---

<sup>1784</sup> Siehe hierzu vorne, S. 193.

<sup>1785</sup> GLM. auch GFELLER, S. 129 m.w.H. Vgl. auch HEILEMANN, S. 135; BROGLIA, S. 13 m.w.H. sowie RAUCH/SCHÖNENBERGER, Nr. 27.

<sup>1786</sup> Vgl. auch GFELLER, S. 124.

<sup>1787</sup> Vgl. FRICK, Art. 4a UWG N 47 m.w.H.

<sup>1788</sup> FRICK, Art. 4a UWG N 46 m.w.H.; SPITZ, Art. 4a UWG N 80 m.w.H.

<sup>1789</sup> FRICK, Art. 4a UWG N 55 m.w.H.; SPITZ, Art. 4a UWG N 70 m.w.H.

subsumieren und diese dadurch falsch anwenden.<sup>1790</sup> Sofern die Spieloffiziellen also seitens von Wettbewerbsteilnehmern oder auch Dritten als Gegenleistung für bewusste Fehlentscheidungen einen solch ungebührlichen Vorteil annehmen, fordern oder sich auch nur versprechen lassen, erfüllen sie damit grundsätzlich den Tatbestand der passiven Bestechung von Art. 4a Abs. 1 lit. b UWG.<sup>1791</sup> Unerheblich für die Erfüllung dieses Tatbestands ist sodann, ob der bestochene Spieloffizielle die Pflichtverletzung, konkret die bewusste Fehlentscheidung, effektiv überhaupt durchgeführt hat oder nicht. Zur Erfüllung der Tatbestandsmässigkeit reicht die Eingehung einer Bestechungsvereinbarung bzw. deren Angebot bereits aus.<sup>1792</sup>

### cc) Strafantragsberechtigung

An dieser Stelle sei sodann noch darauf hingewiesen, dass der Tatbestand der Bestechlichkeit gemäss Art. 23 Abs. 1 aUWG als Antragsdelikt ausgestaltet war.<sup>1793</sup> Dabei ist zum einen beachtenswert, dass Art. 4a UWG zwei selbständige Tatbestände (aktive und passive Bestechung) enthält, weshalb der Antragssteller die Wahl hat, ob er gegen den Bestechenden oder den Bestochenen alleine oder gegen beide gemeinsam ein Strafverfahren einleiten wollte.<sup>1794</sup> Zum anderen wurde der Kreis der strafantragsberechtigten Personen über die direkten Opfer hinaus mit dem Verweis von Art. 23 Abs. 2 auf Art. 9 und 10 UWG auch auf Konkurrenten,<sup>1795</sup> im konkreten Fall also grundsätzlich auch auf von einer Manipulation lediglich mittelbar betroffene, weil nicht direkt am fraglichen Spiel, jedoch an demselben Wettbewerb teilnehmende Clubs oder Nationalverbände,<sup>1796</sup> ausgedehnt. Keine Strafantragsbefugnis kam demgegenüber sowohl den Spielern der am Wettbewerb beteiligten Clubs oder Nationalverbänden als auch dem wettbewerbsveranstaltenden Verband zu, da diese selbst nicht als

<sup>1790</sup> Siehe hierzu vorne, S. 204.

<sup>1791</sup> Vgl. auch GFELLER, S. 126. A.M. HEILEMANN, S. 137 f. m.w.H. sowie KRÜGER/HILBERT/WENGENROTH, S. 189 f., wonach die Strafbarkeit der Spieloffiziellen am fehlenden Merkmal des Bezugs einer Ware oder Dienstleistung fehlen soll. Anders als der Bestechungstatbestand im deutschen StGB (vgl. § 299) gehört dieses Merkmal jedoch nicht zum Tatbestand von Art. 4a UWG. Demgegenüber lehnt ZIEHER, S. 30 m.w.H. die Anwendbarkeit des Bestechungstatbestands mit dem Hinweis ab, die Tätigkeit der Spieloffiziellen erfolge nicht im geschäftlichen Betrieb im Sinne von § 299 StGB; gl.M. auch KRÜGER/HILBERT/WENGENROTH, S. 189.

<sup>1792</sup> Vgl. GFELLER, S. 126 f. m.w.H.

<sup>1793</sup> Mit der im Zuge der Revision des Korruptionsstrafrechts erfolgten Anpassung von Art. 23 UWG wurde diese Bestimmung wie die neue Bestimmung von Art. 322<sup>novies</sup> StGB ebenfalls als Officialdelikt ausgestaltet.

<sup>1794</sup> GFELLER, Art. 4a UWG N 64 m.w.H.

<sup>1795</sup> FRICK, Art. 4a UWG N 65 m.w.H.

<sup>1796</sup> RÜETSCHI/ROTH, Art. 9 UWG N 6 m.w.H.

Rechtssubjekte am Wettbewerb beteiligt sind und entsprechend auch keine eigenen Interessen geltend machen konnten.<sup>1797</sup>

c) *Bestechlichkeit nach Art. 322<sup>novies</sup> StGB*

Strafbar im Sinne dieser seit 1. Juli 2016 in Kraft stehenden Gesetzesbestimmung macht sich, wer als Arbeitnehmer, Gesellschafter, Beauftragter oder als andere Hilfsperson eines Dritten im privaten Sektor im Zusammenhang mit seiner dienstlichen oder geschäftlichen Tätigkeit für eine pflichtwidrige oder eine im Ermessen stehende Handlung oder Unterlassung für sich oder einen Dritten einen nicht gebührenden Vorteil fordert, sich versprechen lässt oder annimmt. Der Wortlaut dieser Bestimmung entspricht wie bereits erwähnt fast genau jenem von Art. 4a Abs. 1 UWG, entsprechend sind auch die Tatbestandsmerkmale grundsätzlich dieselben,<sup>1798</sup> weshalb an dieser Stelle hierfür auf die vorstehenden Ausführungen zu Art. 4a Abs. 1 UWG verwiesen werden kann.<sup>1799</sup> Das Tatbestandsmerkmal der Wettbewerbsverzerrung fällt demgegenüber im Vergleich zur Bestechlichkeitsstrafnorm des UWG selbstredend weg. Analog zur Bestechlichkeitsnorm von Amtsträgern (Art. 322<sup>quater</sup> StGB) ist diese neue Strafbestimmung nunmehr im Grundsatz als Officialdelikt ausgestaltet, wobei jedoch in leichten Fällen die Strafverfolgung nach wie vor lediglich auf Antrag erfolgt.

Sofern Spielloffizielle seitens von Wettbewerbsteilnehmern oder Dritten als Gegenleistung für bewusste Fehlentscheidungen einen ungebührlichen Vorteil in Form einer wirtschaftlichen, rechtlichen, beruflichen oder gesellschaftlichen Besserstellung, auf welche keinen Anspruch besteht, annehmen, fordern oder sich versprechen lassen erfüllen sie somit grundsätzlich den Tatbestand der Bestechlichkeit von Art. 322<sup>novies</sup> StPO. Auch hierfür ist sodann unerheblich, ob der bestochene Spielloffizielle die Pflichtverletzung tatsächlich durchgeführt hat, da die Eingehung einer Bereicherungsvereinbarung bzw. deren Angebot für die Tatbestandserfüllung bereits ausreicht.<sup>1800</sup>

## 5. Zusammenfassung

Verletzungen von Spielern durch Spielloffizielle aufgrund direkter physischer Einwirkungen auf dem Spielfeld sind regelmässig dann als fahrlässige oder bei allenfalls nachgewiesenem Verletzungsvorsatz auch als vorsätzliche Körperverletzungen zu qualifizieren, falls diese über das sportartspezifische Risiko eines

---

<sup>1797</sup> Vgl. auch RÜETSCHI/ROTH, Art. 9 UWG N 4 m.w.H.; SPITZ, Art. 9 UWG N 9 m.w.H.

<sup>1798</sup> Vgl. auch Botschaft Korruptionsstrafrecht, S. 3608 sowie RAUCH/ SCHÖNENBERGER, S. 12.

<sup>1799</sup> Siehe vorne, S. 337.

<sup>1800</sup> Vgl. zum Ganzen vorne, S. 338.

Spielers hinausgehen, welches insbesondere in unabsichtlichen oder unvermeidbaren Zusammenstößen im Eifer des Spiels liegt. Eine Strafbarkeit der Spieloffiziellen für Körperverletzungen von Spielern durch Unterlassen der ihnen obliegenden Überwachungspflicht hinsichtlich des Spielfelds bzw. dessen Umgebung liegt lediglich dann vor, wenn diese Unterlassung durch die Spieloffiziellen bewusst erfolgte und damit eine damit einhergehende Körperverletzung der am Spiel beteiligten Spieler in Kauf genommen wurde. Demgegenüber haben sich die Spieloffiziellen für pflichtwidrige Unterlassungen im Zusammenhang mit den ihnen vor Spielbeginn obliegenden Ausrüstungs- und Spielfeldkontrollen grundsätzlich auch dann strafrechtlich zu verantworten, wenn sie diese Kontrollen nicht absichtlich, sondern lediglich aus pflichtwidriger Unvorsichtigkeit ungenügend durchgeführt haben. Eine Strafbarkeit der Spieloffiziellen für Körperverletzungen von Spielern aufgrund regeltechnisch und/oder disziplinarisch nicht geahndeter Foulspele dürfte demgegenüber ausser in einigen wenigen Einzelfällen regelmässig am fehlenden Ursachen- bzw. Kausalzusammenhang scheitern.

Im Bereich der Vermögensdelikte dürfte das Herbeiführen von Vermögensschäden bei Wettbewerbsteilnehmern aufgrund von bewussten spielentscheidenden Fehlentscheidungen durch die Spieloffiziellen in aller Regel den Tatbestand der arglistigen Vermögensverschiebung zum Nachteil der am Wettbewerb teilnehmenden Clubs oder Nationalverbände sowie dem wettbewerbsveranstaltenden Verband erfüllen. Für das Vorliegen einer arglistigen Vermögensverschiebung zum Nachteil der am Spiel teilnehmenden Spieler fehlt es demgegenüber bereits an einer Vermögensschädigung aufseiten der Spieler. Darüber hinaus erfüllen die Spieloffiziellen mit einem solchen Verhalten zum Nachteil des wettbewerbsveranstaltenden Verbands auch den Tatbestand des Betrugs, zum Nachteil der am von den Spieloffiziellen geleiteten Spiel teilnehmen Spieler sowie deren Clubs oder Nationalverbände scheidet der Betrugstatbestand jedoch aus. Sofern die Spieloffiziellen von Wettbewerbsteilnehmern oder Dritten als Gegenleistung für bewusste Fehlentscheidungen einen ungebührlichen Vorteil fordern oder sich versprechen lassen, erfüllt eine solche Verhaltensweise überdies auch noch den Tatbestand der Bestechlichkeit. Hierbei ist unerheblich, ob die Spieloffiziellen die bewussten Fehlentscheide im Spiel effektiv getroffen und, falls ja, sich diese effektiv spielentscheidend ausgewirkt haben.

## VI. Exkurs: verbandsrechtliche Konsequenzen bei Fehlverhalten von Spieloffiziellen

Bekanntlich sind die Spieloffiziellen als mittelbare Verbandsmitglieder über das Prinzip der doppelten Satzungsabsicherung ganz generell der Verbandsgewalt auf den verschiedenen Stufen unterworfen.<sup>1801</sup> Darüber hinaus besteht für die in der SFL eingesetzten Spieloffiziellen über Ziff. 1 der SFL-Anstellungsbedingungen i.V.m. Ziffn. 38 ff. SSAR sowie die bei UEFA-Spielen eingesetzten Spieloffiziellen über Ziff. 13 Abs. 2 UEFA-Pflichtenheft zusätzlich auch noch eine rechtsgeschäftliche Unterwerfung unter die jeweilige Verbandsgewalt dieser Verbände.<sup>1802</sup> Entsprechend der Qualifikation des zwischen den in der SFL eingesetzten Spieloffiziellen und dem SFV bestehenden Vertragsverhältnisses als arbeitsvertragliches Dauerschuldverhältnis sowie demjenigen zwischen der UEFA und den für die Leitung von deren Wettbewerbsspielen eingesetzten Spieloffiziellen als jeweils nur hinsichtlich der Leitung eines einzelnen Spiels eingegangenes einfaches Auftragsverhältnis weist auch diese rechtsgeschäftliche Unterwerfung unter die Verbandsgewalt je nach Vertragsverhältnis eine unterschiedliche zeitliche Dauer auf.

Ein Fehlverhalten von Spieloffiziellen kann neben den erwähnten zivil- und strafrechtlichen Konsequenzen allenfalls auch noch verbandsrechtliche Konsequenzen in Form von Disziplinarstrafen nach sich ziehen,<sup>1803</sup> welche je nach Vergehen und Verband in Form einer einfachen Verwarnung<sup>1804</sup> bis hin zu einem lebenslänglichen Verbot jeglicher im Zusammenhang mit dem Fussball stehenden Tätigkeit<sup>1805</sup> verhängt werden können. An dieser Stelle soll jedoch nicht weiter auf mögliche verbandsrechtliche Sanktionen gegen Spieloffizielle sowie damit allenfalls verbundene Probleme rechtlicher Art eingegangen werden, da dies den Umfang der vorliegenden Arbeit sprengen würde.<sup>1806</sup> Abschliessend sei zu diesen verbandsrechtlichen Disziplinarstrafen lediglich noch erwähnt, dass diese im Gegensatz zum staatlichen Strafrecht, welches den Schutz wichtiger allgemeiner Rechtsgüter bezweckt, in erster Linie auf die Disziplinierung der Beteiligten sowie den Schutz gewisser Moralvorstellungen wie beispielsweise Fair Play, Chancengleichheit oder das Leistungsprinzip zie-

<sup>1801</sup> Siehe hierzu vorne, S. 67.

<sup>1802</sup> Vgl. auch TÄNNLER, Schiedsrichter, S. 18.

<sup>1803</sup> Vgl. auch SCHÖNTAG, S. 88 ff.; ORTH, S. 197 ff.; RUZIK, S. 325 ff.

<sup>1804</sup> Vgl. Art. 56 Ziff. 2 lit. a FIFA-Statuten; Art. 54 Abs. 1 lit. a UEFA-Statuten; Art. 80 Abs. 1 lit. a SFV-Statuten.

<sup>1805</sup> Vgl. Art. 56 Ziff. 2 lit. f FIFA-Statuten; Art. 54 Abs. 1 lit. f UEFA-Statuten; Art. 80 Abs. 2 SFV-Statuten.

<sup>1806</sup> Weiterführend hierzu anstelle vieler ORTH, S. 141 ff.; STEINER, sanctions, S. 62 ff.; BODMER, S. 57 ff.; FUCHS, S. 49 ff.; RIEMER, Vereinsstrafen; SCHMITT, S. 91 ff.

len.<sup>1807</sup> Entsprechend gilt im Verhältnis zwischen einer strafrechtlichen staatlichen Strafe und einer verbandsrechtlichen Disziplinarstrafe auch kein Doppelbestrafungsverbot.<sup>1808</sup>

---

<sup>1807</sup> HAAS/MARTENS, S. 206; vgl. auch ORTH, S. 100 m.w.H.

<sup>1808</sup> Vgl. auch HAAS/MARTENS, S. 207; DONATSCH, Gedanken, S. 435; ORTH, S. 99 m.w.H.; STRÖBELE, S. 152 ff.; KLEIN, S. 128 ff.

## VII. Schadenersatzansprüche der Spielloffiziellen

Abschliessend zu den im vorliegenden Kapitel behandelten Haftungsfragen rund um die Spielloffiziellen bleibt noch darauf hinzuweisen, dass sich Spielloffizielle durch ihr Verhalten unter Umständen nicht nur haftbar machen, sondern im Rahmen ihrer Tätigkeit allenfalls auch selber geschädigt werden können und damit zur Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen berechtigt sind. Zu denken ist dabei insbesondere an Fälle, in welchen Spielloffizielle auf oder neben dem Spielfeld in Ausübung ihrer Tätigkeit durch das Verhalten von Spielern, Teamoffiziellen oder Zuschauern in ihrer körperlichen Integrität geschädigt sowie ihnen allenfalls auch Eigentum beschädigt oder gar entzogen wird. In jüngerer Vergangenheit haben sich in diesem Zusammenhang unter anderem die folgenden beiden Ereignisse zugetragen:

Im Anschluss an das für den Abstiegskampf vorentscheidende Meisterschaftsspiel der Super League zwischen der AC Bellinzona und dem FC St. Gallen vom 11. Mai 2011 (Schlussresultat 1:3) wüteten Spieler und Offizielle der Heimmannschaft in der Kabine der Spielloffiziellen, welche sich auf Anraten des Sicherheitsdienstes in einen anderen Raum zurückgezogen hatten. Hierbei kam es zu Sachbeschädigungen am Eigentum der Spielloffiziellen, überdies wurde ihnen auch Schmuck entwendet. Gleichzeitig wurde auch ein vor dem Stadion parkiertes Fahrzeug zerkratzt und dessen Pneu aufgestochen. Die Wut der Heimmannschaft hatten sich die Spielloffiziellen aufgrund eines nicht gegebenen Strafstosses nach einem Foul des Torhüters der Gastmannschaft in der 74. Minute auf sich gezogen.<sup>1809</sup>

Am 15. September 2004 wurde das Gruppenspiel der UEFA Champions League zwischen der AS Roma und Dynamo Kiev in der Halbzeit beim Stand von 0:1 abgebrochen. Schiedsrichter Anders Frisk wurde beim Verlassen des Spielfelds in der Halbzeitpause auf dem Weg in die Kabine von einem Feuerzeug am Kopf getroffen worden und musste wegen einer blutenden Platzwunde behandelt werden. In der Folge entschied er, das Spiel abubrechen. Das Feuerzeug kam von einem aufgebrachten Roma-Anhänger, nachdem der Schiedsrichter kurz vor dem Pausenpfeiff einen Spieler der Heimmannschaft wegen einer Tötlichkeit vom Spiel ausgeschlossen hatte.<sup>1810</sup>

Im Folgenden soll lediglich in aller Kürze auf die möglichen haftpflichtrechtlichen Ansprüche der Spielloffiziellen im Falle solcher Schädigungshandlungen eingegangen werden. Für das hieraus bei internationalen Sachverhalten angewend-

---

<sup>1809</sup> Vgl. <<http://www.tagesanzeiger.ch/sport/fussball/Die-Schande-von-Bellinzona-attackierter-Ref-erstattet-Anzeige/story/20139774>>, besucht Ende Juli 2017.

<sup>1810</sup> Vgl. <<http://www.faz.net/aktuell/sport/champions-league-blutrache-und-spielabbruch-in-rom-eklat-um-voellers-verein-1178697.html>>, besucht Ende Juli 2017.



bare Recht kann auf die bereits an anderer Stelle gemachten Ausführungen verwiesen werden.<sup>1811</sup>

## 1. Deliktische und strafrechtliche Haftung des Schadensverursachers

Dass der Schadensverursacher grundsätzlich für den durch seine Handlung dem Spieloffiziellen widerrechtlich verschuldeten und kausal zugefügten Schaden in Anwendung von Art. 41 Abs. 1 OR einzustehen hat, liegt auf der Hand und bereitet keine weiteren rechtlichen Probleme, unabhängig davon, ob es sich beim Schadensverursacher um einen Zuschauer,<sup>1812</sup> Teamoffiziellen oder Spieler handelt. Sofern eine solche schädigende Handlung durch einen Spieler im laufenden Spiel erfolgt, sind zur Frage des Verschuldens grundsätzlich dieselben Kriterien wie im Rahmen der Haftung von Spieloffiziellen gegenüber Spielern bzw. Spielern untereinander anzuwenden.<sup>1813</sup> Dies bedeutet konkret, dass auch in diesem Fall aus dem sportartspezifischen Sorgfaltsmassstab für den konkreten Einzelfall eine Verhaltensweise abgeleitet werden muss, wie sie von einem *reasonable sportsman* erwartet werden kann bzw. muss.<sup>1814</sup> Wird also beispielsweise ein Spieloffizieller während des laufenden Spiels von einem Spieler unabsichtlich gerempelt, überrannt oder wird ihm der Ball angeschossen, dürfte regelmässig kein Verschulden seitens dieses Spielers vorliegen.<sup>1815</sup> Demgegenüber dürfte in allen anderen Fällen, in welchen die Schädigungshandlung nicht in einem inneren Zusammenhang mit dem Spielgeschehen steht, ein Verschulden des Schädigers ohne Weiteres vorliegen und somit ein Schadenersatzanspruch der geschädigten Spieloffiziellen bestehen.

---

<sup>1811</sup> Für die zivilrechtliche Haftung siehe vorne, S. 199 ff., für die strafrechtliche Haftung siehe vorne, S. 305 f.

<sup>1812</sup> Vgl. auch ZEN-RUFFINEN, Nr. 1202.

<sup>1813</sup> Vgl. auch SCHÖNTAG, S. 289; HEERMANN, Haftung, Nr. 258.

<sup>1814</sup> Siehe hierzu vorne, S. 256.

<sup>1815</sup> Vgl. auch SCHÖNTAG, S. 289 sowie HEERMANN, Haftung, Nr. 258. Entsprechend dürfte ein solches Verhalten mangels Verschulden auch regelmässig nicht als mit einem Ausschluss disziplinarisch zu bestrafende Tätlichkeit gegenüber Spieloffiziellen im Sinne der Regel 12 der IFAB-Spielregeln zu qualifizieren sein. Eine solche würde lediglich dann vorliegen, wenn das Verhalten als übertriebene Härte zu qualifizieren wäre, was das Vorliegen eines Verschuldens unumgänglich voraussetzt.

## 2. Haftung des direkten Veranstalters für Zuschauerverhalten

Soweit eine Schädigung der Spielloffiziellen durch Zuschauer im oder allenfalls auch vor dem Stadion<sup>1816</sup> selber erfolgt, stellt sich zwangsläufig die Frage, inwiefern der Veranstalter des jeweiligen Spiels haftungsrechtlich für das schädigende Verhalten der jeweiligen Zuschauer ebenfalls zur Verantwortung gezogen werden kann. Während bei nationalen sowie internationalen Trainingsspielen die Rolle des Veranstalters unzweifelhaft dem Heimclub- oder -verband zugewiesen werden kann, ist bei nationalen oder internationalen Pflichtspielen demgegenüber fraglich, wer im konkreten Fall als Veranstalter zu qualifizieren ist. So wird der gesamte Meisterschafts- oder Cupbetrieb zwar von der jeweiligen Liga bzw. dem jeweiligen Verband organisiert, überwacht und auch gesamthaft vermarktet, die einzelnen Spiele jedoch letztlich von den Clubs oder Nationalverbänden durchgeführt. Entsprechend sind sowohl die Liga bzw. der jeweilige Verband als auch die Clubs oder Nationalverbände als Veranstalter zu qualifizieren.<sup>1817</sup> Während der Club oder Nationalverband, welcher das Spiel durchführt und in diesem Zusammenhang auch die gesamte Organisation vor Ort auf die Beine zu stellen hat, auch als direkter Veranstalter bezeichnet wird, handelt es sich beim wettbewerbsveranstaltenden Verband bzw. allenfalls dessen Liga um den indirekten Veranstalter, da dieser ausser in wenigen Ausnahmefällen<sup>1818</sup> selber keine Sportveranstaltung auf die Beine stellt, sondern lediglich deren Ablauf überwacht und in administrativer Hinsicht je nach Wettbewerb mehr oder weniger Eckpunkte vorgibt.<sup>1819</sup> Während nachfolgend die haftungsrechtliche Verantwortlichkeit des direkten Veranstalters gegenüber Spielloffiziellen für schädigend Handlungen der Zuschauer beleuchtet werden soll, wird auf die Haftung des indirekten Veranstalters, konkret also des jeweils wettbewerbsveranstaltenden Verbands, in der Folge einzugehen sein.

Wie bereits schon mehrfach erwähnt, fehlt es in aller Regel an einem Vertragsverhältnis zwischen den Spielloffiziellen und dem Heimclub oder Nationalver-

---

<sup>1816</sup> Weiterführend zur Frage, inwiefern bzw. allenfalls wie weit sich der Verantwortungsbereich eines Sportveranstalters auch auf ausserhalb des Stadions liegende Gebiete erstreckt, GUROVITS KOHLI, S. 180 ff. sowie FRITZWEILER/ PFISTER/SUMMERER, 5. Teil N 98.

<sup>1817</sup> SCHERRER, Veranstalter, S. 52 f.; a.M. MAUCHLE, S. 297, wonach lediglich der jeweilige Heimclub, nicht jedoch die Liga oder der Verband als Veranstalter zu betrachten sei.

<sup>1818</sup> Als direkter Veranstalter eines Spiels tritt der wettbewerbsveranstaltende Verband einzig dann auf, wenn ein End- oder Entscheidungsspiel auf neutralem Boden ausgetragen wird (vgl. auch BONDALLAZ, Nr. 72 f.).

<sup>1819</sup> Vgl. auch ZEN-RUFFINEN, Nrn. 1092 ff. sowie BONDALLAZ, Nrn. 67 ff. und Nrn. 124 ff.

band, welcher als direkter Veranstalter ein Fussballspiel organisiert.<sup>1820</sup> Etwas anderes gilt ausschliesslich für diejenigen Ausnahmefälle, in welchen die Spieloffiziellen von einem ausländischen Verband mit der Leitung eines internationalen A-Länderspiels beauftragt werden oder ein Spiel vom SFV oder einem ausländischen Verband als direktem Veranstalter organisiert wird, beispielsweise als Final- oder Entscheidungsspiel auf neutralem Boden. Sowohl im ausservertraglichen Bereich als auch bei ausnahmsweisem Vorliegen einer vertraglichen Beziehung zwischen den Spieloffiziellen und dem direkten Veranstalter steht sodann eine Haftung aus möglicher Unterlassung im Vordergrund. Der direkte Veranstalter, welcher es versäumt, die Spieloffiziellen zu schützen, handelt nicht aktiv, sondern unterlässt allenfalls notwendige Schutzmassnahmen. Eine Handlungspflicht besteht demnach immer dort, wo durch den direkten Veranstalter ein für die Spieloffiziellen gefährlicher Zustand geschaffen oder aufrechterhalten wird. Die konkret zu treffenden Schutzmassnahmen<sup>1821</sup> orientieren sich sodann an den konkreten Umständen des Einzelfalls. Die Verpflichtung des direkten Veranstalters zur Ergreifung von Schutzmassnahmen ist denn auch sowohl im Rahmen der vertraglichen als auch der ausservertraglichen Haftung dieselbe.<sup>1822</sup> Ein Verstoß des direkten Veranstalters gegen die sich hieraus ergebende Handlungspflicht kann entsprechend sowohl die vertragliche als auch ausservertragliche Haftungsvoraussetzung des Verschuldens begründen.<sup>1823</sup> Erfolgt aufgrund dieser unterlassenen Schutzmassnahmen des direkten Veranstalters eine kausale Beeinträchtigung der persönlichen Integrität der Spieloffiziellen oder eine Schädigung von deren Eigentum, ist hierin im Rahmen der deliktischen Haftung ohne Weiteres ein widerrechtliches Verhalten als weitere Haftungsvoraussetzung bzw. im Falle einer vertraglichen Haftung eine Vertragsverletzung durch den direkten Veranstalter zu erblicken. Demgegenüber handelt es sich bei den Zuschauern eines Fussballspiels weder um Hilfspersonen des direkten Veranstalters im Sinne von Art. 101 Abs. 1 OR noch um solche im Sinne von Art. 55 Abs. 1 OR, weshalb keine Haftung des direkten Veranstalters gegenüber den Spieloffiziellen ohne eigenes Verschulden für schädigendes Verhalten der Zuschauer besteht.<sup>1824</sup>

Abschliessend sei zur Haftung des direkten Veranstalters noch ergänzend erwähnt, dass sich dieser im Falle einer bei Spieloffiziellen zufolge Missachtung

<sup>1820</sup> Siehe hierzu vorne, S. 202. Allenfalls könnte der direkte Veranstalter auch als Hilfsperson nach Art. 101 OR des wettbewerbsveranstaltenden Verbands qualifiziert werden (siehe hinten, S. 350).

<sup>1821</sup> Weiterführend zu diesen Schutzmassnahmen BONDALLAZ, Nrn. 740 ff.

<sup>1822</sup> ZEN-RUFFINEN, Nr. 1113 m.w.H.; vgl. auch BONDALLAZ, Nr. 459.

<sup>1823</sup> Zum Ganzen GUROVITS KOHLI, S. 181; FRITZWEILER/PFISTER/SUMMERER, 5. Teil N 102 sowie N 93 m.w.H.; vgl. auch SCHÖNTAG, S. 289 sowie S. 114.

<sup>1824</sup> Vgl. auch BONDALLAZ, Nr. 475 sowie Nr. 523; ZEN-RUFFINEN, Nr. 1126 sowie Nr. 1130.

anerkannter, zur Risikovermeidung geeigneter Pflichten verursachten Körperverletzung auch eines fahrlässigen Körperverletzungsdelikts schuldig machen kann. Auch diesfalls bestimmt sich der konkrete Inhalt der anzuwendenden Sorgfalt in Bezugnahme auf den konkreten Einzelfall. Insbesondere ist der direkte Veranstalter für eine zweckmässige Organisation verantwortlich.<sup>1825</sup> Die Organisationsstruktur des Veranstalters ist sodann für die Zurechnung von zentraler Bedeutung, kommt doch bei mangelhafter Organisation allenfalls eine subsidiäre Strafbarkeit des Unternehmens bzw. Clubs oder Verbands im Sinne von Art. 102 Abs. 1 StGB zur Anwendung.<sup>1826</sup>

### 3. Vertragliche Haftung des Verbands

#### A) Haftung für eigenes Verhalten

Anders als im Falle des direkten Veranstalters besteht zwischen dem wettbewerbsveranstaltenden Verband als in aller Regel indirektem Veranstalter<sup>1827</sup> eines Fussballspiels sowie den von diesem mit einer Spielleitung betrauten Spielloffiziellen regelmässig ein Vertragsverhältnis, entweder in Form eines Arbeitsvertrags oder eines einfachen Auftragsverhältnisses. Eine Schädigung der körperlichen Integrität oder von deren Eigentum stellt im einen wie im anderen Fall eine Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht dar,<sup>1828</sup> wofür der Verband – sofern ihn hierfür ein kausales Verschulden trifft – aus Vertrag<sup>1829</sup> schadenersatzpflichtig wird.

Teilweise wird in der Lehre im Falle des Vorliegens eines Auftragsverhältnisses die Meinung vertreten, sofern die Spielloffiziellen während eines Spiels durch Zuschauerverhalten und demnach nicht eine unmittelbar mit dem von ihnen geleiteten Spiel im Zusammenhang stehende Handlung geschädigt würden, bestehe hierfür keine Haftung des Verbands aus Auftrag.<sup>1830</sup> Zutreffend ist immerhin, dass eine direkte Schädigung durch den Verband als Auftraggeber in der Praxis höchst selten vorkommen dürfte. Wie einleitend bereits erwähnt, dürfte in den allermeisten Fällen eine Schädigung der Spielloffiziellen vielmehr durch Spieler, Teamoffizielle oder Zuschauer im Vordergrund stehen. Nach hier vertretener Ansicht hat der Verband als Auftraggeber jedoch auch für Zufallsschä-

---

<sup>1825</sup> Zum Ganzen ENGLER, S. 504 f. m.w.H.; ZEN-RUFFINEN, Nr. 1151.

<sup>1826</sup> Vgl. auch ENGLER, S. 504 f. und 506 f.

<sup>1827</sup> Siehe hierzu vorne, S. 345.

<sup>1828</sup> Vgl. anstelle vieler für den Arbeitsvertrag STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 328 OR N 13 und N 15 sowie für das Auftragsverhältnis FELLMANN, Art. 402 OR N 149.

<sup>1829</sup> Bei Vorliegen eines Verschuldens seitens des Verbands wird regelmässig auch der Tatbestand der ausservertraglichen, deliktischen Haftung erfüllt sein und entsprechend eine Anspruchskonkurrenz vorliegen.

<sup>1830</sup> ZEN-RUFFINEN, Nr. 1143; BONDALLAZ, Nr. 932.

den, welche aus einer mit der Auftragsausführung verbundenen Gefahr resultieren, einzustehen. Dies zumindest dann, wenn ihm die Realisierung dieses Risikos als Verschulden zuzurechnen ist,<sup>1831</sup> sei es durch eigenes Verschulden des Verbands<sup>1832</sup> oder Zurechnung des Verschuldens einer Hilfsperson über Art. 101 Abs. 1 OR. Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Ausführung des Auftrags sowie dem Schaden hat demnach nicht zu bestehen, vielmehr hat ein adäquater Kausalzusammenhang auch im Rahmen der Haftung von Art. 402 Abs. 2 OR zwischen der Vertragsverletzung des Auftraggebers und dem Schaden des Beauftragten vorzuliegen.

## **B) Haftung für das Verhalten einer Hilfsperson**

Es stellt sich somit noch die Frage, ob Spieler, Teamoffizielle oder der im Falle von schädigenden Handlungen von Zuschauern allenfalls haftende direkte Veranstalter, konkret also der Heimclub bzw. Heimverband, allenfalls als Hilfsperson des wettbewerbsveranstaltenden Verbands im Sinne von Art. 101 Abs. 1 OR zu qualifizieren wäre, was eine vertragliche Haftung des Verbands auch für das Verhalten dieser vorgenannten Personen begründen würde. Nach dieser Gesetzesbestimmung haftet für den durch eine Hilfsperson in Ausübung ihrer Verrichtung gegenüber dem Vertragspartner verursachten Schaden, wer die Erfüllung dieser Schuldpflicht durch eine Hilfsperson vornehmen lässt. Eine in Erfüllung einer Schuldpflicht erfolgte Schädigung durch die Hilfsperson liegt sodann immer dann vor, wenn die schädigende Handlung zugleich eine Nicht- oder Schlechterfüllung der Schuldpflicht des Geschäftsherrn darstellt, wobei dieser auch für Handlungen einzustehen hat, welche die Hilfsperson lediglich bei Gelegenheit der Verrichtung verübt.<sup>1833</sup>

### *a) Spieler und Teamoffizielle als Hilfspersonen des Verbands*

Zweifelhaft scheint bereits, ob es sich bei den am von den Spieloffiziellen zu leitenden Spiel beteiligten Spielern sowie Teamoffiziellen um Hilfspersonen des Verbands handelt. Voraussetzung hierfür wäre bekanntlich, dass die Spieler und Teamoffiziellen vom wettbewerbsveranstaltenden Verband bewusst zur Mitwirkung bei der Erfüllung der Schuldpflicht eingesetzt wurden. Zu beachten ist dabei, dass eine Mitwirkung bei der Vertragserfüllung im engeren Sinne nicht erforderlich ist,<sup>1834</sup> sich eine Tätigkeit also auch auf mittelbare Einwirkungen oder Unterlassungen beschränken kann<sup>1835</sup> und unter dem Begriff der Schuldpflicht im Sinne von Art. 101 Abs. 1 OR demnach auch alle vertraglichen Ne-

---

<sup>1831</sup> Vgl. auch FELLMANN, Art. 402 OR N 157.

<sup>1832</sup> Vgl. weiterführend hierzu BONDALLAZ, Nr. 938 ff.

<sup>1833</sup> Siehe hierzu vorne, S. 285.

<sup>1834</sup> Vgl. auch WIEGAND, Art. 101 OR N 7 m.w.H.

<sup>1835</sup> WEBER, Berner Kommentar, Art. 101 OR N 40 m.w.H.

benpflichten zu verstehen sind.<sup>1836</sup> Die vertragliche Hauptpflicht des Verbands gegenüber den Spielloffiziellen besteht bei Vorliegen eines Arbeitsvertrags in der Leistung des vereinbarten Lohns<sup>1837</sup> bzw. im Falle eines entgeltlichen Auftragsverhältnisses in der Leistung des vereinbarten Honorars sowie im Verwendungersatz.<sup>1838</sup> Die vertragliche Nebenpflicht des Verbands besteht in beiden Fällen primär im Schutz der körperlichen Integrität sowie dem Eigentum der Spielloffiziellen.<sup>1839</sup> Obwohl sowohl den Spielern als auch den Teamoffiziellen eine Schädigung der körperlichen Integrität sowie des Eigentums der Spielloffiziellen untersagt ist und entsprechend disziplinarisch unter Strafe steht,<sup>1840</sup> kann darin noch keine Mitwirkung bei der Erfüllung der Schuldpflicht des Verbands gegenüber den Spielloffiziellen zum Schutz von deren körperlicher Integrität sowie Eigentum erblickt werden. Ausser Frage steht sodann, dass die einzelnen Spieler oder Teamoffiziellen bei der Entlohnung bzw. Honorierung der Spielloffiziellen als vertraglicher Hauptpflicht des Verbands keinerlei Mitwirkung erbringen.

Selbst wenn entgegen den vorstehenden Ausführungen die Spieler und Teamoffiziellen als Hilfspersonen des Verbands zu qualifizieren wären, läge ein hypothetisches Verschulden des Verbands für das Verhalten seiner Hilfspersonen häufig nicht vor. Insbesondere wenn es sich um eine Handlung eines Spielers im laufenden Spiel handelt, wird sich auch der Verband wie der Spieler selber mit Hinweis auf den sportartspezifischen Sorgfaltsmassstab<sup>1841</sup> vom Vorliegen eines Verschuldens in aller Regel befreien können.<sup>1842</sup> Lediglich im Falle einer vorsätzlichen Schädigung durch Spieler oder Teamoffizielle müsste sich der Verband aufgrund der in der neueren Lehre vertretenen Ansicht, wonach der Geschäftsherr auch für schädigende Handlungen der Hilfsperson einzustehen habe, welche diese lediglich bei Gelegenheit der Erfüllung begeht,<sup>1843</sup> ein solches Verschulden von Spielern und Teamoffiziellen anrechnen lassen.<sup>1844</sup>

---

<sup>1836</sup> WIEGAND, Art. 101 OR N 5 in fine.

<sup>1837</sup> Vgl. anstelle vieler PORTMANN/RUDOLPH, Art. 322 OR N 1.

<sup>1838</sup> Vgl. anstelle vieler WEBER, Basler Kommentar, Art. 402 OR N 1.

<sup>1839</sup> Vgl. STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 328 OR N 3 sowie WEBER, Basler Kommentar, Art. 402 OR N 12.

<sup>1840</sup> Vgl. Art. 13 Abs. 2 lit. k RPO-SFV; Art. 15 Abs. 1 lit. h UEFA-RPO; Art. 49 Ziff. 1 FIFA-Disziplinarreglement.

<sup>1841</sup> Siehe hierzu vorne, S. 344.

<sup>1842</sup> Vgl. auch BONDALLAZ, Nr. 477.

<sup>1843</sup> Vgl. WIEGAND, Art. 101 OR N 10 m.w.H.

<sup>1844</sup> A.M. BONDALLAZ, Nr. 480 ff., welcher davon ausgeht, dass eine Zurechnung des Verschuldens der Hilfspersonen dem Geschäftsherrn lediglich für schädigende Handlungen möglich sei, welche die Hilfsperson in Ausübung ihrer Verrichtung und nicht schon bei deren Gelegenheit der Erfüllung vornehme.

*b) Zuschauer als Hilfsperson des Verbands*

Anders als bei den am Spiel selber beteiligten Spielern sowie den Teamoffiziellen ist nicht ersichtlich, inwiefern die an einem Fussballspiel anwesenden Zuschauer als Hilfspersonen an der Erfüllung der vertraglichen Pflichten des wettbewerbsveranstaltenden Verbands gegenüber den Spielloffiziellen beteiligt sein könnten.<sup>1845</sup> Entsprechend scheidet eine zivilrechtliche Haftung des Verbands für das die Spielloffiziellen in deren körperlicher Integrität oder deren Eigentum schädigende Verhalten von Zuschauern zum Vorneherein aus.

*c) Direkter Veranstalter als Hilfsperson des Verbands*

Wie bereits erwähnt hat der direkte Veranstalter unter Umständen für das schädigende Verhalten der Zuschauer einzustehen, falls er die Vornahme der im konkreten Einzelfall zum Schutz der Spielloffiziellen notwendigen Schutzmassnahmen schuldhaft unterlässt.<sup>1846</sup> Entsprechend erlassen die Verbände denn auch Reglemente und Richtlinien, in welchen die in den Stadien zur Wahrung der Sicherheit zu treffenden Massnahmen im Einzelnen konkret vorgeschrieben werden.<sup>1847</sup> Der wettbewerbsveranstaltende Verband betraut somit den direkten Veranstalter eines Spiels mit der Wahrung des Schutzes der körperlichen Integrität der für die Spielleitung eingesetzten Spielloffiziellen sowie deren Eigentums. Der direkte Veranstalter erfüllt in diesem Sinne eine seitens des Verbands gegenüber den Spielloffiziellen bestehende Schuldspflicht und ist demnach ohne Weiteres als Hilfsperson im Sinne von Art. 101 Abs. 1 OR zu qualifizieren.<sup>1848</sup>

Eine Haftung des Verbands für das Verhalten des direkten Veranstalters besteht in Anwendung des Kriteriums der hypothetischen Vorwerfbarkeit somit immer dann, wenn der direkte Veranstalter als Hilfsperson des wettbewerbsveranstaltenden Verbands nicht alle Sorgfalt angewendet hat, die nach dem zwischen Letzterem und den Spielloffiziellen bestehenden Schuldverhältnis vom Verband selber gegenüber den Spielloffiziellen geschuldet wäre.<sup>1849</sup> Dies dürfte konsequenterweise immer dann der Fall sein, wenn der direkte Veranstalter selber die Vornahme der im konkreten Einzelfall zum Schutz der Spielloffiziellen notwendigen Schutzmassnahmen schuldhaft unterlässt.

---

<sup>1845</sup> Vgl. auch ZEN-RUFFINEN, Nr. 1126; BONDALLAZ, Nr. 475 m.w.H.

<sup>1846</sup> Siehe hierzu vorne, S. 346.

<sup>1847</sup> Vgl. beispielsweise das Sicherheitsreglement der SFL (abrufbar unter <[http://www.sfl.ch/fileadmin/\\_migrated/content\\_uploads/Sicherheitsreglement\\_SFL\\_01.pdf](http://www.sfl.ch/fileadmin/_migrated/content_uploads/Sicherheitsreglement_SFL_01.pdf)>, besucht Ende Juli 2017).

<sup>1848</sup> Vgl. auch BONDALLAZ, Nr. 509, welcher in der Folge das Vorliegen einer Hilfspersonenhaftung indes trotzdem ablehnt.

<sup>1849</sup> Vgl. auch WIEGAND, Art. 101 OR N 15.

## 4. Zusammenfassung

Unabhängig davon, ob es sich beim Schadensverursacher um einen Zuschauer, Teamoffiziellen oder Spieler handelt, hat der Schadensverursacher für einen durch seine Handlung einem Spielloffiziellen widerrechtlich verschuldeten und kausal zugefügten Schaden in Anwendung von Art. 41 Abs. 1 OR einzustehen. Sofern eine solche schädigende Handlung durch einen Spieler im laufenden Spiel erfolgt, sind zur Frage des Verschuldens dieselben Kriterien wie im Rahmen der Haftung von Spielloffiziellen gegenüber Spielern bzw. Spielern untereinander anzuwenden.

Versäumt ein Club oder Nationalverband, welcher als direkter Veranstalter ein Spiel durchführt, die Ergreifung von Schutzmassnahmen zugunsten der Spielloffiziellen und ergibt sich hieraus eine kausale Beeinträchtigung der persönlichen Integrität der Spielloffiziellen oder eine Schädigung deren Eigentums ist hierin ohne Weiteres ein haftungsbegründendes widerrechtliches Verhalten bzw. im Falle eines allenfalls vorliegenden Vertragsverhältnisses auch eine haftungsbe gründende Vertragsverletzung zu erblicken. Eine Haftung des direkten Veranstalters für schädigendes Zuschauerverhalten ohne eigenes Verschulden für dieses Verhalten der Zuschauer besteht jedoch mangels Qualifikation der Zuschauer als Hilfspersonen des direkten Veranstalters regelmässig nicht.

Eine Schädigung der körperlichen Integrität der Spielloffiziellen oder von deren Eigentum durch den wettbewerbsveranstaltenden Verband stellt sodann klarerweise eine Verletzung der vertraglichen Nebenpflicht dar, wofür der Verband aus Vertrag ohne Weiteres schadenersatzpflichtig wird, sofern ihn hierfür ein kausales Verschulden trifft. Demgegenüber besteht eine Haftung des wettbewerbsveranstaltenden Verbands für das schädigende Verhalten von Spielern und Teamoffiziellen mangels Qualifikation dieser Personen als Hilfspersonen des Verbands regelmässig nicht. Dasselbe gilt auch für die an einem Spiel anwesenden Zuschauer, nicht jedoch für den das Spiel im Rahmen eines Verbandswettbewerbs durchführenden Club oder Nationalverband als direkten Veranstalter. Für dessen Verhalten hat der wettbewerbsveranstaltende Verband in Anwendung des Kriteriums der hypothetischen Vorwerfbarkeit immer dann einzustehen, wenn der direkte Veranstalter die Vornahme der im konkreten Fall zum Schutz der Spielloffiziellen notwendigen Schutzmassnahmen schuldhaft unterlassen und sich in der Folge diese Gefahr zum Nachteil der Spielloffiziellen verwirklicht hat.





## 4. Kapitel: Prozessuale Geltendmachung von Rechtsansprüchen von und gegenüber Spieloffiziellen

### I. Einleitung

Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, verfolgen die Sportverbände im Allgemeinen und die Fussballverbände im Speziellen das Ziel, ihre Rechtsstreitigkeiten so weit möglich von staatlichen Gerichten fernzuhalten.<sup>1850</sup> So wird denn auch in Art. 68 Ziff. 2 FIFA-Statuten der Ausschluss des ordentlichen Rechtswegs mit Ausnahme der in den FIFA-Regularien vorbehaltenen Fälle auch für vorsorgliche Massnahmen ausdrücklich festgehalten. Streitigkeiten zwischen der FIFA und ihren Mitgliedern, Konföderationen, Ligen, Clubs, Spielern und Offiziellen sind gemäss der Regelung von Art. 66 Ziff. 1 FIFA-Statuten schiedsgerichtlich durch das CAS zu entscheiden. Dasselbe gilt gemäss Art. 67 Ziff. 1 FIFA-Statuten auch für Berufungen gegen letztinstanzliche Entscheidungen von FIFA-Organen. In Anwendung von Art. 68 Ziff. 3 FIFA-Statuten haben sowohl die UEFA in Art. 61 ff. UEFA-Statuten als auch der SFV in Art. 92 ff. SFV-Statuten ihrerseits Bestimmungen aufgenommen, wonach bei sämtlichen Streitigkeiten innerhalb des Verbands bzw. zwischen dem Verband, dessen Mitgliedern, den Ligen, Clubs, deren Spielern, Offiziellen etc. die Anrufung eines staatlichen Gerichts verboten und stattdessen ein Schiedsgericht einzurichten ist. Eine Ausnahme besteht gemäss Art. 92 Abs. 1 SFV-Statuten bei arbeitsrechtlichen Streitigkeiten, für welche die ordentlichen Gerichte zuständig sind.

Ein solcher Ausschluss der staatlichen Gerichtsbarkeit durch Sportverbände wird in der schweizerischen Rechtsordnung bei einer Schiedsfähigkeit der fraglichen Ansprüche, bei Vorliegen einer gültigen Schiedsabrede sowie der Gewähr für eine unabhängige Beurteilung durch das Schiedsgericht zumindest in der Hauptsache im Allgemeinen für zulässig und wirksam erachtet.<sup>1851</sup> Dies gilt seit Einführung der schweizerischen Zivilprozessordnung nunmehr in allen Kantonen im Grundsatz auch für arbeitsrechtliche Streitigkeiten.<sup>1852</sup> Wie bereits an

---

<sup>1850</sup> Siehe vorne, S. 18 ff. m.w.H.

<sup>1851</sup> Vgl. anstelle vieler FENNERS, Nrn. 546 ff. und Nrn. 740 ff. sowie BGE 119 II 271 ff., E. 3b; dasselbe gilt grundsätzlich auch für das deutsche Recht, vgl. hierzu das Urteil des BGH in der Angelegenheit *Pechstein* vom 7. Juni 2016 (vgl. Fn. 1909), E. II./3c bb.

<sup>1852</sup> Während unter dem Geltungsbereich des KSG den Kantonen noch die Kompetenz

anderer Stelle erwähnt, ist dieser Ausschluss der staatlichen Gerichtsbarkeit durch die Fussballverbände indes kein vollständiger, sehen doch die einschlägigen prozessrechtlichen Bestimmungen sowohl für die Binnenschiedsgerichtsbarkeit als auch für internationale Schiedsgerichte nach Ausschöpfung der schiedsgerichtlichen Rechtsmittel eine Beschwerdemöglichkeit ans Bundesgericht oder allenfalls auch an ein kantonales Gericht vor.<sup>1853</sup>

Im Folgenden wird deshalb zu klären sein, wie die einzelnen, vorstehend behandelten Ansprüche vertraglicher oder deliktischer Natur zwischen Spieloffiziellen und Verbänden bzw. Wettbewerbsteilnehmern in der Praxis durchzusetzen sind. Vor dem Hintergrund, dass das Recht der Schiedsgerichtsbarkeit in der Schweiz dual konzipiert ist,<sup>1854</sup> werden die folgenden Abklärungen – soweit sie das Recht der Schiedsgerichtsbarkeit betreffen – entsprechend ebenfalls doppelt durchzuführen sein. Einerseits für die Binnenschiedsgerichtsbarkeit, bei welcher die Regeln von Art. 353 ff. ZPO Anwendung finden, andererseits für die internationalen Schiedsgerichte mit Sitz in der Schweiz, für welche im Grundsatz die Regeln von Art. 176 ff. IPRG zur Anwendung gelangen. Als internationale Schiedsfälle gelten dabei solche, bei welchen mindestens eine Partei ihren Sitz oder gewöhnlichen Aufenthalt nicht in der Schweiz hat.<sup>1855</sup> Aufgrund des sich in der Schweiz befindenden Sitzes des CAS gelangt vor diesem zwingend stets schweizerisches Schiedsrecht zur Anwendung. Ein Ausschluss der Anwendung des Schiedsrechts des Sitzstaates durch die Parteien ist nicht möglich.<sup>1856</sup>

---

eingerräumt wurde, arbeitsrechtliche Ansprüche der Schiedsgerichtsbarkeit zu entziehen, ist diese Kompetenz durch die Regelung von Art. 354 ZPO weggefallen (vgl. hierzu ausführlich WEBER-STECHER, Art. 354 ZPO N 24 m.w.H. sowie COURVOISIER/WENGER, Art. 354 ZPO N 19 f.).

<sup>1853</sup> Siehe vorne, S. 19.

<sup>1854</sup> Siehe hierzu auch vorne, S. 20.

<sup>1855</sup> Art. 176 Abs. 1 IPRG.

<sup>1856</sup> VILLIGER, Nr. 23 m.w.H.; ZIMMERMANN, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 11 m.w.H.

## II. Ansprüche gegen Spieloffizielle

### 1. Ansprüche von wettbewerbsveranstaltenden Verbänden

Werden von den wettbewerbsveranstaltenden Verbänden Ansprüche gegenüber den Spieloffiziellen geltend gemacht, steht ausser Frage, dass die Verbände selber an den in ihren jeweiligen Statuten festgeschriebenen Ausschluss der staatlichen Gerichtsbarkeit gebunden sind. Gemäss Art. 66 Ziff. 1 FIFA-Statuten anerkennt die FIFA das CAS als unabhängiges Schiedsgericht bei Streitigkeiten unter anderem zwischen ihr, Mitgliedern und Offiziellen. Zu den *Offiziellen* sind dabei gemäss Ziff. 11 der einleitenden Begriffsdefinition der FIFA-Statuten auch die Spieloffiziellen zu zählen. Zwar kann gemäss Art. 67 Ziff. 2 FIFA-Statuten das CAS nur dann angerufen werden, wenn alle anderen Instanzen ausgeschöpft wurden. Anders als im Falle von internationalen vertraglichen Streitigkeiten zwischen Spielern und deren Clubs, welche in Anwendung von Art. 22 lit. b i.V.m. Art. 24 Ziff. 1 FIFA-RSTS der FIFA-Kammer zur Beilegung von Streitigkeiten (KBS) zu unterbreiten sind,<sup>1857</sup> besteht für Streitigkeiten zwischen Verbänden und Spieloffiziellen generell keine solche Streitbeilegungsinstanz. Entsprechend sind seitens der FIFA gegenüber Spieloffiziellen geltend gemachte Ansprüche direkt durch das CAS zu beurteilen.

Dasselbe gilt auch für Ansprüche der UEFA gegen Spieloffizielle, wird doch in Art. 61 Abs. 1 lit. a UEFA-Statuten die ausschliessliche Zuständigkeit des CAS für die Behandlung von Streitigkeiten unter anderen zwischen der UEFA, ihren Mitgliedern und Offiziellen festgehalten. Wie bei der FIFA sind die Spieloffiziellen auch bei der UEFA unter den Begriff der *Offiziellen* zu subsumieren.<sup>1858</sup> Zwar hält auch die UEFA in ihren Statuten (Art. 61 Abs. 2) ausdrücklich fest, dass eine Anrufung des CAS nur nach Ausschöpfung des verbandsinternen Instanzenzugs zulässig sei. Wie bereits ausgeführt besteht bei internationalen Streitigkeiten zwischen Verbänden und Spieloffiziellen jedoch keine solche verbandsinterne Streitbeilegungsinstanz.

Auch zivilrechtliche<sup>1859</sup> Ansprüche des SFV gegenüber Spieloffiziellen sind in Anwendung von Art. 92 Abs. 1 SFV-Statuten grundsätzlich durch das CAS zu beurteilen. Nach dieser Statutenbestimmung sind alle zivilrechtlichen Streitig-

<sup>1857</sup> Weiterführend hierzu KLEINER, S. 372 ff.

<sup>1858</sup> Vgl. Ziff. 8 der einleitenden Begriffsdefinitionen der UEFA-Statuten.

<sup>1859</sup> Obwohl die vorerwähnten Schiedsklauseln der FIFA- und der UEFA-Statuten sich gemäss deren Wortlaut anders als diejenige der SFV-Statuten nicht auf zivilrechtliche Streitigkeiten beschränken, ergibt sich eine solche Beschränkung im Ergebnis zufolge fehlender Schiedsfähigkeit strafrechtlicher Ansprüche (vgl. hierzu hinten, S. 375) dennoch.

keiten unter anderem zwischen dem SFV, seinen Mitgliedern sowie Funktionären unter Ausschluss der staatlichen Gerichtsbarkeit ausschliesslich dem CAS zu unterbreiten, wobei die Spieloffiziellen gemäss der einleitenden Begriffsdefinition in Ziff. 9 der SFV-Statuten unter den Begriff der *Funktionäre* zu subsumieren sind. Anders als bei nationalen Streitigkeiten zwischen Clubs und Spielern, für welche gemäss Art. 40 aSFV-Standardvertrag die Durchführung eines erstinstanzlichen Verfahrens vor einer paritätischen Rechtskommission bzw. eines Schlichtungsverfahrens vor der Schlichtungskommission der zuständigen Abteilung bis vor Kurzem zwingend vorgesehen war,<sup>1860</sup> oder im Falle einer Streitigkeit zwischen Spielern und Clubs im Zusammenhang mit Entschädigungen wegen Verletzungen der Bestimmungen über die Wahrung der Vertragsstabilität, welche der Kontroll- und Disziplinarkommission des SFV zu unterbreiten ist,<sup>1861</sup> fehlt es für Streitigkeiten zwischen dem SFV und seinen Spieloffiziellen an einer verbandsinternen Vorinstanz zum CAS. Soweit der SFV gegenüber Spieloffiziellen jedoch Ansprüche aus dem zwischen den Parteien bestehenden Arbeitsverhältnis geltend macht, sind hierfür gemäss Art. 92 Abs. 1 SFV-Statuten die ordentlichen Gerichte zuständig.

## 2. Ansprüche von Wettbewerbsteilnehmern

### A) Ansprüche von Clubs und Nationalverbänden

Wie die wettbewerbsveranstaltenden Verbände sind auch die an diesen Wettbewerben teilnehmenden Clubs oder Nationalverbände als direkte Mitglieder der wettbewerbsveranstaltenden Verbände an deren statutarische Schiedsklauseln gebunden. Die Zulässigkeit und Verbindlichkeit solcher statutarischer Schiedsklauseln für unmittelbare Verbandsmitglieder wird denn auch ganz generell bejaht.<sup>1862</sup> Somit haben wie die wettbewerbsveranstaltenden Verbände selber auch die an deren Wettbewerben teilnehmenden Clubs oder Nationalverbände als deren Mitglieder zivilrechtliche Ansprüche gegenüber den Spieloffiziellen direkt beim CAS geltend zu machen.

<sup>1860</sup> Vgl. auch Art. 7 Ziff. 1 SFV-Reglement Nichtamateure. Mit den jüngst in Kraft getretenen AVB zum neuen SFV-Standardvertrag ist diese Verpflichtung jedoch weggefallen (vgl. Art. 40 Ziff. 1 SFV-AVB).

<sup>1861</sup> Art. 8 SFV-Reglement Nichtamateure.

<sup>1862</sup> FENNERS, Nr. 552 m.w.H.; SCHILLIG, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 88 m.w.H.; ZIMMERMANN, Vertragsstabilität, S. 144; OSCHÜTZ, S. 210 f. m.w.H., vgl. auch GIRSBERGER, Art. 357 ZPO N 29 m.w.H.; MÜLLER-CHEN/EGGER, Art. 357 ZPO N 12; GRÄNICH, Art. 178 IPRG N 67 m.w.H.; für das deutsche Recht vgl. anstelle vieler HOLLA, S. 66 f. m.w.H. sowie ANDEXER, S. 285.

## B) Ansprüche von Spielern

Um von einem Club in Wettbewerbsspielen eingesetzt werden zu können, benötigt jeder Spieler eine vom jeweiligen Nationalverband erteilte Berechtigung. Diese wird im Rahmen des Abschlusses eines sogenannten *Teilnahme-* oder *Qualifikationsvertrags* erteilt.<sup>1863</sup> Der Spieler verpflichtet sich dabei regelmässig zur Einhaltung von Statuten und Reglementen und unterwirft sich damit gleichzeitig der Entscheid- und Sanktionsgewalt der verschiedenen Verbandsinstanzen. Im Gegenzug erteilt der Nationalverband dem Spieler das Recht zur Teilnahme an Wettbewerbsspielen.<sup>1864</sup> Auf diese Weise sichern sich die Verbände die lückenlose Geltung des Verbandsrechts sowie die Möglichkeit, dieses soweit gesetzlich zulässig unter Ausschluss der staatlichen Gerichtsbarkeit durchzusetzen. Die Zulässigkeit und Verbindlichkeit eines solchen Einbezugs von statistischen Schiedsklauseln in vertragliche Vereinbarungen im Allgemeinen oder in Teilnahme- und Qualifikationsverträgen im Speziellen wird im Grundsatz generell ebenfalls bejaht,<sup>1865</sup> wobei im konkreten Einzelfall selbstredend die formelle und materielle Gültigkeit<sup>1866</sup> einer solchen Schiedsvereinbarung noch zu prüfen ist.<sup>1867</sup> Entsprechend haben auch die Spieler selber wie deren Clubs oder Nationalverbände allfällige Ansprüche gegenüber den Spieloffiziellen direkt beim CAS geltend zu machen.

## 3. Einlassung vor staatlichen Gerichten

Ausnahmsweise können von Verbänden, Clubs oder Spielern gegen Spieloffizielle vor einem staatlichen schweizerischen Gericht anhängig gemachte Klagen dennoch von diesem materiell behandelt werden. Gemäss Art. 61 lit. b ZPO darf nämlich ein angerufenes staatliches schweizerisches Gericht trotz einer zwischen den Parteien über eine schiedsfähige Streitsache getroffenen Schiedsvereinbarung seine Zuständigkeit nicht ablehnen, wenn sich die beklagte Partei vorbehaltlos auf dieses Verfahren eingelassen hat. Eine solche vorbehaltlose Einlassung liegt in Anwendung von Art. 18 ZPO dann vor, wenn die beteiligten

---

<sup>1863</sup> KLEINER, S. 35 sowie 135; vgl. auch FENNERS, Nr. 553 m.w.H.

<sup>1864</sup> KLEINER, S. 145.

<sup>1865</sup> FENNERS, Nr. 553; KLEINER, S. 136 f. m.w.H.; SCHILLIG, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 71 ff. m.w.H.; ZIMMERMANN, Vertragsstabilität, S. 142 f. m.w.H.; OSCHÜTZ, S. 197 ff. m.w.H.; GRÄNICH, Art. 178 IPRG N 58 ff. m.w.H.; MÜLLER-CHEN/EGGER, Art. 358 ZPO N 18 ff. m.w.H.; für das deutsche Recht vgl. anstelle vieler ANDEXER, S. 275 ff. sowie HOLLA, S. 68 f.

<sup>1866</sup> Vgl. hierzu auch hinten, S. 372 f.

<sup>1867</sup> So wird beispielsweise bei nationalen Streitigkeiten zwischen Spielern und Clubs mit dem zwingend zu verwendenden SFV-Standardvertrag die staatliche Zuständigkeit zum Erlass vorsorglicher Massnahmen nicht rechtsgenügend ausgeschlossen (vgl. Art. 40 Ziff. 1 SFV-AVB).

Parteien sich ohne Einrede der fehlenden Zuständigkeit des staatlichen Gerichts zur Sache selber äussern.<sup>1868</sup>

Ausser im soeben erwähnten Ausnahmefall der Einlassung sowie bei Geltendmachung von Ansprüchen des SFV aus dem mit den Spieloffiziellen bestehenden Arbeitsvertrag sind somit zivilrechtliche Ansprüche von Verbänden, Clubs oder Spielern ausschliesslich und direkt vor dem CAS gegen die Spieloffiziellen geltend zu machen. Nachfolgend bleibt somit noch die Durchsetzung von Ansprüchen der Spieloffiziellen zu untersuchen.

---

<sup>1868</sup> Vgl. auch MÜLLER-CHEN, Art. 61 ZPO N 19 m.w.H.

### III. Vorliegen einer gültigen Schiedsvereinbarung

Damit die staatliche Gerichtsbarkeit für die Geltendmachung von Ansprüchen der Spieloffiziellen ausgeschlossen und an deren Stelle eine schiedsgerichtliche Beurteilung treten kann, ist zunächst zu klären, ob die Spieloffiziellen für die Geltendmachung von Ansprüchen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit an eine gültige Schiedsabrede gebunden sind. Eine solche kann entweder eine statutarische oder eine vertragliche Grundlage haben,<sup>1869</sup> wobei nach hier vertretener Ansicht als Schiedsvereinbarungen mit vertraglicher Grundlage auch solche gelten, welche eine statutarische Schiedsklausel miteinbeziehen bzw. auf eine solche verweisen.<sup>1870</sup>

#### 1. Vertragliche Schiedsvereinbarungen

Sucht man nach vertraglichen Schiedsvereinbarungen zwischen den Spieloffiziellen und den diese in ihren Wettbewerben einsetzenden Verbänden, fällt im Bereich des Vertragsverhältnisses zwischen den Spieloffiziellen und der FIFA auf, dass keine solche Schiedsvereinbarung existiert. Dies mag auf den ersten Blick sowie vor dem Hintergrund des Bestrebens der FIFA, Rechtsstreitigkeiten soweit möglich von staatlichen Gerichten fernzuhalten und stattdessen durch Schiedsgerichte bzw. das CAS beurteilen zu lassen, durchaus überraschen. Aufgrund des Umstands, dass zwischen der FIFA sowie der von dieser für die Leitung von Spielen eingesetzten Spieloffiziellen regelmässig kein schriftlicher Vertrag abgeschlossen wird und auch die Richtlinien für FIFA-Spieloffizielle nicht als allgemeine Vertragsbedingungen qualifiziert werden können,<sup>1871</sup> lässt sich dieser Umstand indes durchaus erklären. Dasselbe gilt im Übrigen auch für die auf der FIFA-Liste geführten Spieloffiziellen. Da mit dieser Aufnahme bekanntlich kein Abschluss eines Regelanerkennungsvertrags verbunden ist,<sup>1872</sup> kann hieraus entsprechend auch keine vertragliche Bindung der Spieloffiziellen an die Schiedsklausel von Art. 68 Ziff. 2 FIFA-Statuten abgeleitet werden.<sup>1873</sup>

---

<sup>1869</sup> FENNERS, Nrn. 552 ff.; ZIMMERMANN, Vertragsstabilität, S. 141 ff.; HANDSCHIN/SCHÜTZ, S. 179 f.; SCHILLIG, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 71 ff.; FUCHS, S. 224 ff.; VILLIGER, Nr. 15; SCHERRER/MURESAN/LUDWIG, S. 305; BERGER/KELLERHALS, Nr. 4; HOLLA, S. 64 ff.; ANDEXER, S. 275 ff.

<sup>1870</sup> Vgl. auch HANDSCHIN/SCHÜTZ, S. 180 m.w.H.; SCHILLIG, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 72 ff.; HOLLA, S. 67 f.

<sup>1871</sup> Siehe hierzu vorne, S. 83.

<sup>1872</sup> Vgl. vorne, S. 97.

<sup>1873</sup> Selbst für den Fall, dass entgegen der hier vertretenen Ansicht in der Aufnahme der Spieloffiziellen auf die FIFA-Liste dennoch gleichzeitig auch der Abschluss eines Regelanerkennungsvertrags erblickt werden könnte, wäre die sich hieraus mittels Verweis auf die Schiedsklausel in den FIFA-Statuten ergebende vertragliche



## A) Ziff. 13 Abs. 2 UEFA-Pflichtenheft

Anders als im zwischen der FIFA und den in deren Wettbewerben eingesetzten Spieloffiziellen bestehenden Vertragsverhältnis besteht in demjenigen zwischen der UEFA und deren eingesetzten Spieloffiziellen eine vertragliche Schiedsvereinbarung. Gemäss Ziff. 13 Abs. 2 des als allgemeine Vertragsbedingungen zu qualifizierenden UEFA-Pflichtenhefts<sup>1874</sup> sind Streitfälle zwischen der UEFA und Spieloffiziellen, welche nicht gütlich beigelegt werden können, nach Ausschöpfung aller durch die UEFA-Reglemente vorgesehenen Rechtswege dem CAS vorzulegen. Dies gilt unter Ausschluss jeglicher staatlicher Gerichte auch für provisorische und superprovisorische Massnahmen.

### a) Formelle Gültigkeit

Aufgrund der dualen Ausgestaltung<sup>1875</sup> des Rechts der Schiedsgerichtsbarkeit in der Schweiz ist die formelle Gültigkeitsprüfung dieser vertraglichen Schiedsvereinbarung doppelt durchzuführen. Soweit es sich um Ansprüche von Spieloffiziellen mit Wohnsitz ausserhalb der Schweiz handelt, ist die formelle Gültigkeit der Schiedsvereinbarung nach den Regeln der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit von Art. 176 ff. IPRG,<sup>1876</sup> konkret anhand von Art. 178 IPRG zu prüfen. Demgegenüber ist die formelle Gültigkeit der Schiedsvereinbarung bei Ansprüchen von Spieloffiziellen mit Wohnsitz in der Schweiz nach den Regeln der Binnenschiedsgerichtsbarkeit von Art. 353 ff. ZPO,<sup>1877</sup> konkret anhand von Art. 358 ZPO, zu prüfen.

Die Formerfordernisse an eine gültige Schiedsvereinbarung sind indes sowohl nach Art. 178 Abs. 1 IPRG als auch nach Art. 358 ZPO grundsätzlich dieselben. Nach beiden Bestimmungen hat eine Schiedsvereinbarung schriftlich oder in einer anderen Form zu erfolgen, welche deren Nachweis durch Text ermöglichen. Eine eigenhändige Unterschrift ist dabei nicht erforderlich.<sup>1878</sup> Für

---

Schiedsklausel mangels Schriftlichkeit formungültig (vgl. hierzu hinten, S. 360).

<sup>1874</sup> Siehe hierzu vorne, S. 82.

<sup>1875</sup> Siehe hierzu vorne, S. 354.

<sup>1876</sup> Gemäss Art. 176 Abs. 1 IPRG gelten die Bestimmungen des IPRG für Schiedsgerichte mit Sitz in der Schweiz, sofern beim Abschluss der Schiedsvereinbarung wenigstens eine Partei ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt nicht in der Schweiz hatte.

<sup>1877</sup> Gemäss Art. 353 Abs. 1 ZPO gelten die Bestimmungen der Binnenschiedsgerichtsbarkeit für Verfahren vor Schiedsgerichten mit Sitz in der Schweiz, sofern nicht die Bestimmungen der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit des IPRG Anwendung finden.

<sup>1878</sup> GRÄNICH, Art. 178 IPRG N 15 m.w.H.; MÜLLER-CHEN/EGGER, Art. 358 ZPO N 10 m.w.H.; SCHILLIG, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 84 m.w.H.; KLEINER, S. 216 und S. 218 m.w.H.

Schiedsvereinbarungen durch Verweise ist diese Form bereits dann gewahrt, wenn sowohl die verweisende Erklärung, welche keine ausdrückliche Bezugnahme auf die in einem anderen Dokument enthaltene Schiedsklausel enthalten muss, als auch das Dokument, auf welches verwiesen wird und welches die Schiedsklausel letztlich enthält, in Textform vorliegen.<sup>1879</sup> Ob mit diesem Einbezug eines weiteren Dokuments in den Vertrag effektiv auch ein Konsens zwischen den Parteien hinsichtlich der vertraglichen Übernahme dieser darin befindlicher Schiedsklausel entstanden ist, stellt jedoch keine Frage der formellen Gültigkeit der Schiedsvereinbarung dar, sondern ist im Rahmen der materiellen Gültigkeitsprüfung zu beantworten.<sup>1880</sup>

Bei der Zuteilung eines Spiels an die Spieloffiziellen lässt die UEFA die vorgesehene Ansetzung jeweils den betreffenden Spieloffiziellen bzw. deren Nationalverband schriftlich zukommen, verbunden mit der Aufforderung, die zeitliche Verfügbarkeit und Bereitschaft zur Übernahme dieser Spielleitung zu bestätigen. In diesen Schreiben weist die UEFA regelmässig auf das diesen beiliegende UEFA-Pflichtenheft sowie den Umstand hin, dass die Spieloffiziellen mit der Bereitschaft zur Annahme der konkreten Spielzuteilung gleichzeitig auch in die Einhaltung der ihnen durch das UEFA-Pflichtenheft eingeräumten bzw. auferlegten Rechte und Pflichten einwilligen. Folglich sind die formellen Voraussetzungen an die Gültigkeit der Schiedsvereinbarung durch deren Übergabe bzw. Aushändigung des UEFA-Pflichtenhefts anlässlich des Vertragsabschlusses sowohl im Anwendungsbereich der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit als auch der Binnenschiedsgerichtsbarkeit nach hier vertretener Ansicht erfüllt.

#### b) *Materielle Gültigkeit*

In materieller Hinsicht bestimmt Art. 178 Abs 2 IPRG für die internationale Schiedsgerichtsbarkeit, dass eine Schiedsvereinbarung dann gültig ist, wenn sie dem von den Parteien gewählten, auf die Streitsache anwendbaren oder schweizerischem Recht entspricht. Mit anderen Worten ist die Schiedsvereinbarung materiell dann gültig, wenn sie wenigstens einer der drei möglichen Rechtsordnungen entspricht.<sup>1881</sup> Demgegenüber enthält die ZPO für die Binnenschiedsgerichtsbarkeit keinerlei Angaben zu den materiellen Gültigkeitsvoraussetzungen einer Schiedsvereinbarung. Es ist jedoch regelmässig davon auszugehen, dass sich das Zustandekommen einer Schiedsvereinbarung im Rahmen der Binnen-

---

<sup>1879</sup> MÜLLER-CHEN/EGGER, Art. 358 ZPO N 18 ff. m.w.H.; GRÄNICHER, Art. 178 IPRG N 18 m.w.H.; GIRSBERGER, Art. 358 ZPO N 16 m.w.H.; VOLKEN, Art. 178 IPRG N 39 m.w.H.; FENNERS, Nr. 571.

<sup>1880</sup> Vgl. auch GRÄNICHER, Art. 178 IPRG N 18; VOLKEN, Art. 178 IPRG N 40 m.w.H.; FENNERS, Nr. 572 m.w.H.; OSCHÜTZ, S. 191 m.w.H.; ZIMMERMANN, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 157 m.w.H.

<sup>1881</sup> GRÄNICHER, Art. 178 IPRG N 24; VOLKEN, Art. 178 IPRG N 53.

schiedsgerichtsbarkeit nach schweizerischem Recht richtet.<sup>1882</sup> Gemäss Schweizer Recht, worauf sich die nachfolgenden Ausführungen beschränken und welches aufgrund der Rechtswahlklausel von Ziff. 13 Abs. 1 UEFA-Pflichtenheft materiell auf das zwischen der UEFA sowie den von dieser eingesetzten Spieloffiziellen Anwendung findet, ist massgebend, ob zwischen den Parteien übereinstimmende gegenseitige Willenserklärungen über die *essentialia negotii* der Schiedsvereinbarung erfolgten. Diese wesentlichen Vertragselemente einer Schiedsvereinbarung bestehen in der Bezeichnung eines bestimmten Rechtsverhältnisses sowie der Übereinkunft, Streitigkeiten aus diesem Rechtsverhältnis durch ein mindestens bestimmbares Schiedsgericht beurteilen zu lassen.<sup>1883</sup>

Im Rahmen der materiellen Gültigkeit ist letztlich auch die Frage zu prüfen, ob zwischen den Parteien eine Einigung über den allfälligen Einbezug von allgemeinen Geschäfts- oder Vertragsbedingungen und die darin enthaltene Schiedsklausel in ihren Vertrag zustande gekommen ist.<sup>1884</sup> Ob unter dem Gesichtspunkt der Konsenserfordernis ein globaler Verweis wie im konkreten Fall der im UEFA-Pflichtenheft befindlichen Schiedsklausel auf die allgemeinen Vertragsbedingungen genügt, ist aufgrund des Vertrauensprinzips unter Berücksichtigung der konkreten Umstände des Einzelfalls zu beurteilen.<sup>1885</sup> Ausser für den Fall, dass einem Vertragspartner bekannt ist oder hätte bekannt sein müssen, dass eine Schiedsklausel vom anderen Vertragspartner nicht gewollt ist, hat eine Schiedsklausel im verwiesenen Text auch bei globaler Bezugnahme hierauf in aller Regel unabhängig davon Bestand, ob der Vertragspartner die Bedingungen tatsächlich gelesen und deshalb davon gewusst hat, dass die allgemeinen Vertragsbedingungen tatsächlich eine Schiedsklausel enthalten.<sup>1886</sup> Insbesondere im Bereich der Sportgerichtsbarkeit prüft das Bundesgericht die Wirksamkeit von Schiedsvereinbarungen durch Verweis mit einem gewissen Wohlwollen, indem es nicht nur einen globalen Verweis auf eine Schiedsklausel enthaltendes Reglement verschiedentlich als gültig erachtete, sondern auch einem doppelten Verweis auf ein Reglement, welches seinerseits auf nationale oder internationale Statuten und damit auf eine darin befindliche Schiedsklausel verwies, die materielle Gültigkeit zusprach. Dies aufgrund des Umstands, dass im Bereich des

<sup>1882</sup> Vgl. Botschaft ZPO, S. 7394; STAEHELIN/STAEHELIN/GROLIMUND, § 29 N 19; MÜLLER-CHEN/EGGER, Art. 357 ZPO N 31; a.M. BERGER/KELLERHALS, Nr. 319, gemäss welchen ein Binnenschiedsgericht die materielle Gültigkeit nach dem von den Parteien gewählten Recht zu beurteilen habe und erst subsidiär auf schweizerisches Recht abzustellen sei.

<sup>1883</sup> GRÄNICH, Art. 178 IPRG N 30 m.w.H.; GIRSBERGER, Art. 357 ZPO N 15 ff. m.w.H.; KLEINER, S. 216 ff.

<sup>1884</sup> Vgl. auch VOLKEN, Art. 178 IPRG N 57 m.w.H.; GIRSBERGER, Art. 357 ZPO N 26 m.w.H.

<sup>1885</sup> GRÄNICH, Art. 178 IPRG N 60 m.w.H.

<sup>1886</sup> GRÄNICH, Art. 178 IPRG N 60 m.w.H.

Berufssports eine ausserstaatliche Streiterledigung durch das CAS geradezu als branchentypisch erwartet werden muss.<sup>1887</sup>

Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass mit dem schriftlichen Verweis auf die Verbindlichkeit des UEFA-Pflichtenhefts für das mit der Vornahme einer konkreten Spielzuteilung durch die UEFA bzw. der schriftlichen Bestätigung ihrer Verfügbarkeit durch die Spieloffiziellen zwischen den Parteien begründete Vertragsverhältnis<sup>1888</sup> auch die als Ziff. 13 Abs. 2 in diesem Pflichtenheft enthaltene Schiedsklausel regelmässig gültiger Bestandteil dieses Vertragsverhältnisses geworden ist. Da es sich beim UEFA-Pflichtenheft um allgemeine Vertragsbedingungen handelt,<sup>1889</sup> könnte die Verbindlichkeit dieser Schiedsklausel aus Sicht der Spieloffiziellen indes allenfalls noch an der sogenannten *Ungewöhnlichkeitsregel* scheitern.<sup>1890</sup> Dies ist jedoch für den konkreten Fall zu verneinen. Obwohl für die Beurteilung der subjektiven Ungewöhnlichkeit einer Schiedsklausel die Umstände des Einzelfalls zu betrachten sind, dürfte ganz generell insbesondere angesichts der weiten Verbreitung von Schiedsgerichten im professionellen Sport eine Schiedsklausel für einen Sportler im Allgemeinen und einen Spieloffiziellen im Speziellen regelmässig kaum subjektiv überraschend und ungewöhnlich sein. So kann die Zuständigkeit von Schiedsgerichten zur Streiterledigung im professionellen Sport heutzutage ganz generell nicht mehr als geschäftsfremd oder ungewöhnlich bezeichnet werden.<sup>1891</sup>

### c) *Schutz der Freiwilligkeit*

In aller Regel dürfte die Zustimmung eines Sportlers zu einer vertraglichen Schiedsabrede kaum freiwillig erfolgen. Vielmehr stehen Sportler regelmässig vor der Wahl, entweder die Schiedsvereinbarung gleichsam als Eintrittsticket zur Teilnahme am Wettkampf zu unterzeichnen oder bei Nichtunterzeichnung zum Wettkampfbetrieb nicht zugelassen zu werden.<sup>1892</sup> Auch bei der in Ziff. 13 Abs. 2 des UEFA-Pflichtenhefts enthaltenen Schiedsklausel liegt der Fall nicht

---

<sup>1887</sup> Vgl. GRÄNICH, Art. 178 IPRG N 61a m.w.H.; HOLLA, S. 160 ff. m.w.H.; OSCHÜTZ, S. 196 sowie S. 198 f. m.w.H.; ZIMMERMANN, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 14 m.w.H. auf die bundesgerichtliche Rechtsprechung; WALTER, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 177 m.w.H.; weitere Hinweise auf die bundesgerichtliche Rechtsprechung bei KLEINER, Fn. 705.

<sup>1888</sup> Siehe hierzu vorne, S. 361.

<sup>1889</sup> Siehe vorne, S. 82.

<sup>1890</sup> Vgl. auch GRÄNICH, Art. 178 IPRG N 60 m.w.H.; GIRSBERGER, Art. 357 ZPO N 28 m.w.H.; FUCHS, S. 224 m.w.H.; SCHILLIG, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 73; HAAS/MARTENS, S. 77.

<sup>1891</sup> Vgl. auch KLEINER, S. 226 ff. m.w.H. auf die Rechtsprechung (vgl. DERSELBE, Fn. 716).

<sup>1892</sup> Vgl. anstelle vieler KLEINER, S. 242 f. m.w.H.; FENNNERS, Nr. 614 m.w.H.; SCHILLIG, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 78 f. m.w.H.; BRUNK, S. 50 m.w.H.

anders. Mit der Bestätigung seiner Verfügbarkeit nach Erhalt eines Spielaufgebots durch die UEFA erklärt der einzelne Spieloffizielle regelmässig seine Zustimmung zu den im UEFA-Pflichtenheft festgehaltenen Rechten und Pflichten und somit auch seine Unterwerfung unter die in deren Ziff. 13 Abs. 2 enthaltene Schiedsklausel.

Obwohl in der Lehre vereinzelt die Ansicht vertreten wird, ein solcher Mangel an Freiwilligkeit könne den gültigen, konsensualen Abschluss einer Schiedsvereinbarung verhindern,<sup>1893</sup> ist mit der herrschenden Lehre und der bundesgerichtlichen Rechtsprechung im Grundsatz von der Rechtswirksamkeit solcher unfreiwillig abgeschlossenen Schiedsvereinbarungen auszugehen.<sup>1894</sup> Insbesondere dürfte in solchen Fällen regelmässig mangels Widerrechtlichkeit<sup>1895</sup> keine Drohung im Sinne von Art. 29 f. OR und somit kein Willensmangel vorliegen, da sich ein Verband mit der Durchsetzung von Schiedsklauseln keine übermässigen Vorteile verschaffen will.<sup>1896</sup> Auch ein Verstoß gegen das Verbot der übermässigen Selbstbindung von Art. 27 Abs. 2 ZGB kann in einem solchen unfreiwilligen Abschluss einer Schiedsvereinbarung nach herrschender Lehre und bundesgerichtlicher Rechtsprechung nicht erblickt werden.<sup>1897</sup> Zwar wird den Sportlern regelmässig die schiedsgerichtliche Streiterledigung aufgezwungen, doch darf insbesondere im konkreten Fall der Geltendmachung von vertraglichen oder ausservertraglichen Ansprüchen von oder gegen Spieloffizielle nicht ausser Acht gelassen werden, dass es sich bei der vom CAS anwendbaren Entscheidungsgrundlage in erster Linie um staatliches Recht und nicht um Verbandsreglemente handelt, sodass hierdurch keine Streitpartei einseitig bevorzugt wird. Darüber hinaus kann ein Schiedsspruch regelmässig – wenn auch in beschränktem Rahmen – durch das Bundesgericht überprüft werden. Letzteres hat zudem bekanntlich mehrfach entschieden, dass es sich beim CAS seiner Ansicht nach um ein unabhängiges und unparteiisches Schiedsgericht handelt.<sup>1898</sup>

<sup>1893</sup> Vgl. beispielsweise BADDELEY, *sportif*, S. 177 m.w.H.; ZEN-RUFFINEN, Nr. 1445; BRUNK, S. 29 sowie S. 194 m.w.H.

<sup>1894</sup> KLEINER, S. 257; FENNERS, Nr. 620; für Hinweise zur aktuellen bundesgerichtlichen Rechtsprechung vgl. BRUNK, S. 86 m.w.H.

<sup>1895</sup> Vgl. Art. 29 Abs. 1 OR. Widerrechtlichkeit liegt lediglich dann vor, wenn das in Aussicht gestellte Übel selber widerrechtlich ist (SCHWENZER, Art. 29 OR N 7 m.w.H.; SCHMIDLIN, Art. 29/30 OR N 34) oder wenn die Notlage des Bedrohten benutzt wird, um diesem die Einräumung übermässiger Vorteile abzunötigen (vgl. Art. 30 Abs. 2 OR).

<sup>1896</sup> Gl.M. auch KLEINER, S. 253; FENNERS, Nr. 617; SCHILLIG, S. 79 f.

<sup>1897</sup> KLEINER, S. 256; ADOLPHSEN, S. 564; FENNERS, Nr. 616; GÖKSU, S. 359 f.; BGE 133 III 235 ff., E. 4.3.2.2; a.M. BRUNK, S. 194.

<sup>1898</sup> Siehe hierzu vorne, Fn. 97.

In diesem Zusammenhang hat jedoch das Landgericht München in einem viel beachteten Urteil<sup>1899</sup> in der Angelegenheit der Eisschnellläuferin *Claudia Pechstein* die Wirksamkeit einer Schiedsabrede aufgrund der fehlenden Freiwilligkeit der Sportlerin bei deren Abschluss in Anwendung von Art. 27 Abs. 2 ZGB für unwirksam erklärt. Dies entgegen der bundesgerichtlichen Rechtsprechung, welche nach Ansicht des Landgerichts München nicht mit den in Art. 6 und 13 EMRK enthaltenen Garantien des Zugangs zu einem unabhängigen und unparteiischen Gericht sowie dem Recht auf eine wirksame Beschwerde bei einer innerstaatlichen Instanz vereinbar sei. Mangels Vorhandensein eines freien Willens zum Abschluss einer Schiedsabrede könne dieser Umstand auch nicht vom wohlwollenden Prüfungsmassstab des Bundesgerichts geheilt werden.<sup>1900</sup> Auch wenn einige Autoren in diesem viel diskutierten Urteil des Landgerichts München bereits den Anfang vom Ende der Sportschiedsgerichtsbarkeit sehen wollten,<sup>1901</sup> enthält dieses hinsichtlich der Gültigkeit von nicht freiwillig abgeschlossenen Schiedsabreden nach schweizerischem Recht dennoch keine revolutionären<sup>1902</sup> Erkenntnisse. Die vom Landgericht München ins Feld geführten Gründe für dessen Abweichen von der bundesgerichtlichen Rechtsprechung wurden bereits früher vom Bundesgericht selber geprüft und für unerheblich befunden.<sup>1903</sup> Entsprechend wird denn auch in der schweizerischen Lehre dieses Urteil des Landgerichts München sowie die darin vertretene Ansicht der Unwirksamkeit einer unfreiwillig erfolgten Einwilligung in eine Schiedsabrede grossmehrheitlich kritisiert.<sup>1904</sup> Ganz ohne Wirkung ist dieses Urteil auf die schweizerische

---

<sup>1899</sup> Urteil des Landgerichts München I vom 26. Februar 2014, in: CaS 2/2014, S. 154 ff. sowie SpuRt 3/2014, S. 113 ff.

<sup>1900</sup> Urteil des Landgerichts München I vom 26. Februar 2014, E. 3c bb.

<sup>1901</sup> Vgl. beispielsweise MONHEIM, S. 93 f.; differenzierend MURESAN/KORFF, S. 208 ff., wogegen ORTH, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 234 im Falle einer – in der Zwischenzeit bekanntlich nicht eingetretenen (siehe hierzu hinten, S. 366) – Bestätigung des zweitinstanzlichen Pechstein-Urteils durch den BGH den einstweiligen Untergang des CAS prophezeite – zumindest bis zur Einleitung von Reformen, welche den Anforderungen an die nunmehr geltenden Regeln und Vorstellungen der Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens vor dem CAS genügen würden. Entsprechend gross war nach Vorliegen des BGH-Urteils in dieser Angelegenheit die Erleichterung bei demjenigen Teil der Lehre, welcher sich angesichts der vorinstanzlichen Urteile um die Funktionsfähigkeit der internationalen Sportgerichtsbarkeit sorgte (vgl. beispielsweise PRÜTTING, S. 148).

<sup>1902</sup> Demgegenüber wurde dieses Urteil in der Zeitschrift Spiegel als «Revolution für die Sportwelt» bezeichnet (vgl. Spiegel Online vom 26. Februar 2014 <<http://www.spiegel.de/sport/wintersport/athletenvereinbarung-urteil-zu-pechstein-sorgt-fuer-wirbel-a-955805.html>>, besucht Ende Juli 2017).

<sup>1903</sup> GÖKSU, S. 359 und 362 m.w.H. auf BGE 136 III 605 ff. sowie BGE 129 III 445 ff.; vgl. auch HANDSCHIN/SCHÜTZ, S. 179 f. m.w.H.

<sup>1904</sup> Vgl. GÖKSU, S. 359 ff.; HANDSCHIN/SCHÜTZ, S. 180 f. Zustimmend demgegenüber

Rechtslandschaft dennoch nicht geblieben. Kurz nach dessen Publikation hat sich auch in der Schweiz ein erstinstanzliches Gericht unter Bezugnahme auf dieses Pechstein-Urteil in einem Massnahmeverfahren die Frage gestellt, ob eine in einem Standardvertrag enthaltene Schiedsklausel entgegen der bundesgerichtlichen Rechtsprechung nicht doch einen Verstoss gegen Art. 27 Abs. 2 ZGB darstellen und dementsprechend nicht EMRK-konform sein könnte, die Frage letztlich aber offengelassen.<sup>1905</sup> Im zwischenzeitlich ergangenen Berufungsurteil in der Angelegenheit *Pechstein* hat nun aber das Oberlandesgericht München entgegen der Ansicht der Vorinstanz entschieden, Schiedsvereinbarungen seien nicht bereits deshalb generell unwirksam, weil es an einer freien Willensbildung der Athleten bei der Unterzeichnung fehle. Eine solche tatsächliche Zustimmung zu einer Schiedsvereinbarung stelle insbesondere auch dann keine Verletzung von Art. 6 Abs. 1 EMRK dar, wenn diese wirtschaftlich notwendig gewesen sei, um eine bestimmte berufliche Tätigkeit auszuüben.<sup>1906</sup> Im Ergebnis hat jedoch auch das Oberlandesgericht München der fraglichen Schiedsklausel die Anwendbarkeit versagt, indem es diese als Verstoss gegen zwingendes deutsches Kartellrecht qualifizierte.<sup>1907</sup> Demgegenüber hat der BGH in seinem in dieser Angelegenheit nunmehr abschliessenden Urteil aber entgegen der Ansicht der Vorinstanz und wohl auch der herrschenden Lehre<sup>1908</sup> entschieden, dass selbst eine vom Athleten nicht gewollte Schiedsvereinbarung einer freiwilligen Vertragsunterzeichnung nicht entgegenstehen solle, solange diese vertragliche Vereinbarung einen sachgerechten Interessenausgleich herstelle.<sup>1909</sup>

Geht man mit der herrschenden Lehre sowie der bundesgerichtlichen Rechtsprechung vom Grundsatz der Zulässigkeit und Gültigkeit solcher unfreiwillig abgeschlossenen Schiedsvereinbarungen aus, kann auch für die Gültigkeit der durch die Spielloffiziellen regelmässig kaum freiwillig akzeptierten Schiedsabrede von Ziff. 13. Abs. 2 UEFA-Pflichtenhefts nichts anderes gelten. Obwohl sich die Spielloffiziellen einer Unterwerfung unter diese Schiedsklausel lediglich dadurch entziehen könnten, dass sie ihre Verfügbarkeit für die erhaltene Spielzuteilung nicht bestätigen und dementsprechend nicht mit der Leitung dieses Spiels betraut würden, ist darin weder eine übermässige Selbstbindung im Sinne von

---

MURESAN/KORFF, S. 203 ff.

<sup>1905</sup> Vgl. Entscheid des Bezirksgerichts Dielsdorf vom 20. Oktober 2014 (siehe hinten, Fn. 1966), E. 1.3.

<sup>1906</sup> Urteil Oberlandesgericht München vom 15. Januar 2015, E. 3b bb (2) bbb, in: CaS 2015, S. 37 ff. sowie SpuRt 2/2015, S. 78 ff.

<sup>1907</sup> Urteil Oberlandesgericht München vom 15. Januar 2015, a.a.O., E. 3; vgl. auch STANCKE, S. 48 ff.

<sup>1908</sup> PRÜTTING, S. 147.

<sup>1909</sup> Urteil des BGH vom 7. Juni 2016, E. II/3 c bb (1), in: SpuRt 4/2016, S. 163 ff. sowie CaS 3/2016, S. 258 ff.

Art. 27 Abs. 2 ZGB noch ein zur Anfechtung berechtigender Willensmangel zu erblicken.

### **B) Ziff. 12 Abs. 1 UEFA-Pflichtenheft**

Neben dieser in Ziff. 13 Abs. 2 UEFA-Pflichtenheft enthaltenen Schiedsklausel verpflichten sich die Spieloffiziellen gemäss Ziff. 12 Abs. 1 UEFA-Pflichtenheft unter anderem auch, die Statuten, Reglemente und Weisungen der UEFA einzuhalten. Mittels dieses Verweises im UEFA-Pflichtenheft, welches seinerseits im Rahmen der Spielzuteilung durch die UEFA bzw. der hierauf durch die Spieloffiziellen zu erklärenden Verfügbarkeit zum Bestandteil des zwischen den Parteien abgeschlossenen Vertrags erhoben wird,<sup>1910</sup> bildet auch die in Art. 61 UEFA-Statuten kodifizierte Schiedsklausel Bestandteil dieses Vertrags.

#### *a) Erweiterter sachlicher Anwendungsbereich gegenüber der Schiedsklausel von Ziff. 13 Abs. 2 UEFA-Pflichtenheft*

Gegenüber der in Ziff. 13 Abs. 2 des UEFA-Pflichtenhefts kodifizierten Schiedsklausel ist der sachliche Anwendungsbereich der Schiedsklausel von Art. 61 UEFA-Statuten weiter. Während sich die Schiedsklausel von Ziff. 13 Abs. 2 UEFA-Pflichtenheft lediglich auf Streitigkeiten zwischen der UEFA und den von dieser für die Vornahme von Spielleitungen eingesetzten Spieloffiziellen bezieht, sind von der Schiedsklausel in Art. 61 UEFA-Statuten gemäss deren Wortlaut auch Streitigkeiten zwischen den Spieloffiziellen und Nationalverbänden, Clubs oder Spielern erfasst. Dies unabhängig davon, ob diese Ansprüche vertraglicher oder deliktischer Art sind. Aufgrund des Umstands, dass die Vertragsverhältnisse zwischen der UEFA und den von dieser beauftragten Spieloffiziellen in zeitlicher Hinsicht regelmässig lediglich die Leitung eines einzigen Spiels umfassen, kann sich auch die Teil dieses Vertrags bildende Unterwerfung der Spieloffiziellen unter die Schiedsklausel von Art. 61 der UEFA-Statuten lediglich auf diese beziehen. Dies hat zur Folge, dass die Spieloffiziellen lediglich für anlässlich eines UEFA-Spiels entstandene Ansprüche gegen Wettbewerbsteilnehmer an diese Schiedsklausel gebunden sind. Demgegenüber bildet das UEFA-Pflichtenheft für nicht von der UEFA durchgeführte Wettbewerbspiele regelmässig keinen Bestandteil des zwischen den Spieloffiziellen und dem wettbewerbsveranstaltenden Verband bestehenden Rechtsverhältnisses, womit die Spieloffiziellen für Ansprüche, welche ihren Ursprung in UEFA-externen Spielen haben, entsprechend auch nicht über die Verweisung von Ziff. 13 Abs. 2 UEFA-Pflichtenheft an die Schiedsklausel von Art. 61 UEFA-Statuten gebunden sind.

---

<sup>1910</sup> Siehe hierzu vorne, S. 361.



### b) *Formelle Gültigkeit*

Hinsichtlich der formellen Gültigkeit der durch den Verweis in Ziff. 12 Abs. 1 UEFA-Pflichtenheft auf die statutarische Schiedsklausel in Art. 61 der UEFA-Statuten geschaffenen vertraglichen Schiedsvereinbarung kann im Grundsatz auf die vorstehenden Ausführungen zur formellen Gültigkeit der Schiedsklausel in Ziff. 13 Abs. 2 UEFA-Pflichtenheft verwiesen werden.<sup>1911</sup> Sowohl die statutarische Schiedsklausel von Art. 61 der UEFA-Statuten als auch der Verweis hierauf in Ziff. 12 Abs. 1 UEFA-Pflichtenheft sind in schriftlicher Form verfasst und ermöglichen damit den Nachweis ihres Abschlusses durch Text. Eine Unterzeichnung des verweisenden Reglements bzw. der die Schiedsklausel enthaltenden Statuten ist für deren formelle Gültigkeit ebenso wenig erforderlich<sup>1912</sup> wie ein expliziter Verweis auf die statutarische Schiedsklausel bzw. den reglementarischen Verweis hierauf.<sup>1913</sup> Die Formerfordernisse von Art. 358 ZPO sowie Art. 178 Abs. 1 IPRG sind somit auch bei dieser Schiedsvereinbarung erfüllt.

### c) *Materielle Gültigkeit*

Auch für die materielle Gültigkeit der durch den Verweis in Ziff. 12 Abs. 1 UEFA-Pflichtenheft auf die statutarische Schiedsklausel von Art. 61 UEFA-Statuten geschaffenen, vertraglichen Schiedsvereinbarung kann im Wesentlichen auf die vorstehenden Ausführungen zur materiellen Gültigkeit der Schiedsklausel in Ziff. 13 Abs. 2 UEFA-Pflichtenheft verwiesen werden.<sup>1914</sup> So hat auch das Bundesgericht einem wie im konkreten Fall vorliegenden doppelten Verweis auf ein Reglement, welches seinerseits auf nationale oder internationale Statuten und damit auf eine darin befindliche Schiedsklausel verwies, die vertragliche Wirksamkeit und damit die materielle Gültigkeit zugesprochen.<sup>1915</sup>

Die statutarische Schiedsklausel von Art. 61 der UEFA-Statuten bezeichnet sowohl die Streitigkeiten, für welche die schiedsgerichtliche Zuständigkeit fest-

<sup>1911</sup> Siehe hierzu vorne, S. 360 f.

<sup>1912</sup> Vgl. KLEINER, S. 232 sowie BERGER/KELLERHALS, Nr. 453. Letztere fordern mit Verweis auf die bundesgerichtliche Rechtsprechung jedoch immerhin eine Unterzeichnung des Hauptvertrags, in welchem sich der Verweis auf das die Schiedsvereinbarung enthaltende Dokument befindet (vgl. DIESELBEN, Nr. 454 m.w.H.).

<sup>1913</sup> GRÄNICHER, Art. 178 IPRG N 18 m.w.H.; MÜLLER-CHEN/EGGER, Art. 358 ZPO N 25 m.w.H.; GIRSBERGER, Art. 358 ZPO N 16 m.w.H.; FENNERS, Nr. 571 m.w.H.; ZIMMERMANN, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 151 m.w.H.; KLEINER, S. 232 m.w.H.

<sup>1914</sup> Siehe hierzu vorne, S. 361 ff. Dies gilt insbesondere auch für die Frage einer allfälligen Anfechtbarkeit oder gar Ungültigkeit einer unfreiwillig erfolgten Unterwerfung unter eine statutarische Schiedsklausel (vgl. auch HANDSCHIN/ SCHÜTZ, S. 181).

<sup>1915</sup> Siehe vorne, Fn. 1912.

gelegt werden soll,<sup>1916</sup> als auch das CAS als zuständiges Schiedsgericht. Damit ist auch hinsichtlich dieser in Ziff. 12 Abs. 1 UEFA-Pflichtenheft enthaltenen Schiedsvereinbarung vom Vorliegen übereinstimmender Willenserklärungen hinsichtlich deren *essentialia negotii* auszugehen.

Schliesslich hat auch der Umstand, dass mit der Regelung von Ziff. 12 Abs. 1 UEFA-Pflichtenheft generell auf die UEFA-Statuten und nicht lediglich auf die Fassung im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses verwiesen wird, keinen Einfluss auf die materielle Gültigkeit der Schiedsvereinbarung. Anders als im deutschen Recht werden nach schweizerischem Recht sogenannte dynamische Verweisungen in Vereinssatzungen auf Regelwerke eines anderen, beispielsweise hierarchisch übergeordneten Verbands, ganz generell als zulässig erachtet.<sup>1917</sup> Im konkreten Fall geht es jedoch darum, dass die UEFA die jeweils geltende Fassung ihrer Statuten bzw. die hieraus für die Spieloffiziellen resultierenden Verpflichtungen zum Inhalt einer vertraglichen Vereinbarung mit den Spieloffiziellen macht. Derartige dynamische Verweisungen werden selbst im deutschen Recht als zulässig erachtet.<sup>1918</sup> Auch für das schweizerische Recht hat das Bundesgericht entschieden, es entspreche in der Regel dem Parteiwillen, dass die jeweils im Zeitpunkt der Einreichung des Schiedsbegehrens geltende Fassung der statutarischen Schiedsklausel anwendbar sein soll.<sup>1919</sup>

### C) Ziff. 1 SFL-Anstellungsbedingungen

Auf nationaler Ebene bilden die SFL-Anstellungsbedingungen als allgemeine Vertragsbedingungen Teil der zwischen dem SFV und den von diesem in der SFL eingesetzten Spieloffiziellen abgeschlossenen Arbeitsverträge.<sup>1920</sup> Überraschenderweise sucht man in diesem Reglement jedoch vergeblich nach einer Schiedsklausel. Vielmehr wird in den SFL-Anstellungsbedingungen für den Fall von auftretenden Rechtsstreitigkeiten sogar explizit festgehalten, dass im Falle einer (beispielsweise fristbedingten) Notwendigkeit auf das vorgesehene Mediationsverfahren verzichtet und direkt ein Gerichtsverfahren anhängig gemacht werden kann.<sup>1921</sup>

Fraglich ist, ob in Ziff. 1 SFL-Anstellungsbedingungen allenfalls eine gültige Verweisung auf die SFV-Statuten und damit die in dessen Art. 92 kodifizierte

---

<sup>1916</sup> Dies gilt nach hier vertretenen Ansicht insbesondere auch für die in Art. 61 Abs. 1 lit. b UEFA-Statuten umschriebenen Streitigkeiten zwischen Spieloffiziellen und Verbänden, Clubs sowie Spielern (vgl. auch RÜEDE/HADENFELDT, S. 69, sowie WEBER, Strukturen, S. 153).

<sup>1917</sup> Siehe hierzu vorne, S. 15.

<sup>1918</sup> Vgl. HAAS/PROKOP, S. 17 f. m.w.H.; HAAS/MARTENS, S. 74 f.

<sup>1919</sup> BGer 4P.253/2003 vom 25. März 2004, E. 5.4.

<sup>1920</sup> Siehe hierzu vorne, S. 121.

<sup>1921</sup> Vgl. Ziff. 4 SFL-Anstellungsbedingungen.

Schiedsklausel erblickt werden kann. Dies ist nach hier vertretener Ansicht jedoch nicht der Fall. Zwar wird in dieser Bestimmung festgehalten, die Pflichten der Spieloffiziellen würden in den jeweils aktuellen Versionen der auf sie anwendbaren, heutigen und zukünftigen Reglemente, Ausführungsbestimmungen und Richtlinien des SFV sowie der SFL geregelt. Hierunter wären grundsätzlich auch die in den SFV-Statuten enthaltenen Pflichten zu zählen, welche bekanntlich in deren Art. 92 eine Schiedsklausel für sämtliche zivilrechtlichen Streitsachen unter anderem zwischen den Spieloffiziellen und dem SFV, den Clubs sowie deren Spielern enthält. Der Verweis in Ziff. 1 SFL-Anstellungsbedingungen ist jedoch derart weit gefasst, dass nach dem Vertrauensprinzip die SFV-Statuten und damit die darin enthaltene Schiedsklausel klarerweise nicht Bestandteil des zwischen dem SFV und den von diesem in der SFL eingesetzte Spieloffiziellen abgeschlossenen Arbeitsvertrags geworden sein können. Diese materielle Ungültigkeit des Verweises von Ziff. 1 SFL-Anstellungsbedingungen als Schiedsabrede kann selbst mit der im Bereich der Sportschiedsgerichtsbarkeit vom Bundesgericht wohlwollend durchgeführten Gültigkeitsprüfung<sup>1922</sup> nicht geheilt werden. Dafür hätte die Verweisungsnorm nach hier vertretener Ansicht zumindest einen konkreten Hinweis auf den Einbezug der SFV-Statuten in das zwischen den Parteien abgeschlossene Vertragsverhältnis zu enthalten. Ein wie in Ziff. 1 SFL-Anstellungsbedingungen enthaltener, vollkommen offener Hinweis auf sämtliche «anwendbaren heutigen und zukünftigen Reglemente» kann demgegenüber unzweifelhaft nicht genügen, diese zu einem Vertragsbestandteil werden zu lassen.

Neben dieser materiellen Ungültigkeit der in Ziff. 1 SFL-Anstellungsbedingungen enthaltenen Verweisung auf die Schiedsklausel der SFV-Statuten ist diese auch formell im Sinne von Art. 357 ZPO ungültig. Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, ist eine Schiedsvereinbarung durch Verweisung formell gültig, wenn sowohl die verweisende Erklärung als auch das Dokument, auf welches verwiesen wird, in Textform vorliegen.<sup>1923</sup> Dies kann nach hier vertretener Ansicht im Ergebnis indes nichts anderes bedeuten, als dass das Dokument, auf welches verwiesen wird, in der verweisenden Erklärung explizit oder zumindest bestimmbar Erwähnung findet. Wird jedoch in der verweisenden Erklärung das Dokument, auf welches verwiesen wird, wie im konkreten Fall weder explizit noch implizit genannt, hat dies nach hier vertretener Auffassung nicht nur einen fehlenden konsensualen Einbezug der verwiesenen Erklärung und damit eine materielle Ungültigkeit, sondern darüber hinaus auch eine formelle Ungültigkeit einer solchen Schiedsvereinbarung zur Folge.

---

<sup>1922</sup> Siehe hierzu vorne, S. 362.

<sup>1923</sup> Siehe vorne, S. 360.

## **D) Aufnahme auf die Liste der SFV-Spielloffiziellen**

Mit der Aufnahme auf die offizielle Liste der SFV-Spielloffiziellen nach erfolgreich durchlaufener Ausbildung geht auch der Abschluss eines Regelanerkennungsvertrags zwischen dem SFV und den Spielloffiziellen einher. Den Spielloffiziellen werden dabei sämtliche der sich aus dem Verbandsrecht für dieses Amt ergebende Rechte und Pflichten übertragen. Hierunter wäre grundsätzlich auch die in der Schiedsklausel von Art. 92 der SFV-Statuten festgehaltene Verpflichtung zur Geltendmachung allfälliger zivilrechtlicher Ansprüche vor dem CAS unter Ausschluss der staatlichen Gerichtsbarkeit zu zählen. Da dieser Regelanerkennungsvertrag zwischen dem SFV und den auf dessen offizieller Liste geführten Spielloffiziellen jedoch regelmässig lediglich in mündlicher Form abgeschlossen wird, stellt dieser keine formgültige Schiedsvereinbarung dar.<sup>1924</sup>

## **2. Statutarische Schiedsklauseln**

### **A) Verbindlichkeit von Verbandsstatuten zufolge mittelbarer Verbandsmitgliedschaft**

Wie bereits an anderer Stelle ausgeführt, haben sämtliche Spielloffiziellen in der Schweiz Mitglied eines dem SFV angehörigen Clubs zu sein.<sup>1925</sup> Im Sinne des Prinzips der doppelten Satzungsabsicherung haben die Statuten der Clubs eine Bestimmung zu enthalten, wonach unter anderem sämtliche Statuten, Reglement und Beschlüsse der FIFA, UEFA und des SFV für die Clubmitglieder verbindlich erklärt werden.<sup>1926</sup> Damit wären die Spielloffiziellen über ihre zwingende, direkte Mitgliedschaft in einem Club des SFV als mittelbare Mitglieder des SFV, der UEFA sowie der FIFA an die entsprechenden Schiedsklauseln<sup>1927</sup> in den Statuten dieser Verbände gebunden.

Zu klären ist in diesem Zusammenhang, ob solche statutarische Schiedsklauseln auch für mittelbare Verbandsmitglieder formelle und materielle Gültigkeit beanspruchen können. In Lehre und Rechtsprechung wird im Grundsatz anerkannt, dass eine statutarische Schiedsklausel auch die schiedsgerichtliche Streitbeilegung für mittelbare Verbandsmitglieder vorsehen kann. Als Voraussetzungen hierfür wird einerseits das Vorliegen einer entsprechenden formgültigen Erklärung, andererseits das Vorliegen einer ausdrücklichen statutarischen Regelung genannt.<sup>1928</sup>

---

<sup>1924</sup> Vgl. vorne, S. 95 f.

<sup>1925</sup> Ziff. 2 SSAR.

<sup>1926</sup> Art. 5 Abs. 3 SFV-Statuten.

<sup>1927</sup> Art. 92 SFV-Statuten, Art. 58 FIFA-Statuten sowie Art. 61 UEFA-Statuten.

<sup>1928</sup> FENNERS, Nr. 562 f.; SCHILLIG, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 87 f.; RÜEDE/ HADENFELDT, S. 44 m.w.H. Vgl. auch GIRSBERGER, Art. 357 ZPO N 31 m.w.H.

## B) Formelle Gültigkeit

In formeller Hinsicht liegen im konkreten Fall jeweils sowohl die verweisenden Statuten des jeweiligen Clubs als auch die eine Schiedsklausel beinhaltenden Statuten des SFV, der UEFA oder der FIFA in schriftlicher Form vor. Damit ist das Formerfordernis der Nachweisbarkeit durch Text<sup>1929</sup> ohne Weiteres regelmässig erfüllt. Ein expliziter Hinweis auf die statutarische Schiedsklausel, wie er für die Binnenschiedsgerichtsbarkeit noch vor Einführung der eidgenössischen ZPO unter dem KSG gefordert war,<sup>1930</sup> ist mittlerweile sowohl im Bereich der Binnenschiedsgerichtsbarkeit als auch der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit nicht mehr notwendig.<sup>1931</sup>

## C) Materielle Gültigkeit

Die Schiedsklauseln in Art. 92 SFV-Statuten, Art. 58 Ziff. 1 FIFA-Statuten sowie Art. 61 UEFA-Statuten sehen allesamt vor, dass neben Streitigkeiten zwischen den jeweiligen Verbänden und deren mittelbaren Mitgliedern auch Streitigkeiten unter den mittelbaren Mitgliedern von der staatlichen Gerichtsbarkeit ausgeschlossen und stattdessen einem Schiedsgericht unterbreitet werden müssen. Eine wie von der Lehre und Rechtsprechung geforderte, ausdrückliche statutarische Regelung der Anwendbarkeit der statutarischen Schiedsklausel auch auf mittelbare Mitglieder bzw. auf Streitigkeiten unter diesen liegt demnach auf allen Ebenen (SFV, UEFA und FIFA) vor. Diese tragen nach hier vertretener Ansicht auch dem Erfordernis der genügenden Bestimmtheit der schiedsgerichtlichen Zuständigkeit in rechtsgenügender Art und Weise Rechnung.

Obwohl das Bundesgericht wie bereits erwähnt im Bereich der Sportschiedsgerichtsbarkeit die materielle Gültigkeit von Schiedsvereinbarungen mit einem gewissen Wohlwollen prüft und verschiedentlich schon einen globalen Verweis auf eine in Verbandsstatuten enthaltene Schiedsklausel mittels doppelten Verweises auf nationale Statuten und Reglemente, welche ihrerseits wiederum auf internationale Verbandsstatuten verwiesen haben, als gültig erachtete,<sup>1932</sup> wird teilweise in der Lehre die Ansicht vertreten, auf diese schiedsgerichtsfreundliche Rechtsprechung könne für den Bereich der Binnenschiedsgerichtsbarkeit nicht abgestellt werden. Stattdessen könne in analoger Anwendung der Ungewöhnlichkeitsregel eine statutarische Schiedsklausel bei Personengesellschaften und Vereinen<sup>1933</sup> nur dann als übernommen gelten, wenn bei Vorliegen eines Glo-

---

<sup>1929</sup> Siehe hierzu vorne, S. 360.

<sup>1930</sup> Vgl. Art. 6 Abs. 2 KSG.

<sup>1931</sup> MÜLLER-CHEN/EGGER, Art. 358 ZPO N 25 m.w.H.; GRÄNICH, Art. 178 IPRG N 18 m.w.H.; FENNERS, Nr. 571 m.w.H.; FUCHS, S. 226 f.; SCHILLIG, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 87 f. m.w.H.; OSCHÜTZ, S. 210 f. m.w.H.; HOLLA, S. 154 m.w.H.

<sup>1932</sup> Siehe vorne, Fn. 1912.

<sup>1933</sup> Demgegenüber wird nach dieser Lehrmeinung beim Beitritt zu einer Kapitalgesell-

balverweises auf Statuten aufgrund der Umstände auf eine Schiedsvereinbarung geschlossen werden müsse.<sup>1934</sup> Da insbesondere im Bereich des Berufssports eine ausserstaatliche Streiterledigung durch das CAS als geradezu branchentypisch gelten muss<sup>1935</sup> und überdies mit der Erklärung des Beitritts zu einer juristischen Person, deren Statuten auf diejenigen eines übergeordneten Verbands verweisen, vermutlich mit einer Schiedsklausel zu rechnen ist,<sup>1936</sup> kann nach hier vertretener Ansicht auch im Bereich der Binnenschiedsgerichtsbarkeit selbst bei analoger Anwendung der Ungewöhnlichkeitsregel ohne Weiteres von der materiellen Gültigkeit der statutarischen Schiedsklauseln des von SFV, UEFA und FIFA für die Spieloffiziellen als deren mittelbare Mitglieder ausgegangen werden.

## D) Fazit

Aufgrund der zwingend vorgeschriebenen Mitgliedschaft in einem SFV-Club sind sämtliche Schweizer Spieloffizielle als mittelbare Verbandsmitglieder über das Prinzip der doppelten Satzungsabsicherung an die Statuten und Reglemente des SFV, der UEFA und der FIFA gebunden.<sup>1937</sup> Dies gilt insbesondere auch für die in diesen Statuten enthaltenen Schiedsklauseln, welche gegenüber den Spieloffiziellen sowohl formell als auch materiell gültig sind. Diese schliessen die staatliche Gerichtsbarkeit nicht nur für vertragliche Ansprüche gegenüber den Verbänden, sondern auch für deliktische Ansprüche gegenüber Wettbewerbsteilnehmern aus und weisen die Beurteilung solcher Ansprüche stattdessen dem CAS zu. Etwas anderes gilt einzig für Ansprüche der Spieloffiziellen aus dem mit dem SFV bestehenden Arbeitsvertrag, für welchen die ordentlichen Gerichte zuständig sind.

## 3. Einlassung vor Schiedsgerichten

Sowohl in Art. 359 Abs. 2 ZPO für die Binnenschiedsgerichtsbarkeit als auch in Art. 186 Abs. 2 IPRG für die internationale Schiedsgerichtsbarkeit ist vorgesehen, dass die Einrede der Unzuständigkeit des Schiedsgerichts vor der Einlas-

---

schaft eine statutarische Schiedsklausel ohne Weiteres direkt mit dem Erwerb der Gesellschafterstellung übernommen (GIRSBERGER, Art. 357 ZPO N 30a). Demnach könnte für Spieloffizielle, welche Mitglied eines als Aktiengesellschaft organisierten Clubs sind, auf eine analoge Anwendung der Ungewöhnlichkeitsregel selbst nach dieser Lehrmeinung verzichtet werden.

<sup>1934</sup> Vgl. GIRSBERGER, Art. 357 ZPO N 30a m.w.H.; SCHILLIG, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 90 ff. m.w.H.

<sup>1935</sup> Siehe vorne, S. 18 ff.

<sup>1936</sup> Vgl. auch MÜLLER-CHEN/EGGER, Art. 358 ZPO N 25 m.w.H.

<sup>1937</sup> Dasselbe gilt auch für deutsche Spieloffizielle, welche gemäss § 10 DFB-Schiedsrichterordnung ebenfalls zwingend Mitglied eines DFB-Vereins zu sein haben.

sung auf die Hauptsache erhoben werden muss. Einlassung bedeutet, dass die beklagte Partei am Schiedsverfahren ohne Einwendungen gegen die Zuständigkeit des Schiedsgerichts teilnimmt.<sup>1938</sup> Lässt sich eine Partei auf das Schiedsverfahren ein, wird sie gleichbehandelt, wie wenn sie mittels Abschluss einer Schiedsvereinbarung in dieses Schiedsverfahren eingewilligt hätte. Damit hat sie das Recht zur Erhebung der Unzuständigkeitseinrede verwirkt.<sup>1939</sup>

Selbst wenn entgegen der hier vertretenen Ansicht nicht sämtliche vertraglichen und deliktischen Ansprüche der Spieloffiziellen gegenüber Verbänden sowie einzelnen Wettbewerbsteilnehmern von einer Schiedsklausel oder -vereinbarung erfasst sein sollten, könnte mittels einer vorbehaltlosen Einlassung der im konkreten Fall beklagten Partei das Fehlen einer gültigen Schiedsabrede geheilt werden. Aufgrund des bereits an anderer Stelle erwähnten Bestrebens der Verbände, die staatliche Gerichtsbarkeit möglichst vom Sport fernzuhalten, dürften sich zumindest die Verbände als Beklagte regelmässig kaum gegen eine schiedsgerichtliche Streiterledigung wehren.<sup>1940</sup> Doch selbst mit einer vorbehaltlosen Einlassung können nicht sämtliche Mängel einer Schiedsabrede behoben werden. Neben der formellen Ungültigkeit einer Schiedsabrede kann auch eine materielle Ungültigkeit im Sinne eines fehlenden Konsenses über die schiedsgerichtliche Streiterledigung als solcher bzw. deren essentialia negotii sowie die Bestimmbarkeit des Schiedsgerichts durch Einlassung der beklagten Partei auf ein Schiedsverfahren geheilt werden.<sup>1941</sup> Demgegenüber fällt eine Heilung durch Einlassung für die Beurteilung nicht schiedsfähiger Ansprüche nach überwiegender Lehre zum Vorneherein ausser Betracht.<sup>1942</sup>

<sup>1938</sup> GIRSBERGER, Art. 359 ZPO, N 23; MÜLLER-CHEN/EGGER, Art. 359 ZPO N 35 m.w.H.; SCHOTT/COURVOISIER, Art. 186 IPRG N 108 m.w.H.

<sup>1939</sup> GIRSBERGER, Art. 359 ZPO N 25 m.w.H.; WENGER/SCHOTT, Art. 186 IPRG N 113 m.w.H.; vgl. auch MÜLLER-CHEN/EGGER, Art. 359 ZPO N 33 m.w.H.

<sup>1940</sup> Vgl. auch FENNERS, Nr. 667.

<sup>1941</sup> Vgl. FENNERS, Nrn. 668 f. m.w.H.; RÜEDE/HADENFELDT, S. 93 f.; SCHILLIG, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 83 f. m.w.H.; OSCHÜTZ, S. 203 m.w.H.

<sup>1942</sup> FENNERS, Nr. 670 m.w.H.; RÜEDE/HADENFELDT, S. 93 f.; OSCHÜTZ, S. 204 m.w.H.

## IV. Schiedsfähigkeit der fraglichen Ansprüche

Damit ein Schiedsgericht eine ihm vorgelegte Streitigkeit überhaupt beurteilen kann, muss eine schiedsfähige Streitsache vorliegen. Während gemäss Art. 354 ZPO im Rahmen der Binnenschiedsgerichtsbarkeit jeder Anspruch Gegenstand eines Schiedsverfahrens sein kann, über welchen die Parteien frei verfügen können, kann gemäss Art. 177 Abs. 1 IPRG im Rahmen der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit jeder vermögensrechtliche Anspruch Gegenstand eines Schiedsverfahrens sein.

Von den im Rahmen der vorliegenden Arbeit untersuchten Ansprüchen von und gegenüber den Spieloffiziellen sind somit sämtliche strafrechtlichen Ansprüche zum Vorneherein nicht schiedsfähig. Dies geht im Übrigen bereits aus der schweizerischen Strafprozessordnung hervor, welche die Ausübung der Strafrechtspflege ausschliesslich den vom Gesetz bestimmten Behörden,<sup>1943</sup> konkret also der Polizei, der Staatsanwaltschaft, den Übertretungsstraßenbehörden, sowie den staatlichen Gerichten zuspricht.<sup>1944</sup>

Als vermögensrechtlicher Anspruch im Sinne der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit gilt nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung jeder geldwerte Aktiv- oder Passivposten, welcher sich im Vermögen des Berechtigten auswirkt. Unter diesen sehr weit gefassten Begriff fallen sämtliche Ansprüche, welche für mindestens eine der Parteien ein in Geld bestimmbares Interesse darstellen.<sup>1945</sup> Demnach sind sowohl Ansprüche aus Vertrag als auch ausservertragliche Haftpflichtansprüche von oder gegenüber Spieloffiziellen im Rahmen der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit ohne Weiteres schiedsfähig.<sup>1946</sup> Dasselbe gilt auch für den Fall, dass solche Ansprüche im Rahmen betriebsrechtlicher Streitigkeiten mit Reflexwirkung auf das materielle Recht, beispielsweise Aberken-

---

<sup>1943</sup> Art. 2 Abs. 1 StPO.

<sup>1944</sup> Art. 12 f. StPO. Vgl. auch ZEN-RUFFINEN, Nr. 1167 m.w.H.; SCHERRER/ MURRESAN/LUDWIG, S. 301; SCHÖNTAG, S. 214; HAAS/MARTENS, S. 206; TÄNNLER, Schiedsrichter, S. 19.

<sup>1945</sup> VISCHER, Art. 177 IPRG N 3 m.w.H.; BUCHER, Schiedsgerichtsbarkeit, Nr. 90 m.w.H.; WEBER, Strukturen, S. 152 f. m.w.H.; KLEINER, S. 210 m.w.H.; OSCHÜTZ, S. 150 m.w.H.; HOLLA, S. 99 m.w.H.; FENNNERS, Nr. 603 m.w.H.; vgl. auch MABILLARD/BRINER, Art. 177 IPRG N 10 m.w.H. sowie SCHILLIG, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 64 ff. m.w.H.

<sup>1946</sup> Einer Schiedsfähigkeit dieser Ansprüche steht sodann auch der Umstand nicht entgegen, dass es sich dabei um solche aus dem Gebiet des Sports handelt. Nicht schiedsfähig sind nur Streitigkeiten, welche ausschliesslich die (sowieso nicht justiziablen) Spielregeln betreffen (MABILLARD/BRINER, Art. 177 IPRG N 17 m.w.H.; vgl. auch FENNNERS, Nr. 577).



nungsklagen, zu beurteilen,<sup>1947</sup> wogegen rein betriebsrechtliche Streitigkeiten wie beispielsweise Rechtsöffnungsverfahren dem staatlichen Richter vorbehalten sind.<sup>1948</sup>

Wie bereits an anderer Stelle ausgeführt gilt demgegenüber als frei verfügbarer Anspruch im Sinne der Binnenschiedsgerichtsbarkeit ein solcher, auf welchen die Parteien rechtsgültig verzichten und hierüber mit der Gegenpartei durch Vergleich eine Einigung erzielen können.<sup>1949</sup> Grundsätzlich sind vermögensrechtliche Ansprüche meist frei verfügbar, so insbesondere Ansprüche aus Vertrag oder ausservertraglicher Haftung.<sup>1950</sup> Jedoch gibt es vereinzelt auch geldwerte Rechte, über welche die Parteien nicht frei verfügen können. So kann ein Arbeitnehmer gemäss Art. 341 Abs. 1 OR während des Arbeitsverhältnisses und einen Monat nach dessen Beendigung auf Forderungen, welche sich aus unabdingbaren Vorschriften des Gesetzes ergeben, nicht verzichten. Als solche gelten namentlich die in Art. 361 und 362 OR aufgezählten, relativ und absolut zwingenden Vorschriften des Arbeitsvertragsrechts. Folglich sind im Rahmen der Binnenschiedsgerichtsbarkeit solche unabdingbare Ansprüche der Spieloffiziellen aus Arbeitsvertrag während der Dauer des Arbeitsverhältnisses und einen Monat nach dessen Beendigung nicht schiedsfähig, wobei auch eine zuvor abgeschlossene oder eingegangene Schiedsabrede für solche Arbeitnehmeransprüche der Spieloffiziellen keinerlei Rechtswirkung entfaltet. Demgegenüber sind Arbeitgeberansprüche ohne Weiteres frei verfügbar und dementsprechend auch im Rahmen der Binnenschiedsgerichtsbarkeit grundsätzlich vollumfänglich schiedsfähig. Bekanntlich sind nunmehr jedoch sämtliche arbeitsrechtlichen Streitigkeiten von der Schiedsklausel in Art. 92 Abs. 1 SFV-Statuten explizit ausgenommen. Darüber hinaus sind analog zur internationalen Schiedsgerichtsbarkeit auch für die Binnenschiedsgerichtsbarkeit betriebsrechtliche Klagen mit Reflexwirkung auf das materielle Recht, wie beispielsweise Aberkennungsklagen, schiedsfähig, nicht jedoch rein betriebsrechtliche Streitigkeiten, wie beispielsweise Rechtsöffnungsverfahren.<sup>1951</sup>

<sup>1947</sup> MABILLARD/BRINER, Art. 177 IPRG N 14b m.w.H.

<sup>1948</sup> MABILLARD/BRINER, Art. 177 IPRG N 14b m.w.H.; VISCHER, Art. 177 IPRG N 20. Vgl. auch BGE 136 III 583 ff., E. 2.1, wobei die Parteien allerdings ein provisorisches Rechtsöffnungsverfahren zugunsten des alleinigen Schiedsverfahrens ausschliessen können. Voraussetzung hierfür ist jedoch das Vorliegen einer ausdrücklichen Schiedsklausel, ansonsten in eine Schiedsvereinbarung kein Verzicht hinein interpretiert werden kann, an den Richter der provisorischen Rechtsöffnung zu gelangen (E. 2.2).

<sup>1949</sup> Siehe vorne, S. 160.

<sup>1950</sup> WEBER-STECHER, Art. 354 ZPO N 23 m.w.H.

<sup>1951</sup> WEBER-STECHER, Art. 354 ZPO N 43 m.w.H.; vgl. auch COURVOISIER/WENGER, Art. 354 ZPO N 15 m.w.H.

## V. Vorsorgliche Massnahmen

Insbesondere im Sport kommt den vorsorglichen Massnahmen im Sinne des einstweiligen (vorläufigen) Rechtsschutzes eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Auch wenn der klassische Anwendungsfall von vorsorglichen Massnahmen, nämlich das Vorgehen gegen eine Verweigerung der Teilnahme an einem Wettkampf oder Wettbewerb,<sup>1952</sup> bei den Spieloffiziellen nur selten eintreten dürfte, ist an dieser Stelle dennoch der Frage nachzugehen, ob vorsorgliche Massnahmen vor dem für die Hauptsache zuständigen Schiedsgericht oder vor dem staatlichen Richter beantragt werden können. Auch bei dieser Problematik ist wiederum zwischen der Binnenschiedsgerichtsbarkeit und der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit zu unterscheiden.

### 1. Internationale Schiedsgerichtsbarkeit

Gemäss Art. 183 Abs. 1 IPRG kann das Schiedsgericht auf Antrag einer Partei vorsorgliche Massnahmen anordnen, sofern die Parteien nichts anderes vereinbart haben. Im Bereich der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit besteht somit von Gesetzes wegen keine ausschliessliche Kompetenz des Schiedsgerichts zum Erlass vorsorglicher Massnahmen, jedoch können die Parteien nach Ansicht der wohl überwiegenden Lehre im Rahmen einer Schiedsabrede die Zuständigkeit von staatlichen Gerichten ausschliessen, sofern sich die Schiedsabrede ausdrücklich auch auf den Erlass vorsorglicher Massnahmen bezieht.<sup>1953</sup> Eine höchstrichterliche Klärung dieser Frage steht soweit ersichtlich noch aus. Die zwangsweise Vollstreckung der angeordneten Massnahme hat demgegenüber jedoch stets durch das staatliche Gericht zu erfolgen.<sup>1954</sup>

Neben der vertraglichen Schiedsvereinbarung in Ziff. 13 Abs. 2 UEFA-Pflichtenheft enthält im Anwendungsbereich der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit auch die statutarische Schiedsklausel von Art. 68 Ziff. 2 FIFA-Statuten einen ausdrücklichen Bezug auf den Erlass vorsorglicher Massnahmen. Demgegenüber fehlt ein solcher ausdrücklicher Bezug sowohl in der statutarischen Schiedsklausel von Art. 61 UEFA-Statuten als auch in der auf diese verweisenden vertraglichen Schiedsvereinbarung von Ziff. 12 Abs. 1 UEFA-Pflichtenheft. Konkret bedeutet dies, dass für Ansprüche aus dem Vertragsverhältnis zwischen der UEFA und der von dieser für die Leitung von Wettbe-

<sup>1952</sup> Vgl. FENNERS, Nr. 690; VILLIGER, Nr. 24; OSTERWALDER/KAISER, S. 232 m.w.H.

<sup>1953</sup> Vgl. MABILLARD, Art. 183 IPRG N 5 m.w.H.; VISCHER, Art. 183 IPRG N 3 m.w.H.; HAAS/HOSSFELD, S. 344 m.w.H.; RÜDE/HADENFELDT, S. 252; a.M. FENNERS, Nr. 699 m.w.H.; SCHILLIG, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 149; WALTER, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 188; OSTERWALDER/KAISER, S. 234; HÜGI, § 12 N 18.

<sup>1954</sup> Vgl. Art. 183 Abs. 2 IPRG.

werbsspielen eingesetzten Spielloffiziellen die staatliche Gerichtsbarkeit auch für die Anordnung vorsorglicher Massnahmen ausgeschlossen ist und solche stattdessen ausschliesslich vor dem CAS beantragt werden können. Demgegenüber besteht für vorsorgliche Massnahmen hinsichtlich von Ansprüchen zwischen Spielloffiziellen und Wettbewerbsteilnehmern im Rahmen von UEFA-Wettbewerben mangels Vorliegen einer sich ausdrücklich auch auf vorsorgliche Massnahmen beziehenden Schiedsabrede eine parallele Kompetenz zwischen den staatlichen Gerichten sowie dem CAS als Schiedsgericht. Anders als im Rahmen von UEFA-Spielen ist bei FIFA-Spielen zufolge der sich ausdrücklich auch auf vorsorgliche Massnahmen beziehenden statutarischen Schiedsklausel die staatliche Gerichtsbarkeit nicht nur für vorsorgliche Massnahmen im Rahmen von Streitigkeiten zwischen der FIFA und den Spielloffiziellen, sondern auch zwischen den Spielloffiziellen und Wettbewerbsteilnehmern ausgeschlossen. Zuständig für den Erlass vorsorglicher Massnahmen ist somit bei FIFA-Spielen einzig und alleine das CAS.

## 2. Binnenschiedsgerichtsbarkeit

Gemäss Art. 374 Abs. 1 ZPO kann das staatliche Gericht oder – sofern die Parteien nichts anderes vereinbart haben – das Schiedsgericht auf Antrag einer Partei vorsorgliche Massnahmen anordnen. Die Zuständigkeit des staatlichen Gerichts zur Anordnung vorsorglicher Massnahmen kann nicht mit einer Schiedseinrede des Gesuchsgegners entzogen werden.<sup>1955</sup> Ob demgegenüber mittels eines von den Parteien ausdrücklich vereinbarten Ausschlusses der Zuständigkeit der staatlichen Gerichte zur Anordnung vorsorglicher Massnahmen die Massnahmekompetenz des staatlichen Richters effektiv gültig ausgeschlossen werden kann, ist umstritten. Während unter dem Geltungsbereich des KSG<sup>1956</sup> die überwiegende Lehre<sup>1957</sup> und Rechtsprechung<sup>1958</sup> der Meinung folgte, auch bei Vorliegen einer sich auf vorsorgliche Massnahme beziehenden Schiedsabrede falle die Anordnung solcher Massnahmen zwingend in die Zuständigkeit staatlicher Gerichte, scheint unter dem Geltungsbereich der schweizerischen

<sup>1955</sup> HABEGGER, Art. 374 ZPO N 16 m.w.H.; NETZLE, Art. 374 ZPO N 9 m.w.H.

<sup>1956</sup> Art. 26 Abs. 1 KSG sah eine ausschliessliche Zuständigkeit der staatlichen Gerichte zur Anordnung vorsorglicher Massnahmen vor, wobei gemäss Art. 26 Abs. 2 KSG eine freiwillige Unterziehung unter eine von einem Schiedsgericht angeordnete Massnahme möglich war.

<sup>1957</sup> Vgl. FENNERS, Nr. 695; SCHILLIG, Ausschluss, S. 55 f.; NETZLE, Art. 374 ZPO N 2 m.w.H.; HABEGGER, Art. 374 ZPO N 1; SCHILLIG, Schiedsgerichtsbarkeit, S. 149 m.w.H.; OSCHÜTZ, S. 399 m.w.H.; SUMMERMATTER, S. 355 m.w.H.

<sup>1958</sup> Vgl. beispielsweise Entscheidung des Amtsgerichts Luzern-Land vom 25. Januar 2010, in: CaS 2/2010, S. 59 ff. (S. 60 f.), oder auch den Entscheid des Handelsgerichts des Kantons Aargau in der Angelegenheit des Fussballspielers *David Sesa* (siehe vorne, Fn. 64).

Zivilprozessordnung eine Mehrheit in Lehre<sup>1959</sup> und Rechtsprechung nunmehr der Ansicht zu sein, zumindest im Grundsatz sei ein Ausschluss der staatlichen Gerichte auch für vorsorgliche Massnahmen zulässig. Zwar hat sich das Regionalgericht Bern-Mittelland auch in einem Entscheid unter dem Geltungsbereich von Art. 374 Abs. 1 ZPO noch für die zwingende Zuständigkeit staatlicher Gerichte zum Erlass vorsorglicher Massnahmen ausgesprochen.<sup>1960</sup> Dies im Wesentlichen mit der Begründung, sowohl die Logik des Gesetzeswortlautes von Art. 374 Abs. 1 ZPO als auch der Sinn und Zweck dieser Norm würden darauf hindeuten, dass die Zuständigkeit des staatlichen Richters für den Erlass vorsorglicher Massnahmen zwingend sei und von den Parteien nicht wegbedungen werden könne.<sup>1961</sup> Demgegenüber kam das Obergericht des Kantons Bern in einem Entscheid vom 19. April 2012<sup>1962</sup> zum Ergebnis, grundsätzlich sei ein Ausschluss der staatlichen Gerichte auch für vorsorgliche Massnahmen unter dem Geltungsbereich der eidgenössischen Zivilprozessordnung und somit im Binnenverhältnis zulässig, wie dies im internationalen Verhältnis bereits vor 2011 der Fall gewesen sei. Dies selbst dann, wenn im Einzelfall ein vorsorgliches Massnahmeverfahren vor einem Schiedsgericht länger dauern sollte als vor einem staatlichen Gericht, weil möglicherweise zusätzlich noch ein staatliches Gericht um Vollstreckung ersucht werden müsse.<sup>1963</sup> In einem nicht zuletzt aufgrund der involvierten Parteien<sup>1964</sup> viel beachteten, bereits an anderer Stelle<sup>1965</sup>

<sup>1959</sup> Vgl. hierzu die umfangreichen Literaturhinweise im Entscheid des Regionalgerichts Bern-Mittelland vom 14. Februar 2012, in: CaS 1/2012, S. 79 ff., E. 19 f., sowie bei HABEGGER, Art. 374 ZPO N 19. Unzutreffend ist demnach die Einschätzung von AEBI-MÜLLER/MORAND, S. 245, wonach sich die herrschende Lehre dafür ausspreche, dass für vorsorgliche Massnahmen auch bei Vorliegen einer gültigen Schiedsabrede immer auch im Sinne eines Wahlrechts das staatliche Gericht angerufen werden könne. Für die Rechtslage im deutschen nationalen Recht vgl. HILPERT, Geschichte, S. 429 ff.; DERSELBE, Fussballstrafrecht, S. 260 f.; SCHIMKE/EILERS, S. 112 ff.; OSCHÜTZ, S. 396 ff.; ANDEXER, S. 388 f.; ausführlich HOLLA, S. 237 ff. sowie HAAS/MARTENS, S. 133 ff.

<sup>1960</sup> Entscheid des Regionalgerichts Bern-Mittelland vom 14. Februar 2012, a.a.O.

<sup>1961</sup> Entscheid des Regionalgerichts Bern-Mittelland vom 14. Februar 2012, a.a.O., E. 27.

<sup>1962</sup> Entscheid des Obergerichts des Kantons Bern vom 19. April 2012, in: CaS 2/2012, S. 171 ff.

<sup>1963</sup> Entscheid des Obergerichts des Kantons Bern vom 19. April 2012, a.a.O., E. 2d ff.

<sup>1964</sup> Ende August 2014 wurde dem damaligen Captain des Grasshoppers Club Zürich, *Veroljub Salatic* mitgeteilt, dass er ab sofort vom Spiel- und Trainingsbetrieb der ersten Mannschaft ausgeschlossen sei und fortan mit der U-21-Mannschaft trainieren und spielen müsse. Der Spieler erwirkte auf dem Weg einer vorsorglichen Massnahme beim Bezirksgericht Dielsdorf eine vollständige Reintegration in den Trainingsbetrieb der ersten Mannschaft des Grasshoppers Club Zürich (vgl. CaS 4/2014, S. 387).

<sup>1965</sup> Siehe vorne, S. 156.

erwähnten Entscheid vom 20. Oktober 2014<sup>1966</sup> ist das Bezirksgericht Dielsdorf dieser Ansicht gefolgt, wobei es ergänzend festhielt, dass ein Ausschluss der staatlichen Gerichtsbarkeit auch für vorsorgliche Massnahmen immer ausdrücklich vereinbart werden müsse.<sup>1967</sup> Abgelehnt wurde durch das Bezirksgericht Dielsdorf im konkreten Fall dagegen das Vorliegen eines expliziten Ausschlusses der staatlichen Gerichtsbarkeit für vorsorgliche Massnahmen, da im von den Parteien verwendeten SFV-Standardvertrag eine ausschliessliche Zuständigkeit der dort genannten Schiedsinstanzen für vorsorgliche Massnahmen nicht thematisiert sei. Eine Unterwerfung unter den Ausschluss der staatlichen Gerichtsbarkeit hätte demnach höchstens durch Verweis auf die Statuten des SFV erfolgt sein können, was vom Bezirksgericht Dielsdorf jedoch ohne weitere Begründung ganz offensichtlich nicht als rechtsgenügenden Verweis anerkannt wurde.<sup>1968</sup> Eine höchstrichterliche Klärung dieser Frage steht soweit ersichtlich bis jetzt noch aus. Die zwangsweise Vollstreckung der angeordneten Massnahme hat demgegenüber jedoch wie bei der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit auch bei der Binnenschiedsgerichtsbarkeit stets durch das staatliche Gericht zu erfolgen.<sup>1969</sup>

Wie bereits erwähnt, enthalten sowohl die vertragliche Schiedsvereinbarung von Ziff. 13 Abs. 2 UEFA-Pflichtenheft als auch die statutarische Schiedsklausel von Art. 68 Ziff. 2 FIFA-Statuten einen ausdrücklichen Ausschluss der staatlichen Gerichtsbarkeit von der Kompetenz zum Erlass vorsorglicher Massnahmen. Dasselbe gilt auch für die statutarische Schiedsklausel von Art. 92 Abs. 2 SFV-Statuten (ausgenommen hiervon sind jedoch arbeitsrechtliche Streitigkeiten gemäss Art. 92 Abs. 1 SFV-Statuten), wogegen der statutarischen Schiedsklausel von Art. 61 UEFA-Statuten sowie der auf sie verweisenden, vertraglichen Schiedsvereinbarung von Ziff. 12 Abs. 1 UEFA-Pflichtenheft ein solcher ausdrücklicher Ausschluss für vorsorgliche Massnahmen nicht entnommen werden kann. Dies hat zur Folge, dass auch im Anwendungsbereich der Binnenschiedsgerichtsbarkeit für den Erlass vorsorglicher Massnahmen bei Streitigkeiten zwischen der UEFA und den von dieser in ihren Wettbewerben eingesetzten Spieloffiziellen ausschliesslich das CAS als eingesetztes Schiedsgericht zuständig ist, während für Streitigkeiten zwischen Spieloffiziellen und Wettbewerbsteilnehmern im Rahmen von UEFA-Spielen eine parallele Zuständigkeit zwischen dem jeweils zuständigen staatlichen Gericht und dem CAS für den Erlass vorsorglicher Massnahmen besteht. Demgegenüber besteht sowohl für Streitigkeiten zwischen den Verbänden und den Spieloffiziellen (mit Ausnahme der arbeitsrechtlichen Streitigkeiten, für welche ausschliesslich die staatlichen Ge-

<sup>1966</sup> Entscheid des Bezirksgerichts Dielsdorf vom 20. Oktober 2014, in: CaS 4/2014, S. 387 ff.

<sup>1967</sup> Entscheid des Bezirksgerichts Dielsdorf vom 20. Oktober 2014, a.a.O., E. 1.2.

<sup>1968</sup> Entscheid des Bezirksgerichts Dielsdorf vom 20. Oktober 2014, a.a.O., E. 1.4.

<sup>1969</sup> Vgl. Art. 374 Abs. 2 ZPO.

richte zuständig sind) als auch denjenigen zwischen Spieloffiziellen und Wettbewerbsteilnehmern im Rahmen von SFV- und FIFA-Spielen eine ausschliessliche Zuständigkeit des CAS zum Erlass vorsorglicher Massnahmen. Eine parallele staatliche Kompetenz ist aufgrund der statutarischen Bestimmungen von Art. 59 Ziff. 2 FIFA-Statuten sowie Art. 92 Abs. 2 SFV-Statuten gültig ausgeschlossen. Etwas anderes kann nach hier vertretener Ansicht insbesondere auch aus dem vorerwähnten Entscheid des Bezirksgerichts Dielsdorf<sup>1970</sup> in der Angelegenheit *Salatic* nicht abgeleitet werden. Die vom Bezirksgericht Dielsdorf in dieser Angelegenheit nicht als rechtsgenügenden Verweis auf die SFV-Statuten eingeschätzte Verweisungsnorm von Art. 41 Ziff. 1 aSFV-Standardvertrag ist ihrem Wortlaut nach nahezu mit Ziff. 1 SFL-Anstellungsbedingungen identisch. Wie bereits an anderer Stelle ausgeführt, fehlt dieser Verweisungsnorm als vertragliche Schiedsabrede sowohl die formelle als auch die materielle Gültigkeit.<sup>1971</sup> Nach hier vertretener Ansicht sind die Spieloffiziellen in der Schweiz als Mitglieder eines SFV-Clubs und damit gleichzeitig als mittelbare Verbandsmitglieder über das Prinzip der doppelten Satzungsabsicherung auch an die statutarischen Schiedsklauseln in den SFV-, UEFA- und FIFA-Statuten gebunden, wobei diesen Schiedsklauseln gegenüber den Spieloffiziellen sowohl formelle als auch materielle Gültigkeit zukommt. Dies muss folglich auch für den in diesen statutarischen Schiedsklauseln enthaltenen, ausdrücklichen Ausschluss der staatlichen Zuständigkeit zum Erlass vorsorglicher Massnahmen gelten.<sup>1972</sup>

### 3. Fazit

Für die Verfolgung von Ansprüchen von und gegen Spieloffizielle mittels vorsorglicher Massnahmen ergeben sich keinerlei Unterschiede hinsichtlich des anwendbaren Schiedsgerichtsrechts. Sowohl im Anwendungsbereich der Binnschiedsgerichtsbarkeit als auch in demjenigen der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit ist ein Ausschluss der staatlichen Zuständigkeit zum Erlass vorsorglicher Massnahmen nach herrschender Meinung möglich, sofern eine formell und materiell gültige Schiedsabrede diesen Ausschluss ausdrücklich vorsieht. Dies ist im Rahmen von FIFA- und SFV-Spielen sowohl bei Streitigkeiten

---

<sup>1970</sup> Siehe vorne, Fn. 1966.

<sup>1971</sup> Siehe vorne, S. 370.

<sup>1972</sup> Dem Entscheid des Bezirksgerichts Dielsdorf in der Angelegenheit *Salatic* können keinerlei Hinweise entnommen werden, dass der Spieler neben seiner vertraglichen Bindung an den Grasshoppers Club als dessen Arbeitnehmer auch gleichzeitig zu diesem noch in einem Mitgliedschaftsverhältnis gestanden hätte. Damit ist dem Ergebnis des Bezirksgerichts Dielsdorf, wonach sich ein expliziter Ausschluss der staatlichen Zuständigkeit zum Erlass vorsorglicher Massnahmen weder aus der vertraglichen Schiedsabrede von Art. 40 aSFV-Standardvertrag noch aus der (nach hier vertretener Ansicht weder formell noch materiell gültigen) Verweisungsnorm von Art. 41 aSFV-Standardvertrag ableiten liesse, zuzustimmen.

zwischen den Spieloffiziellen und dem Verband (mit Ausnahme von arbeitsrechtlichen Streitigkeiten) als auch zwischen Spieloffiziellen und Wettbewerbsteilnehmern der Fall, wogegen im Rahmen von UEFA-Spielen eine solche ausschliessliche Zuständigkeit des Schiedsgerichts lediglich für Streitigkeiten zwischen Spieloffiziellen und der UEFA besteht. Für den Erlass vorsorglicher Massnahmen bei Streitigkeiten zwischen Spieloffiziellen und Wettbewerbsteilnehmern im Rahmen von UEFA-Spielen besteht demgegenüber eine parallele Zuständigkeit des CAS und der staatlichen Gerichte.

## **VI. Geltendmachung von Ansprüchen im Schiedsverfahren**

### **1. Fehlen von verbandsinternen Streitbeilegungsinstanzen**

Wie bereits an anderer Stelle ausgeführt, fehlt es für die Geltendmachung von Ansprüchen von Verbänden und Wettbewerbsteilnehmern gegenüber Spieloffiziellen und umgekehrt sowohl auf Ebene der internationalen Verbände FIFA und UEFA als auch auf nationaler Ebene des SFV an verbandsinternen Streitbeilegungsinstanzen.<sup>1973</sup> Entsprechend sind solche Ansprüche in Anwendung der einschlägigen Schiedsabreden direkt beim CAS anhängig zu machen. Das Verfahren vor dem CAS wird im Rahmen der vorliegenden Arbeit jedoch nicht näher thematisiert werden. Einzig der Frage nach dem im Schiedsverfahren vor dem CAS anwendbaren Recht wird nachfolgend noch kurz nachzugehen sein.

### **2. Anwendbares Recht**

Gemäss Art. 381 Abs. 1 lit. a ZPO für die Binnenschiedsgerichtsbarkeit bzw. Art. 187 Abs. 1 IPRG für die internationale Schiedsgerichtsbarkeit ist zur Bestimmung des in der Sache vom Schiedsgericht anzuwendenden Rechts in erster Linie die von den Parteien getroffene Rechtswahl entscheidend. Beide Gesetzesbestimmungen schalten die in den Art. 176 ff. IPRG enthaltenen Kollisionsregeln über das anwendbare Recht<sup>1974</sup> aus.<sup>1975</sup> Obwohl der Hauptanwendungsbereich der Rechtswahl zweifellos das Vertragsrecht darstellt, lässt die Fassung der vorgenannten Gesetzesbestimmungen eine Rechtswahl für alle schiedsfähigen Ansprüche zu.<sup>1976</sup> Hinsichtlich der Form einer solchen Rechtswahl ist sowohl für die Binnenschiedsgerichtsbarkeit als auch für die internationale Schiedsgerichtsbarkeit keine besondere Vorschrift zu beachten, sodass eine solche auch stillschweigend abgeschlossen werden kann.<sup>1977</sup> Die Rechtswahl kann entweder direkt oder indirekt getroffen werden. Während bei einer direkten Rechtswahl das anwendbare Recht von den Parteien unmittelbar bestimmt wird, liegt eine

---

<sup>1973</sup> Siehe vorne, S. 355 ff.

<sup>1974</sup> Dementsprechend kommt insbesondere die Bestimmung von Art. 132 IPRG, welche die Rechtswahl bei ausservertraglichen Ansprüchen beschränkt, nicht zur Anwendung.

<sup>1975</sup> GIRSBERGER, Art. 381 ZPO N 9 m.w.H.; HEINI, Art. 187 IPRG N 2 m.w.H.; ZIMMERMANN, Vertragsstabilität, S. 162 m.w.H., vgl. auch KARRER, Art. 187 IPRG N 121.

<sup>1976</sup> HEINI, Art. 187 IPRG N 10 m.w.H.; KARRER, Art. 187 IPGB N 110.

<sup>1977</sup> GIRSBERGER, Art. 381 ZPO N 13 f. m.w.H.; HEINI, Art. 187 IPRG N 11 m.w.H.; KARRER, Art. 187 IPRG N 102 m.w.H.; ARROYO, Art. 381 ZPO N 11 m.w.H.



indirekte Rechtswahl dann vor, wenn die Parteien auf eine Kollisionsnorm verweisen, welche ihrerseits eine Regelung zur Bestimmung des anwendbaren Rechts enthält.<sup>1978</sup>

Während das auf nationaler Ebene zwischen dem SFV und den durch diesen mit der Leitung von Spielen im professionellen Fussball eingesetzten Spieloffiziellen bestehende Vertragsverhältnis explizit Schweizer Recht unterstellt ist,<sup>1979</sup> liegt bei internationalen Verhältnissen lediglich für das zwischen der UEFA und den von dieser mit der Leitung von Spielen beauftragten Spieloffiziellen bestehende Vertragsverhältnis eine von den Parteien getroffene direkte Rechtswahlklausel vor,<sup>1980</sup> welche ebenfalls auf das Schweizer Recht verweist. Daneben enthält die CAS-Verfahrensordnung selber Regelungen zum anwendbaren Recht. Bei einer Rechtswahl gemäss CAS-Verfahrensordnung handelt es sich um eine stillschweigende und mittelbare Rechtswahl. Diese wird von den Parteien mit Anrufung des CAS vorgenommen, da sie hierdurch gemäss Art. R27 CAS-Verfahrensordnung diese in konkludenter Weise für anwendbar erklären.<sup>1981</sup> Die Anwendbarkeit der CAS-Verfahrensordnung ergibt sich darüber hinaus auch aus den SFV-<sup>1982</sup>, UEFA-<sup>1983</sup> und FIFA-Statuten<sup>1984</sup>, wobei Letztere in Art. 66 Ziff. 2 die subsidiäre Anwendbarkeit von Schweizer Recht vorsehen. Für das ordentliche Verfahren<sup>1985</sup>, welches bei Anrufung des CAS zur Geltendmachung von Ansprüchen von und gegenüber Spieloffiziellen in aller Regel durchzuführen sein dürfte, sieht Art. R45 CAS-Verfahrensordnung vor, dass in erster Linie das von den Parteien gewählte Recht Anwendung finden soll. Fehlt es an einer solchen Wahl, findet Schweizer Recht Anwendung.

<sup>1978</sup> ZIMMERMANN, Vertragsstabilität, S. 164 m.w.H.; KLEINER, S. 283 f. m.w.H.; KARRER, Art. 187 IPRG N 103 m.w.H.; vgl. auch ARROYO, Art. 381 ZPO N 13 m.w.H.; GIRSBERGER, Art. 381 ZPO N 10 m.w.H.; HEINI, Art. 187 IPRG N 12 m.w.H.

<sup>1979</sup> Vgl. Einleitung der SFV-Anstellungsbedingungen.

<sup>1980</sup> Ziff. 13 Abs. 1 UEFA-Pflichtenheft.

<sup>1981</sup> KLEINER, S. 284 m.w.H.; ZIMMERMANN, Vertragsstabilität, S. 169; vgl. auch HAAS, Spielmanipulationen, S. 209 sowie DERSELBE, Vertragsstabilität, S. 237 m.w.H.

<sup>1982</sup> Art. 94 Abs. 1 SFV-Statuten.

<sup>1983</sup> Art. 63 Abs. 3 UEFA-Statuten.

<sup>1984</sup> Art. 57 Ziff. 2 FIFA-Statuten.

<sup>1985</sup> Die CAS-Verfahrensordnung kennt zwei verschiedene Verfahrenstypen, einerseits das ordentliche Verfahren (Art. R38 ff. CAS-Verfahrensordnung), andererseits das Berufungsverfahren (Art. R47 ff. CAS-Verfahrensordnung). Während das ordentliche Verfahren für wirtschaftliche Streitigkeiten mit einem sportrechtlichen Bezug konzipiert ist, bilden Entscheidungen einer Sportorganisation Gegenstand des Berufungsverfahrens (vgl. auch HAAS, Vertragsstabilität, S. 236 m.w.H.). Weiterführend zu den beiden Verfahrenstypen vor dem CAS anstelle vieler KLEINER, S. 275 ff.; SÖGÜT, S. 84 ff.; OSCHÜTZ, S. 278 ff. sowie HAAS/MARTENS, S. 129 f.

Im Ergebnis werden somit sämtliche im Rahmen der vorliegenden Arbeit untersuchten und von den Parteien dem CAS zur Beurteilung vorgelegten zivilrechtlichen Streitigkeiten von diesem materiell nach Schweizer Recht beurteilt. Soweit es sich dabei um einen Anspruch aus dem auf nationaler Ebene zwischen dem SFV und den von diesem mit der Leitung von Spielen im professionellen Fussball eingesetzten Spieloffiziellen bestehenden Vertragsverhältnis oder dem auf internationaler Ebene bestehenden Vertragsverhältnis zwischen der UEFA und den von dieser eingesetzten Spieloffiziellen handelt, ergibt sich die Anwendung von Schweizer Recht in der Sache selber aus der zwischen den Parteien selber getroffenen Rechtswahl.<sup>1986</sup> In allen anderen Fällen ergibt sich die Anwendbarkeit von Schweizer Recht in der Sache selber sowohl aus Art. R45 CAS-Verfahrensordnung, welche die Parteien bei Anrufung des CAS konkludent für anwendbar erklären,<sup>1987</sup> als auch aus Art. 66 Ziff. 2 FIFA-Statuten, zu deren Einhaltung sich sämtliche infrage kommenden Beteiligten verpflichtet haben.<sup>1988</sup> Dies gilt selbst für diejenigen Fälle, in welchen nach den anwendbaren Kollisionsregeln des IPRG materiell eine ausländische Rechtsordnung zur Anwendung gelangen würde.<sup>1989</sup>

---

<sup>1986</sup> Siehe hierzu vorne, Fn. 1979 und Fn. 1980.

<sup>1987</sup> Siehe hierzu vorne, Fn. 1981.

<sup>1988</sup> Siehe hierzu vorne, S. 373.; vgl. auch HAAS, Vertragsstabilität, S. 237 sowie ZIMMERMANN, Vertragsstabilität, S. 173.

<sup>1989</sup> Siehe hierzu vorne, S. 133.

## VII. Geltendmachung von Ansprüchen vor staatlichen Gerichten in der Schweiz

Soweit Ansprüche von und gegen Spieloffizielle nicht in einem Schiedsverfahren direkt beim CAS anhängig zu machen sind, können diese den staatlichen Gerichten vorgelegt werden. Es handelt sich dabei um Ansprüche aus Strafrecht, aus dem zwischen dem SFV und den Spieloffiziellen bestehenden Arbeitsverhältnis sowie allenfalls den Erlass vorsorglicher Massnahmen bei Streitigkeiten zwischen Spieloffiziellen und Wettbewerbsteilnehmern im Rahmen von UEFA-Spielen aufgrund der hierfür bestehenden parallelen Zuständigkeit des CAS sowie der staatlichen Gerichte. Während für Ansprüche aus dem Strafrecht die örtliche Zuständigkeit der schweizerischen Strafbehörden primär am Tatort (Art. 31 StPO) oder subsidiär bei Auslandsdelikten oder unbekanntem Tatort am Ort des Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalts des Täters (Art. 32 StPO) liegt, sind allfällige Anträge auf Erlass vorsorglicher Massnahmen ohne vorgängige Durchführung eines Schlichtungsverfahrens<sup>1990</sup> direkt beim zuständigen Gericht am Ort der Zuständigkeit der Hauptsache oder am Ort der Vollstreckung der Massnahme (Art. 13 ZPO) einzureichen. Auf weitere Ausführungen zu diesen Verfahren wird im Rahmen der vorliegenden Arbeit verzichtet. Einzig der Frage nach der Einleitung des Verfahrens bei der Geltendmachung von Ansprüchen aus dem zwischen dem SFV und den Spieloffiziellen bestehenden Arbeitsverhältnis wird nachfolgend noch kurz nachzugehen sein.

An Anwendung von Art. 197 ZPO muss einem arbeitsrechtlichen Prozess ein Schlichtungsverfahren bei der zuständigen Schlichtungsbehörde am Wohnsitz oder Sitz der beklagten Partei voraus gehen.<sup>1991</sup> In Ziff. 4 Abs. 1 der SFL-Anstellungsbedingungen wird jedoch festgehalten, dass die Parteien bei auftretenden Streitigkeiten oder Konflikten zunächst ein Mediationsverfahren durchzuführen hätten. Gemäss Art. 213 ZPO kann ein Mediationsverfahren auf Antrag sämtlicher Parteien an die Stelle des Schlichtungsverfahrens treten. Aufgrund der Bestimmung in Ziff. 4 Abs. 2 SFL-Anstellungsbedingungen kann die Frage, ob es sich bei dieser vertraglichen Mediationsklausel allenfalls um einen Prozessvertrag handeln könnte, bei dessen Missachtung eine Prozessvoraussetzung fehlen würde,<sup>1992</sup> indes klar verneint werden. Gemäss dieser Bestimmung

<sup>1990</sup> Vgl. Art. 248 lit. d i.V.m. Art. 198 lit. a ZPO.

<sup>1991</sup> Zur örtlichen Zuständigkeit vgl. Art. 34 Abs. 1 ZPO. Auf den in dieser Bestimmung ebenfalls erwähnten Ort der «gewöhnlichen» Arbeitsverrichtung kann mangels Vorliegens eines solchen Orts bzw. vor dem Hintergrund, dass dieser ständig ändert, im Fall der Spieloffiziellen nicht zurückgegriffen werden (vgl. auch KAISER JOB, Art. 34 ZPO N 19 m.w.H.).

<sup>1992</sup> Vgl. hierzu anstelle vieler RUGGLE, Art. 213 ZPO N 7 ff. sowie SCHÜTZ, Art. 213 ZPO N 16 ff.

ist es einer Partei nämlich unbenommen, umgehend das Gericht anzurufen, sofern sie dies für notwendig erachtet oder sich aufgrund gesetzlicher Fristen hierzu gezwungen sieht. Somit werden die Parteien lediglich zur Durchführung eines Mediationsverfahrens unverbindlich angehalten. Umgekehrt kann in dieser Bestimmung jedoch ebensowenig eine gemeinsame Verzichtserklärung auf das Schlichtungsverfahren im Sinne von Art. 199 Abs. 1 ZPO erblickt werden. Zur Einleitung eines arbeitsrechtlichen Vefahrens bei Geltendmachung von Ansprüchen aus dem zwischen dem SFV und den Spieloffiziellen bestehenden Arbeitsverhältnis ist deshalb zwingend entweder ein Schlichtungsverfahren gemäss Art. 202 ff. ZPO oder an dessen Stelle mit Zustimmung beider Parteien ein Mediationsverfahren nach gemäss Art. 213 ZPO durchzuführen.

## VIII. Zusammenfassung

Sowohl die wettbewerbsveranstaltenden Verbände als auch die an diesen Wettbewerben teilnehmenden Clubs oder Nationalverbände sind für die Geltendmachung von zivilrechtlichen Ansprüchen gegenüber Spieloffiziellen an die in den jeweiligen Verbandsstatuten der FIFA, der UEFA oder des SFV enthaltenen Schiedsklauseln gebunden und haben somit allfällige Ansprüche gegen Spieloffizielle direkt beim CAS geltend zu machen. Dasselbe gilt auch für Ansprüche von Spielern der wettbewerbsteilnehmenden Clubs oder Nationalverbände, welche über den mit dem jeweiligen Nationalverband regelmässig abgeschlossenen Teilnahme- oder Qualifikationsvertrag ebenfalls den entsprechenden statutarischen Schiedsklauseln unterworfen sind. Eine Ausnahme gilt für allfällige Ansprüche des SFV gegenüber den Spieloffiziellen aus dem zwischen den Parteien bestehenden Arbeitsverhältnis, für welche die ordentlichen Gerichte zuständig sind. Sofern sich beklagte Spieloffizielle vorbehaltlos auf ein vor einem staatlichen Gericht anhängig gemachtes Verfahren einlassen, können Ansprüche gegen Spieloffizielle trotz Vorliegen einer gültigen Schiedsklausel ebenfalls vor staatlichen Gerichten behandelt werden.

Wie im Vertragsverhältnis zwischen der FIFA und den von dieser für die Leitung von Wettbewerbsspielen eingesetzten Spieloffiziellen findet sich auch in demjenigen zwischen dem SFV und den von diesem eingesetzten Spieloffiziellen keine Schiedsvereinbarung. Demgegenüber finden sich im zwischen der UEFA und deren eingesetzten Spieloffiziellen bestehenden Vertragsverhältnis gleich zwei materiell und formell gültige Schiedsklauseln. Einerseits in Gestalt von Ziff. 13 Abs. 2 des als allgemeine Vertragsbedingungen zu qualifizierenden UEFA-Pflichtenhefts, welche für Streitfälle zwischen der UEFA und Spieloffiziellen nach Ausschöpfung aller durch die UEFA-Reglemente vorgesehenen Rechtswege eine Streiterledigung durch das CAS anordnet, andererseits in Gestalt von Ziff. 12 Abs. 1 UEFA-Pflichtenheft, welche die Spieloffiziellen unter anderem verpflichtet, die Statuten der UEFA und damit auch die darin enthaltene Schiedsklausel einzuhalten. Als Mitglieder eines dem SFV angehörigen Clubs und damit als mittelbare Mitglieder des SFV, der UEFA sowie der FIFA sind die Spieloffiziellen darüber hinaus über das Prinzip der doppelten Satzungsabsicherung auch an die in den Statuten dieser Verbänden enthaltenen Schiedsklauseln gebunden. Mittels dieser auch gegenüber den Spieloffiziellen materielle und formelle Gültigkeit entfaltender statutarischer Schiedsklauseln werden die Spieloffiziellen nicht nur hinsichtlich deren vertraglicher Ansprüche gegenüber den Verbänden, sondern auch hinsichtlich ihrer ausservertraglichen Ansprüche gegenüber Wettbewerbsteilnehmern an das CAS verwiesen. Zu beachten ist jedoch, dass im Rahmen der Binnenschiedsgerichtsbarkeit im Unterschied zur internationalen Schiedsgerichtsbarkeit unabdingbare Ansprüche der Spieloffiziellen aus Arbeitsvertrag im Sinne von Art. 341 Abs. 1 OR während

der Dauer des Arbeitsverhältnisses und einen Monat nach dessen Beendigung nicht schiedsfähig sind und darüber hinaus für arbeitsrechtliche Streitigkeiten die Schiedsgerichtsbarkeit bereits durch die in den SFV-Statuten enthaltene Schiedsklausel selber ausgeschlossen ist. Auch sämtliche Ansprüche aus dem Strafrecht sind nicht schiedsfähig.

Für den Erlass vorsorglicher Massnahmen im Sinne des einstweiligen (vorläufigen) Rechtsschutzes besteht im Rahmen von FIFA- und SFV-Spielen sowohl bei Streitigkeiten zwischen den Spieloffiziellen und dem Verband als auch bei Streitigkeiten zwischen den Spieloffiziellen und Wettbewerbsteilnehmern eine ausschliessliche Zuständigkeit des CAS als Schiedsgericht. Anders jedoch im Rahmen von UEFA-Spielen, wo eine solche ausschliessliche Zuständigkeit des Schiedsgerichts lediglich für Streitigkeiten zwischen Spieloffiziellen und der UEFA besteht. Demgegenüber besteht für den Erlass von vorsorglichen Massnahmen bei Streitigkeiten zwischen Spieloffiziellen und Wettbewerbsteilnehmern im Rahmen von UEFA-Spielen eine parallele Zuständigkeit des CAS sowie der staatlichen Gerichte.



## 5. Kapitel: Zusammenfassung der Ergebnisse

Zwischen den Spieloffiziellen und den einzelnen Verbänden besteht kein direktes Mitgliedschaftsverhältnis. Dies gilt sowohl auf nationaler Ebene zum SFV als auch auf internationaler Ebene zur FIFA oder zur UEFA. Jeder Spieloffizielle hat jedoch zwingend Mitglied eines Clubs des SFV zu sein. Aufgrund dieser direkten Clubmitgliedschaft sind die Spieloffiziellen als mittelbare Verbandsmitglieder dennoch über das Prinzip der doppelten Satzungsabsicherung den Verbandsregeln sowie der Verbandsgewalt sowohl des SFV als auch der internationalen Verbände FIFA und UEFA unterworfen. Eine formelle Organstellung der Spieloffiziellen innerhalb dieser Verbände liegt nicht vor. Obwohl die Spieloffiziellen die ihnen zugewiesenen Spiele selbständig und eigenverantwortlich leiten und damit für die einzelnen Verbände durchaus gewisse faktische Repräsentationsfunktionen wahrnehmen, fehlt es ihnen letztlich doch an einer Teilhabe an der verbandsinternen Willensbildung sowie einer ihnen in diesem Zusammenhang eingeräumten rechtlichen und tatsächlichen Entscheidungskompetenz, sodass auch eine faktische Organstellung innerhalb der einzelnen Verbände letztlich nicht vorliegt.

Die Reglemente der einzelnen Verbände enthalten keine direkte Verpflichtung der Spieloffiziellen zur Übernahme von Spielleitungen. Eine solche ergibt sich auch nicht aufgrund der Ausstellung des Schiedsrichterausweises und der damit verbundenen Aufnahme in die offizielle Liste der Spieloffiziellen des SFV bzw. der Aufnahme als internationaler Spieloffizieller auf die FIFA-Liste. Die Ausstellung des Schiedsrichterausweises durch den SFV sowie die damit verbundene Aufnahme der Spieloffiziellen in die offizielle Liste des SFV ist als Rahmenvertrag *sui generis* im Sinne eines sogenannten Regelanerkennungsvertrags zu qualifizieren, mittels welchem den Spieloffiziellen sämtliche aus dem Verbandsrecht für dieses Amt ergebende Rechte und Pflichten übertragen werden. Dieser Rahmenvertrag bildet überdies die Voraussetzung für die durch den SFV mit den Spieloffiziellen abzuschliessenden Einzelverträge, sei es hinsichtlich eines einzelnen Spiels oder einer unbestimmten Anzahl von Spielen. Demgegenüber entfaltet die Aufnahme in die Liste der FIFA-Spieloffiziellen für sich alleine noch keine Rechte und Pflichten zwischen der FIFA oder der UEFA und den Spieloffiziellen. Es handelt sich hierbei um ein reines Qualifikationszeugnis. Ein Rahmenvertrag im Sinne eines Regelanerkennungsvertrags wird hierdurch nicht begründet. Träger von Rechten und Pflichten gegenüber FIFA und UEFA sind ausschliesslich diejenigen Spieloffiziellen, welche – unabhängig von einer allfälligen Aufnahme in die FIFA-Liste – durch die FIFA oder die UEFA in deren Wettbewerben für die Leitung von Spielen eingesetzt werden.



Somit besteht weder eine (mittelbare) mitgliedschaftliche noch eine organschaftliche Verpflichtung der Spieloffiziellen gegenüber den einzelnen Verbänden zur Übernahme von Spielleitungen. Eine solche Verpflichtung ergibt sich erst aus der Zustellung eines Aufgebots für eine konkret zu übernehmende Spielleitung und ist somit in einem Rechtsgeschäft begründet. Die zwischen dem SFV und den von diesem im professionellen Meisterschaftsbetrieb der SFL eingesetzten Spieloffiziellen bestehenden Rechtsverhältnisse sind als unbefristete Arbeitsverträge im Sinne von Art. 319 ff. OR zu qualifizieren, welche mit dem erstmaligen Einsatz des Spieloffiziellen in einem Meisterschaftsspiel der SFL beginnen und bis zum Rücktritt oder einer Rückqualifikation aus der SFL andauern. Die von diesen Spieloffiziellen neben dem Meisterschaftsbetrieb der SFL ebenfalls geleisteten Einsätze bei Spielen des Schweizer Cups sowie bei Trainingsspielen innerhalb der Schweiz erfolgen ebenfalls im Rahmen desselben Arbeitsvertrags. Die Rechtsverhältnisse zwischen den internationalen Verbänden FIFA und UEFA sowie den von diesen für die Leitung von Spielen in deren Wettbewerben eingesetzten Spieloffiziellen mit Wohnsitz in der Schweiz sind demgegenüber als entgeltliche einfache Auftragsverhältnisse im Sinne von Art. 394 ff. OR zu qualifizieren. In zeitlicher Hinsicht werden diese auf die Dauer eines Spiels oder Turniers beschränkt abgeschlossen. Soweit der SFV auf Anfrage eines ausländischen Nationalverbands einen Spieloffiziellen aus der Schweiz für internationale Trainingsspiele oder nationale Wettbewerbsspiele vermittelt, besteht lediglich zwischen dem jeweiligen ausländischen Nationalverband und den vermittelten Spieloffiziellen ein Vertragsverhältnis, bei welchem es sich in aller Regel ebenfalls um einen zeitlich auf den jeweiligen Einsatz beschränkten, entgeltlichen Auftrag im Sinne von Art. 394 ff. OR handeln dürfte.

Diese unterschiedliche rechtliche Qualifikation liegt in erster Linie in der Ausgestaltung der Vertragspflichten im Rahmen der einzelnen Rechtsverhältnisse begründet. Die Hauptleistungspflicht der Spieloffiziellen, welche in der Durchsetzung der Spielregeln zwecks Ermöglichung eines fairen Wettkampfs sowie im Schutz der körperlichen Integrität der ihrer Regelungsgewalt unterstellten Personen besteht, ist zwar im Rahmen sämtlicher Rechtsverhältnisse grundsätzlich identisch, da sich diese direkt aus den IFAB-Spielregeln ergibt. Jedoch sind bei der Ausgestaltung der vertraglichen Nebenpflichten im Rahmen der einzelnen Vertragsverhältnisse grosse Unterschiede vorhanden. So haben die in der SFL eingesetzten Spieloffiziellen noch zahlreiche sich nicht auf die Hauptleistungspflicht beziehende Weisungen, beispielsweise hinsichtlich Trainingsgestaltung, Vor- und Nachbereitung der Spiele usw. zu befolgen, welche in diesem Umfang im Rahmen der übrigen Vertragsverhältnisse, insbesondere auch denjenigen mit der FIFA oder der UEFA, nicht bestehen. Entsprechend liegt beim zwischen dem SFV und den im Meisterschaftsbetrieb der SFL eingesetzten Spieloffiziellen bestehenden Vertragsverhältnis ein Subordinationsverhältnis und damit im Ergebnis ein Arbeitsvertrag vor, wogegen bei den übrigen Ver-

tragsverhältnissen ein solches Subordinationsverhältnis nicht vorliegt und damit diese Rechtsverhältnisse als einfache Auftragsverhältnisse zu qualifizieren sind.

Diese Qualifikation des zwischen dem SFV und den im nationalen Spitz Fussball eingesetzten Spieloffiziellen bestehenden Vertragsverhältnisses als Arbeitsvertrag im Sinne von Art. 319 ff. OR führt zu einer Reihe spezifischer Rechtsfolgen. So besteht beispielsweise eine Lohnfortzahlungspflicht des SFV als Arbeitgeber nicht nur im Falle von unfall- oder krankheitsbedingter Einsatzunfähigkeit, sondern grundsätzlich auch im Falle von ausgesprochenen Wettkampfsperren, sofern diese im Sinne von Art. 324a Abs. 1 OR dem betroffenen Spieloffiziellen unverschuldet auferlegt wurde. Weiter besteht seitens der Spieloffiziellen ein Beschäftigungsanspruch dahin gehend, als sie aus der Fürsorgepflicht des SFV als Arbeitgeber einen Anspruch auf regelmässigen Einsatz in Pflichtspielen höchstem Niveau ableiten können. Als Arbeitnehmer des SFV kommen die Spieloffiziellen grundsätzlich auch in den Genuss des öffentlich-rechtlichen Arbeitszeitschutzes nach dem Arbeitsgesetz. Von Bedeutung sind in diesem Zusammenhang in erster Linie das grundsätzliche Verbot von Nacht- und Sonntagsarbeit bzw. allfällige hierfür auszurichtende Lohnzuschläge. Weitere spezifische Rechtsfolgen ergeben sich überdies im Bereich des sachlichen und zeitlichen Kündigungsschutzes, der (fehlenden) Schiedsfähigkeit zwingender Arbeitnehmeransprüche im Rahmen der Binnenschiedsgerichtsbarkeit, des Anspruchs auf Ferien und der Ausrichtung von Ferienlohn sowie der Möglichkeit des Abschlusses einer freiwilligen BVG-Versicherung zufolge Mehrfachbeschäftigung. Schliesslich besteht seitens des SFV als Arbeitgeber gegenüber seinen angestellten Spieloffiziellen auch eine Fürsorgepflicht bei persönlichkeitsverletzenden Medienkampagnen. Soweit über Medien in persönlichkeitsverletzender Art und Weise Kritik oder gar Beleidigungen gegenüber Spieloffiziellen geäussert werden, ist der SFV verpflichtet, in zumutbarem Umfang Gegenmassnahmen zu ergreifen. Andernfalls droht er Schadenersatz- oder gar genugtungspflichtig zu werden.

Eine Prüfung von zivil- und strafrechtlichen Haftungsansprüchen gegenüber Spieloffiziellen im Falle einer Verletzung bzw. Nichterfüllung dieser den Spieloffiziellen durch die IFAB-Spielregeln auferlegten Pflichten anhand der gebildeten Fallgruppen (Fallgruppe 1: Verletzungen von Spielern aufgrund direkter physischer Einwirkungen durch Spieloffizielle; Fallgruppe 2: Verletzungen von Spielern aufgrund regeltechnisch und/oder disziplinarisch nicht geahndeter Foulspele sowie ungenügender Ausrüstungs- oder Spielfeldkontrolle bzw. -überwachung durch die Spieloffiziellen; Fallgruppe 3: Vermögensschäden bei Wettbewerbsteilnehmern aufgrund von spielentscheidenden Fehlentscheidungen durch Spieloffizielle) führt dabei zu folgenden Ergebnissen:

Mangels Vorliegen einer vertraglichen Beziehung zwischen den Spieloffiziellen und den Wettbewerbsteilnehmern (Clubs oder Nationalverbände bzw. deren

Spieler) kommt eine vertragliche Haftung grundsätzlich zum Vorneherein nur gegenüber dem wettbewerbsveranstaltenden Verband in Betracht. Ausser in denjenigen Fällen, in welchen der Verband seinerseits von geschädigten Wettbewerbsteilnehmern in Anwendung der Hilfspersonen- bzw. Geschäftsherrenhaftung nach Art. 101 Abs. 1 bzw. Art. 55 Abs. 1 OR in Anspruch genommen wird, dürfte es regelmässig bereits am Vorliegen eines Schadens aufseiten des Verbands fehlen. Eine Haftung des wettbewerbsveranstaltenden Verbands gegenüber den teilnehmenden Clubs oder Nationalverbänden besteht aufgrund der Qualifikation der Spielloffiziellen als Hilfspersonen des Verbands in Anwendung der Zurechnungsnorm von Art. 101 Abs. 1 OR für alle diejenigen schädigenden Verhaltensweisen der Spielloffiziellen, für welche auch ein Schadenersatzanspruch des Verbands selber besteht. Demgegenüber dürfte in der Praxis eine haftungsrechtliche Inanspruchnahme des Verbands für deliktisches Verhalten der Spielloffiziellen durch geschädigte Spieler in Anwendung von Art. 55 Abs. 1 OR in aller Regel am sogenannten Entlastungsbeweis scheitern, welcher vom Verband aufgrund der angewendeten Sorgfalt in der Auswahl, Instruktion und Überwachung der Spielloffiziellen wohl regelmässig zu erbringen sein dürfte. Eine Pflichtverletzung der Spielloffiziellen liegt bei Verletzungen von Spielern zufolge direkter physischer Eingriffe regelmässig vor, wogegen bei Fehlentscheidungen eine solche lediglich dann gegeben ist, wenn die Spielloffiziellen auf den von ihnen wahrgenommenen Sachverhalt die Spielregeln falsch anwenden (Regelverstoss). Im Bereich der Kontroll- und Überwachungspflichten ist eine Pflichtverletzung der Spielloffiziellen einerseits dann anzunehmen, wenn diese ihre Kontrollpflicht nicht oder nur ungenügend wahrnehmen und in der Folge Spieler durch die Spielregeln nicht zugelassene Ausrüstungsgegenstände verwenden, andererseits wenn aufgrund des Zustands des Spielfelds oder dessen Umgebung die Entscheidung zur Durchführung des Spiels nicht mehr als angemessen betrachtet werden kann. Sowohl im Falle einer falschen Spielregelanwendung als auch bei Verletzungen von Spielern aufgrund physischer Einwirkungen kann ein haftungsbegründendes Verschulden der Spielloffiziellen lediglich dann angenommen werden, wenn diese Handlungen bewusst erfolgt sind. Dasselbe gilt auch für die den Spielloffiziellen während des Spiels obliegende Überwachungspflicht hinsichtlich des Spielfelds bzw. dessen Umgebung, nicht jedoch die ihnen obliegende Pflicht zur Kontrolle des Spielfelds sowie der Ausrüstung der Spieler vor Spielbeginn. Hier haften die Spielloffiziellen für jegliches Verschulden. Schliesslich ist im Rahmen der vertraglichen Haftung noch zu beachten, dass bei Verletzungen von Spielern zufolge regeltechnisch und/oder disziplinarisch nicht geahndeter Foulspele die Zurechnung eines hierdurch entstandenen Schadens mangels vorliegenden Kausalzusammenhangs regelmässig entfallen dürfte.

Gestützt auf die Rechtsfigur des Vertrags mit Schutzwirkung für Dritte kann eine vertragliche Haftung der Spielloffiziellen lediglich für bei Spielern zufolge

von Verletzungen verursachten Schäden zufolge direkter physischer Einwirkungen

oder ungenügender Ausrüstungs- oder Spielfeldkontrolle bzw. -überwachung konstruiert werden. Die gilt im Grundsatz auch für Verletzungen bei Spielern aufgrund regeltechnisch und/oder disziplinarisch nicht geahндeter Foulspiele, wobei in diesen Fällen eine Zurechnung aufgrund fehlenden Kausalzusammenhangs regelmässig entfallen dürfte. Demgegenüber kann auch gestützt auf diese Rechtsfigur keine vertragliche Haftung der Spieloffiziellen gegenüber den am jeweiligen Wettbewerb teilnehmenden Clubs oder Nationalverbänden hergeleitet werden. Hierfür fehlt es regelmässig an einem schutzwürdigen Interesse am Einbezug in den Haftungsbereich der Spieloffiziellen zufolge eigener Haftungsansprüche gegenüber dem wettbewerbsveranstaltenden Verband.

Mangels Vorliegen eines Vertragsverhältnisses zwischen den Spieloffiziellen sowie den beteiligten Clubs oder Nationalverbänden und deren Spielern kommt der Frage nach dem Bestehen von ausservertraglichen Haftungsansprüchen der Wettbewerbsteilnehmer gegenüber den Spieloffiziellen eine zentrale Bedeutung zu. Als widerrechtlich zu qualifizieren ist in diesem Zusammenhang sowohl die Verletzung eines Spielers aufgrund direkter physischer Einwirkungen als auch als Folge nicht geahндeter Foulspiele oder ungenügender Ausrüstungs- oder Spielfeldkontrolle bzw. -überwachung. Auch die Schädigung des Vermögens von Wettbewerbsteilnehmern aufgrund spielentscheidender Fehlentscheidung ist jedenfalls dann als widerrechtlich zu qualifizieren, wenn diese Schädigung vorsätzlich erfolgte. In der Wettkampfteilnahme eines Spielers bzw. Clubs oder Nationalverbands kann darüber hinaus auch keine widerrechtlichkeitsausschliessende Einwilligung in eine Verletzung der körperlichen Integrität oder in eine Vermögensschädigung erblickt werden. In Anwendung eines sportartspezifischen Sorgfaltsmassstabs fehlt es sowohl bei Verletzungen von Spielern aufgrund direkter physischer Einwirkungen als auch bei Vermögensschäden von Wettbewerbsteilnehmern aufgrund spielentscheidender Fehlentscheidungen der Spieloffiziellen regelmässig dann an einem haftungsbegründenden Verschulden, wenn die letztlich zur Schädigung führenden Handlungen oder Unterlassungen durch die Spieloffiziellen unbewusst erfolgt sind. Dasselbe gilt auch hinsichtlich des Verschuldens der Spieloffiziellen im Falle von Verletzungen von Spielern als Folge ungenügender Spielfeldüberwachung während des Spiels. Demgegenüber ist bei Verletzungen von Spielern zufolge mangelhafter Ausrüstungs- und Spielfeldkontrollen vor dem Spiel ein Verschulden der Spieloffiziellen und damit ein ausservertraglicher Haftungsanspruch regelmässig gegeben.

Sowohl in Anwendung der Rechtsfigur der Drittschadensliquidation als auch der Haftungsgrundlage aus sittenwidriger Schädigung ergeben sich keine Haftungsansprüche der geschädigten Wettbewerbsteilnehmer oder deren Spielern gegenüber den Spieloffiziellen. Während sich die Anwendbarkeit der Drittschadensliquidation schon deshalb nicht rechtfertigt, weil eine allfällige von Spieloffiziel-

len herbeigeführte Drittschädigung von Wettbewerbsteilnehmern nicht als zufällige Schadensverlagerung, sondern als Risikoerweiterung zu qualifizieren ist. Eine Haftung der Spielloffiziellen aus sittenwidriger Schädigung scheidet demgegenüber bereits aufgrund der Subsidiarität dieses Anspruchs gegenüber demjenigen aus einer widerrechtlich zugefügten Schädigung aus.

Der in Regel 5 der IFAB-Spielregeln enthaltene Haftungsausschluss, welcher gemäss Wortlaut eine Haftung der Spielloffiziellen für von Wettbewerbsteilnehmern oder Zuschauern erlittene Körperverletzungen oder Schäden an Eigentum ausschliessen will, kann die in den vorstehend beschriebenen Fällen bestehende zivilrechtliche Haftung der Spielloffiziellen für von diesen verursachte Schäden beim wettbewerbsveranstaltenden Verband oder den einzelnen Wettbewerbsteilnehmern grundsätzlich nicht wirkungsvoll ausschliessen. Lediglich wenn die Spielloffiziellen vor dem Spiel nach bestem Wissen und Gewissen eine Ausrüstungs- und Spielfeldkontrolle durchführen, in deren Rahmen aber dennoch unbewusst eine Gefahrenquelle für die Spieler übersehen und sich diese Gefahr in der Folge verwirklicht, kommt diesem Haftungsausschluss eine praktische Bedeutung zu. Auch die sich aus dem Rechtsverhältnis zwischen Verband und Spielloffiziellen allenfalls ergebenden Freistellungsansprüche spielen hinsichtlich der Haftung der Spielloffiziellen lediglich eine marginale Rolle. Einzig falls die Spielloffiziellen für ein Schadensereignis zufolge einer vor Spielbeginn pflichtwidrig mangelhaft durchgeführten Ausrüstungs- und Spielfeldkontrolle in Anspruch genommen werden, diese Unterlassung jedoch weder grobfahrlässig noch absichtlich erfolgte, kann dem Freistellungsanspruch der Spielloffiziellen gegenüber dem wettbewerbsveranstaltenden Verband aus Arbeitsvertrag allenfalls praktische Bedeutung zukommen. Sofern es sich beim zwischen den Spielloffiziellen und dem wettbewerbsveranstaltenden Verband bestehenden Rechtsverhältnis im konkreten Fall um ein Auftragsverhältnis handelt, besteht auch im vorerwähnten Fall kein Freistellungsanspruch der Spielloffiziellen.

Aus strafrechtlicher Sicht sind Verletzungen von Spielern aufgrund direkter physischer Einwirkungen durch Spielloffizielle regelmässig dann als fahrlässige oder bei allenfalls nachgewiesenem Verletzungsvorsatz auch als vorsätzliche Körperverletzungen zu qualifizieren, wenn diese über das sportartspezifische Risiko eines Spielers in Form von unabsichtlichen oder unvermeidbaren Zusammenstössen im Eifer des laufenden Spiels hinausgehen. Eine Strafbarkeit der Spielloffiziellen für Körperverletzungen von Spielern durch Unterlassen der ihnen obliegenden Überwachungspflicht hinsichtlich des Spielfelds bzw. dessen Umgebung ist dann anzunehmen, wenn eine solche Unterlassung durch die Spielloffiziellen bewusst erfolgte und eine damit einhergehende Körperverletzung der Spieler in Kauf genommen wurde. Dies ergibt sich aus einer analogen Anwendung der sportarttypischen Sorgfaltspflichten der Spielloffiziellen auch im Strafrecht. Für pflichtwidrige Unterlassungen im Zusammenhang mit den ihnen vor Spielbeginn obliegenden Ausrüstungs- und Spielfeldkontrollen haben sich

die Spieloffiziellen demgegenüber jedoch auch dann strafrechtlich zu verantworten, wenn sie diese nicht absichtlich, sondern lediglich aus pflichtwidriger Unvorsichtigkeit ungenügend durchführen. Eine Strafbarkeit der Spieloffiziellen für Körperverletzungen von Spielern aufgrund regeltechnisch und/oder disziplinarisch nicht geahndeter Foulspele dürfte demgegenüber – ausser in vereinzelten Ausnahmefällen – regelmässig am fehlenden Ursachen- bzw. Kausalzusammenhang fehlen.

Im Bereich der Vermögensdelikte erfüllen die Spieloffiziellen mit Herbeiführen von Vermögensschäden bei Wettbewerbsteilnehmern als Folge von bewussten, spielentscheidenden Fehlentscheidungen regelmässig den Tatbestand der arglistigen Vermögensverschiebung sowohl zum Nachteil der am Wettbewerb teilnehmenden Clubs oder Nationalverbände als auch zum Nachteil des wettbewerbsveranstaltenden Verbands. Mittels eines solchen Verhaltens erfüllen sie überdies auch regelmässig den Tatbestand des Betrugs zum Nachteil des wettbewerbsveranstaltenden Verbands. Für eine Strafbarkeit zum Nachteil der einzelnen Spieler fehlt es jedoch bereits an einer Vermögensschädigung. Sofern Spieloffizielle von Wettbewerbsteilnehmern oder Dritten als Gegenleistung für bewusste Fehlentscheidungen einen ungebührlichen Vorteil fordern oder sich versprechen lassen, erfüllen sie durch dieses Verhalten überdies den Tatbestand der Bestechlichkeit.

Im Rahmen der Erörterung von Haftungsfragen ist auch zu beachten, dass Spieloffizielle im Rahmen ihrer Tätigkeit auch selber geschädigt werden können und damit unter Umständen zur Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen berechtigt sind. Unabhängig davon, ob es sich bei einem Schadensverursacher um einen Zuschauer, Teamoffiziellen oder Spieler handelt, hat dieser für einen durch seine Handlung einem Spieloffiziellen widerrechtlich verschuldeten und kausal zugefügten Schaden in Anwendung von Art. 41 Abs. 1 OR einzustehen. Sofern eine solche schädigende Handlung durch einen Spieler im laufenden Spiel erfolgt, sind zur Frage des Verschuldens dieselben Kriterien wie im Rahmen der Haftung von Spieloffiziellen gegenüber Spielern bzw. Spielern untereinander anzuwenden. Versäumt ein Club oder Nationalverband als direkter Veranstalter eines Spiels die Ergreifung der sich im konkreten Fall aufdrängenden Schutzmassnahmen zugunsten der Spieloffiziellen, hat er für aufgrund dieser Unterlassung bei den Spieloffiziellen eintretenden Schäden aufzukommen. Eine Haftung für Zuschauerverhalten ohne eigenes Verschulden des direkten Veranstalters besteht mangels Qualifikation der Zuschauer als Hilfspersonen des direkten Veranstalters jedoch nicht. Mangels Hilfspersoneneigenschaft der am Spiel teilnehmenden Spieler und Teamoffiziellen sowie der anwesenden Zuschauer hat auch der wettbewerbsveranstaltende Verband gegenüber den eingesetzten Spieloffiziellen nicht für das schädigende Verhalten der vorerwähnten Personen einzustehen. Etwas anderes gilt jedoch für den das Spiel durchführenden Club oder Nationalverband. Der wettbewerbsveranstaltende Verband hat für

das Verhalten des direkten Veranstalters in Anwendung des Kriteriums der hypothetischen Vorwerfbarkeit immer dann einzustehen, wenn die Vornahme der im konkreten Fall zum Schutz der Spieloffiziellen notwendigen Schutzmassnahmen schuldhaft unterlassen wurde und sich in der Folge diese Gefahr zum Nachteil der Spieloffiziellen verwirklicht hat.

Die Sportverbände im Allgemeinen und die Fussballverbände im Speziellen wollen ihre Rechtsstreitigkeiten möglichst ausserhalb der staatlichen Gerichtsbarkeit lösen. Vor diesem Hintergrund ist noch zu klären, wie die einzelnen Ansprüche vertraglicher oder ausservertraglicher Natur zwischen Spieloffiziellen und Verbänden bzw. Wettbewerbsteilnehmern in der Praxis durchzusetzen sind. Die Statuten der FIFA, UEFA und auch des SFV enthalten Schiedsklauseln, welche den Ausschluss des ordentlichen Rechtswegs vorsehen und bei Streitigkeiten stattdessen den Gang vor ein Schiedsgericht, konkret das CAS, vorschreiben. Ein solcher Ausschluss der staatlichen Gerichtsbarkeit durch Sportverbände wird unter der schweizerischen Rechtsordnung unter den Voraussetzungen der Schiedsfähigkeit der fraglichen Ansprüche, bei Vorliegen einer gültigen Schiedsvereinbarung sowie der Gewähr für eine unabhängige Beurteilung durch das Schiedsgericht zumindest in der Hauptsache im Allgemeinen für zulässig und wirksam erachtet.

Sowohl die wettbewerbsveranstaltenden Verbände als auch die an diesen Wettbewerben teilnehmenden Clubs oder Nationalverbände sind für die Geltendmachung von zivilrechtlichen Ansprüchen gegenüber Spieloffiziellen an die in den jeweiligen Verbandsstatuten der FIFA, der UEFA oder des SFV enthaltenen Schiedsklauseln gebunden und haben somit Ansprüche direkt beim CAS geltend zu machen. Dasselbe gilt auch für allfällige Ansprüche von Spielern der wettbewerbsteilnehmenden Clubs oder Nationalverbände, welche über den mit dem jeweiligen Nationalverband regelmässig abgeschlossenen Teilnahme- oder Qualifikationsvertrag ebenfalls den entsprechenden statutarischen Schiedsklauseln unterworfen sind. Die in den SFV-Statuten enthaltene Schiedsklausel sieht jedoch für arbeitsrechtliche Streitigkeiten eine Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte vor. Sofern sich beklagte Spieloffizielle vorbehaltlos auf ein vor einem staatlichen Gericht anhängig gemachtes Verfahren einlassen, können Ansprüche gegen Spieloffizielle ausnahmsweise trotz Vorliegen einer gültigen Schiedsklausel dennoch vor staatlichen Gerichten behandelt werden. Etwas anderes gilt für Ansprüche aus Strafrecht, diese sind nicht schiedsfähig und immer bei den zuständigen staatlichen Behörden geltend zu machen.

Damit auch die Spieloffiziellen für die Geltendmachung von Ansprüchen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit von der staatlichen Gerichtsbarkeit ausgeschlossen und an ein Schiedsgericht verwiesen werden können, müssten diese ebenfalls an eine gültige Schiedsabrede gebunden sein. Eine solche kann entweder eine statutarische oder eine vertragliche Grundlage haben. Sowohl im Ver-

tragsverhältnis zwischen der FIFA und den von dieser für die Leitung von Wettbewerbsspielen eingesetzten Spieloffiziellen als auch in demjenigen zwischen dem SFV und den von diesem eingesetzten Spieloffiziellen findet sich keine Schiedsvereinbarung, wogegen sich im Vertragsverhältnis zwischen der UEFA und deren eingesetzten Spieloffiziellen gleich zwei materiell und formell gültige Schiedsklauseln finden. Einerseits in Gestalt von Ziff. 13 Abs. 2 des als allgemeine Vertragsbedingungen zu qualifizierenden UEFA-Pflichtenhefts, welche für Streitfälle zwischen der UEFA und Spieloffiziellen nach Ausschöpfung aller durch die UEFA-Reglemente vorgesehenen Rechtswege eine Streiterledigung durch das CAS anordnet, andererseits in Gestalt von Ziff. 12 Abs. 1 UEFA-Pflichtenheft, welche die Spieloffiziellen unter anderem verpflichtet, die Statuten der UEFA und damit auch die darin enthaltene Schiedsklausel einzuhalten. Als Mitglieder eines dem SFV angehörigen Clubs und damit als mittelbare Mitglieder des SFV, der UEFA sowie der FIFA sind die Spieloffiziellen darüber hinaus über das Prinzip der doppelten Satzungsabsicherung auch an die in den Statuten dieser Verbänden enthaltenen Schiedsklauseln gebunden. Mittels dieser auch gegenüber den Spieloffiziellen materielle und formelle Gültigkeit entfaltender statutarischer Schiedsklauseln werden die Spieloffiziellen nicht nur hinsichtlich ihrer vertraglichen Ansprüche gegenüber den Verbänden, sondern auch hinsichtlich ihrer ausservertraglichen Ansprüche gegenüber Wettbewerbsteilnehmern grundsätzlich an das CAS verwiesen.

Damit ein Schiedsgericht eine ihm vorgelegte Streitigkeit überhaupt beurteilen kann, muss diese Streitigkeit schiedsfähig sein. Hier ist aufgrund der dualen Konzeption der Schiedsgerichtsbarkeit in der Schweiz zu unterscheiden zwischen der sogenannten Binnenschiedsgerichtsbarkeit, bei welcher sowohl die Parteien als auch das Schiedsgericht ihren Sitz bzw. ihr Domizil in der Schweiz haben, sowie der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit für Schiedsgerichte in der Schweiz, bei welcher mindestens eine Partei ihren Sitz oder gewöhnlichen Aufenthalt nicht in der Schweiz hat. Für die Binnenschiedsgerichtsbarkeit kommen die Regeln von Art. 353 ff. ZPO zur Anwendung, wogegen auf die internationale Schiedsgerichtsbarkeit die Regeln von Art. 176 ff. ZPO Anwendung finden. Diese unterschiedlichen gesetzlichen Grundlagen widerspiegeln sich sodann auch bei der Beantwortung der Frage, ob im konkreten Fall eine schiedsfähige Streitsache vorliegt. Während im Rahmen der Binnenschiedsgerichtsbarkeit jeder Anspruch Gegenstand eines Schiedsverfahrens sein kann, über welchen die Parteien frei verfügen können, kann bei der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit jeder vermögensrechtliche Anspruch Gegenstand eines Schiedsverfahrens sein. Im konkreten Fall bedeutet dies, dass im Rahmen der Binnenschiedsgerichtsbarkeit im Unterschied zur internationalen Schiedsgerichtsbarkeit unabdingbare Ansprüche der Spieloffiziellen aus Arbeitsvertrag im Sinne von Art. 341 Abs. 1 OR während der Dauer des Arbeitsverhältnisses und einen Monat nach dessen Beendigung nicht schiedsfähig sind. Seit der jüngst erfolgten



Revision der in den SFV-Statuten enthaltenen Schiedsklausel sind nunmehr jedoch für sämtliche arbeitsrechtlichen Streitigkeiten zwischen dem SFV und den Spieloffiziellen die ordentlichen Gerichte zuständig.

Da insbesondere im Sport den vorsorglichen Massnahmen im Sinne des einstweiligen (vorläufigen) Rechtsschutzes eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zukommt, stellt sich im Rahmen der Durchsetzung von Rechtsansprüchen von und gegen Spieloffizielle noch die Frage, ob vorsorgliche Massnahmen vor dem für die Hauptsache zuständigen Schiedsgericht oder vor dem staatlichen Richter beantragt werden können bzw. müssen. Sowohl im Anwendungsbereich der Binnenschiedsgerichtsbarkeit als auch in demjenigen der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit ist ein Ausschluss der staatlichen Zuständigkeit zum Erlass vorsorglicher Massnahmen nach herrschender Meinung möglich, sofern eine formell und materiell gültige Schiedsabrede diesen Ausschluss ausdrücklich vorsieht. Dies ist im Rahmen von FIFA- und SFV-Spielen sowohl bei für Streitigkeiten zwischen den Spieloffiziellen und dem Verband (mit Ausnahme arbeitsrechtlicher Streitigkeiten beim SFV) als auch zwischen Spieloffiziellen und Wettbewerbsteilnehmern der Fall, wogegen im Rahmen von UEFA-Spielen eine solche ausschliessliche Zuständigkeit des Schiedsgerichts (konkret des CAS) lediglich für Streitigkeiten zwischen Spieloffiziellen und der UEFA besteht. Für den Erlass vorsorglicher Massnahmen bei Streitigkeiten zwischen Spieloffiziellen und Wettbewerbsteilnehmern besteht im Rahmen von UEFA-Spielen demgegenüber eine parallele Zuständigkeit des CAS und der staatlichen Gerichte.



## Lebenslauf

Raffael Zeder

geboren am 10. August 1980 in Luzern / LU

- |                |  |
|----------------|--|
| 1988 – 1994:   | Primarschule in Kriens / LU  |
| 1994 – 2001:   | Kantonsschule Alpenquai Luzern, Maturität Typus C  |
| 2001 – 2006:   | Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Basel und Lausanne, Lizentiat  |
| 2007:          | Anwaltspraktikum am Obergericht des Kantons Luzern<br><br>Anwaltspraktikum im Anwalts- und Notariatsbüro Burger & Müller, Luzern |
| 2008 – 2010:   | Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Gesellschafts- und Vertragsrecht der Universität Luzern                            |
| 2009:          | Anwaltspatent des Kantons Luzern   |
| Seit 2010:     | Rechtsanwalt im Advokaturbüro Huber & Hausherr, Zug  |
| Dezember 2019: | Abnahme der Dissertation durch die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Zürich                                       |